BUDAPESTI
ORSZÁGOS MAGYAR KÖNYVTÁR

Oesterreichs Lehrjahre.

I.

24501

Oesterreichs Lehrjahre.

1848—1860.

BUDAPESTI
EGYETEMI KÖNYVTÁRA

Von

Ernst Hellmuth.

Erster Band.

Prag,
Verlag von F. L. Kober.
1862.

DB
86
H45
Bd. 1

Druck von Rohliček & Sievers.

Inhalt des ersten Bandes.

Einleitung.

Das alte System. Kaiser Franz. S. 1. — Kaiser Ferdinand und der Regentschaftsrath. S. 4. — Die alte Staatsmaschine. S. 5. — Kolowrat und Metternich. S. 7. — Reformen vor 1848. S. 12. — Stand der auswärtigen Politik. S. 18. — Frankreich. Deutschland. England. Schweiz. Italien. S. 19. — Innere Zustände. Ungarn. Wien. Die niederösterreichischen Landstände. S. 27.

Erster Abschnitt.

Die Revolution. Die Februarrevolution. S. 40. — Die Camarilla und Metternich. S. 42. — Petitionen. S. 44. — Eröffnung des niederösterreichischen Landtages. S. 46. — Die Staatsconferenz am 13. März. S. 47. — Abdankung Metternich's. S. 52. — Revolution in Wien. S. 53. — Nachgiebigkeit und Verwirrung der Regierung. S. 54. — Die Constitution. S. 56. — Sturz der alten Regierung. S. 57. — Das Ministerium Pillersdorff und seine ersten Handlungen. S. 58. — Verfassungsurkunde vom 25. April 1848. S. 62. — Revolten. S. 63. — Abreise des Kaisers nach Innsbruck. S. 66. — Die Maitage in Wien. S. 67. — Erzherzog Johann als Stellvertreter. S. 70. — Der Bürgerausschuß. S. 71. — Sturz Pillersdorff's. S. 72. — Ministerium Doblhoff. S. 72. — Die Revolution in den Provinzen. S. 73. — Ungarn. Italien. Graz. Tyrol. S. 73. — Galizien. S. 74. — Der Juniaufstand in Prag. S. 77. — Erster Sieg der Reaction. Windischgrätz. S. 81.

Zweiter Abschnitt.

Der lombardisch-venetianische Aufstand. Die Dinge in Italien. S. 87. — Aufstand in Mailand. S. 89. — Radetzky's Rückzug nach Verona. S. 93. — Einmarsch der Piemontesen. S. 94. — Venedigs Revolution. S. 95. — Ra-

detzky's Rüstungen. S. 100. — Carl Albert's Vorrücken. S. 102. — Die Freischaaren. S. 103. — Gefecht bei Pastrengo. S. 107. — Schlacht bei Santa Lucia. S. 108. — Nugent's Reservearmee. S. 109. — Schlacht bei Curtatone. S. 110. — Peschiera's Fall. S. 112. — Radetzky's Zug nach Vincenza. S. 113. — Gefechte bei Custozza. S. 117. — Gefecht bei Goito. S. 117. — Vergebliche Friedensunterhandlungen. S. 118. — Radetzky rückt auf Mailand. S. 119. — Einzug in Mailand. S. 120. — Convention vom 6. August und Waffenstillstand. S. 120. — Venedig. S. 121. — Die Freicorps. S. 122.

Dritter Abschnitt.

Die ungarische Revolution. Ungarns Lage. S. 124. — Die Deputation in Wien am 16. März. S. 125. — Die zwölf Punkte. S. 125. — Die Wiener Regierung und der ungarische Landtag. S. 126. — Nachgiebigkeit des Kaisers S. 130. — Das ungarische Ministerium. S. 132. — Die Serben. S. 135. — Die Croaten und Banus Jellačić. S. 137. — Siebenbürgen. S. 141. — Rüstungen der Ungarn und Croaten. S. 143. — Der Kaiser, die Hofpartei und Jellačić. S. 144. — Auftreten der Regierung gegen Ungarn. S. 145. — Unterhandlungen. S. 145. — Der ungarische Landtag. S. 150. — Manifest des Kaisers vom 22. September. S. 151. — Lamberg's Ermordung in Pest. S. 153. — Anfang des Krieges durch Jellačić. S. 154. — Die neue ungarische Regierung. Kossuth. S. 156.

Vierter Abschnitt.

Von Doblhoff bis Schwarzenberg. Eröffnung des Reichstages in Wien. S. 158. — Die Parteien. S. 159. — Rückkehr des Kaisers. S. 164. — Zustände in Wien im August 1848. S. 164. — Sympathien für Ungarn. S. 167. — Latour. S. 171. — Die Oktoberrevolution. S. 172. — Latour's Ermordung. S. 175. — Der Reichstag als Executivgewalt. S. 175. — Die Minister. S. 176. — Messenhauser. S. 180. — Jellačić vor Wien. S. 181. — Proclamation des Kaisers vom 16.

Oktober. S. 183. — Angriff und Vertheidigung Wiens. S. 185. — Windischgrätz. S. 186. — Capitulation Wiens. S. 190. — Der 30. Oktober. S. 191. — Gefecht bei Schwechat. S. 192. — Standrecht in Wien. S. 196. — Messenhauser's Tod. S. 196. — Robert Blum. S. 197. — Das Ministerium Schwarzenberg. S. 198.

Fünfter Abschnitt.

Die Reaction. Schwarzenberg's Programm. S. 199. — Die neue Politik. S. 200. — Abdankung Kaiser Ferdinand's und Erzherzog Karl's. S. 206. — Franz Joseph I. S. 207. — Der Reichstag in Kremsier. S. 209. — Auflösung desselben. S. 214. — Sein Verfassungsentwurf und die octroyirte Verfassung vom 4. März 1849. S. 215.

Sechster Abschnitt.

Der Krieg in Italien. 1849. Die Politik der That. S. 230. — Die Lage in Italien. S. 231. — Die Hoffnungen und Zustände Sardiniens. S. 232. — Radetzky in Mailand. S. 234. — Die Lombardei. S. 235. — Der Waffenstillstand. S. 236. — Aufkündigung desselben. S. 240. — Vorrücken der Oesterreicher nach Piemont. S. 242. — Aufstellung der Piemontesen. S. 243. — Schlacht bei Mortara. S. 245. — Schlacht bei Novara. S. 249. — Flucht der Piemontesen. S. 252. — Carl Albert's Abdankung. S. 254. — Radetzky und Victor Emanuel. S. 255. — Die Friedensverhandlungen. S. 255. — Pacification Italiens. S. 256. — Die Lombardei. S. 257. — Brescia. S. 258. — Toscana. S. 259. — Genua. S. 259. — Livorno. S. 259. — Die Expedition nach Rom. S. 260. — Eroberung Ancona's und Bologna's. S. 261. — Eroberung Venedigs. S. 264. — Roms Fall. S. 266.

Siebenter Abschnitt.

Der Krieg in Ungarn. Stand der Dinge im Oktober 1848. S. 267. — Die Nationalversammlung und der Thronwechsel. S. 268. — Windischgrätz, Oberfeldherr in Ungarn. S.

269. — Plan der Oesterreicher. S. 270. — Plan der Ungarn. 270. — Windischgrätz in Pest. S. 272. — Görgey. S. 273. — Ereignisse in Südungarn. S. 274. — Zwietracht der Magyaren. S. 274. — Dembinski. S 275. — Schlacht bei Kápolna. S. 276. — Belagerung Komorns. S. 276. — Ereignisse in Siebenbürgen. S. 277. — Bem. S. 278. — Offensive der Ungarn. Klapka. S. 280. — Vetter, Obercommandant. S. 280. Eroberung Waizens durch Görgey. S. 281. — Rückzug der Oesterreicher. Welden. S. 282. — Ueble Lage. S. 283. — Kossuth, Dictator. Görgey, Obercommandant. S. 284. — Angerufene Intervention der Russen. S. 286. — Haynau in Ungarn. S. 288. — Niederlagen der Ungarn. S. 289. — Görgey's Absetzung. Mészáros. S. 291. — Die Ungarn ziehen sich nach dem Banat. S. 294. — Kossuth's Abdankung und Görgey's Dictatur. S. 295. — Capitulation bei Világos. S. 298. — Ende des Krieges. S. 299. — Pacification Ungarn's durch Haynau. Standrecht. S. 299.

Achter Abschnitt.

Das Verhältniß zu Deutschland. Das Frankfurter Parlament. S. 301. — Preußen und Oesterreich. S. 302. — Schmerling. S. 303. — Verfassung Deutschlands. S. 307. — Ausschließen Oesterreichs. S. 308. — Die Kaiserwahl. S. 309. — Der König von Preußen als praesumptiver Kaiser. S. 310. — Preußische Angst und Freude. S. 310. — Fürst Schwarzenberg's Tactik. S. 312. — Das Reichsministerium und der Reichsverweser. S. 315. — Auflösung des Parlaments. S. 318. — Rumpfparlament. S. 319. — Das Dreikönigsbündniß. S. 321. — Oesterreich und der Reichsverweser. S. 322. — Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich. S. 323. — Vertrag vom 30. September 1849. Einsetzung einer Bundescommission. S. 324. — Abdankung des Reichsverwesers. S. 326.

Einleitung.

Das alte System.

Kaiser Franz. — Kaiser Ferdinand und der Regentschaftsrath. — Die alte Staatsmaschine. — Kolowrat und Metternich. Reformen vor 1848. — Stand der auswärtigen Politik. — Frankreich. Deutschland. England. Schweiz. Italien. — Innere Zustände. Ungarn. Wien. Die niederösterreichischen Landstände.

Kaiser Franz that sich bekanntlich sehr viel zugute auf sein Regierungssystem, mit dem er „nicht regierte", sondern „nur verwaltete." Er hatte auch ein Recht dazu, dies System als ein vortreffliches zu preisen; denn während überall in Europa Unruhen ausbrachen und die Völker und Regierungen sich feindlich gegenüberstanden, herrschte in Oesterreich eine wunderbare Ruhe, und Regierung wie Volk waren gegenseitig mit sich zufrieden. Der Kaiser selbst hatte es verstanden, sich eine große Popularität, namentlich

in Wien, zu erwerben. Das Volk, das geistig genügsamste, seiner Dynastie anhänglichste und vertrauendste Europa's, hatte alle Leiden der Kriegszeit und der Finanzkrisen vergessen und begnügte sich mit dem leicht zu erkaufenden Genuß des materiellen Lebens. Vom Regieren spürte man Nichts und das ist unter Umständen das beste Lob, welches man einer Regierung machen kann.

Kaiser Franz ließ auch fast Nichts von seinen Ministern regieren. Er allein arbeitete als „Bureauchef" und duldete nicht, daß einer seiner Minister selbstständig im Innern „System treibe." Mit dem Staatskanzler Fürsten Metternich und dem Grafen Kolowrat zusammen hielt er die Maschine in Gang und sie ging so sehr von selbst, daß alle Drei fast gar nichts dazu thaten. Metternich war überdies mehr den äußeren Angelegenheiten zugewiesen worden; Kolowrat für die innere Verwaltung, unter Franz wohl der eigentliche Kanzleiinspector.

Kolowrat, früher Oberstburggraf von Böhmen und seit 1826 im Cabinet, war durch und durch Aristokrat, leutselig dabei und vom besten Willen erfüllt, gut zu regieren. Er hatte manche ausgezeichneten Fähigkeiten dazu und Wohlwollen, Mäßigung, Versöhnlichkeit waren hervortretende Züge seines Charakters. Interesse an der Kräftigung des Mittelstandes und Hebung der Bauernklasse erfüllte ihn lebhaft und so

war er, eine durchaus conservative Natur, doch auch dem Fortschritt und der Reform in vielfacher Hinsicht hold, wenn auch nicht energisch und nicht genug staatsmännisch gebildet, um deren Ausführung zu ermöglichen. Da er überdies reich begütert, durch den Verzicht auf jedes Gehalt als sehr unabhängig erschien, so wurde er vom Volke als Vertreter der liberaleren Denkweise angesehen und fortan stets als Gegensatz zu Metternich aufgestellt. Gleichwohl waren die inneren Differenzen zwischen diesen beiden Ministern, namentlich unter Franz I., durchaus nicht gegensätzlicher Natur. Auch Metternich war kein abgesagter Feind des Fortschritts, aber er wollte, zuletzt aus bloßem Eigensinn, nicht selbst etwas dafür thun. Kolowrat forderte zwar oftmals Reformen, aber er fügte sich doch auch wieder leicht, wenn er nicht sogleich mit seinen Ideen durchdrang. So war die Rivalität zwischen Beiden mehr äußerlicher und kleinlicher Natur; sie ging über eine persönliche Eifersucht nicht hinaus, und wie der Eine in der äußeren Politik freie Hand hatte, so wollte der Andere in dem von ihm vorgestandenen Departement des Innern keinen Einfluß zugeben. Die daraus entspringende Zersplitterung und Ohnmacht der Centralgewalt mußte das Land entgelten.

Als Kaiser Ferdinand zur Regierung kam, übernahm er auch Metternich und Kolowrat, sogar den Polizeichef Sedlnitzky, als Erbschaft. Kaiser Franz

hatte ihm auf die Seele gebunden, in seinem Geiste fortzuregieren, nur das Bestehende aufrecht zu erhalten, keinerlei Neuerungen einzuführen. Alles sollte unverändert bleiben und Ferdinand gelobte aus Pietät, „in jeder Hinsicht die Fußstapfen seines Vaters zu verfolgen und Alles beim Alten zu lassen.“ So erneuerte er, trotz mancher Abneigung gegen Metternich, diesem, ebenso wie Kolowrat, den Creditbrief, da Franz I. ein so überaus großes Zutrauen Jenem in der äußeren, dem Grafen Kolowrat in den inneren Angelegenheiten geschenkt hatte. Neben diesen Beiden nahm Erzherzog Ludwig, Bruder des Kaisers Franz, bedeutenden Antheil, wie schon früher, so auch an der neuen Regierung. Er repräsentirte gewissermaßen die Person des Kaisers Ferdinand, dem dessen Kränklichkeit nicht erlaubte, sich viel mit den Sorgen der Verwaltung zu beladen. Erzherzog Ludwig war ein Geschäftsmann wie weiland Kaiser Franz, von strenger Gewissenhaftigkeit und voll Arbeitslust, ganz der Mann, die Maschine wie bisher weiterzuführen und getreu dem Testament Franz des I. Nichts daran zu verändern. Er scheute sich in Wahrheit vor jeder Reform in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung, weil er in ihnen nur die Beschleunigung der Revolution und ihrer Gefahren zu erkennen glaubte und am wenigsten ahnte, daß Reformen oft das einzige Mittel sind, um die Gefahren abzuwenden.

Dieses Triumvirat sollte also im Namen Fer-

dinands I. die Geschicke Oesterreichs lenken und man konnte nicht bezweifeln, daß das Staatsschiff sich in der gewohnten Weise fortbewegen würde, so lange diese drei Staatsmänner in Uebereinstimmung handelten. Aber gerade diese Bedingung war nicht vorhanden und nur zu bald machte sich eine bedeutende Spaltung im Cabinet geltend, namentlich, als im Sommer 1836 wegen der immer zunehmenden Krankheit Ferdinands die Nothwendigkeit einer förmlichen Regentschaft zu Tage trat.

Aber wer sollte das Haupt, der bewegende Geist dieses mit höchster Vollmacht ausgestatteten Cabinets werden? Darüber entspannen sich die lebhaftesten Zwistigkeiten unter den drei Ministern, und namentlich Graf Kolowrat schien bei dieser Gelegenheit alle Energie aufzubieten, den Einfluß Metternichs zu brechen. Er hatte zu diesem Zweck für den Staatsrath, dessen Präsident er dem Namen nach war — denn da dieser nie in pleno zusammentrat, sondern in Sectionen arbeitete, so gab es faktisch kein Präsidium — eine neue Organisation und einen erhöhten politischen Einfluß in Anspruch genommen; er wollte ihn zu einer höheren Potenz erhoben wissen, in seinem Schoße sollte die „Convergenz der mannigfaltigen Verwaltungsspitzen," in welche von Unten nach Oben die Hierarchie der Behörden auslief, vermittelt werden. Das Referat der verschiedenen Staatsraths-Sectionspräsidenten war

seither schriftlich gewesen und hatte regelmäßig das Schicksal gehabt, ad acta gelegt zu werden (denn ad acta wurde Vieles gelegt, um keine Erledigung zu finden, die doch Unbequemlichkeit verursachte). Kolowrat forderte jetzt das unmittelbare mündliche Referat beim Kaiser und eine Vereinigung der Sectionen zu einem Gesammtkörper unter seiner Präsidentschaft.

Dagegen traten aber sowohl Metternich wie Erzherzog Ludwig auf, die sich beide in der Idee einer Umgestaltung des Conferenzrathes geeinigt hatten. Der Conferenzrath wird gewöhnlich mit dem Staatsrath verwechselt, war aber ein von diesem ganz verschiedener Körper. Jener hatte alle wichtigeren Cabinetsmaßregeln vorzuberathen und bestand im Grunde nur aus den von Metternich präsidirten Conferenzministern, denen nur manchmal die übrigen Minister und die Präsidenten der Hofstellen mit consultativer Stimme zutraten. Da er aber grundsätzlich nur aus den Conferenzministern bestand und diese Metternich und Kolowrat waren, so bildeten Beide allein das eigentliche Cabinet, und man kann sich denken, welcher Uebelstand zu Tage trat, wenn sie sich nicht vereinigen konnten. Alsdann fand entweder gar keine Entscheidung statt, oder man übertrug sie dem Erzherzog Ludwig, was wieder vielfach zu Empfindlichkeiten und Reibungen führte, da es diesem unerquicklich sein mußte, ewig den Vermittler zu spielen.

Metternich hatte also den Plan gefaßt, diesen Conferenzrath durch Hinzuziehung des Erzherzogs Ludwig und des präsumptiven Thronfolgers, Erzherzog Franz, zu einer unter Umständen in höchster Instanz entscheidenden Staatsbehörde umzuwandeln, wodurch, da beide Erzherzöge viel auf sein Wort gaben, sein Einfluß der maßgebende werden mußte.

Die Differenzen, die nun zwischen beiden Ministern stattfanden, gediehen im Herbst 1836 so weit, daß Kolowrat sich gänzlich von den Geschäften lossagte und schmollend auf seine Güter ging, „auf Urlaub", wie es officiell verkündigt wurde. Es trat eine mehrmonatliche Krisis ein, von der die Welt wenig ahnte, und die endlich in Folge lebhafter und hartnäckiger Unterhandlungen in den Monaten November und Dezember beseitigt ward. Denn die Verlegenheit, in die man bei dem Mangel einer anderen, an Kolowrats Stelle zu setzenden Persönlichkeit gerieth, nöthigte zu Unterhandlungen mit ihm und daher auch zu Concessionen. Man gestand den Sectionspräsidenten des Staatsraths das mündliche Referat zu, doch widersetzte man sich nach wie vor den Plenarversammlungen desselben.

Graf Kolowrat jedoch, der sich für die beabsichtigte Umgestaltung des Conferenzraths in einen Regentschaftsconseil nicht bestimmen lassen wollte, beharrte nach wie vor auf seinem Entschluß, aus der Regierung

gänzlich auszuscheiden. Die Verwirrung, die dadurch höchsten Orts entstand, rief nun von allen Seiten Anstrengungen hervor, zwischen Metternich und Kolowrat eine Verständigung zu erzielen. Der Staatskanzler wurde zur Nachgiebigkeit gemahnt, namentlich in Bezug auf persönliche Zugeständnisse, und so gelang es endlich, das Werk der Einigung zum Abschluß zu bringen. Unter Kolowrats Zustimmung wurde festgesetzt, eine oberste Behörde unter dem Namen „Staatsconferenz" ins Leben zu rufen, bestehend aus den Erzherzögen Ludwig und Franz, dem Fürsten Metternich und Grafen Kolowrat. Das Präsidium, seither vom Staatskanzler geführt, ging jetzt an Erzherzog Ludwig über, der die Person des Kaisers vertrat. Dagegen blieb der Staatsrath in seiner alten Verfassung und Kolowrat begnügte sich, an der Spitze der Section der Finanzen und der des Inneren zu stehen. Grundsätzlich sollte diese Staatsconferenz dem Kaiser untergeordnet sein und unter seiner unmittelbaren Autorität über die vornehmsten Interessen der inneren und äußeren Politik in höchster Instanz entscheiden, namentlich auch über die verschiedenen Sectionen des Staatsraths die oberste Controlle führen. Doch ihrer Schöpfung lag auch das Motiv zu Grunde, „den Kaiser zu vertreten, wenn Unwohlsein ihn hindere, sich mit den Regierungsgeschäften zu befassen." Auf Metternichs speciellen Wunsch sollte die Staatsconferenz ferner

auch dazu dienen, seine eigenen Ansichten zu prüfen, wenn sie mit denen des Grafen Kolowrat nicht übereinstimmten; auch beantragte er, neben den permanenten Mitgliedern der Staatsconferenz, „nach Maßgabe der Geschäftsgegenstände," auch die übrigen Staats- und Conferenzminister, die staatsräthlichen Sectionschefs, die Staats- und Conferenzräthe und die Präsidenten der Hofstellen als „zeitweilige Mitglieder" hinzuzuziehen. Um die Mitte des Dezember 1836 war die große Staatsveränderung vollbracht, die Genehmigung des Kaisers erfolgt, durch einen officiellen Artikel in der Allgemeinen Zeitung die Umwandlung, freilich in sonderbarer Verhüllung, kundgemacht worden, wobei aber stark betont wurde, daß eine „Veränderung" im Ministerium nicht stattgefunden, überhaupt die Gerüchte über Zerwürfnisse und Cabinetsbewegungen, „wie sie in Staaten von anderem Verfassungsschnitt häufig stattfinden," aus der Luft gegriffen seien.

Was man auch von der Regierung Franz des Ersten reden möge, so viel ist sicher, daß er einen einheitlichen Willen besaß und der Mann war, die mechanische Regierungskunst, die nur verwalten wollte und die Staatsangelegenheiten wie Bureaugeschäfte besorgte, durchzuführen. Aber dies konnte weder Metternich noch Kolowrat, und ebensowenig rafften sie sich ernstlich zu Reformen auf. Die Staatsconferenz blieb die alte schwerfällige Bureaumaschine mit den Knicken

und Brüchen und brachte es niemals zu einer Einheit der Regierung. Nach wie vor spielten sich hier die Rivalitäten der beiden Minister ab und darunter litt die ganze Organisation. So wurde denn selbst dem gemüthlichen Regierungssystem des Nichtregierens durch diese Uneinigkeit ein Riß beigebracht, der immer größer ward, je weniger man that, ihn wieder zu heilen. Auch erkannte man selbst, wie auch ferner Stehende, die Unzulänglichkeit und Gebrechlichkeit der jetzigen Staatsmaschine. Metternich erklärte oftmals, daß „die Sache nicht so weiter gehen könne," daß man „das Prinzip der Erhaltung des Bestehenden nicht so weit ausdehnen dürfe, um die Nothwendigkeit einzelner Abänderungen und Hebung von Mißständen zu übersehen." Aber er that Nichts, um diese Abänderungen vorzunehmen, und auch Kolowrat begnügte sich mit Worten und Selbstermahnungen. Er schlug seinerseits immer den bequemen Weg ein, den Staatskanzler für Alles verantwortlich zu machen, weil der Staatskanzler neben ihm seinen Einfluß ausübte. „Zum Thun," sagt der damalige Sectionschef im Staatsrath, Graf Hartig, in der „Genesis," „ließ es theils die Macht der Gewohnheit, theils Unentschlossenheit und Uneinigkeit über das zu Thuende nicht kommen." Daß Kolowrat nicht genug Spielraum gehabt hätte, ein reformatorisches Wirken auszuüben, ist ebensowenig der Fall gewesen. Er war die Seele des Geschäfts-

lebens für das Inland, wie Metternich für das Ausland; er leitete die innere Verwaltung mit fast unumschränkter Gewalt und war nur in einzelnen Beziehungen vom Ministerium des Auswärtigen abhängig. Er war der Oberminister, in dessen Thätigkeit die der Hofstellen und des Staatsraths für die inneren Geschäfte mündete, der alle Anträge zu prüfen und sonach stets das letzte, und bei dem Vertrauen, das ihm der Kaiser schenkte, das gewichtigste Wort zu sprechen hatte. Ihm stand das Cabinetsreferat über die wichtigsten und geheimsten Staatsangelegenheiten zu; er hatte die Voreinsicht aller Arbeiten der Staatsräthe und Cabinetsreferenten, ehe sie dem Erzherzog Ludwig zur Uebergabe an den Kaiser zukamen; er war an Stellung und Einfluß dem allgewaltigen „Cabinetsminister" zu Anfang des Jahrhunderts gleich. Setzte mithin Kolowrat dennoch bei weitem weniger durch, als die Gebrechlichkeit des Staatswesens und das Zeitbedürfniß heischten, so war der Grund nicht allein der Eigenwille Ludwigs, noch der Einfluß Metternichs, sondern nach wie vor sein eigener Mangel an Energie. Es scheint auch, als sollte die Bedeutung der Staatsconferenz nur darin liegen: Sicherheit zu gewähren gegen allerhöchste „Ueberraschungen."

Von der Energielosigkeit Kolowrats sowohl wie auch Metternichs, ferner von der Unfähigkeit der Staatsconferenz als Regierungsmaschine erhielt man, namentlich

in der Zeit, eclatante Beweise, als Aenderungen daran wirklich vorgenommen werden sollten. Fürst Metternich hatte durch die Bildung des Zollvereins die Idee eines ähnlichen Vereins mit dem Prinzipat Oesterreichs gefaßt und allen Ernstes sich damit beschäftigt, mindestens einen Zollverband mit Preußen durchzusetzen. Seit dem Jahre 1841 beschäftigte er sich damit ungemein lebhaft und er machte schon anfangs November 1841, wie aus Depeschen des schweizerischen Gesandten in Wien, Effinger, hervorgeht, der Staatsconferenz den Vorschlag, die „Zweckmäßigkeit der Anschließung Oesterreichs an den deutschen Zollverein" und die „Möglichkeit dieses Schritts" in Erwägung zu ziehen. Wirklich fand der Vorschlag in der Staatsconferenz allseitigen Anklang; bei den Erzherzögen Ludwig und Franz, weil er von Metternich ausging und befürwortet wurde; bei dem Grafen Kolowrat, weil dieser fortwährend den Erleichterungen im Handel und Verkehr große Aufmerksamkeit zu widmen gewohnt war.

Graf Hartig wurde beauftragt, die Frage von allen Seiten zu beleuchten. Schon im Dezember legte er vor versammelter Staatsconferenz, zu der auch der Präsident der Hofkammer, Freiherr von Kübeck, zugezogen wurde, seinen Bericht vor, der sich freilich nicht günstig über das Projekt aussprach und dahin resumirte: daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen

der Anschluß schlechterdings unausführbar sei. Dieser Ansicht trat jetzt auch Graf Kolowrat bei, welcher namentlich in der besonderen Stellung Ungarns, sowie in den österreichischen Monopolen, unüberwindliche Schwierigkeiten zur Ausführung dieses Planes erkannte.

Metternich gab indessen seine Idee noch keineswegs auf, sondern suchte vielmehr die Möglichkeit ihrer Realisirung durch allmählige Hinwegräumung der Hindernisse zu erzielen. Er und Kübeck traten von jetzt an als Reformer auf, während Kolowrat sich dem Projekt gegenüber ganz passiv verhielt und keine Lust zu haben schien, an einem Werke, das Metternich zum Urheber hatte, mitzuarbeiten. Jemehr der Staatskanzler die Reform des Steuer- und Zolltarifs im Sinne des Zollvereinsmodus vorbereitete, um durch eine größere Gleichheit der Zollsätze die erste Verbindung mit dem Zollverein eingehen zu können, desto mehr wandte sich Kolowrat den Neuerungsideen desselben ab und schloß mit dem Grafen Hartig eine Art Bündniß gegen die Reform. Daher erscheint er auch nicht mehr neben Metternich und Kübeck unter den Förderern der commerciellen Bewegung in der Mitte der vierziger Jahre. Einer Mitwirkung an der dringend geforderten Tarifreform konnte er sich zwar nicht ganz entziehen, aber er wich doch leichter wie jeder Andere, ja wie absichtlich, vor jeder Schwierigkeit zurück, und war unstreitig bei dieser Frage in einen offenen Meinungsstreit mit

Metternich verstrickt. Das zeigte sich auch in dem Umstand, daß Graf Kolowrat der Deputation von Manufakturisten Oesterreichs, welche von einer größeren Freigebung des Handels nichts wissen wollten, beruhigende Versicherungen hinsichtlich der Zulassung ihrer bisher prohibirten Gegenstände machte und durch seine ganze Haltung der Reform einen Stoß gab. Bekanntlich trat später wirklich der neue Tarif ins Leben, aber in vielen Punkten behielt er das Prohibitivsystem noch bei. Graf Kolowrats Bedenken hatten sich auch dem Erzherzog Ludwig mitgetheilt und machten diesen geneigt, die ganze Sache zu verschleppen, da ihm, der überhaupt gegen jede Neuerung grundsätzlich eingenommen war, nicht daran liegen konnte, in einer für die österreichische Industrie so folgenreichen Angelegenheit eine Entscheidung zu fassen, nachdem zwischen seinen beiden Staatsministern Kolowrat und Metternich darüber eine so große Meinungsverschiedenheit herrschte.

Aber selbst wo diese Meinungsverschiedenheit nicht vorhanden war, gelang es der Staatsconferenz nicht, eine durchgreifende Reformmaßregel auszuführen. Die österreichische Verfassungsfrage im Vormärz — jedenfalls sehr wenig bekannt — gab davon ein neues Zeugniß ab. Graf Kolowrat nämlich hatte schon mehrfach darauf gedrungen, daß die alten und stillschweigend beseitigten Kronlands- und Ständeverfassungen wieder ins Leben gerufen und zeitgemäß abge-

ändert würden. Metternich trat anfangs sehr entschieden dagegen auf, aber er war nicht so principieller Feind des Verfassungswesens, als daß er sich nicht hätte bekehren können, und dann muß man auch einräumen, daß der Fürst ein so guter Conservativer war, daß er die bestehenden Verfassungen in Oesterreich nicht als mit Machtspruch beseitigt angesehen wissen wollte. Metternich hatte in Wahrheit keine Ader des Despotismus, und am allerbesten spricht dafür das Regiment in Oesterreich vor 1848, welches bei aller geistigen Sterilität doch kein despotisches zu nennen war. Der Staatskanzler wurde nach der Einberufung des preussischen Vereinigten Landtags 1847 plötzlich umgestimmt, und ging auf die Ideen Kolowrats bezüglich einer österreichischen Verfassung mit auffallender Behendigkeit ein. Ja, er legte sogar im Februar 1847 der Staatsconferenz zwei verschiedene Plane vor, die er selber entworfen hatte und die beide nach Kolowrat'schen Angaben eine Erweiterung der constitutionellen Rechte der Provinzen bezweckten; einmal nämlich für jede besonders und dann für solche als Gesammtstaat. Namentlich beabsichtigten diese Plane sowohl die Rechte der schon seit Jahrhunderten bestehenden Ständeversammlungen der deutschen Provinzen, als die der 1815 geschaffenen Congregationen der italienischen Provinzen, und besonders ihre innere Selbstverwaltung nach einem allgemeinen System auszudehnen. Hierbei zeigte sich

nun die Neigung, den Weg zu verfolgen, den Preußen unter dem vorigen König betrat, den Provinzialständen größere und gleichartige Wirksamkeit zu gestatten, um dadurch die Grundlagen zu erhalten, auf denen in einer späteren Periode, wenn es die Umstände erfordern und erlauben, eine allgemeine Reichsverfassung sich aufbauen lasse.

Kolowrat wie Kübeck schlossen sich diesem Plane eifrig an, wiewohl Beide über die Constituirung des Gesammtstaats etwas divergirende Ansichten hatten. Kolowrat hatte doch vor Allem in der Erweiterung der Rechte der Provinziallandtage politische im Auge, und beschäftigte sich sogar mit dem Plane einer Reichsverfassung; Kübeck dagegen ließ sich nur von rein financiellen Gesichtspunkten leiten.

Alle diese Entwürfe wurden der Staatsconferenz vorgelegt; aber ihr Schicksal war ein ziemlich unglückliches. Erzherzog Ludwig konnte sich nicht von der Ueberzeugung losreißen, daß die Revolution als der gewaltsame Umsturz bestehender Verhältnisse, und die Reform als die zeitgemäße Regelung dieser Verhältnisse, nicht Gegensätze ausdrücken, sondern nur geheime Bundesgenossen bezeichnen, welche zu demselben Endpunkt der Auflösung führen. So brachte man es in der Staatsconferenz denn nur so weit, daß bei der vereinigten Hofkanzlei ein eigenes Departement eingesetzt wurde, mit der Bestimmung: das Verhältniß aller

Provinzialstände zu der Regierung auf der Grundlage des Rechtes und faktischen Bestandes zu prüfen und die Regelung desselben anzubahnen. Also wieder eine Verweisung an das unerträgliche Stadium der Vorbereitung, an den schrecklichen Commissionsgang, dem in Oesterreich von jeher die Ereignisse den Rang abliefen. So sollte es auch diesmal der Fall sein; denn das ständische Departement der Hofkanzlei hatte noch kein Lebenszeichen von sich gegeben, als die Märzereignisse ihm, der Hofkanzlei und den alten privilegirten Ständen den Todesstoß versetzten.

Das war die Maschine des alten Systems und der flüchtige Blick auf sie wird genügen, die Ueberzeugung beizubringen, daß sie altersschwach und unpraktisch war, ohne jede Eigenschaft, störenden Einflüssen Widerstand leisten zu können.

Aber wie schon Kaiser Franz ihre Vollkommenheit daraus ableitete, daß das System auf keinen Widerstand stieß, so war diese Einbildung auch um so größer bei seinen Nachfolgern in der Verwaltung geworden, je länger man gemüthlich mit der Maschine weiter arbeitete. Man war in den Regierungskreisen so zuversichtlich, so optimistisch, daß man gar nicht an die Möglichkeit dachte, in Oesterreich könne es je, und gar durch gewaltsame Abtrotzung, anders werden. Deshalb ignorirte man auch die aufsteigenden Gewitterwolken am Horizont und selbst, wenn man einige

Unruhe vor den drohenden Stürmen empfand, beschwichtigte man sie bald durch die gemüthliche Anschauung, daß es wohl nicht so schlimm werden würde.

In der That, ein außerordentliches Glück war mit Oesterreich, und weder die Ruhe im Innern, noch die Machtstellung des Reiches nach Außen seit dem Wiener Congreß war irgend eines Staatsmannes Verdienst. Fürst Metternich, vom seltensten Glück immer begünstigt, hatte als Staatskanzler und Minister des Aeußern einen Nimbus durch eine Menge von Zufälligkeiten erhalten, die er allerdings mit seltenem Geschick zu seinen Gunsten auszubeuten verstand. Obgleich kein bedeutendes staatsmännisches Talent, hatte er es doch wegen Mangel größerer Talente und in Folge einer durch lange Jahre ihm freiwillig anvertrauten Machtstellung in der europäischen Diplomatie zu einer merkwürdigen Routine gebracht, von System zu sprechen, wo keins war, und der Welt glauben zu machen, es existire wirklich ein solches System. Das berühmte Metternich'sche System bestand eigentlich nur darin, sicher auf Erfolge auszugehen, vor stärkeren Ereignissen „muthig zurückzuweichen" und schwächere Feinde mit Eclat und oft hinterlistig zu Boden zu werfen. Das bewies einerseits die Anerkennung der Julirevolution, der Losreißung Belgiens, sowie die Haltung in der griechischen und orientalischen Frage; während andererseits die Heldenthaten der Heiligen Allianz in Italien und

Spanien, die Karlsbader Politik des von Metternich regierten deutschen Bundes, endlich der nie zu rechtfertigende Gewaltstreich gegen Krakau davon zeugen, daß das Metternich'sche System wenig mehr war, als eine Maxime, sich den Schwachen furchtbar zu machen.[1] Dies schreckte und imponirte so lange, als kein anderer Staat Lust hatte, sich auf eine ähnliche Politik zu legen oder den lieben Frieden durch entschlossenen Widerstand zu stören. Aber England durchschaute die innerlich schwach bestellte Politik Metternichs schon seit dem Congreß von Verona, und ließ sich durch das Ansehen Oesterreichs in Nichts bei Ausübung seiner Politik stören, was Metternich bei allem Aerger indessen tactvoll zu ignoriren wußte. Ueberhaupt liegt ein Hauptgrund des Ruhmes und Nimbus der österreichischen Politik jener Zeit in dem diplomatisch-feinen Anstande, mit dem der Fürst-Staatskanzler seine Niederlagen hinnahm und die Niederlage selbst mit heiterer Stirn ableugnete, so daß man in den übrigen Cabinetten irre wurde und zuletzt glaubte, Metternich habe doch einen Sieg errungen. Darin lag auch der Schwerpunkt der Metternich'schen Staatskunst, und diese klugen Nachgiebigkeit gegen das schroff Trotzende und ihm Ueberlegene ließ ihn scheinbar immer auf dem Kutscherbock

[1] Man findet die objective Analyse der auswärtigen Politik Metternichs in der Biographie des Staatskanzlers von Schmidt-Weißenfels (1860) Bd. II. S. 87 ff. S. 135 ff.

der europäischen Diplomatie. In der letzten Zeit wußte zwar alle Welt, daß der Staatskanzler den Vehikel nicht mehr lenke und er den Ereignissen nur folge; aber Metternich hatte keine Ahnung davon und hielt sich bis zur allerletzten Enttäuschung für den Mann der Situation, ganz ähnlich darin seinem Großschwiegervater Fürst Kaunitz.

Die letzten Stunden des alten Systems bezüglich der auswärtigen Politik charakterisiren sich denn auch genugsam: Metternich hatte in Wirklichkeit keine oder sehr zweideutige Erfolge aufzuweisen, und die wahre Dürftigkeit seiner auswärtigen Politik konnte nur er mit seiner olympischen Stirn übersehen. Die Heilige Allianz, auf die er so stolz gewesen und welche der ganzen Politik Europa's den Charakter einer Vorsehung für die Völker aufdrücken sollte, war längst von selber aufgelöst: nur in dem Kopfe Metternichs lebte noch dies Ideal seiner Politik. Mit Rußland unterhielt man sehr lose Verbindungen, mit Preußen war man im Grunde in der größten Verlegenheit. Denn nachdem dies durch seinen König Friedrich Wilhelm IV. seit 1847 eine, wenn auch sehr aristokratische, Verfassung erhalten hatte, stand es thatsächlich mit dem verfassungsnegirenden System des Fürsten Metternich in Opposition, und der greise Staatskanzler sah sich genöthigt, um mit dem Gliede der ehemaligen heiligen Allianz zum Hohngelächter der Welt nicht zu brechen,

„muthig zurückzuweichen," selber in Liberalismus zu machen. Er beschäftigte sich aus diesem Grunde mit einer Verfassung für Oesterreich und beantragte sogar beim deutschen Bunde freieres Preßgesetz und andere liberale Concessionen, um nur nicht durch Preußen in eine zugebende, d. h. zweite Stelle gedrückt zu werden.

Uebler noch standen die Beziehungen zu England. Seit dem Ministerium Canning war die brittische Regierung nur scheinbar in guten Beziehungen zu Oesterreich geblieben, und mit Ausnahme der Politik in der orientalischen Frage 1840, bei welcher Gelegenheit zum Stolze Metternichs die österreichische Marine mit der englischen zusammen gegen den Pascha von Aegypten focht, befand sich die österreichische Politik stets im Gegensatz zu der englischen. Das Schlimmste dabei war, daß sich das englische Cabinet entschieden im Uebergewicht befand, sein Einfluß doch der maßgebendste war. Der Staatskanzler gestand sich dies nur zu oft und seine geheime Wuth auf England mußte sich gleichwohl auf diplomatische Aeußerungen beschränken. Namentlich seit der Einverleibung Krakau's war in England ein offener Feind erwachsen, und Lord Palmerston machte sich ein Vergnügen daraus, mit seiner liberalen Koketterie dem System Metternichs schwere Wunden zu schlagen, Fallen zu stellen, und durch Protection der von Oesterreichs Absolutismus bedrohten Staaten die Pläne des Fürsten-Staatskanzlers

zu durchkreuzen. Das war bis zuletzt noch in der Schweiz und besonders in Italien der Fall.

Der Sonderbundskrieg in der Schweiz hatte Metternich in arge Verlegenheiten gesetzt. Er war kein Freund der Jesuiten und gönnte ihnen daher auch keinen Erfolg; aber er wollte auch nicht dem freisinnigen Prinzip der Eidgenossenschaft zum Siege verhelfen, und zog es demnach vor, lieber für den jesuitischen Sonderbund Partei zu nehmen. Die offene, eclatante Niederlage desselben im Felde war auch ein Schlag gegen ihn, und fortan bemühte er sich nun, der Eidgenossenschaft den Sieg streitig zu machen, sie diplomatisch zu unterwerfen. Das Jahr 1847 ging mit Unterhandlungen darüber hin; aber der heimliche Widerstand Englands, welches Oesterreichs Pläne in der Schweiz klug durchkreuzte, ließ es zu keinem Resultate kommen. Da entschloß sich Metternich zuletzt zu einem politischen Manövre, wie er es gegen den Freistaat Krakau ausgeführt. Er knüpfte mit Umgehung Englands Unterhandlungen mit Preußen und dem ihm nur allzu sehr ergebenen Frankreich an, um die Schweiz durch eine österreichisch-französische Intervention zu unterwerfen, in das absolutistische System gewaltsam einzufügen. Der Plan war perfid genug. Man wollte die Schweiz zuerst zur Abänderung der Reformmaßregeln im Sinne Metternichs auffordern, und in dem Falle sie sich weigern würde, sollte eine österreichische Armee

in die östliche Schweiz einrücken. Das französische Cabinet sollte sich empört über solchen Ueberfall stellen und nun eine Armee in die westliche Schweiz entsenden, angeblich um die Oesterreicher hinauszutreiben, in Wahrheit aber um das Schicksal der Schweiz mit entscheiden zu helfen. Dieser Vertrag, eins der anklagendsten Aktenstücke, wurde von Oesterreich, Preußen und Frankreich anfangs Februar 1848 vereinbart und sollte bis zum 15. März von allen dreien ratifizirt sein.[2] Das Schicksal machte einen Strich durch diesen Plan: am 24. Februar wurden Ludwig Philipp und seine Politik gestürzt.

Noch feindseliger und gefährlicher trat England der Metternich'schen Politik in Italien entgegen. Durch den Besitz der Lombardei, die Secundogenituren von Toscana, Modena und Parma, die Verwandtschaft und Herrschaft über den neapolitanischen Hof, betrachtete sich Oesterreich als der faktische Herr von Italien und zog es in der That vollständig in das Netz seiner Politik hinein. Es war deshalb auch ein empfindlicher Schlag, als der neue Pabst Pius IX. als Reformer auftrat und damit einer lang vorbereiteten, alle Geister, wenn auch noch unklar, erfüllenden Bewegung ein direkt gegen Oesterreich gerichtetes Ziel gab. Unter der

---

[2] Die Belege hierfür zum ersten Male bei Schmidt-Weißenfels a. a. O. II. 196 ff.

Aegide des Pabstes mußte eine solche Bewegung um so gefährlicher werden. Es gelang zwar, theils durch Ueberredung, theils durch Druck, den Pabst schwankend zu machen und die angefangene Revolution in den Legationen durch Besetzung der letzteren seitens der Oesterreicher zu ersticken; aber gerade durch diesen Erfolg des Wiener Cabinets flammte der Haß der Italiener gegen die österreichische Herrschaft in Italien mächtig empor, und fortan hatte die nationale Partei, die immer zahlreicher wurde, kein anderes Ziel im Auge, als die Vertreibung der Oesterreicher aus der Halbinsel.

Mit Ausnahme des Pabstes, der nun auch, ob gern oder ungern, der Führerrolle entsagt hatte, gab es in Italien keine Dynastie weiter, auf welche die Italiener Hoffnungen für ihre Pläne setzen konnten, als die savoyische. Piemont war ein eigenthümlicher Staat, überdies seit lange schon Oesterreich feindlich gesinnt. In ihm waren alle Elemente vorhanden, die Bewegung zu organisiren; ja von ihm aus war durch die Schriften Gioberti's und Balbo's der Gedanke einer italienischen Unabhängigkeit ausgegangen. Carl Albert hatte sich zwar seither durch sein Despotenregiment und seine Pfaffenliebhaberei nichts weniger als würdig gezeigt, dem jungen Italien zum Führer zu dienen; aber die Bewegung war so stark, daß der im Grunde schwache Monarch sich endlich von ihr fort-

reißen ließ und das Banner der italienischen Freiheit aus den Händen der Mazzinisten entgegennahm. Der Ehrgeiz, die Lombardei zu erobern, ein König von Italien zu werden, ein Befreier seines Volks, erregte die Leidenschaft des piemontesischen Königs, und so trat er denn als der Feind Oesterreichs, als der Chef der Bewegung an Stelle Pius des Neunten auf. —

Man kann sich denken, wie Metternich darüber dachte. Zwar sah er mit einiger Verachtung auf den kleinen König, der sich größer machen wollte, hielt überhaupt die ganze italienische Bewegung für so lebensunfähig, daß er nicht das Geringste für Oesterreich befürchtete; aber das schlechte Beispiel! In Italien Freiheit und Constitutionen — was sollte die Welt denken, wenn Oesterreich das litte, und welche Verführung lag darin für die eigenen und die anderen Völker! Fand doch Graf Ficquelmont, den Metternich 1847 nach Italien schickte, die Höfe von Toscana, Parma und Modena gar nicht einmal geneigt, sich auf Oesterreich, als ihren Herrn, zu verlassen, vielmehr war Toscana ganz ins nationalitalienische Lager übergegangen.

Metternich suchte überdies vergeblich die Grundsätze der Heiligen Allianz, die 1821 auch in Italien executirt hatte, wieder aufzufrischen, doch zu seinem Grame wollte Niemand mehr davon hören. Frankreichs

schwache Politik genirte zwar den Staatskanzler nicht, aber sie unterstützte ihn noch weniger; dagegen war England der offene Protector der italienischen Bewegung und Lord Palmerston regierte auch in Turin. In zahllosen Noten klagte der alte Staatskanzler darüber und hielt dem Lord „Feuerbrand" seine politischen Strafreden — umsonst: England blieb der Förderer des Hasses der Italiener gegen Oesterreich.

Nun schlug das Wiener Cabinet den alten Weg ein. Es nöthigte Modena und Parma zur Abschließung von Verträgen (24. Dezember 1847), welche Oesterreich gestatteten, in denselben mit Waffenmacht zu interveniren. Es forderte Neapel auf, sich der Revolution fest entgegen zu stemmen und versprach ihm seine Hilfe; auch der Pabst wurde angegangen, die Intervention zu dulden, lehnte es jedoch ab. So glaubte Metternich die Revolution territorial absperren zu können, und als im Februar und März 1848 in Piemont, in Toscana, im Kirchenstaat und selbst in Neapel Constitutionen gegeben wurden, hoffte er diese „Ueberstürzung" bald wieder gut machen zu können. Der wirkliche Gang der Dinge sollte nur zu sehr von seiner Idee abweichen!

Ziehen wir sonach das Facit, so zeigt sich, daß die auswärtige Politik des „alten Systems" in letzter Zeit gar keine glücklichen Resultate aufweisen konnte und nirgends lebensfähige Thaten von ihr sichtbar

waren. Nur eine mit Nimbus umgebene Machtstellung nach Außen hatte Metternich klug zu erhalten gewußt, und er selber glaubte am meisten an deren Wirklichkeit. Aber wie sehr sie nur eitler Schein war, das zeigten die kommenden Ereignisse, und vielleicht war nichts überraschender für die Welt, gefährlicher für Oesterreich, als die Plötzlichkeit, mit der beim ersten Anprall der Weltgeschichte diese Scheinmacht zusammenbrach und auch auf dieser Seite, die sonst nicht genug gerühmt werden konnte, sich der unbedeutende und armselige Charakter des alten Systems Allen offenbarte. —

Aber auch die Zustände im Inneren der österreichischen Monarchie waren trübe und belehrten nur zu deutlich, daß trotz aller loyalen Vertrauensseligkeit der Völker, trotz aller geistigen Absperrung und Hungerkur es dem alten System nicht gelungen war, die neue Generation so denken und empfinden zu lehren, wie es seine Absicht gewesen war. Die Idee der Weltgeschichte war über die Barren und Mauern gesprungen, durch die Cordons der Polizisten und Finanzwachen gedrungen, und hatte um so schlimmer gewirthschaftet, als sie überall ein leichtgläubiges, unerfahrenes Volk vorfand, dem nach dem Rippen von der Freiheit schon der Kopf vor lauter Seligkeit und Chimairen schwindelte. Das Vorsehungspielen, wie es das alte System gedachte, hatte sich endlich doch überlebt, und die eigenen Völker wurden desselben über-

drüssig. War auch in Wirklichkeit der Druck und die Tyrannei in Oesterreich lange nicht so schlimm, wie die Meinung des Auslandes annahm, so fühlte sich der Oesterreicher durch den Mangel jeder politischen Berechtigung, die ihm die Regierung prinzipiell absprach, so gedemüthigt, daß er am liebsten mit in die Verwünschungen des Auslandes gegen das „System" einstimmte. Ueberall und immer stärker trat der Geist der Opposition auf, das Verlangen, eine politische Berechtigung zu erhalten, der alten Wirthschaft des Nichtregierens ein Ende zu machen. In Wien hörte und sah man dies wohl, aber man ignorirte es vornehm oder suchte die Schreier zu beschwichtigen. Die österreichische Regierung liebte das strenge Regiment nie, es lag immer etwas Väterliches, Patriarchalisches darin, welches vor Allem den traditionellen Respekt forderte und sich aufs Tyranniſiren schlecht verstand. Das litt schon die Würde nicht. Nur Unruhe und Scandal haßte und fürchtete sie, und ehe sie das Geschrei sich mehren ließ, gab sie lieber nach. Sie wußte sich inmitten eines guten Volks, mit dem sich prächtig nach ihrer Weise regieren ließ. Daß diese Gutmüthigkeit einmal aufhören, die Geduld doch zuletzt reißen könne, glaubte keiner und Metternich am allerwenigsten. Aus diesem Grunde, und wohl auch vom bösen Gewissen gepeinigt, sah man den Opponenten in Oesterreich am liebsten durch die Finger

und reizte sie nie anders als durch verkehrt angebrachte Abwechslung von Zugeständnissen und Drohungen.

Am beunruhigendsten waren der Regierung die Zustände in Italien. Die begeisternde Idee, welche einen großen Theil der Italiener erfüllte, hatte auch die Lombarden und Venetianer angesteckt, und von Piemont aus, dem Herde der Revolution, that man Alles, diese Aufregung in österreichisch-Italien zu mehren. Auch waren diese Provinzen nie recht zufrieden mit dem österreichischen Regiment gewesen, und wiewohl sie in materieller Hinsicht sich nur zufrieden fühlen konnten, erregte doch die politische Unmündigkeit, in der sie leben mußten, die Unterwerfung unter einen fremden Stamm ihren Groll. Leicht war dieser daher zu nähren, und die Schriften aus Piemont, die Rüstungen dieses Staats, um für das freie Italien das Schwert zu ziehen, wirkten mächtig auf den Geist der Lombardo-Venetianer. Ihr Haß gegen die Oesterreicher wurde sonach ihre einzige Politik.

Seit dem Anfang des Jahres 1848 äußerte sich diese Feindseligkeit in allerhand Demonstrationen. Man verbot in Mailand das Cigarrenrauchen und das Lottospiel, um den österreichischen Einnahmen Abbruch zu thun; es kamen mehr und mehr Excesse mit österreichischen Soldaten vor und in allen Städten entstanden heimliche Gesellschaften, welche die Opposition gegen die Regierung organisirten. In Venedig mußte wegen

solcher Demonstrationen das Theater geschlossen werden. Die Warnungen und Drohungen des alten Radetzky, der in der Lombardei commandirte, nutzten gar nichts, und die Verkündigung des Standrechts im Februar machte die Situation nur noch unheimlicher. Alle Anzeichen kündigten eine gewaltige Revolution an, die im Verein mit dem eroberungslustigen, von der Bewegung fortgestoßenen Piemont den Besitz der italienischen Provinzen sogar in Frage stellte. Radetzky hatte eine Ahnung davon und traf seine Maßregeln; aber in Wien hielt man die Gefahr für nicht bedeutend und scheute sich auch wohl, durch Rüstungen kund zu geben, man fürchte sich vor einer Revolution und dem kleinen König von Piemont.

Nicht minder beunruhigend war der Gang der Dinge in Ungarn. Schon seit der Wiederbelebung der Landtage im Jahre 1825 war hier eine nationale Opposition aufgetreten, welche alle Schritte der Regierung, die im Grunde geglaubt hatte, Ungarn allmählig auf das Niveau einer Provinz wie Böhmen herabzudrücken, eifersüchtig bewachte und ein pointirtes Nationalgefühl aufrief. Der Anstand, mit dem Metternich alle diese Stürme aushielt, dann auch sein Charakter, lieber nachzugeben, als die Unruhe im Hause zu vergrößern, hatte der Regierung ziemlich glücklich über die Klippen fortgeholfen. Aber es war neben der nationalen Opposition eine gefährlichere

liberale erstanden, die auf weitgehende Reformen zielte. Der im November 1847 zusammentretende ungarische Landtag war stark mit solchen Elementen versehen, und namentlich war der Führer der Partei, Ludwig Kossuth, zum ersten Male in der Versammlung und der geeignete Mann, durch ein leidenschaftliches Gemüth und ein glänzendes Rednertalent die noch mäßige Bewegung aus den Schranken zu treiben.

In Wien suchte man dem kommenden Sturme durch Zugeständnisse entgegenzutreten. König Ferdinand eröffnete selber den Landtag und zwar zum ersten Mal in magyarischer Rede; an Stelle des verstorbenen Palatin, Erzherzog Joseph, wurde dessen als ungarischer Patriot bekannter und freisinnig denkender Sohn Stephan eingesetzt und auch vom Landtage als Palatin erwählt; eine Menge liberaler Reformvorschläge brachte die Regierung überdies selber zur Vorlage.

Dessen ungeachtet zog das Gewitter auf; die Electricität war vorhanden und mußte sich entladen. Vergebens suchte die Regierung mäßigend zu wirken; Kossuth vor Allem drängte leidenschaftlich die Opposition in eine abschüssige Bahn und richtete seine Angriffe auch gegen das System in Wien. Er verlangte Preßfreiheit und man votirte sie; er brachte in die Adresse eine Verwahrung „gegen absolutistische und constitutionswidrige Maßnahmen der Regierung“ und bezeichnete als solche die Einsetzung königlicher Admini-

stratoren in den Comitaten, einige Anordnungen in Croatien, und die Weigerung seitens der Regierung zur Einverleibung mehrerer siebenbürgischen Comitate in Ungarn. Schon im Januar 1848 dachte die Regierung daran, diesen vorwärts stürmenden Landtag aufzulösen; aber die alte Furcht vor dem Aufsehen und vor dem Gedanken, eine k. k. Regierung, welche Metternichs olympische Vorsehung enthalte, könne sich — fürchten, ließ es zu keiner Ausführung dieses Gedankens kommen, bis dessen Ausführung überhaupt eine Unmöglichkeit war. Welcher revolutionaire Gedanke im ungarischen Landtage vorhanden war, zeigte sich zuerst deutlich in der berühmten Rede Kossuths vom 3 März 1848, durch die er den Landtag zur Absendung einer Adresse an die Regierung hinriß. Es war die Forderung, mit dem alten System des Absolutismus zu brechen und Oesterreich constitutionell zu regieren. „Ja, löbliche Stände," sagte Kossuth, „der schwere Fluch eines erstickenden Dampfes lastet auf uns; aus den Bleikammern des Wiener Regierungssystems weht ein verzehrender Wind uns an, der unsere Nerven lähmt und niederdrückend auf den Flug unseres Geistes wirkt." Er ist bedrückt über „jene bureaukratische Politik der Unbeweglichkeit, welche im Wiener Staatsrathe verknöchert ist," und welche „die Monarchie zur Auflösung führen, die Zukunft unserer geliebten Dynastie bloßstellen" wird. „Ja,

löbliche Stände, es ist meine feste Ueberzeugung, daß die Zukunft unserer Dynastie an die Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie gebunden ist, und diese Verbrüderung kann mit Achtung der bestehenden Nationalitäten nur der Kitt des Constitutionalismus zu Stande bringen, der überall verwandte Geister erweckt; das Bureau und das Bajonnet sind erbärmliche Verbindungsmittel."

Diese Rede kam nach Wien, als man dort noch nach der Formel suchte, mit der man das alte System stürzen wollte. Sie gab diese Formel und im Nu ging es nun mit dem alten Regiment zu Ende.

Es war eben der Gedanke, daß es in Oesterreich so nicht fortgehen könne, nicht vereinzelt, sondern ein allgemeiner, alle, selbst die höchsten Schichten bewegender. Wo irgend etwas Selbstständiges lebte, brachte es diesen Gedanken zu Tage, unklar, unfertig, aber überall doch gleichem Grunde entstiegen. In Tyrol war man so unzufrieden wie in Vorarlberg; in Mähren regte sich mehr und mehr ein oppositioneller Geist in den Ständen, genährt durch die böhmischen Stände, welche sich aus ihrem traditionellen Nichts plötzlich emporrafften und der verwunderten Regierung zeigten, daß sie doch nicht nur galvanisirte Leichen seien. Sie, die sonst nur eine Form vorstellten, wollten jetzt ihre alte Bedeutung geltend machen und zeigten in Bewilligung der Steuern mit einmal eine Zähigkeit und

Sprache, die unerhört war. Während sonst die Regierung in Böhmen so ungenirt regierte, wie in Wien, forderten jetzt die Stände energisch die Beobachtung der sonst unberücksichtigten alten Verfassung, und als diese Forderung wenig Beachtung fand, traten sie bedenklich hartköpfig auf, namentlich in Bezug auf ihr Recht der Steuerbewilligung. Diese Haltung gewann ihnen eine Popularität im Lande, besonders als sie dem čechischen Nationalitätsgefühl schmeichelten und Abschaffung der Censur für Zwanzigbogenschriften verlangten. Der Gedanke an das alte herrliche Böhmenreich war überdies mächtig in den Gemüthern wiedererstanden, und die Čechen, sonst eine kaum noch lebende Partei, hatten sich emporgerafft aus der zweihundertjährigen Lethargie, ihre Reihen geordnet, sich gemehrt, und, eingedenk ihrer Vergangenheit, forderten sie das Recht zu leben zurück, Gleichberechtigung der wiedergefundenen Sprache, Anerkennung ihrer seit lange gedrückten, durch die Bureaukratie zerriebenen Nationalität, die nun in wunderbarer Weise wieder zum Dasein und Bewußtsein erwacht war. Das waren bedenkliche Anklagen gegen eine Regierung, daß sie nach zweihundertjährigem Regiment in einem so ruhig gemachten Land wie Böhmen, nicht einmal die Gegensätze der Nationalität versöhnt hatte!

Aber selbst in dem kaiserlichen, gemüthlichen, lustigen Wien hatte die Zeitidee ihre Rekruten geworben

und wurde der entscheidende Sturm auf das alte System unwillkürlich vorbereitet.

In den niederösterreichischen Ständen lebte wo möglich ein noch größerer oppositioneller Geist als in denen von Böhmen und Mähren. Zwar ging ihnen das Verständniß der Zeitideen ab, und woraus ihre oppositionelle Haltung entsprang, war zumeist die Lust, der feudalen Herrlichkeit größeren Spielraum zu verschaffen; aber in manchen Dingen fiel doch das Interesse der adeligen Herren mit dem der Allgemeinheit zusammen, und überdies war den Ständen das Bewußtsein nicht abzusprechen, daß zur Wiederbelebung ihrer Bedeutung auch den Gedanken und Forderungen der Gegenwart Rechnung getragen werden müsse. Sie traten seit den vierziger Jahren als erklärte Feinde der Bureaukratie auf und meinten, „die absolute Monarchie sei nach und nach in eine Oligarchie verwandelt worden." Sie verlangten immer dringender Veröffentlichung des Staatshaushalts, Beirath der Stände in allen wichtigen Landesangelegenheiten und dann auch gehörige Vertretung des Bürgerstandes in den ständischen Versammlungen. Das ständische Wesen fallen zu lassen, erschien ihnen undenkbar und lag ihren Anschauungen ganz fern; aber der österreichische Adel, nie von einem principiellen Haß gegen den Bürgerstand erfüllt, fühlte doch das Bedürfniß, den Haupt-

factor des Staats, den Bürger, an der Berathung der Landesangelegenheiten mit Theil nehmen zu lassen.

Sich zu reorganisiren, zu beleben, zu einem bedeutungsvolleren politischen Dasein zu erheben, als bisher, wo sie nicht mehr gewesen als bequeme, willige Steuerbewilligungsmaschinen, dieses Bestreben erfüllte sie, und es documentirte sich darin immerhin der neue Gedanke der Zeit, der allerdings mit seiner endlichen Anerkennung auch die überlebte Institution der Stände von selbst erdrückte. Der niederösterreichische Landtag entwarf sich eine neue Wahl- und Geschäftsordnung, die vielfach auf constitutionelle Grundsätze auslief und daher auch nicht die Genehmigung der Regierung in den entschiedensten Neuerungen fand. Er plaidirte für eine neue Gemeindeordnung, Regulirung der Steuern, für Aufhebung der Censur, Reorganisation des Unterrichtswesens, und der steigende Muth, mit dem er auf alle diese wunden Stellen des österreichischen Staatslebens hinwies, beunruhigte zuletzt doch die Regierung. Ein solcher Geist der Opposition selbstständigen Denkens, das sich vermaß, der allerhöchsten Vorsehung der Staatskanzlei zu erkennen zu geben, wie schlecht es im Lande bestellt sei, mißfiel sehr, und da man hier sich als der Mächtigere fühlte, beschloß man diesem Geist des Widerspruchs eine drohende Miene zu zeigen. Das war in Oesterreich und unter dem alten System immer so. Energische und

nicht einzuschüchternde Gegner, wie die Ungarn, machte man durch Zugeständnisse und „Gnaden" still; die Andern, welche nicht Muth und Macht genug hatten, den Widerstand fortzusetzen, duckte man durch Drohung und Ungnade.

Aber die niederösterreichischen Landstände ließen sich diesmal nicht einschüchtern und erreichten daher einige, wenn auch kleine Zugeständnisse. Zugleich merkte Metternich etwas von dem Sturme der kommenden Zeit und erklärte abermals in der Staatsconferenz, daß man die Bahn der Reform betreten müsse. Er war in Wahrheit jetzt der Mann der Reform, und wenn es ihm nicht gelang, vor der Krisis etwas Durchgreifendes durchzusetzen, so lag es an dem Widerstand des Hofes, namentlich an Erzherzog Ludwig, der „das Bestehende" um jeden Preis erhalten wollte, wie er Kaiser Franz auf dem Sterbebette versprochen.

Mit Mühe und Noth brachte es Metternich zu neuen Erwägungen einer Verfassung für Oesterreich. Mit dem 1. Januar 1848 trat überdies die neue Censur-Oberdirection ins Leben und mit dem 1. Februar das Oberste Censurgericht. Diese Concession, mehr formell als prinzipiell, fand keine günstige Aufnahme, erregte vielmehr neuen Mißmuth, weil man sie als eine Verschärfung der Preßcontrolle betrachtete. Das Gremium der Wiener Buchhändler übergab auch

sogleich eine Bittschrift um Aufhebung dieses neuen Censurdrucks, ebenso die Schriftsteller Wiens, die erklärten, daß die neue Anordnung mehr gegen sie gerichtet sei, als ihren gerechten Ansprüchen entspreche.

Auch die Eröffnung der Academie am 2. Februar machte keinen sonderlichen Eindruck. Viele verdiente Autoren waren bei der Ernennung übergangen worden, weil sie liberaleren Grundsätzen folgten. Diese Scheu vor dem Liberalismus markirte sich noch durch den Umstand, daß die Stelle in der Eröffnungsrede, in der ausdrücklich betont wurde, „die Academie werde censurfrei wirken", im Abdruck der Wiener Zeitung nicht vorkam.

Metternich drängte auf weitgreifendere Reform und beschäftigte sich von Neuem mit der Verfassungsfrage. Die Italiener sollten zuletzt bedacht werden, weil man sich Nichts abtrotzen lassen wollte; dagegen wurde von ihm eifrig an der Verfassung Böhmens und der deutschen Provinzen gearbeitet, nachdem es seinen Bemühungen gelungen war, die „theilweise Erweiterung der ständischen Befugnisse" in der Staatsconferenz endlich zum Beschluß erhoben zu haben. So war das Prinzip schon anerkannt; sogar der Plan zur Berufung „Vereinigter ständischer Ausschüsse," zunächst behufs Regelung der Finanzen, den Kübeck offenbar neu bearbeitet hatte, war vom Kaiser und Erzherzog

Ludwig „der Maxime nach genehmigt worden.“ [3] Sämmtliche Provinzialstände sollten danach aufgefordert werden, Deputirte aus ihrer Mitte nach Wien zu senden, um über die Finanzvorlagen zu berathen.

Aber das alte Zaudern und der Widerstand eines Theiles des Hofes ließ es nicht zur Ausführung kommen. Mitten in diesen zögernden, uneinigen Rath fiel nun wie ein Donnerschlag die Nachricht von der Pariser Februarrevolution.

---

[3] Genesis der Revolution von Graf Hartig. 103.

Erster Abschnitt.

Die Revolution.

Die Februarrevolution. — Die Camarilla und Metternich. — Petitionen. — Eröffnung des niederösterreichischen Landtages. — Die Staatsconferenz am 13. März. — Abdankung Metternichs. — Revolution in Wien. — Nachgiebigkeit und Verwirrung der Regierung. — Die Constitution. — Sturz der alten Regierung. — Das Ministerium Pillersdorf und seine ersten Handlungen. — Verfassungsurkunde vom 25. April 1848. — Revolten. — Abreise des Kaisers nach Innsbruck. — Die Maitage in Wien. — Erzherzog Johann als Stellvertreter. — Der Bürgerausschuß. Sturz Pillersdorfs. — Ministerium Dobblhoff. — Die Revolution in den Provinzen. — Ungarn. Italien. Graz. Tyrol. — Galizien. — Der Juniaufstand in Prag. — Erster Sieg der Reaction. Windischgrätz.

Am Abend des 28. Februar 1848 brachte ein Courier dem Fürsten Staatskanzler die erste Nachricht von der Februarrevolution. Er hielt die Sache für wenig bedeutend. Als jedoch am nächsten Tage die Hiobspost von der Vertreibung Louis Philipps und

der Einsetzung der Republik kam, blieb Metternich leichenblaß mehrere Minuten in seinem Sessel sitzen. Das ganze Cabinet war rathlos, vor Schrecken und Staunen unfähig, etwas zu thun. Erst nach einigen Tagen, als sich die Hoffnung auf eine royalistische Contrerevolution als eitel erwies, raffte man sich wieder empor. Der erste Gedanke eines Theils des Hofes war, die Coalition wieder zu erneuern und die Republik in Frankreich mit Waffengewalt zu stürzen, ehe sie zu der Macht der von 1792 gelange. Auf die Höfe von Berlin und Petersburg glaubte man sicher rechnen zu können.

Aber merkwürdigerweise war es gerade Metternich, der sich energisch gegen eine solche Idee erklärte, und von dem sonst so gefeierten Interventionsprinzip jetzt nichts wissen wollte. Er scheute den Krieg, vor Allem den Angriff auf Frankreich, und die Umstände brachen schnell die kriegerischen Absichten sowohl in Wien als in Berlin. Die Februarrevolution übte auf Deutschland eine solche Wirkung, daß man genug Gefahren im eigenen Hause erstehen sah, um gern die Sorgen eines Krieges abzuwehren. Im Anfange des Monats März brachen die Revolutionen in Baden, Baiern, Würtemberg, Nassau, Hessen und Sachsen aus, und über Nacht wurden in allen diesen Staaten Constitutionen gegeben. Auch in Berlin drohte es bereits, ebenso in Wien — in Italien und Ungarn

wuchs die Gährung: da war an Krieg nicht weiter zu denken.

Die Februarrevolution und ihre Wirkungen brachte am Wiener Hofe überdies einen Prinzipienkampf hervor, der vor Allem erst zum Austrag kommen mußte. Metternich, bisher so lebhaft für Reformen eingenommen, wollte nun mit einmal nichts mehr davon wissen, weil fortan jedes Zugeständniß als „unfreiwillig" erscheinen würde und dies in seinen Augen das gefährlichste Beginnen einer Regierung war, der Würde vor Allem widersprach. Erzherzog Ludwig war von jeher gegen jede Neuerung und schloß sich deshalb auch jetzt dem Staatskanzler an. Dagegen war die sonst gegen Reformen so sehr eingenommene Hofpartei plötzlich wie umgewandelt und trat unter der Aegide des Grafen Kolowrat mit auffallender Entschiedenheit für sofortige Reformen auf. Die Concessionen, die sie Metternich kurz zuvor nicht bewilligen zu können glaubten, waren ihnen jetzt viel zu ungenügend. So kam der merkwürdige Fall vor, daß sich Metternich plötzlich isolirt und einem liberal gesinnten Hofe feindlich gegenüber gestellt sah.

An der Spitze dieser Hofpartei, welche jetzt die Nothwendigkeit von ausgedehnten Reformen erkannte und den Sturz Metternichs beabsichtigte, stand die Erzherzogin Sophie. Sie sah mit ungetrübtem Blick und unbefangen die Gefahr herankommen und wies

auf sie hin, mit der Versicherung, daß man durch eine kühne Wendung allein ihr auszuweichen, ja ihre Dynastie vor dem Schicksale der Orleans'schen Königsfamilie retten könne. Sie verlangte deshalb, daß man den Kaiser bewege, den großen Mühseligkeiten, die jetzt eines österreichischen Monarchen warteten, durch Abdankung aus dem Wege zu gehen, und durch die Erhebung ihres Sohnes Franz Joseph auf den Thron die Neugestaltung Oesterreichs möglich zu machen. Erzherzog Ludwig und besonders Metternich müßten in diesem Falle, da sie anderen Prinzipien huldigten, ihres Einflusses auf die Regierung sich begeben: Oesterreich würde eine Gesammtstaatsverfassung erhalten müssen. [4]

Metternich sowohl wie Erzherzog Ludwig traten dagegen mit aller Entschiedenheit auf und wollten weder die Gefahr für so groß erkennen, als an eine wirkliche Revolution in Oesterreich glauben. In mehreren Familienräthen, die am 6. und 7. März gehalten wurden, kam es darüber zu sehr heftigen Debatten und Erzherzog Johann bestand schon hierbei auf der Abdankung Metternichs. Der Kaiser, von beiden Parteien bestürmt, hielt sich passiv.

So fühlte sich denn die Partei, die es laut ausgesprochen, daß der Thron auf den bisherigen Grundlagen nicht erhalten werden könne, gedrungen, der

[4] Zeitgenössische Geschichten von A. Schmidt. 691.

immer näher rückenden Gefahr auf eine andere Weise zu begegnen. Man trat in Verbindung mit den Leitern der Opposition des niederösterreichischen Landtages, der am 13. März eröffnet werden sollte und mit dessen Hilfe man jede Revolution verhindern, die beabsichtigte Ertheilung von Zugeständnissen durchsetzen wollte. Von dieser Seite sollte auch das Verlangen der Abdankung Metternichs wiederholt werden. Darüber kam ein Theil des Hofes mit den Mitgliedern des Landtages überein, und von diesem wurde die Parole weiter gegeben.

Schon am 6. März hatte man das Vorspiel dazu aufführen lassen. Der Gewerbeverein, unstreitig unter der Hand aufgemuntert, genehmigte, und zwar in Gegenwart Kolowrats und des Erzherzog Franz, also zweier permanenten Mitglieder der Staatsconferenz, eine Adresse an den Kaiser, die einem vollständigen Mißtrauensvotum gegen die Regierung gleichkam. Zwar kam der Name Metternich darin nicht vor, aber der Fürst, den man als den Hauptträger des Systems ansah, wurde doch ziemlich deutlich als diejenige Macht bezeichnet, deren Entfernung vor Allem Noth thue, wolle man den nothwendigen „Anschluß der Regierten an die Regierung" bewirken. Diese Adresse wurde dem Erzherzog Franz überreicht und von diesem mit einer Danksagung erwidert, ein Umstand, der natürlich viel dazu beitrug, in der großen Masse des Volks die

Ueberzeugung wachzurufen, der Hof selbst sei mit der Metternich'schen Regierung unzufrieden.

Unter solchen Bewandtnissen wurde eine Adresse von Bürgern, die sich entschieden gegen die ständische Verfassung aussprach, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, ja selbst hochgestellte Beamte weigerten sich nicht, sie zu unterzeichnen. Energischer noch gingen die Studenten vor, unter denen bereits eine bedeutende Gährung herrschte. Sie hatten ebenfalls eine Petition beschlossen und am 12. März kam sie unter großen Demonstrationen zu Stande. Hierin waren schon sehr bestimmte Forderungen ausgedrückt, wie Preßfreiheit, Lehrfreiheit, Gleichstellung der Confessionen, öffentliches Gerichtsverfahren, Reform des Bundestages. Die beiden Professoren Hye und Endlicher begaben sich mit dieser Petition in die Hofburg zum Erzherzog Ludwig.

Dieser, als der Gesinnungsgenosse Metternichs zur Zeit, entließ die Deputation mit sichtlicher Ungnade. Aber so viel Einwirkung hatten die Ereignisse doch schon auf ihn gemacht, daß er um zwei Uhr den Staatsrath versammelte, um über die zu ergreifenden Maßregeln zu berathen. Man sprach auch von der Entfernung Metternichs; aber Erzherzog Ludwig wollte nichts davon hören, und der Fürst selbst wollte nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers abtreten.

Wie eigenmächtig die liberal gesinnte Hofpartei handelte, geht daraus hervor, daß sie dieselbe Depu-

tation der Studenten, die am Mittag von Erzherzog Ludwig so ungnädig entlassen worden war, während der Staatsrathssitzung in die Burg einlud und ihr Abends noch eine Audienz beim Kaiser selbst verschaffte. Der Kaiser zu gut und gütig, um nicht huldvoll zu sein, versprach zwar den Inhalt der Petition zu erwägen, indessen bestimmte Versprechungen wurden doch nicht gegeben.

Unter solchen Umständen ließ sich selbst Metternich herbei, „unfreiwillige" Concessionen zu machen. Die Noth trieb ihn aus seiner Position, wie so oft, und er zog es vor lieber zu capituliren, als es aufs Aeußerste ankommen zu lassen. Ein wenig Nachgiebigkeit, hoffte er, würde genügen, den Sturm zu beschwichtigen. So berief er noch am Abend des 12. den Landtagsmarschall, Grafen Montecuculi zu sich, und erklärte ihm, daß die Regierung sich bereits lange mit einer Reform beschäftigt habe und noch in der Nacht die kaiserlichen Handschreiben ergehen sollten, welche die provinzialständischen Ausschüsse zu einem vereinigten Landtag nach Wien beriefen. Der Landtagsmarschall möchte also bewirken, daß sich der am nächsten Tage zu eröffnende Landtag Niederösterreichs versöhnlich benehme und die Haltung des Volks beschwichtige.

Am 13. Morgens erschien in der That das Dekret, welches die „schleunige Einberufung" der Pro-

vinzialausschüsse in Aussicht stellte, also Unbestimmtes, statt des so nothwendigen Bestimmten.

Schon am frühen Morgen waren die Mitglieder der Staatsconferenz in Erwartung kommender Ereignisse zu einer permanenten Sitzung zusammengetreten; in dem unweit davon gelegenen Zimmer des Kaisers war die ganze kaiserliche Familie versammelt. Die Nachrichten, welche nach der Burg kamen, brachten Verwirrung und Unsicherheit hervor. Man vernahm, daß die Studenten sich mit einer Masse Volks vor das Ständehaus begeben hatten; um die Burg selbst waren dichte, aufgeregte Menschenhaufen versammelt.

Vor dem Ständehause begannen die tumultuarischen Auftritte. Es wurden Reden von jungen Leuten gehalten und die Stände vom Volk aufgefordert, eine Deputation an den Kaiser zu senden, um ihm die Wünsche des Volks vorzutragen. In die anfängliche Unklarheit dessen, was man eigentlich Alles wünschte, brachte die eben angelangte Kossuth'sche Rede vom 3. März die nothwendige Ordnung, und aus den allgemeinen, stürmisch verlangten Forderungen hoben sich die einer Constitution, Preßfreiheit, Nationalgarde am stärksten hervor. Sie gaben die Losung für die Menge ab, die zugleich donnernde Pereats auf Metternich ertönen ließ.

Die Stände waren sichtlich verzagt, weder geneigt die Wünsche des Volks zu den ihrigen zu machen,

noch muthig genug, dieselben dem Kaiser vorzutragen. Sie wollten mit dem draußen versammelten Volk unterhandeln, aber die Unentschlossenheit, welche sie dabei zeigten, die zufällig oder absichtlich herbeigeführte Einsperrung einiger Mitglieder des hinaufgeschickten Volksausschusses, trieb das Volk zu Excessen. In dem Augenblick, wo die Stände sich gezwungen sahen, als Deputation in die Burg zu gehen, erstürmte das Volk das Ständehaus und zertrümmerte in Wuth das Inventarium, gleichsam instinktartig, als wolle es das Alte mit Gewalt beseitigen.

Erzherzog Ludwig hatte bereits die Burg mit Truppen umstellen lassen und Befehl gegeben, auch das Ständehaus abzusperren. Es war natürlich, daß das vor dem Sitzungssaal befindliche Volk, bereits leidenschaftlich und durch die Erstürmung des Ständehauses fanatisirt vom bösen Gewissen, den anrückenden Truppen Widerstand entgegensetzte. Den Steinwürfen wurde mit Salven geantwortet, und dieser schnell herbeigeführte blutige Conflict, in dem mehrere Menschen das Leben verloren, brachte einen Schrecken und eine Wuth unter das Wiener Volk, welche voraussehen ließen, daß es auch seinerseits keine Rücksichten mehr nehmen würde und die zu entschuldigenden Tumulte eines aufgeregten Volks nun zu einer Revolution anwachsen mußten.

Als die Nachricht von dem Einschreiten des

Militairs, von den Salven, in die Burg gelangte, stellten sich die beiden Parteien schroffer als je gegenüber. Erzherzog Ludwig und Metternich, welche als Urheber des Befehls zum Feuern der Truppen angesehen wurden, hörten die leidenschaftlichsten Vorwürfe, und der Kaiser selbst war außer sich über dieses Ereigniß. „Nein, nein," sagte er, „i laß auf meine Wiener nit schießen!" An Berathungen war gar nicht mehr zu denken, vielmehr brach jetzt auch in diesem Kreise der letzte rücksichtslose Kampf aus. Erzherzog Ludwig bestand auf energischen Maßregeln und Verweigerung fernerer Zugeständnisse; die Erzherzogin Sophie und Erzherzog Johann, welche für sich den Kaiser hatten, forderten Concessionen umfassendster Art, um den Sturm zu beschwören.

Das Erscheinen der Stände als Deputation unterbrach diese stürmische Scene in den Gemächern der Hofburg. Erzherzog Ludwig empfing die Gekommenen, hörte ihre Erzählung von den stattgehabten Ereignissen, sowie den Vortrag der Wünsche, welche ihnen das Volk zu berichten aufgetragen, ruhig mit an und entließ sie mit dem Bescheid, „daß ein Comité prüfen und der Kaiser das Dienliche beschließen werde." [5]

Inzwischen waren Hof- und Vorzimmer der Hofburg von einer Menge Menschen, welche angeblich als

[5] Die niederösterreichischen Landstände und die Genesis. 37.

Deputation gekommen, angefüllt und dies mochte den Wirrwarr nicht unbedeutend erhöhen. Die kaiserliche Familie hatte sich unterdessen geeinigt, den Fürsten-Staatskanzler zum Abdanken zu nöthigen, um die Situation klarer zu machen. Als Metternich aus seinem Bureau wieder die kaiserlichen Gemächer betrat, vernahm er von dem Entschluß. Er ging in die Staatsconferenz, seine letzte Thätigkeit zu beenden.

Immer neue Deputationen drangen in die Zimmer, immer lauter drang ihr Gemurmel, ihr Verlangen nach Einstellung des Kampfes auf den Straßen. Erzherzog Ludwig ließ sich einige Deputationen vorführen, Graf Hartig suchte die übrigen zu beschwichtigen. Umsonst! Sie drohten mit dem Aergsten für die Nacht, wenn man nicht nachgebe — schon plünderte das hungrige Volk in den Vorstädten. Man verlangte Volksbewaffnung, um den rasenden Pöbel zur Ordnung zu bringen, vor Allem aber die Entlassung Metternichs.

In diesem Momente höchsten Tumultes trat der Staatskanzler aus den Zimmern der Staatsconferenz, gefolgt von mehreren Mitgliedern der kaiserlichen Familie. Er ließ die Deputation der Bürgerwehr-Offiziere eintreten und sagte zu einem derselben:

„Sie sind ein Bürger; die Bürger Wiens haben sich bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet und es wäre

eine Schande für sie, wenn sie nicht im Stande wären, einen Straßenkrawall zu besiegen."

„Durchlaucht," entgegnete der Bürger-Offizier, „hier handelt es sich um keinen Straßenkrawall, sondern um eine Revolution."

Aber das wollte der Fürst nicht wahr haben. Er drehte sich widerwillig um, befahl aber, die Deputationen nicht fortgehen zu lassen, um durch ihre Berichte das Volk nicht noch mehr aufzureizen. Eine letzte Berathung fand statt, inzwischen die revolutionairen Forderungen sich wie Springfluthen heranwälzten und die Schlagworte: Nationalgarde! Preßfreiheit! Abdankung Metternichs! Constitution! wie krachende Wurfgeschoße durch die Flügelthüren des Audienzsaales hereinfuhren . . . der letzte Widerstand brach darunter. Metternich ließ hinaussagen, man werde eine „Bürgerwehr" bewilligen, ebenso die „Aufhebung der Censur" und die „Constituirung des Vaterlandes."

Der Fürst selbst verfaßte noch diese Erlässe, vielleicht um dadurch sein Verbleiben zu erkaufen. Aber der Ruf nach seiner Abdankung tönte immer stürmischer, und sie schien in der That der Lohn des heißen Tages vor Allem sein zu sollen. Der Kaiser selbst ließ jetzt dem Staatskanzler sagen, er möge um der allgemeinen Beruhigung willen, und um die Dynastie keinen weiteren Gefahren auszusetzen, von seinem Posten zurücktreten.

Metternich nahm diesen Schlag ernst, aber mit Würde hin. Er trat nochmals in das tumultuense Audienzzimmer und sagte zu den dort Versammelten:

„Meine Herren, wenn Sie glauben, daß ich durch meinen Rücktritt dem Staate einen nützlichen Dienst erweise, so bin ich mit Freuden dazu erbötig."

Einer der Deputationsführer entgegnete:

„Durchlaucht, wir haben Nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System, und darum müssen wir Ihren Rücktritt mit Freuden begrüßen."

„Die Aufgabe meines Lebens," nahm Metternich wieder das Wort, „war für das Heil der Monarchie auf meinem Standpunkte zu wirken. Glaubt man, daß mein Verbleiben auf demselben dies Heil gefährdet, so kann es für mich kein Opfer sein, selben zu verlassen; ich lege meine Stelle in die Hände des Kaisers nieder. Ich wünsche Ihnen Glück zur neuen Regierung, ich wünsche Oesterreich Glück!"

Ein lautes Triumphgeschrei erhob sich, ein Hoch ertönte auf den Kaiser Ferdinand. Metternich sprach noch einmal: „Ich sehe voraus, daß sich die falsche Behauptung verbreiten werde, ich hätte die Monarchie mit mir davongetragen. Dagegen lege ich feierlichen Protest ein. Weder ich noch irgend Jemand hat Schultern breit genug, um einen Staat davonzutragen. Verschwinden Reiche, so geschieht es, weil sie sich selbst aufgeben."

Er entfernte sich und floh anderen Tages unter Lebensgefahr aus Wien über die österreichische Grenze nach England.

Blitzschnell verbreitete sich die Nachricht von des Fürsten Sturz, zugleich mit der Kunde von der Gewährung der Volksbewaffnung und Preßfreiheit. Noch an demselben Abende des 13. März erhielten die Studenten und die sich meldenden Bürger, worunter bei der allgemeinen Hast natürlich auch manche unlautere Elemente berücksichtigt wurden, Waffen aus dem Zeughause, und es war eine würdige Inauguration der neuen Freiheit, daß die bewaffneten Corps, namentlich die Studenten, den sengenden und plündernden Pöbel in den Vorstädten noch in derselben Nacht und nächsten Tages zu Paaren trieben. Das Militair rückte noch in der Nacht aus der Stadt hinaus.

Das siegende Volk ist immer mißtrauisch, und namentlich, wenn es durch oft ganz zufällige Umstände von der Furcht erfüllt wird, man wolle es täuschen und ihm die zugesprochenen Trophäen wieder entwinden. Die Nachricht, die am 14. März früh bekannt wurde, daß an Stelle des Erzherzogs Albrecht der unbeliebte Fürst Windischgrätz das Commando der Truppen erhalten, wirkte in schädlicher Weise aufregend auf die Massen, da man an Militairdictatur und Belagerungszustand dachte. Sofort äußerte sich dies Mißtrauen und diese Befürchtung, indem man anstatt

der bewilligten, vielleicht nur für einige Tage bewilligten, „Bürgerwehr“ eine gesetzlich anerkannte Institution der „Nationalgarde“ forderte. Ein so politisch unselbstständig gewesenes und unerfahrenes Volk, wie es auch die Wiener jener Zeit waren, suchte sich instinktmäßig seine Muster in den französischen Einrichtungen und Worten, glaubend, die Nachahmung derselben gebe von selber ein freies, politisches Leben. Erst bittere Erfahrungen mußten es belehren, daß mit dem äußerlichen Werk wenig geschehen, und ohne ein Fundament aller Bau eitel sei.

Noch immer trafen die liberalen Reformgelüste, zu welchen meist die Furcht einen großen Theil des Hofes trieb, auf den Widerstand der alten Systematiker. Aber deren Macht war mit Metternichs Sturz gebrochen. So setzte das Volk auch die Errichtung der „Nationalgarde“ durch, und die Wiener Schriftsteller dekretirten selbst, daß die „aufgehobene Censur“ Preßfreiheit bedeute. Ob man nach diesen Zugeständnissen bei Hofe glaubte, es sei genug gethan, weiß man nicht; aber jedenfalls war Alles, was geschehen, nur von negativem Charakter und durchaus nicht dem unklaren Verlangen eines Volkes nach Umgestaltung aller politischen Verhältnisse entsprechend. Da man also selber nichts Neues für das abgesetzte Alte gab, so war es nicht zu verwundern, daß das Volk in seiner Weise danach verlangte, und unklug jedenfalls,

daß die Behörden diesen Sturm mit noch mehr reizenden Drohungen und Appellationen an die ruhige Vernunft beschwichtigen wollten. Dies wäre am Orte gewesen, wenn man dem Volke etwas Gesundes gegeben hätte, wenn die Umformung des alten Oesterreichs, das nicht mehr leben konnte, energisch von Oben her geschehen. So aber ließ man sich, was eben der unerfahrene Volksverstand forderte und doch Alles nur Stückwerk war, abzerren und hatte deshalb weder Ansprüche auf Dank zu machen, noch zeigte man sich der Situation gewachsen.

Daß also die Gährung im Volke stieg, war natürlich. Es hatte Fetzen und kein Kleid, und doch wollte es ein Kleid. Wenn man einmal durch Gewährung einiger Zugeständnisse anerkannte, daß man zu geben verpflichtet sei, so mußte man auch so ausreichend geben, daß dem erregten Volk das wüste Umhertappen nach allerhand nicht in den Sinn kommen konnte. Constitution war ein Schlagwort, dessen Bedeutung man kaum kennen konnte, aber welches das Volksverlangen nach einer anderen, als absolutistischen Regierungsform charakterisirte. Daß daraufhin die Regierung mit der Zusammenberufung provinzialständischer Ausschüsse antwortete, wie am 15. März, war doch unstreitig sehr naiv, und so viel verstand das Volk doch, daß das ständische System nicht fähig sei, den nothwendigen neuen Geist für Oesterreich zu tragen.

Die Mißstimmung blieb also im Herzen Aller, denn noch immer war nichts gegeben, und doch fühlte man, Oben wie Unten, daß zu geben sei. Wenn auch die Anhänglichkeit an den Kaiser, als derselbe am 15. Mittags durch die Straßen Wiens fuhr, sich in lautem Jubel Luft machte, weil der Monarch durch alle Zusagen bethätigt hatte, daß er den Wünschen seines Volks genügen wolle, so war es doch auch natürlich, daß man wegen des Unfertigen schnell wieder in die frühere Aufregung gerieth. Die am 15. März in Wien eingetroffene Deputation der Ungarn, worunter auch Kossuth war, und welche Concessionen für Ungarn erreichen wollte, nährte die allgemeine Erregung und wies sie bestimmt dem Endziel einer Constitution zu. Auch fühlte man zur selben Zeit in der Hofburg das Bedürfniß nach festen Grundlagen der beabsichtigten Reform, und so erschien denn noch im Laufe des 15. März das kaiserliche Patent, welches einerseits alle gemachten Zusagen, wie Preßfreiheit und Nationalgarde gewährte, andererseits auch den zusammenberufenen Abgeordneten aller Provinzialstände und der Central-Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes die Ausarbeitung einer — Constitution des Vaterlandes in kürzester Frist übertrug.

Das war ein ausgiebiges Wort und geeignet, die Situation zu beherrschen, die hochfluthende Bewegung

mit einem Male zu beruhigen. Und in der That schlug die Stimmung in Wien wie im ganzen Lande in lauten, herzentströmten Jubel um; ganz Wien prangte am Abend in strahlender Beleuchtung und in Aller Herzen lebte die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Und doch hatte man noch nicht mehr als ein Wort, eine Zusage. Wie schnell und in welcher Weise man dieselbe einlösen würde, davon hing Alles ab; denn so lange die einmal aufgeschwollene Fluth nicht in neue gerade Bahnen gelenkt wurde, konnte sie bei kleinster Gelegenheit wieder aufschäumen und austreten, ohne Rücksicht, daß Einzelnes des Neuangebauten dabei zu Grunde ging.

Die Repräsentanten des alten Systems, schuldige wie unschuldige, fielen schon am nächsten Tage. Der Bürgermeister Czapka legte am 16. März seine Stelle nieder, am nächsten Tage der vielgehaßte Polizeityrann Graf Sedlnitzky. Zugleich kam man der Nothwendigkeit nach und reorganisirte das Cabinet zu einem, der Zusage einer Constitution entsprechenden, verantwortlichen Ministerium. Der Ministerrath sollte fortan aus dem Minister des kaiserlichen Hauses und des Auswärtigen, dem des Innern, der Justiz, der Finanzen und des Krieges bestehen. Am 21. März folgte die Ernennung der neuen Minister. Conseilspräsident wurde Graf Kolowrat; die auswärtigen Angelegenheiten übernahm Graf Ficquelmont; die inneren der Hofkanzler

Freiherr von Pillersdorff; die Justizverwaltung ward dem Grafen von Taaffe, die der Finanzen dem Freiherrn von Kübeck übertragen. Das vorläufig unbesetzte Kriegsministerium erhielt später Feldmarschall-Lieutenant Zanini. Am 27. März wurde noch ein Ministerium des öffentlichen Unterrichts errichtet und zu dessen Vertreter der Freiherr von Sommaruga ernannt. Die Polizeihofstellen wurden aufgelöst und alle polizeilichen Behörden dem Ministerium des Innern unterstellt. Das Manifest Pillersdorffs an die Polizeidirectoren war die erste Verfügung im constitutionellen Sinne. Die Amnestie vom 20. die würdigste Inauguration der neuen Aera.

Dies schnell zusammengesetzte Ministerium bestand natürlich aus heterogenen Elementen und angesichts der Ereignisse war eine Purification desselben, ein Ausscheiden der mehr oder minder mit den alten Anschauungen verflochtenen Männer eine politische Nothwendigkeit. Am 4. April trat Graf Kolowrat zurück, an demselben Tage auch Kübeck, unstreitig der liberalste Minister des alten Systems. Am 5. April hörte der Staatsrath auf zu leben, und Erzherzog Ludwig, als er gesehen, daß die Zeit sich so schroff gewandelt, legte seine Stelle nieder; einige Tage später auch der Graf von Taaffe. Das Ministerium Pillersdorff war dadurch sehr unvollständig und die neu hinzutretenden Elemente, wie der Finanzminister Krauß, nicht geeignet, ihm in

der eigenen Bedeutung feste Kraft zu geben. Pillersdorff selbst war ein liberalgesinnter, redlicher und vortrefflicher Mann, zu jeder anderen Zeit ein vortrefflicher Minister; aber für diese Tage der Unruhe und Aufregung gehörte eine stählerne Natur, die Pillersdorff nicht besaß. Er stand zu sehr mitten in der Bewegung, um sie beherrschen und übersehen zu können, und die Schwierigkeiten, die aus seiner Schwäche, dann aber auch aus dem Mangel an Unterstützung und durch die Intriguen der nationalen wie reactionairen Parteien entstanden, vermochte er am wenigsten zu überwinden. Er hatte den besten Willen und es war ihm zu verzeihen, daß er wegen mangelnder Erfahrung nicht immer fest sein Ziel im Auge behielt, sondern sich auch treiben ließ.

Die erste Thätigkeit des neuen constitutionellen Ministeriums, anstatt sich schnell eine legislative Kraft zur Seite zu schaffen, betraf den Erlaß von Reformen, sehr nothwendiger und verdienstlicher, wie die Aufhebung der Robot in Oesterreich und des Zehnten; aber man hätte dieselben auch ebensogut dem Parlament überlassen können. Zeitgemäßer war schon das Nationalgardengesetz und vor Allem das am 1. April erlassene Preßgesetz. Aber der unglückliche Gedanke, durch das Gesetz selbst den Begriff der einmal gegebenen Preßfreiheit völlig illusorisch zu machen und durch eine harte Bestrafung selbst kleinerer Vergehen die Ausschreitung eines

ungeschulten, plötzlich entfesselten Geistes dämmen zu wollen, mußte die Wirkung der jedenfalls nothwendigen Maßregel unheilvoll gegen deren Urheber selbst kehren. Zudem machte man den Fehler, daß das Gesetz gewissermaßen der Nation im Druck vorgelegt wurde und nicht sogleich in Kraft trat. Dieser Fehler begünstigte die Opposition und diese selbst trat auch so heftig gegen das Gesetz auf, daß Pillersdorff sich einschüchtern ließ und das ganze Gesetz zurücknahm. Dieses erste Zeichen der Unselbstständigkeit und Schwäche rächte sich fortan. Das Ministerium wurde als ein Feind der neuen Freiheit angesehen, weil es sie eindämmen wollte, und wurde doch nicht gefürchtet, weil es sich schwach gezeigt hatte. Ein zaumloses Volk aber ist selbst an den Verirrungen nicht schuld, sondern immer die Regierung, welche dazu da ist, entweder mit Milde natürliche Erregtheit auf das Feld der Ordnung zu leiten, oder mit Strenge den Ausschreitungen einer muthwilligen Menge zu begegnen, welche nur zu gern dem menschlichen Zuge folgt, die Freiheit als die Tyrannei ihrer Launen zu verstehen. Die Anarchie der Wiener Presse, namentlich seit der Zurücknahme des Preßgesetzes, muß man deshalb auch nur von diesem Gesichtspunkt betrachten.

Die Revolution war durch den Mangel einer thatkräftigen Regierung in Permanenz, und nachdem man einmal die Entzündung der Geister so weit hatte kommen lassen, konnte man nicht erwarten, daß sich dieselbe nach

den ersten Drohungen und Warnungen beschwichtige. Jetzt, als die Krankheit zum jähen Ausbruch gekommen, mußte sie auch ausrasen; an der Krankheit war das Volk selbst nicht schuld. Und wie vielerlei kam tagtäglich hinzu, die Geister noch mehr aufzuregen! Die ungewisse Zukunft, der man entgegenging; die Unsicherheit, in der man sich befand, ohne gesetzlichen Boden unter sich, ohne Weg und Steg, und doch gezwungen, dem Marsch der Ideen zu folgen! Dazu die düsteren Nachrichten aus den Provinzen, welche mit Wien keineswegs gemeinsame Ziele verfolgten, sondern mehr oder minder separatistische Nationalitätsprojekte. Ungarn hatte sich fast losgetrennt vom Reich; in Italien fluthete eine wilde Revolution hinein und riß blühende Provinzen von Oesterreich. Der deutsche Patriotismus loderte in Wien überdies lichterloh, theils geschürt durch die feindlichen Nationalitätsbestrebungen der Provinzen, namentlich der slavischen, theils begeistert von der Hoffnung einer großartigen Gestaltung Deutschlands, welche in dem nach Frankfurt berufenen deutschen Parlament geschaffen werden sollte und wofür sich Wien außerordentlich interessirt zeigte. Es war so lange als das Capua der Geister angesehen worden, so lange losgetrennt gewesen von dem deutschen Reich, dessen kaiserliche Hauptstadt es Jahrhunderte gewesen, daß die jubelnde Begeisterung für eine Mitwirkung an der großen Vaterlandssache nur zu natürlich war.

Das Ministerium Pillersdorff warf mitten in diese Aufregung die Verfassungsurkunde vom 25. April. An und für sich betrachtet, war diese Constitution nicht verwerflich und jedenfalls von einem liberalen Charakter. Man hätte, wenn die Kraft dagewesen wäre, sie ins Leben zu rufen, durch sie sehr viel Gutes bewirken können, und die constitutionelle Umformung, die sie für alle Einrichtungen der Monarchie einführte, hätte alle Bedenken gegen ihre Uebel und Mängel aufgewogen. Sie war immerhin ein erstes constitutionelles Fundament, welches freilich nur aus der in Mode stehenden belgisch-französischen Fabrik gekommen war und den Eigenthümlichkeiten Oesterreichs sehr wenig Rechnung trug; aber da vor Allem ein Boden fehlte, um zu bauen, so hätte man sollen diesen Boden adaptiren. Pillersdorff beging jedoch dieselben Fehler hierbei, wie beim Preßgesetz: er war zu schwach, sein Werk durchzuführen trotz der Mißstimmung und Aufgeregtheit des Tages. Die schlechte Aufnahme, welche die Verfassung in Wien fand, entsprang von Hause aus aus dem Umstande, daß sie octroyirt war. Eine octroyirte Verfassung ist wie ein fremdes Kind: es kann das eigene niemals ersetzen. Wie kinderlose Leute wohl ein fremdes Kind adoptiren, so verfassungslose Völker wohl auch eine Verfassung; aber die Liebe wird nie groß sein.

Die Aufregung und revolutionaire Leidenschaft jener Tage stieß überdies mit Entrüstung das von

Pillersdorff adoptirte Zweikammersystem zurück. Das war ja eben in Frankreich beseitigt worden und durch die Dressur, die es unter Guizot erhalten hatte, in argen Verruf gekommen. Die Verfassung vom 25. April creirte einen Senat, dessen Mitglieder die Prinzen und die Großgrundbesitzer sein sollten, und eine aus gewählten Abgeordneten zusammengesetzte Kammer. Jedes Kronland sollte außerdem noch seine besonderen Stände behalten, respective erhalten. War diese Verbindung des ständischen mit dem constitutionellen Prinzip schon eine unglückliche Idee, so hatte die Leidenschaft jener Tage solche Angst vor Reaction, solchen Haß gegen die sonst privilegirten Stände des Adels, daß man in dem Pillersdorff'schen Senat nichts als ein reactionaires Institut erkennen wollte. So richtete sich denn, namentlich gegen das Zweikammersystem, welches in jener Zeit gerade am praktischsten sein mußte, weil es vor Ueberstürzungen und deshalb vor Reaction schützte, die Aufregung des Volks, und die Presse, die sich längst in Extremen bewegte, hatte dies System bereits mit allen möglichen Bannsprüchen belegt. Am 5. und 6. Mai erließen die Studenten, welche leider als Herren der Situation fungirten — faute de mieux! und die Nationalgarde, die in den Gedanken verliebt war, Stütze und Schützer der Freiheit zu sein, Petitionen an Pillersdorf, in welchen sie neben vielen anderen Dingen namentlich die Abschaffung des Zwei-

kammersystems verlangten. Sie meinten, es sei zu viel Grundbesitz im Senat vertreten und begehrten schlimmsten Falls eine aus dem Volk gewählte Erste Kammer, aber mit Abschaffung des Census. Der Kaiser sollte gar keine Deputirten ernennen. Ein allgemeiner Reichstag in Einer Kammer solle so schnell als möglich zusammenberufen werden. Die in Wien zahlreich vertretenen Clubs, von denen das politische Central-Comité als demokratischer, der Leseverein als conservativer die vornehmsten waren, traten diesen Petitionen theilweise bei.

Pillersdorff war indessen nicht geneigt, diesmal dem ersten Sturme zu weichen. Er legte die Petitionen ad acta und beschloß sogar, das politische Central-Comité, weil es aus Mitgliedern der bewaffneten Macht bestand, aufzulösen. Es war dies um so unerklärlicher, als Pillersdorff in diesem Club bisher seine Stütze gefunden hatte. Gegenüber der Nationalgarde hatte die Regierung außerdem nur sehr wenig Truppen zu Gebote und so konnte der Wille kaum durch die Macht ausgeführt werden. Dieser Mißgriff wurde daher abermals eine Niederlage für das Ministerium, welches am 6. Mai noch durch Doblhoff als Handels- und Baumgartner als Arbeitsminister verstärkt worden war.

Man hatte vergebliche Anstrengungen bei Pillersdorff gemacht, den Befehl zur Auflösung des Comités, dessen seitherige Handlungen keineswegs eine solche

Maßregel motivirten, zurückzunehmen. Mehrere Tage waren darüber vergangen und die Aufregung, namentlich der Studenten und ihres zahllosen Anhangs, war aufs Höchste gestiegen. Am 15. Mai beschloß man eine Deputation an Pillersdorff zu senden, welche die Bewilligung vornehmlich folgender Bitten erwirken sollte: keine Auflösung des Central-Comités der Nationalgarde, Räumung der Stadt seitens der Garnison, Uebergabe der Wachen an die Nationalgarde. Die Deputation erreichte ihren Zweck nicht, vielmehr hatte Pillersdorff die Burg mit Artillerie und Militair umgeben lassen. Eine zweite Deputation, die man hinaufsandte, begegnete demselben Widerstande und Pillersdorff drohte mit der Abtretung des Ministeriums, wenn man auf den Forderungen bestehe. Vergeblich! In der Stadt war die Revolution im vollen Gange und die Studenten beschlossen mit Waffenmacht in die Burg zu rücken, um vom Kaiser selbst die Erfüllung ihrer Forderungen zu erhalten.

Gegen Abend rückten bewaffnete Studentencorps, Nationalgarde und Volkshaufen in die Burg, ohne Widerstand zu finden, und angesichts dieses Ereignisses, welches unter solchen Umständen die unglücklichsten Folgen nach sich ziehen konnte, gab Pillersdorff nach, „sich lieber dem minderen Uebel unterziehend, den Vorwurf der Schwäche über sich ergehen zu lassen, als die

Unverletzlichkeit des Thrones bloszustellen."[6] Um elf Uhr wurde die Bewilligung aller Petitionen verkündigt, darunter auch die Einberufung Einer Kammer als constituirender Reichstag und die Wahlordnung ohne Census.

Von diesem Moment an war kein Zweifel mehr, daß die Regierung schwächer sei als die Volksmassen, und die Revolution daher alle ihre Stadien bis zur militairischen Reaction zu durchlaufen habe. Zum Unglück bestimmte man auch noch den Kaiser Ferdinand, den man mit der Gefahr für sein Leben eingeschüchtert, heimlich aus Wien nach Innsbruck zu fliehen. Die erste Bestürzung der Wiener über diese Flucht, welche sie als Feinde des Kaisers anklagte, war groß und kühlte für den Augenblick die revolutionairen Leidenschaften sichtlich ab. Den Kaiser bedroht zu haben! dieser Vorwurf drückte schwer auf die Wiener. Wer mußte sie so beim Kaiser verleumdet haben? Unwillkürlich klagten sie die Umgebung, die Camarilla an, und die Ueberzeugung, daß diese ihren Zweck erreicht, rief auch plötzlich wieder die alte Leidenschaft auf. Das Ministerium, welches sich nur noch als interimistisches ansah, hatte sich überdies eine Taktlosigkeit zu Schulden kommen lassen, indem es in der Proclamation vom 17. Mai gestand, „die Gründe und näheren Umstände dieser

[6] Pillersdorff, Rückblicke.

Reise nicht zu kennen.“ Nachdem die von den Ministern nach Innsbruck zum Kaiser abgesandten Grafen Hoyos und Wilczek, welche ihn zur Rückkehr bestimmen sollten, überdies ohne definitiven Bescheid zurückkamen, und die Stimmen aus den Provinzen sich laut und leidenschaftlich gegen die Wiener wegen des Kaisers Flucht hören ließen, fühlten sich diese über die unverdiente Kränkung gereizt und in dieser Stimmung gewann die revolutionaire Partei nur zu leicht wieder die Oberhand. Das Manifest Ferdinands vom 20. Mai aus Innsbruck, in dem er seine Flucht motivirte und erst zurückzukommen versprach, wenn er sich von der Rückkehr zu den früheren Gesinnungen der Wiener überzeugt, verbesserte nichts an dem üblen Eindruck. Die sich selbst überlassene Wiener Bevölkerung war vollends den Studenten und der Nationalgarde preisgegeben.

Pillersdorff glaubte nun abermals mit einer strengen Maßregel durchgreifen zu können. Er beschloß, wahrscheinlich bestärkt durch die nach der Flucht des Kaisers vorhandene Gereiztheit der Bürger gegen die Suprematie der Studenten, die akademische Legion aufzulösen. Ihr Commandant, Graf Colloredo-Mansfeld, forderte im Einverständniß mit dem Ministerium am 25. Mai die akademische Legion auf, freiwillig, wie kurz zuvor das Central-Comité, sich aufzulösen, um das Vaterland zu beruhigen. Nach der entschiedenen

Weigerung der Studenten legte er sein Commando nieder. Nun erließ das Ministerium eine Verfügung, welche die akademische Legion auflöste und mit der Nationalgarde vereinigte, zugleich auch die Nationalgarde mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragte. Die so bedrohte Legion schlug daraufhin Allarm, rief die Vorstädte zu Hilfe und zeigte sich entschlossen, Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen. Man ließ ein Bataillon Militair vor die Aula rücken, doch, eingeschüchtert durch die Haltung der Studenten und der mit ihr sympathisirenden Bevölkerung, zog man dasselbe bald wieder zurück. Der Vorfall hatte eine ungeheure Aufregung hervorgerufen und die Gerüchte vom Anrücken Windischgrätzs mit Militairmacht nährten die Erbitterung. Im Nu entstanden aller Orten Barrikaden und die Bevölkerung bereitete sich allen Ernstes auf einen Straßenkampf gegen eine vermeintliche Reaction vor. Aber daran dachte das Ministerium am wenigsten. Nachdem es die unheilvollen Folgen seiner Verfügung erkannt, fiel es wieder in die alte Schwäche und gab in fast entwürdigender Weise nach, nahm die Verfügung zurück, ließ das Militair aus der Stadt ziehen und suchte durch begütigende Versprechen die Forträumung der Barrikaden zu bewirken. Zwei Tage lang blieben die Barrikaden noch stehen; erst am 28. Mai hatte man sich so weit wieder beruhigt, daß man begann, dieselben fortzuschaffen. Der Sieg, den die

Studenten erreicht hatten, untergrub vollends die Achtung vor der ministeriellen Gewalt.

Die Volkssouverainität nahm nach dem 26. Mai den Rang über der obrigkeitlichen Macht ein. Das Ministerium mußte wie ein vernichteter Feind in die Errichtung eines „Volksgerichts" willigen, als welches sich der Sicherheitsausschuß, zusammengesetzt aus Bürgern, Studenten und Nationalgarden, constituirte. Mitglieder desselben waren Schuselka, Freund, Dr. Schiel, Dr. Goldmark, Roland, Ernst von Schwarzer, Füster; sein Präsident Dr. Fischhof. Demselben wurden durch ministerielle Verfügung vom 27. Mai alle Körperschaften und Institute der Residenz unterstellt und die Sorge für die öffentliche Ruhe übergeben. Aber es fand sich kein Robespierre in demselben und die unstreitig bedeutende Macht, die der Ausschuß besaß und erreichen konnte, wurde niemals geltend gemacht. Selbst als Volkstribunal war der Ausschuß nicht so schlimm. Die als sogenannte Verräther gefangenen Hoyos, der frühere Commandant der Nationalgarde, die Professoren Hye und Endlicher, wurden ohne Weiteres wieder freigelassen, und die als Anstifter der ominösen Verfügung vom 26. Mai bezeichneten Grafen Montecuculi und Colloredo ließ man ruhig entfliehen.

Der Bürgerausschuß gab für die erste Zeit allerdings einen Centralpunkt der Bewegung ab. Er wußte die brodlosen Arbeiter mindestens zu beschwichtigen und

vor Exceſſen abzuhalten; auch wurde die Ruhe der Stadt während ſeines Wirkens in größerem Maße nicht geſtört. Das ſind immerhin Verdienſte, die anzuerkennen ſind, beſonders wenn man bedenkt, daß dieſer Ausſchuß faktiſch die eigentliche Behörde von einigem Anſehen in Wien bildete. Sobald er jedoch aus ſeiner beſcheidenen Wirkſamkeit heraustreten wollte zu höherer politiſcher Bedeutung, traten ihm die rivaliſirenden Ausſchüſſe der Gemeinde und der Nationalgarde entgegen, und ebenſo vergeblich war ſein Verſuch, ſeine Thätigkeit auch für die Provinzen maßgebend zu machen. Hervortretender war ſeine Wirkſamkeit für die Wahlen zum Reichstage, der im Juli in Wien zuſammentreten ſollte. Er ſtellte dazu ein demokratiſches Programm auf, welches die Candidaten annehmen mußten, wollten ſie ſich der Unterſtützung des immerhin vielgeltenden Ausſchuſſes erfreuen. In der That ſandte man von dieſer Seite auch entſchieden freiſinnige Deputirte in das Parlament.

Mehr und mehr klärte ſich die Situation. Der Kaiſer hatte am 16. Juni eine Proclamation aus Innsbruck erlaſſen, in welcher er ankündigte, daß er den Erzherzog Johann als Stellvertreter nach Wien ſende und zur Führung aller Regierungsgeſchäfte bevollmächtige. Das war bei der Beliebtheit dieſes trefflichen Prinzen ein ausgiebiges Mittel, die Ordnung nach und nach wieder in der Reſidenz ſtabil zu machen.

Der Empfang des Erzherzogs am 24. Juni bewies, wie wohlthuend seine Ernennung auf die Geister gewirkt. Zwar drohte seine bald darauf folgende Erwählung zum Reichsverweser, ihn zu schnell der Stellvertreterstelle zu berauben; aber mit dem Zusammentritt des Reichstags war überhaupt ein so populairer Centralpunkt geboten, daß alsdann der Mangel eines Oberhauptes weniger fühlbar sein mußte. Diese Erwählung zum Reichsverweser trug ihrerseits auch noch bei, in das Chaos einige Klarheit zu bringen; denn jedenfalls war die damit angebahnte Regelung des Verhältnisses zu Deutschland von bedeutendem Einfluß auf die Wiener und die Organisation Oesterreichs. Zu alle dem kam noch in glücklicher Harmonie der Sturz des Ministeriums Pillersdorff, dessen Bestand nach Allem, was geschehen war, in Niemandes Interesse liegen konnte, da sein Schwanken und seine Unthätigkeit gegenüber den dringendsten Anforderungen die Situation immer wieder erschweren konnte.

Der Bürgerausschuß, theilweis aus Rancune, theilweise aber auch von der Ueberzeugung ausgehend, daß das interimistische Ministerium seiner Aufgabe nicht gewachsen sei, beschloß nach dem reactionairen Waffenspiel in Prag einen Protest gegen das dafür verantwortliche Ministerium, wie er überhaupt seine Autorität als Tribunal, freilich vergeblich, gegenüber den Urhebern des Bombardements auf die böhmische

Hauptstadt geltend zu machen suchte. Der daraus mit dem Cabinet entstehende Conflict bewog endlich den Ausschuß, von dem Ministerium die Bewilligung folgender Anträge zu verlangen: directe Wahl ohne Census, Einkammersystem, Absetzung des Grafen Thun. Pillersdorff suchte Ausflüchte und drohte mit seiner Abtretung. Daraufhin ging eine Deputation zum Erzherzog Johann, welche die Entlassung des Ministeriums verlangte. Pillersdorff zog es unter solchen Umständen vor, am 8. Juli seinen Abschied zu fordern und der Erzherzog bewilligte ihn ohne Anstand. Doblhoff wurde beauftragt, während der acht Tage, welche der Erzherzog zur Installation seiner Reichsverweserschaft abwesend war, ein neues Cabinet zu bilden. Am 19. Juli, nach der Rückkunft des Erzherzogs, wurde die Liste des neuen Ministeriums Doblhoff bekannt gemacht. Als Minister des Aeußern fungirte Freiherr von Wessenberg; das Innere hatte Doblhoff; die Justiz der Advokat Alexander Bach, der sich seither als energischer Revolutionsmann von Ehrgeiz und Geschick hervorgethan hatte; Kriegsminister war Latour; Handelsminister Hornbostel, ein Fabrikant; Arbeitsminister der Schriftsteller Ernst von Schwarzer. Dies waren die wichtigsten Persönlichkeiten des neuen Ministeriums, welches durch seine Zusammensetzung von vornhinein Vertrauen genoß. —

Während die Revolution in Wien hiermit einen ersten vorläufigen Abschluß fand, hatten in den Pro-

vinzen des Reichs die revolutionairen Elemente theilweis ganz andere Richtungen eingeschlagen und sogar sich als Gegensätze der Wiener Bestrebungen documentirt. Italien wie Ungarn waren total aus dem Verband mit der Monarchie hinausgerissen worden und trieben in jähem Falle einem noch ungewissen Verhängnisse entgegen. Aber auch in denjenigen Theilen des Reichs, in denen sonst eine gewisse Passivität gegenüber nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen vorausgesetzt wurde, zeigte sich schon vor der Wiener Märzrevolution ein seltsamer Geist, der Niemandem unverständlicher sein mußte, als dem Fürsten Metternich. Was ein gemüthliches Nichtregieren seit Kaiser Joseph II. Zeit herbeiführen sollte: das Einschläfern der traditionellen Nationalitätsbestrebungen, der alten Leidenschaften nach Selbstständigkeit, — mit einmal und plötzlich standen diese Todtgeglaubten wieder auf und forderten das Leben zurück. Und nicht etwa, daß Einer den Andern angesteckt hätte, nein, fast gleichzeitig und überall in eigenthümlicher Weise brach der Sturm los, und nach dem, wie Ungarn und Italien davon fortgerissen wurden, konnte man mit gutem Recht an den völligen Zusammenbruch Oesterreichs glauben. Dieses selbe Kaiserreich, das so lange unter der Sonne des Friedens sich träge und willenlos gestreckt; in dem es zum Stolze Metternichs tiefruhig war, als es in ganz Europa tobte und gährte — dieses selbe Oesterreich

stand jetzt, als der Funke der Revolution herüberflog, im Nu in lichten Flammen und die Welt staunte, wie lange und wie großartig sie über das eigentliche Wesen Oesterreichs sich getäuscht hatte.

Wir beachten gar nicht die Märzkrawalle in Graz, welche lediglich ein Echo der Wiener Revolution waren und deren Endzweck mit dem in der Residenz verfolgten zusammenfiel. Aber auffallend war es, daß selbst in dem „allzeit getreuen Tyrol" die Märzsonne einen fanatischen Kampf der Nationalitäten hervorrief. Das südliche, sogenannte Wälschtyrol sympathisirte offen mit dem abgefallenen Italien und rief als Gegensatz dazu einen wahrhaften Fanatismus des deutschen Theils hervor, der sich namentlich bei Gelegenheit der Frankfurter Wahlen in demonstrativer Weise äußerte. Auch die Wünsche nach Preßfreiheit, Constitution, Zehntenablösung, Gemeindeautonomie fanden in diesen Bergen ein mächtiges Echo und bewiesen, daß nicht blos die Wiener, wie man sagte, von dem „revolutionairen Schwindel" befallen waren, sondern daß im Volke wirklich das Bedürfniß nach Verbesserung der Zustände und Befreiung des alten Systems mächtig vorhanden war.

Eigenthümlicher noch war die Bewegung in Galizien. Noch ehe die Wiener den Sturm auf das alte System machten, ertönten in diesem Lande die Stimmen der Revolution. Was überall wie ein Alp auf der Brust der Völker lag, die Censur, die alte Wirth-

schaft mit einem Wort, wurde in den ersten Tagen des März schon öffentlich in Lemberg vernehmt. Aber dazwischen erschollen auch die schrilleren Töne nach Selbstständigkeit der Nationalität, ja gleich von Hause aus beantragte Dobrzánski in einer Volksversammlung, daß der Kaiser von Oesterreich den Titel eines Königs von Polen annehme, und später wiegte man sich einen Augenblick sogar in dem Traume, der Kaiser werde das Polen von 1772 wiederherstellen und dessen selbstständiger König werden. Die kluge Haltung des Statthalters Stadion einestheils, dann auch die schnell nach einander folgenden Errungenschaften der Wiener, die auch, wie die Amnestie, Nationalgarde und namentlich die Constitution, den Kronländern zu Gute kamen, beschwichtigte zwar in Galizien die Aufregung und hielt besonders die Ausbildung der Chimairen auf; aber die Zukunft befriedigte doch zu wenig die allgemeinen und billigeren Wünsche der Nationalität, als daß der Zündstoff nicht bei jeder Gelegenheit in Gluth gesetzt wurde.

Ebenso war es in Croatien. Dieses mit Slavonien und Dalmatien vereinigte Königreich war dem ungarischen Reiche annexirt und in allen Hauptsachen mußte es deshalb, wollte es nicht ebenso wie Siebenbürgen sich aus diesem Verband losreißen, mit der ungarischen Bewegung verbunden bleiben. Aber aus mancherlei Ursachen waren die Croaten gegen die sie beherrschenden Magyaren feindlich gestimmt, und wenn ihnen auch der

Gedanke, sich von denselben loszureißen, noch fern war, so konnte man ihn doch bei geschickter Handhabung leicht nähren und zur That drängen und damit Ungarns Macht einen schweren Schlag versetzen. Zudem waren die Croaten in mächtiger Aufregung, und die am 25. März in Agram von einem Nationalcomité zusammenberufene Nationalversammlung der drei vereinigten Königreiche forderte den Ban Jellačić als Nationaloberhaupt, Vereinigung der drei Königreiche, Einverleibung der Militairgrenze und anderer, theils zu Ungarn, theils zu anderen Ländern geschlagenen, ehemaligen croatischen Possessionen; ein eigenes Ministerium, eigene Landtage, abwechselnd in Agram, Essegg, Zara und Fiume, Beeidigung der Nationaltruppen u. s. w. Diese Forderungen richteten sich schon stark gegen die Verbindung mit Ungarn, und aus diesem Grunde, um gegen das übermächtig werdende Magyarenthum eine kostbare Waffe zu schaffen, kam die Regierung in Wien den Wünschen der Croaten nach, noch ehe die Deputation zum Kaiser gelangte. Am 28. März ernannte sie den Oberst Jellačić zum Ban von Croatien, eine Persönlichkeit, die mit ihrer Popularität bei dem croatischen Volk der Regierung später der wahre Helfer in der Noth wurde.

Am bedeutendsten von Allen, außer der ungarischen Bewegung, hob sich aber schnell die böhmische hervor, nicht allein, weil sie in einem Kronlande statt-

fand, welches eng mit dem angestammten Oesterreich verbunden war und schon als Provinz betrachtet wurde; sondern weil sie keineswegs lokalen Charakter hatte, den deutschen Tendenzen der Wiener schroff entgegentrat und sich mehr und mehr zu einer gewaltigen slavischen emportrug. Die ersten politischen Lebenszeichen des „Čechismus" 1847 im Ständesaal waren keineswegs Ausdrücke künstlicher Erregtheit gewesen: der Čechismus war da; er hatte lange still und gedrückt im Volke gelebt und sprang beim ersten Fanfarenton der Freiheit frisch und kampfbereit ins Leben. Viele strömten ihm, wie jeder neuen und deshalb anziehenden Erscheinung zu, um ihn bald wieder zu verlassen; aber leugnen konnte man doch nicht, daß er schon eine starke Partei bildete, die um so schneller das Terrain eroberte, als die Regierung keine Ahnung von der Bedeutung und Energie des Feindes hatte.

Am 11. März, also ebenfalls vor der Wiener Revolution, fand im Wenzelsbadsaale zu Prag eine Versammlung von Mitgliedern des böhmischen Gewerbvereins und sonstigen Bürgern statt, die folgendes Programm annahm: Gleichberechtigung der deutschen und čechischen Nationalität in Schule und Amt; Garantie für die Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch eine ständische Repräsentation und deren Versammlung abwechselnd in Prag und Brünn; Ausdehnung der Landesrepräsentation auf die Städte

und Landbezirke; freie Communalverfassung; freie Wahl der ständischen Beamten; Gleichheit aller Confessionen, öffentliches Gerichtsverfahren, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Aufhebung der Feudallasten und der Robot, der Patrimonialgerichte, der Verzehrungssteuer u. s. w. Jedenfalls waren die Forderungen nationalen Sinnes die wichtigeren, schon weil sie die eigenthümlichen waren.

Der Adel, der bisher mit dem Liberalismus und dem Čechismus coquettirt hatte, zog sich zwar angesichts dieser damals noch waghalsigen Forderungen scheu zurück, und auch die Behörden suchten die Bewegung zu dämpfen; aber gleichwohl kam die Petition zu Stande und wurde mit zahlreichen Unterschriften versehen. Der Eindruck der Wiener Ereignisse riß die Bewegung augenblicks aus den Geleisen; man errichtete, ohne erst die Genehmigung abzuwarten, eine Bürgergarde und entsandte unter dem ersten Jubel der Freiheitshoffnungen die Deputation mit der Adresse nach Wien. Erst nach einigen Weigerungen seitens des Ministeriums bewilligte man die Punktation der Böhmen, und die neuen Concessionen brachten auch eine vollständig andere Landesverfassung für das Königreich, die freilich niemals ins Leben trat.

Jemehr nun das eigentliche Oesterreicherthum sich an Deutschland anschloß und auch die übrigen nichtdeutschen Kronländer der „engeren Monarchie“ in die

allgemein deutsche Bewegung mit hinein zu reißen suchte, um so schärfer traten die čecho-slavischen Tendenzen ihr entgegen. Die faktische Anerkennung der alten böhmischen Individualität rief die glänzende Vergangenheit der Přemysliden auf, und die aufgeregten Gemüther der Böhmen träumten von einer Wiedergeburt des Reiches des heiligen Wenzel. Nagenverschiedenheit und politisches Interesse ließen daher keine Sympathien für die deutsche Bewegung, in der ja auch Wien strömte, aufkommen, und da man fernerhin keine bloße Provinz der österreichischen Monarchie sein wollte, hatte man noch viel weniger Neigung, sich einem „deutschen Reiche" einverleiben zu lassen. Franz Palacky, der als Historiograph Böhmens zugleich den Stimmführer der jungen čechischen Partei bildete, hatte in einem Schreiben an den Fünfziger-Ausschuß offen erklärt, daß Oesterreichs Bestimmung keine deutsche sei, sondern eine specifisch-österreichische, für die auch Böhmen einstehe. Er schien schon damals die Idee eines slavischen Oesterreichs zu nähren; jedenfalls wollte er durch Nichtbetheiligung am Frankfurter Parlamente documentiren, daß er und die čechische Partei sich den Umgestaltungen Deutschlands nicht unterwerfen wollten. Deshalb weigerte man sich auch in Böhmen, Deputirte für Frankfurt zu wählen, und die Sache wurde zu einer nationalen Prinzipienfrage, als das Wiener Ministerium diese Wahlen trotzdem anbefahl. Von

jetzt an gingen alle Bestrebungen einzig und allein in die čechische auf.

Am 1. Mai erließ das Nationalcomité einen Aufruf an die Slaven, in dem es dieselben zum 31. Mai nach Prag zu einer Versammlung zusammenberief, „um sich zu verständigen und ihre Absichten zu vereinigen.“ Eine eigene slavische Bürgerwehr, die Swornost, wurde gebildet; ebenso Vereine, wie die „Slovanská Lípa“ (slavische Linde), mit entschieden panslavistischer Tendenz. Die ganze Bewegung nahm unter den damaligen Umständen einen sehr bedeutenden Umfang an.

In Folge des Aufrufs sammelten sich Ende Mai mehrere Hundert Abgeordnete aller slavischen Stämme in Prag. Von fernher, aus Rußland, Montenegro, Serbien und Polen waren sie gekommen in oft sehr malerischen, oft sogar geradezu demonstrativen Trachten. Der Congreß wurde sofort in drei Sectionen getheilt, Ost-, West- und Südslaven, und jede von ihnen sollte bis zum 2. Juni die nöthigen Vorarbeiten liefern. In der That eröffnete der zum Starosten gewählte Franz Palacký am 2. Juni den Congreß unter großen Feierlichkeiten in dem Saale auf der Sofieninsel. Die nun folgenden Debatten berührten durchgehends die gedrückte Lage der Slaven und die Nothwendigkeit, sich angesichts der Frankfurter und der magyarischen

Agitationen zu einer Gesammtpartei zu einigen. Eine große slavische Messe an der Wenzelsstatue auf dem Roßmarkt feierte die Verbrüderung der slavischen Stämme, und am 5. Juni beschloß man, ein Manifest an Europa zu erlassen, in dem die politische Anerkennung der Slaven als selbstständige Nation verlangt werden solle.

Die Ereignisse in Wien im Mai, die Flucht des Kaisers, die Einsetzung eines Sicherheitsausschusses, thaten das Uebrige, die Bewegung in Prag zu einer der Wiener entschieden feindseligen zu machen. Die Abhängigkeit von dem deutschen Wien beleidigte die Böhmen jetzt am allermeisten, und so traten sie als die leidenschaftlichsten Gegner derselben und als die des Ministeriums auf. Man setzte auf eigene Hand eine provisorische Regierung ein, zu deren Mitgliedern die Führer der böhmischen Partei, Palacky, Rieger und Brauner gehörten, welche dictatorische Gewalt besitzen und namentlich dem Ministerium entgegentreten sollte. Dagegen erfolgte von Wien aus sofort der Befehl, daß diese provisorische Regierung sich aufzulösen habe, und Windischgrätz, der seit Ende Mai in Prag als Commandirender war, erhielt Vollmachten, nöthigenfalls mit Gewalt den Ausschreitungen zu begegnen. Der Fürst selbst bereitete in Prag den ersten reactionairen Schlag mit einer eigenen Hast vor: er correspondirte darüber nach Wien wie nach Lemberg und es

können keine Zweifel bestehen, daß sich hier eine Militairverschwörung vorbereitete, die nach und nach aller Orten die Revolution zu unterwerfen gedachte. Ein Theil des Adels förderte diesen Plan, und namentlich war in Prag der Gubernialpräsident Graf Leo Thun im Einverständniß mit dem Fürsten Windischgrätz. Die Truppen selbst waren sichtlich bearbeitet und gegen das Volk und die Studenten aufgehetzt worden.

Man erhielt nur zu viel Beweise über die Plane des Commandirenden und die daraus entstehende Furcht und Erbitterung trieb die Aufregung des Volks aufs höchste. Von seiten der Studenten wurde den Bürgern durch ein Placat (unterzeichnet von Sladkowsky, Jarosch, Čermak, Dr. Bruna und Noak) bekannt gemacht, daß das Militair ein Attentat beabsichtige und deshalb eine Deputation an Windischgrätz geschickt sei, welche Waffen für die Studentenlegion und die Entfernung der nächtlich aufgeführten Batterien auf den Bergen um Prag verlangen sollte. Als Windischgrätz sich weigerte, diese Forderungen zu bewilligen, wurde die Stimmung gegen ihn sehr drohend und namentlich, da die Soldaten bereits Excesse absichtlich hervorriefen.

Am 12. Juni wurde angesichts der drohenden Gefahr eine große Verbrüderungsmesse auf dem Roßmarkt gehalten, „um den Reactionairen zu zeigen, daß man einig sei.“ Windischgrätz hielt die Gelegenheit

für passend, seinen vorbereiteten Schlag auszuführen. Graf Leo Thun hatte noch ein Placat anheften lassen, in dem er das Volk über die militairischen Absichten beruhigte. Als sich die ungeheure Menschenmenge nach Beendigung der Messe verlief, erfolgte der erste Zusammenstoß vor dem Generalcommando-Gebäude am Pulverthurm. Einige erklärliche und lärmende Demonstrationen der Volksmasse gegen die reactionairen Bürger, die bei Windischgrätz herumschwänzelten, gaben das Signal zum Einschreiten des Militairs mit gefälltem Bajonnet. Einiger Widerstand von Seiten des Volks brachte die ersten blutigen Conflikte hervor.

Sofort wurde Allarm geschlagen und das Militair, des Signals gewärtig, rückte von allen Seiten herbei. Barrikaden entstanden im Nu und an einzelnen Punkten entwickelte sich bereits ein heftiger Kampf zwischen dem Militair und der Volksmasse. Die Fürstin Windischgrätz, welche die Neugier zum Fenster trieb, wurde bei dieser Gelegenheit durch denselben Zufall getödtet, wie so viele andere Neugierige, die in ihren Zimmern den Tod fanden. Die Truppen aber wurden mit der Nachricht fanatisirt, die Fürstin sei ermordet worden. Wüthend setzten sie nun den heldenmüthigen Kampf fort, erstürmten das Museum, das Carolinum und eroberten die Barrikaden in den Straßen, welche den Zusammenhang der Altstadt mit der Neustadt bildeten.

Der Kampf war an einigen Punkten höchst erbittert gewesen und der Verlust des Militairs ist auf 300 bis 400 Mann anzuschlagen. Von Seiten der Bürger fielen mehr als 600 Menschen.

Die Nacht verging ohne Kampf. Am 13. bat eine Deputation der Stadt um Einstellung der Feindseligkeiten und Windischgrätz sagte dies zu, wenn man die Barrikaden forträumen würde. Graf Leo Thun, den die Studenten gefangen genommen hatten, wurde bei dieser Gelegenheit wieder in Freiheit gesetzt. Aber das Mißtrauen des Volks duldete das Forträumen der Barrikaden nicht, und die Truppen blieben deshalb den Tag über in Prag, ja es kamen noch neue Verstärkungen hinzu. Am 14. Juni traf eine Hofcommission seitens des Ministeriums ein, welche Windischgrätz über seine Handlungsweise zur Rechenschaft ziehen sollte, und während dies einerseits den Fürsten doch etwas einschüchterte, hob diese Unterstützung den Muth der Bürger, welche schlimmsten Falls nochmals den Kampf unternommen hätten.

Windischgrätz befahl, da es seinen Truppen in der Stadt an Proviant fehlte und theilweis wohl auch bestimmt durch die Hofcommission, welche vor Allem weitere Conflicte vermeiden wollte, die Besetzung der Straßen aufzugeben und nach dem Hradschin, dem hochgelegenen Burgviertel auf dem linken Ufer der Moldau, zu marschiren. Die Kanonen, deren Räder

mit Stroh umwickelt waren, wurden in aller Stille über die Eisenbahnbrücke bei Carolinenthal auf großem Umwege nach dem Hradschin geführt, wo ein vollständiges Lager zum Bombardement auf die untere Stadt etablirt ward. Am Morgen des 15. Juni hatte Windischgrätz seine Positionen genommen; die Hofcommission, die nicht einmal auf der Entfernung des Fürsten vom Obercommando bestand, scheint mehr der Form wegen abgesandt worden zu sein, keinesfalls aber, um Windischgrätz ernstlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Vom sicheren Hradschin aus wurde Prag in Belagerungszustand erklärt, und der Commune bedeutet, daß, wenn sich bis Mittag die Stadt nicht unterwerfe und Geißeln stelle, sie am 17ten bombardirt würde. Das aufgeregte Volk übersah die Uebermacht; es wollte durch neuen Kampf das harte Geschick abwenden; aber der ungleiche Kampf belehrte die Einsichtigeren, daß jeder Widerstand nur Unglück über die Stadt heraufbeschwöre. Einige Bomben wurden vom Hradschin geworfen, einige Gebäude damit in Brand gesetzt — das bestimmte endlich die Bürger, weiteren unnützen Widerstand aufzugeben. Am Morgen des 17. Juni unterwarf sich Prag; die Truppen rückten dort wieder ein und der Belagerungszustand wurde eine Thatsache.

Fürst Windischgrätz hatte sich als der entschlossene Prätorianer der Reaction gezeigt und diese Stellung nahm er so lange ein, bis die Reaction sich aller ihrer

Helfershelfer entledigte, um der Dankbarkeit zu entgehen. Die Niederwerfung des Aufstandes in Prag war eine Warnung für das Volk, sich nicht in unfruchtbaren Experimenten zu ergehen, sondern fest und eifrig die Zustände zu consolidiren. Es vergaß die Warnung. Dagegen hatte die Reaction die aus dem Prager Erfolg gezogene Lehre sich besser zu Herzen genommen: sie schritt rüstig auf ihrer Bahn weiter, um so rücksichtsloser, je mehr Erfolge sie machte.

Zweiter Abschnitt.

Der lombardisch-venetianische Aufstand.

Die Dinge in Italien. — Aufstand in Mailand. — Radetzky's Rückzug nach Verona. — Einmarsch der Piemontesen. — Venedigs Revolution. — Radetzky's Rüstungen. — Carl Alberts Vorrücken. — Die Freischaaren. — Gefecht bei Pastrengo. — Schlacht bei Santa Lucia. — Augents Reservearmee. — Schlacht bei Curtatone. — Peschiera's Fall. — Radetzky's Zug nach Vicenza. — Gefechte bei Custozza. — Gefecht bei Goito. — Vergebliche Friedensunterhandlungen. — Radetzky rückt auf Mailand. — Einzug in Mailand. — Convention vom 6. August und Waffenstillstand. — Venedig. — Die Freicorps.

Schon seit dem Jahre 1847 konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß sich in Italien eine gewaltige Revolution vorbereite, deren Endziele die Einheit und Selbstständigkeit eines nach Jahrhunderten politischer Erniedrigung sich wiedergefundenen Volks waren. Die Lombardei mußte das Schlachtfeld dieses Kampfes werden, und die Kämpfer selbst, außer dem italienischen

Volk, konnten vorerst keine Anderen sein, als Piemont, der kräftigste und lebensfähigste Staat der Halbinsel, und Oesterreich, der Vertreter des Absolutismus, der fremde Staat in Italien. Auch täuschte sich Metternich über diese kommende Gefahr nicht. Im December 1847 schrieb er noch nach London: „Der Geist der Umwälzung, welcher unter der Fahne der Reform in einigen Staaten der italienischen Halbinsel zum Durchbruch gekommen ist, hat den Haß gegen die österreichische Macht zum Feldgeschrei gemacht. Die Ereignisse, zu deren Schauplatz heute die Schweiz dient (Niederlage des Sonderbunds), werden die Intensivität der Bewegung in Italien vermehren und müssen so auf die Stellung der Regierungen und der Parteien der Halbinsel wie auf die materielle Lage des lombardo-venetianischen Königreiches Einfluß üben; daher verstärke hier Oesterreich seine Truppen.“ [7]

Um so unverantwortlicher war es, daß diese Verstärkungen sehr unbedeutend blieben und bis zum März 1848 kaum 30,000 Mann betrugen, trotz aller Bitten Radetzky's, der mit einer Macht von zusammen 60,000 Mann die Lombardei und Venedig unmöglich gegen eine Revolution größter Art, unterstützt von den regulairen Truppen Piemonts, schützen konnte. Die Re-

[7] Reuchlin, Geschichte Italiens I. 337.

gierung war keine großen Revolutionen im Innern des Reichs gewohnt, und so wenig wie sie an eine solche in Wien glaubte, ebensowenig befürchtete sie in Italien mehr als einige Rebellionen, die man mit einigen Bataillonen leicht ersticken würde. Selbst Radetzky mochte an eine Feuersbrunst, wie sie ihn im Nu umgab, nie gedacht haben und noch viel weniger an den Einbruch der Piemontesen in österreichisches Gebiet. Dieser Sorglosigkeit ist es zu danken, daß man gar keine besonderen Vorsichtsmaßregeln traf, die Festungen in dem alten Zustand ließ, Proviant und Munition nicht außergewöhnlich vorräthig hielt, und außer Mailand die Garnisonen nirgends entsprechend verstärkte.

So überraschte denn die österreichische Regierung in Wahrheit dieser furchtbare Aufstand, welcher im Nu die Lombardei und selbst, woran der Schwarzsehendste nicht geglaubt, Venedig der Herrschaft Oesterreichs entriß und einen vollständigen Krieg zu deren, für die Zukunft doch nur unheilvoller Wiedereroberung nothwendig machte.

Am 18. März kam die Kunde von den Ereignissen in Wien nach dem seit lange tief aufgeregten, zur Revolution vorbereiteten Mailand. Sofort brach die Bewegung ins Leben. Man forderte Waffen, zog mit italienischen Tricoloren durch die Straßen; der Podesta Casati, das Haupt der Italianissimi in Mailand, forderte von der Regierung die sofortige Ver-

wirklichung der vom Kaiser gemachten Versprechungen. Auch der Erzbischof befand sich an der Spitze der beginnenden Erhebung. Die Rathlosigkeit der Regierung, an deren Spitze Graf O'Donell stand, bewirkte vom ersten Augenblick an, daß die Bewegung den Charakter eines Aufstandes annahm, der von piemontesischen und französischen Agenten geleitet und unstreitig bis in die Details hinab vorbereitet, schnell seine Stützpunkte suchte. Das Volk erstürmte das Gouvernementsgebäude und hob dadurch den Sitz der Behörde auf.

Dies war, glaubte Radetzky, der Aufstand, den er zu bewältigen hatte. Er übernahm sofort seine Stelle als Militaircommandant, ließ von dem Castell die Truppen allarmiren und die einzelnen Truppenkörper auf die ihnen längst bezeichneten Plätze rücken. Aber die Ausführung dieser Maßregel war schon unmöglich geworden. Die Truppen fanden überall starke Barrikaden und wohlbewaffnete Insurgenten, die sie mit heftigem Feuer empfingen. Der blutige Barrikadenkampf nahm seinen Anfang und die Kanonen spielten dabei eine nicht unbedeutende Rolle, namentlich bei der Wiedereroberung des Regierungsgebäudes. Aber an einen schnellen Sieg war nicht zu denken. Die Barrikaden waren zu gewaltig, die Insurrection zu allgemein, der Widerstand zu heftig, als daß die Truppen die Stadt hätten durch einzelne Kämpfe zwingen können. Casati, welcher den Grafen O'Donell gefangen hatte, erzwang

von diesem die Unterzeichnung von Decreten, welche die Auflösung der Polizei und Gensdarmerie anordneten, aber von Radetzky gar keine Berücksichtigung fanden.[8] Vielmehr erklärte derselbe Mailand in Belagerungszustand und befahl, mit aller Macht gegen den Aufstand vorzugehen, namentlich den Broletto zu erobern, ein altes festes Gebäude, welches die Verbindung mit der Stadt und der Burg beherrschte und von den Insurgenten stark vertheidigt war. Nach schwerem Kampf erst gelang es mit Kanonen das Gebäude zu erobern und mehrere Hundert Insurgenten in demselben gefangen zu machen, die man freilich, wollte man sich nicht noch mehr Last aufbürden, wieder freilassen mußte.

Indessen war das Uebergewicht der Aufständischen in der Stadt so bedeutend, daß Radetzky es vorzog, die Truppen aus derselben herauszuziehen und von den Wällen und dem Castell aus Mailand zu zwingen. Es sollte dies vornehmlich durch Absperrung der Stadt, durch Hunger geschehen, da ein Bombardement wegen mangelnder Geschütze nicht kräftig genug ausgeführt werden konnte. Auch hatte Radetzky keine Lust, als Städteverwüster sich berühmt zu machen.

Nach dem Einziehen der Posten in der inneren Stadt bildete sich unter Casati eine provisorische

[8] Erinnerungen eines österreichischen Veteranen. I. 108. 109.

Regierung, die energisch die Leitung des Aufstandes in die Hand nahm, die Provinz durch ihre Emissaire und durch an kleine Ballons befestigte Proclamationen insurgirte, die ganze Bevölkerung zu den Waffen rief. Die Truppen waren in der mißlichsten Lage; ihre Proviant- und Montirungsmagazine waren von den Insurgenten bedroht; der Kampf ermattete überdies ihre Kräfte und Verstärkungen vom Lande kamen nicht an. Die fremden Consule protestirten überdies gegen ein Bombardement der Stadt, und wenn auch Radetzky diesen Protest ignorirte, so zeigte er sich doch aus eigenem Interesse geneigt, einen Waffenstillstand einzugehen. Casati ging jedoch nicht darauf ein, und der Kampf wurde noch zwei Tage lang mit Erbitterung fortgeführt, entschieden zum Nachtheil der Truppen.

Radetzky verkannte seine verzweiflungsvolle Lage keinen Augenblick. Er befand sich einer siegreichen, mindestens immer intensiver werdenden Insurrection gegenüber, seine Truppen waren erschöpft und litten schon Mangel. Aus dem Innern des Landes hatte man gar keine Nachrichten, aus Wien noch weniger. Aber was der Marschall hörte, war genug, ihn mit Sorgen zu erfüllen. Im Tessin wie in dem ganzen lombardischen Land war Alles in lichten Flammen, und die Festungen, von nur schwachen Garnisonen besetzt, schwebten in der größten Gefahr. Auch vernahm man bereits Gerüchte vom Einmarsch der

Piemontesen, und zu bezweifeln war nicht mehr, daß Carl Albert Mailand zu Hilfe ziehe. Es war keine Rebellion in Mailand mehr, sondern eine große Revolution Italiens, und ihr konnte Radetzky, ohne seiner Vernichtung gewiß zu sein, in der momentanen Verfassung nicht entgegentreten.

So faßte er denn am 22. März den Entschluß, Mailand preiszugeben und die Dinge in einer Rückzugslinie abzuwarten, um wenigstens die Armee vor dem Untergange zu retten. Zum letzten Male ließ er die Truppen stürmen, um die Aufständischen aus denjenigen Positionen am Walle zu vertreiben, von welchen aus der Rückzug der Armee erschwert werden konnte. Der Zweck wurde nicht ohne große Verluste erreicht. In der Nacht vom 22. zum 23. rückte Radetzky denn mit seinen 15,000 Mann in vollständiger Kriegsordnung und mit einem großen Train flüchtender Offiziers- und Beamtenfamilien, von den Befestigungen Mailands ab nach der Adda zu, bis zum letzten Moment im Kampf mit den Insurgenten, und nichts weiter mit sich führend, als was die Truppen auf dem Leibe hatten. Selbst die Cassen mußten wegen Mangels an Transportmitteln größtentheils zurückbleiben.

Es war ein beschwerlicher, trauriger Marsch. Als die erschöpfte Armee vor Melegnano ankam und dort Rast zu halten hoffte, fand sie eine feindliche Stadt vor, die man erst mit Kanonen besiegen mußte. Diese

energische und durch die Plünderung der Stadt schreckenvolle Handlung hatte das Gute, daß kein Ort mehr wagte, dem Marsch der Truppen Widerstand zu leisten.

Gleich in den ersten Tagen kamen die Hiobsposten, welche Radetzky's Rückzug in eine hastige Flucht verwandelten. Die Piemontesen waren an 50,000 Mann stark ohne weitere Kriegserklärung mit einem Manifest an die Lombardo-Venetianer über die Grenze auf das siegestrunkene und freiheithoffende Mailand gerückt. Die Oesterreicher hatten keine Macht, sich dem kühnen Feinde entgegenzuwerfen; sie mußten weichen, um diese Macht erst in sicherem Rückhalt zu schaffen. Und wie fraglich war es noch, ob Radetzky das starke Festungsviereck nicht schon vom Feinde besetzt finde? Ringsum war alles Volk, hoch und niedrig gegen die Herrschaft der Oesterreicher, gegen das geistzertretende Prinzip aufgestanden. Von allen Seiten tönte der Fluch auf das jetzt so jämmerlich zusammengestürzte System, und der brave Soldat mußte wahrlich den Muth verlieren, für diese, von einem von Begeisterung erfüllten Volke verfluchte, Sache sein Leben einzusetzen. Die vornehmsten Städte der Lombardei hatten sich rücksichtslos der Revolution angeschlossen; überall waren die Truppen zum Abzug gezwungen worden; in einzelnen Städten mußten sie nach hartnäckigem Kampf capituliren, und es begann sogar der Verrath und die Desertion einzelner Körper. Das waren böse Zeichen, und

der Umstand, daß nirgends nur Eine Stimme für Oesterreich erscholl, klagte beredt das alte System an. Bis nach dem wälschen Tyrol ging im Nu die Bewegung; Como fiel ab und nahm die Garnison gefangen; Brescia, Cremona gingen über Demüthigungen der Armee hinfort ins Lager Italiens, welches Carl Alberts Truppen waren. Und auch das Schlimmste, das fast Unmögliche, nie Geglaubte geschah: Venedig ging verloren. Das war der härteste Schlag; denn er nahm der militairischen Position in Norditalien den nothwendigen Stützpunkt und gab ihn, im Rücken der Oesterreicher, den Feinden derselben.

Man hatte in Venedig, angesichts der Aufregung und revolutionairen Demonstrationen auch in dieser, sonst für leidlich loyal gehaltenen Stadt, schon am 25. Februar 1848 das Standrecht verkündet. Gleichwohl nahm die Revolution zu derselben Zeit, als sie in Mailand siegte, auch hier zum Erstaunen der Welt schnell alle Positionen fort. Die Art und Weise, wie hier das österreichische Regiment fiel, beweist mehr als alles Andere, wie ohnmächtig im Grunde dasselbe seit langen Jahren schon gewesen.

Am 16. März verbreitete sich in Venedig die Nachricht von der Wiener Revolution und bewirkte Volksdemonstrationen, die durch Truppenmacht nur theilweise unterdrückt werden konnten. Man verlangte die Freilassung Manins und Tommaseo's, und da

diese nicht sogleich bewilligt ward, erstürmte man das Gefängniß, in dem diese beiden Häupter der Nationalpartei seit dem Januar saßen, und trug sie im Triumph auf den Marcusplatz. Seit diesem Tage nahm die Bewegung einen drohenden Charakter an, der in nichts durch die Nachricht von der Verleihung der Verfassung gemildert wurde. Am 21. März fand bereits ein Auflauf der Arsenalarbeiter statt; das italienische Militär weigerte sich, dem Commando zu gehorchen und auf das Volk zu schießen: die Marine verwendete ohne weiteres Schiffe und Material zur Vertheidigung der Lagunen und Canäle.

Zugleich begab sich eine Deputation von Venetianern unter dem Podesta Correr zum Civilgouverneur Grafen Palffy, von dem sie jedoch in so ungnädiger Weise empfangen wurde, daß die Deputation ihrerseits ebenfalls eine rücksichtlose Sprache annahm. Der Advokat Avesani erklärte rund heraus, die Hauptsache, um Venedig zu beruhigen, sei, daß das österreichische Gouvernement abdanke. Entrüstet erklärte Palffy, daß er in solchem Falle die Verwaltung dem Militärgouverneur Grafen Zichy übergeben werde. Graf Zichy, der anwesend war, kam darüber in nicht geringe Verlegenheit, besonders da Avesani bemerkte: er sehe in der Erklärung des Grafen Palffy einen abschlägigen Bescheid, und gehe, das Volk in Kenntniß davon zu setzen. Der Herr Feldzeugmeister sei verantwortlich für alles

daraus entspringende Unglück. Graf Zichy hielt ihn zurück und bat ihn, sich zu mäßigen. Avesani aber erklärte, Mäßigung sei unmöglich und schloß mit einer speciellen Aufstellung von Forderungen: [9]

1. Die deutschen oder überhaupt nicht italienischen Truppen ziehen ab, die italienischen bleiben.

„Unmöglich," rief der General Zichy, „wir schlagen uns!"

„Gut, wir schlagen uns," erwiederte Avesani und war im Begriff zu gehen.

Abermals von dem Grafen zurückgehalten und ermahnt, sich in seine Lage zu versetzen, da es sich um seinen Kopf handle, wenn er in ein solches Verlangen willige, fügte Avesani hinzu: in solchem entscheidenden Augenblicke stehe Jedermanns Kopf auf dem Spiele; man könne keine Befehle von Wien abwarten; schon zu viel Zeit habe man verloren, jede Stunde, jede Minute könne die blutige Entscheidung bringen; seine Forderung sei lakonisch gestellt, also müsse es auch die Antwort sein; darauf bewilligte Zichy den ersten Artikel.

Avesani nannte sofort den zweiten:

2. Die Truppen ziehen unverweilt zu Wasser nach Triest.

Abermals sträubte sich Zichy dagegen, dann bewilligte er auch diese Forderung.

---

[9] Die Revolution von Venedig. A. Allg. Ztg. 1849. Beilg. 245.

3. Alle Kriegsmaterialien bleiben in Venedig.

Bewilligt!

4. Alle Cassen bleiben zurück.

Auch dies ward bewilligt, nur verstand sich Avesani dazu, den abziehenden Truppen einen dreimonatlichen Sold und die Ueberfahrtkosten zu bezahlen.

Zuletzt forderte Avesani noch die beiden Gouverneure als Geißeln bis zur vollständigen Vollziehung des Vertrags. Graf Palffy protestirte dagegen, ebenso General Zichy, der versicherte, er würde so wie so erst zu allerletzt abreisen. Darauf ergriff Avesani die Hand Zichy's und sagte:

„General, geben Sie mir Ihr Ehrenwort, daß Sie zuletzt abreisen werden."

Dies Ehrenwort ward schriftlich gegeben.

Während im Regierungsgebäude ein österreichischer General sich diese Demüthigungen gefallen lassen mußte, hatte Manin einen anderen unblutigen Sieg erfochten. Mit einigen hundert Mann Bürgerwehr drang er in das Arsenal, nahm den Commandeur, Vice-Admiral Martini, gefangen und setzte den Obersten Graziani an seine Stelle. Das Fort Marghera, übrigens in unverantwortlich kläglichem Zustande, wurde um dieselbe Zeit von der Bürgerwehr Mestre's durch einen Handstreich genommen, und in der folgenden Nacht die Besatzung in den übrigen Forts zur Capitulation gezwungen. Auf dem Marcusplatz begrüßte man alle

diese Erfolge mit dem Ruf: „Es lebe die Republik! Es lebe St. Marcus!“

Mengaldo, Commandant der venetianischen Bürgerwehr, wurde vorläufig mit der höchsten Gewalt betraut, und dann eine provisorische Regierung gebildet, deren Präsident Manin war; der Patriarch segnete die dreifarbige Fahne ein; Rovigo, Treviso und Udine schloßen sich der wiedererstandenen Republik Venedig an.

Als Radetzky diesen unerwarteten und schmählichen Fall Venedigs erfuhr, gerieth er in Schwanken über das, was er mit seiner Armee zu thun hätte. Ob stehen bleiben und den Feind erwarten, ob nach Venedig gehen und erst wieder den Rücken sich sichern — das waren Fragen, die ihn schwer beschäftigten. Neue Hiobsposten gaben ihm einen Entschluß. Es kam die Nachricht, daß in Verona die Erhebung gleichfalls beginne und in Mantua der Aufstand bereits so bedeutende Dimensionen annehme, daß die kleine Garnison schwerlich im Stande sei, diese wichtigste Festung noch lange zu halten. So trieb das Unglück die Armee Radetzky's zurück nach dem Festungsviereck, um Mantua zu retten und Verona, dessen von Radetzky geschaffene fortifikatorische Bedeutung jetzt die erste Probe bestehen sollte. —

Zum Glück für ihn war die Erhebung in Verona nicht mächtig genug, um zu siegen, und Mantua wurde durch das kluge Benehmen des Commandanten, Gene-

ral von Gorczkowsky, bis zum Eintreffen der Verstärkungen aus Modena, am 31. März, glücklich gehalten. Das war ein unendlich werthvoller Umstand; denn wenn eine oder die andere jener Festungen, schlecht armirt und schlecht besetzt wie sie waren, der Insurrection gleich von Hause aus in die Hände gefallen wäre, so konnte Radetzky sich nirgends in Italien mehr ohne Gefahr festsetzen und zur Offensive rüsten.

Am 2. April erreichte der Feldmarschall mit seiner unglücklichen, vom Marsch und den Ereignissen decimirten Armee Verona. Sofort erklärte er den Festungsrayon in Belagerungszustand und ordnete eine allgemeine Entwaffnung desselben an, mit Ausnahme der Veroneser Nationalgarde, die er dem Militaircommando unterordnete und die sich bald darauf, um nicht gegen die Italiener fechten zu müssen, freiwillig auflöste. Die Gefahr drängte von allen Seiten, und der greise Feldmarschall arbeitete mit verjüngter Kraft, ihr zu begegnen. Es galt, einer halb demoralisirten Armee wieder Vertrauen einzuflößen, die Festungen zu armiren und mit dem nöthigen Proviant für eine mögliche Belagerung zu versehen. Schwer war diese Aufgabe; denn von Wien aus geschah Nichts für den hilflosen General, und was der Kriegsminister Latour mit Mühe und Noth durchsetzte, genügte fast niemals den wirklichen Bedürfnissen. Zudem war die Verbindung Italiens mit der Monarchie fast aufgehoben; alle Wege waren

von der Revolution besetzt, nachdem Venedig gefallen, und nur über den Umweg Tyrol konnte man noch Couriere schicken. Und wer wußte, auf wie lange? Das südliche Tirol war in Aufstand; die italienischen Freischaaren rückten bereits nach Trient. Einige glückliche Erfolge derselben und Radetzky wäre vollständig abgesperrt. Das war eine verzweifelte Lage für eine Armee ohne Hilfsquellen. Aber Radetzky verlor den Muth nicht, und die damals schnell in Angriff genommenen Arbeiten bilden unter den obwaltenden Umständen eins seiner bedeutendsten militairischen Verdienste. Er traf mit seiner kleinen Armee die nöthigen Dispositionen, um Tyrol zu schützen, die Mincliolinie wenigstens zu bewachen und die Armee im Nothfall in einem verschanzten Lager bei Verona concentriren zu können. General Nugent wurde zugleich beauftragt, eine Reservearmee zu bilden, und bis zum Eintreffen derselben hoffte der Feldmarschall so weit gerüstet zu sein, um aus seinem Winkel hervorbrechen und den Feind angreifen zu können. Er stand allein und in Wahrheit war er ohne Regierung über sich. Das Wiener Ministerium war zu schwach, auch in auswärtiger Politik etwas Entscheidendes zu thun, und die offene Protection, welche England der italienischen Revolution angedeihen ließ, schüchterte das Cabinet vollends ein. Es hoffte noch immer, England durch Nachgiebigkeit von einer größeren Unterstützung der Italiener abzuhalten.

Der Schutz Englands war es hauptsächlich, welcher Piemont zu dem Wagstück einer Eroberung Italiens bestimmte. Andererseits freilich zwang ihm die italienische Revolution, als dem militairischesten der Staaten auf der Halbinsel, die Führerrolle derselben auf, wollte es nicht von dem Mazzinismus selber vernichtet werden. Diese Gewalt der Bewegung war es auch, welche alle italienischen Regierungen nöthigte, wollten sie nicht zu Grunde gehen, den Unabhängigkeitskrieg gegen Oesterreich mitzumachen. Selbst so mit Oesterreich verwachsene und von demselben bisher geleitete Staaten, wie Neapel und Toscana, mußten den Umständen gehorchen und eine Hilfsarmee nach der Lombardei gegen Oesterreich senden. Neapel stellte an 15,000 Mann und einen Theil seiner Marine unter die Befehle Carl Alberts; Toscana an 6000 Mann, Parma und Modena an 4000 Mann der Pabst endlich mußte trotz seiner Weigerung an 17,000 Soldaten zu dem Kampfe für die zuerst von ihm proclamirte Freiheit Italiens geben. Mit den zahlreichen Freicorps zusammen erhielt somit Carl Albert schon im Beginn des Krieges über 40,000 Mann Hilfstruppen, und da seine eigene active Armee 50,000 Mann zählte, so erschien der König von Piemont mit einem Heer von etwa 90,000 Mann vor dem Lager Radetzky's.[10] Die Oesterreicher hatten dagegen

[10] Erinnerungen eines österreichischen Veteranen. I. 168. 170.

mit Einschluß der erst gebildeten Reservearmee keine 75,000 Mann ins Feld zu stellen; aber der Umstand, daß die piemontesischen Hilfsvölker theilweis sehr mangelhafte Feldtruppen waren, theilweis für einen regulairen Krieg nicht benutzt werden konnten, gab den Oesterreichern schließlich doch ein bedeutendes Uebergewicht, um so mehr, als es in der Natur der Sache lag, daß die Leidenschaften der Revolution der strengen militairischen Disciplin im italienischen Lager Abbruch thaten.

Carl Alberts Truppen waren in zwei Colonnen unter Triumph und Jubel der vom ersten Freiheitsrausch erfüllten Lombarden dem Rückzug Radetzky's gefolgt. Der König selbst führte das Obercommando, Bava und Sonnaz commandirten je einen Theil der Armee. Die Hilfstruppen stießen erst Mitte April zu den Piemontesen, die anfangs in ziemlich schnellen Märschen auf Mantua marschirt waren, in der Hoffnung, diesen wichtigen Platz überrumpeln zu können. Aber sie täuschten sich, und angesichts der Festungen, unter deren Schutz die Armee Radetzky's sich befand, stellten sich Zaudern und die erste Uneinigkeit im piemontesischen Hauptquartier ein, was um so unpolitischer war, als aller Wahrscheinlichkeit nach ein Gewaltchoc auf die Oesterreicher selbst unter den Mauern Verona's für die Piemontesen den glücklichsten Erfolg gehabt hätte. Ein jeder Tag der Zögerung machte den Erfolg unsicherer, da Radetzky jeden Tag weislich zu

benutzen verstand und nach dem ersten Wirrniß eine Ordnung in seine Armee brachte, welche vornehmlich die Ursache aller demnächstigen glücklichen Chancen wurde.

Die Piemontesen begnügten sich anfangs, in kleinen Gefechten die Vorposten der Oesterreicher zurückzuwerfen. Ein Zug Freischaaren unter Allemandi wurde beordert, über Brescia längs des Idrosees nach Tyrol aufzubrechen und dort den Oesterreichern die Flanke zu nehmen. Die Hauptcolonne Bava's schlug die Oesterreicher bei Goito, so daß Radetzky sich genöthigt sah, die Besetzung der Minciolinie ganz aufzugeben und alle Truppenkörper hinter Verona im verschanzten Lager zu concentriren.

Von hier aus ließ er zuerst die nächste Gegend von den Freischaaren säubern und bei der Desorganisation und geringen Beachtung derselben seitens der piemontesischen Armee führte die Tapferkeit dieser Corps nur deren bedeutende Decimirung herbei. General Lichtenstein schlug die venetianischen Freischaaren bei Montebello, Fürst Taxis die lombardischen in dem blutigen Gefecht von Castelnuovo; Oberst Heinzel die Colonne Zambeccari bei Bevilacqua unweit Legnago. Major Martiniz am 24. April endlich ein anderes Corps bei Castellaro. Der Sieg über diese „Horden" wurde im österreichischen Lager mit nicht minderem Triumph verkündet, als von Seiten der Revolutionairs die ersten Schlappen der kaiserlichen Armee.

Auch in Tyrol nahm der Angriff seitens der Oesterreicher einen glücklichen Anfang. Die Proclamationen seitens der provisorischen Regierung hatten hier ziemliche Wirkung erzielt,[11] aber die Insurrection im Trientinischen, nur von Freischaaren unterstützt, erlag schnell der Macht, die Feldmarschall-Lieutenant Welden heranführte und deren Kern der tyroler Landsturm, namentlich die deutschen Studenten bildeten.[12] Am 28. April bereits berichtete Welden nach Verona, daß kein Feind mehr in den tyroler Bergen sei.

Unterdessen hatte die Hauptarmee Carl Alberts zum großen Theil den Mincio überschritten und sich an beiden Ufern dieses Flußes ausgebreitet. Der rechte Flügel unter Bava dehnte sich bis Curtatone aus und stand über Valeggio und Monzambano mit Sonnaz in Verbindung, der, den linken Flügel bildend, sich an den Gardasee lehnte. Im Ganzen standen hier etwa 50,000 Mann. Jeden Tag konnte es daher zwischen den beiden, sich gegenüberstehenden Armeen zu einer Schlacht kommen; aber auf beiden Seiten zögerte man den Schlag zu führen: Radetzky, weil er seine Reserve nicht zur Stelle hatte; Carl Albert, weil er sich nicht mächtig genug fühlte.

Die Piemontesen hatten nochmals versucht, sich

[11] Aus dem wälsch-tyrolischen Kriege. Von Dr. A. Pichler S. 22. 28.

[12] Welden, Episoden aus meinem Leben. S. 8. 10.

Peschiera's sowohl wie Mantua's durch einen Handstreich zu bemächtigen. Am 13. April ließ der König Peschiera beschießen, doch stellte er die weiteren Operationen ein, als das Feuer von der Festung heftig erwidert wurde. Seine Geschütze reichten unstreitig zu einer durchgreifenden Action nicht aus. Ein ähnlicher Versuch gegen Mantua lief nicht glücklicher ab. General Bava war fast mit dem ganzen Armeecorps auf diese Festung gerückt, in der Hoffnung, daß ein Aufstand im Innern derselben ihm die Thore öffnen helfen würde. Die Oesterreicher empfingen den Feind aber mit Aufmerksamkeit, und nach einigen Scharmützeln zog sich Bava, getäuscht in seiner Erwartung, den Platz überrumpeln zu können, wieder zurück.

Erst am 26. April entschloß sich Carl Albert zu einer bedeutenderen Offensivebewegung. Er rückte mit der ganzen Armee über den Mincio und cernirte die Festung Peschiera, so daß jede Verbindung derselben mit Verona abgeschnitten war. Es war dies ein sehr fataler, ja ein gefährlicher Umstand für Radetzky, und um keinen Preis durfte er dulden, daß der Feind im Angesicht der Oesterreicher die Festung nähme. Daß Carl Albert energisch sich dazu anschickte, ging aus allen seinen Bewegungen hervor, und sobald sein Belagerungspark da war, konnte der mangelhaft armirte Platz schnell fallen.

Radetzky befahl deshalb, den Ort Pastrengo

unweit Peschiera's zu besetzen, um die Flanke der Festung in Händen zu haben. Die Brigade Wohlgemuth, unterstützt von der Taxis'schen rückte auf den Ort zu. Der Feind griff diese Brigaden unverzüglich an, wurde aber zurückgeschlagen und Radetzky sandte noch eine Brigade zur Unterstützung Wohlgemuths ab. Am 27. griff Carl Albert die Stellung desselben von Neuem an und diesmal mit besserem Erfolg; die Oesterreicher mußten sich zurückziehen, doch ohne daß sie die Stellung überhaupt aufgaben. Am nächsten Tage erneuerten die Piemontesen mit der ganzen Colonne Sonnaz den Angriff und nach einem hitzigen Gefecht von fünf Stunden schlugen sie den Feldmarschall-Lieutenant Wocher, der hier befehligte, zurück. Hätten die Piemontesen die Oesterreicher verfolgt, würde wahrscheinlich das ganze Corps derselben gefangen genommen worden sein,[13] während es so mit einem Verlust von 600 Mann und 300 Gefangenen glücklich seinen Rückzug bewerkstelligte. Es war das erste bedeutende Gefecht in dem Feldzuge, und der Sieg in demselben erhöhte nicht gering die Zuversicht der Piemontesen, ja wiegte sie bezüglich der Eigenschaften des Feindes in eine Sicherheit, welche nur zu bald ihre unheilvollen Folgen aufwies.

Der König, ermuthigt durch diesen ersten Sieg,

---

[13] Erinnerungen. I. 206. ff. Welden, 212.

beschloß einen Hauptschlag auszuführen, um Verona selbst zu erhalten. Er ließ zuvörderst das Welden'sche Corps auf der Seite nach Tirol attaquiren, wahrscheinlich um es zurückzudrängen; am nächsten Tage, am 6. Mai, griff er dann die österreichischen Vorposten an, deren Hauptstärke die Stellung bei Santa Lucia war. Dem ersten Angriff wichen die Oesterreicher, dann aber hielten sie Stand und das Gefecht nahm den Charakter größter Erbitterung an. Der Sturm auf Santa Lucia schwankte lange, ebenso das Gefecht auf dem rechten Flügel. Endlich jedoch gelang es dem linken Flügel der Oesterreicher, den Feind zurückzuwerfen, und diese Bewegung wirkte auf die ganze Linie zurück. Mit ziemlicher Ordnung zogen sich die Piemontesen zurück, unbelästigt von den Oesterreichern, deren Sieg unbestritten war, aber keine wesentlichen Resultate brachte. Nur das war hoch anzuschlagen, daß dieser Sieg der schwergeprüften österreichischen Armee das Vertrauen wieder zurückgab und eine Entschlossenheit, welche eine Reihe bedeutender Erfolge nach sich zog. Der Erzherzog Franz Joseph hatte diesem Gefecht beigewohnt, ebenso Erzherzog Albrecht. Das Gefecht bei Santa Lucia gewann zum Unglück für die Piemontesen noch dadurch an Bedeutung, daß zu derselben Zeit die Reservearmee unter General Nugent, 15,—20,000 Mann stark, in die Schlachtlinie rückte und zu der offensiven Bewegung der Oesterreicher die

größte Ermunterung gab. Graf Nugent hatte am 16. April den Isonzo überschritten, trieb den General Zucchi, der die päbstlichen Truppen und einige Freischaaren befehligte, bei Visco zurück, zwang am 21. Udine zur Capitulation, forcirte am 23. den Engpaß bei Pontafel, dann den Uebergang über den Tagliamento, und indem er mit der Hauptmacht des italienischen Generals Durando Streitkräfte umging, überschritt er bei Belluno die Piave einige Tage nach dem Gefecht bei Santa Lucia. Er hatte beabsichtigt, im Marsch noch Vicenza, die Hauptposition des venetianischen Festlandes, zu nehmen; aber der Umstand, daß diese Stadt mit einer sehr starken Besatzung unter General Durando versehen und durch einen Handstreich kaum zu nehmen war, bestimmte ihn, durch eine kühne Flankenbewegung sich sogleich nach Verona zu ziehen. Zwar wurde auf speciellen Befehl Radetzky's nochmals auf Vicenza zurückmarschirt und die Vorwerke wurden angegriffen, indessen ohne Erfolg. So ließ man den Plan fallen, und, von Radetzky gerufen, kam die Reservearmee, 20,000 Mann stark, am 25. Mai ins Hauptquartier vor Verona an.

Durch diese ansehnliche Verstärkung konnte der Feldmarschall zur Offensivebewegung übergehen. Er faßte den kühnen Plan, die Stellung des Feindes bei Curtatone zu umgehen und dadurch den König zu zwingen, die Cernirung des von ihm jetzt schwer bedrängten

Peschiera aufzugeben, die Festung selbst um jeden Preis zu retten, um einen so wichtigen Stützpunkt nicht den Piemontesen in die Hände fallen zu lassen.

Der Abmarsch des größten Theils der Armee von Verona am 27. Mai wurde durch einen maskirten Marsch glücklich ausgeführt.[14] Am 29. wollte der Feldmarschall Curtatone angreifen und, um den unachtsamen Feind vollständig von dieser Seite abzuziehen, sollte Zobel am 28. auf dem linken Flügel operiren. In der That ließ sich Carl Albert durch die Attaque Zobels verleiten, seine Streitkräfte ihm vornehmlich zuzuwenden, und da er von der Absicht Radetzky's keine Ahnung hatte, ließ er den Flügel bei Curtatone, den die toscanischen Truppen und einige neapolitanische besetzt hielten, ohne Verstärkung. Im Ganzen standen keine 8000 Mann bei Curtatone und Montanara, während die Oesterreicher an dem Schlachttage noch einmal so viel Truppen ins Feuer führten.

Oberst Benedek erstürmte die Linien von Curtatone erst nach vielfacher Anstrengung und dem heftigsten Kampfe. Aber sobald einmal die Position erzwungen war, mußten die Toscaner in die übelste Lage gerathen, da ihnen der geordnete Rückzug unmöglich war. So suchten diese tapferen Truppen nach der

[14] Willisen, der italienische Feldzug 1848. I. 184.

endlichen Ueberwältigung in wilder Flucht ihr Heil, um mindestens der decimirenden Verfolgung des Feindes zu entgehen. Noch unglücklicher erging es dem toscanischen Corps bei Montanara, welches Clam mit seiner Uebermacht nach zweimaliger Niederlage endlich doch überwältigte und wovon ein großer Theil sich ergeben mußte. Der Sieg war vollständig und genau nach der Berechnung Radetzky's erfolgt; aber wie wenig er im Grunde den Oesterreichern, trotz der starken Verluste, mit denen er bezahlt wurde, nützte, zeigten die Ereignisse der nächsten Tage.

Trotzdem der toscanische Flügel bei Curtatone so vollständig geschlagen worden, waren die Oesterreicher gleichwohl nicht im Stande, den fliehenden Feind zu verfolgen. Sie ließen Carl Albert Zeit, seine Truppen bei Goito zu sammeln und so die verlorene Stellung bei Curtatone nach Möglichkeit zu ersetzen. Am 31. Mai stürmten die Oesterreicher nun auf diese Position, nach deren Erzwingung Peschiera allerdings entsetzt werden konnte. Da dies die Absicht Radetzky's war, so bleibt es räthselhaft, daß er die Stellung der Piemontesen bei Goito nicht um jeden Preis nahm. Die Angriffe, die darauf geschahen, endeten mit einer totalen Niederlage, und dadurch wurde der Tag von Curtatone schnell verdunkelt, ja, der piemontesische Sieg bei Goito zeigte sich bedeutender, da er bedeutende Resultate nach sich zog.

Gleich darauf fiel nämlich die seit mehreren Tagen von Carl Albert bombardirte Festung Peschiera: die Piemontesen erreichten damit ihren Zweck und der Plan Radetzky's war zerstört. Es war wohl ein harter Schlag und wie man auch die Sache drehen mochte, die Niederlage ließ sich nicht verbergen, das Unglück der ersten Offensivebewegung nicht wegreden. Der Beweis lag in dem schnellen Abzug der Oesterreicher am 4. Juni, und wies Radetzky der Armee auch sogleich ein neues Operationsziel im Venetianischen zu, so war es doch eitele Einbildung, zu glauben, diese schnell gedrehte Offensive sei kein Verzweiflungscoup. Freilich, im Venetianischen konnte man aller Wahrscheinlichkeit nach glücklicher sein, wenn Carl Albert, dessen Zögern und Unachtsamkeit sein großer Fehler war, nicht mit seiner Armee den Oesterreichern folgte. Es war das Glück Radetzky's, daß der König diesen Abzug der Oesterreicher nicht tactisch ausnutzte, sondern vor Freude über seine Erfolge ruhig in seinen Stellungen blieb, kaum bedacht, sich über die neue Bewegung Radetzky's zu unterrichten. Auf diese Nachlässigkeit des Feindes aber seine Berechnungen zu bauen, war doch immerhin bedenklich. Hätte Carl Albert die Oesterreicher mit der Energie eines Feldherrn von Talent überfallen, wie sie im Venetianischen waren, so konnte er die ganze Armee vernichten, mindestens sie von Verona abschneiden, und diese Festung, vor welcher nur 4000

Mann geblieben wären[15] und das kleine Corps Zobels, wäre schnell in seine Gewalt gekommen. So aber war Carl Albert kein Friedrich II.

Das Ziel, welches sich Radetzky plötzlich nach dem Falle Peschiera's gestellt, war die Eroberung Vicenza's, womit die Citadelle des reichen venetianischen Festlandes, der Hauptsitz der diesseitigen Revolution nächst Venedig in seinen Besitz kam. Der Umstand, sich den Rücken frei zu machen, läßt freilich Vieles zur Entschuldigung dieses Rückzugs von Curtatone beibringen, besonders als der Zweck durch das glückliche far niente des Königs erreicht wurde; aber militairisch war das Ereigniß nicht mehr werth, als ein gewaltiger Fouragezug in ein anerkannt schlecht besetztes Feindesland. Vicenza freilich hatte eine Besatzung von 15,000 Mann unter General Durando; darunter waren aber nur 9000 geübte Truppen, das Uebrige Freischaaren. Fiel einmal diese Stadt, so war die ganze Macht der Revolution auf dem venetianischen Festlande vernichtet.

Am 9. Juni kamen die Oesterreicher in einer Stärke von 30,000 Mann vor Vicenza; am 10. bereits begann der Angriff. Nach einem blutigen Kampfe nahm man den die Stadt beherrschenden Monte Berico;[16] ein Bombardement aus Mörsern zwang bald die

[15] Erinnerungen. II. 21.

[16] Die kriegerischen Ereignisse in Italien 1848. S. 127.

Stadt zu capituliren. Die ganze Garnison erhielt freien Abzug und am 11. verließ sie, gefolgt von Hunderten der Einwohnerschaft, Vicenza, verhöhnt von den Oesterreichern wegen ihrer guten Uniformen oder ihres Unglücks.[17] Auch solche Züge soll man nicht nur vom Feinde erzählen; die Erbitterung des italienischen Volks gegen Oesterreich muß doch reelle Gründe haben, und dazu gehört vor Allem die Rücksichtslosigkeit, mit der die Armee 1848 und 1849 gegen die Städte Italiens verfuhr; der Hohn der Gegner im Sieg, die Verdächtigung derselben, wenn die Armee im Unglück war. Entschuldigt kann dies jedenfalls werden; aber wundern kann man sich auch nicht, daß, eingedenk dieser Grausamkeiten und Beschimpfungen, die Italiener ihren Haß gegen Oesterreich nährten.

Nach der Einnahme Vicenza's unterwarfen sich auch Padua und Treviso, die Verbindung mit Wien war wiederhergestellt und die fruchtbaren Provinzen lieferten die Bedürfnisse der Armee in Ueberfluß. Insofern hatte dieser Sieg wohl eine große Bedeutung.

Radetzky kehrte nun schleunig nach Verona zurück, um seinen Fehler einerseits wieder gut zu machen, andererseits den Fehler des Königs, ihn nicht verfolgt zu haben, auszunutzen. Carl Albert hatte allerdings gleich nach dem Abzug der Oesterreicher die Offensive

[17] Hackländer, Bilder aus dem Soldatenleben. II. 68.

ergriffen und war vor Verona erschienen, immer noch in dem Glauben, man werde ihm die Schlüssel der Festung überbringen. Aber die gewohnte Lauheit und Zaghaftigkeit hatten es zu nichts durchgreifendem kommen lassen, und beim Anzug Radetzky's rückte er ohne Weiteres in seine Stellung bei Peschiera zurück. Nur Rivoli hatte er genommen und hiermit seine Position nicht unwesentlich verstärkt. Ebenso war er auf Mantua marschirt und hatte ein glückliches Gefecht bei Governolo geliefert, ja er schien ernstlich auf Mantua operiren zu wollen.

Dies bestimmte Radetzky, der doch eines unheimlichen Gefühls sich nicht erwehren konnte, einen Gewaltcoup auszuführen, die ganze Linie der Piemontesen zu attaquiren und ihre Durchbrechung zu versuchen. Manche gewichtige Umstände traten hinzu, diesen Entschluß zu kräftigen. In Tyrol war man entschieden glücklich gewesen und am 24. ergab sich sogar Palmanova, so daß die Truppen daselbst zur Hauptarmee gezogen werden konnten. Durch die siegreiche Reaction in Neapel, wo der König am 15. Mai die Empörung niedergeschlagen, fand sich dieser stets Oesterreich getreue Bourbonenkönig veranlaßt, seine neapolitanischen Truppen aus dem nur widerwillig mitgemachten Kriege zurückzuberufen, und Carl Alberts Armee verringerte sich dadurch um 12,000 Truppen, die immerhin ersetzt

werden mußten. Zudem waren Unterhandlungen zwischen Piemont und Oesterreich im Gange, welche keineswegs ungünstig für Carl Albert standen, dem man die Herrschaft über Modena und Parma von Seiten der dortigen Nationalversammlungen bereits zugesprochen hatte. Die österreichische Regierung hatte von Radetzky den Abschluß eines Waffenstillstands gefordert, und dies namentlich erbitterte den Feldmarschall, weil er bisher noch gar keine positiven Erfolge aufzuweisen hatte. So war er mit Umgehung der von ihm verachteten Regierung direct mit dem Kaiser in Verbindung getreten und hoffte, inzwischen die Antwort auf seine Remonstration zurückkomme, durch seine Erfolge auf die Politik einzuwirken. Es war auch hier der Anfang, die Regierung von der Soldatenherrschaft abhängig zu machen und den Kaiser mit der militairischen Politik zu verflechten.

Am 23. Juli ließ Radetzky angreifen. Mit Glück rückten die Oesterreicher bei Sonna und Montebello, bei Giustino und Sommacampagna vor, warfen die überraschten Piemontesen zurück und durchbrachen sogar ihr Centrum. In wenig Stunden verlor Carl Albert seine feste Stellung von Rivoli herab bis an den Mincio und sah sich genöthigt, die Armee bei Custozza zu concentriren. Hier schien es sonach zur Hauptschlacht kommen zu sollen, und in der That richtete

Radetzky alle seine, dem Feinde bedeutend überlegene Streitkräfte zum Angriff auf diesen Punkt.

Am 24. Juli eröffneten die Piemontesen den Kampf und es gelang ihnen, bei Sommacampagna den Oesterreichern eine starke Niederlage beizubringen, welche diesen Tag zu dem ihrigen machte. Aber am 25. wurden die Angriffe Carl Alberts mit Energie zurückgeschlagen und der heftige Kampf, von beiden Seiten mit äußerster Tapferkeit geführt, entschied sich mehr und mehr zu Gunsten Radetzky's, der neue Truppen ins Treffen führen konnte. So zog sich der König denn nach Villafranca zurück und die Oesterreicher konnten daran denken, den erschöpften und jeder festen Stellung beraubten Feind zu verfolgen.

Carl Albert fühlte zu gut, daß er, wenn er einmal diese Position verloren, in der lombardischen Ebene kaum noch sich wieder festsetzen könnte. Hier geschlagen, gab es nur noch die Rückzugslinie auf Mailand, und diese war kaum zu halten. So hielt er nochmals bei Volta Stand und trieb am 26. Juli mit der letzten Anstrengung die verfolgenden Oesterreicher zurück. Seine Kräfte waren erschöpft, Radetzky's Uebermacht mußte ihn zuletzt doch erdrücken. In der That drängte der Feldmarschall schon am 27. den Feind bis Goito. So in tapferem Kampf von Position zu Position gedrängt, versuchte der König einen Waffenstillstand zu erreichen, um wieder zu Kräften zu kommen. Er schlug

die Oglio vor; aber Radetzky, überzeugt von seinem Uebergewicht, forderte die Linie der Adda, die Räumung Venedigs, den Rückzug der Flotte, Aufhebung der Blokade von Triest, Räumung Peschiera's, sowie Räumung Modena's und Parma's und Befreiung der zurückgehaltenen Beamten. Es waren die Bedingungen eines Siegers und Carl Albert konnte sie mit Ehren nicht annehmen. Er mußte sich schlagen, wiewohl kein Zweifel obwalten konnte, daß er jetzt nur Niederlagen finden würde. Die Ehre ging dem König über alles Andere — er verwarf die Bedingungen Radetzky's.

So begann am 28. Juli der Kampf von Neuem: es war der Rückzug Carl Alberts. Aber das Unglück brach jäh über den Monarchen herein; die Niederlage demoralisirte sein Heer und machte den wohlfeil zu kaufenden Pöbel, der ihn bisher gefeiert, plötzlich zum Feinde. Wirkliche Opferfreudigkeit für die diesmal noch nicht verstandene Idee der Einheit und Unabhängigkeit Italiens war unter dem Volk, welches billig seine Wünsche erkaufen konnte; nicht vorhanden: erst eine neue Zeit der Prüfung sollte das Werk zur Reife bringen, das Unglück die Idee der Nation läutern.

Der König war auf Cremona zurückgegangen, aber am 31. bereits von Radetzky von hier verdrängt worden. Dieses ruhelose Retiriren löste Disciplin und den bisher so schönen Muth der Armee auf, und der unfreundliche Empfang seitens des Volks, für welches

sie sich so tapfer geschlagen, mußte den Piemontesen die Lust benehmen, sich über ihr Unglück zu trösten. Sie zogen in Verwirrung und Auflösung durch die Lombardei auf Mailand, wo der König selbst am 4. August einrückte.

An seinen Fersen hing ein siegestrunkener, über seine Erfolge selbst erstaunter Feind. Carl Albert ließ der Ehre genugthun: er stellte die Trümmer seiner Armee, wie erschöpft diese auch war, vor den Mauern Mailands auf, um die Hauptstadt der Lombardei nicht ohne Kampf in Oesterreichs Hände zurückfallen zu lassen. Auch hoffte er, daß dieses Volk, welches ihn zuerst gerufen und mit Jubel ohne Gleichen begrüßt, jetzt in der That um seines eigenen Geschickes willen sich für ihn in Masse erheben würde. Mailand hatte 60.000 Mann Nationalgarden: betheiligte sich nur die Hälfte am Kampf, so war dem Vordringen des Feindes leicht Halt zu gebieten und dadurch Gelegenheit gegeben, sich zu verstärken und wieder in die Offensive überzugehen.

Doch Mailand vor Allem zeigte sich undankbar. Während draußen die Soldaten Carl Alberts hungrig und erschöpft sich mit äußerster Tapferkeit gegen die Uebermacht Radetzky's schlugen, beschimpfte und verhöhnte der Pöbel den unglücklichen König in dem Palaste, den er in der Stadt bewohnte. Der als Befreier Italiens ausgezogene Fürst, der Krone und

Leben aufs Spiel setzte, für sich, für Piemonts Vergrößerung, aber doch auch für die glücklichere Zukunft Italiens: der wurde jetzt im Unglück in seinem Zimmer von bewaffneten Pöbelhaufen bedroht, als Verräther bezeichnet, verhöhnt, verflucht. Um sein im Kampfe muthig preisgegebenes Leben vor unwürdigem Ende zu retten, entfloh Carl Albert aus Mailand mit seinen Garden und befahl seiner Armee, mit Radetzky eine Convention zur Uebergabe der Hauptstadt abzuschließen. Der Feldmarschall, der wohl wußte, welch einen Feind er besiegt, ließ ihn mit militairischem Gruß von Mailand nach der Grenze des piemontesischen Königreichs abziehen.

Am 6. August rückte Radetzky in Mailand ein, und der Sieger fand hier denselben Pöbel jauchzend vor Freude, wie vier Monate zuvor hinter den Barrikaden, entschlossen, den letzten Oesterreicher zu vernichten. Aber der bessere Theil des Volks hatte sich geflüchtet oder sah stumm der Wiederkehr des alten Regiments entgegen. Mit dem Moment, da die Piemontesen den von ihrem Blut getränkten, undankbaren Boden verlassen hatten, kam die Bevölkerung zur Erkenntniß ihres Verlustes und wurde gerechter gegen sich selbst — zu spät.

Der dreitägige Waffenstillstand wurde am 9. August auf sechs Wochen verlängert. Er enthielt alle die Bedingungen, welche Radetzky schon nach dem Gefecht

bei Volta gestellt hatte, und es konnten füglich auch keine härteren gegeben werden. Den Krieg bis nach Piemont hineinzutragen, dazu waren die Oesterreicher jetzt wohl mächtig genug, besonders da die Piemontesen auf ihrem heimathlichen Boden in vollständige Auflösung geriethen und kaum noch 20,000 Mann stark sein mochten, aber Frankreich sowohl wie England hätten dieses Vorgehen nie zugegeben. Das war der Grund, weßhalb man wohl in Mailand Halt machen mußte.

Uebrigens wurde die Convention in allen ihren Theilen nicht zur Wahrheit, ohne daß Carl Albert eine Schuld daran trug. Peschiera übergab sich zwar, aber nicht Venedig, selbst als die Flotte Sardiniens sich nach Ancona zurückgezogen. In dieser Stadt hatten die Ereignisse ihren eigenen Gang gemacht.

Am 3. Juli war die Nationalversammlung in Venedig zusammengetreten, obgleich sie wegen der Besiegung Vicenza's, Padua's und anderer festländisch-venetianischen Städte nicht vollzählig war. Ihr erstes Werk war, daß sie mit 127 gegen 6 Stimmen den Beschluß faßte, Venedig solle zusammt der Lombardei und unter denselben Bedingungen wie diese mit den sardinischen Staaten verschmolzen werden, und Manin selbst sprach dafür. Da er aber gleichwohl, um unter keinem König dienen zu müssen, seine Stelle als Präsident der Regierung niederlegte, fehlte es dem Mini-

sterium an jedem Einfluß. Die Verwirrung der Zustände erhöhte sich nach der Niederlage der Piemontesen bei Custozza außerordentlich, und es sah sichtlich nach Verzweiflung aus, als am 6. August, zu der Zeit, wo Radetzky wieder in Mailand einzog, die venetianische Regierung die Einverleibung Venedigs in Piemont bestätigte und sardinische Commissäre kamen, um die Regierung zu führen. Das Volk protestirte auch in tumultuösen Demonstrationen gegen das sardinische Regiment und rief nach Manin, der endlich kam, das Volk beruhigte und an Stelle der Commissäre, die freiwillig ihr Amt wieder niederlegten, die Regierung übernahm. Die Nationalversammlung ernannte ihn darauf nebst dem Contreadmiral Graziani und dem Obristen Cavedalis zu Dictatoren, sich selbst aber erklärte sie für permanent und als höchste Regierungsgewalt.

Auch die Freischaaren fügten sich nicht in die Bestimmungen der Conventionen, sondern suchten auf eigene Hand den Krieg und speciell mit Mazzinischen Tendenzen fortzuführen. Der Bemerkenswertheste dieser Freischaarenführer war Garibaldi, der aus Amerika gekommen war, um an dem Kriege für die Freiheit seines Vaterlandes Theil zu nehmen. Er hatte sich in Wahrheit dem patriotischen Zweck aufrichtig ergeben; sein ganzes Leben voller Abenteuer war der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit des Volks gewesen. Er streifte nach dem Einzuge Radetzky's in Mailand

noch mit seinem Corps umher und warf sich endlich nach Tessin. Von dort ging er nach Piemont und brach mit seinem Corps bei Luino wieder ins Lombardische. Bei Varese stieß er mit einem österreichischen Corps zusammen, dem er nach tapferen Widerstand weichen mußte und in fast wunderbarer Weise entwischte. Er zog sich nach der Schweiz zurück, um später Rom gegen die Franzosen mit anerkannter Bravour zu vertheidigen. Die Bedeutung dieses Mannes, dessen heldenhaften antikrömischen Patriotismus heute seine erbittertsten Feinde anerkennen müssen, sollte erst in der Zeit zu Tage treten, als Italien für die Freiheit seiner Existenz reif war.

Dritter Abschnitt.

Die ungarische Revolution.

Ungarns Lage. — Die Deputation in Wien am 16. März. — Die zwölf Punkte. — Die Wiener Regierung und der ungarische Landtag. — Nachgiebigkeit des Kaisers. — Das ungarische Ministerium. — Die Serben. — Die Croaten und Banus Jellačić. — Siebenbürgen. — Rüstungen der Ungarn und Croaten. — Der Kaiser, die Camarilla und Jellačić. — Auftreten der Regierung gegen Ungarn. — Unterhandlungen. — Der ungarische Landtag. — Manifest des Kaisers vom 22. September. — Lambergs Ermordung in Pest. — Anfang des Krieges durch Jellačić. — Die neue ungarische Regierung. Kossuth.

Ueber den Charakter der ungarischen Bewegung sprachen wir bereits in der Einleitung: Niemand konnte mehr in Zweifel darüber sein, daß die radicale Partei, deren Haupt Kossuth war, die conservative mit der Führerschaft Széchényi's im Parlament aus dem Felde schlagen werde. Die mit so ungeheurem Beifall aufgenommene Kossuth'sche Rede vom 3. März war ein Programm, dessen Ausführung die ganze Nation begehrte.

Die Nachricht von den Märzereignissen in Wien entfesselte vollends die Bewegung. Die von Kossuth verlangte Adresse wurde unter dem Eindruck dieser Nachrichten angenommen, somit die Forderung einer constitutionelleren Umgestaltung des ungarischen Landtags und eines unabhängigen ungarischen Ministeriums formulirt. Man beschloß am 14. März einstimmig, alle Feudallasten abzuschaffen, die Steuern gleichmäßig auf alle Klassen zu vertheilen, den Städten ein größeres Repräsentationsrecht zu geben und eine Deputation zum König zu senden, welche die Bewilligung dieser Forderungen erstreben sollte.

Diese Deputation kam noch während der Revolution nach Wien und stieß diese gewißermaßen vollends auf die abschüssige Bahn. Am 16. März empfing sie der Kaiser und bewilligte alle in der Adresse ausgedrückten Wünsche, da an ein Verweigern unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken war. Graf Ludwig Batthyanyi wurde mit der Bildung eines unabhängigen ungarischen Ministeriums betraut.

Unterdessen war die entfesselte Bewegung mit Riesenschnelle weiter gestürmt. In Pest und Ofen wurde eine Petition mit zahlreichen Unterschriften versehen, welche in zwölf Punkten nochmals die schon im Landtage ausgesprochenen Forderungen resumirte und die Herrschaft der Demokratie unumwunden aussprach.[18]

[18] S. Adlerstein, Archiv des ungarischen Ministeriums. I. S. 1.

Von den neuen Forderungen darin waren die eines jährlichen Landtages in Pest, einer Nationalgarde, von Geschwornengerichten, einer Nationalbank, der Vereidigung des Militairs auf die Constitution, der Union Siebenbürgens mit Ungarn bezeichnend genug, und die stürmische Weise, mit der man ihre Bewilligung begehrte und welche das Petöfi'sche Lied Nemzeti dál lebhaft wiedergab, belehrte über die Intensivität der ganzen Bewegung. Zugleich gewann die demokratische Partei in den schnell gebildeten Sicherheitsausschüssen bedeutende, mehr und mehr mächtig werdende Stützpunkte, so daß ein heilsames Maßhalten unmöglich wurde und die Revolution alle ihre Stadien bis zur gewaltsamen Reaction durchlaufen mußte.

Noch am 15. März bewilligte die Statthalterei in Ofen, bestürmt durch eine aufgeregte Menschenmenge, einige der zwölf Punkte, namentlich die Bildung einer Nationalgarde, welche sofort ins Leben trat. Die Nachrichten von dem Erfolg der Deputation in Wien schienen alsdann einen ersten Stillstand der Bewegung zu bewirken, ja die Führer der Bewegung, Kossuth und Szemere hielten es sogar selbst für nothwendig, der eintretenden Anarchie durch ein strenges Preßgesetz einen Zügel anzulegen. Aber der Moment war vorüber, da sie nach ihrem Sinn die Bewegung zu leiten vermochten, und das alte furchtbare Gesetz aller Revolutionen forderte Erfüllung: entweder man suchte an

der Spitze der Bewegung zu bleiben, wohin diese auch trieb, oder man mußte sich von ihr überschreiten lassen. Kossuth wie Szemere zogen es vor, sich treiben zu lassen, und nahmen die strengsten Paragraphe des Preßgesetzes bei dem ersten Sturm des Volks dagegen zurück. Die Sicherheitsausschüsse waren die eigentlichen Führer der radicalen Elemente, welche von Staffel zu Staffel schnell bis zu dem Gedanken einer völligen Lostrennung Ungarns von Oesterreich gekommen waren und die Ausführung desselben mit leidenschaftlichster Hast erstrebten. Man beschimpfte und beseitigte gewaltsam die kaiserlichen Farben und Abzeichen, verlangte selbstständige Finanz- und Heerverwaltung, Auflösung des Reichsraths und Zusammenberufung einer Art National-Convent mit dictatorischer Gewalt. Der Umstand, daß bis zum 23. März das ungarische Ministerium noch nicht vollständig gebildet war, trug viel dazu bei, die Willkür der radicalen Forderungen zu steigern.

Zum Unglück glaubte man in Wien an eine größere Bedeutung der conservativen Partei in Ungarn, als sie in Wirklichkeit hatte. Auch erschrak man über die weittragenden Concessionen, welche der Deputation am 16. März bewilligt wurden und um so mehr, als sie, nach den Forderungen der Radicalen zu schließen, noch lange nicht genügend zu sein schienen, die ungarische Bewegung zu beruhigen und sich damit eines

der gefährlichsten Elemente zu entledigen. So hoffte man durch eine abmarktende neue Präcisirung dieser Zugeständnisse und durch die Kundmachung, daß über diese Concessionen hinaus die Regierung nicht gehen werde, mindestens soviel zu erreichen, daß nicht neue Forderungen herantreten und die Ungarn das Gegebene als genug betrachten würden. Ueberdies ängstigte die Regierung der Eintritt Kossuths ins neue ungarische Ministerium. Sie kannte die Leidenschaftlichkeit, den Ehrgeiz und Republikanismus dieses Volkstribunen zu gut, um nicht fürchten zu müssen, er werde als Mitglied der ungarischen Regierung für die Lostrennung des Königreiches arbeiten. Am 28. März erließ demzufolge der Kaiser eine Resolution, welche einerseits die Ablösung der Urbarialgiebigkeiten einschränkte, andererseits für einzelne Paragraphe der neuen Gesetzvorschläge Abänderungen im dynastischen Interesse begehrte, namentlich die Macht des ungarischen Ministeriums, die Finanz- und Kriegsangelegenheiten des Königreichs im Interesse der Gesammtmonarchie auf einen bestimmten Kreis beschränkt wissen wollte.

Inmitten der leidenschaftlichsten Aufregung und einer auf die Republik lossteuernden Bewegung konnte die Aufnahme dieser Resolution nicht zweifelhaft sein. Als sie im Landtage zu Preßburg vorgelesen wurde, erhob sich ein gewaltiger Sturm; Graf Batthyanyi protestirte dagegen und der Palatin, Erzherzog Stephan,

welcher sich als ungarischer Patriot seit jeher gezeigt hatte und vielleicht sogar an seine künftige Stellung dachte, wenn die Lostrennung Ungarns Thatsache würde, machte von der Zurücknahme der kaiserlichen Resolution sein Verbleiben in Amt und Würden abhängig. Der Landtag selbst beschloß, die Resolution wegen der Urbariallasten-Ablösung anzunehmen, dagegen die andere abzuweisen und ihren Signateur, Grafen Zsedényi, in Anklagezustand zu versetzen. Der Palatin selbst ging nach Wien, um die Zurücknahme der Resolution zu erwirken. In Pest selbst stieg die Gährung darüber zu einem bedenklichen Grade. Eine Menge Placate erschienen, welche mehr oder minder die Regierung anklagten; die Proclamation des Sicherheitsausschusses forderte sogar zur Landesbewaffnung auf, damit selbst der „schlimmste Fall" die Patrioten nicht unvorbereitet finde.[19] Der Gedanke einer gänzlichen Lostrennung Ungarns von Oesterreich fand hier bereits unverholenen Ausdruck.

In Wien wurde man durch den Bericht des Erzherzogs-Palatin über die Aufnahme der Resolution natürlich ungemein eingeschüchtert. Der Coup war mißlungen und traf Den selbst, der ihn führen wollte. Rathlos, ohnmächtig und rings von größten Gefahren umgeben, blieb nichts weiter übrig, als Nachgiebigkeit,

[19] Adlerstein, Archiv. I. S. 25.

jene unglückselige Nachgiebigkeit, welche die Schwäche und das böse Gewissen hervorruft und die so oft die österreichische Regierung um ihren Credit und ihr Ansehen bei den eigenen Völkern brachte. In Hast und Eile „erfloß" eine neue Resolution des Kaisers am 31. März, welche die Beschränkungen der vom 28. im Wesentlichen aufhob, namentlich auch ein besonderes Kriegsministerium für Ungarn bewilligte, aber noch accentuirte, daß der Kaiser von der getreuen Anhänglichkeit der Reichsstände an sein königliches Haus und „den durch die pragmatische Sanction geheiligten Monarchieverband" mit Gewißheit erwarte, daß die Verwendung des ungarischen Heeres außerhalb der Grenzen des Reichs sowie die Ernennung der Militairchargen „wegen des nöthigen Einklangs in der Monarchie unmittelbar nur von seiner Entschließung abhängen können."

Damit war die erste Phase der Revolution in Ungarn geschlossen; die Unterhandlungen der Nation mit dem Souverain hatten zu Gunsten der ersteren geendet; sie hatte Alles erreicht, was die Regierung nur bewilligen konnte. Der Landtag erklärte sich auch zufriedengestellt, Kossuth selbst hielt alle billigen Wünsche der Nation, „die nun Herr ihres Schicksals sei," für erfüllt; der Sicherheitsausschuß in Pest erläuterte in einer Proclamation vom 2. April die Tragweite der Zugeständnisse und mahnte wieder zur Arbeit

des Friedens. Der König selbst, um die Stimmung noch versöhnlicher zu machen, kam nach Preßburg und schloß am 11. April den Landtag mit einer Rede in ungarischer Sprache. Sie sanctionirte nochmals die gemachten Zugeständnisse.

Es war eine unblutige, aber tiefgreifende Revolution geschehen, Ungarns Oligarchenverfassung, wie sie König Stephan 800 Jahre zuvor gegeben, war in eine demokratisch-constitutionelle umgewandelt worden; der Adel hatte, wie Kossuth sagte, „den Schlüssel seiner eigenen Zukunft in die Hand des Volkes gegeben;" der Verband mit Oesterreich war eine lose Personalunion geworden. Das neue ungarische Ministerium hatte eine ungemeine Macht, da es selbstständige Executive besaß. Der Palatin, und dies war in Bezug auf Erzherzog Stephan wohl bemerkenswerth, besaß in Abwesenheit des Monarchen alle Majestätsrechte, mit Ausnahme der Ernennung der Prälaten und hohen Militairchargen, sowie der Verwendung des Heeres außerhalb Ungarns. Der Landtag, bisher alle drei Jahre (was selten geschah) in Preßburg zusammenberufen, sollte fortan jedes Jahr in Pest zusammentreten und hatte größere Rechte als bisher. Die Deputirtentafel bestand aus 377 Mitgliedern, durch eins der freisinnigsten Wahlgesetze aus Abgeordneten aller Stände gebildet. Sie war eine echte Volksvertretung geworden, anstatt wie sonst eine Ständeversammlung.

Die Steuernvorrechte waren aufgehoben, Robot und Feudallasten abgeschafft; die Autonomie der Comitate und Gemeinden war erweitert, die Gleichberechtigung der Religionsbekenntnisse ausgesprochen, ein freisinniges Preßgesetz gegeben, eine Nationalgarde errichtet; die Landeswappen traten an Stelle der kaiserlichen, die Union mit Siebenbürgen, welches 69 Abgeordnete in den ungarischen Landtag schicken sollte, ward eine Thatsache, sobald — woran nicht zu zweifeln stand — der siebenbürgische Landtag die Union beschließen würde. Ungarn, mit solcher territorialen Macht und solcher Selbstständigkeit, war fortan ein eigenthümliches Reich, welches weniger als Adnex Oesterreichs betrachtet werden konnte, denn als der eigentliche Schwerpunkt der Kaisermonarchie.

Das neue ungarische Ministerium, welches diese Aera Ungarns inauguriren sollte, bestand meist aus den Trägern der Demokratie. Präsident war Ludwig Batthyanyi; das Innere verwaltete Szemere, das Aeußere Fürst Paul Esterházy, die Finanzen Kossuth, die Justiz Déak; das Kriegsministerium Mészáros, Cultus und Unterricht Eötvös, Communication Szechényi, Handel und Ackerbau Klauzál. Kossuth war die eigentliche Triebkraft dieses Cabinets, welches am 14. April seine Thätigkeit begann.

Am heikelsten war unstreitig die Regelung der Finanz- und Heeresfrage. Der Kaiser hatte schon

am 7. April durch ein Handschreiben an den Palatin die Hoffnung ausgesprochen, daß Ungarn den auf es fallenden Theil an der österreichischen Staatsschuld übernehmen werde. Diese Forderung, so natürlich sie auch war, erregte doch unter den obwaltenden Umständen böses Blut, und Kossuth, als Finanzminister, zeigte wenig Lust, auf die Ideen der Wiener Regierung einzugehen. Er erklärte, nicht mehr als drei Millionen jährlich zahlen zu wollen und ordnete überhaupt eine faktische Trennung der Finanzen von denen Oesterreichs an. Er ließ $12\frac{1}{2}$ Millionen ungarische Gulden drukken und ediren, ebenso verzinsliche Schatzkammeranweisungen.

Gleich schroff trat das ungarische Ministerium in der Heeresfrage auf. Es klagte die Wiener Regierung an, sich mit den Militaircommandos Ungarns und seiner Adnexe fortdauernd befaßt zu haben, und instruirte die letzteren dahin, daß sie nur Befehle des ungarischen Ministeriums zu befolgen hätten. Man drang ferner auf Zurückberufung der außer dem Lande befindlichen ungarischen Truppen, ja das Pester Stadtcomité verlangte sogar schon die Rückberufung der ungarischen Streitkräfte aus Italien, „um sie nicht gegen die Freiheit Italiens zu mißbrauchen.“ Diese Conflikte in der obersten Regierungssphäre traten mehr und mehr auch im Volke zu Tage. Die kaiserlichen Soldaten kamen in Streit mit Nationalgardisten und

ungarischen Soldaten, der Offizierstand stellte sich zum Theil in Opposition mit dem ungarischen Ministerium. Das Alles waren unheilvolle Anzeichen und ließ befürchten, daß über lang oder kurz das Schicksal Ungarns in blutigem Zusammenstoß sich entscheiden werde.

Die Verhältnisse der zu Ungarn gehörigen Länder gestalteten sich zudem immer bedenklicher; namentlich die slavischen Stämme, die nach eigenem Leben strebten und sich gerade durch das herrische Auftreten der magyarischen Race emporbäumten, erstanden ringsum als gefährliche Feinde. Bei der allgemeinen Erregung der Geister, die nach Jahrhundert langem Druck jetzt plötzlich Gelegenheit fanden, ihre Fesseln abzustreifen, war es kein Wunder, daß im ersten Moment ein jeder Stamm seine egoistischen Zwecke im Auge hatte und die Nationalität frei und selbstständig machen wollte. Es ließ sich daher gleich in den ersten Wochen der Bewegung voraussehen, daß die Umwandlung der politischen Verhältnisse in Oesterreich einen ganz eigenthümlichen, aus den verschiedenen nationalen Bestandtheilen des Reichs erklärlichen Charakter annehmen werde, und der allgemeine, aber überall anderen Quellen entsteigende Drang nach Freiheit schließlich in einen Racenkampf ausarten mußte, in dem die Freiheit zu Grabe getragen und die Reaction herrliche Waffen erhalten würde. Wien und Pest standen sich so fremd, wie Wien und Prag und Lemberg, und so war an ein

einheitliches Streben nach politischer Gestaltung des Reichs auf freiheitlicher Basis nicht zu denken; sondern ein jeder Stamm suchte seine Existenz geltend zu machen und mochte lieber der ungewohnten Freiheit auch fernerhin entbehren, als daß er einem anderen die Herrschaft über sich einräumte.

Diese Verhältnisse traten zuerst schroff in Ungarn zu Tage, wo die Revolution schnell zu ihrem Ziele gekommen war und den Sieg des Magyarenthums in sich begriff. Die nothwendig einzutretende Reaction kam nicht von der besiegten politischen Partei, sondern von den, dem Magyarenthum unterworfenen oder annexirten Nationalitäten, den Serben, Croaten, Slovenen, Romanen und Sachsen.

Zuerst erhoben sich die Serben in der Woiwodina und im Banat gegen die ungarische Revolution. Sie wollten ihre nationale Selbstständigkeit, und der Umstand, daß sie vielfach der griechisch-katholischen Religion angehörten, lieh der Erhebung von Hause aus einen religiösen Charakter, und die Opposition gegen das durch die Revolution zur Höhe gekommene Magyarenthum trieb unwillkührlich die serbische Bewegung zur Allianz mit den Gegnern Ungarns, als welche doch in vorderster Reihe die Wiener Camarilla, welche den Forderungen der Magyaren gezwungen nachgegeben, sich erwies. Mit der Parole der Treue an die Dynastie verbanden die Serben ihre besonderen Bestrebungen,

und da Ungarn revolutionair gegen die Dynastie war, gab sich die serbische Bewegung leicht einen loyalen Lustre. In Wien sah man dies nicht ungern und begann darauf den Feldzugsplan gegen die Revolution überhaupt zu bauen: man konnte leicht die Völker gegeneinander in Kampf führen und sich dadurch erschöpfen lassen; wer von ihnen zuletzt noch mit auf der Siegerpartei stand, war mit Leichtigkeit abzuwürgen, forderte er Dank für seine Dienste.

Die Serben erhoben sich bereits am Ostersonntage. Sie forderten einen Woiwoden mit eigener Verwaltungsmacht und einen Patriarchen. Der Erzbischof Rajačić in Carlowitz erschien als das Haupt der Bewegung und berief zur Regelung der Wünsche seiner Nation einen Congreß nach Carlowitz zum 1. Mai. Von dieser Versammlung aus, die in so überraschender Hast zusammentrat, erging ein Manifest, welches die Forderungen der Serben enthielt; am 17. Mai wurde überdies Rajačić zum Patriarchen gewählt, der Oberst Suplikac zum Woiwoden. Eine Deputation unter des Patriarchen Führung machte sich dann auf den Weg zum Kaiser, um von diesem Bewilligung der gefaßten und eigenmächtig ausgeführten Beschlüsse zu erbitten.

Natürlich traten die Ungarn gegen ein solches Vorgehen der zu ihnen gehörigen Serben energisch auf. Die Regierung in Pest ließ Truppen nach dem Banat

rücken und am Pfingstsonntag stürmten dieselben unter Hrabowsky Carlowitz nach blutigem Kampfe. Dies Einschreiten entflammte vollends die serbischen Leidenschaften; ein allgemeiner Volksaufstand brach los, dessen schnelle Organisation auf eine längst gefaßte Vorbereitung schließen ließ: der Kampf zwischen Serben und Ungarn war ausgebrochen.

Angesichts dieser Gefahr zeigte man sich in Pest etwas nachgiebiger. Man berief einen serbischen Congreß nach Temesvar, proclamirte Gleichberechtigung der verschiedenen, zu Ungarn gehörigen Nationalitäten — aber alle diese Concessionen beschwichtigten nicht mehr — die Gewalt mußte die Sache zum Austrag bringen.

Die Serben hätten in dem Kampfe unstreitig den Kürzeren ziehen müssen, aber die gleichzeitige Bewegung in Croatien gab ihnen einen mächtigen Bundesgenossen, mit dem der Krieg von Seiten Ungarns nicht so leichtes Spiel war. Die Croaten waren ebenfalls in vollem Aufstande gegen die Magyaren, und derselbe bot in den Grundzügen den Charakter dar, wie der serbische. Der zum Ban ernannte Oberst Jelačič haßte die Ungarn und gab der croatischen Bewegung Ziel und Intensivität. Sein erstes Geschäft war, daß er die vom ungarischen Landtage zur Schwächung der königlichen Gewalt abgezwungenen Concessionen, also die neue Verfassung Ungarns, nicht anerkannte und den Behörden

der von ihm verwalteten drei Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien sammt der Militairgrenze anbefahl, alle von Ungarn kommenden Ordres zu ignoriren.

Die Pester Regierung erließ darauf eine Verordnung, welche die des Bans außer Kraft setzte. Croatien gehörte seit Jahrhunderten zu Ungarn, und unstreitig war Jellačić, der es den Gesetzen, welche der gemeinsame Landtag gegeben hatte, entzog, ein Rebell, der sein Verbrechen mit der Loyalität beschönigte. Es war nicht anders möglich, als daß der Kaiser, als König von Ungarn, wollte er nicht selber eidbrüchig werden, den Ban und die croatischen Separationsgelüste desavouiren mußte, ebenso wie die serbische Erhebung. Wie freundlich die Camarilla im Geheimen auch diesen antimagyarischen Revolutionen wegen der Kräftigung ihrer Tendenzen sein mochte, unter den obwaltenden Umständen mußte man officiell wenigstens dagegen auftreten. So erging ein königliches Handschreiben, welches Jelačič anwies, der Anordnung des ungarischen Ministeriums sich zu fügen: aber bezweifeln läßt sich nicht, daß schon um jene Zeit geheime Einverständnisse zwischen der Camarilla und Jellačič stattfanden, welche diesen vergewisserten, sein Spiel werde ihm unter keinen Umständen den Kopf kosten, doch, wenn es gelinge, reichen Lohn bringen.

Daher fügte sich der Ban dem königlichen Befehl

keineswegs, sondern ging auf der eingeschlagenen Bahn trotzig weiter. Er berief zum 5. Juni eine Nationalversammlung nach Agram. Aber officiell wurde auch diese Anordnung durch ein neues königliches Handschreiben verboten und der Ban sogar binnen 24 Stunden nach Innsbruck vorgeladen, um sich zu rechtfertigen.

Jellačič ignorirte auch diesen Befehl. Er ließ die Landescongregation zusammentreten und reiste erst zwölf Tage nach Empfang des Handschreibens nach Innsbruck an den Hof.

Diese offene Widersetzlichkeit veranlaßte das ungarische Ministerium zur energischen Maßnahme. Es erwirkte unterm 10. Juni beim Könige ein Manifest an die Croaten, welches den Ban seiner Würde entsetzte und den Proceß gegen ihn und seine Mitschuldigen anbefahl. Der Hof, welcher nur mit Widerwillen so gehandelt, wollte wenigstens die Veröffentlichung des Documents hindern; aber auch diese Absicht wurde vereitelt.[20] Das Manifest erschien schon am 16. Juni in den ungarischen Zeitungen.

Unterdessen war Jellačič nach Innsbruck gekommen und mit ihm zugleich eine croatische Deputation. Es war natürlich, daß der Kaiser dem von ihm

[20] Hermann Meynert, Geschichte der Ereignisse in der österr. Monarchie 1848 u. 1849. S. 457.

abgesetzten Ban keine Privataudienz gab, dagegen eine öffentliche ihm sammt der Deputation als Privatpersonen im Beisein des ungarischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten Paul Esterhazy. Diese Audienz fand am 19. Juni statt. Jellačić überreichte eine aus elf Punkten bestehende Bittschrift, welche darauf bestand, die ungarischen Verordnungen für Croatien annullirt zu wissen und Croatien selbstständig zu etabliren im Verband mit der Gesammtmonarchie.[21] Der Kaiser lehnte diese Petition ab, erklärte sein Mißfallen wegen der croatischen Bestrebungen und übertrug dem Erzherzog Johann die Vollmacht, eine letzte Vermittlung zwischen den Ungarn und Croaten herbeizuführen. Jellačić nahm diese Vermittlung unter der Bedingung an, daß alle feindseligen Schritte gegen Croatien und seine Person eingestellt, den Bewohnern des dreieinigen Königreichs größere Zugeständnisse bezüglich ihrer Selbstständigkeit gemacht würden. Aber Jellačić wußte recht gut, daß auf dieser Basis keine Unterhandlung möglich war, und in der That zerschlug sich dieselbe. Auffallend blieb, daß trotz der officiellen Absetzung Jellačić seine Function als Ban ungestört fortsetzte und der anbefohlene Prozeß nicht in Gang kam. Nach der Beschießung Prags

[21] Amtliche Mittheilung des Ministeriums vom 25. Juni. Adlerstein, Archiv I. S. 275.

und den ersten Erfolgen Radetzky's in Italien war man gut aufgelegt zu einem Schlag nach Ungarn, und diesen zu führen war Jellačič der geeignetste Mann.

Bemerkenswerth ist, daß an demselben Tage, als die Croaten die officielle Ungnade des Kaisers vernahmen, auch der serbischen Deputation unter Rajačič dasselbe Schicksal widerfuhr. Ihre Bittschrift wurde dem ungarischen Ministerium einfach zur Berücksichtigung überwiesen, aber unter der Hand wies man sie mit ihren Hoffnungen auf die croatische Bewegung. In der That schlossen sich von jetzt an die Serben enger an die Croaten.

Nicht minder bedenklichen Gefahren drohten Ungarn von Seiten Siebenbürgens, dessen Union mit dem Königreich zwar beschlossen, aber noch keine Thatsache war. Namentlich die Walachen, oder wie sie sich nannten, die Romanen, agitirten mit den Sachsen zusammen gegen die Union und reichten derart den Serben und Croaten die Hand. Trotzdem gelang es der magyarischen Partei, in dem neuen siebenbürgischen Landtag, der Ende Mai in Klausenburg zusammentrat, sich das Uebergewicht zu verschaffen und den Beschluß der Union mit Ungarn durchzusetzen. Schon am 10. Juni sanctionirte ihn der Kaiser, am 19. wurde er officiell publicirt, und Baron Niklas Vay als königlicher Commissär nach Klausenburg gesandt, um die Union thatsächlich durchzuführen und die Agitationen

der Romanen zu überwachen. Gegenüber der serbischen und croatischen Erhebung war dieser neue Sieg der magyarischen Politik sehr bedeutungsvoll, und die Klugheit gebot, die Früchte desselben nicht verloren gehen zu lassen.

Das Magyarenthum hatte überdies in der am 5. Juli in Pest durch den Palatin eröffneten Nationalversammlung eine entschlossene Führerschaft erhalten. Gleich in den ersten Tagen machten sich hier die Leidenschaften wieder geltend, und jener flammende, unbesonnene, Alles opfernde Patriotismus, der die Ungarn auszeichnet, kam zur Herrschaft. Kossuth rief zu großartigen Rüstungen des Landes auf; der Zorn gegen die Croaten und Serben machte sich ungestüm Luft; der Argwohn gegen Oesterreich, als eigentlichen Urheber der croatischen Rebellion, tönte in Drohungen gegen dasselbe aus und sonderbarer Weise auch in Sympathien und Anerkennungsadressen für das Frankfurter Parlament. Unstreitig wollte man für den bevorstehenden Kampf mit Oesterreich die Sympathien Deutschlands gewinnen, und bemerkenswerth war daher folgender Passus in dem Beschluß des Pester Reichstages: „Die Kammer erklärt endlich im Namen des ungarischen Volks, daß, wenn die Wiener österreichische Regierung mit der Frankfurter deutschen Centralgewalt in Bezug auf die Einheit in einen Krieg gerathen

sollte, die erstere auf einen Beistand von Seite Ungarns nicht rechnen kann."

Die Rüstungen wurden mit Energie begonnen. Die Nation brachte freiwillige Opfergaben dar, um die nöthigen Mittel schnell zu schaffen, und wenn auch zuerst nur $4^1/_2$ Million Gulden in Silber zusammenkamen, so wurden doch in anderen Gegenständen, namentlich Naturalien, kolossale Vorräthe aufgebracht, die in dem späteren Kriege vortrefflich zu statten kamen. Kossuth gab sein Papiergeld heraus, und als dasselbe den österreichischen Kassen anzunehmen verboten wurde, erließ er ein gleiches Verbot an die ungarischen Kassen, bezüglich der österreichischen Papiergulden. Die Nationalgarden wurden im ganzen Lande bewaffnet und feldmäßig als Reserven organisirt; die Aufstellung einer Armee von 200,000 Mann am 16. August vom Reichstag beschlossen. Zugleich war das ganze Land insurgirt und Honvédbataillone begannen sich aus der Jugend Ungarns zu bilden. Alles deutete auf einen gewaltigen Krieg hin, und doch ahnte man bisher nur, wer der eigentliche Feind war, dem die Rüstungen galten.

In Wien hatte man unterdessen die Chancen eines Krieges mit Ungarn abgewogen, und Alles in Allem genommen, namentlich nachdem die Gefahr in Italien sich sehr vermindert, fand man dieselben als günstig. Gelang es, die Nationalitäten gegen Ungarn

vollends hinzureißen, so war dasselbe ringsum von erbittertsten Feinden umgeben und der militairische Erfolg schien nicht schwer zu sein. So beschloß man denn, Ungarns Feinde noch mehr zu hetzen, durch eine schroffe Haltung die Leidenschaft der Magyaren vollends zu entflammen und ein wildes Chaos zu begünstigen, aus dem schließlich ein gesunder Absolutismus hervorgehen konnte.

Zuvörderst nahm man durch eine Verordnung vom 14. August dem Palatin die Majestätsrechte wieder ab, damit man von Wien aus völlig freie Hand habe. Dann rief man jene imposante Masse von Protestationen einzelner Offizierscorps, Garnisonen und Regimenter gegen die ungarische Wirthschaft hervor, welche die Armee auf die kommenden Ereignisse vorbereiten sollten. Es ergingen an die Festungscommandanten in Ungarn geheime Befehle, ihre Garnisonen zu purificiren und für den entscheidenden Moment die Plätze sicher zu stellen. Croatien selbst wurde zur Basis der kriegerischen Operationen auserkoren und von Jellačić in einer Weise zum Kampf gerüstet, die nach den vorhergegangenen officiellen Desavens seiner Person ohne geheime Ermunterung von Wien aus undenkbar gewesen wäre. Der noch immer abgesetzte Banus rief die Grenzer in Masse zu den Waffen und nährte durch Proclamationen den Haß gegen Ungarn. Er erklärte ganz offen, daß er sich für den Auserwählten

halte, „der die Interessen eines in seinen Tiefen aufgeregten Volks zu wahren und den in letzter Zeit durch den muthwilligsten Eigensinn der herrschenden Partei in Ungarn nicht mehr blos gefährdeten, sondern bereits drohend erschütterten Bestand und Verband der österreichischen Monarchie zu erhalten habe.“ Zugleich wurde in Serbien und Siebenbürgen von kaiserlichen Emissairen gewühlt, um auch hier die Flammen der Erhebung gegen Ungarn noch mehr anzufachen.

Andererseits ergriff auch das Wiener Cabinet die Initiative. Es setzte eine Denkschrift an das ungarische Ministerium auf, welche in sophistischer Weise die drei Fragen verneinte: ob die ungarischen Märzerrungenschaften mit der pragmatischen Sanction im Einklange stehen? Ob sie dem Gesammtstaate oder dessen einzelnen Theilen zuträglich seien? Endlich, ob der Monarch berechtigt war, jene Zugeständnisse einem Theil des Gesammtstaats zu machen? Ein königliches Handschreiben vom 31. August an den Palatin verlangte zu gleicher Zeit, daß für jede weitere Verständigung mit Ungarn erst die Bedingungen erfüllt sein müßten: Jellacic zu den Verhandlungen in Wien beizuziehen, alle Rüstungen gegen Croatien einzustellen, alle Maßregeln gegen den Ban zurückzunehmen und die Militairgrenze provisorisch dem Wiener, statt dem ungarischen Ministerium zu unterordnen.

Nachdem einmal der König die Zugeständnisse

gemacht und die Maßregeln gegen Jellačić durch ein feierliches Manifest selbst angeordnet, war es willkührliches Vorgehen, jetzt die Zurücknahme derselben zu fordern und von ihrer Unrechtmäßigkeit zu sprechen. Die Absicht lag zu klar zu Tage, eine Gelegenheit zum Bruch mit Ungarn vom Zaun zu brechen. Das ungarische Ministerium müßte ehrlos gewesen sein, hätte es auf die gestellten Bedingungen hin die Verständigung mit Wien ermöglichen wollen. Es konnte nicht anders, als dieselben ablehnen und am 1. September erklärte es durch Franz Pulszky, „daß es in eine factische Abänderung des Artikels III. vom Jahre 1847—48, welcher die abgesonderten ungarischen Ministerien des Krieges und der Finanzen feststelle, nie willigen werde."

Diese unzweifelhaften Anzeichen einer entschlossenen Reaction brachten natürlich in Ungarn eine immense Aufregung hervor, und namentlich Kossuth hielt jetzt jede Verständigung für unnütz. Er trug die Idee eines republikanischen Ungarreichs längst in sich, und die erste Stelle darin einzunehmen war sein Ehrgeiz, der mit den seinen Plänen förderlichen Ereignissen wuchs. Schon am 4. September spielte er auf diese neue Umwandlung Ungarns in einer fulminanten Rede an. „Entweder," sagte er, „muß dieser Zustand bald ein Ende nehmen, oder die Nation wäre gezwungen, für eine vollziehende Gewalt zu sorgen, welche die Mittel zu ihrer Verfahrungsweise *nicht aus dem Gesetze*,

sondern aus der Gefahr des Vaterlandes schöpfen müßte. Die Nation wird außerordentlicher Gewalten bedürfen. Das Ministerium, das sich nur innerhalb gesetzlicher Schranken bewegen kann, vermag nicht das Vaterland zu retten." Zugleich wurde auf seinen Antrag beschlossen, eine Monstredeputation nach Wien zu senden, um den König über den Stand der Dinge in Ungarn aufzuklären. Das war jedenfalls der letzte Versuch, dessen Scheitern in Voraus berechnet werden konnte, wenn man die Umstände ins Auge faßte.

Das Wiener Ministerium ging eben seinen Weg rücksichtslos weiter, um den Bruch mit Ungarn herbeizuführen. An demselben Tage, als die Deputation in Wien ankam, erfuhr sie, daß der Kaiser das Manifest vom Juni, welches Jellačić absetzte, durch ein Handbillet an diesen selbst, widerrufen und ihn in die Banalwürde wieder eingesetzt habe. Es war von keinem der Minister gegengezeichnet, also ein Vorgehen des alten Absolutismus.

Anfangs wollte die Deputation, empört über diese Handlungsweise, unverrichteter Sache wieder umkehren; aber die Besonneneren mahnten, den letzten Schritt zu thun, um sich keinen Vorwurf machen zu können. Am 6. September überreichte die Deputation „im Namen der vereinigten Staaten von Ungarn und Siebenbürgen" dem Könige in Schönbrunn eine Adresse, welche die

Rückkehr der ungarischen Regimenter nach Ungarn verlangte, um das Vaterland zu vertheidigen; ferner den königlichen Befehl an die Armee, die Rechte der Ungarn gegen die Empörer zu schützen; die Genehmigung der von der Pester Nationalversammlung unterbreiteten Gesetze, Erlösung Croatiens vom Militairdespotismus, und endlich drückte sie den Wunsch aus, daß der König nach Pest komme. Der König gab eine ausweichende Antwort und die Deputation wußte, was dies zu bedeuten hatte. Sie kehrte hastig und banger Ahnungen voll nach Pest zurück.

In Folge dieser unbefriedigenden Antwort des Königs gab Graf Batthyanyi und mit ihm das ganze Ministerium seine Entlassung. Der Palatin, Erzherzog Stephan, vielleicht nicht ohne Hintergedanken, erklärte sofort, daß er die Regierung bis zur Ernennung des neuen Ministeriums allein führen werde, wogegen jedoch Kossuth, der wohl den Palatin fürchten mochte, protestirte und das Präsidium des Cabinets von Seiten des Landtages zugesprochen erhielt. Der Palatin seinerseits erklärte die Wahl Kossuth's für ein Mißtrauensvotum gegen seine Person und ernannte wieder den Grafen Batthyanyi zum Ministerpräsidenten.

Inzwischen waren die Ereignisse in Ungarn selbst Zeugen der geheimen Absichten der Wiener Camarilla gegen das Königreich. Die Serben hatten auf eigene

Faust den Kampf mit den Ungarn im Banat begonnen, und General Bechtold, der Obercommandant der ungarischen Armee, that Nichts, den bewaffneten Aufstand niederzuwerfen, ja es schien selbst, als erleichterten die Truppen, welche nicht ungarisch waren, den Serben das Vordringen. Jedenfalls begünstigte das Wiener Cabinet die serbische Erhebung. Ebenso zeigten sich diese Einflüsse in Siebenbürgen. Romanen und Sachsen, ermuthigt durch die Sprache von Wien und im Geheimen aufgehetzt, agitirten in leidenschaftlichster Weise gegen die beschlossene Union, ja die romanischen Regimenter brachen in offene Empörung gegen die ungarische Herrschaft aus und die Wiener Regierung nahm sie gern unter ihren Schutz. Bei der ersten Gelegenheit traten auch mehrere sächsische Deputirte Siebenbürgens aus dem Pester Landtag aus, und eine siebenbürgische Deputation ging nach Wien und erbat daselbst vom Ministerium Schutz gegen die Ungarn und Unterordnung Siebenbürgens direct unter das österreichische Ministerium, sowie Vertretung des sächsischen Volks auf dem österreichischen Reichstage. Zu alledem kam noch, daß Oesterreich seine Truppen gegen Ungarn concentrirte, eine russische Streitmacht sich an den Grenzen des Königreichs sammelte und Jellačić bereits mit den Croaten die Offensive ergriffen und die Drau überschritten hatte.

Als Batthyanyi die Ministerpräsidentschaft von

Neuem angenommen, that er es nur unter der Bedingung, daß Jellačić den Befehl erhielte, sich aus Ungarn zurückzuziehen. Man ging — das spricht unwiderleglich — in Wien darauf nicht ein und Batthyanyi trat deshalb wieder zurück. Aber die Nationalversammlung drang in ihn, auf seinem Posten zu bleiben, und der Graf wählte darauf die Mitglieder des neuen Cabinets, unter denen sich Kossuth nicht befand, damit von Seiten des Königs keine Befürchtungen zu hegen seien. Trotzdem verwarf man in Wien die neue Ministerliste und ließ so absichtlich das Land ohne Regierung. Auch der Palatin erhielt jetzt von Wien aus geheimen Befehl, sich aus Ungarn zu flüchten und zeigte sich dem Befehl um so williger, als seine Versuche, sich zum selbstständigen König der Ungarn zu machen, keine Aussicht auf Erfolg hatten. Die Nationalversammlung hatte am 15. September beschlossen, daß der Palatin an die Spitze der Armee trete. In der That zeigte sich der Erzherzog bereit dazu und reiste sogleich nach dem Plattensee ab, um mit Jellačić angeblich eine letzte Verständigung zu versuchen, in Wahrheit aber, um Ungarn, das ihn mißtrauisch beobachtete, zu verlassen. Er ging über Stuhlweißenburg nach Wien und ließ seine Entsagung als Palatin schriftlich zurück. Ungarn hatte jetzt gar keine Regierung, und das war von Wien aus angeordnet. Man zwang so Ungarn, sich selbst zu helfen und revolutionair vor-

zugehen. Man stieß es selbst auf die Bahn der Anarchie, um es vernichten zu können.

Unwillkürlich fiel jetzt die Hauptrolle Kossuth zu, dem thätigsten, entschlossensten und populairsten Volkstribun. Man nahm seine Anträge auf neue Papiergeldenemission und Schöpfung einer Honvédarmee an, und sein Aufruf zur Vertheidigung des Vaterlandes fand begeisterten Anklang. Er war der Mann der Situation und der Noth, und mit dem Moment, als die Wiener Regierung Revolution spielte, um die Revolution zu besiegen, war Ungarn auf Kossuth angewiesen.

Noch hatte das Wiener Cabinet nicht ausdrücklich kund gegeben, daß es den Weg der Gewalt gehen wolle. Es bereitete diese Kundmachung jetzt vor. Am 22. September erließ der Kaiser ein Manifest „an seine Völker Ungarns," welches Anklagen auf die ungarische Regierung häufte und bezüglich des ungarisch-croatischen Streites den Croaten das Recht förmlich zuerkannte. Zwei andere Manifeste vom 25. September ernannten den Feldmarschall-Lieutenant Grafen Lamberg zum Befehlshaber aller in Ungarn befindlichen Truppen und bewaffneten Corps und forderten das ungarische Militair auf, zu seinen Fahnen zurückzukehren und alle Feindseligkeiten einzustellen. Mehr bedurfte es nicht, um den Ungarn die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Wiener Regierung sie desarmiren

wolle, was unter den obwaltenden Umständen mit überwältigen gleichbedeutend war. Alle Excesse und Ausschreitungen der Ungarn waren in keinen Vergleich mit dem Rechtsbruch zu stellen, den die Wiener Regierung dadurch beging, daß sie feierlich sanctionirte Zugeständnisse zurücknahm, das ungarische Militair wieder unter seine Verfügungen stellte, mit den Croaten, Serben und Romanen gemeinsame Sache machte, um nur das gewaltig gewordene und mit Abfall drohende Ungarn niederzuwerfen.

Man zwang dadurch die Ungarn, wollten sie nicht schmachvoll sich der Wiener Regierung unterwerfen, die revolutionaire Rolle mit Energie zu übernehmen; man rief dadurch die Leidenschaften eines heißblütigen Volks hervor und konnte sich nicht wundern, wenn diese, nun entfesselt, ihre Opfer forderten. Auf die königlichen Manifeste blieb nichts anders übrig als mit Protest zu antworten und sich ihren Verordnungen zu widersetzen. Am 27. September schon beschloß die Pester Nationalversammlung, durch eine Proclamation an die Ungarn alle in den königlichen Manifesten enthaltenen Anordnungen für ungiltig und ungesetzlich und den General Lamberg als Verräther zu erklären, falls er das Obercommando übernähme.

Lamberg seinerseits kam seiner Pflicht als Soldat nach und ging in Folge des kaiserlichen Befehls nach Pest-Ofen ab. Unter den obwaltenden Umständen

konnte man ihm voraussagen, daß er ein Opfer seiner Pflicht werden würde, und die Regierung, die ihn sandte, konnte daran eben so gut denken, wie der gewöhnlichste Mensch. General Lamberg kam nach Ofen, als eben in Folge der Bekanntmachung der königlichen Manifeste und der Beschlüsse des Landtages vom 27. September die Leidenschaften des Volks auf's höchste erregt waren. Er hoffte durch Verständigung mit der Nationalversammlung und Graf Batthyanyi seine gefährliche Stellung übernehmen zu können, und begab sich zu diesem Zweck nach Pest. Unterwegs erkannte ihn das durch seine Ankunft wild erregte Volk und ermordete ihn. Er wurde so eines jener Opfer der Revolution, welche nie ausbleiben und die den Leidenschaften auf allen Seiten verfallen. Das Volk mordet in seiner Leidenschaft, und leider giebt es der traurigen Beispiele so viele, daß gerade die ihrer Stellung nach pflichtgetreuesten Männer der Wuth des Volkes zum Opfer fallen. Lamberg's Mörder, Kolossy, der den ersten Hieb auf ihn geführt hatte, wurde gerade ein Jahr später von den Oesterreichern als Honvéd gefangen und am 23. Januar 1850 hingerichtet.

Da Ungarn seine momentane Anarchie dem Umstande verdankte, daß es an der gesetzlichen Aufstellung einer Regierung von Wien aus gehindert worden war, so sah sich die Nationalversammlung in Pest genöthigt, auf außergesetzliche Weise eine Regierung zu schaffen.

Es wurde ein Landesvertheidigungsausschuß gewählt, in den alle Minister eintraten und dessen Elemente unter den Umständen nur der radicalen Partei angehören konnten. Kossuth, der wieder die Finanzen übernahm, wurde der Präsident dieses Ausschusses und faktisch damit der Herr Ungarns.

Die Gefahr drängte zu diesem Schritt, der allerdings eigenmächtig, aber nach dem Auftreten der Wiener Camarilla nothwendig war. Jellačić stand mit einer Armee von 50,000 Mann an der Drau; der österreichische Kriegsminister Graf Latour versorgte den Ban mit Munition, Artillerie und Rüstzeug: das war bereits Beweis genug, daß die österreichische Regierung gegen die Ungarn feindselig verfuhr und die Ungarn sonach das natürliche Recht hatten, sich auf alle Weise gegen ihre Feinde zu wehren.

Die Ungarn hatten gegen Croatien bisher noch keine militairische Offensive gemacht. Jetzt that es, mit Begünstigung des Wiener Cabinets, gegen die Ungarn der Ban Jellačić. Er also und mit ihm die österreichische Regierung begann den Krieg gegen Ungarn, dem nun nichts übrig blieb, als sich zu vertheidigen und Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen.

Am 11. September überschritt Jellačić bei Warasdin die Drau mit seiner Armee und rückte bis Szerdahali vor. Seine Proclamation suchte diesen Einfall zu rechtfertigen. Sie erklärte, daß ihn nur

„die Verschwörung einer Partei, deren gesetzliches Werkzeug das ungarische Ministerium sei," zwinge, so zu handeln; daß er weder Verrath noch Empörung begehe, sondern die Liebe zum Vaterlande und die Treue gegen den König ihn zu dem Werke antreibe; daß er endlich nicht als Feind, sondern als Freund „den loyalen Unterthanen des constitutionellen Königs zu Hilfe komme."

Ohne auf Widerstand zu stoßen rückte Jellačić bis zum Plattensee vor, wo bekanntlich der Palatin, Erzherzog Stephan, eine Unterredung — welcher Art kann man leicht ahnen — mit ihm führen wollte; jedoch, da es die Ungarn verhinderten, nach Wien abging. Gleich darnach fand der erste Zusammenstoß bei Velenczа, am 29. September statt.[22] Das Treffen war unbedeutend und blieb ohne Austrag; aber der Umstand, daß die Magyaren in starker Macht jetzt anrückten und Jellačić keinen Proviant auftreiben konnte, zwang ihn, durch einen Flankenmarsch sich über Raab bis nach Ungarisch-Altenburg zu ziehen. Ein nachfolgendes Corps von 8000 Mann wurde auf diesem, einer Flucht nicht unähnlichen Marsch, von Perczel abgeschnitten und mußte am 7. October bei Ozora capituliren. Mit dieser grandiosen Schlappe begann Jellačić seinen Zug und verlor dadurch gleich

[22] Strack, die Generale der österr. Armee. S. 341. ff.

im Anfang die Lust, sich trotz aller poesiereichen Proclamationen allein mit den Ungarn zu schlagen.

In Wien ging man unterdessen die eingeschlagene Bahn weiter. Als man dort vernahm, daß sich die Ungarn selbst eine Regierung gegeben, beliebte man ihnen eine andere zu octroyiren — nach dem Vorgefallenen sicherlich eine große Naivetät. Eine königliche Verordnung vom 3. October ernannte den Feldzeugmeister, Baron Récsy von Récse, zum ungarischen Ministerpräsidenten, und beauftragte ihn mit der Bildung eines Cabinets. Als man sich diese gesetzliche Handhabe aus Noth geschaffen hatte, erschien ein, auch von Récsy contrasignirtes Manifest, welches die Ermordung Lambergs dem Pester Reichstag zur Last legte, diesen als aufgelöst erklärte, alle von ihm gefaßten und nicht sanctionirten Beschlüsse cassirte, Jellačić zum Oberbefehlshaber in Ungarn und zum königlichen Commissär daselbst ernannte, den Belagerungszustand über das Königreich verhängte und die Regierungsgeschäfte den einzelnen Ministerien zuwies.

Der Affront der Ernennung des verhaßten croatischen Jellačić zum Befehlshaber in Ungarn ließ keine Verständigung mehr zu. Nach einem solchen Vorgehen der Wiener Regierung konnten nur noch die Waffen die Entscheidung bringen.

Am 7. October erklärte der Pester Reichstag dies Manifest für untergeschoben und wenn nicht, für un-

giltig. Der Banus Jellačic und Jeder, der ihm gehorsame, wurde als Hochverräther an der ungarischen Nation erklärt. Récsy wurde in Anklagezustand versetzt, weil er das Manifest contrasignirt, und endlich beschloß die Versammlung fort zu tagen.

Der Krieg mit Ungarn nahm nun seinen Anfang.

Vierter Abschnitt.

Von Doblhoff bis Schwarzenberg.

Eröffnung des Reichstages in Wien. — Die Parteien. — Rückkehr des Kaisers. — Zustände in Wien im August 1848. — Sympathien für Ungarn. — Latour. — Die Octoberrevolution. — Latour's Ermordung. — Der Reichstag als Executivgewalt. — Die Minister. — Messenhauser. — Jellačić vor Wien. — Proclamation des Kaisers vom 16. October. — Angriff und Vertheidigung Wiens. — Windischgrätz. — Capitulation Wiens. — Der 30. October. — Gefecht bei Schwechat. — Standrecht in Wien. — Messenhauser's Tod. — Robert Blum. — Das Ministerium Schwarzenberg.

Gleich in den nächsten Tagen nach seiner Rückkunft in Wien, am 22. Juli, eröffnete Erzherzog Johann den österreichischen Reichstag in Wien unter besonderen Feierlichkeiten. Die Thronrede besagte nicht viel mehr, als daß es des Kaisers Wunsch sei, es möge Alles zum Besten gehen. Mit Ungarn hoffte man sich damals noch auszusöhnen, und die Dinge in

Italien, die Sympathien, welche die Bestrebungen des italienischen Volkes in ganz Europa fanden, veranlaßten die neue Regierung sogar, in der Thronrede speciell zu betonen, daß der Krieg nicht gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichtet sei, sondern „unter vollständigster Anerkennung der Nationalität nur die Ehre der österreichischen Waffen gegenüber den italienischen Mächten zu behaupten habe."

Wie sich die Bewegungen aller Orten in Oesterreich überwiegend als nationale charakterisirt hatten, so enthielten die zwei großen Hauptparteien, in die sich vom Anfang an der Reichstag theilte, nur eine Summe nationaler Bestrebungen in eine allgemeine politische Potenz erhoben. Jede dieser Parteien war mit einem fertigen Programm in die Arena getreten, und es fragte sich nun, welches von diesen die meisten Anhänger zählen würde, welches die Basis der inneren Politik des Reichs abgeben sollte. Es gab ein Programm des linken Centrums und eines der Linken; eine Rechte in principieller Bedeutung schien als unzeitgemäß betrachtet zu werden. Das linke Centrum charakterisirte sich etwa als centralistische Partei, betonte die Errichtung eines einigen und freien Oesterreich als eine constitutionelle Monarchie mit durchaus volksthümlichen Institutionen und erstrebte auf den einzelnen Gebieten des Staatswesens eine demokratische Ausbildung. Die Grundpfeiler des neuen Oesterreich

sollten „die freien Ortsgemeinden" bilden; die Kreise sollten eine „Vertretung" haben, die gesetzgebende Reichsgewalt aus zwei Kammern bestehen, deren eine vom Volke, die andere von den Kreisvertretungen und Landtagen beschickt werde. Der Krone wollte man nur ein beschränktes Veto zugestehen.[23] Dies Programm, in seinen Einzelnheiten nicht ohne Bedeutung, hatte doch einen Cardinalfehler, welcher seine Durchführung auf constitutionellem Wege nicht möglich machte. Es betonte die Einheit des Reichs, die Schablonenbureaukratie, welche immer in Oesterreich wegen der vielfachen Nationalitäten und deren besonderen historischen Rechten scheitern muß, ohne Despotismus nie einzuführen, mit diesem nie aufrecht zu erhalten ist. Es war idealistisch, zu glauben, daß man, wie das Programm sagte, „zu oberst freier Oesterreicher" sein sollte, „und als Oesterreicher brüderlich vereinte Deutsche, Slaven, Italiener und Rumänen. An eine Einverleibung Ungarns dachte man damals noch nicht, so daß der Centralismus des linken Centrums sich nur auf die westliche Hälfte des Reichs beschränkte und Oesterreich selbst als einen zweigetheilten Staat anerkannte.

Das Programm der Linken fand seinen Gegensatz vornehmlich im föderalistischen Princip. „Gleich-

[23] Meynert, Geschichte der Ereignisse. S. 517.

heit und Gleichberechtigung aller Nationalitäten" war die Devise dieser Partei, welche die auf dem Reichstage vertretenen österreichischen Länder als einen Föderativstaat angesehen haben wollte, der aus 5 Nationsstaaten bestände. Aus Polnisch-Oesterreich, Čechisch-Oesterreich, Slavonisch-Oesterreich, Deutsch-Oesterreich und Italienisch-Oesterreich, wozu dann noch als selbstständige Gruppen Ungarn und Croatien getreten wären. Jeder dieser Nationsstaaten habe sein Secretariat und obersten Gerichtshof; die gesetzgebende Gewalt in jedem Staate gebühre dem Parlamente, das mittelst directer Wahl und allgemeinen Stimmrechts hervorgehe. Das Ministerium sei verantwortlich und habe für jeden Staat je einen besonderen Minister. Centralkörper sollte ein Senat werden, dessen Mitglieder theils direct gewählt, theils aus den Parlamenten gesendet würden. Ein Centralgerichtshof sollte in den Streitigkeiten zwischen den einzelnen Ländern entscheiden. Wie Manches auch in diesem Programm praktisch unausführbar sein mochte, jedenfalls stand sein Princip auf dem Boden des Gegebenen und war das einzig Mögliche, welches einem lebensfähigen Constitutionalismus in Oesterreich innewohnen konnte. Ein gesundes Verhältniß in Oesterreich wird immer nur aus dem Zusammenleben der einzelnen Völker desselben hervorgehen und alle Versuche, einheitlich zu regieren, ein Volk und dessen Interessen obenan zu stellen, werden stets schei-

tern, soll der starrste Despotismus, der ja doch nicht ewig walten kann, nicht herrschen.

So war der Charakter der beiden Parteien im Reichstag beschaffen, und es war vorauszusehen, daß sie durch die Einwirkung der Ereignisse in heftigsten Kampf gerathen mußten. Die Centralisten hatten auf Deutschland Rücksicht zu nehmen; die Föderalisten konnten gegen die Dinge in Ungarn nicht gleichgiltig bleiben und mußten unwillkürlich mehr mit Jellačic sympathisiren.

Das Schlimmste war, daß dem Reichstag vom Ministerium Doblhoff keine bestimmte Aufgabe zugewiesen wurde und er dadurch von Hause aus in die ermattende Behandlung unfruchtbarer Theorien, in eine zufällige, vielfach nebensächliche Thätigkeit gedrängt ward, welche nur zu leicht sich den Ereignissen unterthan machte. Bei der Macht, mit der der Reichstag ausgestattet, und bei den Leidenschaften, die in ihm vertreten waren, war es nur zu leicht möglich, daß er den Charakter eines Convents annahm und auch die Executivgewalt an sich zu reißen suchte. Gleich die ersten Sitzungen belehrten darüber, daß die Thätigkeit des Parlaments auf Positives schwer zu richten sei. Es war eine Geschäftsordnung aufzustellen, die unter den obwaltenden Umständen nur nach großen und langen Debatten zu Stande kommen konnte; es regnete Interpellationen aller Art, und die Erledigung

dieser absorbirte die volle Thätigkeit der ersten Zeit. Von den ersten Beschlüssen des Reichsraths ist derjenige bemerkenswerth, welcher den in Innsbruck residirenden Kaiser aufforderte, nach Wien zurückzukehren — eine Aufforderung, welcher Ferdinand I. auch sogleich entsprach.[24]

Wien war in den letzten Wochen ruhig gewesen. Die Anwesenheit des Reichstages gab wieder Veranlassungen zu demonstrativen Festen, welche solchen Zeiten angehören und doch wieder dazu dienen, die Masse des Volks politisch aufzuregen. Am 28. Juli wurde eine imposante Todtenfeier für die in den Märztagen gefallenen Volkskämpfer auf dem Glacis gehalten, der außer mehreren Ministern auch die meisten Mitglieder des Reichstages beiwohnten. Es lag der Gedanke in dem Fest, den Reichstag an den Ursprung seines Entstehens zu mahnen und von ihm documentiren zu lassen, daß er auf dem Boden des Volks stehe. Am 6. August fand eine andere Feierlichkeit zu Ehren des Anschlusses an Deutschland statt, wobei das deutsche Militair und die Nationalgarden die deutsche Tricolore trugen. Es war ein Gruß Wiens nach Frankfurt, wohin Erzherzog Johann am 31. Juli übersiedelte, um sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Am 12. August kam dann der Kaiser wieder

[24] Schimmer, Ferdinand I. Kaiser von Oesterreich. S. 104.

nach Wien zurück und wurde mit ungemeiner Festlichkeit von den Wienern empfangen, welche trotz aller Freiheitsreden, Krawalle und anarchischen Gelüste doch ihre angeborene Anhänglichkeit an den Monarchen nicht verhehlen konnten. Die große Revue, welche ihm zu Ehren am 19. August stattfand, machte den Schluß der Freudenfeste.

In Zeiten, wie die damalige war, ist die gewohnte Ordnung der Zustände zerstört. Die Menge des arbeitenden, tagelöhnernden und müssiggehenden Volks, welche eine große Hauptstadt immer enthält, ist aus ihrem gewohnten Leben gerissen und dient dazu, die Truppen der Parteien zu bilden. Das ist so natürlich, daß es immer so bleiben wird, von welcher Seite auch Revolution gemacht wird. Die polizeiliche Macht, gewöhnlich tyrannisch, willkürlich und roh, gegen das niedere Volk, wird in solchen Zeiten gelähmt, und während sie sonst über ihre Bestimmung hinausgreift und den Bürger chicanirt und wie ihren Knecht behandelt, ist sie dann nicht einmal fähig, ihren Zweck zu erfüllen und die Ordnung zu erhalten. Das liegt in den schlechten Einrichtungen derartiger Institute, welche immer direct gegen das Volk gerichtet sind und die, wenn das Volk einmal zur Macht kommt, ihre Unpopularität büßen müssen. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß die volksthümliche Gewalt ihre Wirksamkeit nicht damit beginnen mag,

die Ausschreitungen der Masse allzustreng zu ahnden und daß sie aus Furcht vor Unpopularität lieber einen Excess auf Kosten der jungen Freiheit setzt, hoffend, die gesunde Vernunft des Volks werde bald von selbst den Leidenschaften Platz machen.

In Wien hatten die Arbeiter diesen Mangel an polizeilicher Macht und diese Nachgiebigkeit der Behörden empfunden. Sie waren mit theurerem Lohn gezahlt worden, um nur zu arbeiten, aber diese Höhe des Lohns konnte nicht bleiben. Um sie noch mehr aufzuregen kam hinzu, daß die Zeit von socialistischen, communistischen und humanitairen französischen Ideen erfüllt war, und die Junirevolution in Paris, trotzdem sie Cavaignac niedergeworfen, doch auf die Arbeiterklassen ihre Wirkung geäußert hatte. Die Arbeiter in Wien verlangten die Aufhebung der Verfügung, welche den Lohn für die öffentlichen Arbeiten der Commune herabsetzte. Am 23. August nahm ihre Aufregung einen tumultueusen Charakter an, und die Municipalgarde sah sich genöthigt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, um die Verwirrten zu bewältigen.

Doblhoff benutzte verständiger Weise diese Gelegenheit, dem Ministerium wieder die ihm nothwendige Macht zurückzugeben. Eine Verordnung vom 24. August erklärte, daß das Ministerium fortan die Executivgewalt allein übe, und über die Nationalgarde verfügen werde. Es war damit die factische Beseitigung

des Sicherheitsausschusses ausgesprochen, der allerdings keine durchgreifende Thätigkeit entwickelt hatte und überhaupt als provisorisches Institut keine Permanenz haben konnte.

Diese Maßregel, so heilsam sie war, rief jedoch unter den Arbeitern, die durch ihre Niederlage noch mehr aufgeregt worden, sowie unter dem Volk im Allgemeinen, weil es die Aufhebung des Sicherheitsausschusses für einen reactionairen Streich hielt, bedeutende Aufregung hervor. Die Clubs thaten das Uebrige, die Masse in Leidenschaft zu setzen. Neue Krawalle waren die Folgen davon und ein jeder derselben mehrte die Aufregung, den Muthwillen, die Verblendung der Thoren, welche in solchen Zeiten ihre Verrücktheiten zum Unglück für die Freiheit in politische Formeln hüllen. Die leichtentzündete Masse muß schnell wieder, ist sie aus den Schranken getreten, eine energische Regierung finden, die sich in Respect zu setzen weiß und die nicht nur durch halbe Maßregeln, bald durch ungemessene Strenge, bald durch Schwäche Haß erregt. Das Ministerium Dobhoff entbehrte dieser kräftigen, von der Vernunft sogleich unterstützten Energie. Der Swoboda'sche Actienkrawall, der damit endigte, daß das Ministerium die theilweise Entschädigung der bei dieser Art von Proudhon'scher Tauschbank gemachten Verluste deckte, bewies die Unsicherheit des Ministeriums, und dies ermunterte die Menge, die

Oberhand wieder anzustreben. Man verlangte die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses, und erst, als das Ministerium sich jetzt entschlossen zeigte und die bewaffnete Macht entwickelte, fand der drohende Krawall sein Ende.

Die gleichzeitigen Ereignisse in Ungarn boten den Wienern neue und unaufhörliche Nahrung ihrer Aufregung. Die Art und Weise, wie die Hofpartei, namentlich Latour, gegen die Ungarn vorging, trug so offenbar das Gepräge der Reaction, daß sich Aller Sympathien für den Pester Landtag zeigten. Man ahnte das Spiel, das getrieben wurde, und verstand die Mission Jellačić's recht gut. Aus Furcht, daß der Reaction durch das Niederwerfen Ungarns eine solche Kraft erwachse, um auch Wien selbst, wie eine letzte und wichtigste Citadelle, übermannen zu können, machte man die Sache der Ungarn zur eigenen und war bereit, ihnen in dem Bevorstehenden die möglichste Unterstützung zu geben, wie die Hofpartei dem Croatenbanus Jellačić.

Es war noch eine ungarische Deputation, nach jener letzten an den Kaiser, am 18. September nach Wien gekommen, um sich an den Reichstag zu wenden und mit diesem, d. h. mit dem österreichischen Volk, eine Verständigung einzugehen, der gegenüber die Regierung ihre Pläne fallen lassen müßte. Aber im Reichstage hatten sich längst alle Parteiungen in zwei

Lager concentrirt, in ein deutsches, welches mit Ungarn hielt, und in ein slavisches, welches mit den Croaten ging und im Interesse der ungarischen Slaven gegen das Magyarenthum agitirte. An der Spitze dieser Partei standen die Čechen und speciell Rieger. Befürchtend, in dem von den Ungarn und Deutschen angestrebten Dualismus der Monarchie aufgerieben zu werden, weigerte sich diese Partei, die ungarische Deputation vor den Reichsrath zu lassen, und namentlich Rieger, ein fulminanter Redner, donnerte gegen das sich aufblähende, trotzige Magyarenthum. Dieser Partei ist es zuzuschreiben, daß der Reichstag den Beschluß faßte, die ungarische Deputation nicht zu empfangen, und damit der Reaction selbst die Waffen in die Hand drückte, die auch ihn vernichten sollten. Der Reichstag verstand es weder sich Achtung zu erwerben, noch sich populair zu machen, weder beim Volk, noch bei der Regierung, noch bei der Armee, die er speciell beleidigte, da er ihr den Dank des Vaterlandes, den Selinger am 14. August beantragte, verweigert hatte.

Sein Beschluß bezüglich der ungarischen Deputation rief namentlich in Wien viel Erbitterung gegen ihn hervor, da hier die Sache der Ungarn allgemeine Sympathien hatte. Um zu beweisen, daß des Reichstags Votum nicht die Meinung des Volks enthalte, bereitete man der abgewiesenen Deputation in Wien

von demokratischer und radicaler Seite demonstrative Festlichkeiten, und diese Parteien verpflichteten sich von selbst, mit allen ihren Mitteln, selbst durch einen Aufstand, den Ungarn Unterstützung gegen die herannahende gemeinsame Reaction zu gewähren. Kossuth benutzte diese Aufregung der Gemüther und diese Theilnahme der Wiener für die ungarische Sache, um aus ihr den möglichst großen Nutzen zu ziehen. Er hielt Agenten, subventionirte Journale in Wien, die ungarische Interessen vertreten sollten, und setzte sich überhaupt mit den demokratischen Clubs in Verbindung, um für den Fall der Noth durch sie auf die Regierung in Wien einzuwirken. Mit dem Wachsen der Sympathien in Wien für Ungarn erstand oder wuchs auch der Haß des Volkes gegen deren Feinde, welche sich unter den gegebenen Umständen als Reactionaire charakterisirten. Jellačić vor Allem traf der Haß der Wiener Demokratie, dann Latour, den Kriegsminister, der mit dem Ban gemeinsame Sache machte und eine Hauptperson der Hofpartei war, mit der auch bereits der ehrgeizige, sonst so revolutionsbegeisterte Minister Bach im Interesse seiner Zukunft stark coquettirte. Ebenso feindselig zeigte sich die Wiener Demokratie den Slaven, welche in ihrem allerdings berechtigten Haß gegen das von altersher sich überhebende Magyarenthum, wenn auch unbewußt, die Hilfstruppen der Reaction bildeten, und namentlich gegen die Führer der

Čechen, die am magyarenfeindlichsten waren, hatte sich der Groll der Wiener Volkspartei gewandt.

Jemehr das militairische Vorgehen gegen Ungarn sichtbar wurde, desto mehr concentrirte sich nun aller Haß auf den Kriegsminister Latour. Ihn sah man einmal als das Haupt der Reaction, als deren thätigstes und durch seine Stellung mächtigstes Werkzeug an. Die blinde Wuth des Volks sann auf Mittel, diesen Mann zu beseitigen und unschädlich zu machen; die Nachrichten und Agitationen von Seiten Ungarns steigerten diese Wuth bis zum Aeußersten und die rohen Leidenschaften der Masse bis zu jenem Punkt, wo sie nach Blut lechzen und sich an dem Tode ihres Opfers erst abzukühlen vermögen. Die Volksfurie ist immer und überall dieselbe und wehe Dem, auf den sie sich stürzt. Es liegt etwas Scheußliches, für den kühlen Verstand Entsetzliches in ihrem Gebahren; aber auch eine furchtbare Nemesis, die man sich hüten soll in Versuchung zu führen. Der einzelne Mensch ist eher als die Masse des Volks durch die Vernunft zu zügeln und verantwortlich dafür, wenn er den Leidenschaften sich hingiebt. Das edelste, sanfteste Thier, dessen Kraft nicht zum Bösen bestimmt ist, wird unerbittlich, schrecklich, wenn man es bis zur Wuth gereizt hat. Es vernichtet, zerstückelt seinen Peiniger, wenn er auch sonst sein Wohlthäter gewesen, und wer ihm naht in diesem Augenblick der Wuth, der muß

diesem furchtbaren Moment zum Opfer fallen. So ist auch das Volk und so wird es immer bleiben; wundern kann man sich nicht, wenn es zuletzt den Charakter des Menschlichen einbüßt und seine entfesselte Wuth nicht mehr sieht, was sie thut und wen sie vernichtet.

Latour war der Gegenstand dieses Hasses, der zuletzt jedes Gerechtigkeitsgefühl einbüßt. Es bedurfte nur noch einzelner, an sich vielleicht unbedeutender Anlässe, um diesen Haß zur thierischen Wuth aufzugipfeln und die Volksfurie zu entfesseln. Diese Anlässe sollten zum Unglück nicht ausbleiben.

Am 6. October sollte das deutsche Grenadierbataillon Richter auf Befehl Latour's nach Ungarn marschiren. Die Wiener hatten alles Mögliche aufgeboten, die Soldaten von einem solchen, ihren Sympathien beleidigenden Marsch abzuhalten, und die ganze Sache war zu einer allgemeinen Volksangelegenheit geworden, bei der die Nationalgarden der Vorstädte und die Studentenlegion ihre Rollen spielten. In der That gingen die Truppen nur widerstrebend gegen die Ungarn und Latour ließ sie deshalb aus Wien escortiren. Am Tabor angelangt, standen jedoch schon Nationalgarden, Arbeiter und Studenten, um den Marsch der Grenadiere gewaltsam zu hindern. Die escortirenden Truppen versuchten mit Gewalt den Marsch fortzusetzen, und so entspann sich denn hier ein erbitterter Kampf, in dem die Escorte total

geschlagen wurde und, verfolgt von den Nationalgarden, bis zur Leopoldstadt retirirte. Der Kampf verbreitete sich schnell in der Stadt, namentlich am Stephansplatz suchte die Stadtgarde der vordringenden Studentenlegion und den Vorstadtgarden bewaffneten Widerstand zu leisten. Aber sie mußten sich in den Dom flüchten. Truppen rückten mittlerweile an, um die städtischen Nationalgarden zu befreien und den Aufstand niederzuwerfen. Doch auch sie erlitten durch die Ueberzahl eine totale Niederlage und mußten hastig den Rückzug antreten. Nach solchem lebhaften und zudem siegreichen Kampfe war das Volk und die mit ihm haltende demokratische Partei, die Vorstadtgarde, der Pöbel und dessen überall zu solchen Zeiten vorhandener Generalstab, auf dem Culminationspunkt der Aufregung. Es fühlte sich mächtig und brannte nach Rache. Es suchte seine Opfer und ihr erstes mußte Latour sein, der directe Urheber dieses Tages, den er verloren hatte.

Latour war inzwischen durch die Hiobsposten, die ihm über den Kampf zukamen, völlig aus der Fassung gekommen und verlor angesichts einer unabwendbaren Gefahr alle Energie, — der sichere Untergang in solchen Lagen, in welchen nur noch der höchste persönliche Muth Rettung bieten kann. Der Kriegsminister hatte in seinem Ministerium schnell alle übrigen Minister versammelt, ebenso den Präsidenten des Reichstags, Strobach, und die Parteiführer Smolka und

Fischhof. Sie sollten ihm helfen, nun es zu spät war und die wilde Volksmasse mordgierig bereits sich auf das Kriegsgebäude wälzte. Alle Proclamationen verfehlten jetzt ihre Wirkung, alle Nachgiebigkeit rettete nicht mehr, sondern reizte nur den Triumph eines blindwüthigen Volks, das sich an seiner Rache sättigen wollte. Latour befahl das Einstellen des Feuerns, er gab seinen Truppen Befehl, dem Volk keinen Widerstand entgegenzusetzen, als es die Thore seines Hauses einzubrechen begann — er hoffte durch alles Dies, die grimme Furie zu beschwichtigen, aber umsonst!

Das wüthende Volk stürmte das Kriegsministerium und durch dessen Corridore dröhnte der furchtbare Mordruf nach Latour. Die Minister retteten sich noch theils verkleidet und nicht ohne Gefahr; namentlich der zitternde Minister Bach entwischte nur mühsam der wilden Masse von Arbeitern, Pöbel, Frauen, Nationalgarden, Studenten und Volksführern. Latour selbst konnte nicht mehr entfliehen und verkroch sich in einen dunklen Verschlag.

Unterdessen war der Reichstag, zerklüftet und in sich ohnmächtig, wie er war, doch angesichts der Ereignisse aus seinem Schlendrian emporgefahren und versuchte die Rolle des Alles beherrschenden Convents zu spielen. Es wurde eine Deputation gewählt, deren Haupt der populairste und beliebteste Abgeordnete Borrosch aus Prag war, und welche die Bestimmung

hatte, den Kriegsminister Latour vor dem Volk zu schützen und den Sturm womöglich durch ihren Einfluß zu beschwören.

Als diese Deputation nach dem Kriegsministerium kam, raste die Volkswuth bereits in dem ihr preisgegebenen Gebäude und suchte Latour's Versteck, um ihn zu hängen, die grausame Volksjustiz an ihm zu vollstrecken. Vergebens suchten die Mitglieder der Deputation zu beruhigen, das Volk wollte sich nicht seines Opfers begeben. Da warf Borrosch seinen Hut unter die Menge und rief: „Nur über meine Leiche kömmt ihr zu Latour!" Einen Moment schüchterte dieser Muth das Volk ein, aber in dem allgemeinen Getöse drangen die Worte Borrosch's nicht überall hin und machten so auch nicht volle Wirkung.

Neue Anstrengungen der Deputirten, das Volk zu beschwichtigen. Sie erwirkten von Latour, der sich fortwährend verborgen hielt, eine schriftliche Abdankung und glaubten dadurch ihn der drohendsten Gefahr zu entreißen, ja, sie garantirten selbst seine Anklage von Seiten des Reichstags — Alles vergebens! Immer von Neuem brauste die schäumende Volkswuth empor und die Ueberzeugung, daß Latour im Hause sei, stachelte den Mordsinn der Masse. Man griff zum letzten Mittel und bildete eine Schutzwache, die Latour verhaften und mitten durch das Volk, um es zu beruhigen, abführen sollte. Latour, der alle Fassungs-

kraft verloren hatte, ließ sich in der That willig verhaften, aber während des Transports durch die Corridore überfiel ihn bereits die wüthende Menge. Es gelang der Wache, ihn bis zum Hof zu bringen und hier versuchte sie, das Leben des Unglücklichen zu beschützen. Die Uebermacht entwaffnete sie nur zu schnell und nun fiel der rasende Haufe über den Mann, schlug ihn nieder, würgte ihn, hängte ihn noch lebend unter abscheulichen Mißhandlungen erst an ein Fenster, dann an den Candelaber auf der Straße auf. Dort blieb dies unglückliche Opfer einer entfesselten Volksfurie bis zur Nacht; erst dann erbarmte sich das Mitleid der zerfetzten, unkenntlichen Leiche.

Der Reichstag schritt unterdessen weiter, sich zur höchsten Behörde zu constituiren. Er proclamirte sich für permanent und versprach allen an dem 6. October compromittirten Personen Amnestie — eine Handlung, welche gegenüber dem Morde Latour's unverantwortlich war. Er hatte unstreitig nur damit bezwecken wollen, gestützt auf die Massen, sich zu einer gigantischen Macht zu erheben, wozu ihm doch alle Kraft und Bedeutung fehlte. Auch ignorirte ihn das Volk schon jetzt und es zeigte sich sogar bereit, über die slavischen Deputirten herzufallen und Manchem von ihnen das Schicksal Latour's zu bereiten. Auch Bach suchte die Volkswuth und ein Glück für ihn, daß die allgemeine chaotische Erhebung sich zersplitterte und ihren

Weg vorerst anderswohin einschlug. Barricaden erhoben sich und das Volk forderte Waffen. Man ging zum Sturm auf die Zeughäuser, und der andrängenden wilden Volksfluth mußte zuletzt die Besatzung des Arsenals sich ergeben. In tollem Triumph stürmte der Pöbel in die Trophäen- und Waffenhallen der Armee und plünderte die Kostbarkeiten an Waffen und kriegerischem Schmuck, nur von dem Gedanken beseelt, sich zu einem Kampf auf Leben und Tod mit der Reaction zu rüsten und seinen Sieg vollständig zu machen.

In Schönbrunn, wo der Kaiser residirte, erfuhr man mit weniger Schrecken, als anzunehmen gewesen, die Ereignisse des blutigen 6. October. Die Hofpartei hatte ihren Feldzugsplan fix und fertig: die Stunde war jetzt da, den Hauptschlag zu führen. Wien mußte militairisch unterworfen, mit der Anarchie auch die Demokratie vernichtet werden. Der gütige, aber auch ängstliche Kaiser war schon seit den Maiereignissen von seiner Umgebung ganz eingeschüchtert worden und hielt stets sein Leben für bedroht. Man ließ ihn, der kaum eine Bitte abschlagen konnte und zur Strenge gar keine Anlagen hatte, ruhig gewähren, bis man ihn gänzlich der Berührung mit anderen Kreisen entzogen haben und dann leicht bestimmen würde, die fertigen Proclamationen der Reaction zu unterzeichnen.

Noch in der Nacht war eine Deputation des

Reichstages nach Schönbrunn gekommen, um die Bildung eines neuen Ministeriums zu erbitten. Der Kaiser bewilligte ohne Umstände, doch betraute er Niemanden mit der Aufgabe: es war bereits anders beschlossen. Am frühen Morgen des 7. October entfloh der Kaiser mit dem Hofe unter starker Militairbegleitung nach Olmütz; in einer hinterlassenen Botschaft kündigte man den Anfang der neuen Politik an. „Ich vertraue auf Gott und mein Recht," hieß es zum Schluß, „verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser!"

Wie man in Ungarn die Revolution zum Aeußersten stieß, indem man alle Regierung abschaffte, allen gesetzlichen Autoritäten die Wirksamkeit lähmte oder untersagte, so auch in Wien. Es gab kein Ministerium mehr: Wessenberg und Bach hatten sich geflüchtet; Doblhoff, Krauß und Hornbostel thaten Nichts, und bald verschwand einer nach dem andern von ihnen. So blieb den zur Regierung sonst nicht bestimmten Körperschaften, dem Reichstag, dem Gemeinderath, dem Nationalgarde-Obercommando, dem Centralausschuß das Feld frei, und die Regellosigkeit, mit der jede von diesen regierte, die Unfähigkeit derselben, der Mangel einer mächtigen Autorität brachte von selbst die Anarchie, die absence de maître hervor und

damit den Terrorismus einzelner Volksbanden und Volkstribunen. Die wohlhabenderen Einwohner, Schlimmes ahnend und für ihr Eigenthum und Leben besorgt, flüchteten aus Wien, welches von Stunde zu Stunde mehr begriff, daß ihm ein furchtbarer Kampf bevorstehe.

Der Reichstag versuchte vergeblich, die Führerrolle zu spielen. Mehrere seiner Mitglieder, speciell die Böhmen, waren bereits aus seiner Mitte geschieden, und die Auflösung schien von selbst eintreten zu wollen. Aber am 8. October beschloß das Parlament, alle abwesenden Mitglieder zu ignoriren und in seiner Thätigkeit fortzufahren. Zugleich wurde eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die ihn zur Rückkehr an den Sitz der Regierung einlud.[24] Eine Proclamation „an die Völker Oesterreichs," sollte gewissermaßen die Uebernahme der Dictatur von Seiten des Reichstages rechtfertigen und durch Schmeicheleien das Volk zur Achtung vor den Gesetzen zurückführen. Die Ereignisse gingen aber immer einen Schritt den Beschlüssen des Reichstages voraus. Das reactionaire Gewitter zog sich drohend über Wien zusammen. Am 9. October kam die Nachricht nach Wien, Jellačić rücke mit seinen Truppen heran, um die Hauptstadt zu nehmen. Von Böhmen her kam Fürst Windischgrätz auf Wien mit

[24] Schimmer. S. 111.

24,000 Mann; die Truppen in Wien, unter Schwarzenberg's Befehl, zogen aus der Stadt auf die naheliegenden Anhöhen, um sich dann mit Jellačic's Corps zu vereinigen. Am 12. October war Wien bereits von einem starken militairischen Ring umgeben und derart cernirt, daß der Verkehr mit den Provinzen nur noch sehr schwer möglich war. Welche von den Nationalitäten die Regierung unterstützte, zeigte sich unter den jetzigen Verhältnissen evident. Die böhmischen Deputirten waren, wie schon erwähnt, aus dem Reichstag geschieden und veröffentlichten von Böhmen aus einen etwas sonderbaren Protest gegen alle gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse des Reichstages, gegen die Ereignisse des 6. October, den Sturz des Ministeriums Doblhoff, gegen die Ueberschreitung des Mandats des Reichstages, der die Executivgewalt an sich gerissen, u. s. w. Der Prager Magistrat erließ gleichfalls eine feindselig gehaltene Proclamation gegen die Wiener.[25]

In Wien, abgeschnitten und zum Aeußersten gestoßen, betrieb man mit ungeheurem Eifer die Rüstungen. Die Nationalgarden von Brünn und Gratz waren zur Unterstützung gekommen; Freicorps bildeten sich, eine allgemeine Volksbewaffnung wurde organisirt, eine Mobilgarde geschaffen. Zugleich wurde die

[25] Ritschner, W. Messenhauser. Sein Leben, Wirken und sein Ende. S. 47. 62. 64.

Neuwahl eines unter den jetzigen Umständen wichtigen Commandanten der Nationalgarde vorgenommen; aus ihr ging Meſſenhauſer hervor, ein früherer Officier, ſeit letzter Zeit Schriftſteller und ziemlich fernſtehend den politiſchen Agitationen. Er war ein überaus rechtlicher, ſanfter Charakter, der aus Ehrgeiz den gefährlichen Poſten annahm und ihn durch eine energiſche Handhabung würdig zu bekleiden ſuchte. Er war trotzdem leicht von der Leidenſchaft der radicalen Partei zu treiben; aber wie ſehr er auch die einmal übernommene Pflicht mannhaft zu erfüllen ſuchte, niemals ließ er ſich doch zu fanatiſchen oder eines Soldaten unwürdigen Handlungen verleiten.[26] Der einzige, damals in Wien noch anweſende Miniſter Krauß beſtätigte unterm 12. October die Erwählung Meſſenhauſer's, der ſonach geſetzlich fungirte und deſſen Miſſion es ſein ſollte, Wien gegen eine Militairdictatur in Vertheidigungszuſtand zu ſetzen.

In rührigſter Weiſe begann Meſſenhauſer ſeine Thätigkeit. Er umgab ſich mit einem Generalſtabe, in dem auch der polniſche General Bem eine wichtige Stellung erhielt, theilte Wien in Vertheidigungsdiſtricte, organiſirte ein Kriegsgericht, regelte die Löhnung, die Polizei, das Paßweſen, und wußte überhaupt in die

[26] Dunder, Denkſchrift über die Wiener October-Revolution. S. 153.

großartige Anarchie eine überraschende Ordnung zu bringen. Seine erste Proclamation gebot, die Gefangenen mit Menschlichkeit und nach dem Völkerrechte zu behandeln; eine Note an den Banus Jellačić forderte diesen in kategorischer Weise auf, sich zu erklären, was er gegen Wien im Schilde führe, und sich angesichts einer zum Kampf gerüsteten Stadt nach Croatien zurückzuziehen. „Die ungeheure Verantwortlichkeit, die seit der, wahrlich durch keinen dem demokratischen Ehrgeiz eines Emporkömmlings, sondern durch das Gebot reinster Bürgerpflicht erfolgten Uebernahme meines schwierigen Amtes, auf meinem alleinigen Haupte ruht, bemüssigt mich, diese meine erste Note an Ew. Excellenz fast in dem düsteren Charakter eines Ultimatums abgehen zu lassen.“ [27]

Der Reichstag drang seinerseits gleichfalls auf Abzug des croatischen Heeres und richtete an den Kaiser eine neue Adresse, in welcher er einen Friedenscongreß der Völker Ungarns und seiner Kronländer erbat. Die Antwort, welche am 15. die Deputation in Olmütz erhielt, sagte wenig mehr, als daß man erst die Ruhe in der Hauptstadt wiederherstellen werde.

Wie jetzt die Wiener Revolution stand, mußte

---

[27] Ritschner, S. 80.

sich in ihr ein weittragendes Princip ausfechten. Entweder sie siegte und mit ihr die Demokratie, oder die Reaction siegte und hatte einen Hauptschlag geführt, der auf ganz Deutschland zurückwirken mußte. Von dieser Ansicht erfüllt, fand auch die Wiener Revolution in ganz Deutschland lebhafteste Sympathien; in Berlin suchte man sogar den dummen Gedanken von Freiwilligencorps zur Unterstützung der Wiener, wiewohl vergeblich, auszuführen. Von Seiten des deutschen Parlaments in Frankfurt wurde eine Deputation, bestehend aus den Abgeordneten Robert Blum, Fröbel, Hartmann und Trampusch nach Wien gesandt, um die Wiener in ihrem Widerstande zu festigen und womöglich den Einbruch der Reaction zu verhüten. Von ungarischer Seite, von wo aus die Ursache der Wiener Erhebung vornehmlich zu suchen war, hatte man Lust, mit einer Armee Wien zu Hilfe zu kommen und dergestalt Jellačić auf kaiserlichem Boden aufzusuchen, also mit dem Kaiser selbst den Krieg zu beginnen; aber der schwankende Reichstag mochte sich nicht entschließen, die Ungarn direct herbeizurufen, und so zögerten auch diese, eigenmächtig einen Schritt von so großen Folgen zu thun. Um Messenhauser concentrirte sich denn Alles; Robert Blum wie Pulszky besprachen sich mit ihm, und manche Utopien mögen dabei aufgestellt worden sein. Aber sicher ist, daß Messenhauser keinerlei Verschwörung betrieb, sondern nur

Alles an sich kommen ließ und seine Thätigkeit allein auf die Vertheidigung Wiens beschränkte.

Indessen ging die Hofpartei entschlossen ans Werk. Eine kaiserliche Proclamation vom 16. October erklärte, daß jetzt die Zeit gekommen sei, dem Aufruhr und der Anarchie ein gewaltsames Ende zu machen. Daher seien Heermassen gegen Wien beordert worden, deren Oberbefehl der gleichzeitig zum Feldmarschall ernannte Fürst Windischgrätz erhielt. Zugleich wurden nach Bezwingung des Aufstandes im Einklange mit den Mitgliedern des Reichstages die Erlasse von beschränkenden Gesetzen bezüglich der Presse, des Vereinsrechts, der Volkswehr in Aussicht gestellt.

Der Reichstag protestirte feierlich gegen dieses Vorgehen. In einer Proclamation vom 20. October an die Völker Oesterreichs rief er des Volkes „moralische Kraft" für das bedrängte Wien zu Hilfe.

Windischgrätz, dessen Entschlossenheit sich bei Niederwerfung des Juniaufstandes in Prag gezeigt hatte, ging auch gegen Wien mit aller Entschiedenheit zu Werke. Am 20. October proclamirte er den Belagerungszustand für Wien. Am 22. erschien ein kaiserlicher Erlaß, welcher die Sitzungen des Reichstages in Wien aufhob und denselben zum 15. November nach Kremsier berief.

Die Antworten seitens des Reichstages entsprachen ganz dem Charakter als Haupt der Wiener

Erhebung, welches er sein wollte. Er protestirte gegen den Belagerungszustand Wiens und beschloß, Wien nicht zu verlassen, sondern hier, was auch kommen möge, weiter zu tagen. Die Proteste fanden ihren höchsten Ausdruck, als Windischgrätz am 23. October die Bestimmungen des proclamirten Standrechts verkündigte, welche den Charakter größter militairischer Strenge an sich trugen. Windischgrätz kümmerte sich wenig um alle die Erklärungen seitens des Reichstages, des Gemeindeausschusses, den er für Alles verantwortlich machte, Messenhauser's, der im Grunde genommen einen ernstlichen Kampf gern vermeiden wollte und über dessen traurigen Ausgang sich auch gar keine Zweifel machte. Der Feldmarschall wies alle Versuche, sein Handeln zu lähmen, kurz ab, und die Entschlossenheit, welche man im Hoflager zu Olmütz hatte, machte auch alle Versuche, den Kaiser umzustimmen, vergeblich. In lakonischer Weise beschied man von Olmütz alle Adressen und Petitionen von Wien her, und überwies sie dem Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen, der mit einer Armee von 100,000 Mann Wien von Tag zu Tage enger cernirte. So begnügte sich denn der Reichstag, dem Kaiser durch eine Art Vorstellung wissen zu lassen, daß er dem Befehl, nach Kremsier zu gehen, nicht nachkommen könne, daß sein Platz in Wien sei, wohin er kraft der Constitution berufen worden, und daß

seine Würde es ihm verbiete, in der Zeit der höchsten Gefahr seine Stelle zu verlassen

Messenhauser seinerseits betrieb nach wie vor rüstig die Anstalten zur Vertheidigung. Er verkündigte ebenfalls den Belagerungszustand über Wien und übte ihn sofort mit einer Energie aus, die aus der Noth und den Umständen entsprang. Wien war einmal entschlossen, die Rolle, in die es unwillkürlich gedrängt worden, zu Ende zu spielen, sich gegen eine fanatisirte Armee von 100,000 Mann um die Freiheit zu schlagen. Messenhauser's Schuldigkeit war es, die ihm übertragene Mission pflichtgemäß zu Ende zu führen und sein Leben dafür aufs Spiel zu setzen. Er ordnete den Bau riesiger Barrikaden an den Linien und in den Vorstädten an, organisirte die Vertheidigung derselben, die Bestimmung der einzelnen Corps, die Handhabung der Ordnung, namentlich gegen die Regungen des Pöbels, zu plündern. Aber gerade die durchgreifende Energie, mit der er dies that, gab ihm Gelegenheit, das eigentliche Wesen seiner Mittel genau zu erkennen und die Ueberzeugung zu erhalten, daß aller Widerstand, falls nicht glückliche Zwischenfälle zu Hilfe kämen, einer so geschlossenen Macht gegenüber zuletzt doch vergeblich sein würde. Wohl hatte Wien auch seine 100,000 Bewaffnete; aber es waren doch meist ungeordnete, unverläßliche Kämpfer, welche im Augenblick der Noth die Erhaltung ihrer bürgerlichen Existenz

einem Heldenmuthe vorzogen. Unreine und schlimme Elemente waren in Masse dabei. Zudem fehlte es an ausreichender Munition, und die Länge der Aufregung hatte die Gemüther abgespannt, die Leidenschaften theilweis geschwächt, die Meisten durch den ewigen Waffendienst schon ermattet. Auch mangelte es nicht an Cabalen und unglückseligen Egoismen; die Besorgnisse Messenhauser's legten die unvernünftigen Unterchefs für Feigheit und Verrath aus, ja, der Chef der militairischen Polizei, Fenner von Fenneberg, suchte sogar sich eine Macht neben der Messenhauser's zu schaffen und die erste Stimme zu führen. Selbst die, wenn auch nicht allzu großen Hoffnungen auf die Hilfe der Ungarn sanken von Tag zu Tag. Allerdings waren einige Corps über die Leitha gerückt und streiften bis in die Gegend von Trautmannsdorf; aber es waren ihrer wenige und was sie thaten, war mehr Eigenmächtigkeit denn Anordnung seitens der ungarischen Regierung. So gelang es Jellačić auch, die Ungarn am 23. October wieder über die Leitha zu drängen.

Windischgrätz hatte den Wienern in seiner letzten Proclamation 48 Stunden Bedenkzeit gegeben. Nach Ablauf derselben begann er einige Kugeln in die Stadt zu werfen. Er ging selbst nicht ohne Bangen an den Kampf und wäre am liebsten durch Capitulation Herr der Hauptstadt geworden. Von Tag zu Tag hoffte er noch auf dieses Ereigniß, bis endlich kein Zweifel

übrig blieb, daß Wien bereit war, sich zu vertheidigen. Am 24. begann an den Linien bei Florisdorf und Nußdorf der Kampf, ohne wesentliche Resultate für die Armee zu erzielen. Die Mobilgarden schlugen sich mit einer großen Bravour. Am nächsten Tage erneuerte sich der Angriff auf Wien in heftigerer Weise; fast auf allen Seiten wogte ein höchst hartnäckiger Kampf, vorzüglich bei der Brigittenau und im Prater. Die Truppen eroberten mit vieler Mühe endlich doch die meisten Positionen auf diesen Punkten. Von Wien aus suchte man nun durch Ausfälle glückliche Chancen zu erhalten, namentlich Bém machte einen kühnen Angriff auf Windischgrätz, ohne jedoch seinen Zweck zu erreichen. Ueberall schlug die Uebermacht der Truppen die Ausfallenden zurück.

Nochmals suchte man jetzt von Seiten des Wiener Gemeinderathes in Unterhandlungen mit Windischgrätz zu treten. Eine Deputation begab sich ins Lager und bat um Abänderung der Proclamation bezüglich der Standrechtsbestimmungen. Der Fürst jedoch zeugte sich unbeugsam, ja er forderte jetzt sogar die Auslieferung der in Wien eine Rolle spielenden Ausländer, wie Bém, Pulszky und Schütte. Den Reichsrath erklärte er gar nicht zu berücksichtigen, da er gegen den Kaiser im offenen Aufruhr sei.

Nach solchem Bescheide rüstete man sich zur Abwehr des kommenden Hauptschlages seitens des Feld-

marschalls. Fenneberg rief in einer Proclamation alle waffenfähigen Männer Wiens zum Kampf und statuirte Schreckensgesetze für die „Feiglinge, Verräther und Unzufriedene" — eine Maßregel, welche in dem Paroxismus der Leidenschaft ihre Entschuldigung findet, ohne doch damit gerechtfertigt zu sein. Gemeinderath wie Reichstag erklärte er als energielose Behörden, womit er sicherlich Recht hatte; denn sie waren es, welche der Bewegung vorangehen wollten, ohne ihr doch die nöthige Macht und Energie zu bieten. Nochmals wurde dann die Vertheidigung organisirt und darauf aufmerksam gemacht, daß das Pulver in zu kargem Maße vorhanden sei, als daß es verschwendet werden dürfte.

Am 28. begann Windischgrätz den Hauptangriff auf allen Seiten. Fast alle Vorstädte wurden von ihm bombardirt, die Häuser in Brand gesteckt, die Barrikaden mit Kanonen angegriffen. Den ganzen Tag über hielt der erbitterte Kampf an, dessen Hauptscenen in der Leopoldstadt und Landstraße spielten. Am Nachmittage erstürmten die Truppen die letzten Positionen der Vorstadt Landstraße und zu gleicher Zeit wurden die Insurgenten nach einem blutigen Gefechte aus der Leopoldstadt gedrängt. Als es Abend wurde, war an vielen Punkten der großartige Kampf noch unentschieden; aber die wichtigsten Positionen waren in den Händen von Windischgrätz. Nach Eroberung der beden-

tendsten Vorstädte war an einen längeren Widerstand der inneren Stadt kaum noch zu denken

In der That erwog Messenhauser in der Nacht bei einem Kriegsrath die Chancen eines fortzusetzenden Kampfes und erklärte unter den obwaltenden Umständen die Einleitung neuer Unterhandlungen mit dem Feldmarschall für das Vernünftigste. Unter besseren Bedingungen, als die bisher gestellten waren, war er bereit zu capituliren, und der Kriegsrath stimmte ihm bei. Am Morgen des 29. hatten die Truppen sich bereits in der Leopoldstadt bis zur Ferdinandsbrücke vorgeschoben, und Messenhauser zögerte jetzt um so weniger, den Wienern mitzutheilen, daß weiterer Kampf vergeblich sei und die Feindseligkeiten von ihnen bis nach Rückkehr der Deputation eingestellt werden sollten. Alsdann überlasse er es den Nationalgarden und Freicorps weiter zu bestimmen und werde der Majorität sich fügen.

Auch der Marschall ließ den Angriff einstellen, ehe noch die Deputation zu ihm gekommen war. Seine Truppen waren ermattet, eine Menge von ihnen war am Tage zuvor gefallen. Zudem kam die Hiobspost eines massenhaften Anrückens der Magyaren, um Wien zu entsetzen, und diese Gefahr mußte vor Allem beseitigt werden. Auch mochte Windischgrätz, der gesehen hatte, welche furchtbare Verzweiflung sich gegen ihn schlug, das Volk nicht zum Aeußersten bringen, und

er konnte sehr gut annehmen, daß man unter den obwaltenden Umständen in Wien zur Unterwerfung geneigt sei.

In der That gelang es Messenhauser, trotz der Drohungen und wüthenden Anklagen der Anarchisten, die Nationalgarde zur Unterwerfung zu stimmen. Am Nachmittage des 28. October stimmten die meisten der berufenen Vertrauensmänner aus jeder Compagnie dafür. Messenhauser begab sich um 6 Uhr in das Reichstagsgebäude und hielt von der Galerie des Saales herab eine ergreifende Rede, welche die Unmöglichkeit weiterer Vertheidigung darlegte.[28] Thränen antworteten ihm, aber auch Flüche und Verwünschungen seitens der Unvernünftigen und Anarchisten, welche die Sache bis zum Aeußersten treiben wollten. Messenhauser wurde zum einzigen Minister Krauß berufen und von dort kam er in die Versammlung der Vertrauensmänner zurück, welche ihm den Dank für seine Friedensvermittelung votirte. Noch an demselben Abend wurde die Capitulationsacte vom Gemeinderathe aufgesetzt und eine Deputation damit in das Lager von Windischgrätz gesandt. Eine Proclamation Messenhauser's kündigte diese Vorgänge der Bevölkerung an.

Windischgrätz nahm die Capitulation an, aber eine eigentliche formelle Uebergabe der Stadt war

[28] Dunder, a. a. O. S. 187.

rechtskräftig in dieser Acte nicht ausgesprochen, von einem Bruch derselben konnte daher eigentlich nicht die Rede sein. Messenhauser hatte die Uebergabe antragen lassen, aber wenn derselben von anderer Seite Hindernisse in den Weg gelegt wurden, so traf nicht ihn die Schuld. Er selbst wurde vom Pöbel und der fanatischen Partei, an deren Spitze sich Fenneberg befand, wie ein Verräther betrachtet, bedroht, beschimpft. Während die gemäßigteren Theile der Nationalgarde und die Studenten der Proclamation Messenhauser's Folge leisteten und die Waffen abgaben, organisirten die Anarchisten von Neuem den Widerstand, riefen zum Kampf und entwarfen Proscriptionslisten, deren Reigen Messenhauser eröffnete. Als am Morgen des 30. October die Truppen bis zu dem Glacis vorrückten, fanden sie die Wälle von diesen Fanatikern besetzt und diese bereit, nochmals einen doch nur fruchtlosen Kampf zu beginnen. Messenhauser's Anstrengungen dagegen blieben erfolglos: er rettete mit Mühe die Burg vor Zerstörung und Plünderung der Pöbelmassen; sie zu beschwichtigen, gelang ihm nicht.

Um ihn noch rathloser zu machen, trafen jetzt Nachrichten von dem Anrücken einer ungarischen Armee zum Entsatze Wiens ein und bestärkten die anarchistische Partei in ihrem Vorhaben. Diese hoffte auf Rettung durch die Ungarn, und nochmals ließ sich die tief aufgeregte, terrorisirte Bevölkerung verleiten,

die Waffen zu ergreifen. Der Angriff auf die Truppen auf dem Glacis begann ohne Befehl Messenhauser's, der, gedrängt von seiner fanatischen Umgebung, bedroht, geängstigt und übrigens von keiner energischen Natur, vom Stephansthurme aus den Gang des Gefechtes zwischen Ungarn und den Truppen Jellačić's bei Schwechat, unter den Mauern Wiens, verfolgte. Er that Nichts, den wilden Sturm, der ihn fortriß, zu dämmen; aber Alles, was ihm die Aufregung entriß, forderte auch nicht zum Bruch der Capitulation auf. Er schien, um dem schrecklichen Dilemma zu entgehen, den Ausgang der Magyarenattaque abwarten zu wollen, und durch Mittheilungen vom Stephansthurme aus über den Gang des Gefechts suchte er einerseits Zeit zu gewinnen, andererseits den Anforderungen der Aufregung in Wien nachzukommen. Gedrängt von seiner Umgebung, erließ er so auch Befehle zur abermaligen Bewaffnung der Garden und Wiederbesetzung der Posten. Dies widersprach allerdings den Bestimmungen der Capitulation; aber unter den obwaltenden Umständen war es schwer anders zu handeln, namentlich da die Macht Messenhauser's sehr gering war. Es konnte eine geschlagene Armee, eine croatische oder magyarische, sich auf Wien werfen, und da war es die Pflicht des Obercommandanten der Nationalgarde, Wien zu schützen. Auch war in keinem der Befehle Messenhauser's eine Andeutung, die Feindseligkeiten zu erneuern.

Unterdessen war der Kampf zwischen Magyaren und Croaten nach heftigem Verlauf zu Gunsten der letzteren ausgeschlagen. Die 40,000 Mann starke ungarische Armee wich gegen Abend den Angriffen der Liechtenstein'schen Cavallerie und der Croaten. Die letzte Hoffnung der Radicalen und des Pöbels in Wien wurde damit vernichtet, und Windischgrätz, durch einen neuen Sieg trotziger gemacht, ließ nun wie ein gereizter Gott den Angriff von Neuem auf Wien unternehmen, um die rebellische Stadt, welche auf seine Niederlage bei Schwechat gerechnet hatte, zum Ruhme der Armee zu bestrafen.

Während draußen ein Sieger die Rache vorbereitete, war Wien den Leidenschaften der beiden Parteien preisgegeben. Die Verzweifelten, die Anarchisten und Fanatiker hatten faktisch die Macht in Händen: sie standen unter Waffen und wer friedlich dachte, war ihr Feind. Jemehr den Tag über der Kanonendonner von Schwechat her sich den Mauern Wiens näherte und die Hoffnungen auf einen Sieg der Ungarn steigerte, um so leidenschaftlicher wurde das Volk, um so kühner das Gebahren der radicalen Partei. Messenhauser stand fast isolirt. — Alles stand drohend gegen ihn; die mit ihm dachten, ließen ihn allein. Und doch blieb der Mann fester, als man seiner weichen Natur nach annehmen konnte. Er erklärte allen Deputationen, die ihn zum Angriff auf die Truppen

bestimmen wollten: er werde ferneren Widerstand nicht dulden; denn es sei an Entsatz nicht zu denken und seine Mitbürger wolle er nicht zur Schlachtbank führen.[29]) Wüthender Pöbel forderte seinen Tod; Mörderbanden drangen auf ihn ein — da schrieb Messenhauser seine Abdankung, „weil," wie er erklärte, „man ihn mit terroristischem Zwang factisch gehindert habe, die von ihm eingegangene Capitulation aufrecht zuerhalten."

An seine Stelle erwählte die Mobilgarde und die radicalen Proletariermassen Fenner von Fenneberg zum Obercommandanten. Aber weder Reichstag noch Gemeinderath nahmen diese Wahl an und auch die meisten der Nationalgarden protestirten dagegen. Als endlich die Offiziere der letzteren erklärten, daß sie nur unter Messenhauser weiter dienen würden, übernahm der edle Mann wieder das Commando. Er wußte schon, daß er damit sein Leben opferte: er brachte es gern, um Wien vor der Herrschaft jacobinischer Rotten und vor einer furchtbaren Heimsuchung zu retten. Aber Messenhauser übernahm alle Gefahr eines Postens, ohne die Macht, ihn nach seinem Willen zu bekleiden. Man wollte, trotz aller Ermahnungen, die Waffen nicht abgeben, die Pöbelrotten übten ihre Herrschaft aus; einen Bürgerkrieg in dieser Stunde zu beginnen, um eine fanatische Partei zu besiegen, dessen war

[29]) Nitschner, Messenhauser's Leben. S. 111.

Messenhauser nicht fähig: so mußte es ein Anderer thun und dafür an dem Manne Strafe üben, der eine furchtbare Pflicht mit Edelmuth that. Messenhauser suchte vor Allem die Burg zu schützen; er ernannte, um die Radicalen zu beschwichtigen, Fenneberg zu seinem Stellvertreter und theilte so die Macht mit einer Partei, die alle Mäßigung verloren hatte.

Die Nachricht von der Niederlage der Magyaren bei Schwechat hatte freilich manche Köpfe ernüchtert; aber die Massen, aufgeregt wie sie waren, glaubten nicht daran, wollten diese Zerstörung ihrer Hoffnungen nicht glauben. Messenhauser forderte nun am 31. October nochmal die bewaffneten Körper auf, der Ausführung der Capitulation nichts entgegen zu setzen. Ein Theil der Garden und selbst die Mobilen legten die Waffen ab; aber die Radicalen und Proletarier begannen den Kampf auf eigene Faust. Als um 2 Uhr die Truppen gegen das Burgthor rückten, um in Wien einzuziehen, wurden sie mit Kugeln begrüßt. Ein letzter furchtbarer Kampf begann hier. Windischgrätz ließ Bresche in das Burgthor schießen und Wien selbst mit aller Energie bombardiren. Vergeblich protestirten Messenhauser wie Fenneberg gegen den Widerstand der Insurgenten am Burgthor — man hörte nicht mehr auf sie. Und so dauerte der Kampf noch zwei furchtbare Stunden, bis die Colonnen das Burgthor stürmten und Wien mit Gewalt erobert war.

Mit diesem Ereigniß begann denn das Regiment des Feldmarschalls Windischgrätz. Er befahl die allgemeine Entwaffnung, die Auflösung aller Corps und Vereine, Unterdrückung der Presse, Verhaftung der Ausländer, Fortschaffung der Barrikaden, Vollstreckung der Martialgesetze. Gleich in den ersten Stunden begannen die militairischen Executionen an den Opfern der Ereignisse. Der Strick und die Kugel regierten. Auch Messenhauser war vom Kriegsrechte zum Opfer bestimmt. Unvorsichtiger, wie Fenneberg, der sich noch rechtzeitig durch die Flucht gerettet, blieb der unglückliche Commandant der Nationalgarde in Wien einige Tage verborgen, schwankend, ob er fliehen oder sich dem Tode überliefern sollte. Er zog in seinem Edelsinn vor, sich dem Blutgesetz zu stellen, hoffend, daß man ihn gerecht beurtheilen werde und der ritterliche Sinn eines Siegers ihm begegnen werde. Er täuschte sich. Das Kriegsgericht ließ den Mann, der sich ihm freiwillig und ohne Noth übergab, ohne dessen Rechtfertigung zu beachten, in Eisen werfen. Alle Verwendungen von Seiten des Reichstages, der Gemeinde, hochgestellter Männer, blieben umsonst — Messenhauser wurde am 16. November im Stadtgraben erschossen.[30]) Muthig und gefaßt erlitt der Unglückliche den Tod, der ihn ehrte. Auch Robert Blum, der

[30]) Nitschner, Messenhauser. S. 126.

Abgeordnete des Frankfurter Parlaments, starb solchen Tod im Stadtgraben — und die Hinrichtung dieser beiden Opfer der siegreichen Militairreaction in Wien rief in ganz Oesterreich und Deutschland eine Empörung der Gemüther, einen Haß gegen die principiellen Urheber dieser That hervor, welcher unversöhnt noch Jahrelang fortwirkte und Oesterreich in der öffentlichen Meinung so sehr vernichtete, daß selbst Thaten der Nachsicht später nichts wieder gut machen konnten.

So wurde Wien denn ruhig wie ein Kirchhof unter dem Regimente des Martialgesetzes. Dieses allein war die Autorität des Reiches geworden. Der Reichstag war, der früheren kaiserlichen Verordnung gemäß, nach Kremsier geschickt worden und hatte sich stumm der Gewalt der Dinge gefügt. Das Ministerium Doblhoff existirte schon lange nicht mehr und hatte allein in der Person des Ministers der Finanzen, Krauß, während der Octoberereignisse fortvegetirt. Ein solcher Zustand konnte nicht ferner andauern; es mußte ein neues Ministerium an die Spitze der Geschäfte treten, und unter den gegebenen Umständen war vorauszusehen, daß dieses Ministerium eine neue, mit Kanonen und Militairtriumph bereits eingeweihte Aera für Oesterreich durchführen werde. In der That trat am 24. November 1848 das neue Cabinet ins Leben. Haupt desselben war Fürst Felix Schwarzenberg, ein entschlossener Character, der in Innsbruck schon der

Contrerevolution das Wort redete und dessen Talent als Staatsmann in der Aufstellung eines ganz neuen, kühnen Systems sich erweisen sollte. Schwarzenberg wurde zugleich Minister des Auswärtigen; Stadion des Innern und Unterrichts; Bach, der alle Wandelungen vertrug, übernahm unter der Herrschaft der Martialgesetze die Justiz; Freiherr von Cordon das Kriegsdepartement; Krauß blieb Finanzminister; Bruck, ein Bürgerlicher und Protestant, Director der Lloydgesellschaft, wurde Handels- und Bautenminister; von Thinnfeld Minister für Landescultur und Bergwesen.

Fünfter Abschnitt.

Die Reaction.

Schwarzenberg's Programm. — Die neue Politik. — Abdankung Kaiser Ferdinand's und Erzherzogs Karl. — Franz Joseph I. — Der Reichstag in Kremsier. — Auflösung desselben. — Sein Verfassungsentwurf und die octroyirte Verfassung vom 4. März 1849.

Das neue Ministerium Schwarzenberg zögerte nicht, sich als ein Ministerium der That anzukündigen. Schon am 27. November, drei Tage nach seiner Constituirung, verkündigte es sein Programm, in vieler Hinsicht ein Meisterwerk und wichtig dadurch, daß es das politische System in Oesterreich wieder errichtete. Es war die Sprache einer mäßigen, aber auf die Militairmacht gestützten Reaction, welche zu jener Zeit nicht ohne Nothwendigkeit war, deren Consequenzen und Triumphe aber eine unheilvolle Bedeutung für Oesterreich haben sollten. Die Entschiedenheit und

Bestimmtheit des Fürsten Schwarzenberg imponirte nicht allein nach Außen hin, und um so mehr, als man von Seiten der Regierungen damals Entschiedenheit nicht gewohnt war; sie wirkte auch heilsam auf die Mitglieder des Cabinets zurück, welche sich gern der entschlossenen Führerschaft unterordneten. So konnte das ministerielle Programm denn stolz betonen: „Einig in den Grundsätzen, werden die Worte und Handlungen eines Jeden von uns der Ausdruck der Politik des Gesammtministeriums sein."

Diese Politik selbst wurde präcis genug durch das Programm gekennzeichnet.

„Wir wollen die constitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt; wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwickelung aller Nationalitäten, sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, gewährleistet durch Öffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Ländertheile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt."

Das Ministerium versprach danach, „die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit umzuformen." „Ein zweifaches Ziel wird uns dabei vorschweben: ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit und Sicherstellung der

Bedingungen, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann. Das Ministerium will nicht hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben; es hält vielmehr für seine Pflicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen Die Landbevölkerung, eben erst befreit von den Grundlasten, harrt mit Ungeduld der gesetzlichen Bestimmungen über Maßstab und Art der Entschädigung sowie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheilen. Ferner: ein freisinniges Gemeindegesetz; Vereinfachung der Staatsverwaltung und zeitentsprechende Regelung der Behörden; Umgestaltung der Rechtspflege, Einrichtung landesfürstlicher Gerichte statt der Patrimonial- und Communalgerichte; Trennung der Verwaltung von der Justiz, Hintanhaltung des Mißbrauchs der Presse durch Repressivmaßregeln; Regelung des Vereinsrechts, Einrichtung der Nationalgarde, Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes."

Dieses Programm stand sonach noch immer auf dem Boden der Zeit und war weit entfernt, auf den alten Absolutismus abzuzielen. Seine Versprechungen bezüglich constitutioneller Einrichtungen waren sehr bestimmt, und daß man dieselben später so ganz ignorirte, ging viel weniger aus den persönlichen Agitationen Schwarzenberg's oder des geradsinnigen Stadion hervor, als aus dem Umstande, daß die militairischen

Erfolge eine neue Hofpartei schufen, welche schließlich das Cabinet ins Schlepptau zu nehmen wußte. Reactionair in schlechtem Sinne war das Ministerium Schwarzenberg nicht; aber es bereitete der Reaction den Boden, und jemehr Erfolg seine rücksichtslose Politik der Ueberraschungen hatte, um so geneigter fühlte es sich, umgeben von einer übermächtigen Militairherrschaft, neue und zuletzt reactionaire Ueberraschungen zu machen.

Es erklärte vorläufig nun ganz offen, daß es Oesterreich wieder zu beruhigen entschlossen sei, und darin lag nichts Unrechtes. Es wollte die Revolution in Wien niederhalten, in Italien den Krieg beenden, Ungarn besiegen. Gelang Alles, so trat die Reaction von selbst ein, und die Versicherung Schwarzenberg's: „Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern Denjenigen, die sie der Freiheit berauben wollen," mußte unter der Herrschaft des Belagerungszustandes eine Phrase werden. Wie dann „das große Werk" ausfallen würde, welches Schwarzenberg schaffen zu wollen versprach, nämlich „die Begründung eines neuen Bandes, das alle Lande und Stämme der Monarchie zu Einem großen Staatskörper vereinigen soll," darüber konnte kaum ein Zweifel obwalten. Dieses neue Band mußte die Soldatenherrschaft, und ihr Prinzip die extremste Centralisation werden.

An und für sich lag in diesem Programm eine geniale Kühnheit, insofern, als es mit apodictischer

Festigkeit die Regelung der furchtbaren Wirren versprach, welche damals durch den Krieg in Italien und Ungarn, durch die Erbitterung der demokratischen Partei, durch die gänzlich ruinirten Finanzen, Oesterreich an den Rand des Verderbens zu stoßen schienen. Noch kühner, aber deshalb eben um so imponirender war es, daß Schwarzenberg in seinem Programm auch zugleich die auswärtige Politik zu bezeichnen wagte. Man war damals so gewaltig im Innern beschäftigt, daß es vermessen schien, noch an eine active Politik nach Außen hin zu denken, zu deren Unterstützung und Erfolg alle Mittel, sowohl an Truppen wie an Geld, ja selbst an moralischem Ansehen fehlten. Gleichwohl erklärte Schwarzenberg in der deutschen Frage, welche damals hoch zu fluthen begann und günstiger für Preußen, denn für Oesterreich stand, sich entschieden gegen den Geist des deutschen Parlaments in Frankfurt und somit theilweis gegen Preußen, im Allgemeinen gegen die öffentliche Meinung in Deutschland, welche am liebsten das Ausscheiden Oesterreichs aus dem neu zu gründenden, von Preußen vorzustehenden Deutschen Reich gesehen hätte, da an Unterwerfen des Kaiserstaats unter die Frankfurter Beschlüsse nicht wohl zu denken war. „Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe," sagte das Programm, „nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein

deutsches, wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir dem noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesse entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Das hieß so viel, als daß man nicht gesonnen, an der Frankfurter Berathung fernerhin Theil zu nehmen. Die Abberufung der österreichischen Abgeordneten schwebte schon in der Luft.

Das staatsmännische des Programms lag jedenfalls in der Klarheit, mit der es sich allen Verhältnissen gegenüber ausdrückte; seine Bedeutung darin, daß diese Erklärungen nicht bloß Worte blieben, sondern Thaten wurden, und diese Thaten selber wieder auf die kühnste Auslegung des eigentlichen Wesens des Programms zurückführten. Der Zug Schwarzenberg's war meisterhaft, durch die Erfolge der äußeren Politik sich die Innere gewissermaßen von selber regeln und in die reactionaire Form fügen zu lassen; denn Alles Arbeiten im Innern wäre mühevoll und von zweifelhaftem Erfolg gewesen, konnte man nicht zugleich ein moralisches Ansehen in die Wagschale werfen.

Die Politik Schwarzenberg's war zugleich eine neu-österreichische. Sie lehnte sich in Nichts an das Metternich'sche System an, wenigstens was die inneren Angelegenheiten betraf, war vielmehr aus dem Boden

der Revolution emporgewachsen und wurzelte darin. Aber sie kehrte sich gegen dieselbe und wollte sie vernichten, wenn auch ihre Früchte pflücken. Das konnte unter den gegebenen Umständen nur durch einen vollständigen Wechsel der höchsten Personen ermöglicht werden: einestheils, weil das neue System, welches in einen revolutionairen Absolutismus auslaufen mußte, durch die Persönlichkeiten des alten, zerbrochenen Systems nicht wohl repräsentirt werden konnte; anderentheils, weil es zu dessen Durchführung junger, kräftiger, weniger rücksichtsvoller Geister bedurfte.

Der betagte Kaiser Ferdinand war einer solchen Aufgabe, welche von der Einsicht des Monarchen selbst nur glücklich gelöst werden konnte, nicht gewachsen. Es handelte sich, den Zerfall Oesterreichs aufzuhalten, es zu verjüngen, es in die Neuzeit einzuführen, wie es Schwarzenberg's Plan war. Ein bloßes engherzig-absolutistisches Oesterreich, in dem die Verdummung wieder System und die Willkür zum Gesetz würde, lag seinem Geiste ganz fern. Groß und stark und frei sollte Neu-Oesterreich sein, dafür hatten Schwarzenberg wie Stadion ihre Arbeit im Kopf; daß Bach nach ihrem Tode dies System erben mußte und es in seiner Manier verbesserte, war ein Unglück.

Schon ehe Schwarzenberg das Ministerium übernommen, hatte er mit der Hofpartei, der er auch zugehörte, den Plan über den Thronwechsel festgestellt.

Die Erzherzogin Sophie war die kräftigste Stütze der Partei; denn ihr Sohn sollte den Kaiserthron besteigen. Nächst dem arbeitete der Minister Bach an dem Werke und nicht immer auf die offenste Weise. Kaiser Ferdinand war keineswegs so leicht zu bestimmen, sich seiner Stellung zu entäußern. Die letzten Monate hatten ihn zwar belehrt, wie schwer und sorgenvoll es sei, zu regieren, und wäre es auch nur die Regierung in höchster Potenz zu repräsentiren; aber lange Gewohnheit und eine unergründliche Herzensgüte, welche davor bangte, Oesterreich vielleicht den Schrecken einer schonungslosen Politik Preis gegeben zu sehen, ließen ihn ungern dem Throne entsagen. Aber die Nothwendigkeit zwang zu diesem Opfer, und der Kaiser, der für Widerstand überhaupt keine Natur besaß, fügte sich zuletzt den Umständen und unterschrieb und sprach, was die Verhältnisse geboten.

Leichter war der unmittelbare Thronfolger, Erzherzog Franz Carl, zu bestimmen, seiner Rechte auf den Thron zu entsagen. Er hatte nicht den undankbaren Ehrgeiz, das lecke Staatsschiff in so stürmischen Tagen lenken zu wollen, und fand höhere Befriedigung darin, den jungen, thatkräftigen Sohn den Thron besteigen zu sehen. Er erklärte deshalb ohne Weiters auf seine Rechte verzichten zu wollen und sie seinem Sohne zu übertragen.

Am 1. December 1848 erfolgte denn die officielle

Kundmachung dieses wichtigen Staatactes. Zuerst erklärte der Kaiser in seiner Eigenschaft als Souverain und Familien-Oberhaupt seinen noch unmündigen Neffen, Franz Joseph, den zum Thron bestimmten, für volljährig. Eine andere Urkunde enthielt die Thronentsagung Ferdinand I.; eine dritte die des Erzherzog Franz. Am 2. December theilte der Kaiser den Inhalt dieser Urkunden den in der Burg zu Ollmütz versammelten Familienmitgliedern, den Ministern, sowie dem herbeigerufenen Fürsten Windischgrätz und dem Banus Jellačić mit, und huldigte zuerst dem neuen Kaiser Franz Joseph. Ein Manifest publicirte dies Ereigniß den Völkern Oesterreichs.

Des neuen Herrschers, Franz Joseph's I., Manifest gab in Kürze den wesentlichsten Inhalt des Schwarzenberg'schen Programms wieder. „Auf den Grundlagen der wahren Freiheit," sagte es, „auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reichs und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, sowie der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung, wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zunge, welche unter dem Scepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammtmon-

archie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständnisse mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen."

Wohl mußte dieser Thronwechsel, unter den Umständen, welche ihn bewirkten, im Volke vielen Anklang finden. Niemand verhehlte sich, daß Kaiser Ferdinand, der so plötzlich für immer in ein freiwilliges Exil nach Prag ging, der Mann nicht war, in einer so stürmevollen Zeit die Zügel des dahinfliegenden Staatswagens mit fester Hand zu fassen. Der neue Monarch, ein blühender Jüngling und Soldat mit Leib und Seele, mußte Hoffnungen erregen, welche vor Allem durch den Thatendrang der Jugend eines Herrschers motivirt waren. Oesterreich konnte groß und glücklich aus der furchtbaren Krisis hervorgehen, wenn ein junger Monarch mit dem Banner der Zeitideen, mit dem Gedanken des Lebens, der Zukunft entgegenschritt. Dies hoffte man von Franz Joseph I. und dies war der Gedanke Schwarzenberg's, der nicht mehr erleben sollte, wie lange man die factische Ausführung seines Gedankens hintanhielt.

Unterdessen in den höchsten Kreisen eine so tiefgreifende Wandelung vor sich ging und Alles sich hier rüstete, an die Spitze der Bewegung zu treten, um

sie zu bändigen, hatte der Reichstag den letzten Akt zu spielen begonnen. Er war, zufolge des ihm gewordenen Befehls, am 22. November in Kremsier zusammengetreten; aber das Bewußtsein seiner Nullität, seiner Zerklüftung, seiner letzten Niederlage lieh ihm den Charakter einer zum Grabe hinschleichenden Trägheit, in die nur von Zeit zu Zeit noch der Funke eines verfehlten Lebens schlägt. Für die Revolution zu schwach, für die Dynastie zu revolutionair, vernichteten ihn beide Parteien, um kein Zweifel mehr sein konnte, daß er machtlos sei. Man sah im Voraus den unrühmlichen Tod in allen seinen Bewegungen, und was allenfalls noch ungewiß war, das betraf die Frist, die ihm noch vergönnt wurde.

Das neue Ministerium fand überdies im Schooße des Reichstags eine starke Partei vor, welche der Reaction ihre Dienste widmete. Dies waren vor Allen die böhmischen Deputirten, an deren Spitze Rieger und Palacky standen. Sie hatten bekanntlich Wien in den Oktobertagen verlassen und von Prag aus gegen die in ihrer Abwesenheit gefaßten Beschlüsse protestirt. Jetzt kamen sie nach Kremsier, um den Reichstag zu sprengen, unmöglich zu machen, aus keinem andern Grunde, als weil sie den in ihm repräsentirten Deutschthum eine schwere Niederlage bereiten wollten, hoffend, daß daraus eine Kräftigung ihrer Nationalität, ein Triumph ihrer Principien hervorgehen würde. Die

slavische Welt war es damals, welche in Oesterreich der Reaction den Boden und die Mittel hergab — damals leider zu kurzsichtig, den Mord der Freiheit für ein eigenes Unglück zu betrachten. In einem kaum zu begreifenden Streben nach Separatismus zogen sie den Druck für Alle der Freiheit Aller vor, und fanden weder die Macht ihrer Stellung, noch die Bedeutung ihres Daseins wieder, sondern nur die Passivität des nationalen Martyrerthums.

Am 27. November protestirte Rieger gegen die Vorlesung der letzten Wiener Reichstagssitzungs-Protokolle, weil damit die Anerkennung „der schandbaren Revolution des 6. Oktober" ausgesprochen würde. Der Reichstag wollte selber aus dieser „Anerkennung" keine Principienfrage machen und scheute sich, aus der Vorlesung der Protokolle solche Consequenzen ableiten zu lassen. Seine Unsicherheit, seine Todesahnungen, das Verzweifelte seiner ganzen Lage kam hinzu, ihn schlaff zu machen. So nahm er den Protest Rieger's hin und inhibirte die Vorlesung der fraglichen Protokolle, um nicht an ein unglückliches und jämmerliches Stadium seiner Existenz anzuknüpfen.

Wie Todesstreiche, nur mit erzwungen freudigen Mienen nahm der Reichstag die Mittheilung des Schwarzenberg'schen Programms, der Abdankung Ferdinand's und des Erzherzogs Franz, der Thronbesteigung Franz Joseph's entgegen. Er fühlte, dies Alles waren

Nägel zu seinem Sarge; sein Leben war keiner That mehr fähig noch werth. Und es schien im bunten Lager der Reaction das Abkommen getroffen zu sein, jeden Versuch des Reichstags, ein Lebenszeichen zu geben, in eine neue Niederlage umzuwandeln, mit der Macht, die man besaß, seine Ohnmacht zu mehren und Aller Augen blos zu stellen, ihn in sich selbst auflösen zu lassen und nur das Amt des Todtengräbers zu übernehmen.

Träg und unheimlich wie die Sitzungen zu Ende des Jahres 1848 gewesen, begannen sie auch im neuen Jahre. Die Berathung der Grundrechte, eine alberne Nachahmung der französischen Nationalversammlung, begann mit dem Satz: „Alle Gewalten gehen vom Volke aus.“ Graf Stadion protestirte in der Sitzung am 4. Januar feierlich gegen diesen Satz und erklärte, daß das Ministerium durchaus nicht Willens sei, diesem revolutionären, unfruchtbaren Possenspiel zuzustimmen. Eine solche Erklärung, welche sich indirect gegen die Basis richtete, auf der der Reichstag stand, forderte zu sehr die Leidenschaften heraus, als daß diese nicht noch einmal in helle Flammen auflloderten. Aber sie brannten ohne zu zünden und schnell sanken sie wieder herab zu kalter, schwarzer Asche. Man war zu schwach, einen Kampf mit dem Ministerium auf Leben und Tod zu wagen, und zog es vor lieber unrühmlich in demüthiger Passivität den letzten Streich zu empfangen,

als in verzweifeltem Kampfe wie ein bemitleidenswerthes Opfer zu fallen. Man stimmte über den Antrag nicht ab, sondern verschob die Abstimmung bis auf die Berathung der Verfassung.

Eine noch demüthigendere Niederlage wurde dem Reichstag in Folge seines am 23. Januar 1849 gefaßten Beschlusses zu Theil, der österreichischen Armee in Italien ausnahmsweise zu gestatten, den Reichstag in Kremsier mit mehreren Abgeordneten zu beschicken. Es läßt sich nicht läugnen, daß der ganze Antrag tactlos war und der Beschluß allzusehr die Absicht merken ließ, welche den Reichstag erfüllte. Denn einestheils war es unwürdig und unklug, der Armee, welche man seither durch manchen Beschluß in ihrem Corpsgeiste beleidigt hatte, jetzt in Folge ihrer siegreichen Machtstellung ein Vertrauensvotum zu senden, wie ein Besiegter, der noch die Rolle des Herrn spielt — anderentheils sah Jedermann das eigentliche Motiv des Beschlusses in der Hoffnung, dadurch die Armee mit dem Reichstag zu verbrüdern und dem Dienste der Reaction zu entziehen. Es war nach Allem, was geschehen war, und überhaupt in Anbetracht der Gefühle, welche in jeder großen Armee gegen das Volk und die Volkssouverainität herrschen, vorauszusehen, daß dieser Beschluß nur eine neue Demüthigung für den Reichstag werden würde.

Und so ward es in der That.

In der Armee rief dieser Beschluß die leidenschaftlichsten Proteste und Verhöhnungen hervor, namentlich die italienische Armee fühlte sich in Folge ihres Sieges und des Weihrauchs der Reactionspartei als Retterin der österreichischen Monarchie versucht, einen Hauptschlag gegen den Reichstag zu führen. Ein Monstreprotest der ganzen italienischen Armee wurde beschlossen und durch die militairische Disziplin zu Stande gebracht. Vom Feldherrn an unterschrieben diesen Protest sämmtliche Offiziere, Feldwebel und Wachtmeister, von jeder andern Charge je zwei von der Compagnie, von den Gemeinen 16 bis 20. Wenn man auch weiß, wie solche militairische Thaten zu Stande kommen und daß die freie Ueberzeugung dabei keine Rolle spielt, höchstens bei Einzelnen, so war die Thatsache, daß eine vollständige Armee von 80,000 Mann protestirte, doch imposant genug, um den Reichstag vollends zu Boden zu drücken und unmöglich zu machen. Der aus Mailand vom 8. Februar 1849 datirte Protest war überdies in einem Ton gehalten, welcher bewies, daß man höchsten Orts schon die Vernichtung des Reichstages, dieses legitimen Zeichens der Revolution, beschlossen hatte; wie man denn in der Armee schwerlich zu solchen demonstrativen Handlungen geschritten wäre, würde nicht von Oben her ein Wink erfolgt und den Obercommandanten bekannt gewesen sein, wie das Ministerium dachte. „Das Heer will

sich nicht betheiligen an diesen parlamentarischen Kämpfen," hieß es in dieser Adresse an den Kaiser; „es würde darin den Untergang seiner Einigkeit und Disziplin, und das Verderben der Monarchie erblicken. Es will mit einer ehernen Mauer den Thron Eurer Majestät, die Grenzen der Monarchie umgeben, es will die Gesetze des Vaterlandes gegen innere, seine Integrität gegen äußere Feinde schützen; aber es will in den Grenzen seiner Stellung verharren, die die Gesetzgebungen aller Staaten der Armee anweisen."

Der Reichstag nahm diese Symptome seines Todes nicht mit der Würde auf, die in seinen letzten Stunden noch Achtung im Volke aufgerufen hätte. Ein zänkisches Debattiren ohne Resultate begleitete ihn bis an sein Grab. Er sah sein Ende vor sich, und die Art und Weise, wie er ihm entgegen ging, sich vielmehr ihm entgegen treiben ließ, zeugte von der Furcht vor dem Tode, und zugleich doch auch von der Ohnmacht, zu leben. Schwarzenberg machte diesem krampfhaften Dasein ein Ende.

Am 7. März 1849 ließ er in aller Frühe den Sitzungssaal in Kremsier mit Truppen umstellen, die Kanzlei und das Bureau mit Beschlag belegen, die Wachen auf allen Posten verstärken. Die Deputirten, die ohne Ahnung des Vorgefallenen am Morgen sich in die Sitzung begeben wollten, wurden von den Soldaten zurückgewiesen und von dieser Seite in belei-

digender Weise benachrichtigt, daß der Reichstag aufgelöst sei. Ein panischer Schrecken bemeisterte sich der Meisten von ihnen, denn es war nach solchem despotischen Vorgehen nur zu leicht zu vermuthen, daß die Reaction sich an Vielen wegen revolutionairer Reden rächen werde. Die Unverletzlichkeit war trotz aller Sanction eine Chimaire geworden.

Das Manifest konnte diesen Staatsstreich leicht motiviren und entschuldigen. Ein neuer Kaiser war da, welcher die Verfassung nicht gegeben, den Reichstag nicht sanctionirt hatte. Er konnte sehr gut unter solchen Umständen sagen, daß er mit diesem Reichstag nicht zu regieren vermöge, besonders da es sein Wille sei, die Revolution zu schließen. „Indem die Völker Oesterreichs", schloß das Manifest, „von dem Kaiser eine Verfassung erwarten, welche nicht blos die in Kremsier vertretenen Länder, sondern das ganze Reich im Gesammtverbande umschließen solle, sei das Verfassungswerk über die Grenzen des Berufs dieser Versammlung hinausgetreten."

Es wäre ungerecht, die Hauptthätigkeit des Reichstages, den Verfassungsentwurf, deshalb zu ignoriren, weil dieser nicht ins Leben trat. Immerhin war es noch viel, daß diese bunte, wirre, von Haus aus zerklüftete Versammlung ein solches legislatorisches Werk zu Stande brachte, dessen Grundgedanken und einzelne Theile sogar vorzüglich sind. Um so mehr verdient diese Haupt-

arbeit des ersten österreichischen Parlaments eine Berücksichtigung, als die Zukunft lehrte, daß man derselben die praktische Bedeutung nicht absprach und Vieles daraus elf Jahre später von der Regierung wieder benutzt wurde.

Die österreichische Verfassungsurkunde,[31]) wie sie der constituirende Reichstag im Jahre 1848/49 für die deutsch-slavischen Kronländer entworfen hat, erklärt das Kaiserthum Oesterreich für „eine untheilbare constitutionelle Erb-Monarchie," und sollte für Böhmen, Galizien, Dalmatien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, das Küstenland und die Bukowina, also weder für Ungarn nebst den sogenannten Nebenländern, noch für die italienischen Provinzen gelten. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Die gesetzgebende Reichsgewalt wird vom Kaiser gemeinschaftlich mit dem Reichstage, die jedem Lande

[31]) Diese Verfassung ist die Arbeit des Constitutions-Ausschusses des ersten österreichischen Reichstages, welchem angehörten: Feifalik, als Vorsitzender; Pinkas, Stellvertreter; Mayer, Berichterstatter, und die Mitglieder Cavalcabó, Filippi, Fischhof, Goldmark, Gobbi (später Vlach), Goriup, Halter, Hein, Jachimowicz, Kautschitsch, Krainz, Lasser, Laufenstein, Madonizza, Miklosič, Palacký (später Strobach), Pfretschner, Petranovich, Plencovich, Ratz, Rieger, Scholl, Smolka, Turco, Vacano, Violand (später Brestel), Ziemialkowski.

überlassene gesetzgebende Gewalt vom Kaiser als Landesoberhaupt gemeinschaftlich mit dem Landtage oder dem Kreistage ausgeübt. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, hat jeder Theilnehmer an der gesetzgebenden Gewalt. Die authentische Auslegung der Gesetze gebührt nur der gesetzgebenden Gewalt. Die vollziehende Gewalt steht dem Kaiser allein zu, und wird durch verantwortliche Minister ausgeübt. Die richterliche Gewalt wird im ganzen Reiche nach gleichen Gesetzen von unabsetzbaren Richtern im Namen des Staatsoberhauptes gehandhabt.

Die österreichische Kaiserkrone ist nach dem Grundsatze der pragmatischen Sanction vom Jahre 1713 im Hause Habsburg-Lothringen erblich. Die dem Kaiser zustehenden Rechte und Gewalten sind durch die Constitution festgestellt. Die Person des Kaisers ist geheiligt und unverletzlich; er ist für die Ausübung der Regierungsgewalt nicht verantwortlich. Der Kaiser legt nach erfolgter Annahme dieser Constitution und jeder Nachfolger unmittelbar nach seinem Regierungsantritte vor dem versammelten Reichstage folgenden Eid ab: „Ich schwöre, die Constitution des Reiches unverbrüchlich zu halten, und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. So wahr Mir Gott helfe.“ Kein Regierungsact des Kaisers hat Kraft, wenn er nicht von einem Minister gegengezeichnet ist. Die Gegenzeichnung macht

den Minister für diesen Act verantwortlich. Der Kaiser ernennt und entläßt die Minister, und besetzt alle Staatsämter unter Beobachtung der durch die Constitution und die Gesetze festgestellten Bestimmungen. Er führt den Oberbefehl über die Land- und Seemacht. Der Kaiser sanctionirt die Gesetze, macht sie bekannt, und trifft die zu deren Vollziehung nöthigen Anordnungen, ohne jemals diese Gesetze suspendiren oder Einzelne von deren Befolgung befreien zu können. Der Kaiser erklärt den Krieg, schließt Bündnisse, Friedens- und Handelsverträge, und bringt sie, sobald es thunlich ist, unter Beifügung der nöthigen Mittheilungen zur Kenntniß des Reichstages. Handels- und alle anderen Staatsverträge, welche den Staat belasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auflegen, treten erst dann in Kraft, wenn sie die Zustimmung des Reichstages erhalten. Der Kaiser eröffnet und schließt den Reichstag. Er hat das Recht, denselben auch außer der bestimmten Zeit zusammenzuberufen, zu vertagen und entweder eine oder beide Kammern aufzulösen.

Nach jedem Regierungsantritte wird die Civilliste des Kaisers für seine ganze Regierungsdauer durch den Reichstag festgesetzt. Apanagen und Ausstattungen der Mitglieder des Kaiserhauses werden von Fall zu Fall durch ein Gesetz bestimmt. Im Falle des Ablebens des Kaisers hat der Reichstag innerhalb vier,

wenn aber eine oder beide Kammern aufgelöst sind, längstens binnen sechs vom Todestage des Monarchen zu berechnenden Wochen zusammenzutreten. Vor Ablegung des Constitutions-Eides kann der neue Monarch keine Regierungsgewalt ausüben.

Die Leitung der Reichsregierung liegt dem Reichsministerium ob. Die Minister sind für ihre Amtsführung verantwortlich. Kein Mitglied der kaiserlichen Familie und Niemand, der nicht österreichischer Staatsbürger durch Geburt ist, kann Minister werden. Der Kaiser kann die Minister der Verantwortlichkeit nicht entheben. Die Minister können nur durch einen Kammerbeschluß in Anklagestand versetzt werden, und zwar wegen jedes Mißbrauches ihrer Amtsgewalt, insbesondere aber wegen Verletzung der Verfassung, wegen Hochverrath oder Bestechung. Der Kaiser kann einen vom obersten Reichsgerichte verurtheilten Minister nur auf Anlangen der anklagenden Kammer begnadigen. Der Reichstag besteht aus zwei Kammern, der Volks- und der Länderkammer. Der Reichstag tritt regelmäßig jedes Jahr am fünfzehnten des Monats März zusammen, wenn ihn der Kaiser nicht früher einberuft. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich.

Nur durch Uebereinstimmung beider Kammern kommt ein Reichstagsbeschluß zu Stande. Ertheilt der Kaiser einem Reichstagsbeschlusse die Sanction, so

tritt derselbe als Reichsgesetz in volle Kraft. Wird die Sanction nicht ertheilt, so darf derselbe Gesetzvorschlag in der nämlichen Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden. Die Erklärung der Krone über die Sanction eines Reichstagsbeschlusses muß jedenfalls vor dem Schlusse der Sitzungsperiode erfolgen, in welcher er gefaßt wurde. Wird derselbe Gesetzesvorschlag in der folgenden ordentlichen Jahressession abermals unverändert angenommen und wieder nicht sanctionirt, so muß der Reichstag aufgelöst werden. Nimmt der neu zusammentretende Reichstag denselben Gesetzesvorschlag wieder unverändert an, so darf die kaiserliche Sanction nicht verweigert werden.

Die Volkskammer besteht aus 360 Abgeordneten. Die im Wahlgesetze zu bestimmenden größeren Orte sammt ihrem Weichbilde senden achtzig, die übrige Bevölkerung aber zweihundertachtzig Abgeordnete. Das active Wahlrecht steht jedem österreichischen Staatsbürger zu, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, sich im vollen Genusse der staatsbürgerlichen Rechte befindet und eine directe Steuer in dem vom Wahlgesetze bestimmten Minimum entrichtet, oder einen Pacht- oder Miethzins zahlt, von welchem eine directe Steuer gleichen Betrages entfällt. Das im Wahlgesetze festzustellende Minimum der directen Steuer darf den Betrag von fünf Gulden Conventions-Münze nicht übersteigen.

Die Wahlen geschehen direct und mit einer relativen Stimmenmehrheit von wenigstens einem Viertheile der Stimmenden. Die Erfordernisse des passiven Wahlrechtes (der Wählbarkeit) sind: das österreichische Staatsbürgerrecht; der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte; ein Alter von wenigstens 28 Jahren, und der ordentliche Wohnsitz von wenigstens einem Jahre im Reiche. Die Legislatur-Periode der Volkskammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Die Länderkammer besteht: aus je sechs Abgeordneten jedes einzelnen Reichslandes, welche durch die Landtage gewählt werden, und aus je einem durch den Kreistag zu wählenden Abgeordneten jedes Kreises der Länder, welche aus zwei oder mehreren Kreisen bestehen. Die Abgeordneten der Länderkammer werden auf sechs Jahre gewählt. Alle drei Jahre hat die Hälfte der Abgeordneten eines jeden Reichslandes und die Hälfte der Kreisabgeordneten auszutreten. Als Abgeordneter in die Länderkammer ist derjenige wählbar, welcher die Erfordernisse der Wählbarkeit in den Landtag und das 33. Lebensjahr vollendet hat.

Jedes Reichsland hat das Recht, einen eigenen Landtag abzuhalten. Die durch constituirende Landtage festzustellenden Landesverfassungen treten erst dann in Kraft, wenn sie von der gesetzgebenden Reichsgewalt bestätigt worden sind. Dasselbe gilt auch von einer später vorzunehmenden Revision der Landesver-

fassung; jedoch darf diese Bestätigung vom Reichstage nicht verweigert werden, wenn die Bestimmungen derselben mit den in der Reichsconstitution aufgestellten Grundsätzen nicht im Widerspruche stehen. Zur selbstständigen gesetzgebenden Gewalt der Landtage gehören: 1. Das Landesfinanzwesen: die Verfügung mit den Landesfonds und Landesgütern; die Landesauflagen zur Deckung der Landesausgaben; das Landesschuldenwesen; die Festsetzung des jährlichen Landesbudgets; die Abnahme, Prüfung und Erledigung der Landesrechnungen. 2. Politische Landes-Angelegenheiten: die Beförderung der Künste und Wissenschaften; die Ueberwachung der frommen Stiftungen; das Armenwesen, die Kranken- und Humanitäts-Anstalten; Gesinde-, Feuerlösch- und Bau-Ordnungen. 3. Staatswirthschaftliche Angelegenheiten: die Hebung der Urproduction, des Gewerbfleißes und des Verkehres im Innern des Landes; die Errichtung von Sparkassen, Leihanstalten und Hypothekenbanken; das Landes-Communications-Wesen durch Straßen und Canäle, dann Flußregulirungen und sonstige Wasserbauten; öffentliche Bauten zu Landeszwecken.

Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr vorhinein veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz, welches die Volkskammer allein votirt, festgestellt.

Reichssteuern und Abgaben dürfen nur, insoweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. In Betreff der Steuern und Abgaben kann kein Privilegium eingeführt, eine Befreiung oder ein Nachlaß aber nur durch ein Gesetz bestimmt werden. Die Aufnahme von Staatsanlehen, sowie Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates, findet nur auf Grund eines Gesetzes statt.

Ueberschreitungen des Staatsvoranschlages dürfen nur über motivirte, von dem Gesammtministerium gegenzeichnete, gehörig kundgemachte Verordnungen geschehen, und sind dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritte zur Genehmigung vorzulegen. Die allgemeine Reichsrechnung muß jährlich nebst einer Uebersicht der Staatsschulden dem Reichstage vorgelegt und die Entlastung der Reichsregierung erwirkt werden. Die Reichsländer dürfen zur Bestreitung der Auslagen für Landeszwecke eine Auflage, welche eine Bewachung oder Controlle an den Grenzen der Reichsländer gegen einander oder gegen die Nachbarstaaten nothwendig macht, nur über Genehmigung der gesetzgebenden Reichsgewalt bewilligen.

Die Organisation der Land- und Seemacht, sowie die Art ihrer Ergänzung, wird durch ein Reichsgesetz bestimmt, welches auch die Art der Beförderungen zu regeln hat. Die Stärke der Land- und See-

macht und deren Ergänzungen wird durch ein Reichsgesetz, und zwar immer auf die Dauer eines Jahres festgesetzt. Zur Verwendung von Truppen fremder Staaten ist die Zustimmung des Reichstages erforderlich, welche auch eingeholt werden muß, wenn fremde Truppen das Staatsgebiet betreten oder durch dasselbe ziehen sollen. Die Nationalgarde muß wenigstens in allen Orten von tausend oder mehr Einwohnern bestehen. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civilbehörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden.

Die Constitution kann weder ganz noch theilweise aufgehoben werden; nur in Fällen des Krieges oder Aufruhrs, und nur von der verantwortlichen Regierungsgewalt, mit Zustimmung der legislativen Gewalt, oder, falls diese einzuholen unmöglich wäre, gegen nachträgliche Rechtfertigung vor derselben, darf eine theilweise Suspension der constitutionellen Rechte verfügt werden. Unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen dies geschehen dürfte, hat ein besonderes Gesetz zu bestimmen. —

Diese Verfassung war durchaus von demokratischem Geiste erfüllt. Die einzelnen Kronländer erhielten darin ihre Selbstverwaltung und die Centralgewalt, welche sie alle vereinigen sollte, war das Volks-

haus, eine demokratische Institution, deren Executive das Reichsministerium sein sollte. In wieweit diese Verfassung auf dem Boden der Thatsachen stand und die Eigenthümlichkeiten der österreichischen Monarchie berücksichtigte, geht daraus hervor, daß sie den Dualismus in Oesterreich sanctionirte und nur für die deutsch-slavischen Länder bestehen sollte, während Ungarn mit seinen zugehörigen Theilen sich in besonderer Verfassung als politisch coordiniter Körper bewegen würde. Darin lag das Practische der Verfassung und das heilsame, tactvolle Umgehen von Experimenten, welche nach jahrelanger Mühe doch wieder eingestellt werden mußten. Den Dualismus wird man in Oesterreich nie auszurotten vermögen, und stets wird geographisch, ethnographisch und politisch eine östliche und eine westliche Hälfte der Monarchie bestehen.

Dies lag aber nicht in der Absicht Schwarzenberg's, dessen neuer, kühner Plan vorzüglich in der Centralisation des Reichs, freilich noch nach moderirten Grundsätzen, sich gipfelte. So wie der Reichstag gesprengt wurde, war der Bruch mit der Demokratie, also auch mit dem mühselig geschaffenen Werk des Parlaments erklärt.

Das neue Ministerium der That zögerte nicht an Stelle des gewaltsam abgeschafften Werkes sein eigenes, nach den neuen Principien gebautes in die eingerissene Lücke zu setzen, hoffend, diese schnell und

wohlthätig damit zu füllen. Diese Ueberraschung erfolgte an demselben Tage, an dem das Manifest erschien, welches die Sprengung des Reichsraths zu motiviren suchte. Manifest, wie dessen Adnex, die octroyirte Verfassung vom 4. März 1849, erwies sich sonach als eine seit dem Antritt des neuen Ministeriums still vorbereitete Sache. Es schien, als habe man im Cabinet nur so lange mit den Hauptschlägen gegen den Reichstag und dessen Grundsätze gezögert, bis die Arbeiten der Octroyirung vollendet waren.

Diese Schwarzenberg'sche Verfassung vom 4. März weicht daher im Prinzipe wesentlich von der des Reichstages ab, und wiewohl sie gleichfalls eigentlich nie ins Leben trat, so bot sie ihrerseits doch auch der Zukunft nicht zu verachtendes Material, und eine andeutungsweise Vergleichung derselben mit der von 1848 wird erweisen, in wieweit man in späterer Zeit beide Entwürfe und beide Grundsätze zu verschmelzen suchte.

Die octroyirte Reichsverfassung „für das einige und untheilbare Kaiserthum Oesterreich" sah von Hause aus alle Kronländer nicht mehr als selbstständige politische Gruppen an, sondern als „Provinzen des Reichs", deren Autonomie eine lediglich administrative sein sollte. Der Umstand, daß man Salzburg, Schlesien und die Bukowina als eigene Kronländer aufstellte, während sie bisher nur Theile solcher waren, ist dabei nur

in sofern von Bedeutung, als man dadurch die Macht der größeren Kronländer schmälern und ihnen Gegengewichte bereiten wollte. Auch Ungarn, welches sich bereits als eine selbstständige Republik constituirt hatte und dessen personeller Verband mit der Kaisermonarchie allein die rechtliche Bedingung war, unter der es von jeher zu Oesterreich gehörte, wurde durch diese Verfassung zu einer bloßen Provinz degradirt, seine politische Autonomie vernichtet — vorläufig zwar nur auf dem Papier; aber nach dem Sieg der Waffen konnte die Thatsache nicht ausbleiben. Wien allein sollte die Centralhauptstadt der ganzen Monarchie sein, diese selbst ein einziges Zoll- und Handelsgebiet, wodurch die Zollschranken an der Leitha aufgehoben wurden. Die nebenher verbürgte Selbstständigkeit der einzelnen Kronländer bedeutete wenig, da sie ausdrücklich nur mit der Beschränkung gegeben wurde, welche die Reichsverfassung feststellte.

Aehnlich wie der Verfassungsentwurf des Reichstages bestimmte die Schwarzenberg'sche Verfassung einen Reichstag für den Staat als Ganzes und Landtage für die einzelnen Landesangelegenheiten. Der Reichstag sollte aus zwei Kammern bestehen und alljährig in Wien tagen. Das Oberhaus war aus Abgeordneten, welche für jedes Kronland von dessen Landtage gewählt würden, zu bilden, und seine Mitgliederzahl sollte die Hälfte von der des Abgeordnetenhauses sein.

Jedes Kronland hatte zwei seiner Landtagsmitglieder als Abgeordnete zum Reichstage zu senden; die übrige Zahl wird nach dem Verhältnisse der Bevölkerung unter alle Kronländer vertheilt und von den Landtagen nur aus jenen Reichsbürgern gewählt, die im Reiche nicht unter 500 fl. Steuer zahlen. Also eine eigentliche Pairskammer, Virilstimmen und Ständevertretung gab es noch nicht. Das ganze Oberhaus sollte noch immer aus der, wenn auch indirecten Wahl hervorgehen.

Die Bestimmungen bezüglich des Unterhauses entsprachen diesen demokratischen Grundsätzen, auf welchen der Schwarzenberg'sche Entwurf noch immer beruhte. Es war direct zu wählen, auf je 100.000 Seelen kam ein Abgeordneter. Wählbar war Jeder, der wahlberechtigter Staatsbürger seit wenigstens 5 Jahren und mindestens 30 Jahre alt war. Beide Häuser konnten Gesetze vorschlagen.

Von Interesse sind noch die Bestimmungen über die Landtage. Jedes Kronland erhielt in dem Entwurf seinen Landtag; Ungarn, Croatien, Siebenbürgen und die Militairgrenze sollten eigene Statuten erhalten; die ständischen Verfassungen außer Wirksamkeit treten. Die Landtagsabgeordneten waren direct zu wählen. Jeder Landtag hatte das Recht, an der Gesetzgebung in Landesangelegenheiten Theil zu nehmen, Gesetze vorzuschlagen und die Ausführung der eingeführten zu überwachen.

Sonst wurden noch bestimmt: ein Reichsrath an der Seite der Krone, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren und Einführung von Schwurgerichten; ferner ein Reichsgericht als Schiedsgericht bei Streitigkeiten zwischen dem Reiche und den einzelnen Kronländern.

Im Ganzen genommen war sonach diese octroyirte Verfassung von freisinnigem Geiste getragen — so sehr, daß man sich später wohl hütete, eine neue Verfassung nach diesem Muster zu geben. Es war Schwarzenberg's Gedanke, dem Reiche durch des Kaisers Gnade eine Verfassung zu geben; — mehr wollte er vorläufig nicht der Revolution entwinden, als ihr Selbstbestimmungsrecht. Die Krone sollte geben, hochherzig und freisinnig. Wie gefährlich aber die Versuchung wurde, in diesen „gnädigsten Geschenken" fortzufahren, das sollte nur zu bald ersichtlich werden. Unwillkürlich wurde Schwarzenberg von der Reaction, welcher er den Boden gab, zurückgedrängt, und mehr und mehr durch die Rückwirkungen der äußeren politischen Erfolge aus dem Constitutionalismus hinausescamotirt.

Sechster Abschnitt.

Der Krieg in Italien 1849.

Die Politik der That. — Die Lage in Italien. — Die Hoffnungen und Zustände Sardiniens. — Radetzky in Mailand. — Die Lombardei. — Der Waffenstillstand. — Aufkündigung desselben. — Vorrücken der Oesterreicher nach Piemont. — Aufstellung der Piemontesen. — Schlacht bei Mortara. — Schlacht bei Novara. — Flucht der Piemontesen. — Carl Albert's Abdankung. — Radetzky und Victor Emanuel. — Die Friedensverhandlungen. — Pacification Italiens. — Die Lombardei. Brescia. — Toscana. — Genua. — Livorno. — Die Expedition nach Rom. — Eroberung Anconas und Bolognas. — Eroberung Venedigs. — Roms Fall. —

Läugnen konnte man nicht, daß ein großer Theil der Schuld an den Niederlagen und halben Erfolgen in der österreichischen Politik des Jahres 1848 der Schwäche und Rathlosigkeit in den Wiener Regierungskreisen zuzuschreiben war. Die Ehre wie die Gefahr der Selbsterhaltung erheischten gebieterisch eine kräf-

tige Politik, und dazu war Fürst Felix Schwarzenberg der geeignete Mann. Der Krieg in Italien, die Revolution in Ungarn, die Calamitäten in Deutschland, namentlich das Verhältniß zu Preußen und dem Frankfurter Parlament, waren gewichtige Aufgaben, welche an ihn herantraten und die im Sinne des Programms vom 27. November gelöst werden mußten, ebenso wie die Aufgaben der inneren Politik. Die Revolution mußte überall niedergeworfen werden — die Reaction siegen.

Zuvörderst war Italien das Feld dieser Politik. Hier waren seit dem siegreichen Zurückwerfen der Piemontesen aus der Lombardei und dem Abschluß des Waffenstillstands zwar keine weiteren militairischen Thaten vorgefallen, aber doch eine Menge von Ereignissen, welche belehrten, daß die Revolution auf der Halbinsel keineswegs zu Ende sei, sondern sich zu einem letzten verzweifelten Kampf rüste.

Allerdings befanden sich die Oesterreicher in viel glücklicheren Positionen als im Jahre zuvor. Sie hatten die Lombardei inne und Parma ebenso wie Modena, dessen Herzog sie zurückgeführt, besetzt. Die Reaction in Neapel, wiewohl noch eifrig mit der Niederwerfung Siziliens beschäftigt, bot ihnen gleichfalls die Hand, und konnte sie auch keine active Hilfe geben, so war sie doch, was früher nicht der Fall war, ein Feind mehr gegen die Revolution.

Dagegen hatte diese in ihrer Leidenschaft die Extreme erreicht. Der Großherzog von Toscana, trotzdem er seither mit der Revolution gegangen, war verjagt worden, weil man wohl nicht ohne Unrecht vermuthen konnte, er, als ein österreichischer Prinz, werde gewiß mit den an seinen Grenzen stehenden Oesterreichern gemeinsame Sache machen. Ebenso war der Pabst, der mehr und mehr der Reaction anheimfiel und aus einem Urheber nun ein Feind der Nationalerhebung geworden, nach Gaeta entflohen, und Rom, von Mazzini beherrscht, war zu einer Republik erklärt worden. In Sardinien selbst bändigte das Unglück Carl Albert's, und die Ueberzeugung, daß er den letzten Waffenzug gegen die Oesterreicher allein noch führen werde, die Leidenschaften. Aber gerade hier war das Hauptquartier der Revolution aufgeschlagen worden, und der König, gereizt überdies durch seine Niederlage, brannte danach den Krieg von Neuem zu beginnen. Es fehlte freilich an Vielem, und namentlich, wenn man die jetzige Macht Radetzky's in Anschlag brachte, war Carl Albert, geschlagen, seit einem Jahr mit unsicheren und jetzt bescheidenen Mitteln versehen, in der mißlichsten Lage. Vernunft und Klugheit hätten wohl rathsam erscheinen lassen, dem Krieg ein ehrenvolles Ende zu geben; aber dieses ehrenvolle Ende war ohne einen neuen Erfolg der Waffen nicht denkbar. Zudem war die Revolution viel zu

mächtig und leidenschaftlich, um den König, der an ihrer Spitze stand und sein Geschick durch die seitherigen Handlungen mit den ihrigen unauflöslich verknüpft hatte, frei zu geben, selbst wenn Carl Albert der Mann gewesen wäre, seine Demüthigung zu verwinden. Das Volk in Piemont selbst war zu mächtig erregt, zu sehr erfüllt von dem schönen Traume des Besitzes Norditaliens, zu hoffnungsvoll noch für die Zukunft, als daß die Friedenspartei dieser öffentlichen Stimme gegenüber hätte Boden gewinnen können. Die piemontesische Armee zeigte sich noch am gemäßigtesten, mindestens in ihren Spitzen. Keiner der Generale fühlte sich bedeutend genug, die oberste Stelle einzunehmen und die furchtbare Verantwortung auf sich zu nehmen, durch eine neue Niederlage das Geschick des Vaterlandes preis zu geben. Auch waren, und erklärlicher Weise, die Sympathien für die undankbaren Lombarden, die Begeisterung für die Nationalerhebung unter den piemontesischen Truppen geschwunden: sie hatten tapfer gefochten und ihr Blut verspritzt — der Lohn waren Vorwürfe und Schmähungen gewesen, als sie vom Unglück geschlagen worden. Aber die eigene Ehre der Armee war gegen Oesterreich auszufechten, und diese Schuldigkeit zu thun, davon waren alle Truppen Carl Albert's erfüllt. Des Königs Ehrgeiz lebte überdies noch mächtig; er konnte sich nicht denken, die Lombardei gänzlich wieder zu verlieren, und um ihren Be-

sitz war dieser Mann von pointirtestem Ehrgefühl bereit, Krone und Leben aufs Spiel zu setzen. Frankreich und England, sowie die Sympathien ganz Europas waren für Carl Albert und die Revolution in Italien. Das war unter allen Umständen ein Rückhalt von Bedeutung, der einerseits Oesterreich imponirte, andererseits Piemont die Ueberzeugung gab, daß es selbst nach einem nochmaligen Waffenunglück nicht schlimmer kommen könne, als es war, und England sowohl wie Frankreich nie dulden würden, daß Oesterreich trotz seiner Siege in Italien mehr erwerbe, als es bisher besaß, und daß am allerwenigsten Piemont Gebietstheile einbüßen könnte.

In Erwägung aller dieser Umstände war man daher in Carl Albert's Lager nicht gewillt, aus dem Waffenstillstande einen Frieden werden zu lassen. Man wollte vor Allem nur Zeit gewinnen, um zu rüsten, und rüsten, um noch einmal, vielleicht unterstützt von Frankreich, einen letzten Entscheidungskampf mit Oesterreich auszufechten.

Radetzky seinerseits saß in Mailand voller Sorgen und Arbeit. Die Nachrichten aus Wien bis zum Oktober 1848 waren trostlos genug und bewiesen, daß dem Ministerium gar nichts daran lag, nachdem einmal die Waffenehre gerettet und die Lombardei wieder gewonnen war, sich in einen neun Krieg mit Piemont und der Revolution, vielleicht gar mit Frankreich und

England zu stürzen. Letzteres hatte ganz unumwunden erklärt, daß es Italien nicht fallen lassen werde. Was konnte man also durch einen neuen Kampf noch mehr gewinnen? So war man denn in Wien sehr friedfertig und schien danach zu handeln, dem Feuereifer Radetzky's und seiner siegesübermüthigen Umgebung einen Dämpfer aufzusetzen. Damals war noch die revolutionaire Idee kräftig in der Regierung vertreten, und diese fürchtete deshalb instinctartig das moralische Uebergewicht einer durch Triumphe berauschten Armee, welche natürlich auch in der Politik zuletzt ihr Wort gesprochen haben würde.

Unter solchen Umständen war Radetzky als Sieger in Mailand nicht in der angenehmsten Lage, zumal die Verhältnisse in dem wiedereroberten Lande die allerübelsten waren. Sowie die Oesterreicher wieder factische Herren des Landes waren, brach auch der alte italienische Haß aus, und die Beschämung über die Undankbarkeit gegen Carl Albert rief von Neuem die lebhaftesten, und diesmal schon intensiveren Sympathien für Piemont wach. Die Revolution, seither activ aufgetreten, machte jetzt von den noch furchtbareren Waffen der Passivität Gebrauch. Radetzky, der Sieger, lebte wie auf einem großen Kirchhof; die Menschen um ihn, die Italiener schienen nicht zu leben. Es fanden sich keine Beamten,[32]) keine Dienstwillige.

[32]) Erinnerungen eines österr. Veteranen. II. 161 ff.

Jedermann in Mailand und in den anderen Städten des eroberten Landes beugte sich unter dem Martialgesetz, aber trotz dem that Niemand mehr, als daß er Nichts that. Es half nicht Strenge, nicht die versöhnende Milde Radetzky's, nicht abschreckende Beispiele, noch Nachsicht — die Italiener protestirten stumm gegen die österreichische Herrschaft, indem sie sie ignorirten. Was half ein Land, wo man jeden Metzen Mehl mit Exekution eintreiben mußte, wo selbst die Habsucht und die Existenzfrage der Menschen nicht den Haß gegen die Herrscher besiegen konnten? Der Adel war entflohen und residirte in Piemont; ganze Ortschaften waren menschenleer — welch' eine Eroberung, welch' ein Dasein, kaum mit ungeheuren Opfern an Geld und Materialien für eine Armee möglich zu machen!

Der Feldmarschall hatte, um sich selbst im Lande besser zu situiren, einen Generalpardon erlassen, den er mehrmals verlängerte; ferner eine Amnestie für alle Ausgewanderten. Vergeblich, fast Niemand machte davon Gebrauch. Milde zu sein war unter solchen Umständen nur Klugheit, denn Strenge hätte nichts besser, nur Alles schlechter machen können. Radetzky litt unter den vollständig derangirten Finanzverhältnissen Oesterreichs. Das Silber war verschwunden, das österreichische Papier nahm kein Mensch in Italien, die Hilfsquellen in der Lombardei waren entweder versiegt, wollte man darunter nicht Contributionen verste-

hen, die während der Waffenruhe nicht gut erhoben werden konnten, oder nicht auszunutzen, die Steuern gingen nicht ein. Radetzky legte nun den im Auslande lebenden Lombarden und Venetianern eine Art Kriegscontribution auf, um sie zur Rückkehr zu zwingen oder von ihrem Vermögen zu zehren. Die Maßregel war nicht möglich durchzuführen. So machte der alte Feldmarschall denn auch Papiergeld auf eigene Hand, Tresorscheine, an welchen zwanzig Prozent verloren wurden. Aber mindestens besaß man nun Geld Um dieses düstere Bild zu ergänzen darf man die Thatsache nicht verschweigen, daß die Armee Radetzky's einen ungeheuren Krankenstand besaß. In der Mitte des August 1848 zählte man 24.000 Kranke, also nahezu ein Drittheil der ganzen Armee.[33])

Unter solchen Umständen war Radetzky in Italien sehr übel daran. Er hätte am liebsten den Krieg zu Ende geführt, um sich eine erträgliche Situation zu schaffen; aber es fehlten ihm die Mittel, und er konnte es sich nicht verhehlen, daß die Erschöpfung des Feindes sein Glück war. Der glänzende Marsch auf Mailand mit aller Macht hatte die Piemontesen über die Beschaffenheit und Stärke der Armee getäuscht. Andererseits war der zweifelhafte Zustand zwischen Krieg und Frieden noch lästiger für die Armee des Feldmar-

[33]) Erinnerungen II. 167.

schalls; aber die Nothwendigkeit gebot, diese Last mit einem gewissen Anstand des Siegers, mit der Miene der Großmuth zu ertragen.

Frankreich und England hatten unterdessen auch ihre Vermittelung angetragen, und es waren Conferenzen in Brüssel angesetzt worden, in denen über den Frieden verhandelt werden sollte.. Aber die Politik Oesterreichs war bereits unter der Leitung des Fürsten Schwarzenberg, welcher seine Kraft aus dem Eindruck glänzender Thaten schöpfen wollte. Er beschickte die Conferenzen in Brüssel gar nicht, weil vorauszusehen war, daß Piemont daselbst die Oberhand haben würde. Ihm lag an einem Kriege, aus dem Oesterreich vollständig als Sieger hervorginge. Nur des Angriffs wollte er sich begeben, um Frankreich und England von einer Intervention in Italien abzuhalten. Er wußte, daß Piemont zuletzt selbst den Waffenstillstand kündigen mußte, und dadurch stand er in dem günstigen Falle, die Herausforderung annehmen zu müssen. Dieser diplomatischen Tactik gegenüber mußte Radetzky sich fügen; er war bis zu dem Moment, da der Feind den Waffenstillstand kündigte, zur aufreibenden und doch auch wieder zu den Rüstungen so nöthigen Ruhe verdammt.

Piemont seinerseits rüstete mit gewaltigen Anstrengungen, um in die Offensive überzugehen. Gioberti war Leiter der Politik geworden, und mit ihm trat die

entschiedene, aber gemäßigte Kriegspartei ans Ruder. Die Armee wurde ergänzt, vermehrt und nach den Erfahrungen des letzten Feldzuges reorganisirt. Chrzanowski, ein Pole, und als Stratege nicht ohne Talent, übernahm die Leitung der Armee im Namen des Königs. Gioberti suchte einen kühnen Handstreich zu führen, indem er in Toscana, wo die republikanische Wirthschaft hauste, interveniren wollte; er sandte La Marmora mit einer Division dahin ab, ließ sie aber an der Grenze Toscanas stehen, als von Florenz aus Proteste gegen diese Intervention einliefen.[34]) Glücklicher waren die Oesterreicher mit ihrem Handstreich auf Ferrara, welches Haynau, der im Venetianischen sein furchtbares Regiment führte, brandschatzte und wegen einer versuchten Insurrection die Soldaten-Herrschaft in seinem Sinne dort einige Tage ausüben ließ.

Dies waren die ersten militairischen Bewegungen auf beiden Seiten, welche der Erneuerung des Krieges voraus gingen.

Man konnte nicht läugnen, daß im Laufe des Winters die Umstände sich mehr und mehr zu Ungunsten Piemonts gestaltet hatten. Die Mazzinische Republik in Rom und der Mazzinismus in andern Theilen Italiens hatten der Nationalsache, für die Piemont arbeitete, in der öffentlichen Meinung vielfach geschadet.

---

[34]) Bruna, Im Heere Radetzky's. 153. ff.

Frankreich war seit der Präsidentschaft Louis Napoleon's eher feindlich, denn freundlich gegen Italien gesinnt, und auch England ermuthigte, angesichts der Umstände, in Turin nicht mehr zum Kampf, ja rieth dringend davon ab. Aber die Sachen waren zu weit gediehen, um Piemont zurücktreten zu lassen und so beschloß das Ministerium Gioberti die Aufkündigung des Waffenstillstandes, den Kampf mit Radetzky, der inzwischen sich gut gerüstet und längst für entscheidende Schläge vorbereitet hatte, während man piemontesischer seits noch keinen eigentlichen Plan gefaßt hatte. Die Piemontesen hatten jetzt etwa eine Stärke von 90,000 Mann, die Oesterreicher unter Radetzky 70,000 Mann; nur ist zu bemerken, daß die piemontesische Armee zur Hälfte aus Recruten und zweifelhaften Elementen bestand.

Am 16. März 1849 traf ein piemontesischer Major mit der Kündigung des Waffenstillstandes in Mailand ein. Auffallend genug geschah dieselbe von Seiten des Ministeriums und von keiner militairischen Behörde oder Person. Sie war zugleich eine Anklage gegen Oesterreich, die in manchen Punkten nicht Unrecht hatte; so darin, daß Oesterreich die angesetzten Conferenzen in Brüssel nicht beschickt, daß es die Herzogthümer Modena und Parma mit Waffengewalt besetzt und Venedigs Belagerung fortgeführt hatte. Es waren dies allerdings lauter Anklagen, welche leicht zu

rechtfertigen waren und denen man andere entgegenstellen konnte.[35]

Radetzky war erfreut über diese endliche Befreiung vom Zwange; seine Soldaten, der trägen und aufreibenden Ruhe satt, jubelten, als er ihnen die Mittheilung von der Erneuerung des Kampfes machte. „Vorwärts," also schloß der Tagesbefehl vom 12. März, „Soldaten, nach Turin! lautet die Losung, dort finden wir den Frieden, um den wir kämpfen!" In einer Art Manifest kritisirte dann Radetzky in leidenschaftlichen Worten die Handlungsweise seines Gegners, übermüthig genug, diesen selbst. Andere Erlässe forderten die Bewohner bei Androhung strenger Ahndung zur Ruhe auf.

Auch in Turin war großer Jubel, daß der Krieg wieder seinen Anfang nahm. Die Stunde der Entscheidung war da und im Allgemeinen hofften Alle auf eine glückliche Wendung des Kriegsglückes. Der König brannte nach dem Kampfe mit einer Art von Verzweiflung; er hatte sich bereits des Schlimmsten vorgesehen. „Meine Herren," sagte er, als der Krieg erklärt war, zu den Gesandten Frankreichs und Englands, „der Krieg ist der Wunsch der Nation; ich muß mich diesem Wunsche fügen, will ich nicht meine Krone gefährdet sehen. Ich beginne den Krieg, um der Republik zu entgehen. Wenn Sie, meine Herren, mir

[35] Hackländer, Bilder aus dem Soldatenleben. I. 30.

nicht die Versicherung geben können, daß Ihre Regierungen mir meinen Thron garantiren, so darf ich nicht länger zögern, das letzte Mittel zu ergreifen, das mir übrig bleibt — den Krieg!"

Der Armeebefehl Chrzanowsky's an die piemontesische Armee, gleichfalls vom 12. März, athmete Siegesgewißheit. Eine Proclamation des Prinzen Eugen von Savoyen rief die waffenfähige Mannschaft der Lombardei und Venedigs unter die piemontesischen Fahnen, denn noch immer betrachtete man die Lombardei als zu Piemont gehörig, und in Turin tagte eine lombardische Consulta, gewissermaßen ein Parlament, aus den Flüchtlingen zusammengesetzt.

Am 18. März brach Radetzky von Mailand auf. Um die Bewohner zu täuschen, zog er anfangs mit seiner Armee auf der Straße nach Lodi, und daher entstand das Gerücht, welches noch tagelang in Piemont Glauben fand, der Feldmarschall habe sogleich den Rückzug angetreten, um den Feind erst an der Adda zu erwarten. Radetzky jedoch hatte sich nach den ersten Stunden des Marsches nach dem Ticino gewendet und schlug am Abend des 18. bereits sein Hauptquartier in St. Angelo auf.

Die ganze Armee rückte nun nach dem Ticino; am 20. war Radetzky in Pavia mit 60 Bataillons, 40 Schwadronen und 181 Geschützen. Das erste Armeecorps stand bei Mirabello, das zweite in Pavia, das dritte bei Motta, das vierte bei Belgiojoso, das Reservecorps bei Fossarmato.

Eine Brücke wurde über den einen Arm des Ticino bei Pavia geworfen. Der Waffenstillstand war am Mittag des 20. abgelaufen — mit dem Glockenschlag zwölf überschritt die österreichische Armee die Grenze und rückte in Piemont ein mit der Losung: „Nach Turin!“[36]

Der Feldmarschall ließ durch die Armee eine Ansprache an die Piemontesen in den Dörfern vertheilen, welche Carl Albert als Ursache angab, daß der Krieg in Piemont geführt werde. „Niemals“, sagte er, „wurde ein so ungerechter Krieg, als von Eurem König gegen den Kaiser, meinen Herrn, begonnen, niemals ein so gerechter, als den ich gegen Euch gezwungen führen muß. Mich reizen nicht, wie Carl Albert, Eroberungsgelüste, sondern ich glühe für die Vertheidigung der Rechte meines Kaisers und der Integrität des Reiches, welche von Eurer Regierung, im Bunde mit dem Aufstande, treulos bedroht wird.“

Man war eigentlich gegenseitig in der größten Unkenntniß über den Aufenthalt des Feindes. Weder Radetzky wußte, wo und wie die Piemontesen standen, noch hatten diese eine Ahnung, daß am 21. März schon 50.000 Oesterreicher, ohne es recht beabsichtigt zu haben, mitten in ihrer Linie standen. Die Piemon-

[36] Bruna. Im Heere Radetzky's. — Erinnerungen II. 195. — Hacklander I. 117.

tesen wollten natürlich ebenfalls zur Offensive übergehen und die Oesterreicher in der Lombardei überraschen; aber die mangelhafte Leitung ließ es nicht dazu kommen — die Armee war noch nicht einmal concentrirt, als Radetzky schon da war und Carl Albert zur Vertheidigung zwang. Der König selbst war zwar mit einem Corps bis nach Magenta vorgerückt; aber er zögerte weiter zu gehen, weil er nicht wußte, wo die Oesterreicher standen. Das Glück wollte, daß diese Verwirrung und gegenseitige Ueberraschung Radetzky zu Gute kam, der auch den Vortheil genoß, daß er seine ganze Armee concentrirt und durch den Einmarsch im Piemont das feindliche Heer durchbrochen hatte.

Schon am ersten Tage, am 21. März, fand denn ein unverhoffter Zusammenstoß der Heere bei San Siro statt. Die Oesterreicher warfen hier den Feind mit Ungestüm zurück, erstürmten den Ort und verfolgten die Flüchtenden bis Vigevano, wo Bés alle seine schnell verfügbaren Kräfte concentrirt hatte. Ein hitziges Gefecht entspann sich, dessen Ende ein verlustreiches Zurückwerfen der Oesterreicher war. Die Gefahr war so bedeutend, daß leicht die ganze Artillerie des Corps dem Feinde in die Hände fallen konnte, und nur mit Mühe und Noth durch das Eintreffen von Verstärkungen eine Niederlage abgewendet wurde. Aber weitere Folgen zog dies Gefecht nicht nach sich; an

einem anderen Punkte sollte die erste Schlacht geschlagen werden.

Zwei piemontesische Divisionen, die des Herzogs von Savoyen und die Durando's, hatten bei Mortara Stellung genommen, unglücklich genug, daß sie dicht vor der Stadt lagerten und bei einem unglücklichen Schlag der Rückzug durch die engen Straßen Mortaras verderblich werden mußte. Es waren etwa 24.000 Mann hier versammelt, welche der Division, die nach der Lombardei zu vorgeschoben war, die Hand reichen sollten, nach dem Verlust Mortaras jedoch dieselbe auch vollständig abschneiden ließen. Das Corps des Generals d'Aspre, etwa 15.000 Mann stark, stieß noch am Abend des 21. März auf den Feind, und d'Aspre, von glühendem Thatendrang erfüllt, entschloß sich trotz der späten Abendstunde noch zum Angriff.

In einem weiten Bogen ließ er seine Regimenter anrücken. Die Piemontesen, überrascht, zogen sich nach einem lauen Gefecht betroffen in die Stadt zurück, um bei der eingebrochenen Dunkelheit dem Kampfe mit einem Gegner, dessen Stärke sie nicht kannten, auszuweichen. Aber d'Aspre ließ sich nicht aufhalten. Er wollte einen Sieg allein erfechten und so befahl er den Angriff auf Mortara. Oberst Benedek verfolgte den verwirrten Feind bis an das Thor der Stadt. Ohne Besinnen setzte er mit einem Bataillon hinterher, zählte seine Feinde nicht, wußte nicht, wer von den Seinigen ihm in das Getümmel in der Stadt folge, wer von Fein-

den den Flüchtigen zu Hilfe komme. Drauf ging's und vor sich her fegte er die Piemontesen durch die Straßen der Stadt, bis an's jenseitige, nach Vercelli führende Thor. Da wirbeln plötzlich sardinische Trommeln hinter seinem Rücken; zwischen sich und den zurückgebliebenen Seinen sieht er ein paar piemontesische Bataillone mit Artillerie, die, vertrieben aus einem Kloster, vom General La Marmora selbst gesammelt und der Stadt zu Hilfe geführt worden waren.

Es war eine kitzliche Lage, in der sich Benedek mit seinem decimirten Bataillon befand. Packte ihn der Feind an, war er rettungslos verloren. Zum Glück waren die Piemontesen noch in der größten Verwirrung, und die schwarzen Fittiche der Nacht liehen vielleicht dem kühnen Obersten ihren täuschenden Schatten zur Rettung. Schnell wie der Blitz zuckte ein glücklicher Gedanke durch seinen Kopf. Er machte Kehrt mit seinem Bataillon, ließ es in losen, weiten Gliedern vorrücken, und so ging's gerade auf die Piemontesen los. Mit dem gehörigen Pathos forderte er sie nun auf, sich zu ergeben, widrigenfalls er mit seiner Macht sie kurz und klein schlagen werde. — Er habe hinter sich ein paar Regimenter — und seine Kerle machten inzwischen einen Lärm, als wenn eine ganze Armee von Teufeln mit ihnen sei. Die Piemontesen, schon von Schrecken besessen, entsetzten sich ob dieser Rede und glaubten in der That, sie seien ringsum

von Oesterreichern eingeschlossen. So streckten sie denn die Waffen — 2000 Mann mit 66 Offizieren und sechs Kanonen, Pulverkarren, Wagen, Bagage und dem herrlichen Marstall des Herzogs von Savoyen. Kaum daß La Marmora selbst in der Dunkelheit sich vor der Gefangenschaft zu retten vermochte.

Dieser unerwartete Schlag, ebenso unerwartet von den Oesterreichern ausgeführt, ein glänzendes Impromptu — hatte für die Piemontesen die mißlichsten Folgen. Ihre Kette war durchbrochen, ihr Vertrauen erschüttert, ihr Muth gesunken; ein ganzes Corps von 20.000 Mann am Po war abgeschnitten. Aus der vorgenommenen Offensive mußten sie nun zurückweichen, um eine Defensivstellung einzunehmen und im eigenen Lande den durch seinen Sieg berauschten Feind zu erwarten. So begann denn noch in der Nacht der Rückzug auf Novara, um dort die Hauptschlacht zu liefern.

Wie der Feind durch seine Niederlage, so waren die Oesterreicher durch ihren Sieg in totale Verwirrung gekommen; namentlich das Hauptquartier fühlte sich verlegen, da Alles, was bisher geschehen war und so glücklich ausgeführt wurde, ohne Plan und Absicht vorfiel. Der Sieg bei Mortara war ein glänzendes Gelegenheitsstück d'Aspres und man war eifersüchtig genug auf den trotzigen Soldaten, welcher nach seinem eigenen Kopf gehandelt hatte. Radetzky befand sich

nach alledem in Verlegenheit, was weiter zu thun. Eine eigentliche Verfolgung des fliehenden Feindes war nicht gut möglich, da man die Truppen nicht zusammen hatte und noch immer nicht wußte, wie stark der Feind sei, wo er stand, wohin er ging. Nach Novara oder Vercelli mußte er sich in Folge der Niederlage bei Mortara unstreitig zurückziehen; aber wohin die Oesterreicher eigentlich marschiren sollten, siegreich wie sie gewesen, das wußte man im Hauptquartiere nicht. Zuletzt nahm der Feldmarschall für alle Fälle seine Maßregeln. Er concentrirte seine Truppen, ließ einen Theil gegen Novara zu marschiren, die Hauptarmee aber auf Vercelli, wo er den vollen Feind anzutreffen glaubte. Ein eigentlicher Plan der Schlacht bei Novara war sonach ebenfalls nicht gemacht worden; auch sie war ein Gelegenheitsstück, der Sieg ein großartiger Zufall.

Die Piemontesen rückten unterdessen, etwa 50.000 Mann stark, in die Stellung bei Novara. Die ganze Armee stellte sich hier in Schlachtordnung auf. Südlich von der Stadt erhebt sich der Boden und bildet eine Anhöhe, welche die Straße von Mortara fast senkrecht durchschneidet. In der Mitte dieser Anhöhe liegt eine Kirche mit einer Häusergruppe, die Bicocca genannt. Die Stadt Novara selbst ist von zwei Wildbächen umflossen. Die Position, welche Chrzanowsky zum entscheidenden Kampfplatz ausersehen hatte,

hatte ihren Mittelpunkt in der Bicocca. Sie war etwa eine Stunde lang und lehnte sich vortheilhaft an die beiden Wildbäche, rechts an eine Meierei, Citadella genannt, links an den Ort Olenga[37]. Unter den Umständen konnte kaum eine bessere Stellung gewählt werden; nur hatte sie den Fehler, daß ihre verlängerte Front in ihre Rückzugslinie fiel, wodurch sie bei der leisesten unglücklichen Wendung des Gefechtes in Gefahr gerieth, diese Rückzugslinie zu verlieren, wie es auch wirklich erfolgte.

Am 23. März — dem Jahrestage des sardinischen Manifestes beim Uebergang über den Ticino — fand die Schlacht hier statt und entschied das Geschick Carl Albert's.

Wir haben schon mitgetheilt, daß Radetzky den Feind bei Vercelli vermuthete. Er marschirte stracks darauf los, und selbst d'Aspre, der nach Novara dirigirt war, erklärte, daß er den Feind bei Vercelli vermuthe.

Um 11 Uhr Vormittags stieß d'Aspre, etwa 15.000 Mann im Ganzen stark, bei Olengo auf den linken Flügel der Piemontesen. Er hielt ihn für die Nachhut und griff sofort an, noch trunken von seinem kühnen Siege bei Mortara und begierig, hier auf eigene Faust, zum Trotz des Hauptquartiers, einen neuen zu erfechten.

[37] Willisen, der Feldzug in Italien. S. 316.

So erkundete er weiter gar nicht die Stärke des Feindes und glaubte am allerwenigsten, daß er das Glück oder Unglück habe, der Hauptmacht der Piemontesen gegenüber zu stehen.

Aber gleich die ersten Angriffe, welche er auf die vermuthete Arrièregarde machte, belehrten ihn, daß er einen überlegenen Feind vor sich habe; einmal engagirt, konnte er jedoch das Gefecht nicht mehr abbrechen und mußte zu seinem Schrecken daraus im Nu eine Schlacht sich entwickeln sehen, an welcher feindlicher seits alle Streitkräfte Theil nahmen.

Bei Olengo wüthete nun der erste Kampf. D'Aspre ließ alle seine Corps heran kommen, aber er war zu stolz, vom Hauptquartier größere Verstärkungen zu verlangen. Er wollte mit seinen 15.000 Mann die 50.000 Piemontesen ohne Radetzky schlagen. Aber schon die ersten Viertelstunden des Kampfes dämpften diese kühne Hoffnung d'Aspre's. Mit einer Bravour ohne Gleichen hielten die Oesterreicher das furchtbare Feuer der Piemontesen aus; mit Mühe und Noth hielt er Stand und suchte die entscheidende Niederlage abzuwenden. Regiment auf Regiment rückte zu ihm heran, um ihn vor dem Angriff des Feindes zu halten. Drei Stunden wogte so der Kampf, die Piemontesen führten immer frische Kräfte heran; d'Aspre begann schon zu weichen, seine Truppen waren erschöpft, ein Viertheil war gefallen — die anrückenden Massen der

anderen Corps retteten ihn in diesem Moment höchster Noth.

Unterdessen war es auch bei Torrione Quartara zum Gefecht gekommen und auch hier waren die Piemontesen nahe daran, in die linke Flanke zu brechen, als das Hauptcorps dem Kampfe eine ganz andere Wendung gab. Bei Castellazzo wurden die Oesterreicher zurückgeschlagen und d'Aspre, der die Bicocca vergeblich stürmte, wich bereits zurück.

Da, in diesem Augenblick, rückten die frischen Corps in die Schlachtlinie und brachten den ungleichen Kampf wieder zum Stehen. Der Kanonendonner hatte Radetzky belehrt, daß der Feind bei Novara stand und die Berichte d'Aspre's überzeugten ihn davon. Sofort gab er den Befehl, den Marsch nach Vercelli aufzugeben und nach Novara zu rücken. So kamen denn, nachdem hier der Kampf schon vier Stunden gewüthet, die Soldaten d'Aspre's todtmatt, die Piemontesen alle im Kampfe waren, die Corps Radetzky's von drei Seiten heran, zusammen an 30.000 Mann, welche die Physiognomie der Schlacht natürlich sofort verändern mußten.

Um 3 Uhr Nachmittags kam das 3. Armeecorps den Truppen d'Aspre's zu Hilfe; vierundzwanzig Geschütze traten frisch in die Linie und eröffneten ihr Feuer auf das Centrum des Feindes. Der rechte Flügel der Oesterreicher nahm die Offensive und suchte

die Stellung bei Novara zu überflügeln; der linke Flügel drängte gleichfalls mit Macht den Feind seinem Centrum zu.

Trotz alledem stand die Schlacht noch immer sehr günstig für die Piemontesen, und namentlich, als sie wüthend über den linken Flügel herfielen, schien es, als würden sie denselben aufrollen und so die ganze Linie der Oesterreicher zum Weichen bringen. Aber Chrzanowsky ließ unbegreiflicher Weise diesen glücklichen Angriff an dieser Stelle ohne Unterstützung, um alle Macht auf sein Centrum zu concentriren.

Hier stürmten die Oesterreicher jetzt mit frischen Kräften auf die Bicocca und schlugen endlich den Feind zurück. Dies war das entscheidende Ereigniß. Die Piemontesen, von der Artillerie der Oesterreicher überschüttet, retirirten in Verwirrung und die Verfolgung brachte sie in totale Auflösung. Nachdem sie dem kostbaren Siege so nahe gewesen, war der Schlag jetzt um so vernichtender; denn Jedermann wußte, daß mit dieser Schlacht der ganze Feldzug verloren sei. Vergeblich stürzte sich der König verzweifelt in den Kugelregen, um auf dem Felde der Ehre den ersehnten Tod zu finden. Vergebens! Er sollte die Niederlage ganz sehen und den Tod im selbstgewählten Exile finden.

Kamen die Truppen zufällig — und da der ganze Feldzug nur aus Zufällen bestand, so war dies ja leicht möglich — eine Stunde später auf dem Schlacht-

felde an, so fanden sie die Piemontesen als Sieger. Aber das Unglück sollte dieses Volk und die Italiener für die Zukunft kräftigen und so sich ihr Geschick erfüllen.

Radetzky kam auf dem Schlachtfelde an, als der Kampf schon zu Ende war. Er hätte durch ein Bombardement und einen Sturm auf Novara die Niederlage des Feindes vollständig machen können; aber er zögerte, sei es aus Menschlichkeit, sei es aus Furcht, der Sieg könnte seinen erschöpften Soldaten auch einmal durch einen unglücklicheren Zufall wieder entrissen werden.

Aber daran war nicht zu denken. Die piemontesische Armee, vollständig demoralisirt durch den Verlust des heißen Tages, an dem sie Wunder der Tapferkeit gethan, zog sich bald aus Novara zurück, und die Unterhandlungen über den Waffenstillstand nahmen ihren Anfang.

Der König Carl Albert hatte nach diesem Unglück seine Rolle beendet; er konnte unmöglich länger auf dem Thron bleiben, wenn Piemont mit Oesterreich Frieden schließen wollte. Der Monarch, welcher für seinen Ehrgeiz und getrieben durch die noch wilden, dunkleren Gefühle Italiens seine Krone auf's Spiel gesetzt, hatte sie verloren, und dies Opfer gab seiner Dynastie ein Anrecht auf Italien, welches Carl Albert's heißblütiger und hochherziger Sohn zehn Jahre später mit Erfolg geltend machte.

Carl Albert versammelte nach der Schlacht bei Novara seine Minister und Generale und erklärte ihnen fest, aber mit der Stimme düsterer Resignation: „Meine Herren! Ich habe mich für die italienische Sache geopfert, für sie habe ich mein Leben, das Leben meiner Kinder, meinen Thron der Gefahr ausgesetzt; ich war unglücklich in meinem Unternehmen. Ich fühle, daß meine Person das einzige Hinderniß eines Friedens ist, der von nun an eine gebieterische Nothwendigkeit wird. Zudem könnte ich mich auch nicht entschließen, ihn zu unterzeichnen. Da ich den Tod nicht gefunden habe, den ich im Schlachtgetümmel suchte, so will ich meinem Lande das letzte Opfer bringen; ich lege die Krone nieder und entsage ihr zu Gunsten meines Sohnes, des Herzogs von Savoyen.“[38]

Der König umarmte hierauf die Anwesenden, die in Thränen zerflossen, dann schritt er in sich gebrochen hinaus, seinen Söhnen ein letztes wehmüthiges Lebewohl zuwinkend. Er schrieb noch einen Brief und zog dann in's Exil, Niemand wußte wohin. Nur von einem Unteroffizier begleitet und als piemontesischer Oberst verkleidet, kam er unerkannt an die österreichischen Vorposten, wo General Thurn seinen Paß visitirte. Schnell reiste der unglückliche König über

[38] Vergleiche: Reichlin, Geschichte Italiens II. 219, ff. — Erinnerungen II. 237.

Genua zu Schiffe nach Portugal, wo er nach kurzer Zeit schon am gebrochenen Herzen starb. Erst mit der Nachricht seines Todes, der einen hochtragischen Charakter hatte, erfuhr seine Familie und die Welt, wohin sich der schwergeprüfte Mann mit seinem Leid begeben.

Eine vorläufige Waffenruhe war abgeschlossen worden.

Der neue König von Piemont, Victor Emanuel, ließ dem Feldmarschall Radetzky melden, daß er ihn zu einer persönlichen Unterredung bei Vignale erwarten werde. Am 24. März um Mittag fand diese Unterredung zwischen einem glücklichen alten Marschall und einem jungen, unglücklichen, von kühner Phantasie italienischer Zukunft erfüllten König statt. Die Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde und in ihr wurden die Bedingungen der Waffenruhe festgestellt, welche Radetzky vom Könige selbst unterzeichnet haben wollte. Sie waren, wenn man nur in Betracht zog, daß Radetzky vollständiger Sieger war und in einigen Stunden in Turin sein konnte, von mäßigem Geist getragen. Sie bewiesen, daß in Radetzky ein großes staatsmännisches Gefühl dem gewöhnlichen Uebermuth des Siegers heilsame Schranken zog; denn das siegende Oesterreich mußte mäßig und versöhnlich gegen einen monarchischen Nachbarstaat auftreten, wollte es einestheils seine erstarkende Macht als vornehmster

Schildträger der Reaction gegen die Revolution nicht einbüßen, anderentheils die Diplomatie nicht eifersüchtig, Frankreich und England nicht feindselig machen.

Am 26. März wurde die Convention zwischen Radetzky und Victor Emanuel — einem Feldmarschall und einem Könige — abgeschlossen. Sie wurde als Basis des sogleich vorzubereitenden Friedensvertrages angenommen; der König versprach, die Freischaaren aufzulösen, die sardinische Flotte aus dem adriatischen Meer zurückzuberufen, die Armee auf Friedensfuß zu setzen. Die vornehmste Bedingung bestand in der stipulirten Besetzung des Landstrichs zwischen Po, Sesia und Ticino und der Hälfte der Festung Alessandria mit 18.000 Mann seitens der Oesterreicher und Verpflegung derselben auf Kosten Piemonts. Der König verpflichtete sich überdies alle fremden Gebiete zu räumen, welche er seit dem Anfang des Krieges besetzt hatte.[39]

Der Eindruck dieser schnell auf einander folgenden Handlungen war überall mächtig. Die österreichische Armee, trunken von ihrem Erfolg, einen siegreichen Feldzug innerhalb sechs Tagen beendet zu haben, fand die Demüthigung Sardiniens nicht groß genug und wollte durchaus nach Turin marschiren. In Turin selbst herrschte Schrecken und Trauer; in der Lombardei

[39] Hackländer, I. 192. 203.

wollte man an das große Unglück nicht glauben; die demagogische Revolution, der Mazzinismus, suchte nach dieser Niederlage des mit ihm verbundenen Königthums auf eigene Hand verzweifelt den Kampf für die Republik fortzusetzen. Aber kein nüchterner Geist konnte sich verhehlen, daß vorläufig die Revolution Italiens zu Ende sei und Oesterreichs Macht auf der Halbinsel stärker denn je geworden.

Sobald der Waffenstillstand von Seiten Piemonts am 12. März gekündigt worden war, hatte die Revolution, trotz der Drohungen Radetzky's, in der Lombardei wieder Aufstände zu machen versucht. Aus dem schweizer Canton Tessin, wo sich die Flüchtlinge zu Tausenden inzwischen gesammelt hatten, brachen die Freicorps in die gebirgischen Theile der Lombardei ein, und insurgirten die Ortschaften. Es waren schwierige Versuche, einestheils, weil überall österreichische Truppen wachten, anderntheils, weil die Bewohner entwaffnet worden waren. Nur das trotzige Brescia wußte sich mit Macht zu erheben und wurde schnell eine starke Citadelle der Insurrection. Die Corps, welche abgeschickt wurden, Brescia zu erobern, erlitten gewaltige Niederlagen und der Platz selbst war derart befestigt, der Widerstand der Insurgenten hier so intensiv, daß man sich auf keine ernstliche Unternehmung bis zum Eintreffen größerer Truppenmassen einlassen konnte.

Haynau, welcher das Polizeiregiment führte, rückte sofort auf Brescia mit Artillerie und starker Truppenmacht. Am 31. März umzingelte er die Stadt und nachdem seine Aufforderung zur Uebergabe kein Resultat erzielt hatte, bombardirte er Brescia und befahl den Sturm. Ein wüthender Kampf entspann sich; von beiden Seiten wurden kannibalische Grausamkeiten verübt und nachdem endlich die Stadt in die Gewalt der Oesterreicher gekommen, übte Haynau an den Gefangenen und Einwohnern, namentlich auch an den Frauen, eine Rache, welche mit Recht die öffentliche Meinung ganz Europas empörte. Es war nicht die vielleicht zu entschuldigende Rache eines mächtigen Siegers, sondern die stets zu verdammende Grausamkeit eines nach Aufsehen verlangenden Soldaten, welcher seine Heldenthat mit Raffinerie an Wehrlosen verrichtet. Dergleichen Thaten schadeten Oesterreich für immer in Italien wie im Auslande überhaupt, und wiewohl Grausamkeit sonst kein Zug der österreichischen Regierung ist, haben die Thaten einzelner Männer der Regierung zu jener Zeit ihr doch diesen Charakter beigelegt. Haynau sollte es erfahren, wie eine civilisirte Regierung für solche Thaten nie dankbar ist und sein kann. Nachdem der Mohr seine Schuldigkeit gethan, konnte er gehen.

Auch im Toscanischen und Modenischen hatte die Aufkündigung des Waffenstillstands eine neue

insurrectionelle Bewegung zur Folge, welche auch nicht von Piemont, sondern von der republicanischen Demagogie ausging, die hier wie in Venedig und im Römischen herrschte. General Pepe, der die venetianischen Insurgenten commandirte, wollte mit den toscanischen Corps zusammen, den Oesterreichern in den Rücken fallen. La Marmora, der bekanntlich an der Grenze mit einer piemontesischen Division stand, gedachte sich alsdann mit Pepe zu vereinigen. Aber das schnelle Ende des Krieges ließ es nicht dazu kommen. La Marmora erhielt in Folge der Waffenstillstands-Convention Befehl, zurück zu marschiren und eilte auf das aufgestandene Genua zu, welches, aufgereizt durch die Mazzinisten, Miene machte, sich wieder als besondere Republik zu constituiren. La Marmora unterdrückte schnell diesen Aufstand im eigenen piemontesischen Lande.

Aber im Toscanischen beruhigte man sich in Folge der Hiobspost von Novara nicht. Livorno war ein Hauptpunkt der Mazzinisten und von hier aus ging die Insurrection durch Toscana. Ein österreichisches Corps unter General d'Aspre rückte daher anfangs Mai vor Livorno und griff dasselbe an. Am 11. Mai wurde nach gleichfalls heftigem Kampfe die Stadt genommen und auch hier das Schreckensregiment in Scene gesetzt. Die Unterwerfung Toscanas war die Folge dieses Sieges. Die Insurgenten flüchteten sich nach der

Romagna oder nach Rom, theilweise auch nach Venedig. Die Oesterreicher setzten den Großherzog von Toscana, der sich als österreichischer Erzherzog so wenig dienstfertig gezeigt hatte, wieder ein und schlichteten zugleich kraft der dictatorischen Gewalt, die sie besaßen, den Streit um die lucceſischen Enclaven zwischen Toscana und dem loyaleren Herzog von Modena.

Nach diesem Kreuzzug gingen die Oesterreicher zum Niederwerfen der Revolution nach der Romagna vor, wo Ancona und namentlich Bologna große Waffenplätze des Mazzinismus waren. Bereits hatten angesichts der österreichischen Erfolge und in der geheimen Absicht, sich in Italien gleichfalls festzusetzen, Frankreich und Spanien mit Oesterreich verabredet, den Papst wieder in seine Staaten zurückzuführen. Spanien zog sich von der Expedition aus Mangel an Truppen zurück; Neapel, welches gleichfalls als katholische Macht für den Papst fechten wollte, ließ sich durch die Franzosen wegdrängen. Louis Napoleon wollte Rom allein erobern, durch diesen Schlag nicht allein sein Ansehen bei den reactionairen Cabinetten erhöhen, sondern auch in Italien für künftige Fälle die Hand im Spiele zu haben. Wohl oder übel mußte Oesterreich den Franzosen, die eine Expedition nach Rom machten, einen Löwenantheil an der Beute überlassen.

Sie operirten unterdeß in der Romagna, welche

sie als ein ihnen suzeraines Land seit jeher schon betrachteten. Hier herrschte eine vollständige Anarchie; jede Stadt war eine kleine, von Leidenschaften beherrschte Republik; Bologna, die Hauptstadt der Legationen und der Marken, dominirte allerdings alle übrigen Städte.

Am 8. Mai kam General Wimpffen vor Bologna. Es kostete ihm Mühe, einige Attaquen auf die Stadt mit einigem Glück auszuhalten; dagegen gelang ihm die Niederlage der zu Hilfe heranziehenden Romagnolen und Freischaaren besser und er konnte nach Eintreffen der Verstärkungen endlich ein wirksames Bombardement auf Bologna eröffnen. Am 15. Mai capitulirte die Stadt unter milden Bedingungen und die Oesterreicher zogen auch hier als die Wiederhersteller der alten Systeme ein.

Der Fall Bologna's brach den ferneren Widerstand einzelner Städte in den Legationen; nur die Festung Ancona mußte noch mit Gewalt genommen werden. Am 25. Mai rückte Wimpffen vor die verfallenen Wälle dieser Stadt, die ihn mit einem wirksamen Kanonenfeuer empfing. Wimpffen bombardirte nun seinerseits die Festung zwei Tage lang und als dieselbe sich daraufhin nicht ergab, ging er zur förmlichen Belagerung über. Am 10. Juni begann das Feuer gegen die Werke — nach neun Tagen capitulirte die Garnison unter ehrenvollen Bedingungen.

Aber während so das ganze nördliche Italien von

den Oesterreichern in Zeit von drei Monaten pacificirt wurde, setzte das meerumflossene Venedig noch immer starken Widerstand entgegen. Ein Jahr lang schon mühten sich die Truppen ab, durch eine Belagerung diese Stadt zu zwingen. Die Sumpflüfte rafften tausende von Soldaten hin, ungeheure Kosten wurden benöthigt, um neue Geschosse herzustellen, mit denen man die Stadt beschießen konnte. Nach der Schlacht von Novara, nachdem Manin die Aufforderung Haynau's, der seither die Belagerung führte, zur Capitulation abgelehnt, begann die Beschießung der einzelnen Forts in systematischer Weise. In der Nacht vom 29. auf den 30. April erfolgte die Eröffnung der Tranchée; Radetzky selbst war vor Malghera eingetroffen, um die Arbeiten zu leiten. Der Umstand, daß jetzt, nach Abzug der piemontesischen Flotte, die österreichische Marine Venedig zur See blockirte, war von bedeutendem Gewicht, denn dadurch wurde der Insurrection die Zufuhr von Munition, den Bewohnern die von Lebensmitteln abgeschnitten. Der dadurch nach einigen Monaten entstehende Mangel an Lebensmitteln, die Theuerung und Noth, verbunden mit dem Wüthen der Cholera, brach allein den Widerstand der alten Dogenstadt.

Die Oesterreicher machten gewaltige Anstrengungen, diese wichtige Stadt zu erobern. Mit ungeheurem Kostenaufwand und Verlust an Menschenleben gelang

es ihnen endlich, die Vorwerke rings um Malghera zu nehmen und dadurch die Venetianer zu nöthigen, in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai das wichtigste Fort, Malghera, zu räumen. Aber noch immer war die Eroberung Venedigs ein großes Stück Arbeit und die Krankheiten wütheten unter den Truppen in solcher Heftigkeit, daß Radetzky sich gezwungen sah, die Belagerung ganz aufzuheben und durch eine strenge Blocade Venedig bis auf Weiteres sich durch seine eigene Noth besiegen zu lassen.

Unterdessen war in Venedig vollständige Anarchie ausgebrochen. Das Volk hungerte, die Cholera raffte täglich an 400 bis 800 Menschen hin, eine lähmende Apathie beherrschte die ganze Bevölkerung. Manin selbst, gehindert durch die Militaircommission in seinen Operationen und überdies mit einer geschmolzenen, theilweise rebellischen, zum Kämpfen nicht mehr aufgelegten Schaar versehen, hielt erfolgreichen Widerstand fernerhin für unmöglich. Er wollte seine Ehre rein erhalten, deßhalb setzte er den Widerstand bis zum letzten Augenblick fort. Die Hoffnungen, die er auf England und Ungarn gesetzt, waren getäuscht worden — Venedigs Loos war damit entschieden.[40]

Am 29. Juli begannen die Oesterreicher mit neuen Projectilen eine furchtbare und sehr wirksame Beschießung

[40] Papier inedits de Manin 239. — Hackländer II. 83 ff.

der Stadt. Dies war das Signal zur Capitulation. Noch 19 Tage hielt Manin ehrenvoll den ungeheuren Jammer und Schrecken aus, dann unterhandelte er. Am 22. August wurde die Capitulation abgeschlossen. Alle Offiziere und fremde Truppen erhielten freien Abzug; 40 Individuen, die Radetzky bezeichnen würde, sollten die Stadt verlassen — allen Andern wurde Amnestie verheißen. Der Fall Venedigs war sonach noch ehrenvoll.

Sobald die demoralisirten Truppen Manins den Abschluß der Capitulation erfuhren, bestanden sie auf Auszahlung eines dreimonatlichen Soldes; aber in den Kassen war kein Geld. Alle Vorstellungen Manins blieben fruchtlos; die Soldaten drohten sogar zu plündern. Da zog Manin seinen Degen, stellte sich an die Spitze einer Abtheilung Bürgerwehroffiziere und ging den Empörern muthig entgegen. Er entblößte seine Brust und rief ihnen zu: „Wenn ihr mein Blut wollt, so nehmt es!“

Dies wirkte. — Alle ergaben sich in ihr Schicksal.

Am 30. August, an einem prachtvollen Sommertag, wehte wieder die schwarz-gelbe Fahne vom Marcusthurm und von den drei Masten von der Kirche. Radetzky hielt seinen Einzug in das wiedereroberte Venedig unter dem Klang der Glocken, dem Donner der Geschütze und dem Jubelruf der Soldaten. Nur das Volk blieb stumm.

Unterdessen waren nach mancherlei Zögerungen und Nachgiebigkeiten von Seiten Oesterreichs endlich die Friedensunterhandlungen mit Piemont durch den Handelsminister Bruck zum Abschluß gekommen. Am 6. August 1849 erfolgte in Mailand der definitive Friedensschluß. Der Länderbestand beider Monarchien blieb danach unverändert, wie er vor dem Kriege gewesen, und einige kleine Grenzdistricte bei Pavia mußte Piemont abtreten. Die Kriegsentschädigung, welche es zu zahlen hatte, war nach und nach bis zur Summe von 75 Millionen Franks ermäßigt worden. Nur darüber konnte kein Zweifel bleiben, daß dieser Friede keine Garantien der Dauer bot und Italien, mit den Ideen der Unabhängigkeit erfüllt, für welche so viel Blut geflossen, nach der ersten Kräftigung wieder und dann großartiger, geregelter erstehen werde, um das nun mehr denn je gehaßte Joch Oesterreichs abzuwerfen.

Jetzt freilich herrschte Kirchhofsruhe in Italien — dieser Körper, der in so mächtiger Fieberaufregung gewesen, war gebändigt, erschlafft, geknebelt und rührte sich nicht, bewegte kein Glied. Das war Tod und Niemand konnte wähnen, ein so mächtiges Volk werde nicht sein Alles im höchsten Moment einsetzen, um sich gegen dieses Tödten zu wehren, sich das Leben zurück zu erobern. Die letzte Redoute der Revolution, Rom, war noch vor Venedig gefallen Hier hatte Mazzini

geherrscht und Garibaldi mit Geschick die Belagerung der Franzosen ausgehalten, bis es nicht mehr weiter auszuhalten war. Rom mußte capituliren; die Republik Frankreich, in der schon das neue napoleonische Kaiserreich steckte, mordete das republicanische Rom und der Papst zog wieder in den Vatican. Italien war ruhig dem Anscheine nach: aber das Volk ließ nur seine Wunden heilen, und als der Signalruf der Freiheit wieder nach zehn Jahren erscholl, ergriff es mit den neugestärkten Armen die Waffen zum letzten Kampf auf Tod oder auf Leben.

Siebenter Abschnitt.

Der Krieg in Ungarn.

Stand der Dinge im October 1848. — Die Nationalversammlung und der Thronwechsel. — Windischgrätz Oberfeldherr in Ungarn. — Plan der Oesterreicher. — Plan der Ungarn. — Windischgrätz in Pest. — Görgey. — Ereignisse in Südungarn. — Zwietracht der Magyaren. — Dembinski. — Schlacht bei Käpolna. — Belagerung Komorns. — Ereignisse in Siebenbürgen. — Bem. — Offensive der Ungarn. Klapka. — Vetter Obercommandant. — Eroberung Waitzens durch Görgey. — Rückzug der Oesterreicher. Welden. — Ueble Lage. — Kossuth Dictator. Görgey Obercommandant. — Angerufene Intervention der Russen. — Haynau in Ungarn. — Niederlagen der Ungarn. — Görgeys Absetzung. Mészaros. — Die Ungarn ziehen sich nach dem Banat. — Kossuths Abdankung und Görgey's Dictatur. — Capitulation bei Világos. — Ende des Krieges. — Pacification Ungarns durch Haynau. Standrecht.

Die Wiener Octoberrevolution und die darauf folgenden Ereignisse in der Hauptstadt hatten den Angriff der österreichischen Truppen auf das losgerissene

Ungarn verschoben. Windischgrätz und Jellacic herrschten in Wien und begnügten sich, inzwischen Fürst Schwarzenberg überall die Revolution niederwarf oder gegen sie rüstete, eine Armee gegen Ungarn aufzustellen. Durch den Einfall einer magyarischen Armee nach Oesterreich, welche bekanntlich am 30. October bei Schwechat geschlagen wurde, konnte man jetzt den großen Krieg gegen Ungarn motiviren. Es handelte sich nicht mehr um einen Kampf zwischen Magyaren und Croaten, sondern um die Besiegung der Revolution in Ungarn durch die Armee in Verbindung mit den süd-slavischen Völkerschaften, den Croaten, Serben und Wallachen.

In Pest hatte man diese äußersten Folgen der Losreißung wohl erwogen. Die Nationalversammlung hatte versucht mit der Wiener Revolution in Verbindung zu treten, und wie wir erzählt haben, dem Reichstag sogar militairische Hilfe angeboten. Nachdem dieser sich auf dies verfängliche Anerbieten nicht eingelassen und der eigenmächtig unternommene Rettungszug der Ungarn bei Schwechat so unglücklich geendet, beschloß die Nationalversammlung, ihre Sache allein auszufechten. Der Thronwechsel des 2. Dezember gab ihr eine neue Gelegenheit, die Trennung Ungarns von Oesterreich zu erweitern. Nach der alten Verfassung konnte König Ferdinand nicht ohne Einwilligung des Landtages die Krone des heiligen Stephan niederlegen.

Es war gleichwohl geschehen. Ebenso war die Anerkennung des Kaisers Franz Josef als Königs von Ungarn unter den obwaltenden Umständen juristisch vom Landtage zu verweigern, da er die Krone nicht aus der Hand der ungarischen Nation empfangen. Darauf gestützt, erließ denn die ungarische Nationalversammlung einen Protest gegen den Thronwechsel und erklärte, nur König Ferdinand als den rechtmäßigen König betrachten zu können; für Franz Joseph aber keine Pflichten der Treue zu haben. Die Nation wurde damit allen Gewissensbissen entrückt und die Revolution verlor von nun an selbst in den Augen der Gemäßigten die factiöse Bedeutung.

Schwarzenberg gab sich keine Mühe, mit Ungarn in neue Unterhandlungen zu treten. Er brauchte Siege für seine Politik und die Besiegung Ungarns war für ihn noch mehr werth, als dadurch die im Plane geführte Neugestaltung Oesterreichs allein ermöglicht werden konnte. Ungarn mußte aus einem selbstständigen Königreich eine bloße Provinz werden.

Anfangs Dezember 1848 sammelten sich daher die Heerhaufen zum Einmarsch in Ungarn, dessen Bezwingung man in kurzer Zeit zu erreichen hoffte. Fürst Windischgrätz erhielt den Oberbefehl und stellte zwei Corps an den Donauufern auf; General Simunich sollte von Mähren nach Ungarn einbrechen, General Götz von Schlesien aus, General Schlick von

Galizien aus. General Puchner hatte Befehl, von Siebenbürgen aus nach Ungarn einzubrechen und sich vor Arad mit den Serben und Jellačić zu vereinigen; Dahlen und Trebersburg sollten im Südwesten operiren. Durch diese concentrische Bewegung mit zusammen über 80.000 Mann hoffte man die Insurgenten in der Mitte des Landes zu erdrücken.

Mitte December begannen alle diese Corps nach Ungarn vorzurücken. Die Hauptarmee unter Windischgrätz setzte sich am 15. längs beider Donauufer in Marsch. Ohne größeren Widerstand gelangte sie nach dem offenen Preßburg, besetzte nach einem hitzigen Gefecht Wieselburg und ebenso Raab. Bei Moor kam es mit Perczel, welcher ein Corps der Hauptarmee unter Görgey commandirte, zu einem Treffen, in welchem Jellačić Sieger blieb. Augenscheinlich hatten die Ungarn ihre Streitkräfte noch nicht beisammen und wurden von dem Einmarsch der Oesterreicher überrascht.[41]

Erst jetzt faßten die ungarischen Heerführer einen systematischen Plan. Angesichts der gewaltigen Umzingelung durch die österreichischen Truppen war Pest und Ofen nur schwer zu behaupten. So beschloß man diese beiden, freilich wichtigen Städte preis zu geben, um sich hinter die Sümpfe der Theiß zurückzuziehen,

[41] Der Winterfeldzug in Ungarn S. 109.

hier vollständig zu organisiren und durch die harte Jahreszeit allein den Feind vorerst sich aufreiben zu lassen. Ein Reichstagsbeschluß vom 31. December nahm diesen Plan an. Kossuth, die Regierung und der Landtag brachen nach Debreczin auf, wohin auch die Schätze und Archive gebracht wurden. Am 5. Januar 1849 räumten auch die ungarischen Truppen die Hauptstadt und sammelten sich hinter der Theiß.

Der Hauptzweck war, hierdurch die Hauptmacht des Feindes, der in Pest und Ofen starke Garnisonen brauchte, zu schwächen. Durch die Theiß, als Hauptvertheidigungslinie gedeckt, sollte sich die Hauptkraft unter Perczel, Repasy und die banater Armee zusammenziehen; von dort aus konnte auch den durch das Schlick'sche Corps hartbedrängten Divisionen unter Mészáros in Oberungarn entgegengetreten werden, und dadurch war auch die Möglichkeit erzielt, im geeigneten Momente gegen die, durch immerwährende Anstrengungen geschwächte österreichische Armee die Offensive wieder zu ergreifen.[42] Die Festungen Komorn, Peterwardein, Essek, Leopoldstadt und Munkacs, mit Allem wohl versehen, wurden zur ungebeugten Ausdauer in der Vertheidigung ermuntert. Görgey erhielt ein besonderes Corps von 15.000 Mann, um sich von der Hauptarmee zu trennen, die Belagerung

[42] Mein Leben und Wirken in Ungarn S. 150 ff.

von Leopoldstadt durch die Oesterreicher aufzuheben, die Besatzung von Komorn zu verstärken und schlimmsten Falls sich nach Oberungarn zu ziehen, um im Rücken von Schlick zu operiren. Der Plan war durch die Unterstützung im eigenen Lande ein vortrefflicher und erwies sich auch, trotz aller Fehler und Eigenmächtigkeiten der einzelnen ungarischen Führer, als practisch.

Durch die Honvéds und die verschiedenen Freicorps war die ungarische Armee mehr als 100.000 Mann stark, freilich zur Hälfte aus Recruten bestehend. Auch absorbirten die Besatzungen und die zersplitterte Aufstellung viele der besten Truppen, so daß im freien Felde den Oesterreichern immerhin nur 50.000 Mann guter Truppen entgegengestellt werden konnten. Aber Tapferkeit, Kühnheit und die Aufopferung des ganzen Landes verdreifachte die Intensität dieser Macht und ermöglichte es, daß die Oesterreicher trotz aller Waffenaufbietung und Energie keine wesentlichen Erfolge erzielten, und erst durch die Hilfe von einer Armee Russen das Land zu erobern vermochten.

Anfangs freilich schienen die Sachen der kaiserlichen Armee aufs glücklichste zu gehen. Windischgrätz rückte im Januar in die ungarische Hauptstadt ein und besetzte Ofen. General Schlick drängte den Feind in Oberungarn zurück und rückte bis nach Kaschau. Dieser Erfolg war gefahrbringend für die Ungarn, da

er ihre Flanke bedrohte. Mészáros, der ungarische Kriegsminister, übernahm daher selbst den Befehl über die Truppen jener Gegend, um Schlick's Weitermarsch aufzuhalten und ihn vielleicht zurück zu werfen. Am 4. Januar griff er Kaschau mit 25.000 Mann an, mußte aber nach einem blutigen Kampf wieder hinter die Theiß zurückgehen. Oberst Klapka erhielt darauf von Mészáros selber den Befehl über das Corps. Er deckte durch geschickte Märsche den Theißübergang, hielt einige Gefechte mit Schlick glücklich aus und schlug ihn endlich am 23. Januar bei Keresztur, wodurch die Oesterreicher zum Rückzug gezwungen wurden.

Unterdessen hatte auch Görgey mit seinen 15.000 Mann die Operationen begonnen. Er war nach den Bergstädten aufgebrochen, hatte General Götz festgehalten und war dann nach Hinzuziehung der Truppen in den nördlichen Comitaten ebenfalls gegen Schlick aufgebrochen,[13] der dadurch in Gefahr gerieth, zwischen Klapka und Görgey eingeschlossen zu werden. Er sah sich in Folge dessen genöthigt, am 1. Februar das Theißufer ganz zu verlassen und nach Kaschau zurückzugehen. Aber auch hier bedrohten ihn bald die ungarischen Truppen und zwangen ihn, sich nach Rima-Szombath zurückzuziehen und mit Götz zu vereinigen. Die Magyaren hatten damit ihren Zweck erreicht.

[13] Görgey, 168 ff. — Klapka, der Nationalkrieg in Ungarn. S. 94.

Görgey besetzte Eperies, Klapka Kaschau. Die getrennten Corps der Ungarn, leicht einzeln aufzureiben und zu trennen, hatten sich hinter der Theiß vereinigt und standen mit der Regierung in Debreczin in Verbindung. Die Oesterreicher konnten eigentliche Erfolge nicht aufweisen, und der Umstand, daß sie nicht vermochten, die Theiß zu überschreiten, spricht am deutlichsten dafür, daß ihnen eine kühne und geschickte Führerschaft mangelte.[44]

Im Süden Ungarns waren die Ungarn etwas unglücklicher gewesen. Sie hatten die Comitate des Banats wegen der dort gegen sie aufgestandenen serbischen Bevölkerung räumen müssen; die Festung Arad hielt sich gegen ihre Angriffe, Fünfkirchen mußte am 26. Januar von ihnen verlassen werden, und am 13. Februar eroberte Trebersburg sogar die Festung Essegg, wobei 4500 Mann die Waffen strecken mußten.

Unterdessen waren im ungarischen Lager die unglückseligsten Spaltungen ausgebrochen. Da ein eigentliches Obercommando fehlte und die Generäle den Befehlen des Landesausschusses in Debreczin keine Beachtung schenkten, handelte jeder nach Gutdünken mit seinem Corps. Neid, Mißgunst, Ehrgeiz kamen hinzu, die traurigste Anarchie hervorzurufen. Unter solchen Umständen faßte Kossuth den Entschluß, der

[44] Der Feldzug in Ungarn 1848, 1849. S. 122.

Armee einen Oberfeldherrn zu geben und er ließ durch seinen Gesandten in Paris, Graf Ladisl. Teleki, dem polnischen General Dembinski das Commando antragen. Daß er keinen der ungarischen Generäle auserwählte, erklärt sich daraus, daß er einerseits alle Rivalität beseitigen wollte, anderseits wohl auch eine Militairdictatur fürchtete, welche die seinige beseitigt haben würde. Dembinski kam nach Debreczin und übernahm das Commando; unter seinem Präsidium wurde ein Kriegsrath gebildet, zu dessen Mitgliedern auch Bem, Vetter, Görgey und Klapka gehörten. Aber die Wahl Dembinski's erregte noch mehr die Rivalitäten der Heerführer. Man grollte darüber, daß ein Pole den Oberbefehl führen sollte; man verweigerte theilweis den Gehorsam, klagte sich gegenseitig an, beschuldigte Kossuth und suchte sich sogar in kurzsichtiger Verblendung aus bloßer Eifersucht in den Operationen gegenseitig zu schaden, um dem Andern den Erfolg unmöglich zu machen.[45] Gegen Kossuth und den Landtag herrschte überdies unter den Generälen eine starke Verachtung, welche unter den obwaltenden Umständen nur die unglücklichsten Resultate haben mußte.

Fürst Windischgrätz, der Oberbefehlshaber der österreichischen Armee, hatte, nachdem er in Pest einige Wochen der Ueberlegung verbracht, den Plan

[45] Meynert, S. 657. — Aufzeichnungen eines Honvéd. S. 37

gefaßt, einestheils die Ungarn in einer Feldschlacht zu schlagen, und dadurch, wie er meinte, ihre Hauptkraft zu vernichten; anderntheils Komorn, die stärkste Festung, zu nehmen. Ohne diesen Platz war ein Vorrücken nur sehr schwierig, namentlich, weil die Besatzung der Festung kräftige Ausfälle machte und stets eine Armee beschäftigte.

Dembinski gab ihm zum Ersteren Gelegenheit. Bei Kápolna, einem Dorfe im Heveser Comitat, sammelte der Obergeneral der Ungarn seine Corps, um die Offensive zu ergreifen. Windischgrätz rückte im Verein mit Schlick den Ungarn entgegen und am 26. und 27. Februar kam es zur ersten blutigen Schlacht. Unter den angedeuteten Umständen war es kein Wunder, daß Dembinski sie verlor. Seine Niederlage war vollständig; aber Windischgrätz versäumte es, Vortheile aus dem Siege zu ziehen und den Feind zu verfolgen, so daß wenig mehr als ein moralischer Erfolg aufgewiesen werden konnte, den die Ungarn überdies durch einen glücklichen Handstreich bei Szolnok noch auf der Flucht in etwas wieder abschwächten.

Auch Komorn wurde nun von Windischgrätz ernstlich belagert. Am 3. Februar hatten die Oesterreicher die Festung Leopoldstadt genommen und die dadurch disponiblen Kräfte wurden nach Komorn geführt, um diese wichtige Festung zu belagern. Eigentlich hoffte man, Komorn durch einen Handstreich zu

nehmen.[46] Aber es zeigte sich sehr bald, daß die glücklich gelegene Festung, geschickt und energisch vertheidigt, ein gewaltiges Stück Arbeit abgeben werde, so daß man an eine ordentliche Belagerung gehen mußte.

Während hier ein großer Theil der Armee festgehalten wurde, setzte Windischgrätz an denjenigen Theilen, wo er keine starken Feindesmassen wußte, die Säuberung fort. Er ließ durch die Serben das linke Marosufer frei machen und suchte nun den Banus mit ihnen zu vereinigen. Aber die Ungarn vereitelten dies, indem sie die Serben bei Szegedin am 18. März schlugen.

Auch in Siebenbürgen kam es zu keinem durchgreifenden Erfolg; ja zuletzt, als die Oesterreicher überall im Unglück waren, erlitten sie auch hier Niederlagen. Man hatte gerade auf Siebenbürgen viel Hoffnungen beim Beginn des Krieges mit Ungarn gesetzt. Die Sachsen und Romanen waren gegen die Verbindung mit Ungarn und leicht von Wien aus aufzuwiegeln. Sie ergriffen die Waffen, und der Bürgerkrieg, auf antimagyarischer Seite von den Truppen unter Oberstlieutnant Urban und Feldmarschall-L. Puchner unterstützt, begann. Durch Siebenbürgen stand man mit den russischen Truppen in Verbindung,

[46] Welden, Episoden. S. 75.

deren Hilfe man im Nothfalle zugesichert erhalten hatte. Von Siebenbürgen aus konnte man im glücklichen Falle den Ungarn den Todesstoß geben und allen Rückzug ihnen abschneiden.

Schon im October hatte in Folge der kaiserlichen Proclamationen der Krieg in diesem Lande begonnen. Die Szekler, welche mit den Ungarn gemeinsame Sache machten, wurden anfangs zurückgedrängt, Klausenburg und Dées Ende November von Urban genommen. Aber jetzt warf sich der alte Revolutionsgeneral Bem, der in ungarischen Diensten stand und dessen Idee es war, die Polen und Slaven überhaupt mit den Ungarn zu alliiren, in die Berge des Sachsenlandes. Es war ein eigenthümlicher Heerführer, einer jener kühnen Guerillachefs, die kommen und verschwinden, ungeahnt und unerwartet, im Nu Siege erfechten und bei Niederlagen dem Feinde doch keinen Vortheil lassen. Bem machte sich seine Artillerie zuletzt aus Baumrinden, nur um einen Schuß zu geben; er war unbegreiflich in seinen Operationen; bald ohne Armee, bald mit 20.000 Mann erscheinend. Zudem war er soldatisch ehrlich, brav, menschlich und weit entfernt, sich zum Schergen der Kossuth'schen Schreckenspolitik zu machen.[47]

Bem warf schnell die Oesterreicher und die mit

[47] Der Krieg in Ungarn und Siebenbürgen. S. 273.

ihnen verbundenen Romanen zurück. Am 1. Januar 1849 hatte er den Norden des Landes erobert; am 22. griff er Hermannstadt an, ohne es jedoch diesmal erobern zu können. Dagegen gelang es ihm, Puchner abzuschneiden, und die Szekler zogen zur selben Zeit in's siebenbürgische Land.

Um Kronstadt und Hermannstadt zu schützen, rief Puchner nun die an der Grenze stehenden Russen zu Hilfe. Am 1. Februar besetzte der russische General Engelhardt, der im Grunde ohne Auftrag seiner Regierung handelte, Hermannstadt mit 6000 Mann, warf bei Schäßburg die Insurgenten zurück und machte Puchner Luft. Aber Bem hatte im Nu seine Corps zusammengerafft und überfiel am 3. März Puchner bei Medias, schlug ihn und nahm mit 14.000 Mann im Fluge Hermannstadt, die Russen über die Grenze jagend, Puchner bis in die Walachei treibend. Er war mit einem Schlage Herr des ganzen Landes.

So standen Ende März die Sachen für die Ungarn sehr günstig. Außer Karlsburg war Siebenbürgen in ihren Händen. In ganz Oberungarn und diesseits der Theiß stand kein Feind; was, wie die Bacska und das Banat, Pest und Ofen, von ihnen aufgegeben war, stärkte ihre Kraft und schwächte die des Gegners, namentlich weil die meisten Bewohner der besetzten Landestheile feindlich gegen die Oesterreicher gesonnen waren. Die ungarische Armee zählte

jetzt etwa 124.000 Mann mit über 800 Geschützen. Die österreichische Armee mochte an 60.000 Mann zählen.

Im ungarischen Heerlager beschloß man jetzt, zum Angriffskrieg überzugehen. Klapka rückte gegen Miskolcz vor und verband sich mit Görgey, der bei Kaschau stand, wodurch bekanntlich Schlick zum Rückzug genöthigt wurde. Dembinski zog in Miskolcz nun alle seine Corps zusammen. Er sollte nach den Befehlen aus Debreczin von Miskolcz über Abrany auf der Erlauer Straße vorrücken, um gegen Pest zu operiren, während ein anderes Corps im Süden den dort commandirenden Banus Jellačić zu bekämpfen hatte.[48]

Dembinski bezog am 25. Februar die Stellung hinter der Torna, von Sirok bis Kál. Am 1. März hatte er seine Armee hier concentrirt und setzte mit ihr auf das linke Theißufer über, ohne daß die Oesterreicher etwas von dieser entscheidenden Bewegung ahnten. Aber gerade um diese Zeit wurde Dembinski, um den Groll der ungarischen Generäle zu beschwichtigen, seines Obercommandos entsetzt und an seine Stelle General Vetter berufen. Dadurch wurden die Operationen um mehrere Tage gestört. Erst in der Mitte März verlegte Vetter sein Hauptquartier nach

[48] Klapka, der Nationalkrieg. S. 241.

Miklosz, Szolnok gegenüber, ließ Görgey nach Kápolna aufbrechen und rückte selbst bis Czegléd vor.

Windischgrätz, der seinen rechten Flügel dadurch in Gefahr sah, machte in Folge dessen eine rückgängige Bewegung und beschloß, die Defensive zu beobachten, bis er die Absicht des Feindes errathen haben würde. Ein abermaliger Wechsel im Commando der Ungarn, der Ende März erfolgte, und bei dem erst Klapka, dann Görgey den Oberbefehl erhielten, bewirkte die Heraufziehung der ganzen feindlichen Armee an die obere Theiß bei Tisza-Füred. Görgey hatte eine Macht von fast 60.000 hier zusammen und bedrohte Windischgrätz ernstlich.[46]

Am 7. und 8. April war Görgey gegen die Oesterreicher gerückt, hatte deren Verbindung mit Waitzen bei Rákosbach unterbrochen und Waitzen selbst nach heldenmüthiger Vertheidigung der Oesterreicher genommen. Durch die Besetzung dieses Punktes war die Bahn zum Entsatze von Komorn gebrochen, auch schickte Görgey sofort ein Corps nach Leva, wohin er am 16. April selbst aufbrach. Nur ein Corps ließ er den bis Pest zurückgedrängten Oesterreichern gegenüber.

Es war ein unglücklicher Wendepunkt eingetreten und allem Anscheine nach mußten die Oesterreicher,

[46] Der Winterfeldzug. S. 463.

erschöpft durch Krankheit, Märsche und Mangel an Verpflegung, Ungarn bald räumen, um vielleicht das eigene Land vor einer Invasion der Magyaren zu retten. Windischgrätz erkannte, daß die ihm zu Gebote stehenden Kräfte nicht ausreichten, um Pest zu decken und den Entsatz Komorns zu hindern. Er beschloß daher, die Stellung von Pest aufzugeben und sich auf das rechte Donauufer nach Ofen zu ziehen, dessen Besatzung unter den jetzigen Umständen vermehrt werden mußte.

In Olmütz war man durch diese Schlappe des Feldmarschalls, die sich gegenüber den Siegen Radetzky's bei Novara um so trostloser ausnahm, höchst indignirt. Mit einem Male wandelte sich die Gunst des Hofes für den ersten Marschall der Reaction und am 15. April wurde er abberufen, um fast in Vergessenheit nach all den Heldenthaten des Jahres 1848 zu gerathen. Das Obercommando wurde dem F. M. L. Welden übertragen, der über die Erbschaft seines Vorgängers nicht eben erbaut sein mochte.[50] Alle Truppen, die er fand, waren erschöpft. Siebenbürgen, Südungarn wie Nordungarn bis an die Gran vom Feinde eingenommen; das ganze Land vom höchsten Aufruhr ergriffen, kein befestigter größerer strategischer Punkt in Besitz, dagegen die beiden ausgedehnten Festungen

[50] Welden, Episoden. S. 95, 97, 98.

Peterwardein und vorzüglich Komorn in der Gewalt des Feindes. Die Eroberung von Leopoldstadt und Essegg hatte aber nicht viel Werth.

Der Erfolg der ungarischen Operationen zwang jetzt auch zur Räumung der Hauptstadt, ein unglückliches Debut Welden's, das er in seinem Werke vergeblich zu beschönigen sucht. So viel ist richtig, daß die Lage niederdrückend war und Pest nicht mehr gehalten werden konnte. Am 24. April zog die Armee trauernd aus der Hauptstadt Ungarns wieder ab und mußte noch sehen, wie sie mit Eljen, Tricoloren und Freudenfeuern die Truppen Görgey's empfing. Solche Schläge waren furchtbar.

Aber auch vor Komorn war das Unglück vollständig. Alles Mögliche war aufgeboten worden, die Festung zu nehmen. Monatelang ward sie bombardirt, eine ganze Armee hielt sie eng cernirt — und doch hatte man nichts erreicht, die Ausfälle der Besatzung in seltenen Fällen nur vereiteln können. Jetzt kamen noch die ungarischen Schaaren und nöthigten Welden, die Belagerung Komorns nach so viel Mühseligkeit aufzugeben. Die Kämpfe am 26. April, um die Höhen von Komorn, endeten alle trotz einzelner glänzender Thaten zu Ungunsten der österreichischen Armee, welche nun, im Gefecht mit einem kühnen und mächtigen Feinde, ihren Rückzug nach Preßburg

antrat.[51] „Es war," wie Welden sagt, „leider so weit gekommen, daß die Oesterreicher sich beglückwünschen konnten, den bereits eroberten Theil Ungarns nur mit einem so geringen Verlust wieder verloren zu sehen."

Man kann sich denken, wie dieser Erfolg im Felde auf Kossuth und den Reichstag in Debreczin wirkte. Kossuth namentlich gerirte sich als der künftige König oder Präsident von Ungarn und ließ sich von diesen ehrgeizigen Träumen so weit hinreißen, alle Brücken hinter sich und seinem Vaterland abzubrennen. Er gedachte die formelle Losreißung Ungarns nach der factischen durch den Landtag aussprechen zu lassen. Vergebens bekämpften seine Freunde diese unheilvolle Idee, selbst Görgey sprach energisch dagegen und ihm stimmten fast alle Generäle bei. Trotzdem beharrte Kossuth auf seinem Plan. Am 14. April beantragte er im Reichstage, „daß Ungarn sammt allen dazu gehörenden Theilen und Provinzen in seine unentfremdbaren Naturrechte wieder eingesetzt, der Reihe der selbstständigen europäischen Staaten wieder angeschlossen und das Haus Habsburg-Lothringen vor Gott und der Welt des Thrones verlustig erklärt werde."

Der Reichstag, ein Werkzeug Kossuth's geworden, erhob diesen Antrag am 15. April zum Beschluß und bestimmte darin u. A., daß das zukünftige Regierungs-

[51] Klapka, Nationalkrieg. S. 518.

syſtem in allen ſeinen Einzelnheiten von der Nationalverſammlung feſtgeſtellt werde, bis dahin aber Koſſuth als Regierungspräſident mit ſich beizugeſellenden Miniſtern unter eigener Verantwortlichkeit das Land in ſeiner ganzen Ausdehnung regieren ſolle. So ward Koſſuth denn formell der geſetzliche Herr Ungarns.

Dieſer unheilvolle Beſchluß machte jeden Ausgleich mit Oeſterreich unmöglich. Wollte der Kaiſerſtaat nicht eins ſeiner größten Länder aufgeben, ſo mußte er bis auf den letzten Soldaten dafür kämpfen; denn der Verluſt Ungarns war die Vernichtung Oeſterreichs als Großmacht. Aber noch ſchlimmer als das: Ungarn beleidigte durch dieſen Beſchluß das giltige europäiſche Staatsrecht, und es war nicht zu vermuthen, daß eine Macht in Europa dafür ſich bis zum Kriegführen, wie bei Griechenlands Erhebung, intereſſiren werde. Namentlich Rußland konnte einen Magyarenſtaat an ſeiner Grenze nicht dulden und wurde ſchon Polens wegen zur Intervention getrieben. In dem Rauſch des Sieges, der durch die Eroberung Ofens nach heldenmüthigem Widerſtand des Generals Hentzi ſeinen Höhepunkt erreichte, ließ man die Stimmen der Warnung und düſterer Prophezeihung unbeachtet, bis man jäh aus dem kurzen Glück geriſſen wurde.

Nach der Wendung, welche der Krieg in Ungarn ſeit dem April genommen, war deſſen Beendigung zu Gunſten Oeſterreichs nur noch durch fremdes Eingreifen

denkbar, weil die eigenen Kräfte, über die ganze Monarchie verbreitet, unmöglich dazu ausreichten. Nichts lag näher, als Rußlands angebotene Hilfe anzunehmen, wie demüthigend auch ein solcher Schritt sein mußte. Gerade Schwarzenberg's stolzer Geist mußte die Bitterkeit dieser Nothhilfe erkennen; wenn auch an eine perfide Politik des in Oesterreich kriegführenden Rußland weniger zu denken war, so mußte die Anrufung seiner Hilfe Oesterreichs Ansehen bedeutend schmälern, die öffentliche Meinung Europas erbittern und stärker denn zuvor für die Ungarn günstig stimmen. Auch die politischen Consequenzen solchen Schrittes waren nicht erfreulich. Immerhin konnte Rußland auf ein dankbares Oesterreich rechnen und diese Dankbarkeit konnte den Staat zu unwürdiger Rolle herabdrücken; eine Politik der Undankbarkeit aber mußte Rußland zu einem gefährlichen unversöhnlichen Feinde machen, dem reactionairen Oesterreich dadurch der einzige Verbündete entgehen. Die Zukunft sollte nur zu bittere Reue über jenen Schritt hervorbringen, dessen Nothwendigkeit freilich durch die Verzweiflung damals dictirt wurde.

Die diplomatischen Unterhandlungen kamen schnell zum Abschluß, dagegen stellten sich während der militairischen manche Mißhelligkeiten heraus, indem die Russen auf ihre eigene Faust zu operiren wünschten und Oesterreich natürlich seinem lieben Bundesgenossen doch

die Zügel führen wollte. Schon das war unangenehm, daß die Russen vor Ablauf von 4 bis 6 Wochen nicht auf dem Kriegsschauplatz erscheinen konnten und während dieser ganzen Zeit die Oesterreicher zur Unthätigkeit, zur Einhaltung einer demüthigen Defensivstellung bei Preßburg genöthigt wurden. Aber alle diese Uebelstände mußten hingenommen werden; denn Rußland versprach 125.000 Mann zu senden, mit deren Operiren Ungarn voraussichtlich niedergeworfen werden konnte. Das russische Hauptcorps unter dem Feldmarschall Paskiewitsch, 65.000 Mann stark mit 224 Geschützen, sollte von Galizien her in Ungarn einmarschiren, ein zweites 40.000 Mann starkes Corps unter Grotenhielm in die Moldau, Lüders mit 20.000 Mann aus der Walachei nach Siebenbürgen. Constatiren wir sonach die Anzahl der Streitkräfte, die sich bei voller Entfaltung gegenüberstehen mußten, so waren einerseits 125.000 Russen, verbunden mit 80.000 Mann Oesterreicher, zusammen also über 200.000 Mann regulaire Truppen vorhanden. Die Ungarn dagegen zählten allerdings auch 175.000 Mann, aber von diesen war doch mehr als die Hälfte ungeübtes und undisciplinirtes Militair.[52]

Die Magyaren suchten angesichts der Gefahr, die für sie heraufzog, ihre Macht durch Einheit der

[52] Der Feldzug in Ungarn. 13.

Bewegungen zu concentriren und damit zu erhöhen; aber die beginnende Prätorenherrschaft, die Rivalität und Kleinlichkeit der einzelnen Führer ließ es zu Nichts dieser Art kommen. Kossuth selbst erkannte sehr wohl die unglückliche Zukunft, die Ungarns wartete, wenn es der herankommenden Macht nicht durch Festigkeit mindestens eine geraume Zeit lang widerstehen könne, und man muß gestehen, daß er dem Wohl und der Rettung seines Vaterlandes jetzt seine persönlichen Zwecke opferte. Er erließ unter'm 20. Mai einen Befehl an alle Commandanten, in dem er die Nothwendigkeit der Eintracht betonte, die Willkühr in den Operationen untersagte und die strengste Befolgung des allgemeinen Vertheidigungsplanes forderte.

Auch österreichischerseits rüstete man sich mächtig zum Beginn des neuen Feldzugs. Alle Truppen, die in Italien disponibel geworden waren, marschirten nach Preßburg, der Kaiser selbst übernahm das Obercommando und suchte durch den Besuch des Lagers den Geist der Truppen zu heben. Anstatt des Feldmarschall-L. Welden wurde Haynau zum Heerführer in Ungarn ernannt. Er stand durch sein energisches und terroristisches Handeln in Italien in gutem Ansehen bei Hofe und seine militairische Tüchtigkeit, seine Energie und Rücksichtslosigkeit war gerade jetzt in Ungarn am geeigneten Platze.

So kam der Juni heran und die Waffenruhe, welche bisher geherrscht hatte, fand ihr Ende.

Die Ungarn, nach der Eroberung Ofens zuversichtlicher denn je, begannen auf der ganzen Linie vorzurücken und F.-M.-L. Wohlgemuth aus seiner Stellung an der Waag zu drängen. Kmèty schlug am 13. Juni die Oesterreicher in einem ersten Treffen bei Csorna; Asbóth setzte am 16. bei Aszód über die Waag, wurde jedoch von Wohlgemuth zurückgeworfen. Görgey war nicht glücklicher in seiner Offensive. Am 20. Juni hatte er Pered zwar genommen, aber nächsten Tages schon griffen ihn die Oesterreicher an und schlugen ihn in einer blutigen Schlacht. So zogen sich die Ungarn wieder in ihre Stellung zurück.

Nun ergriff Haynau seinerseits die Offensive. Bereits war die erste russische Division unter Panintine eingetroffen. Mit ihr zusammen griff Haynau am 28. Juni den Feind vor Raab an, drängte ihn zurück und nahm Raab selber. Es war eine neue feste Position, welche die Oesterreicher damit einnahmen, und in Anbetracht, daß jetzt die 100.000 Mann Russen auf dem Kriegsschauplatz erschienen, wurde die Lage der Ungarn wohl bedenklich.

In Pest, wohin man nach der Einnahme Ofens wieder die Regierung verlegt hatte, machten diese ersten Ereignisse im Felde einen traurigen Eindruck. Kossuth selbst wurde in seiner Zuversicht schwankend

und rief erst zum Schutze von Pest auf, dann bereitete er die Bevölkerung darauf vor, daß abermals die Oesterreicher einrücken könnten. Am 2. Juli eröffnete er zwar noch den wieder einberufenen Reichstag in Pest, aber die Ereignisse sprengten diesen gleich wieder auseinander.

Noch eine Hoffnung nährte man im ungarischen Lager: die Bestechung Rußlands durch Förderung von dessen Ehrgeiz. Man suchte mit Rußland selbstständig zu verhandeln, es von einer Theilnahme am Kriege abzuhalten; man schmeichelte ihm und entwarf sogar einen neuen Plan russischen Ehrgeizes. Der Herzog von Leuchtenberg sollte König von Ungarn und Polen werden. Kossuth selber hoffte um solchen Preis die Unterwerfung Ungarns durch Oesterreich vereiteln zu können, und daran lag ihm doch vorerst Alles. So ließ er durch den Grafen Casimir Batthyanyi eine Staatsschrift ausarbeiten, in welcher er die Krone des h. Stephan, für die er sogar einmal Görgey bezeichnet hatte, einem russischen Prinzen anbot. Aber unter den Umständen, wie dieser Antrag gemacht wurde, war nicht zu vermuthen, daß Rußland sich im Mindesten darauf einließ. In der That wurde der Antrag durch General Lüders kurzweg abgewiesen.

Nach dem Verluste von Raab nahm Görgey etwas von dem alten Vertheidigungsplan wieder auf und ließ die Armee hinter die Theiß sich zurückziehen. Aber

die Umstände waren diesmal nicht so günstig, wie im Januar. Um die Verwirrung im ungarischen Heerlager vollends zu mehren, setzten es die persönlichen Gegner Görgey's durch, daß er des Obercommandos entbunden wurde. Aber man wollte diese Absetzung nicht öffentlich bekannt machen, sondern Mészáros sollte den Oberbefehl im Stillen führen. Intriguen aller Art spielten jetzt unter den ungarischen Generälen und Kossuth selbst war zu schwankend geworden, um energisch gegen eine Partei aufzutreten.

Görgey hatte unterdessen bei O-Szöny ein glückliches Gefecht geliefert und dadurch für den Augenblick die Hoffnungen der Armee wieder gehoben. Unter diesem Eindruck machte die Nachricht seiner Absetzung viel böses Blut, namentlich unter seinen Truppen, die ihn wegen seiner persönlichen Bravour hochachteten. Klapka und die unter ihm dienenden Offiziere erklärten sogar der Regierung, daß sie in keinen anderen Führer Ungarns ein größeres Vertrauen als in Görgey setzten. So machte Kossuth eine Transaction. Görgey war seither nicht allein Obercommandant, sondern auch Kriegsminister gewesen; zwei Stellungen, welche unmöglich von einer Person gebührend ausgefüllt werden konnten. Er sollte daher das Kriegsministerium aufgeben und den einmal ernannten Mészáros als Oberfeldherrn anerkennen, wogegen ihm das Commando

der oberen Donauarmee verbliebe. Görgey fügte sich, aber sein Ehrgeiz war schwer verletzt.

Am 11. Juli unternahm er, um sich den Weg nach der unteren Donau zu bahnen, einen Hauptangriff auf die österreichisch-russischen Linien vor Komorn; aber er erlitt dabei eine empfindliche Niederlage und wurde überdies von der Regierung und den übrigen Truppen abgeschnitten. Das war ein neuer Schlag. Görgey und Kossuth geriethen überdies noch in eine häßliche, rachsüchtige Feindseligkeit, und die Flucht der Regierung nach Szegedin war ebenfalls nicht geeignet, das erschütterte Vertrauen der Ungarn wieder herzustellen. Von nun an, darüber konnte kaum ein Zweifel walten, ging der Stern der ungarischen Revolution unter. Nicht verlorene Schlachten brachten es so weit, nicht die Uebermacht, nicht Geschicklichkeit der österreichischen oder russischen Feldherrn: sondern die eigene Zwiespältigkeit, der Egoismus der Revolutionschefs, die Uneinigkeit und Confusion in den militairischen Bewegungen.

Görgey, mit einer Armee von 30.000 Mann suchte verzweiflungsvoll einen Ausweg vor den ihn umschließenden Russen und Oesterreichern. Er mußte trachten, sich wieder mit den übrigen Corps und dem Sitz der Regierung in Verbindung zu setzen. Am 12. Juli zog er von Komorn, wo Klapka mit 15.000 Mann, blieb auf Waizen, um hier die russischen Linien

zu durchbrechen. Der Kampf, anfangs glücklich, verfehlte doch seinen Zweck und so ging die Hetzjagd des Görgey'schen Corps weiter. Görgey selbst verzweifelte an der Sache, für die er kämpfte, und versuchte durch Unterhandlungen mit den Russen wenigstens noch so viel zu retten, als möglich war. Aber die Russen wiesen ihn ab und verlangten unbedingte Capitulation. Görgey fragte in einem Tagesbefehl vom 21. die Armee darüber; aber noch lebte in dieser ein Hoffnungsschimmer und sie wies das Ansinnen zurück, die Waffen ohne einen letzten Kampf zu strecken. So begann denn Görgey den kühnen, vom militairischen Geschick zeugenden Marsch um die russischen Corps herum, um sich mit Mészáros' Corps zu vereinigen.

Die kräftige Offensive der verbündeten Oesterreicher und Russen brachte Schlag auf Schlag der Revolution bei. Man konnte schon die Stunden berechnen, welche diese heldenmüthige Nation noch zu leben hatte. Haynau rückte mit Vehemenz und starker Macht auf Szegedin, den Sitz des Ministerium Kossuth's los; Schlik überschritt bei Tisza-Füred die Theiß und bedrohte den Rückzug der südlichen ungarischen Corps in's Banat. Unter solchen Bewandtnissen flüchtete die Regierung abermals aus dem bedrohten Asyle und wandte sich nach Arad, welches von den Ungarn kurz zuvor noch erobert worden war.

Nirgends trat für die Ungarn ein glückliches Er-

eigniß ein, um der in ihren Reihen beginnenden Verwirrung, der Verzweiflung, einen Stillstand zu gebieten und neuen Muth einzuflößen. Auch Bem verließ das alte Glück. Gedrängt von den im Norden Siebenbürgens operirenden Russen und von den Oesterreichern unter Puchner, der im Süden vorging, schlug sich Bem noch verzweiflungsvoll und oft mit Glück in dem gebirgigen Lande, bis er zuletzt am 5. August eine vollständige Niederlage beim Rothenthurmpaß erlitt. Von Kossuth überdies zu Hilfe gerufen, zog er sich aus Siebenbürgen nach dem Banat zurück.

Hier sammelten sich, mit Ausnahme der abgeschnittenen Görgey'schen Armee, alle Corps der Ungarn; denn auch Jellačić war vorgerückt und durch den Marsch auf Peterwardein gelangte er in den werthvollen Besitz der Bacska. Am 2. August verließ die ungarische Armee Szegedin, überschritt die untere Theiß und zog sich bei Söregh in eine letzte Stellung zurück, den Entscheidungskampf erwartend. Haynau verfolgte sie mit Siegesgewißheit. Schon am 5. August schlug er die Ungarn zwischen Söregh und Sz.-Iványi und nöthigte sie zum Rückzug auf Temesvár. Hier fand am 9. August ein letzter blutiger Kampf statt, dessen Resultate die Versprengung der 50.000 Mann starken Armee Dembinski's und Perczel's und der Entsatz Temesvárs durch die Oesterreicher waren.

Man kann sich denken, welchen Schrecken die

Nachricht dieser Niederlage in Arad und auf Kossuth hervorbrachte. Zwar kam in diesem Augenblick Görgey mit seiner Armee nach einem glücklichen Flankenmarsch mit der Regierung bei Arad wieder in Verbindung; aber unter den obwaltenden Umständen, nach der Schlacht bei Temesvár, verlor dies sonst so werthvolle Ereigniß an Bedeutung. Kossuth gab Alles verloren und dachte an Nichts mehr, als sich zu retten, um nicht, sei es durch den Verrath eines ihm feindlichen Generals, sei es durch Zufall in die Gefangenschaft zu gerathen. Er, als Haupt der Revolution, hatte am Ende Grund zu fürchten, daß irgend ein ungarischer General eine Capitulation eingehe, welche seine Auslieferung zur Bedingung machte, um andere Conzessionen zu gewähren.[53]

Kossuth berief am 11. August einen Ministerrath, in welchem er erklärte, daß nach der Niederlage bei Temesvár es unmöglich sei, die Regierung wie bisher fortzuführen, sondern eine Dictatur geschaffen werden müsse, welche einzig und allein Görgey bekleiden könne, der allein im Stande sei, mit dem Feinde in Achtung gebietender Stellung zu unterhandeln. Kossuth fürchtete Görgey wegen der Auslieferung wohl am meisten und hoffte durch diese Uebertragung der Dictatur an ihn Zeit zur Flucht zu finden.

[53] Siehe Kölnische Ztg. 1850. Die Erklärungen Szemere's Horváth's und Vukovits'.

Der Vorschlag wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen, eine Bevollmächtigungsacte aufgesetzt, aber die Auflösung der Regierung nicht formell darin ausgesprochen. In Wahrheit jedoch löste sie sich auf, als die Deputation mit der Dictaturübertragung zu Görgey abreiste.

Görgey wollte den Auftrag nicht annehmen, so lange Kossuth und die bisherige Regierung nicht ausdrücklich erklärten, daß sie sich auflösten und dies dem Lande zu wissen thaten. Görgey und die Deputirten ließen dies Kossuth brieflich wissen, und Kossuth, von Angst um sein Leben erfüllt und einen Gewaltstreich fürchtend, willfahrte sogleich und dankte die Statthalterschaft ab, ohne den Staatsrath zu berufen, den er bei jedem wichtigen Anlaß zu befragen gesetzlich verbunden war. Auch die Minister verständigte er erst nach geschehener That davon, wiewohl er im Namen des Ministeriums abdankte. „was er," wie Graf Casimir Batthyanyi sagt,[54] „zu thun kein Recht hatte." Wiewohl man behaupten kann, daß Kossuth bei seinem Rücktritt in einem Zustande moralischen und physischen Zwanges war, so muß man sich doch erinnern, daß er diesen Act später, wo er frei von aller Nöthigung war, freiwillig bestätigte und der Aufforderung zur Wiederaufnahme

[54] In seinem Bericht in den „Times" vom 10. Dezember 1817. Siehe ferner sein Schreiben in der Allg. Augsb. Ztg. 1850, Nro. 177 Beilage.

seiner abgetretenen Gewalt nicht entsprach; weder in Lugos, in der Mitte von Bem's Armee, noch in Mehadia, wo Bem ihn dringend ersuchte, es zu thun und die letzte Chance des Erfolges zu versuchen, worauf er schriftlich mit Nein antwortete. Durch diese Handlungsweise gab er Ungarn seinem Schicksale preis. Er überschritt die Grenze und betrat das türkische Gebiet, noch ehe es in Ungarn ganz zu Ende war und während es noch Festungen und Armeen gab, mit denen die Nationalsache noch hätte vertheidigt werden können. Noch vor seiner feigen Flucht verkündete Kossuth dem Lande, „daß nach den unglücklichen Schlachten, mit denen Gott in den letzten Tagen dies Volk heimgesucht, keine Hoffnung mehr sei, den Kampf der Selbstvertheidigung mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen zu können."

An demselben Tage, am 11. August, proclamirte sich Görgey als Dictator Ungarns.

Was er als solcher thun wollte, war längst in seinem Kopfe. An ehrenvollen Kampf bis zur letzten Stunde dachte er nicht, wiewohl noch immer an 80.000 Mann im Felde standen und mit Geschick und Energie der Oberleitung in einer festen Stellung concentrirt werden konnten. Görgey hielt das Spiel für verloren, und sein Leben, seine Rettung war ihm lieber, als ein heroischer, eines Römers würdiger Untergang. Mit 23.000 Mann brauchte er, da er noch andere Corps hinter sich stehen hatte und namentlich

Bem noch vorhanden war, nicht zu capituliren, ehe er nicht einen letzten Versuch gemacht, sich zu retten durch einen verzweifelten Kampf. Alles, was er that, zielte darauf ab, daß er seine Truppen entmuthige und zur Capitulation geneigt mache. Ja, er ließ dieselben sogar in dem Glauben, daß die Russen ihnen Amnestie ertheilen, die Offiziere in ihren Chargen belassen bleiben und Rußland sich in Folge der Capitulation zum Schutzherrn Ungarns machen werde. Er täuschte so diese Braven und führte sie hinterrücks in's Unglück, während er bei den Unterhandlungen sich Freiheit und Leben allein bedingte — der einzige Preis für so viel Schmach und Niedertracht der Gesinnung.

Görgey unterhandelte schon seit 8. August mit Paskiewitsch und ließ um so schneller alle Ehrenbedingungen fahren, je schneller die Hiobspost von Kossuth's Abdankung der von der Niederlage bei Temesvar folgte. Als er die Dictatur annahm, da hatte er dem russischen Heerführer schon angezeigt, daß er die Waffen niederlegen und mitten in die russischen Streitkräfte bei Világos seine Armee hineinführen werde, um sie capituliren zu lassen.

Am 12. August unternahm Görgey mit dem unglücklichen Corps diesen Marsch der Schande. Paskiewitsch versäumte es nicht, diesen wohlfeilen, durch die Verrätherei eines schlechten Patrioten arrangirten Fang zu machen. Er ließ die russischen Corps so marschiren,

daß sie die Ungarn bei Világos umzingelten. In der Ebene von Szöllös, unweit Világos, erfolgte die elende That — 23.000 Mann streckten die Waffen auf Geheiß Görgey's und wurden zum — Standrecht nach Großwardein geführt; Görgey allein ging frei und seines Lebens froh von dannen, um in der Einsamkeit Klagenfurts seine Schmach hinzuschleppen.

Schrecken und Verzweiflung verbreitete die Nachricht von dieser Verrätherei des Dictator-Oberfeldherrn. Allen sank der Muth, Alle ergaben sich jetzt in ihr Geschick. Am 16. August capitulirte Kazinczy und Vecsey; die Commandanten in Siebenbürgen ergaben sich; am 17. fiel Arad, am 7. September das feste Peterwardein. Bem, der noch allein mit Guyon an Fortsetzung des Kampfes dachte, zog sich angesichts der unaufhaltsamen Katastrophe zurück und flüchtete in die Türkei. Auch das letzte und festeste Bollwerk gab nun den Widerstand, der doch ohne weitere Erfolge blieb, auf. — Am 2. Oktober übergab Klapka unter ehrenvollen Bedingungen Komorn an Haynau.

Paskiewitsch konnte das stolze, für Oesterreich so demüthigende Bulletin an seinen Caren richten: „Ungarn liegt zu Ew. Maj. Füßen!“ Oesterreich blieb die Pacification. Und Haynau führte nun in dem unglücklichen Lande ein Racheregiment, welches ganz Europa empörte. Das Kriegsrecht wurde mit grausamer Härte gegen die gefangenen Offiziere und Honvéds

geübt, die Edelsten der Nation wurden gehängt, oder in contumatiam zum Galgen oder Kerker verurtheilt. Ein greller Schrei drang aus der Brust des geknebelten Ungarns, ein Schrei der Klage, des Schmerzes und der Rache für die Opfer der Haynau'schen Pacificationspolitik.

Achter Abschnitt.

Das Verhältniß zu Deutschland.

Das Frankfurter Parlament. — Preußen und Oesterreich. — Schmerling. — Verfassung Deutschlands. — Ausschließen Oesterreichs. — Die Kaiserwahl. — Der König von Preußen als präsumptiver Kaiser. — Preußische Angst und Freude. — Fürst Schwarzenberg's Tactik. — Das Reichsministerium und der Reichsverweser. — Auflösung des Parlaments. — Rumpfparlament. — Das Dreikönigsbündniß. — Oesterreich und der Reichsverweser. — Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich. — Vertrag vom 30. September 1849. Einsetzung einer Bundescommission. — Abdankung des Reichsverwesers. —

Unterdessen waren die Verhältnisse Oesterreichs zu Deutschland in eine eigenthümliche Verwicklung gerathen.

Dem Drange der Umstände folgend und um nicht seine Machtstellung in dem neuzugestaltenden Deutschland ganz einzubüßen, hatte Oesterreich sich an der Beschickung des Frankfurter Parlaments betheiligt. Die deutschen Erbländer hatten mit Enthusiasmus diese

Betheiligung an dem Aufbau des deutschen Vaterlandes ergriffen, dagegen rief die Beschickung von Frankfurt, wie früher schon erwähnt, in den zum deutschen Bunde gehörigen Ländern Oesterreichs mit slavischer Bevölkerung, namentlich in Böhmen, leidenschaftliche Proteste auf, welche die Regierung anfangs ignorirte.

Die Aufgabe des deutschen Parlaments in Frankfurt, welches im Mai 1848 zusammentrat, bestand darin, dem deutschen Reiche eine Verfassung zu geben und an Stelle des verhaßten, unfähigen Bundestages eine neue Centralgewalt zu schaffen. Oesterreich sah der Lösung dieser Aufgabe nicht ohne Bangen entgegen. Es hatte seither das Präsidium und das entschiedene Uebergewicht am Bundestage gehabt, derart, daß es, wenn auch nicht formell, so doch thatsächlich die Herrschaft über Deutschland führte, sogar Preußen an Einfluß in dieser Hinsicht weit überragte. Wurde der Bundestag aufgehoben, so büßte also Oesterreich seine bequeme Machtstellung ein, und es war die Frage, ob man ihm in der neuen zu schaffenden Centralgewalt eine ähnliche Stellung wieder zuweisen würde. Die Rivalität Preußens mußte bei dieser Gelegenheit als ein bedenklicher Feind erstehen und dies um so mehr, als sich nicht leugnen ließ, daß Preußen im deutschen Volke viel mehr Sympathien besaß denn Oesterreich.

Angesichts dieser Gefahr suchte man von Wien aus Vorbereitungen zu treffen, um sich einestheils nicht

überrumpeln zu lassen, anderntheils für die Zukunft Waffen bereit zu haben. Der Bundestag, der unter dem Eindruck des neuen Geistes sich selbst als aufgelöst erklärt hatte, sollte — so rechnete man in Wien — thatsächlich doch nicht eher als bis im letzten Momente verschwinden und versuchen, seine Elemente mit in die neue Centralgewalt zu bringen. Zu diesem Zwecke hatte man schon vorher einen Mann zum Präsidenten des Bundestages gemacht, welcher schmiegsam, anscheinend, liberal und Diplomat genug war, diese gefährliche Krisis zu Gunsten Oesterreichs zu lenken. Er sollte, wenn es nicht mehr zu ändern war, den Bundestag schließen und mit einer etwas elastischen Beweglichkeit versuchen, seinen Einfluß auch in die neue Centralgewalt zu bringen. Dieser Mann war Herr von Schmerling.

Anton von Schmerling war damals, im Völkerfrühling, dreiundvierzig Jahre alt und schnell auf der Staffel der juristischen Laufbahn emporgestiegen. Er hatte für den niederösterreichischen Landtag, in den er 1847 gewählt worden, eine Denkschrift gegen die Censur und für die Einführung der Preßfreiheit entworfen und Metternich mitstürzen helfen. Als geschäftskundiger Jurist war er dann auf den zusammenbrechenden Stuhl eines Bundes-Präsidialgesandten geschickt worden, damit das abgenützte Möbel mindestens mit Kraft und Anstand preisgegeben werde. Ein Beamter

mit kaltem Blut und Muth und mit der ganzen Uebung eines Mannes von Fach und Welt, war ihm ein Amt der Thätigkeit sicher in den neu sich schlingenden Kreisen deutschen Staatswesens, und seine herbe Tapferkeit konnte in entscheidenden Momenten wohl nützlich werden.

Zum Glück, wenn man so sagen darf, dauerte die Rolle des Herrn von Schmerling als Präsidialgesandter am Bundestage in der Eschenheimer Gasse nicht lange. Im Mai 1848 trat das Parlament zusammen und der Bundestag wurde trotz seines verzweifelten Liberalismus in letzter Stunde auch offiziell für todt erklärt, nachdem es seit zwanzig Jahren schon alle Welt erklärt hatte. Die oberste Macht ging von ihm auf den am 29. Juni zum deutschen Reichsverweser ernannten Erzherzog Johann über.

Der deutsche Bundestag, dessen Präsident Herr von Schmerling war, beeilte sich übrigens keineswegs, sich begraben zu lassen. Er hatte noch in letzter Stunde, angesichts der Ereignisse zu Prag und der Wahlverweigerung der Čechen, die Aufstellung eines Bundesarmeecorps von 30.000 Mann gegen Böhmen verfügt. Das Parlament verbat sich indessen die Ausführung dieser Verfügung. Der Bundestag hatte sich ferner beeilt, wiewohl er gesetzlich nicht mehr existirte, den Erzherzog Johann nach dessen Erwählung durch ein Glückwunschschreiben zu begrüßen. Robert

Blum beschwerte sich bitter darüber und veranlaßte dadurch Herrn von Schmerling, der zugleich Parlamentsabgeordneter war, zu einer sehr satyrischen Entgegnung. Er gestand, daß die Bundesversammlung, die am 28. Juni durch den Beschluß der Nationalversammlung ihr irdisches Dasein geendet, am 29. Juni sich doch wieder versammelt und jenes Glückwunschschreiben beschlossen habe, um zu beweisen, daß die Wahl des Erzherzogs auch die Zustimmung der Regierungen habe.

Indessen half dem Bundestag alle diplomatische Pfiffigkeit nicht mehr. Als der Erzherzog-Reichsverweser im Juli unter Jubel nach Frankfurt gekommen war, fand das Begräbniß des Bundestages statt. Herr von Schmerling, von gutem Humor, freute sich nicht übel auf die Ceremonie. Franz Schuselka in seinen „deutschen Fahrten“ erzählt, daß ihn kurz vor derselben der Präsidialgesandte folgendermaßen angesprochen habe:

„Nun könnt ihr einen Hochgenuß haben, ihr Demagogen; ihr könnt die Aufhebung des Bundestages mit ansehen!“

Das thaten die „Demagogen“ denn auch mit „Hochgenuß“ und die Bundestägler sahen sehr scheel drein. Schmerling hielt die Grabrede, in welcher er mit Betonung erklärte, daß die Bundesversammlung die ihr von den Regierungen Deutschlands anvertraute

Gewalt im Auftrag dieser Regierungen dem Reichsverweser übergebe.

Dies geschah am 12. Juli. Am 15. bereits ernannte der Reichsverweser den Ex-Präsidialgesandten zum Reichsminister des Innern, einige Wochen später zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

So standen die Verhältnisse in Deutschland für Oesterreich um diese Zeit nicht ungünstig. Einer seiner Erzherzöge war Reichsverweser, dessen einflußreichster Minister ein österreichischer, zuletzt noch mit der Politik des Bundestages bekannt gemachter Staatsmann. Dies bewirkte, daß man vor der Hand den Angelegenheiten Deutschlands keine besondere Aufmerksamkeit in Wien schenkte. Man hielt den österreichischen Einfluß für gesichert genug und der Reichsverweser hatte seine geheimen Instructionen erhalten. Ueberdies war man in Oesterreich selbst vollauf beschäftigt, und die dynastische, dem Parlament wie der Revolution entgegentretende Haltung des Reichsministeriums flößte keinerlei Besorgnisse ein. Herr von Schmerling entsprach allen Erwartungen, die man von ihm in Wien gehegt. Er hatte Ironie genug, das Parlament in seinen Reden zu verhöhnen; er leitete die auswärtige Politik gar nicht, oder so, daß sie der mittlerweile operirenden Reaction zu Hilfe kam. Er wußte den von Preußen schmählich abgeschlossenen Waffenstillstand von Malmoe, vom 5. September

1848, in seiner Vertheidigungsrede vor dem Parlament für Oesterreich auszubeuten und dann die Comödie zu spielen, aus Scham über diesen Waffenstillstand abzudanken, um trotzdem vierzehn Tage später zur Durchführung der reactionairen Schläge wieder in das Cabinet zu treten. Er nutzte jetzt die Ereignisse in Frankfurt vom 18. September aus, die wegen der Ermordung Lichnowski's und Auerswald's das Ansehen und die Macht der demokratischen Partei brachen, nicht minder wie der Struve'sche Republikanerzug nach Baden. Nach diesen Thaten konnte Herr von Schmerling am 15. December das Feld räumen, um einem anderen Arrangeur Platz zu machen.

Mit dem Ministerium Schwarzenberg begann der systematische Feldzug von Wien aus gegen die Demokratie in Frankfurt. Fürst Schwarzenberg wollte auch hier mit einer Politik der That das alte Uebergewicht Oesterreichs und, so viel wie möglich, die früheren bundestäglichen Zustände herstellen.

In der Nationalversammlung zu Frankfurt hatte nämlich die Berathung über die Verfassung die Richtung genommen, einen Bundesstaat mit preußischer Leitung und eine Union mit Oesterreich aufzurichten. Es war dies die Politik der sogenannten kleindeutschen Partei, welcher mehr und mehr schroff die der großdeutschen entgegentrat, deren Ziel in der Einheit

Deutschlands mit Oesterreich und dessen Hauptstellung darin bestand.

Obwohl nun Schwarzenberg in seinem Programm vom 27. November davon gesprochen, „wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seien, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen," erklärte er doch Ende Dezember, daß er dies nicht so verstanden, als wolle Oesterreich auf den Eintritt in den Bundesstaat verzichten. Aber in Frankfurt war namentlich in Folge der reactionairen Siege Schwarzenberg's die antiösterreichische Partei bedeutend in der Majorität und warf ihr Gewicht entscheidend bei den Berathungen über die künftige Gestaltung Deutschlands in die Wagschale. Es trat immer mehr zu Tage, daß diese Gestaltung Deutschlands vom Parlament aus ohne Oesterreich geschehen sollte und auf Errichtung eines Bundesstaats abzielte. Schwarzenberg rüstete sich jetzt bereits zu einem Hauptschlag, sobald die Dinge zur Reife gelangt sein würden. Vorläufig jedoch begnügte er sich mit einer Verwahrung gegen eine etwaige Unterordnung des Kaisers von Oesterreich unter jede, von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt (Febr. 1849). Sollte Oesterreich nicht, wie früher, wieder das Haupt des deutschen Reiches werden, so beschloß Schwarzenberg, auch keinem andern, geschweige denn dem Nebenbuhler Preußen,

diesen Platz zu gönnen. Die Gestaltung Deutschlands sollte dann schließlich wieder von den Fürsten abhängen und nöthigenfalls mit den Waffen durchgeführt werden. Auf einen Krieg kam es dem Minister nicht an.

Unter dem Eindruck der octroyirten Verfassung vom 4. März, welche aus Oesterreich einen Einheitsstaat machte, gewann die kleindeutsche Partei in Frankfurt noch mehr an Anhang. Welcker stellte darauf sofort den Antrag, dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserwürde zu übertragen. Den Anstrengungen der österreichischen Partei, die sich nicht überrumpeln lassen wollte, gelang es zwar, die Abstimmung über diesen Antrag zu verhindern; aber die folgenden Ereignisse konnten doch von ihr nicht länger aufgehalten werden. Am 23. März schon wurde die Verfassung Deutschlands beendigt und vom Parlament angenommen; am 27. März wurde die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde beschlossen.

Nun sollte die Wahl des Kaisers selbst erfolgen, um das Werk zu krönen.

Es war am 28. März 1849. Die Versammlung zählte 538 anwesende Mitglieder; nur 29 fehlten. Bei dem Namensaufrufe erklärten 248 Mitglieder, sich der Wahl enthalten zu wollen; 290 stimmten für Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. Noch im letzten

Augenblicke hatten Manche von der äußersten Linken sich dem preußischen Erbkaiserthume zugewendet.

Der Plan, dem Gagern und seine Freunde schon längst vor 1848 ihre ernsten Wünsche gewidmet, und den sie seit dem März des Revolutionsjahres unverrückt als Ziel ihres Thuns, als Schlußpunkt der deutschen Bewegung im Auge gehabt, schien nun vom Erfolge gekrönt zu sein. Aber der Sieg hatte keine Siegesfreude; denn es fehlte die Gewißheit, ob das Gewonnene auch behauptet werden könne. Man hatte Alles für Preußen dahingegeben, und hatte dafür nur Zweifel und Ungewißheit geerntet. Nun kam Alles auf Preußen an, nichts mehr auf die Nationalversammlung.[55]

Andrerseits hatte aber Preußen, wenn auch nur auf mittelbarem Wege, so viel zur Herbeiführung des Erfolges gethan, daß nicht zu vermuthen stand, es werde Das von der Hand weisen, was man stets für das letzte Ziel seiner hundertjährigen Politik hatte halten dürfen. Wenigstens urtheilte so der Reichsverweser. Am Abend der Kaiserwahl beschied er sein Ministerium, die Vorsitzenden und die Schriftführer des Parlaments zu sich und erklärte, daß er seine Würde niederlege.

Jetzt konnte die Kaiserpartei eine erste, eine über

[55] Die deutsche Nationalversammlung. Gegenwart. IX. S. 159.

alles Hoffen große Frucht ihres Sieges pflücken; jetzt hatte sie es in der Hand, auch wenn der König von Preußen das Kaiserthum nicht sogleich annähme, ihm wenigstens die Vorstandschaft des Reichs, die Ausübung der Centralgewalt, ihm den Besitz zu sichern, der in jedem Streite das beste Mittel zum endlichen Erfolge gewährt. War der König erst einmal Reichsverweser und übte die Machtbefugnisse, die ihm das Gesetz vom 28. Juni 1848 verliehen, so war der Schritt zur Uebernahme der dauernden Regierung des Reichs kein so großer mehr.

Allein in der Ueberwallung des Augenblicks stand dem Präsidenten der Nationalversammlung nicht die ruhige Erwägung zur Seite, die ihm sonst selten fehlte. Vielleicht hielt er es auch für bedenklich, dem Könige von Preußen eine Gewalt über das Reich zu bieten, ehe er dessen Verfassung genehmigte. Wie dem auch sei, Simson, anstatt mit kluger Entschlossenheit die Abdankung des Erzherzogs zur unwiderruflichen Thatsache zu machen, bot all' seine Beredtsamkeit auf, ihn von solchem Schritte abzuhalten; er machte die gefährliche Lage Deutschlands geltend, und beschwor ihn, seinen Entschluß zurückzunehmen.

Der Erzherzog verlangte eine Stunde Bedenkzeit. Diese Stunde war entscheidend für Deutschlands Zukunft. Heckscher und Schmerling eilten zu dem Reichsverweser. Bald erhielt Gagern ein Schreiben, worin

Erzherzog Johann zwar bei seiner Abdankung beharrte, aber beifügte: er werde sich der Pflichten seines Amtes erst dann als enthoben betrachten, „wann es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands geschehen könne."

Also blieb an der Spitze Deutschlands vorläufig noch ein österreichischer Erzherzog.

Am nächsten Tage ging die Deputation von Frankfurt nach Berlin, um dem Könige von Preußen die Kaiserkrone anzubieten.

Aber hier hatte Schwarzenberg schon eifrig und mit Glück vorgearbeitet. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel, welches seinerseits die Reaction in Preußen einführte, ließ sich einschüchtern durch die Furcht vor Revolution, welche Schwarzenberg ihm eingeflößt, und bei der romantisch-legitimistischen Anschauung des Königs war es leicht, diesen vor dem Gedanken erbeben zu machen, er solle ein Kaiser durch den Willen des Volks und trotz einzelner Regierungen von Gottes Gnaden werden. Schon lange bevor man den König zum Kaiser wählte, hatte er sich gegen diese Wahl bitter und in überspannt royalistischem Sinne ausgesprochen.[56] Dies Alles fügte sich

[56] Siehe des Königs Brief vom 18. März 1849 an E. M. Arndt; abgedruckt u. A. auch in Ernst Hellmuth's „Neueste Zeit" (1861) IV. S. 218.

in glücklicher Weise, um Oesterreich einen Schlag zu ersparen, der unter allen Umständen kaum verwindbar gewesen wäre und einen Krieg auf Tod und Leben mit Preußen zur Folge gehabt hätte.

Am 2. April empfing Graf Brandenburg die Kaiserdeputation und führte sie zum Könige, der den so verlockenden Antrag mit der Bemerkung ablehnte, er werde ohne das freie Einverständniß der deutschen Regierungen eine Entschließung überhaupt nicht fassen. Diese müßten daher jetzt die Verfassung prüfen; sie müßten erwägen, „ob die ihm übertragenen Rechte ihn in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von ihm fordere, die Geschicke Deutschlands zu leiten.“ Das war so echt preußische Antwort — „ich möchte wohl, aber ich fürchte die Gefahr;“ diese Politik der Vorsicht, halb redlicher, halb koketter Mäßigung, mit stolzen Worten eines Starken, „der muthig zurückweicht“, hat Preußen um die wirkliche Großmachtstellung gebracht, und sollte es diesmal von der höchsten Höhe, auf die es das deutsche Volk erhob, in eine schandbare Demüthigung seitens der Regierungen stürzen. Fürst Schwarzenberg war der Mann, der diese Blöße des österreichischen Rivalen ohne Thatenmuth wohl auszunutzen verstand.

Das preußische Ministerium erließ nach dieser bedingten Ablehnung der Kaiserkrone seitens des Königs

eine Circularnote, in der es hieß: „Während auf der einen Seite die Bedeutung der in Frankfurt getroffenen Wahl anerkannt, und in Folge dessen an die Spitze von Deutschland zu treten erklärt ward, hat Se. Majestät auf der andern Seite festgehalten daran, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werde, und daß die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtsgiltigkeit gelangen kann . . . In Betracht, daß der Erzherzog-Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche für Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind Se. Majestät der König bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen. Se. Majestät sind, dem ergangenen Rufe Folge leistend, und eingedenk der Ansprüche, welche ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschlossen, an die Spitze eines Bundesstaats zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die Formen dieses Bundesstaats werden wesentlich davon abhängen, wieviel und welche Staaten sich demselben anschließen." Hiernach wurden die Gesandten angewiesen, die Regierungen zur Abschickung von

Bevollmächtigten nach Frankfurt aufzufordern, um sich dort über den Beitritt zum Bundesstaate und eine Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu erklären, sowie über das Verhältniß zu den Staaten, die dem Bundesstaate nicht beitreten würden.[57]

Die Antwort des Königs und die Circularnote waren Todesstreiche, die die Nationalversammlung trafen. Oesterreich zwar protestirte gegen die Note, aber gleichzeitig erklärte es die Vollmachten des Parlaments für erloschen, und rief seine Abgeordneten zurück. Mit der Ueberzeugung, daß das Parlament eine Macht Preußens sei, und trotz der Ablehnung der Kaiserkrone wohl bleiben werde, lag dem Fürsten Schwarzenberg daran, es zu sprengen, seine Macht zu brechen, es in sich und den Leidenschaften seiner Parteien auflösen zu lassen.

Das preußisch gesinnte Reichsministerium Gagern hoffte noch immer, den König zu gewinnen. Es gelang ihm, von den Bevollmächtigten von 28 Staaten eine Zustimmung zur Verfassung und Kaiserwahl zu erwirken. Preußen aber schwieg, wollte immer noch abwarten und auch noch dann, als sich herausstellte, daß die von ihm angeregten Conferenzen in Frankfurt nicht zu Stande kämen. So blieb dem Parlament keine andere Wahl, als sich entweder durch eine neue

[57] Allg. Ztg. 1849. Nro. 96.

Verfassung dem Plan Oesterreichs anzuschließen, oder für die verkündete Verfassung die Revolution aufzurufen, oder an ruhigen Selbstmord zu denken. In diese Alternative hatte sie die schwachmüthige Politik Preußens und die geschickte Tactik Oesterreichs gesetzt.

Schwarzenberg ließ nun die Dinge ruhig ihren Verlauf nehmen: er hatte den Erzherzog-Reichsverweser als gut zu gebrauchende Handhabe im glücklichen, die Verwirrung des Parlaments als Basis der Politik im unglücklichen Falle. Preußen ging mehr und mehr in die Falle. Noch Ende April lehnte es definitiv die Kaiserkrone ab, negirte die Nationalversammlung — womit es seine Macht selber vernichtete — und lud die Regierungen ein, Abgesandte nach Berlin zu entbieten, um sich dort über das Verfassungswerk zu verständigen. Schwarzenberg ließ Alles geschehen — er sah die Nationalversammlung der Revolution entgegentreiben, als sie das deutsche Volk aufrief die Reichsverfassung zur Anerkennung zu bringen; er sah Preußen durch Bekämpfung dieser Revolution sich um alle Sympathien bringen. Oesterreich fiel unter solchen Umständen entweder der Einfluß zu, dessen Preußen sich in Verblendung selber begab, oder es ließ durch die Revolution tabula rasa machen, um dann wieder der einzige Mächtige zu sein.

Schwarzenberg täuschte sich nicht.

In Deutschland begannen in Folge des Frankfurter

Aufrufes die Bewegungen. In Sachsen, in der Pfalz und in Baden loderte wild der Aufstand aus, meist mit republikanischen Tendenzen. Das Volk sah, daß seine Fürsten seinem Glück entgegen handelten; es wollte nun ohne sie sein Ziel erreichen. Preußen, um die Regierungen sich zu Dank zu verpflichten, sandte seine Soldaten ohne Auftrag der Centralgewalt gegen diese Aufstände, um sie niederzuwerfen, und so verletzte es die Achtung vor der Centralgewalt und ertränkte die Sympathien des Volks im Blut.

Gagern, der deutsche Patriot reinsten Wassers, entschloß sich in diesem Augenblick höchster Noth, ein neues Programm aufzustellen. Die Centralgewalt, die Persönlichkeit des Reichsverwesers sollte für die Verfassung eintreten; nur durch gesetzliche Mittel sollte gewirkt, aber dafür auch alles Ansehen, alle noch übrige Kraft aufgeboten werden.

Das war denn doch eine starke Zumuthung an einen österreichischen Fürsten, der sich, seine Stellung, den Vortheil Oesterreichs opfern sollte, um ein ersterbendes Parlament so lange aufrecht zu erhalten, bis es ein Mittel ausgefunden, damit Preußen das österreichische Haus von der seit manchem Jahrhundert behaupteten Machtstellung verdrängen könnte. Der Reichsverweser versagte deßhalb seine Zustimmung zu dem Programme Gagern's — es war dies die Auflösung des Reichsministeriums und des Parlaments.

Fürst Schwarzenberg sah zu — er befahl dem Reichsverweser, auf seinem Posten zu bleiben, bis Alles zu Ende sei und ihn eine andere, österreichisch gestaltete Centralgewalt, die nur mit den Fürsten zu thun habe, ablöse.

Die Verhandlungen in St. Paul waren nur noch die heftigen Zuckungen eines ersterbenden Körpers. In den Sitzungen war wenig Anderes mehr bemerkbar, als das Toben der Gallerien, der Ingrimm der Linken, immer stürmischere Anträge. Alles Beschließen war freilich zwecklos; die Entscheidung lag jetzt da, wo die Gewalt der Waffen war. Der Reichsverweser regierte unterdessen nach den Instructionen aus Wien fort, so gut es mit dem nackten Bestehen einer Würde ging. Er suchte sich ein neues, österreichischer gesinntes Ministerium und fand dazu meist nur Witzlinge und Unbedeutendheiten, wie Grävell und Detmold, Jochmus, Wittgenstein und Merk.

Dies neue Ministerium, das mit einem neuen Programm auftrat, fand ein Parlament vor, welches ihm sogleich ein Mißtrauensvotum gab. Außerdem waren am 14. Mai auch die preußischen Abgeordneten abgerufen worden und die meisten hatten ihre Sitze darauf verlassen. Immer leerer wurden die Bänke der Paulskirche; ganze Parteien traten aus, Viele verließen den Körper, weil sie seinen Tod nahen sahen. Man mußte zuletzt die beschlußfähige Anzahl

bis auf 100 herabsetzen, und, getrieben von der republikanisch-demokratischen Partei, verwickelte sich das Parlament immer mehr in Beschlüsse, die ihm die Achtung und Sympathien der einzelnen Länder verscherzten. Ein neuer Aufruf an das deutsche Volk wurde beschlossen, und nach der heftigen Debatte darüber traten abermals die mäßigenderen Elemente, worunter Welcker und Riesser, aus der Versammlung. Auch die sächsischen und hannoverschen Deputirten waren heimberufen worden — in der gespensterhaft wiederhallenden Einsamkeit der großen Halle des Domes gab es keine Sitzungen mehr; man kam zusammen, hielt oder hörte ein paar Reden, faßte einen Beschluß und ging nach Hause, um den folgenden Tag dies Spiel fortzusetzen.[58]

Am 30. Mai beschloß diese Versammlung, nach Stuttgart zu wandern; sie hoffte dort das Werk der Nationalversammlung fortsetzen zu können und, indem sie den Reichsverweser preisgab, sich zugleich als Centralgewalt constituiren zu können.

Dies Rumpfparlament beschloß am 6. Juni die Ernennung einer Reichsregentschaft; es wählte zu deren Mitgliedern Raveaux, Vogt, Heinrich Simon, Schüler und Becher. Es decretirte ein Volksheer und schrieb eine Umlage von 5 Millionen aus. Die

[58] Gegenwart. IX. S. 205.

würtembergische Regierung forderte zuletzt, aus Mitleid mit diesem ohnmächtigen Convent, ihn auf, dem traurigen und unheilvollen Spiel ein Ende zu machen; sie machte bemerklich, daß die Nationalversammlung selber keine neue Centralgewalt außer dem Reichsverweser zu schaffen befugt sei und daß man dieser neuen Regentschaft nicht die Schicksale Würtembergs preisgeben dürfe. Am 17. Juni erklärte die Regierung endlich, daß sie keine Sitzungen des Rumpfparlaments mehr dulden könne, und am 18. wurde der Sitzungssaal in Stuttgart mit Truppen abgesperrt. Das war das Ende dieser einst so jugendlich stolzen Versammlung, bekleidet mit ungeheurer Macht.

Oesterreich hatte gewonnen; der Körper, der ihm nicht dienen wollte, war todt.

Noch aber, und mit Absicht, stand der Reichsverweser auf seinem Posten, d. h. Oesterreich personificirte jetzt das Haupt Deutschlands. Durch des Verwesers Dasein allein, war es auch nicht von Macht umkleidet, hinderte Schwarzenberg, daß ein anderer Staat sich der obersten Leitung der deutschen Angelegenheiten bemächtige. Preußen, welches so verblendet gehandelt hatte, suchte jetzt das Verlorene wieder gut zu machen — ungeschickt genug. Es hatte eingesehen, nun es zu spät war, daß nur der Besitz der provisorischen Centralgewalt ihm alle Mittel zur Durchführung seiner Pläne gewähren könne. Im Mai hatte

es daher den Oberstlieutenant Fischer an den Reichsverweser gesandt mit dem Auftrage, ihn zur Abtretung seiner Befugnisse zu bewegen. Das Ansinnen wurde mit noch stärkerem Nachdruck durch Herrn von Kamptz wiederholt; der Erzherzog aber antwortete mit einer energischen Verneinung, da eine Uebertragung der Centralgewalt nicht durch unberechtigte Handlungen ihres jetzigen Inhabers geschehen könne.

Die preußische Regierung suchte nun auf anderem Wege sich die Machtstellung in Deutschland zu sichern. Sie schloß mit Sachsen und Hannover am 26. Mai 1849 das sogenannte Dreikönigsbündniß ab, welches auf Errichtung eines deutschen Bundesstaats mit der erblichen „Vorstandschaft" des preußischen Herrschers abzielte. Oesterreich ließ sich darüber auch in gar keine Unterhandlungen ein; Baiern wollte nur zutreten, wenn ein Reichsrath errichtet würde unter dem wechselnden Vorsitz von Oesterreich und Preußen.

Der Reichsverweser zweifelte nicht, daß die kleineren Staaten alle dem Berliner Bündnisse beitreten würden. Er fühlte, daß durch den Untergang der Nationalversammlung ihm der Boden unter den Füßen fortgezogen war. Er hätte darum die Uebersiedelung nach Stuttgart, wenn er es vermocht, eben so entschieden gehindert, wie er das Ansinnen Preußens, selbst die Auflösung der Versammlung auszusprechen, noch am 12. Mai ohne Zögern abgewiesen hatte.

Es war ihm peinlich, noch in einer Würde zu verharren, der die Bedingungen ihres Daseins fehlten. Indessen gab Fürst Schwarzenberg nicht zu, daß der Erzherzog sich zurückzog; während er andrerseits absichtlich auch Nichts für die Machtstellung des Reichsverwesers that. Er hatte schon längst im Sinne, den alten Bundestag wieder herzustellen, und vor Allem Preußen in Conflict mit der bestehenden Centralgewalt zu bringen, um es dann vollends aus dem Sattel heben zu können.

In der That ging Preußen abermals in die Falle. Es hatte das undankbare Amt des Executors in Sachsen und Baden geführt, jetzt verlor es noch mehr, als es dem Reichsverweser die weitere Anerkennung kündigte (20. Juni). Es konnte füglich nicht anders handeln; aber es gab Oesterreich damit die erwünschte Gelegenheit, für das Allgemeine gegen den längst verdächtigten preußischen Particularismus aufzutreten.

Der Bruch war vollständig.

Preußen bemühte sich, auch die Staaten, welche im April die Reichsverfassung anerkannt hatten, in sein Bündniß zu ziehen. Damit auch die öffentliche Meinung für die Dreikönigsverfassung gewonnen werde, hatten die Führer der ehemaligen Kaiserpartei ihre Freunde aus der Paulskirche am 3. Juni nach Gotha zu einer Besprechung geladen. Die Besprechung fand am 26. Juni statt; ihr vorausgesehenes

Ergebniß war eine offene Erklärung für den preußischen Bundesstaat. Auch die Regierungen schlossen sich endlich an, mit Ausnahme Baierns und Würtembergs.

Inzwischen gingen Unterhändler hin und her zwischen Berlin und Wien, ohne daß sie es zu einem Resultate bringen konnten. Schwarzenberg stellte sich gleichgiltig, um Preußen, dessen Lage immer peinlicher wurde, näher an sich herankommen zu lassen und im entscheidenden Moment ihm eine Niederlage beizubringen. Die Stellung Oesterreichs war jetzt eine mächtigere denn zuvor: es hatte in Italien und Ungarn gesiegt, und, stolz auf seine Triumphe, konnte Schwarzenberg auch mehr denn je der auswärtigen Politik den Charakter seiner inneren aufprägen. Von allen Staaten war Oesterreich durch die Revolution zu einem krieggeübten und kriegslustigen Heer gekommen, dessen Größe überdies auf den Gang der Politik bedeutend einwirken mußte.

Der einzige Ausweg, den Preußen nun noch vor sich sah, war eine Verständigung mit Oesterreich über die gemeinsam zu führende Centralgewalt. Der Reichsverweser, aufgefordert von Wien aus, begann in diesem Moment seine Operationen. Er ließ durch das Reichsministerium anfangs August den Ministerialrath von Biegeleben nach München, Wien und Berlin senden, und die Unterhandlungen nahmen nun, da

Preußen nachgiebiger war, einen für Oesterreich günstigen Verlauf.

Am 30. September unterzeichneten Fürst Schwarzenberg und der preußische Gesandte Graf Bernstorff in Wien den Vertrag über das „Interim." Oesterreich und Preußen übernahmen „die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund" bis zum 1. Mai 1850 im Namen sämmtlicher Regierungen. Als Zweck des Interims ward die Erhaltung des deutschen Bundes bezeichnet. Während des Interims sollte nach §. 3. des Vertrages die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben; und sollte sie bei Ablauf des Interims noch nicht zum Abschluß gediehen sein, so war eine Vereinbarung über das Fortbestehen dieser Uebereinkunft in Aussicht genommen. Die seither von der Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit sie zur Befugniß des engeren Raths der Bundesversammlung gehört hatten, sollten einer Bundescommission übertragen werden, zu der Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernannten. Im Falle die Bundescommission sich zu einem Beschluße nicht einigen könnte, sollten drei Bundesregierungen Schiedsrichter sein. Endlich sollte, sobald die Regierungen diesem Vertrage zugestimmt hätten, der Reichsverweser „die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände des Kaisers von

Oesterreich und des Königs von Preußen niederlegen."

Schwarzenberg hatte gesiegt; denn was bedeutete dieser Vertrag Anderes als die Wiederherstellung der alten Bundesversammlung? Freilich in Berlin, wo man immer noch die Binde vor Augen trug, wähnte man, durch den Inhalt des dritten Paragraphen die Verwirklichung des Bundesstaats gesichert zu haben. Man wollte nicht begreifen, daß Hannover und Sachsen, die dem Dreikönigsbündnisse von Anfang an einen bedenklichen Vorbehalt beigefügt hatten, nur die Wiederverstärkung Oesterreichs abwarteten, um aus dem untergeordneten Verhältnisse von Mitgliedern des Bundesstaats wiederum zu der gleichberechtigten Stellung von Mitgliedern des Staatenbundes überzutreten.

Aber die öffentliche Meinung täuschte sich nicht. Sie hielt mit Recht die Bundescommission für den bedeutungsvollsten Sieg der österreichischen Politik und für die Vorverkündigung der vollständigsten Rückkehr zu den alten Zuständen.

Die Einsetzung der Bundescommission verzögerte sich indessen noch über zwei Monate. Der Reichsverweser, der jetzt im letzten Augenblick wieder eine selbstständige deutsche Politik einzuschlagen versuchte, beharrte auf den Grundsätzen seines Staatsrechts und wollte nicht eher zurücktreten, als bis die deutschen

Regierungen alle den Vertrag vom 30. September genehmigt hätten.

Endlich trafen um die Mitte des December die Mitglieder der Bundescommission in Frankfurt ein: von Seiten Preußens der Generallieutenant von Radowitz und der frühere Oberpräsident Böttticher; von Seiten Oesterreichs Freiherr von Kübeck und Feldmarschallieutenant von Schönhals. Der Vertrag vom 30. September begann in's Leben zu treten — der Kampf um ein einiges großes Deutschland war zu Ende.

Am 20. December 1849 legte Erzherzog Johann die Würde des Reichsverwesers in die Hände dieser Gesandten nieder; mit ihm schwand das letzte Symbol der einheitlichen Gestaltung des Reichs, der Volksvertretung des gesammten Deutschlands.

— Verlag von J. L. Kober in Prag —

Vollständig sind jetzt erschienen:

Kaiser Joseph II.

Ein Buch für's Volk

von

Ernst Hellmuth.

Mit 80 Illustrationen von V. Barvitius, F. Laufberger, P. Mairner und K. Swoboda.

Kleinquart. 45 Bog. Eleg. geh. 4 fl. 50 kr. Ö. W. = 3 Thlr.

„Das Prachtwerk Joseph II., das vor einiger Zeit in Lieferungen begonnen wurde, ist jetzt beendet (Prag bei Kober). Ernst Hellmuth, der Verfasser, hat, was er versprochen, redlich erfüllt: er hat ein Buch für's Volk geliefert, dem es werth bleiben wird. Indem er sich treu an die Thatsachen hält und die Intentionen des Monarchen zergliedert, die Schwächen nicht verhehlt, aber den Tugenden gerecht wird, hat er mit Liebe und Freimuth ein gutes Werk hervorgebracht, das gern gelesen, auch Nutzen stiften wird. Der Kaiser tritt uns als Mensch und Fürst, lebendig im Rahmen seiner Zeit vor Augen und gewinnt sich die Theilnahme des Lesers, der durch die ansprechende Darstellungsweise des Verfassers gefesselt wird. Das Werk ist vortrefflich ausgestattet und mit sehr zahlreichen, charaktervollen Illustrationen geschmückt." (Wiener Zeitung.)

Das jetzt vollständige Werk kann auch nach und nach in 9 monatlichen Lieferungen zum Preise von 50 kr. Oest. W. durch alle Buchhandlungen bezogen werden. —

Festkalender aus Böhmen.

Ein Beitrag

zur Kenntniß des Volkslebens und Volksglaubens in Böhmen.

Von

Otto Freiherrn von Reinsberg-Düringsfeld.

8°. 40 Bog. Eleg. geheftet 3 fl. 36 kr. Ö. W. = 2 Thlr. 4 Sgr.

Das gediegene Werk — ein Nachfolger des „Calendrier

belge" desselben Autors — schildert mit minutiöser Genauigkeit die Volkssitten der Cechen und Deutschen in Böhmen, sowie deren Ursprung. Fast jeder Tag im Jahre ist in solcher Weise illustrirt worden. Die Urtheile der in- und ausländischen Presse stimmen sämmtlich darin überein, daß das Werk von großem Fleiße und eingehenden Studien zeugt und wohl im Stande ist, die große Unkenntniß von den „böhmischen Dörfern," so in Deutschland noch vielfach herrscht, zu beheben. Das vortreffliche Buch eignet sich nicht nur für den Geschichtsforscher und Gelehrten, sondern für Jeden, der an der Geschichte, Cultur und Sitte unseres schönen Vaterlandes einigen Antheil nimmt.

Volkswirthschaft und Arbeitspflege

im

böhmischen Erzgebirge.

Von Dr. **Theophil Pisling.**

8°. 10 Bogen. Elegant geheftet 1 fl. Oest. W. = 20 Sgr.

Inhalt: Vorbemerkung. I. Ost und West. II. Das musikalische Proletariat. III. Der Klöppelsack. IV. Mit der Nadel. V. Kleine Industrien. VI. Die Arbeit der Männer. VII. Spielwaaren. VIII. Die Fabriksindustrie. IX. Der Berg und seine Schätze. X. Wald und Feld als Arbeitsgeber. XI. Die böhmischen Bäder als Culturpunkte und Stapelplätze. XII. Die Pflege der Arbeit.

Der Herr Verfasser, unterstützt durch die kräftigen Empfehlungen Sr. Excellenz des Herrn Hofkanzlers Grafen Forgach, welche ihm derselbe als Vicepräsident der böhmischen Statthalterei seiner Zeit ertheilte, schöpfte aus monatelanger eigener Anschauung an Ort und Stelle sein Material, über dessen vorzügliche Benutzung und Darstellung nur eine Stimme — die des Beifalls herrscht.

Oesterreichs Lehrjahre.

II.

Oesterreichs Lehrjahre.

1848—1860.

Von

Ernst Hellmuth.

Zweiter Band.

Prag,
Verlag von J. L. Kober.
1863.

Druck von Rohlíček & Sievers in Prag 1862.

Inhalt des zweiten Bandes.

Neunter Abschnitt.

Innere Verwaltung. Reorganisation der Behörden. S. 1. — Centralistische Grundsätze. S. 2. — Minister Bach und sein Programm. S. 4. — Die Finanzen Oesterreichs. S. 7. — Das Handelsministerium. S. 14. — Bruck und seine Reformen. S. 15. — Das Zollwesen. S. 21. — Abdankung Bruck's. S. 28.

Zehnter Abschnitt.

Der Verfassungsstreit mit Preußen. Die Preußische Union. S. 30. — Das Erfurter Parlament. S. 33. Innere Zustände Preußens. S. 33. — Schwarzenberg's Gegenentwurf einer Directorialregierung. S. 34. — Erfurter Beschlüße. S. 35. — Der Fürstencongreß in Berlin. S. 36. — Verfall der Union. S. 37. — Oesterreich und der Bundestag. S. 39. — Die schleswig-holsteinische Frage und das Londoner Protokoll. S. 40. — Die kurhessische Frage. S. 42. — Schwarzenberg und Hassenpflug. S. 45. — Vertrag von Bregenz. S. 46. — Executive in Hessen. S. 46. — Kriegsdrohen zwischen Oesterreich und Preußen. S. 47. — Conferenz in Warschau. S. 47. — Abdankung Radowitz's. S. 48. — Manteuffel's Nachgiebigkeit.

S. 49. — Olmützer Zusammenkunft. S. 50. — Die Niederlage Preußens. S. 51. — Die Dresdner Conferenzen. S. 53. — Der alte Bundestag. S. 55.

Eilfter Abschnitt.

Oesterreichs Neugestaltung. Die Lage im J. 1853. S. 56. — Stellung der Armee. S. 57. — Centralisation. S. 58. — Der Clerus und seine Rolle. S. 59. — Die Germanisirung. S. 61. — Centralisation der materiellen Interessen. S. 62. — Absolutistische Anschauungen. S. 63. — Aufhebung constitutioneller Rechte. S. 64. — Aufhebung der Verfassung. S. 65. — Der neue Absolutismus. S. 66. — Die finanzielle Noth. S. 69. — Bruck als Finanzminister. S. 72. — Zolleinigung mit Deutschland. S. 74. — Corruption der Zustände. S. 77. — Die Revolutionäre. S. 78. — Attentat auf den Kaiser. S. 79.

Zwölfter Abschnitt.

Auswärtige Politik und der orientalische Krieg. Schwarzenberg's Tod. S. 81. — Graf Buol-Schauenstein. S. 82. — Verwicklung mit der Schweiz. S. 82. — Verhältniß mit Preußen, England, Frankreich und Rußland. S. 83. — Anfänge des orientalischen Krieges. S. 84. — Neutralität Oesterreichs. S. 86. — Aprilvertrag mit Preußen. S. 87. — Schwankende Politik. S. 88. — Vertrag v. 2. Dezember. S. 88. — Doppelspiel. S. 89. — Die Wiener Conferenzen. S. 93. — Oesterreich und Rußland. S. 93. — Neue Schwenkung Buol's. S. 94. — Piemont. S. 97. — Das österreichische Ultimatum und seine Folgen. S. 98. — Die Pariser Conferenzen und der Frieden. S. 102.

Dreizehnter Abschnitt.

Die Pariser Conferenzen und ihre Resultate. Die Situation nach dem Frieden. S. 103. — Die Pariser

Conferenzen. S. 105. — Die Streitpunkte. S. 105. — Verhandlungen über die Freiheit der Donauschifffahrt. S.110. — Die Isolirung Oesterreichs. S. 118. — Die Verhandlungen über die Donaufürstenthümer. S. 119. — Verwicklungen mit Frankreich und England. S. 132. — Italien. Preußen. S. 141.

Vierzehnter Abschnitt.

Der Bruch mit Frankreich. Erste Reibungen zwischen Oesterreich und Frankreich. S. 145. -- Die italienische Frage. S. 147. — Der Neujahrsgruß. S. 151. — Kriegslärm und Friedensreden. S. 152. — Oesterreich in Italien. S. 154. — Napoleon's italienische Politik. S. 156. — Piemontesische Kriegsdrohungen. S. 157. — Neue Unterhandlungen. S. 159. — Cavour. S. 163. — Rüstungen. S. 164. — Preußen und Oesterreich. S. 165. — Erzherzog Albrecht in Berlin. S. 167. — Ultimatum Oesterreichs. S. 168. — Die Kriegserklärung. S. 169. — Napoleon. S. 169.

Fünfzehnter Abschnitt.

Experimente im Innern. Die Finanzen Oesterreichs. S. 170. — Industrie und Schwindel. S. 172. — Telegraphen. S. 174. — Post. S. 174. — Eisenbahnen. S. 174. — Die Presse. S. 176. -- Unterrichtswesen. S. 177. — Das Concordat. S. 178. — Bild der inneren Zustände des Reiches bis zum Ausbruch des Krieges. S. 183.

Sechszehnter Abschnitt.

Der italienische Krieg. Die Oesterreicher überschreiten den Tessin. S. 186. — Die Franzosen in Piemont. S. 187. — Gefecht bei Montebello. S. 188. — Garibaldi und Urban. S. 189. — Gefecht bei Palestro. S. 190. — Gyulai. S. 190. — Schlacht bei Magenta. S. 191. — Räumung Mailands und Rückzug an den Mincio. S. 196. — Schlacht bei Solferino.

S. 198. — Niederlage der Oesterreicher. S. 203. — Waffenstillstand. S. 203. — Der Friede von Villafranca. S. 203. — Oesterreich und Preußen. S.204. — Folgen des Krieges. S. 207.

Siebzehnter Abschnitt.

Das Ministerium Goluchowski. S. 209. — Augustprogramm. S. 210. — Einberufung des verstärkten Reichsraths. S. 211. — Die Thätigkeit desselben. S. 211. — Die Parteien. S. 213. — Maager über die Presse. S. 216. — Der Principienkampf. S. 217. — Der Majoritätsantrag. S. 217. — Das Minoritätsgutachten. S. 222. — Maager verlangt eine Reichsverfassung. S. 224. — Schluß des verstärkten Reichsraths. S 227. — Das Oktoberdiplom. S. 228. — Die Landesstatute und ihre Aufnahme. S. 231. — Wahlordnung für die Gemeindevertretungen. S. 233. — Ministerium Schmerling. S. 234. — Programm desselben. S. 237. — Neue Wahlordnung. S. 239. — Umbildung des Ministeriums. S. 239. — Die Februarverfassung. S. 242.

Neunter Abschnitt.

Innere Verwaltung.

Reorganisation der Behörden. — Centralistische Grundsätze. — Minister Bach und sein Programm. — Die Finanzen Oesterreichs. — Das Handelsministerium. — Bruck und seine Reformen. — Das Zollwesen — Abdankung Bruck's.

Besondere Thätigkeit entfaltete die Regierung im Innern des Reichs.

Nach dem Erlaß der Verfassung vom 4. März 1849 ließ man die allgemeinen Verfassungsangelegenheiten, die ja nun urkundlich geregelt waren, ruhen, um sich mit anerkennenswerthem Eifer hauptsächlich mit der Reorganisation der Verwaltung zu beschäftigen. Hier begann denn ein reiches Leben, worüber die Regierung die Verfassung vergaß, und die Völker, in Schrecken und Apathie gesunken, wagten nicht an Einrichtungen derjenigen Institutionen zu erinnern, die ihnen versprochen waren. Alles sollte neu und schmuck erbaut werden, ein neues Oesterreich sollte in

Wahrheit erstehen — und als man baute und schmückte und schnörkelte, bemerkte man, daß die Arbeit viel besser und bequemer gehe, als wenn die Völker mit d'reinreden. So nahm man denn auch nicht Anstand, die Verfassung, die doch nur Papier geblieben war, gänzlich abzuschaffen und das alte absolutistische Oesterreich wieder zu proclamiren, alt und morsch im Innern, aber auflackirt von Außen.

Die Umgestaltung des Reichs nach dem centralistischen Geist der Märzverfassung, die man immerhin als den Grund zum Aufbau betrachtete, betraf zunächst die höchsten Behörden und deren Wirkungskreis. Der Ministerrath wurde in eine Ministerconferenz umgewandelt, deren Mitglieder nur dem Monarchen verantwortlich waren. Eine oberste Polizeibehörde ward dem Ministerium des Inneren beigegeben, die Geschäfte des aufgelösten Kriegsministeriums einem neu errichteten Armee-Obercommando überwiesen.

Das Ministerium des Inneren bestimmte die Grenzen der einzelnen Kronländer des Reiches, welche fortan von Statthaltern mit großer Vollmacht, aber abhängig vom Ministerium, verwaltet werden sollten. Unter dem Statthalter war der Kreispräsident, welcher mehrere Bezirke verwaltete. So regierte der Minister mittelbar den fernsten Bezirkshauptmann und hatte um so mehr Gewalt, als alle wichtigeren Sachen erst dem Ministerium vorgelegt werden mußten.

Auch das eroberte Ungarn, welches ja aus einem selbstständigen Königreich ein bloßes Provinzland geworden war, wurde in diese administrative Centralisation mit einbegriffen und in fünf Statthaltereiabtheilungen, mit der Centrale in Pest, eingetheilt. Die Bezirkshauptmannschaft hieß hier Stuhlrichteramt.

Aber der Geist der Revolution lebte doch noch so viel in dem Cabinet, daß man von den Früchten desselben die edleren rettete; dahin gehört die Entlastung des Grund und Bodens, so wie die aufrecht erhaltene Abschaffung der Feudallasten und Adelsvorrechte. Auch die Autonomie der Gemeinde rettete der edle freisinnige Geist Stadion's noch, indem er kurz vor seinem Austritt das in vieler Beziehung ausgezeichnete Gemeindegesetz schuf, welches die Angelegenheiten der Gemeinde constitutionell regelte und von den directen Einflüssen der politischen Behörden emancipirte. Dies Gesetz vom 17. März 1849 sollte nur für die deutsch-slavischen Kronländer mit Dalmatien giltig sein; doch gleich nach Stadion's Austritt, im Mai 1849, verfügte sein Nachfolger, Minister Bach, daß die Behörden mit der Durchführung dieses Gesetzes sogleich und bis zur Einsetzung der neuen Behörden inne zu halten hätten, da in der Uebergangsperiode die politischen Behörden „mit dringenderen Arbeiten" allzusehr beschäftigt seien. Minister Bach escamotirte mit dieser Verordnung vom 29. Oktober 1849 das

ganze Stadion'sche Gemeindegesetz fort, und es blieb zwölf Jahre lang beinahe bloßes Papier, wie die Verfassung vom 4. März.

Bach war am 28. Juli definitiv zum Minister des Inneren ernannt worden und trat nun, begeistert für die Mission eines Gesetzgebers, erfüllt von der Idee, Oesterreich zu einem neuen Einheitsstaat zu machen, mit seinen Organisationsstatuten hervor. Er sagt in dem einleitenden Bericht u. A. folgendes: „Die Verhältnisse gestatteten es bisher nicht, bei diesem großen Werke (der organischen Umgestaltung) die Theilnahme und Mitwirkung der verfassungsmäßigen Volksvertretung in Anspruch zu nehmen, weil einerseits einige der wichtigsten Ländertheile des Kaiserthums, ohne deren Theilnahme ein Reichsparlament nicht denkbar ist, erst wieder gewonnen und in einen geordneten Rechtszustand zurückgeführt werden mußten, und weil andrerseits die Einberufung des Reichstages die wohlgegliederte Bildung mehrerer wesentlichen Institutionen bedingt, soll nicht der Staatsbau mit dem Giebel beginnen, bevor die Grundsteine gelegt, die Wände und Säulen aufgeführt und die Zwischenfächer organisch eingefügt sind.“ Es folgt nun ein Rückblick auf das vom Ministerium seither Geschehene, wohin vor Allem die Verfassungsurkunde vom 4. März gehörte, das Repressivgesetz gegen die Preßfreiheit, das einengende Vereinsgesetz, die angefangenen

Reformen auf allen Gebieten der Verwaltung, das Gemeindegesetz. Aber der allseitigen Durchführung traten namhafte Hindernisse in den Weg — notabene bezüglich der freisinnigen Institutionen, wohin auch das Gemeindegesetz gerechnet wurde.

Es war in der Verfassung versprochen und das Ministerium damals noch zu eifersüchtig, sein Wort einzulösen und die Verfassungen für die einzelnen Kronländer zu erlassen, daß der neue Minister des Inneren diese Arbeit wohl oder übel leisten mußte. Er legte sie mit einem süßsauren Gesicht zur Sanction vor und gab sich alle Mühe, die Klugheit herauszustreichen, mit der er diese Landesverfassungen so verfänglich wie möglich für das Volk gemacht. „Der Standpunkt," sagte Bach, „den die Regierung im Allgemeinen bei der Feststellung der Landesverfassungen und Wahlordnungen einzunehmen hatte, war ihr durch die Reichsverfassung gegeben, deren Principien sie als die staatsrechtliche Grundlage des Reiches und als eine unantastbare (!) Norm mit gewissenhafter Treue festhält, und im Interesse der Gesammtmonarchie, im Interesse der Consolidirung der öffentlichen Ordnung festhalten muß, die etwa durch das wirkliche Bedürfniß gebotenen Aenderungen der Beschlußfassung im verfassungsmäßigen Wege anheimgebend. Allein selbst innerhalb der Grundsätze der Reichsverfassung blieb es noch eine schwierige Aufgabe, in den einzelnen

Bestimmungen der Landesverfassungen die Einheit des großen Ganzen mit der Selbstständigkeit der Theile, die nothwendige Stärke der Centralgewalt mit der freien Entwicklung und Selbstbestimmung der Kronländer, die Befestigung der Monarchie mit den Gefühlen und Ueberlieferungen der einzelnen Stämme in Einklang zu bringen, den Landtagen eine Stellung und Einrichtung zu geben, wie sie ihrem doppelten Berufe als legislative Körperschaft im Staate und als autonom erscheinende Gemeindevertretung höherer Ordnung im Lande entsprechen soll; sowie endlich die Grenzlinien aufzufinden, welche zwischen der gesetzgebenden Reichs- und Landesgewalt, zwischen der untheilbar der Krone zustehenden Executivgewalt und zwischen der Entscheidungs- und Verwaltungsbefugniß der Landesvertretungen und ihrer Organe gezogen werden müssen. Die Regierung war mit redlicher Gewissenhaftigkeit bemüht, alle diese Beziehungen befriedigend zu regeln und, fern von beengender Centralisation, rückhaltslos und offen der Landesgewalt alle jene Wirksamkeit zu gewähren, welche unter den gegebenen Verhältnissen die Grundsätze der Reichsverfassung nur immerhin dahin abzutreten gestatten."

Diese Erläuterung, welche sich dann namentlich auf den beschränkten Wahlcensus bezieht, war um so überflüssiger, als die einzelnen Landesverfassungen

nur auf dem Papier blieben, gleich wie die Reichsverfassung und die Gemeindeverfassungen. Ihr Entwurf mußte wie eine Stylübung und ein legislatorisches Exercitium des Ministers Bach angesehen werden, denen man nach zwölf Jahren die Ehre anthat, sie wieder als Schablonen der Constitution zu benutzen, die nun Herr von Schmerling in dem abermals neu zu gestaltenden Oesterreich einzuführen übernommen hatte.

Herr von Schmerling war nach seiner Thätigkeit als Reichsminister in das Cabinet Schwarzenberg's getreten und hatte die Reorganisation der Justiz während des herrschenden Martialgesetzes übernommen. Auch hierbei wurden die Centralisationsprinzipien maßgebend und in Wien der oberste Gerichtshof für die ganze Monarchie errichtet. Schmerling arbeitete noch im Sinne der Bewegung von 1848 bei dieser Reorganisation und namentlich hielt er das Institut der Geschwornen aufrecht, bis das Bach'sche System auch diese volksthümliche Justiz wegfegte. —

Die schwierigste Aufgabe fiel offenbar dem Finanzministerium zu, damals im Besitz des Freiherrn von Baumgartner, der sich aber als keine Capacität praktischer Art erwies.

Die Finanzen Oesterreichs waren nicht plötzlich in so jammervollen Zustand gerathen; das Uebel datirte von lange her. Bis gegen Ende des vorigen

Jahrhunderts hatte Oesterreich einen ziemlich geordneten Staatshaushalt, weil die großen außerordentlichen Ausgaben, welche die vielen Kriege verursachten, durch weise Sparsamkeit (namentlich in der Regierungsmaschine, indem Vielregiererei vermieden und Vieles in Ungarn fast Alles, der Selbstverwaltung des Volks überlassen wurde) und zweckmäßige Einrichtungen und Reformen in der Verwaltung fast immer durch die Einnahmen gedeckt wurden. Erst die napoleonischen Kriege brachten den Staatshaushalt aus seiner Ordnung. Die Kriege gegen den großen Schlachtenmeister, welche Oesterreich mehrmals allein auszutragen hatte, erforderten natürlich den Aufwand aller irgend verfügbaren Kräfte und ganz außerordentliche Maßregeln. Die österreichische Regierung war daher nicht bloß genöthigt, die Staatsschulden auf eine in Deutschland bis dahin unerhörte Höhe zu schrauben, sondern, auch in ungemessener Weise Papiergeld auszugeben. Von 1797 bis 1810 wurde daher die fundirte Schuld von 466,101,194 fl. auf 658,224.038 fl., die Zinsenlast von 16,919.295 fl. auf 39,755.568 fl. und das Papiergeld von 74,228.960 fl. auf 994,986.170 fl. geschraubt. Außerdem war eine Masse von Kupfermünzen äußerst geringhaltig ausgeprägt worden. Diese übertriebene Emission von Papiergeld brachte ein solches Sinken der Valuta hervor, daß man 1811 nur noch 100 fl. Silber für 1800 fl. Papier erhielt.

Durch das Schwanken des Geldwerthes entstand nicht bloß große Verwirrung und häufiger Verlust im Geschäftsverkehr, sondern auch die Preise der Waaren stiegen enorm, weil Jedermann gewissermaßen eine Prämie sich zahlen ließ für die Gefahr, am nächsten Tage durch eine neue Finanzoperation oder eine neue Verschlechterung der Valuta, resp. Steigen des Silberagio's beschädigt zu werden. Die österreichische Regierung hielt sich daher für genöthigt, am 20. Februar 1811 das auf 1,060,798.753 fl. angewachsene Papiergeld, sowie das im Betrag von circa 330 Millionen fl. umlaufende Kupfergeld auf $\frac{1}{5}$ seines Nominalwerthes herabzusetzen, die Zinsen der Staatsschuld auf die Hälfte zu reduciren und das alte Papiergeld mit einem neuen, den „Auslösungsscheinen" mit einer eigenen Währung, der s. g. Wiener Währung, einzuwechseln, welches als gesetzliches Zahlungsmittel dienen und den Betrag des fünften Theils des außer Cours gesetzten Papiergeldes (Bankozettel) mit 212,159.750 fl. nie überschreiten und allmälig eingelöst werden sollte.

Dieses Versprechen mußte in Folge des wieder ausbrechenden Krieges schon 1812 wieder umgangen werden, indem die österreichische Regierung ein neues Papiergeld unter dem Namen „Anticipationsscheine" schuf. Auf diese Weise wurde die Summe des umlaufenden Papiergeldes von 1812 bis 1816 von der garan-

tirten Höhe von 212 Millionen fl. auf 638,715,920 fl. geschraubt. Die Staatsschuld stieg 1814 bis auf 716,341,410 fl.

Im Jahr 1817 wurden 49 Millionen fl. Papiergeld vom Staat, $\frac{1}{5}$ in Obligationen, $\frac{2}{5}$ baar, und 50 Millionen fl. durch die neubegründete Nationalbank eingelöst. Die übrigen 500 Millionen fl. wurden nach und nach theils durch Einkauf auf der Börse, theils durch directe Kündigung eingezogen, eine Operation, die bis auf unsere Tage gedauert hat. Die Nationalbank erhielt das Recht, Noten gegen Silberdeckung auszugeben.

Wenn es der österreichischen Regierung von jetzt an ernstlich darum zu thun gewesen wäre, die finanziellen Schäden gründlich zu heilen, so hätte man die furchtbare Maßregel des Jahres 1811, wodurch viele Tausende von Familien in's Elend gestürzt wurden, mit der großen Bedrängniß des Vaterlandes von dem fremden Eroberer entschuldigen können. Allein den Staatsmännern der europäischen Restauration war durch den in der französischen Revolution ausgestandenen Schrecken der Verstand verwirrt worden, das klare Urtheil abhanden gekommen. Sie sahen überall Gespenster und statt zu begreifen, daß alle Revolutionen seit drei Jahrhunderten, der Abfall der Schweiz und der Niederlande, die Reformation, die englische und amerikanische Revolution entstanden waren, weil

die Staatsgewalten vom Princip der Selbstverwaltung, vom Geist der Freiheit sich entfernt hatten, — glaubten sie vielmehr jede selbstständige Regung der Völker Europa's durch solidarische Kraftanstrengungen ersticken zu müssen. So entstand jene schmachvolle Interventionspolitik, welche ihre Heere nach Spanien und Neapel sandte und deren Früchte Oesterreich heute erntet. Jene Politik schuf das System des bewaffneten Friedens, welches die Kräfte der Völker mitten im Frieden aussaugt; und so kam es, daß, während die meisten übrigen Staaten ihr Budget in's Gleichgewicht brachten, Oesterreich gemeinsam mit Frankreich und Rußland sich in neue Schulden stürzte.[1]

So kam es, daß Oesterreich in dreißig Friedensjahren seine Schuld um 200 Mill. Gulden vermehrte. Vom Jahre 1818 an wurde die ältere, auf 2½ pCt. Zinsen reducirte Schuld mit neuen 5 pCt. in Silber zahlbaren Obligationen (Metalliques) eingelöst, wodurch die alte Schuld 1818–1847 von 537,632,870 fl. auf 172,921,355 fl. sank. Allein gleichzeitig wurde die neue Schuld von 168,874,180 fl. vom Jahre 1818 im Jahre 1847 auf 915,710,945 erhöht. Bei einem solchen Haushalt in Friedenszeiten wär es kein Wunder, daß die Finanzen aus allen Fugen gingen, als

[1] S. Max Wirth, Grundzüge der Nationalökonomie I. S. 207 ff.

der Revolutionskrieg in Italien und Ungarn losbrach.

Es lag in der Natur der Sache, daß von einem eigentlichen Finanzsystem während dieser bewegten Zeit nicht die Rede sein konnte, sondern daß lediglich die von dem Drange des Augenblicks vorgezeichnete Richtung eingeschlagen wurde. Die Finanzverwaltung suchte sich zur Bestreitung der Bedürfnisse Geld um jeden Preis zu beschaffen, und ergriff das bequemste Mittel, Papiernoten in unbestimmter Höhe auszugeben, ohne Silber dafür zu hinterlegen, wodurch natürlich der Credit dieser Werthzeichen nur durch Zwangscours erhalten werden konnte.

Um dieser Calamität endlich zu entgehen, den Credit zu heben, die furchtbar gestiegene Staatsschuld zu mindern, wurden alle Kräfte der Nation angespannt und die Einnahmen durch eine Menge neuer Steuern erhöht. Die Besiegung Ungarns erlaubte, auch auf dieses Land jene Steuerbelegung auszudehnen und so auf diesem Gebiete ebenfalls centralistisch zu verfahren. Während Ungarn bisher mit den Steuern der übrigen Monarchie nichts zu schaffen hatte, legte man ihm nun die Grundsteuer auf, führte auch hier das Tabaksmonopol ein und ebenso die Verzehrungs- und Personal-Erwerbsteuer. Eine gleichmäßige Vertheilung der Steuern überhaupt beschäftigte den Finanzminister namentlich; die Grundsteuer wurde z. B. überall auf 21½ Prozent festgesetzt.

Die indirecten Steuern wurden durch Stempeltaxen auf alle Schriftsachen, Urkunden, Inserate erhöht und zu drückender Ausdehnung gebracht. Ein neuer Zolltarif, der das Prohibitivsystem theilweis ganz aufhob, diente gleichfalls dazu, die Einnahmen zu steigern. Gleichwohl kam man nicht aus der Finanznoth hinaus. Die Staatspapiere hatten schlechten Cours, das Agio war enorm, das Vertrauen des Volks geschwunden. So wurde der Nationalbank das Privilegium gegeben, alles Papiergeld für den Staat allein auszugeben; der Bank selbst gab man dafür, da Silber nicht vorhanden war, die Domainen des Staats zum Pfande.[2] Anlehen hielten mit diesen verzweifelten Operationen Schritt, und die Staatsschuld wuchs daher in erschreckender Schnelligkeit während der zwei Unglücksjahre 1848 und 1849 bis auf 1500 Millionen, in nächster Zeit bis zu 2000 Millionen.

Aber trotz aller dieser drückenden Steuern und der außerordentlichen Einnahmen in Folge der Anlehen und der sardinischen Kriegscontribution von 30 Millionen, blieb fortwährend ein Deficit im Budget, welches durch kein Mittel gedeckt werden konnte und an dem Mark des Staates erbarmungslos zehrte. Die Einnahmen, die im Jahre 1848 noch 122,127,354 Gulden betrugen, stiegen 1849 bis auf 144,013,758,

[2] Vergl. Czörnig, Oesterreichs Neugestaltung. 120 ff.

1850 bis auf 194,296,457, 1851 bis auf 219,505,140 Gulden. In ähnlichem Verhältniß wuchsen aber auch die Ausgaben. Im Jahre 1848 betrugen sie 167,238,000 Gulden; 1849 schon 190,459,567; 1850 sogar 230,266,986 und 1851 — 260,866,670 Gulden. Danach schwebte während dieser Jahre das Deficit fortdauernd zwischen 40 und 50 Millionen, die auf irgend eine Art gedeckt werden mußten.

Handel und Industrie lagen gelähmt darnieder, die Lebensmittel waren um das Dreifache gestiegen, die Papiergeldwirthschaft, welche sich zuletzt selbst zur Ersetzung der Scheidemünze hergeben mußte, ähnelte der während der Zeit des Convents. Mit dem bloßen Operiren war daher nicht geholfen; man mußte eine gründliche Kur vornehmen, und diese konnte nur auf dem Gebiet der materiellen Kräfte, des Handels und der Industrie stattfinden. Gerade auf diesem Felde lagen die Kräfte des reichen Oesterreich brach und ungenutzt da — ein Geist höherer Bedeutung konnte sie wecken und aus ihnen die Schätze zaubern, welche zur Rettung des Staates wie zum Wohl des Landes nothwendig waren. Wenn irgend wo eine Neugestaltung Oesterreichs ein Bedürfniß war, so auf diesem Felde. Die Dringlichkeit von Reformen lag offen da — es bedurfte nur, das Gegebene zu benutzen.

So erschien denn der Posten eines Handelsministers unter den schwankenden Verhältnissen als der

wichtigste von Allen, weil er für die Zukunft Oesterreichs von höchster Bedeutung war. Karl Ludwig Bruck war von dem scharfblickenden Schwarzenberg dahin gestellt worden und ihm fiel die materielle Neugestaltung Oesterreichs vor Allem zu. Unstreitig war er der Mann der Zeit, ein Vertreter jener rationellen Staatskunst, die mit ihrer Realität der idealistischen Metternich's scharf gegenüber stand. Denn während diese ihre Weltkenntniß aus den Acten schöpfte, Schätze aus dem Nichts zaubern wollte, die Völker und deren Interessen für keine wesentlichen Factoren des Staatslebens hielt, sondern das Regieren wie eine cavaliere Passion betrieb, die zuletzt im Providenzspielen gipfelte: entsprang die rationelle Staatskunst der modernen Auffassung der Staatsaufgabe nach ihrer wirthschaftlichen Seite und repräsentirte vornehmlich die bürgerliche Intelligenz, welche in erster Reihe die materiellen und wirthschaftlichen Interessen, d. h. die Interessen der großen Mehrzahl berücksichtigt, von deren Pflege und Forderung heute das Bestehen und Gedeihen der Staaten abhängt. Es war eine wirkliche Gründung Neu-Oesterreichs, als diese Ansicht in die Hofburg zu Wien einzog.

Bruck's Ernennung zum Minister war an und für sich schon ein Ereigniß, welches den Bruch mit der alten österreichischen Tradition bekundete. Bruck war ein Kaufmann, ein Protestant, und Alles in

Allem genommen ein bürgerlicher Parvenü, dessen Placirung in einem Kreise von streng katholischen, legitimistischen und aristokratischen Grundsätzen wohl als etwas Außerordentliches erscheinen mußte. Bruck war 1798 zu Elberfeld geboren und erlernte bei seinem Vater die Buchbinderei. Dann diente er als Freiwilliger sein Militärjahr ab und betrieb darauf in Bonn einen Handel mit Heiligenbildern, später, so viel wir wissen, auch mit Nutzholz. Unglückliche Spekulationen bedrohten sein Geschäft, und da gerade der Griechenkampf viel Philhellenen begeisterte, im Pyräus selbst gegen die Ungläubigen zu kämpfen, so fand auch Bruck darin einen Vorwand, Bonn zu verlassen. So kam er 1821 nach Triest. Da das Feuer des Philhellenismus sicherlich nicht stark bei ihm war, nahm er eine sich ihm darbietende Gelegenheit wahr und wurde Sekretär des preußischen Consuls. Von gewinnendem Aeußeren und reichbegabt mit Geist und Talent, war es ihm leicht, Einlaß in die angesehensten Familien Triests zu erhalten. Auch fand sich bald als Sekretär des Kaufmanns Reyher eine noch angenehmere Stellung für ihn, und seine 1827 vollzogene Heirat mit der Tochter des reichen Kaufmanns Buschek brachte ihn vollends in eine glückliche Lage, da er nun in das Geschäft seines Schwiegervaters trat.

Immer geistig rege und mit einem sehr glücklichen Instinkte für das Praktische begabt, von Erfin-

dungstalent und ein speculativer Geist, der sich schnell die weitreichenderen Handelskenntnisse erworben, entwarf Bruck 1833 nach dem Vorbilde des Londoner Lloyd den Plan zu einem Actienunternehmen, um den österreichischen Handel mit dem Orient in innigeren Verkehr zu setzen. Der ursprüngliche Zweck der aus Deputirten der Kaufmannschaft und der Triester Assecuranzvereine gebildeten Gesellschaft war nur der, wichtige Handels- und Schiffahrtsnachrichten zu sammeln und die Ergebnisse den Committenten bekannt zu machen; diese Mittheilungen bildeten auch die Grundlage der späteren Lloydzeitungen. Erst 1836 regte Bruck auch das Dampfschiffahrtswesen an, welches dann bald einen riesenhaften Aufschwung nahm. Der Lloyd wurde nächst der englischen Peninsular-Oriental-Steam-Navigation-Company die größte Dampfschiffahrtsgesellschaft in Europa und besitzt noch heute an 60 Schiffe.

Bruck, seit 1836 in das Directorium der Gesellschaft gewählt, behielt diese Stellung bis zum Jahre 1848, und gab während dieser Zeit den Antrieb zu allen ihren bedeutenderen Unternehmungen und einzelnen gemeinnützigen Veranstaltungen in Triest, z. B. dem Bau des Tergesteums. Er war ein einflußreicher, sehr wohlhabender und bei der Regierung in Ansehen stehender Mann geworden, und 1848 noch Abgeordneter für das Frankfurter Parlament dazu. In der

Paulskirche spielte er eine stumme Rolle; die österreichische Regierung theilte ihn dann dem Reichsverweser als Bevollmächtigten zu. Als Fürst Schwarzenberg im Oktober 1848 sein Ministerium antrat, berief er Bruck für das Portefeuille des Handels, der Gewerbe und der öffentlichen Bauten, seit dem März eine Institution auf dem Papiere, die nun eine Wahrheit werden sollte.

Mit der außerordentlichen Thätigkeit, die ihm eigen war und die ihren Stachel jetzt noch in einem erklärlichen Ehrgeize fand, widmete sich Bruck dem Amt, welches unstreitig als das wichtigste in ganz Oesterreich und von allen Ministerien zu betrachten war. Obwohl durch die Friedensverhandlungen mit Sardinien, die er in sehr befriedigender Weise zu Stande brachte, eine Zeitlang seinem Posten entzogen, konnte er doch schon im Oktober 1849 dem Kaiser seinen Organisationsbericht abstatten, der dann sofort die Genehmigung erhielt. Der Bericht bewies, daß Bruck sehr wohl die Bedeutung seiner Stellung, die Anforderungen der Zeit und die Gebrechen Oesterreichs verstanden hatte. Er kam aus der Sphäre des Volkes hinauf in die bureaukratischen Regionen, noch der praktische Kaufmann, der mit unbeirrtem, unbefangenem Blick das österreichische Industrieleben betrachtete, und dessen Ehrgeiz, noch mit der Fähigkeit im Gleichgewicht, mit dem Erfassen, nicht mit dem Experimentiren

des Gegebenen sich begnügte. Der Umkreis des Handelsministeriums war nämlich in dem Bruck'schen Programm außerordentlich weit gezogen, griff vielfach in die Ressorts der anderen Ministerien ein, machte es zum Brennpunkte des ganzen neu-österreichischen Systems, zu einem Ministerium der Volkswirthschafts-politik im umfassendsten Sinne des Wortes. Mitwirkung bei Einführung eines neuen Handels- und Wechselrechtes oder bei Abänderungen einzelner Bestimmungen desselben, Einfluß auf die Maßregeln der Industriebesteuerung, auf die Errichtung von technischen Schulen und Akademien, bedingte er sich darin, und ebenso zog er die Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträge ganz in sein Ressort. Er beschloß die Errichtung einer statistischen, zugleich mit der Aufgabe der volkswirthschaftlichen Journalistik (die „Austria") betrauten Sektion, um sich „mit dem Volke, dessen Erwerbsthätigkeit das Handelsministerium schützen und fördern soll, in Verbindung zu setzen." Das Alles waren Dinge, die sich als absolut nothwendig aufdrängten und deren Nothwendigkeit zu erfassen, in Formeln zu bringen, sein Verdienst bildete. Die im Dezember 1849 erfolgte Erhebung in den österreichischen Freiherrnstand war die Belohnung, die der Monarch seinem bürgerlichen Minister dafür zu Theil werden ließ.

Schon der Bericht bezeichnete als die Haupt-

aufgabe des Handelsministeriums „die gänzliche Umgestaltung der gesetzlichen Einrichtungen in Bezug auf Handel und Gewerbe und eine stete, den gesteigerten Bedürfnissen entsprechende Fortbildung der auf die Entwickelung des Verkehrs so mächtig einwirkenden Communicationsmittel.“ Die Thätigkeit Bruck's richtete sich in der That darauf mit aller Energie, und trotz Krieg und Unruhen wurde der Bau der Staatsbahnen rüstig fortgeführt, immer im Hinblick auf die großen Welthandelslinien, so wie auf die Verbindung mit den östlichen ackerbautreibenden Provinzen der Monarchie. Die Semmeringbahn, einer der kunstvollsten und kostbarsten Eisenwege, war sein Lieblingsgedanke, da Oesterreich „zu theuer die Blüthe seines einzigen Hafens nicht erkaufen könne,“ Landstraßenbau, die Regulirung der Flußschiffahrt, Förderung derselben durch Verträge, Telegraphennetze, Verbesserung der Eisenbahnwaggons umfaßte seine Thätigkeit mit gleichem Eifer, und das neue, stattlichere Ansehen, welches Oesterreich dadurch in fast zu kurzer Zeit als Kulturstaat erhielt, entsprach auch dem inneren Fond: das drängende Leben floß in die neugeschaffenen Abzugskanäle; das Blut, bisher stockend, verjüngte sich durch die ermöglichte schnellere und leichtere Circulation; die Industrie erwachte und setzte zu höherem Fluge an; der Handel nahm andere Verhältnisse auf und, sonst meist binnenartig, streckte er nun seine Hand

über die Grenzen des Reichs und über's Meer. Ein ausschließliches Verdienst Bruck's ist ferner die Postreform, die Reorganisirung und Vermehrung der Handels- und Gewerbskammern; ebenso die Ausbildung des österreichischen, ja man kann sagen deutschen Consularwesens zu einer sonst ungekannten Höhe. In Allem zeigte sich der Mann von Erfahrung und Sachkenntniß, der den günstigen Wind benutzte, die tiefgehenden, von jedem unbefangenen Auge längst als nöthig und dringlich erkannten Reformen durchzuführen.

Die Reform des Zollwesens hing so innig mit der Hebung des inländischen Verkehrs und des materiellen Lebens zusammen, daß ohne sie alles bisher Geleistete fast werthlos war. Das Prohibitivsystem war ein Glied des altösterreichischen Systems; der Satz „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht fand dabei auch auf den Handel seine Anwendung. Es paßte dies weder in das neue Oesterreich hinein, noch war es überhaupt länger zu erhalten, ohne den Staat zum gänzlichen Ruin zu führen. Die Monopole und chinesische Absperrung waren die Ursache der Bereicherung Einzelner und der Verarmung des Volkes wie des Staates gewesen, jenes außerordentlichen Zurückbleibens der österreichischen Fabrikation in fast allen Zweigen, welche nur noch durch die gewaltigsten Anstrengungen und vermittelst des Ansporns freier Concurrenz die Höhe

der Bedürfnisse und Ansprüche zu erreichen vermag, wobei es allerdings ohne schweren Schaden der bestehenden Etablissements nicht abgehen kann. Ein gewisser Schutz der inländischen Fabrikate mußte und wird deßhalb für einige Zeit noch eine eiserne Nothwendigkeit sein.

Bruck nahm bei der Reform des Zollwesens die momentane Schädigung der heimischen Industrie wenig in Betracht; er steuerte auf die große Idee los, und hätte sie vielleicht realisirt, wenn die Gewalt der Umstände nicht selbst die Dämme aufgeworfen hätte, welche die stürmische Fluth einer überstürzten Reform etwas brachen. „Man hat von mir verlangt," äußerte er einmal gelegentlich, „ich soll eine rein österreichische Handelspolitik verfolgen; wo bleibe ich dann aber mit Böhmen? Böhmen gehört der Nordsee an!" Es war dies allerdings eine sehr richtige Ansicht und wohl in Betracht zu ziehen als ein Beweis, auf welchen Bahnen sich die Handelspolitik Neu-Oesterreichs im Gegensatz zu dem quiescirenden System der vormärzlichen Umfriedigung bewegte.

Hand in Hand mit dem neu-österreichischen System, insofern dessen Grundzüge als solches gelten können, ging die Centralisation des inländischen Handels, die Einheit im Zollwesen. So fiel die ungarische Zwischenzolllinie, welche Oesterreich bisher in zwei ungleiche Hälften getheilt hatte. So kam endlich trotz

aller Kämpfe und Vorstellungen der Industriellen 1851 die Tarifreform zu Stande, welche das erste Uebergangsstadium zu einer Zolleinigung mit Deutschland und dem Zollverein bilden konnte. Denn darauf gingen alle Pläne Bruck's, und zwar aus natürlichen Gründen, hinaus.

Den Anschluß an Deutschland, mit dem man schon durch politische Bande verknüpft war, auch in commerzieller Beziehung zu Stande zu bringen, war eine absolute Lebensfrage für Oesterreich: die Steigerung seiner Volkswirthschaft hatte sonst einen nur untergeordneten Werth. Wie schroff auch die Interessen der Staaten sich entgegen standen und wohl fast immer sich entgegen stehen werden, die der Völker sind fast harmonisch zu nennen, und dort wie hier erkennt man die Vortheile eines innig verbundenen Handelslebens. Schon Metternich, der Staatsmann der alten Schule, hatte darauf mit einem kaum glaublichen Eifer sein Augenmerk gerichtet; seit 1841 hatte er im Verein mit dem Freiherrn von Kübeck den Anschluß an den Zollverein und eine dazu vorher nothwendige Tarifreform der Zölle zu einer Frage der Staatsconferenz gemacht, welche die genauesten Erörterungen und heftigsten Debatten hervorrief. Der Fürst-Staatskanzler, und dies ist ein auch für die Bruck'schen Ideen wohl zu beachtender Umstand, hatte nicht allein die Idee, Oesterreich in den preußisch-deutschen Zollverein zu-

bringen, er trug sich sogar mit dem kühnen Plan eines mitteleuropäischen Handelssystems unter Oesterreichs Führung, dem die italienischen Staaten, Deutschland, Belgien und Holland, vielleicht auch Dänemark angehören sollten. Von alledem war ihm nichts zu realisiren möglich, nicht einmal die Zolltarifreform in dem vorgenommenen Sinne. Das Prohibitivsystem, in das Metternich gern eine Bresche geschossen hätte, wurde in dem vormärzlichen Tarif aus vielerlei Gründen beibehalten.

Die meisten dieser Gründe waren durch die Revolution beseitigt; die Aufhebung der ungarischen Zolllinien und besonders noch die Erkenntniß der meisten Industriellen, daß ein Anschluß an Deutschland noth thue, ermöglichten dem Staatsmann Neu-Oesterreichs, dem Freiherrn von Bruck, auszuführen, was sein erlauchter Vorgänger umsonst erstrebt hatte. Die bedeutendsten der Vorarbeiten fanden sich überdies schon fertig in den Akten vor; das frühere, durch die Stagnation des inländischen Wirthschaftslebens bewirkte, kleinliche, philiströse Krämerleben Oesterreichs, welches den großen Naturreichthum unbenutzt, das Volk kapitalarm ließ, war in Folge der Entfesselung des Verkehrs, der Eröffnung neuer, großer Absatzwege zu höherem Aufschwung getrieben worden. Ein neues Leben wehte durch das Volk, und von ihm getrieben, konnte Bruck die Tarifreform, wie die Handelseinigung mit Deutschland wohl ins Leben bringen.

Zwei Denkschriften Bruck's bildeten die Grundzüge seines Planes, auf dessen eigentliche Wurzeln wir hingewiesen haben. Die wichtigste von diesen Denkschriften ist die zweite, vom 30. Mai 1850. Sie entwirft in vierzehn Paragraphen die Grundzüge einer Constitution für einen künftigen großen deutschen Handelsverband, deren Unrealisirbarkeit damals dem Reform-Minister nicht in die Augen springen mochte. Das Hauptmoment derselben ist, daß die gesammte Leitung der wirthschaftlichen Angelegenheiten der Bundesgewalt (!) als dem Centralorgan übertragen werden soll; dieser allein steht die Regelung der Ein- und Ausfuhr-, Rück- und Durchgangszölle zu; sie hat Handelsconsule im Auslande zu bestellen, mit der Verpflichtung, „die Angehörigen aller deutschen Staaten ohne Unterschied zu schützen und die Verkehrsinteressen zu wahren." Sie ist ferner ausschließlich befugt, mit fremden Staaten Handels- und Schiffahrtsverträge, welche den ganzen Bund umfassen, abzuschließen; die von den Einzelstaaten mit fremden Ländern etwa einzugehenden Verträge dürfen denen des Bundes nicht widersprechen; sie überwacht ferner den Handel im Innern so wie nach außen, sie hat die Oberaufsicht über die Schifffahrt u. s. w. Der Reinertrag der gemeinschaftlichen Zölle und Abgaben soll zwar, wie bisher im Zollverein, unter die zollvereinten Staaten vertheilt werden, jedoch erst nachdem die durch die

Bundesgewalt auszuschreibenden Matrikularbeiträge der Einzelstaaten aus den Zolleinkünften vorweg entnommen worden sind. Aus diesen Matrikularbeiträgen könne die Flotte gebildet werden. — Ferner: der Bundesgewalt soll ein Bundesrath für Handel und Schifffahrt zur Seite stehen, der aus einem großen Rath und aus einem permanenten Ausschuß gebildet wäre. Diese Körperschaften sollten „zum größten Theil" aus den Vertretern der gewerblichen Interessen hervorgehen; ihre Zahl für jeden Staat hätte sich nach der handelspolitischen Wichtigkeit desselben abgemessen. Endlich sollte die Bundesgewalt noch ihr Handelsamt (ähnlich dem englischen Board of Council for Trade) als Oberaufsichtsbehörde für Handel, See- und Flußschifffahrt, Verkehr, Privilegien, Patente, Münz-, Maß- und Gewichtswesen, Auswanderung, Colonisation, besitzen, ebenso ein statistisches Bureau.

Aus dieser Denkschrift heben wir noch folgende Stellen hervor, welche einen Einblick in die Grundsätze Bruck's thun lassen. Als den wichtigsten Schritt zu der politischen Einigung Oesterreichs und Deutschlands, „gebaut nicht auf die Oberherrlichkeit dieses oder jenes Staates, sondern auf die organische Einheit der Interessen," betrachtet die Denkschrift, wie schon erwähnt, die Zolleinigung. „Ein deutscher politischer Verein," heißt es darin, „muß in unserer Zeit auch zum Zollverein werden, und umgekehrt, oder das

Eine wie das Andere bleibt eine Unwahrheit, eine Täuschung, der Zerklüftung Deutschlands in materiellen wie politischen Anliegen wird nicht abgeholfen und die Zerwühlung der gesellschaftlichen Zustände dauert fort.“ Der Zollverein wie Oesterreich seien bisher nicht in der Lage gewesen, eine selbstständige Handelspolitik zu führen. „Erst der ganz Deutschland und Oesterreich umspannende Verein wird nicht blos die Elbe, Weser, Ems, Oder ungetheilt und ganz sein nennen; er wird auch die Adria, die Nord- und Ostsee umschlingen.“ Aehnlich wie Metternich sich das mitteleuropäische Handelssystem dachte, entwirft dann Bruck in Hauptzügen seinen Gedanken zu einem mitteleuropäischen Handelsbund, der Italien, Holland, Belgien und Dänemark umfasse, „den völligen Anschluß dieser Länder an das diesseitige Handels- und Schifffahrtssystem zu beiderseittigem Vortheile nach allen Kräften fördere.“ — „Wer kann heute noch läugnen,“ meint ferner die Denkschrift, „daß in der Vereinigung aller volkswirthschaftlichen Anliegen, daß in dem Gewinne eines großen, durch keinerlei Schranken verkümmerten Handelsgebietes eine Fülle von Kraft und eine Gewähr der Ordnung und Befriedigung gegeben wäre, wodurch die Verläugnung des einen oder anderen Sondervortheils mehr als aufgewogen würde? Oder ist es nicht wahr, daß heute, wo auf den Weltmärkten die Nationen sich mit einander messen, auch die größte Thätigkeit des Einzelnen

nicht mehr das Zusammenwirken des Ganzen, nicht die handelspolitische Größe der Nation ersetzen kann? . . . Ist es nicht wahr, daß eine vom Gemeingefühle getragene, die Gesammtanliegen umfassende, zur Ehre und Macht der Nation geleitete Politik alle schlummernden Kräfte zur Thätigkeit aufruft und alle Unternehmungstriebe in den Menschen weckt, während Zersplitterung jenen Kräften den Spielraum nimmt und diese Triebe abstumpft?"

Es war das neu-österreichische System der Centralisation, welches Bruck hiermit als die absolute Basis seiner Handelspolitik feierte, als das Mittel zur Macht und Größe Oesterreichs anerkannt. Es war zugleich eine Mahnung zur Einigung Deutschlands, vorerst zur Verschmelzung der materiellen Interessen der verschiedenen „Scherbennationen", um einen List'schen Ausdruck zu gebrauchen. Wie wenig diese Mahnung des österreichischen Handelsministers damals mit den Ereignissen Hand in Hand ging, konnte selbst einem Laienauge nicht verborgen bleiben.

Freiherr von Bruck hatte sich mit seiner Politik unstreitig zu weit von der wieder zu Kräften gelangten „hohen" äußwärtigen entfernt; unmerklich war der Zwiespalt ins Kabinet gekommen und das mächtige Handelsministerium wurde lästig, paßte auch nicht recht mehr in die Situation hinein. So legte Bruck in dem Augenblick, wo er die Vorbereitungen zu seinem

Werk der Zolleinigung mit Deutschland beendigt hatte, seine Stelle nieder und trat, im Mai 1851, wieder in sein Amt als Direktor des Lloyd zurück.

Bei alledem blieb Bruck der österreichischen Regierung ein werthvoller Mann: sein persönlicher Credit war außerordentlich, das Vertrauen zu seiner Fähigkeit grenzte an Popularität und allgemein galt er als Personifikation einer gesunden Handelspolitik und Volkswirthschaft von liberalen Grundsätzen. Auch war er als der Schöpfer der angebahnten Handelsreformen der einzige geeignete Mann, sie zum Austrag zu bringen, und für den Zeitpunkt, wo man an Stelle des politischen Apparats die versöhnlichere Diplomatie der Unterhandlungen wieder spielen lassen konnte, hielt man den abgetretenen Minister bereit. Ehe es so weit kam, fand jedoch noch ein harter Kampf statt.

Zehnter Abschnitt.

Der Verfassungsstreit mit Preußen.

Die preußische Union. — Das Erfurter Parlament. — Innere Zustände Preußens. — Schwarzenberg's Gegenentwurf einer Directorialregierung. — Erfurter Beschlüße. — Der Fürstencongreß in Berlin. — Verfall der Union. — Oesterreich und der Bundestag. — Die schleswig-holstein'sche Frage und das Londoner Protokoll. — Die kurhessische Frage. — Schwarzenberg und Hassenpflug. — Vertrag von Bregenz. — Executive in Hessen. — Kriegsdrohen zwischen Oesterreich und Preußen. — Conferenz in Warschau. — Abdankung Radowitz's. — Manteuffels Nachgiebigkeit. — Olmützer Zusammenkunft. — Die Niederlage Preußens. — Die Dresdner Conferenzen. — Der alte Bundestag.

Jemehr das preußische Ministerium erkannte, daß es eine klägliche Politik hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten eingeschlagen und an Sympathien im Volk wie an Terrain in den Cabinetten der kleineren Höfe verlor, um so verzweifelter bemühte es sich nun, das Verlorene wieder zu gewinnen und um so gereizter trat es gegen Oesterreich auf, welches überall an Macht

und Einfluß gewann. Die Taktik Schwarzenbergs hatte das Unglaubliche geleistet, Preußen aus dem Sattel zu heben und wieder die erste Rolle in Deutschland zu spielen. Es sollte noch mehr erreichen, nämlich die physische und die moralische Demüthigung seines Rivalen in Deutschland.

Preußen hatte, wie wir gesehen, trotz des Vertrages vom 30. September, welcher Oesterreich wieder den Sitz in der Centralgewalt einräumte, die Idee eines preußisch-deutschen Bundesstaates durchaus nicht fallen lassen, im Gegentheil eifrig deren Realisirung angestrengt. Aber die Sache machte keinerlei Fortschritte, Dank Oesterreich, welches Gegenmienen legte und die Netze zerriß. Zwar war in Berlin ein Verwaltungsrath unter Bodelschwingh's Vorsitz eingerichtet worden und suchte die Constituirung des Bundesstaats ins Leben zu rufen; aber im Schooße der Verbündeten selbst gewann die Politik Oesterreichs immer mehr Unterstützung. Hannover und Sachsen beriefen sich jetzt mit einem Male auf einen dem Abschlusse des Dreikönigsvertrages beigefügten Vorbehalt und wollten, bevor nicht alle Staaten, außer Oesterreich, dem Bunde beigetreten, keine weiteren Schritte unternommen wissen. Dies hieß die Politik Preußens lähmen und wer der Urheber all dieser Hindernisse war, entging dem Herrn von Manteuffel keineswegs.

Preußen hoffte durch unbeirrtes Vorgehen, die

Schwankenden an sich zu halten, dem Gegner ein Paroli zu bieten. Es ließ den Verwaltungsrath des Maibundes, der natürlich ganz unter preußischen Einflüssen stand, am 19. Oktober 1849 die Berufung eines besonderen Reichstages der Union beschließen. Für diesen Fall hatte Oesterreich vorgearbeitet. Auf seine Veranlassung protestirten Hannover und Sachsen gegen die Vornahme der Wahlen und Schwarzenberg selbst erließ eine Note an das preußische Cabinet, welche in herben Ausdrücken dessen Politik bekämpfte und gegen die Berufung eines preußisch-deutschen Reichstags in Erfurt Protest einlegte.

Preußen konnte und wollte nicht umkehren; aber das thatenscheue Ministerium Manteuffel war gleichwohl durch diese Proteste sehr entmuthigt worden und verschaffte Schwarzenberg dadurch die Ueberzeugung, daß er seinen Gegner vollständig besiegen werde, ohne es bis zu einem Kriege kommen zu lassen, den er übrigens zu unternehmen keine Scheu getragen hätte. Alles lag ihm daran, momentanen Vortheil zu haben, durch kühne Schläge und Ueberraschungen Oesterreich wieder auf eine imposante Höhe der Macht zu erheben. Aber die Mittel ihm zu geben, sich in dieser Stellung, wie es ein Metternich konnte, zu halten, das vermochte Schwarzenberg nicht, ebenso wenig wie seine Erfolge für die Zukunft nachhaltig sein sollten. Seine Politik, die namentlich im Lande selbst eine ungeheure

Zuversicht und einen Rausch hervorrief, isolirte Oesterreich, stellte ihm Fallen für die Zukunft, machte ihm überall Feinde, und als es wenige Jahre später glaubte, seine Machtstellung erproben zu können, fühlte es den Boden unter sich weichen und das Volk sah betroffen die traurige Lage seines Staates.

Preußen, noch von Muth geschwellt, ordnete inzwischen die Wahlen zum Erfurter Parlamente an und in der That fanden dieselben im Dezember 1849 auch statt, jedoch ohne die Theilnahme Hannovers und Sachsens. Auf den 20. März 1850 sollte das Parlament der „Union," wie der künftige Bundesstaat in dem Additionalacte zum Entwurf des Dreikönigsbündnisses vom 28. Mai genannt ward, sich in Erfurt versammeln, wohin bereits das Schiedsgericht der Union zusammenberufen war.

Aber Preußen hatte im eigenen Lande keine große Unterstützung seiner kleindeutschen Plane. Die reactionaire Politik des Ministeriums Manteuffels hatte die Demokratie erbittert und die Junkerpartei ans Ruder gebracht; die Thatenscheu in der auswärtigen Politik, namentlich die Abhängigkeit der Regierung von dem gefürchteten Rußland, beleidigte die Mehrzahl des Volkes und ließ kein Vertrauen zu dem Ministerium wach werden. Die Demokratie enthielt sich der Theilnahme an den neuen Wahlen zu der neuen preußischen Kammer und so kam ein Abgeordnetenhaus zusammen, welches

vielfach aus Werkzeugen und aus Freunden des neuen Systems bestand. Die Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848 bewies hinlänglich, wie eifrig Manteuffel im Sinne seines Königs nach allmähliger Wiedereinführung des ständischen Systems strebte; schon gleich nachdem die Revision beendigt war, trat die Krone mit neuen Forderungen hervor (Januar 1850) die auch fast ohne Ausnahme von der neuen Beamtenkammer gewährt wurden. Am 6. Februar beschwor der König die neue Verfassung; aber dies flößte kein besonderes Vertrauen mehr ein. In der deutschen Angelegenheit hatten beide Kammern die Unionspolitik allerdings lebhaft unterstützt und dem Ministerium einen Credit von 18 Millionen Thaler für militärische Zwecke geöffnet; aber gleichzeitig entfremdete man sich selbst seine Verbündeten und weckte Verdacht gegen die Aufrichtigkeit der Unionspolitik, namentlich, als sich die preußische Regierung in dem meklenburgischen Verfassungsstreite auf Seiten der Ritterschaft stellte, was eben stark die Restaurationstendenzen des neuen Manteuffelschen Systems hervorhob.

Fürst Felix Schwarzenberg wollte dem Erfurter Parlament, welches unter Umständen doch für Oesterreich sehr gefährliche Consequenzen nach sich ziehen konnte, mit einer That entgegentreten, um der preußischen Regierung vollends den Muth zu erschüttern. Er betrieb im Geheimen die Agentur der auf Preußen

immer eifersüchtigen deutschen Königreiche, denen er die Unionspolitik schwarz genug als Mediatisirungsgelüste ausmalte, und so schlossen Baiern, Würtemberg und Sachsen in München am 27. Februar 1850 einen Vertrag, welcher eine Directorialregierung und eine aus den Landständen aller deutschen Staaten gebildete Nationalvertretung mit beschränkten Befugnissen verhieß. Das Ganze sollte mehr ein Gegenentwurf sein, mit dem man Preußen mehr zu choquiren suchte, als daß man ernstlich an eine Verwirklichung desselben glaubte. Aber Schwarzenberg unterstützte diesen Entwurf aus guten Gründen.

Trotz alledem und trotz der kriegerischen Gereiztheit der von Oesterreich gewonnenen deutschen Staaten, namentlich Würtembergs, schien Preußen die Union noch immer durchführen zu wollen, wenigstens verhießen das seine Erklärungen an die Kammern und die thatsächliche Eröffnung des Parlaments am 20. März. Aber schon die erste Sitzung bewies, daß das preußische Ministerium sehr eingeschüchtert war, und sich vor einem ernsteren Conflict mit Oesterreich fürchtete.

Das Erfurter Parlament mit zwei Häusern war zum größten Theil aus den sogenannten Gothaern gebildet, theils auch durch eine Anzahl dem Bundesstaat zugewandter altconservativer Preußen verstärkt, an deren Spitze Bodelschwingh stand. Die Demokratie, die sich auch hiebei der Betheiligung an den Wahlen

entzogen, zeigte sich nicht vertreten, hingegen die reactionäre, dem Bundesstaat feindliche Partei, gleichwie die großdeutsch-ultramontane in entschiedener Minderheit.

Die Majorität beider Häuser war der Ansicht, es sei am zweckmäßigsten, um den Regierungen jeden Vorwand des Rückzuges abzuschneiden, die Vorlagen en bloc anzunehmen und eine Revision der einzelnen Punkte in dem Sinne, in welchem es die Regierungen, namentlich die preußische, wünschten, folgen zu lassen, ohne freilich das Wesen des Bundesstaats zu alteriren. Aber schon das flößte Bedenken ein, daß Preußen sich dem widersetzte. Gleichwohl nahmen beide Häuser des Parlaments am 13. und 17. April die Verfassung im Ganzen an und schritten dann zu einer kurzen Revision. Preußen, ängstlicher denn je und von Oesterreich bereits bedroht, wußte nichts besseres zu thun, als unerwartet am 29. April durch Radowitz die Versammlung mit Vorbehalt der Wiedereinberufung schließen zu lassen, indem es erklärte die Beschlüsse des Parlaments den Regierungen mitzutheilen.

Der König von Preußen setzte nun die letzte Hoffnung auf einen von ihm nach Berlin berufenen Congreß deutscher Fürsten. Er lebte noch immer in der hochlegitimistischen Romantik und wollte, anstatt kühn die Initiative zu ergreifen und, mit der Vollmacht des deutschen Volks oder doch eines großen Theils desselben versehen, die Gestaltung eines Deutsch-

lands zu unternehmen, Macht und Größe von den Fürsten selber präsentirt erhalten, um sie im Glanze mittelalterlichen Vasallenthums um sich zu sehen. Selber thun war nicht seine Sache, man sollte ihn von fürstlicher Seite nöthigen, Revolution zu machen, damit die Revolution von Gottes Gnaden sei.

Im Mai 1849 kam dieser Fürstencongreß in der That in Berlin zusammen und die Mehrzahl der versammelten Souveraine, welche die Suprematie Oesterreichs fürchteten und die Wiederherstellung des Bundestages um jeden Preis verhindern wollten, sprach sich deßhalb für die Herstellung eines provisorischen Unionsorganes aus und Preußen, abermals couragirt durch diese Unterstützung, gab die Erklärung ab, daß es die Union als rechtlich bestehend betrachte.

So schien Preußen im letzten Moment doch noch über die Schwarzenberg'sche Politik zu triumphiren; denn es wurde wirklich ein provisorisches Fürstencollegium hergestellt. Aber es sollte sich nur zu bald zeigen, daß die Angelegenheiten des projectirten Bundesstaats von Neuem ins Stocken gerathen waren.

Auch hatte Schwarzenberg Alles vorbereitet, um auf Preußen die entscheidenden Schläge zu führen. Während dieses sich an dem Zustandekommen des Bundesstaats abmühte, verfolgte der österreichische Minister mit großer Kaltblütigkeit die Wiederherstellung des Bundestages, des Organs eines deutschen, von

Oesterreich influencirten Staatenbundes, wie ihn Metternich so glücklich erfunden hatte. Schon am 26. April — also zu der Zeit, da das Erfurter Unionsparlament tagte — hatte Oesterreich das abgeschaffte Plenum des Bundestages nach Frankfurt einberufen und wenn man seiner Einladung im ersten Augenblick auch nicht folgte, so zeigten sich die deutschen Regierungen doch um so geneigter dazu, jemehr das Vertrauen und die Achtung für Preußen durch dessen zagende Politik sank.

Sachsen und Hannover waren die ersten, welche der lockenderen Politik Schwarzenbergs folgten und sich völlig aus dem Bunde mit Preußen zurückzogen, in dem sie Manches von ihren Souverainitätsrechten eingebüßt haben würden. In Kurhessen hatte sich die kurzsichtige Politik Manteuffels selbst einen perfiden Gegner geschaffen; denn Manteuffel hatte Hassenpflug daselbst zum Minister gemacht und Hassenpflug stand bereits im Solde Oesterreichs, welches hier die Mine gegen Preußen legte. Hessen-Darmstadt machte auch bereits Anstalten zum Rückzuge, so daß von der Union nicht mehr viel übrig blieb.

Es war natürlich, daß diese Ereignisse das Verhältniß zwischen den beiden Rivalen, Oesterreich und Preußen, nicht freundlicher machten, im Gegentheil eine gegenseitige Gereiztheit hervorriefen, welche durch die während des Sommers von 1850 gepflogenen Ver-

handlungen einen bedenklichen Grad erreichten. Preußen hatte mit einigen kleineren Staaten Militärconventionen abgeschlossen, welche seinen Einfluß in denselben sicherten; Oesterreich, um dieser Art Eroberung einen Damm zu setzen, protestirte dagegen und wollte den Durchmarsch der in Folge des baden'schen Aufstandes zu ihrer Reorganisation nach Preußen verlegten baden'schen Truppen nicht gestatten.

Auch die Verhandlungen über die Gestaltung des weiteren deutschen Bundes führten zu keinem Ergebniß; Preußen, erbittert durch seine zu ahnende Niederlage, weigerte sich jetzt entschieden, die Union zu suspendiren, wie Oesterreich verlangte und beide Staaten schlugen bereits drohend an ihr Schwert. Schwarzenberg setzte trotzdem mit imponirender Ruhe seine Politik fort. Seinen Bemühungen war es gelungen, die Mehrzahl der deutschen Regierungen für seine Restaurationstendenzen zu gewinnen, und so trat denn am 1. September 1850 der von Oesterreich wieder einberufene, zwei Jahre zuvor abgeschaffte Bundestag in Frankfurt zusammen, von Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover, Würtemberg, beiden Hessen, Dänemark, Holland, Schaumburg-Lippe, Liechtenstein und Hessen-Homburg beschickt. Preußen mit den wenigen ihm noch anhangenden Regierungen, worunter Baden die bedeutendste war, bestritt die Rechtmäßigkeit der Wiederherstellung des alten Bundestages, aber es konnte

der Thatsache eben nur das bloße und damals nicht mehr gefürchtete Wort entgegensetzen. Schwarzenberg hatte die erste Schlacht gewonnen.

Die Verwicklung der deutschen Angelegenheiten durch die schleswig-holstein'sche Sache und die Verfassungskrisis in Kurhessen sollte vom österreichischen Minister meisterhaft, wenn auch nicht rühmenswerth, benutzt werden, um Preußen vollständig aus dem Felde zu schlagen.

Schleswig-Holstein hatte, nachdem Preußen am 2. Juli — schmachvoll genug — mit Dänemark definitiv Frieden geschlossen, und die Herzogthümer damit wie ein geopfertes Lamm sich selber überlassen waren, thörichter Weise den preußischen General von Willisen an die Spitze der Armee berufen und den Krieg gegen Dänemark auf sich allein genommen. Willisen, theils unfähig, theils wohl auch von Preußen im Geheimen instruirt, lieferte am 25. Juli bei Idstedt den Dänen eine blutige Schlacht, räumte aber nach tapferem Kampfe und ohne Grund dem Feinde das Schlachtfeld, zog sich auf Rendsburg zurück, opferte Friedrichstadt, um es nachher wieder erobern zu wollen, und überließ den Dänen Schleswig. Die beste Armee wurde so zur Thatenlosigkeit verdammt und die Gefechte schienen eher auf eine systematische Opferung derselben, als auf die Absicht schließen zu lassen, den Dänen eine Niederlage beizubringen.

Nun drangen die auswärtigen Mächte auf eine friedliche Lösung und unterzeichneten am 2. August

zu Gunsten der Integrität der dänischen Monarchie das Londoner Protokoll. Rußland sicherte sich damit die Erbfolge in Dänemark; England verhinderte damit, daß Preußen an die Nordsee kam; Oesterreich that Rußland und England gern den Gefallen, Preußen stand ganz unter russischem Terrorismus. Als die russische Flotte vor Kiel und Stettin erschien, wurden die preußischen Truppen zurückgezogen, mit der geheimen Absicht, die Herzogthümer ihrem Schicksale zu überlassen.

Oesterreichische Truppen gingen nun nach Holstein, um die Execution dort zu vollstrecken, die schleswig-holstein'sche Armee zu entwaffnen, das verschacherte Land an Dänemark zu übergeben, gebunden und geschunden zur ewigen Schmach der deutschen Fürsten und des preußischen namentlich. Er, der seine Truppen erst für die Rechte des nordischen Bruderstammes hatte kämpfen lassen, baute jetzt den Oesterreichern Brücken über die Elbe, um ihnen den Weg zur Unterdrückung des armen Holsteins zu bahnen. Schwarzenberg hatte seinen Zweck dabei: er verpflichtete sich durch diese Execution England und zahlte, nach seiner Meinung, reichlich die Dankesschuld wegen Ungarn an Rußland; er demüthigte Preußen und konnte stolz das Wort aussprechen: das verloren geglaubte Oesterreich läßt seine Fahnen am Strande der Nordsee wehen!

Am 8. Mai 1852 wurde aus dem Londoner Protokoll ein Vertrag gemacht; aber es war kein

Vertrag, da sieben Personen einen Contract unterzeichneten, dessen Zweck ein gesetzwidriger war: es war eine Art Verschwörung; Oesterreich und Preußen unterzeichneten ihn; aber der Bund hatte ihnen dazu keine Vollmacht gegeben und ihre Unterschriften haben daher keine eigentliche Giltigkeit für Deutschland. Unter allen Umständen war dieser Vertrag eine Schmach der auswärtigen Politik Manteuffel's und ein Fehler der Schwarzenberg'schen, der sich gleich darauf durch den Haß der deutschen Nation gegen Oesterreich gewichtig genug rächte und in Zukunft noch schwer bereut werden wird. Durch jenen Vertrag wurde nämlich ausdrücklich bedungen, daß die Rechte Rußlands nach dem Tode des Prinzen Christian und seiner zwei Söhne wieder in's Leben treten sollten. Die Ansprüche Rußlands wurden zu Rechten und erstreckten sich auf ganz Holstein, Schleswig und Dänemark.[3]

In Kurhessen hatten sich noch bedenklichere Verwickelungen ergeben.

Das Ministerium Hassenpflug, von Preußen mit eingeführt, um sich eine Stütze seiner Restaurationspolitik zu schaffen, war vom Fürsten Schwarzenberg geschickt gewonnen worden und trieb mit vollen Segeln, zum Aerger des Herrn von Manteuffel im Fahrwasser

[3] Vergl. Samwer, die Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein. — Vier Monate auswärtiger Politik, 2. Auflage. — Englische Blaubücher, 1851. XXXV. —

der österreichischen Politik. Hassenpflug verfolgte im Sinne dieser seine reactionäre Politik.

Als er bei der hessischen Kammer entschiedenen Widerstand fand, löste er dieselbe im Juni 1850 auf; aber auch die neue Versammlung, die am 22. August eröffnet wurde, erhielt trotz allem Terrorismus der Regierung bei den Wahlen nicht einen Anhänger der Hassenpflug'schen Politik und weigerte sich, mit Berufung auf die Verfassung, die Forterhebung der Steuern ohne Vorlage des Budgets zu genehmigen.

Hassenpflug legte diesen Beschluß als eine Steuerverweigerung aus und löste am 2. September auch diese Kammer auf. Eine Verordnung vom 4. September befahl nun die Forterhebung der Steuern ohne landständische Genehmigung, während Hassenpflug, von Schwarzenberg bestimmt, zugleich in Frankfurt bei dem von Oesterreich zusammengebrachten Engeren Rath auf eine Intervention hinwirkte.

Aber der passive Widerstand der Kurhessen ließ sich gleichwohl nicht brechen; die Entrüstung über Hassenpflugs gesetzbrüchige Politik war allgemein. Die hessischen Beamten weigerten sich, die anbefohlene Maßregel zu vollziehen und so verhängte am 7. September das Ministerium den Kriegszustand über das Land. Als auch dessen Ausführung an dem Bedenken der Beamten und höheren Offiziere scheiterte, verließ der Kurfürst mit der Regierung am 13. September Kassel

und verlegte seine Residenz nach Schloß Wilhelmsbad. Nun warf er sich ganz Oesterreich in die Arme.

Protegirt von Fürst Schwarzenberg erwirkte er beim engeren Rath den Beschluß vom 21. September wonach „die Bundesversammlung sich vorbehielt, alle zur Sicherung und Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erforderlichen Anordnungen zu treffen.“ [4]

Die vom Ministerium erlassenen Ordonnanzen fanden indessen fortgesetzten Widerstand im Lande und in der richterlichen Unabhängigkeit, und auch ein wiederholter Versuch, durch Generallieutenant von Haynau, — der Name und die Verwandtschaft mit dem österreichischen Städtebezwinger war ominös genug — den Kriegszustand durchführen zu lassen, scheiterte an den Offizieren, die in dem Conflict zwischen ihrem Verfassungseid und den ihnen aufgegebenen Befehlen fast sämmtlich ihren Abschied forderten.

Kurhessen in dieser Lage war nun das Schlachtfeld, wo der Conflict zwischen Oesterreich und Preußen, zwischen Bundestag oder Bundesstaat, ausgefochten werden mußte.

Anfangs schien es nicht zweifelhaft, welche Stellung Preußen einnehmen würde. Die offiziellen Noten von Radowitz, der am 27. September das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte,

[4] S. Gräfe, der Verfassungskampf in Kurhessen S. 27. ff. Vier Monate auswärtiger Politik.

ebenso wie die halboffiziellen Aeußerungen ministerieller Organe ließen nichts Anderes erwarten, als daß man die kurhessische Verfassung beschützen werde. Es galt, damit die Union zu schützen und nach all den Niederlagen konnte man vermuthen, daß Preußen zur Rettung seiner Ehre das Aeußerste an sich kommen lassen werde. Auch zeigte es in der That eine Anwandlung von Energie, indem es preußische Truppen nach Kurhessen abrücken ließ. Allgemein sah man darin einen Beweis, wie Preußen nun das Vorgehen Oesterreichs und des Engeren Raths in Frankfurt gewaltsam zu hindern entschlossen sei. Wenigstens hatten noch die letzten diplomatischen Erklärungen Preußens ausdrücklich die Nichtanerkennung des sogenannten Bundestages ausgesprochen, ein Widerspruch, den seinerseits Oesterreich wieder für unberechtigt erklärte.

Um diese Zeit bereitete Fürst Schwarzenberg den Hauptcoup gegen Preußen vor. Die Krisis mußte endlich ein Ende finden — entweder Oesterreich oder Preußen behielt die Oberhand und schlimmsten Falls mochte ein Krieg darüber entscheiden. Schwarzenberg war nicht der Mann, der davor zurückbebte, um seiner Politik momentan einen Triumpf, Oesterreich wieder die alte Machtstellung zu verschaffen.

Er vermittelte eine Art Kriegsbündniß zwischen den am meisten mit Oesterreich haltenden Staaten. Der König von Baiern und der von Würtemberg trafen

anfangs October in Bregenz zusammen und verständigten sich darüber, der Autorität des in Frankfurt von Oesterreich eingesetzten Bundestages nöthigenfalls durch gewaltsames Einschreiten in Kurhessen Nachdruck zu verschaffen.

So schien denn ein kriegerischer Conflict unausbleiblich, zumal die österreichisch-baierischen Truppen sich bald nach dem Bregenzer Vertrag in Bewegung setzten. Ein deutscher Bruderkrieg schien das Ende der großen Bewegung zu sein, welche die Einheit und Größe Deutschlands mit so jugendlich feurigem Ungestüm erreichen wollte.

Kaum aber standen die Sachen derart, als man in Berlin wieder in die alte heroische Thatenscheu verfiel und mit gefühlspolitischem Schrecken die Möglichkeit eines Bruderkrieges verneinte. Man sah plötzlich die Dinge mit einer auffallenden Nüchternheit an und fand jetzt, daß die Union eigentlich nur noch dem Namen nach bestehe. Im Fürstencollegium selbst verhandelte man die Frage, ob man sich nicht darauf beschränken wolle, „das Bündniß" fortbestehen zu lassen und die Verfassung nur als Ziel zu betrachten. Es war viel Zaudern und doch wieder viel Kriegslärm dabei; man wollte nicht nachgeben und mochte doch auch nicht Krieg führen, namentlich weil man mit Schrecken bei der Mobilmachung entdeckte, daß „das herrlichste Kriegsheer" in trostlosester Weise ausgerüstet war, Arsenale und

Monturkammern der aufgebotenen und durch ihren Geist imponirenden Landeswehr in Bezug auf schlechten Zustand denen Rußlands glichen.

Man versuchte durch den Lärm Schwarzenberg einzuschüchtern; aber Schwarzenberg wußte viel zu gut, daß hinter dem Lärm keine große Gefahr war und er ließ sich daher nicht einschüchtern.

Nun versuchte man es mit der Vermittlung, um noch ohne Kampf zu retten, was zu retten war. Der kaiserliche Schwager des Königs von Preußen, der zärtliche Busenfreund und allgewaltige Herr, Nikolaus, war eben in Warschau und mit ihm hoffte man das Letzte glücklich und gefahrlos zu erreichen. Er war für Oesterreich der Mann, welcher von Ungarn her schon ein gewichtig Wort reden konnte und Preußen hatte sich ihm ja stets so willig, noch in der schleswig-hollstein'schen Sache gefügt, daß man in Berlin viel Hoffnungen auf die Dankbarkeit des Czaren und seine jahrelange angebliche Sympathie für Preußen setzte.

Graf Brandenburg, der natürliche Bruder des Königs und ein Freund von Nicolaus, wurde daher nach Warschau gesandt, um, Ende October, die persönliche Vermittelung mit Oesterreich vom Czaren zu erbitten. Der preußische Minister wollte jetzt die Aufnahme der österr. Gesammtmonarchie in den weiteren Bund zulassen, aber das Recht der Union sich vorbehalten sehen, und in der Executive des weiteren Bundes

mit Oesterreich gleichgestellt werden. Die Anerkennung der Execution in Hessen wie in Holstein versagte Preußen jedoch nach wie vor.

Der Czar ließ sich Alles mittheilen, that aber nichts, was nach einer für Preußen günstigen Vermittelung aussah.

Unterdessen war der erste Zusammenstoß der beiden Armeen erfolgt. Am 1. November war das Executionsheer der Oesterreicher und Baiern in Hanau eingerückt und eine preußische Truppenabtheilung hatte am 2. November Kassel besetzt.

Radowitz versuchte noch einen Ausweg. Er legte ein Programm vor, wonach die Anerkennung des sogenannten Bundesbeschlußes und der Execution fortdauernd versagt, ein weiteres Vorrücken der Oesterreicher und Baiern gewaltsam verhindert und die ganze preußische Armee mobil gemacht werden sollte; da aber dies Programm in dem thatenscheuen Ministerium nicht die Mehrheit erhielt, nahm Radowitz seine Entlassung als Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Manteuffel ward sein Nachfolger und der war der Mann dazu, Concessionen bis zur Schande zu machen, wenn er nur Minister in Preußen war und des romantisch-gefühlsvollen Königs ergebenster Diener.

Um dieselbe Zeit, als das Ministerium in Berlin eine Wandelung erlitt, hatte der Krieg schon thatsächlich in Kurhessen begonnen. Am 8. November kam es bei

dem Vorrücken der Executionstruppen in Hessen bei Bronzell, in der Nähe von Fulda, zu einem freilich fast lächerlich unbedeutenden Zusammentreffen mit den Preußen; aber anstatt daß sich daran größere Ereignisse im Felde geknüpft hätten, erhielten die Truppen von Berlin aus Befehl, sich zurückzuziehen und nur die Etappenstraßen besetzt zu halten. Noch kurz vorher, am 6. November, hatte Manteuffel zwar die Mobilmachung des preußischen Heeres angeordnet, aber daß diese That nur eine kostbare Spielerei sei, um dem gekränkten preußischen Ehrgefühl zu genügen, dies stellte sich nur zu bald heraus. Der ganze Krieg ähnelte im Charakter genau dem wegen der baier'schen Erbfolge, in dem es auch mit einigen Vorpostengefechten sein Bewenden hatte, und da dies die einzigen Kriege waren, welche seit dem schlesischen zwischen den beiden deutschen Großmächten stattfanden, so dürfte daraus wohl für die Zukunft der Schluß zu ziehen sein, daß es niemals viel schlimmer werden wird.

Manteuffel steckte gleich den Säbel ein, das war die Inauguration seiner auswärtigen Politik. Er war ein Mann der Bureaukratie, der seine Stärke im muthigen Zurückweichen suchte und immer stolz war, wenn es ihm gelungen, einen schmachvollen Rückzug in Ordnung gemacht zu haben. Ein Mann wie Schwarzenberg, der auch handelte, imponirte ihm gewaltig und so fügte

er sich ihm, um nur wieder „freie Hand“ in der Politik seines Herrn zu haben.

Er ließ die preußischen Truppen aus Baden zurückziehen und erklärte mit großer Seelenruhe die seither mit so viel Hartnäckigkeit erstrebte Union für aufgelöst. Dies war das Zeichen, daß Preußen die Politik des Widerstandes aufgegeben hatte.

Schwarzenberg drang sogleich in die Bresche. Er forderte unzweideutige Beweise der Nachgiebigkeit und drängte seine Forderungen in einem Ultimatum vom 25. November zusammen, welches in demüthigender Weise allen preußischen Plänen bezüglich der deutschen Verfassungsfrage entgegentrat.

Manteuffel besann sich nicht lange. Er machte den „sauren Weg“ nach Olmütz, um hier dem österreichischen Minister seine Unterwerfung anzukündigen. Die Ehre und Achtung seines Vaterlandes gab er gern dahin, um nur in Ruhe seiner Ministerialthätigkeit leben zu können. Der Graf Brandenburg aber, der preußische Ministerpräsident, sank aus Zorn über die Schande von Olmütz ins Grab. — Er hatte den Todeskeim schon aus der demüthigenden Audienz beim Schwager Nikolaus von Rußland in Warschau davongetragen.

Nach der in Olmütz getroffenen Verabredung vom 29. November sollten die kurhessische und die holsteinische Sache durch eine gemeinsame Entscheidung aller deutschen Regierungen geschlichtet werden.

Preußen ließ die Execution in Kurhessen frei gewähren und versprach in Holstein durch einen Commissär nöthigenfalls durch Truppengewalt mitzuwirken. Zur Lösung der Verfassungsfragen sollten alsbald in Dresden Ministerialconferenzen abgehalten werden, wozu Oesterreich und Preußen gemeinsam die Einladungen übernahmen. So war also der diplomatische Sieg der österreichischen Politik vollendet und Preußen vor Jahresfrist noch in einer entscheidenden Machtstellung in Deutschland, war in Ansehen und Achtung tief herabgesunken, so daß es in Wahrheit mit der Bezeichnung einer Großmacht verhöhnt werden konnte. Was die Niederlage der preußischen Potitik noch empfindlicher machte, war die Art und Weise, wie Fürst Schwarzenberg in einer Circularnote an die österreichischen Gesandten (7. Decmbr.) über den Olmützer Vertrag Mittheilungen machte. Es war der letzte Streich des Fürsten, dem die Demüthigung Preußens persönlich wohl that; aber daß dieser immerhin doch mächtige und in Deutschland leicht Alles geltende Staat sich einst dafür rächen werde und auch an Oesterreichs Demüthigung Gefallen finden dürfte, darüber sah Schwarzenberg in allzustolzer Siegermiene hinweg. Wie man sich aber in Oesterreich später wundern konnte, daß das gemißhandelte Preußen keine Zärtlichkeit für den bedrängten Kaiserstaat empfand, ist ebenso unbegreiflich, wie der Glaube, das selbstbewußte preußische Volk

werde nicht seine traurige Regierung aus einem schimpflichen Vasallenthum unter Oesterreich heraustreiben.

Die Execution in Kurhessen nahm indessen ihren Fortgang und zwar in der Richtung, wie sie der Engere Rath in Frankfurt angeordnet. Die Mitwirkung des preußischen Commissärs Peucker war ohne alle Bedeutung; man schob ihn vornehm bei Seite und ignorirte seine Anwesenheit. Das Land wurde mit Executionstruppen überfüllt; Richter, Beamte, und überhaupt mißliebige Personen wurden durch Zwangseinquartirung bestraft; die verfassungsmäßigen Garantien wurden aufgehoben; die gesetzliche Justiz ward durch formlose Kriegsgerichte ersetzt und im Ganzen ein Zustand begründet, wie er auch in den traurigsten Partien deutscher Geschichte kein Seitenstück findet. Was das kurhessische Fürstenhaus werth war, wußte man schon durch den Verkauf von Tausenden seiner Unterthanen an die Engländer nach Amerika; man hatte es 1813 wieder erfahren, als der verjagte Kurfürst zurückkam und die Landesschulden nicht anerkannte; man sah es jetzt wieder durch die unerhörte Brutalität, mit der das Land corrumpirt und Recht, Gesetz und Ehre in's Angesicht geschlagen wurde. Und Oesterreich half dabei mit — das mußte sich, wie das Scharfrichteramt in Holstein, dereinst rächen, und was war aller Triumph des Fürsten Schwarzenberg auch in der That gegen die Flüche des Auslandes auf

Oesterreich, gegen den Haß der deutschen Nation? Wie diese darüber dachte, bewies sie durch Errichtung zahlreicher Unterstützungsvereine für die verfolgten hessischen Beamten und Offiziere. Das kurhessische Land selbst ward indessen durch die, drei Vierteljahre dauernde, Occupation ausgesogen und eine Menge der achtbarsten Personen sahen sich genöthigt, ihre Heimat zu verlassen.

Auch in Holstein ward die Bundesexecution vorgenommen, eine neue provisorische Regierung eingesetzt, das Land entwaffnet, das Heer aufgelöst. Die entlassenen Offiziere ersetzte man später durch dänische. Eine österreichisch-preußische Besatzung occupirte Rendsburg, welches später geschleift wurde; das Kronenwerk ging an die Dänen über. In Schleswig breitete sich während dem eine harte Beamten- und Militär-Dictatur der Dänen aus, unter welcher die geopferte deutsche Bevölkerung litt. Alle Bemühungen der beiden deutschen Mächte, eine definitive Ordnung der Verhältnisse in den Herzogthümern herzustellen, führten zu keinem Resultate. Das waren also die Triumphe der auswärtigen Politik Schwarzenberg's, zwei brennende Wunden Deutschlands erhalten zu haben, zwei Schmachflecken der deutschen Nation! Oesterreich selbst sollte später bereuen, diese Politik befolgt zu haben.

Am 23. Dezember 1850 begannen, der Olmützer Verabredung gemäß, die Dresdner Conferenzen, ohne

daß man binnen drei Monaten zu einem positiven Ergebniß gelangte.[5] Von Seiten Oesterreichs und der ihm verbündeten Staaten wurde versucht, eine andere Executive in der Bundesverfassung herzustellen, deren Theilnahme beschränkter, deren Befugnisse aber ausgedehnter gewesen wären, als die des alten Bundes. Namentlich sollten der Autonomie der Einzelstaaten und ihren Verfassungen engere Grenzen gezogen werden — was vielfach nach dem Moder der Karlsbader Beschlüsse roch. Aber weder diese Versuche, die Bundesorgane und ihre Competenz im Sinne Oesterreichs und seiner Verbündeten zu reformiren, noch der Plan Schwarzenberg's, den Eintritt der gesammten österreichischen Monarchie in den Bund zu erreichen, ward zur Entscheidung geführt. Alle diese Propositionen und Verhandlungen, gleichwie die von Bruck angebahnten handelspolitischen Reformen, blieben nur Material für künftige Berathungen, da sich namentlich alle kleineren Staaten, die nun wieder unter die preußische Opposition gingen, den beabsichtigten Umgestaltungen widersetzten. So sah man denn allerseits keinen andern Ausweg, als die Rückkehr zum alten Bunde und zur alten Bundesversammlung, die nun im Mai 1851 auch von den Unionsstaaten, namentlich von Preußen wieder beschickt wurde.

[5] Siehe Dresdner Conferenzen. S. 23. ff.

Der Bundestag begann also wieder, gegen förmliches Recht und den Gesammtwillen des deutschen Volkes, seine frühere Wirksamkeit. Der Gesammteintritt der österreichischen Monarchie in den Bund wurde zwar wieder verhandelt, jedoch abermals nicht ins Werk gesetzt, wenngleich man die Einsprachen auswärtiger Mächte, Englands und Frankreichs, als unbegründet zurückwies. Dagegen traten auch wieder die östlichen Provinzen Preußens aus dem Bunde zurück. Daß die in Olmütz zwischen Oesterreich und Preußen getroffenen Verabredungen keine Einigkeit zwischen beiden hergestellt hatten, zeigte sich deutlich genug schon in der Bundesversammlung; denn in allen Fragen, namentlich der Veröffentlichung der Protokolle, den Verhandlungen über das Schicksal der deutschen Flotte, trat der alte Zwiespalt grell hervor. An gutem Willen, die vormärzliche Politik straffer zu handhaben, fehlte es zwar keinem von beiden; allein das nothwendige Einverständniß über die einzelnen Maßregeln erzielte man nicht. So lebte denn der Bundestag und war doch todt.

Eilfter Abschnitt.

Oesterreichs Neugestaltung.

Die Lage im Jahre 1853. — Stellung der Armee. — Centralisation. — Der Clerus und seine Rolle. — Die Germanisirung. — Centralisation der materiellen Interessen. — Absolutistische Anschauungen. — Aufhebung constitutioneller Rechte. — Aufhebung der Verfassung. — Der neue Absolutismus. — Die finanzielle Noth. — Bruck als Finanzminister. — Zolleinigung mit Deutschland. — Corruption der Zustände. — Die Revolutionäre. — Attentat auf den Kaiser.

In welcher Art und Weise die Ordnung in der Kaisermonarchie wieder hergestellt wurde, darüber sind wir durch die Schilderung der Zustände in einem früheren Kapitel wohl genügend unterrichtet. Die Armee hatte das Verdienst gehabt, diese Ordnung mit Gewalt im ganzen Reiche hergestellt zu haben und so lag es in der Natur der Sache, daß sie auch bei der Neugestaltung des Reichs das größte Wort sprach, daß nach ihrem Sinne selbst die bürgerlichen Verhältnisse organisirt werden sollten. Es sind dies die

gewöhnlichen Folgen jeder Revolution, daß aus ihr eine Militärdictatur hervorgeht, welche bei langer Dauer die Corruption aller bürgerlichen und Rechtsverhältnisse nach sich zieht, das Mark des Reiches auszehrt, seine Kräfte schwächt, den Patriotismus überall lähmt und für sich monopolisirt, genug, den Staat lediglich in der Armee sieht. Hoffart und militärisches Selbstbewußtsein erhöhen den Druck solcher Soldatenherrschaft für den Bürger und tritt zuletzt ein Unglück an das Vaterland heran, so kommt es oft, daß das Volk um die Niederlagen seiner Armee im Felde zum Himmel fleht, um dadurch dem schlimmeren Unglück des inneren Militärterrorismus zu entgehen. So war es in Rom, so im neueren Frankreich, so wurde es in Oesterreich und die Stütze, welche die Armee in der Vorliebe des Kaisers für den Soldatenstand besaß, half endlich dazu beitragen, dem Militärregiment überall Geltung zu verschaffen. Die Armee war durch die Besiegung der Revolution in die unheilvollste Stellung gekommen, die sie in einem Staate einnehmen kann: sie wurde als der natürliche Feind des Volks betrachtet und war weit entfernt, sich dieser momentan privilegirten Stellung entziehen zu wollen. Für sie war der Kaiser allein, sie besaß das einzige Vorrecht, für sein und des Staates Beste zu wachen und diese Wachsamkeit bis zu einer Bureaukratie auszudehnen; sie war die Hauptsache des Landes und ihr

fiel das Meiste der Einnahmen zu, welche das Volk dafür lieferte, um die Werkzeuge seines Druckes zu mehren und zu erhalten. Wie sehr war das Verhältniß früherer Zeiten zwischen Armee und Volk gewandelt! Die Soldaten, aus dem Volke genommen, lernten es mißachten und das Volk betrachtete seine Söhne als Feinde. Nur der bunte Rock galt im Staate, aber man schloß vor ihm die Thüren der bürgerlichen Wohnungen. Wohin diese gegenseitige Erbitterung einmal führen mußte, das war Allen klar, nur nicht der Regierung.

Diese glaubte nach alledem, was sich ereignet hatte, daß ein Vertrag mit dem Volke lediglich die Macht des Staats beeinträchtige und der alte Absolutismus überhaupt, in Oesterreich aber namentlich, die beste Regierungsform sei. Sie hatte das Alter, die Gewohnheit, und wenn man etwas blind war, wie man gern ist, auch die Erfahrung für sich; sie war die bequemste und fand nirgends als in sich und in ihrem car tel est notre plaisir die Controlle und die Verantwortung. Das Regieren, welches Verfassungen so schwierig und zu einer Kunst machten, war so ein leichtes Geschäft: man fand für gut, decretirte und Alles gehorchte, bezahlte und ging den vorgeschriebenen Weg. Kein Wunder, daß man mit solchen Anschauungen zuletzt eine wirkliche Aufbesserung des Reiches, die man anfangs mit so viel Ernst und Eifer unter-

nommen, für überflüssig hielt und in den alten Glauben verfiel, es arrangire sich schon alles allein und die Sache gehe ihren Weg auch ohne Direction von Oben. Daß sich die Politik der Regierung daher mehr und mehr der Restauration früherer Zustände zuneigte, als den liberalen Gedanken, die noch in der Verfassung vom März 1849 ihren Ausdruck gefunden, war bald zu erkennen.

Nur insofern benützte man noch die Verfassung und die Früchte der Revolution, um dadurch die Einheit des Reiches — den alten lothringischen Ehrgeiz — auszuführen, die straffeste Centralisation zu ermöglichen. Die Mittel, welche man dazu haben mußte, fanden sich vor Allem in der Armee, der Hauptstütze des neuen Regiments. Die Armee sollte den vornehmsten Kitt für alle Theile des Reiches bilden, sie gab die Klammern her, mit denen man nöthigenfalls alle Theile gewaltsam zu einem Ganzen zusammendrückte.

Ein zweites Bindemittel war der Clerus. Er war in der letzten Zeit überall, unter Metternich selbst in Oesterreich nach seinem Sinne, stiefmütterlich behandelt worden und überall durch die Civilisation und die Einsicht der Regierungen mehr oder minder aus dem Staatsleben in die ihm gebührende Stellung gedrängt worden. Die Revolutionen von 1848 hatten ihm vollends Niederlagen bereitet.

Aber mit dem Eintritt der Reaction begann auch

die schlaue Clerisei wieder zu operiren, sich an die einflußreichsten Stellen zu bringen. Sie bot der Reaction ihre Mithilfe an und den Dank dafür ließ sie sich im Voraus bezahlen. Namentlich Oesterreich erwies sich als ein sehr günstiges Feld und die Chancen standen sehr günstig, hier wieder den „katholischen Staat" einzurichten, in dem zuletzt nur im Sinne der Kirche und nicht des Staatswohls regiert werde. Durch den Thronwechsel, bei dem die Geistlichkeit nicht geringen Antheil hatte, war dem Clerus in den höchsten Kreisen die Thür geöffnet worden und bald machte er mit der andern herrschenden Partei, der militärischen, einen Pact für die Theilung des Einflußes im Reich. Für das System der Centralisation, für welches man schwärmte, erfand er schnell bereit die Art und Weise seiner Mithilfe und deducirte sehr eifrig dafür, daß die Religion, die Kirche, das einzige Mittel sei, um die verschiedenartigen Theile des Ganzen zu verbinden, ohne einem derselben sonderlich wehe zu thun. Das halb protestantische Ungarn sei überdies als erobertes Land keiner Rücksichten werth, und die Kirche werde hier im Sinne der Regierungsprinzipien am meisten leisten.

Nur zu sehr gelang es dem Clerus, die Situation zu verwerthen und bald war Oesterreich wieder die eroberte Citadelle der katholischen Kirche. Was von der Verfassung nicht im Sinne der Centralisation und zur

Herstellung eines Einheitsstaats benützt wurde, das kam der Kirche zu Gute; für das Volk aber blieb gar nichts übrig. Die Grundrechte der Verfassung wurden allein dem Clerus monopolisirt und das Gesetz, welches schon 1850 die Kirche vom placetum regium befreite, ließ ahnen, daß diese Conzession nur den Anfang einer Reihe anderer bilden werde, unter deren Wucht zuletzt alles freie und selbstständige Leben des Staats verloren gehen müsse.

Noch ein drittes Instrument der Centralisation fand man in der deutschen Sprache. Im ganzen weiten Reiche sollte fortan nur Ein Wille, Ein Gesetz, Ein Recht herrschen; nichts naheliegender, als daß man auch nur in Einer Sprache regieren wollte, um so die verschiedenen Muttersprachen nach und nach abzuschaffen, sich im Dunkel einiger Winkel verlieren zu lassen. Da die Dynastie deutschen Stammes und Wien die Hauptstadt des Reiches war, erhob man die deutsche Sprache zu der Ehre, für die Centralisation zu arbeiten; sie war überdies am weitesten und meisten verbreitet, und statt ihrer auch schwerlich eine andere geeignetere zur Universalsprache des Reiches zu machen. Mit der Sprache hoffte man, daß der deutsche Sinn, der sich auch durch politische Langmuth und Bescheidenheit auszeichnet, allgemein in Oesterreich verbreitet werde. Schon Joseph II. hatte dies mit seiner philosophischen Sophistik ausführen wollen und namentlich

den Ungarn viel Vorlesungen darüber gehalten,[6] ohne doch durchdringen oder überzeugen zu können. Man glaubte die Zeit jetzt günstiger, aber vergaß, daß gerade das theuer wird, was man verlieren soll und daß ein Volk noch im Tode nicht von seiner Sprache, seinem Mutterlaut läßt.

Anfangs suchte man auch noch, und zwar weise genug, die materiellen Interessen als Haupthebel der politischen Centralisation zu benutzen und namentlich Bruck war der Mann, der sich der gewaltigen Idee nicht allein sehr klar bewußt war, sondern der sie auch zu realisiren wußte. Wir haben schon das Nähere angeführt, wie eifrig Bruck in dieser Hinsicht den Bau Neu-Oesterreichs unternahm, in welcher oft genialen, oft rücksichtslosen Weise er alle Handelsinteressen der Kaisermonarchie der Centralisationspolitik zu Diensten machte. Aber mit dem Austritt dieses Mannes aus dem Ministerium verschwand auch das Verständniß für die Sache und man legte zuletzt, da man schon Armee, Clerus und Sprache als Werkzeuge der Centralisation besaß, wenig Gewicht auf die höhere Politik der Vereinigung des materiellen Oesterreichs, hoffte, daß es auch ohne dieselbe gut gehen werde und war im Grunde froh, einen so reformlustigen und freisinnig denkenden Mann, den der Ehrgeiz beseelte, ein

[6] S. Ernst Hellmuth, Kaiser Joseph. S. 188.

österreichischer Freiherr von Stein zu werden, losgeworden zu sein. Auch Herr von Schmerling zeigte sich zu liberal und konnte sich nicht entschließen, die Gedanken der octroyirten Verfassung vom 4. März 1849 fahren zu lassen oder zu prostituiren. Auch er trat aus dem Cabinet und so war dies seiner freisinnigeren Elemente entledigt. Minister Bach war zwar im Jahre 1848 mehr als liberal; aber der Posten, den er bekleidete, die neue Anschauung der Dinge, hatten ihn schnell gewandelt und zum vornehmsten Verfolger aller Freisinnigkeit gemacht, zum eigentlichen Träger des durch den ausgebildetsten Bureaukratismus, durch Armee und Priesterherrschaft auszuführenden Centralisationssystems.

Die Rücksichten, welche man anfangs noch auf die Ideen der Revolution genommen hatte, die liberalen Anschauungen verloren sich mit der Zeit und der Appetit zur Herstellung des alten, etwas anders auflackirten Absolutismus stellte sich um so mehr ein, je mehr man von der verbotenen Frucht kostete. Man sah, da man nicht genial genug war, auf andere Weise zu regieren, ernstlich keine andere Rettung, als durch den Absolutismus, zu dem weder Genie, noch Ehrlichkeit nöthig ist; überdies lag die Versuchung dazu sehr nahe: die Völker waren ermattet von dem langen schweren Fieber von 1848 und lagen geknebelt, still und apathisch da. Wer wußte es, ob sie sich je wieder,

nach der herben Lection, die sie empfangen, regen würden!

So warf man denn die Maske, nachdem man sie noch zwei Jahre lang getragen, endlich ab und erklärte die feierlich gegebenen Verfassungsgesetze und Verheißungen durch einfache Decrete für beseitigt. Die Welt wurde allmälig darauf vorbereitet. Am 22. August wurden die unter dem Namen der Nationalgarde gebildeten bewaffneten Körper, die übrigens in Wirklichkeit längst nicht mehr bestanden, innerhalb des ganzen Umfangs der Monarchie außer Wirksamkeit gesetzt. Es war noch eine Conzession, daß man die seit Jahrhunderten in einzelnen Städten bewilligten Bürger- und Schützencorps fortbestehen ließ, wenn man auch ihre Statuten einer Revision unterwarf. Zur selben Zeit bestimmten kaiserliche Verordnungen, daß die Minister fortan nur dem Kaiser verantwortlich sein sollten, daß der im Jahre zuvor geschaffene Reichsrath einen speziellen Rath der Krone bilden solle und daß die Minister ihren Bericht über die Verfassung vom 4. März 1849 abzugeben hätten.

So wurden mehrere der wichtigsten constitutionellen Rechte ohne große Bedenken wegdecretirt und wie der Bericht der Minister lauten würde, das wußte man bei Hofe so genau wie im Volke. Die Zurücknahme des Preßgesetzes von 1849 belehrte vollends darüber, wessen man sich von Herrn Bach und seinen Collegen

zu versehen habe. Der Inhalt des befohlenen Berichts täuschte daher auch nirgends die Erwartungen von demselben. Er besagte ganz einfach: da nach dem Ergebniß der gepflogenen Berathungen die Verfassungsurkunde vom 4. März weder in ihrer Grundlage den Verhältnissen des österreichischen Kaiserstaats angemessen, noch in dem Zusammenhange ihrer Bestimmungen ausführbar sich darstellte, so sei es am besten, sie außer Kraft zu setzen.

In den höchsten Kreisen setzte man diesem Vorschlage des Ministeriums keinen Widerstand entgegen vielmehr hob eine kaiserliche Proclamation vom 31. December 1851 die Verfassung und Alles, was daranhing, auf. Die Verblümung dieser Decrete, motivirt durch das allein gültige car tel est notre plaisir, hatte ebenso wenig zu sagen, als die neuen Versprechungen, worunter die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz gehörte, die bleibende Abstellung des bäuerlichen Unterthänigkeits- oder Hörigkeitsverbandes und der damit verbundenen Leistungen gegen billige Entschädigung der Berechtigten. Wie der curiose Statistiker der neuen absolutistischen Aera, Freiherr von Czörnig in seinem Alllob sagt, [7]) schlug man so, um zu den Einrichtungen, wie sie die Bedürfnisse der Völker, die Bedingungen der Wohlfahrt aller Schichten

[7] Oesterreichs Neugestaltung. S. 88.

derselben und die Sicherheit, Einheit und Macht des Staates erfordern, zu gelangen, die Wege der „Erfahrung“ und der sorgfältigen Prüfung „aller Verhältnisse“ ein, wonach in den wichtigsten und dringendsten Richtungen der organischen Gesetzgebung eine Reihe von Grundsätzen festgestellt wurde, welche durch nachfolgende besondere Gesetze zur Ausführung gelangen sollten.

Gleichzeitig wurden die, für die deutschen und slavischen Kronländer unterm 4. März 1849 verkündeten Grundrechte außer Kraft gesetzt: doch wurde ausdrücklich erklärt, daß jede in den genannten Kronländern gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgenossenschaft in dem Rechte der gemeinsamen Religionsübung, der selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten und dem Besitze ihrer Anstalten erhalten und geschützt werde. Wie diese Erklärung später gedeutet wurde, werden wir noch erfahren.

Auch die Stadion'sche Gemeindeverfassung und die seither bestandene Oeffentlichkeit der Gemeinderathssitzungen wurde nun aufgehoben und folgende neue Grundsätze in dieser Hinsicht eingeführt, deren Mittheilung wichtig genug ist, um die Leiden des Landes in den folgenden Jahren zu begreifen: Als Ortsgemeinden wurden fortan die factisch bestandenen oder bestehenden Gemeinden angesehen. Der vormals herrschaftliche große Grundbesitz konnte unter bestimmten Bedingungen von dem Verbande der Ortsgemeinde

ausgeschieden werden; die Gemeindevorstände unterlagen der Bestätigung, unter Umständen sogar der Ernennung der Regierung. Die Gemeinden erhielten zur Wahl ihrer Vorstände und Ausschüsse besondere Wahlordnungen. Der Wirkungskreis der Gemeinden sollte sich im Allgemeinen auf ihre engeren Angelegenheiten beschränken, nur auf besondere „Anordnungen" der landesfürstlichen Behörde konnten sie zur Mitwirkung für öffentliche Angelegenheiten verpflichtet werden. Neue Gemeindeordnungen sollten für jede Gemeinde von behördlicher Seite gemacht werden, wobei festzuhalten, daß den überwiegenden Interessen auch ein überwiegender Einfluß zugestanden, auch dem Grundbesitze nach Maß seiner Ausdehnung und seines Steuerwerthes innerhalb des Gemeindebezirks, dem Gewerbebetriebe im Verhältniß zum Grundbesitz, in den Stadtgemeinden insbesondere dem Hausbesitz, dann auch den Corporationen für geistige und materielle Zwecke das entscheidende Uebergewicht gesichert werde. Dies waren die hauptsächlichsten Bestimmungen, welche an Stelle der aufgehobenen liberalen Gemeindeordnung traten, und welcher Geist aus denselben weht, bleibt keinen Augenblick verborgen.

Freiheit der Rede, der Presse, der Aeußerungen wurde wieder mit dem alten Bann belegt, aber die Beobachtung desselben hatte nichts von jener altösterreichischen Gemüthlichkeit, die das Regime des Vormärz

erträglich machte, sondern eine verfolgungssüchtige, gehetzte Büreaukratie übte diese geistige Pacification Bachs mit empörender Härte. Bemerkenswerth ist noch, daß das 1852 gegebene Vereinsgesetz ebenfalls aufgehoben wurde und die vormärzlichen Bestimmungen dafür wieder eintraten. Auch die Schwurgerichte wurden aufgehoben und, um Nichts bei der Auflackirung des alten Staats fehlen zu lassen, setzte man an die Stelle der harmlosen Provinzialstände berathende Ausschüsse aus dem Erbadel und den Grundbesitzern.

Der Kaiser selbst widmete sich mit großer Thätigkeit persönlich den Regierungsgeschäften, aber die Camarilla, die ihn umgab, sorgte dafür, daß ihm über Alles nur einseitige Auffassungen im Sinne Bach's, des poussirten Günstlings, beigebracht wurden. Der Wille und die Absicht, gut zu regieren, fehlte dem jungen Monarchen sicherlich nicht; aber Erziehung und Neigung hinderten ihn, sich mit der Wirklichkeit der Dinge vertraut zu machen und in späterer Zeit schloß ihn die Camarilla sorgfältig gegen alle Einflüsse, die nicht die ihrigen waren, ab. Der Kaiser hatte nach der Pacification die einzelnen Theile seiner Monarchie besucht, mit dem schönen und weisen Gedanken, die Wunden des Landes zu lindern, den Frieden des Volks mit der Regierung zu schließen. Aber die schnelle Durchreise durch Städte und Provinzen, die Paraden und Ehrenpforten, von allen Behörden errichtet, heilten

allein nicht so tiefe Wunden, so herbe, dem geistigen Recht bereitete Noth; auch nicht das Spenden von Almosen, das leutselige Anreden einzelner Bürger bei Festempfang. In Italien, wo noch fortdauernde Verschwörungen und blutige Strafen die innere Gährung anzeigten, wurde der Reise des Kaisers durch Amnestie, Milde und Gnadenacte der Weg gebahnt; aber der Groll der Italiener besänftigte sich nicht und hastig eilte der Monarch, kaum durch die Behörden und Trabanten nothdürftig mit Festlichkeiten bedacht, durch das Paradies seines Reiches, dessen Verlust wie vom Schicksal schon vorherbestimmt zu sein schien. Auch in Ungarn änderte die Reise des Kaisers wenig an dem Groll des Volks. Zwar war man nach dem Heinau'schen Galgenregiment zu milden Ansichten zurückgekehrt, suchte durch Amnestie und einzelne Conzessionen zu versöhnen und die kleinste derselben war es nicht, daß man den Erzherzog Albrecht zum Statthalter Ungarns ernannte; aber das tief gekränkte Land kehrte deßhalb noch lange nicht zu einer gründlichen Beruhigung zurück, und der passive Widerstand, der in Ungarn zu Tage trat, ließ für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Die finanzielle Noth dauerte unterdessen fort und steigerte sich trotz aller Anstrengungen in bedenklicher Weise. Man mußte wiederholt das laufende Deficit mit Anleihen decken, deren Bedingungen nicht eben günstig waren und bewiesen, wie gering der Credit des

neuen Absolutismus auch im Auslande war. Um so dringender schien es, die begonnene materielle Umgestaltung nicht aufzugeben und mit der größten Rührigkeit die Angelegenheit der Zolleinigung mit Deutschland zu verfolgen.

Aber die Erfolge der Schwarzenberg'schen auswärtigen Politik schienen sich an der inneren zu rächen.

Preußen, grollend über seine Niederlage in der deutschen Politik und den Schlag von Ollmütz nicht verwindend, wollte Oesterreich den neuen Triumph nicht feiern lassen und hatte alles Eingehen auf die Bruck'schen Anträge abgelehnt. Als Bruck seinen Abschied nahm, war ihm zur Realisirung seiner kühnen Idee nicht mehr gelungen, wie in der Zollkonferenz zu Wiesbaden, am 1. Mai 1851, die Geneigtheit der süddeutschen Regierungen zu erwerben. Dagegen hatte Preußen versucht, seinen Zollverein enger zu schließen, ja es gelang ihm sogar, Hannover zum Eintritt in denselben zu bestimmen, und so faktisch die Spitze eines großen deutschen Handelssystems zu bilden, welches den Ausschluß Oesterreichs als Lebensfrage ansah. In Anbetracht dieses Widerstandes griff das Wiener Kabinet zu den Mitteln, die in der kurhessischen wie in der schleswig-holsteinischen Sache so gute Dienste geleistet: es bot nachdrücklich seinen Einfluß auf und setzte es durch, daß am 2. Januar 1852 in Wien eine Zollconferenz sämmtlicher deutschen Staaten zusammentrat,

und zwar, nachdem Preußen die Betheiligung abgelehnt, ohne Preußen. In dieser Conferenz wurde auf der Grundlage der Bruck'schen Entwürfe ein Zoll- und Handelsvertrag, so wie ein Zollvereinigungsvertrag mit Oesterreich berathen und vereinbart; ebenso gelang es dem Wiener Kabinet, um nöthigenfalls den Zollverein zu sprengen, Baiern, Sachsen, Würtemberg nebst Baden, Nassau und den beiden Hessen zu bestimmen, sich, nachdem Oesterreich für alle Fälle ihre Zolleinnahmen garantirt hatte, gegenseitig zu verpflichten, keinen neuen Zollvereinsvertrag abzuschließen, bevor nicht Preußen in Verhandlungen mit Oesterreich über die Wiener Conferenzentwürfe getreten sei. Auch jetzt noch, nachdem es sich fast isolirt sah, blieb Preußen in seiner hartnäckigen Ungefügigkeit, und so schien denn nicht allein der Zollverein, als die einzige, von Preußen mühsam errungene deutsche Zolleinheit ernstlich gefährdet, eine unheilvolle Zerrissenheit Deutschlands drohte auch abermals auf lange hinaus den Frieden zu stören.

So weit wollte man es denn doch nicht kommen lassen, besonders da eine Absonderung der einzelnen Zollstaaten, eine Vernichtung der schon angebahnten Einheit auf diesem Gebiete, ja gar nicht in der Absicht gelegen und am allerwenigsten dem Bruck'schen Ideale eines einheitlichen deutschen, auf einen großen mitteleuropäischen Handelsstaat prosperirenden Zoll-

vereins entsprechen konnte. Aus diesem Grunde trat man entgegenkommender in direkte Verhandlungen mit dem Berliner Kabinet ein, und zwar wurde Bruck nach Berlin gesandt. Es gelang ihm in der That, Preußen nachgiebig zu machen, so daß am 19. Februar 1853 der Zoll- und Handelsvertrag, zum Theil eine Copie des Wiener Entwurfs, abgeschlossen ward. Bald darauf traten sämmtliche Staaten des Zoll- und Steuervereins diesem Vertrage bei, der auf zwölf Jahre lief und schon 1860 einer Prüfung über spätere völlige Zolleinigung unterliegen sollte. Nun war der Grundstein jenes Planes gelegt, den Bruck in der Denkschrift von 1850 in so großartigen Zügen entfaltet hatte.

Ein Mann, wie Bruck, der sich so bewährt hatte, war der einzige, von dem eine gründliche Abhilfe der Noth auf dem Gebiete der Finanzen erwartet werden konnte. Sein erfinderischer Geist verhieß reiche Hilfsquellen und sein Credit beim Publicum kam der Sache, die er regeln sollte, selber zu Gute. So ward er denn im März 1855 zum Finanzminister ernannt.

Vor allen Dingen ist es sehr zu berücksichtigen, daß die Verhältnisse, unter denen Bruck das Portefeuille der Finanzen übernahm, die allerungünstigsten waren. Sie lagen schwer krank darnieder, die Finanzen Oesterreichs, und es war die eigentliche Aufgabe, sie zu heilen, ihnen die Gesundheit zurückzugeben. Von einem Experimentiren mit dem todtkranken Körper war

keine Rettung zu erwarten. Das Nationalanlehen von 500 Millionen hatte die Steuerkraft Oesterreichs auf's höchste angespannt, ansehnliche Strecken der vom Handelsminister Bruck mit so ungeheuerem Kostenaufwande gebauten Bahnen und ein Complex von Staatsgütern fand der Finanzminister für einen verhältnißmäßig geringen Preis von 80 Millionen Gulden an eine fremde Gesellschaft verkauft; der Credit des Staates war tief erschüttert, das Papiergeld überfluthete das Land; Mißtrauen, Calamität und Stockung alles Handels und aller Industrie überall. Es gehörte ein unendliches Selbstvertrauen dazu, das Bewußtsein einer gewaltigen Fähigkeit, unter solchen Umständen das mühselige Amt zu übernehmen und den persönlichen Credit damit zu verpfänden.

Möglich, daß gerade die Trostlosigkeit der Lage, die außerordentliche Schwierigkeit, aus den Klippen hinaus in's offene Meer zu schiffen, Bruck's Ehrgeiz aufreizte. Sein Erfolg als Handelsminister stärkte sein Vertrauen zu sich selbst, und indem er sich wohl nicht verhehlte, daß die Umstände seinen Reformen als Handelsminister gewaltig zu Hilfe gekommen waren, glaubte er sich jetzt erst an seinem richtigen Platze zu finden, um das Nervensystem Oesterreichs, die Finanzen, gesund zu machen. Sein Ehrgeiz war zwiefach erklärlich, denn bei der innigen Verflechtung der Interessen des Handels und der Gewerbe, die er früher

gefördert, mit den Finanzverhältnissen des Staates, war eine Regelung dieser erst die Vollendung der Lösung seiner Aufgabe.

Nichts selbstverständlicher, als daß man die Grundzüge des Systems, welches Bruck für die Handelsinteressen Oesterreichs aufgestellt hatte, und dessen Harmonie mit dem politischen System zweifellos war, nun sofort auch zur Klärung und Förderung der bisher planlos verwalteten Finanzen adoptirte. Diese Einheit der Politik auf allen Gebieten mußte die Macht der Interessen vermehren, der feste Schluß und die enge Gliederung das Erlahmen eines einzelnen Gliedes alsdann verhindern. Die Schwierigkeit bestand also nur darin, den Anschluß des Finanzsystems an das allgemeine neu-österreichische zu bewirken.

Mit dem rührigen Eifer, den Bruck besaß, wenn er die Idee zu seinen Plänen klar im Kopfe trug, wie immer entschlossen, gerade auf das Ziel zu steuern, unbeirrt durch die Interessen Einzelner die Rettung des Ganzen im Auge zu behalten, machte er sich sonach an die Lösung des schwierigsten Theils seiner Aufgabe. Die innige Anschließung an Deutschland, von wo man gewissermaßen den Sauerstoff zur Reinigung des Blutes herleiten mußte, das strenge Festhalten an dem, das deutsche Element begünstigenden Centralisationsprinzip — das waren die beiden Tendenzen, in welche Bruck alle Interessen der Finanzpolitik vereinigen wollte.

Ohne das Vehikel fester Valuten war das Ziel unter allen Umständen nicht zu erreichen. Die erste Sorge des Finanzministers mußte sein, dem schwankenden Curs der Staatspapiere zu steuern, indem man die Solvenz des Staates wieder herstellte. Die Solvenz des Staates war aber identisch mit der Baarzahlung der Nationalbank, welche im Grunde nie mehr als ein issu department des Aerars bildete, blos den Bankier des Staates vorstellte. Ihre Noten waren das Papiergeld im Verkehr, ihr Credit hing mit dem Oesterreichs zusammen: konnte er der Art gehoben werden, daß die Banknoten den bestimmten Werth, den sie haben sollten, bekamen, so war der Staat im Augenblick mit aus seiner Calamität, die Verbindung mit Deutschland gestaltete sich ergiebiger, brachte vielleicht, mindestens in einiger Zeit, fremdes Silber ins Land, und dadurch allein konnte dem größten Gebrechen Oesterreichs abgeholfen werden.

Bruck versuchte die Schuld des Staates an die Bank zu decken — für die Noten, die sie dem Staate zu Gunsten emittirt, Werth zu hinterlegen. Ein Theil dieser Schuld sollte auch fernerhin nach dem bestehenden Modus getilgt, ein anderer durch die Nationalsubscriptionen gedeckt, und ein dritter durch die Ueberlassung von Staatsgütern im Werthe von 155 Millionen an die Bank fundirt werden; eine neue Emission

von Bankactien im Betrage von 20 Millionen Gulden sollte den Silbervorrath der Bank direkt vermehren.

Damit war im Grunde das Mögliche geleistet. Die Bank hatte Werth für ihr Papier. Und dennoch zeigte sich bald, daß die Solvenz des Instituts nicht möglich war, die Baarzahlung ohne Nachhalt sein mußte, so lange der Staat aus eigener Kraft heraus nicht die Deckung seiner Bedürfnisse erzielen konnte. Die Bank, das zeigte sich jetzt evident, konnte durch die Bürgschaft des Staates nicht allein zu Credit kommen, da sie jeden Augenblick wieder zur Aushilfe der Staatsbedürfnisse herangezogen werden konnte. Ihre Selbstständigkeit war nicht bewiesen; außer den großen Wiener Bankiers hatte sie kaum Jemanden ihre Hilfe gewährt, um auf ihren Namen „Nationalbank" Anspruch erheben zu können.

Bruck suchte nun auch diesem Mangel abzuhelfen. Er gründete die Hypothekenbank, als einen Abzweig der Bank, in der Absicht, dadurch die landwirthschaftliche Production zu steigern. Die Absicht gelang nur zum Theil, da die Bank vornehmlich ihre eigenen Gutskäufer bedachte, bei der Bedürftigkeit des Grundbesitzes Oesterreichs auch mit dem ungenügenden Fond wenig zu leisten vermochte. Ebenso verbreitete Bruck eine Kette von Filialen über die Monarchie, und endlich errichtete er (6. November 1855) die Credit-

anstalt für Handel und Gewerbe nach einem von Hübner entworfenen Plane. Auch dies Institut entsprach in Folge seiner Verbindung mit der nicht emanzipirten Nationalbank lange nicht den gehegten Erwartungen. Wo es aufhalf und Einzelnen scheinbar unter die Arme griff, geschah es unter Bedingungen, welche einen wirklichen Aufschwung der schwer gedrückten Industrie unmöglich machten. Hier wie dort artete es in eine Bankiersautokratie aus, die ihren sicheren und starken Vortheil aus der Noth der Zeit und des Landes zog. Die Conzessionirung einer Menge von Eisenbahnen, welche Bruck begünstigte, sollte ein anderes Mittel zur Hebung des materiellen Wohlstandes und damit zur Erhöhung der Staatseinnahmen, Gewinnung von Silber, bilden. Abermals täuschte das Resultat seine Hoffnung; denn wenn auch Einzelne durch die Bauten der Eisenbahnen gewannen, so wurde der Geldmarkt andererseits doch wieder mit noch mehr Papier beschwert, und bei der immer noch schwankenden Valuta wanderte österreichisches Silber mit der Vermehrung der Papiere auch in vermehrter Weise über die Grenzen der Monarchie.

Alle diese Täuschungen sollten sich freilich erst bei der ersten wirklichen Katastrophe zeigen. —

Anfänglich freilich trat eine sichtliche Besserung der Finanzen ein, namentlich seit ernstliche Schritte

zur Reduction des Heeres erfolgten. Gleichwohl lastete aber diese Calamität des Staatsschatzes und der Creditverhältnisse drückend auf allen Verhältnissen und eine wirkliche Besserung der Zustände trat nicht ein. Im Gegentheil, das österreichische Volk versenkte sich nach dem unglücklichen Flug seines Geistes apathisch in materielle Genußsucht; die Entwerthung des Geldes regte vielfach zu Schwindel und Speculation an den Börsen an und brachte auch hier jene Demoralisation der sozialen Zustände hervor, an denen fast alle Völker Europas während der kurzen Restaurations- und Pacificationszeit krankten. Die Politik der Cabinete selbst, systemlos und überall ohne staatsmännische Bedeutung, entsprach dieser Corruption der Zustände und haschte nach momentanen Erfolgen oft mit sehr unwürdigen Mitteln. Eide und Versprechen waren von den Fürsten vielfach gebrochen worden; die Gerichte hatten sich ihrer Unabhängigkeit oftmals begeben müssen — ein Nihilismus wurde allgemein, aus dem nur die Arroganz der Geldaristokratie und der Parvenüs hervorbrach.

In Oesterreich kam zu alledem noch hinzu, daß außer dem Mißvergnügen, welches die Tendenz des Einheitsstaates und die Herstellung einer büreaukratisch-militärischen Verwaltung vielfach weckte, in Ungarn und Italien die Stimmungen revolutionairer Gährung noch keineswegs überwältigt waren. In der Lombardei herrschte trotz der Kaiserreise noch immer das

Militairregiment; die Kriegsgerichte hatten vollauf zu thun und ihre Urtheilsvollstreckungen nährten den furchtbaren Haß, welchen die Italiener gegen Oesterreich fühlten. Er äußerte sich in der Acht, in welche die feine Gesellschaft die Offiziere that, in dem passiven Widerstand gegen Alles, in einzelnen Attentaten leidenschaftlicher Naturen, die ihre persönliche Rache kühlten und die unangreifbare Armee jener Revolutionaire mehrten, welche ihre Chefs in Mazzini und den Flüchtlingen zu London hatten. Schon am 6. Februar 1853 brach in Mailand ein von Mazzinisten geleiteter Aufstand aus, der die Ermordung vieler Offiziere und Soldaten zur Folge hatte. Er wurde zwar schnell erstickt, aber er ließ nur zu deutlich ahnen, welches Nessushemd der Besitz Italiens fortan sein werde. Der Haß der Fanatiker dung Mörder und am 18. Februar fand sogar auf den Kaiser, als er auf der Bastei spazieren ging, ein Attentat eines gewissen Libeny statt, welches jedoch glücklicherweise nur eine Verwundung des Monarchen am Halse zur Folge hatte und das Gute herbeiführte, daß das Mitgefühl nun die persönliche Sympathie des Volks für den Kaiser aufrief, deren Erkaltung freilich nur zu schnell wieder erfolgte.

Die Rache der Regierung, welche sich in der Confiscation der Güter der flüchtigen Lombarden äußerte und in einer Grenzsperre gegen die Schweiz,

welche die Flüchtlinge beschützte, war eben auch nicht geeignet, die Unbehaglichkeit der Zustände zu mindern. So war die Gegenwart düster genug, um keiner Hoffnung für die Zukunft Raum geben zu können.

Zwölfter Abschnitt.

Auswärtige Politik und der orientalische Krieg.

Schwarzenberg's Tod. — Graf Buol-Schauenstein. — Verwicklung mit der Schweiz. — Verhältniß mit Preußen, England, Frankreich und Rußland. — Anfänge des orientalischen Krieges. — Neutralität Oesterreichs. — Aprilvertrag mit Preußen. — Schwankende Politik. — Vertrag v. 2. Dezember. — Doppelspiel. — Die Wiener Conferenzen. — Oesterreich und Rußland. — Neue Schwenkung Buol's. — Piemont. — Das österreichische Ultimatum und seine Folgen. — Die Pariser Conferenzen und der Frieden.

Am 5. April 1852 war Fürst Schwarzenberg, der kühne Leiter der auswärtigen Politik Oesterreichs, gestorben und Graf Buol-Schauenstein wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Die Wahl war nicht ohne Glück; Graf Buol hatte als Gesandter in Turin, St. Petersburg und London reiche Erfahrungen gesammelt und überdies als zweiter Bevollmächtigter Oesterreichs bei den Dresdener Conferenzen die Schwarzenberg'sche Politik mit vertreten. Daß er nicht die Schroffheit

und überstürzende Thatenlust des verstorbenen Fürsten besaß, war unter den Umständen eine werthvolle Tugend. Graf Buol hatte überwiegend diplomatische Fertigkeiten und als er das gewaltige Erbe Schwarzenberg's übernahm, trachtete er mehr danach, das Erreichte zu erhalten, denn die kostspielige aggressive Politik, so imposant sie auch war, fortzusetzen. Es zeigte sich aber zu klar, daß der Kaiserstaat der Aufgabe, die ihm die übergreifende Genialität Schwarzenberg's gestellt hat, durch seine innere Zerklüftung nicht gewachsen war. Weder die militairischen, noch die finanziellen Kräfte genügten der beanspruchten Rolle, in Deutschland, in Italien und im Orient gleichmäßig das entscheidende Wort zu führen. Es war schon ein stolzes Ziel, die Erfolge des Fürsten Schwarzenberg festzuhalten und darauf concentrirte sich denn alle Gewandtheit des neuen Ministers, dessen Geschicklichkeit freilich nach einigen glänzenden Erfolgen an der Macht der Dinge zuletzt Schiffbruch litt.

Wo es anging, ließ auch Buol-Schauenstein Oesterreichs Uebergewicht empfinden und dies war namentlich bezüglich Italiens, der Schweiz und des gedemüthigten, grollenden, aber thatenscheuen Preußen der Fall. Schon Schwarzenberg war mit der Schweiz in Conflict gerathen wegen Austreibung der Kapuziner aus dem Canton Tessin, die österreichische Unterthanen waren. Die Revolten in Mailand fanden überdies

von der Schweiz her Unterstützung und in Folge dessen ließ Buol gegen Tessin die strengste Grenzsperre eintreten und alle in der Lombardei ansässigen Tessiner in ihre Heimath weisen. Die Rache war immerhin kleinlich und die Spannung mit der Schweiz eine unnöthige Verwicklung, welche der auswärtigen Politik eben keine Ehre einbrachte. Auch der Hader mit Piemont wegen Sequestration der daselbst naturalisirten Lombarden erwarb Oesterreich reichen Haß in Italien und säete einen Groll weiter, der nur zu bald seine bitteren Früchte trug.

Mit Preußen suchte sich Graf Buol etwas besser zu arrangiren, ja durch den Besuch des Kaisers in Berlin (17.—21. Dezb. 1852) sollte das durch die früheren Vorgänge gestörte freundliche Benehmen beider Höfe wieder hergestellt werden. Aber Graf Buol ließ gleichwohl überall das österreichische Supremat empfinden und Preußen, welches sich vergebens zu einer Achtung gebietenden Stellung emporarbeiten wollte, ertrug seine Unterordnung unter Oesterreich in politischem Gewicht nicht mit Gleichgiltigkeit.

Auch mit England war man wegen Lord Palmerston's an den Tag gelegten Sympathien für Italien und Ungarn nicht in den angenehmsten Verhältnissen, und ebensowenig mit dem neuen französischen Kaiserthum, von welchem Oesterreich, als der momentan tonangebendste Staat mit Mißtrauen und Scheelsucht

betrachtet wurde. Ebensowenig erquicklich waren die Beziehungen zu Rußland. Zwar waren sie äußerlich freundlich, aber in Oesterreich fühlte man sich doch durch die Dankverpflichtung wegen der russischen Hilfe gedrückt genug und in Rußland hatte das stolze Wort Schwarzenberg's: daß er die Welt durch großartige Undankbarkeit in Erstaunen setzen werde — womit er ausdrücken wollte, daß er sich in keiner Abhängigkeit von Rußland dulde — böses Blut genug gemacht.

So stand Oesterreich wohl gefürchtet da, aber ohne eigentliche Freunde. Es ließ sich schon damals voraussehen, daß im Fall der Noth der Kaiserstaat sich isolirt sehen werde, um so mehr, als die Größe, auf welche Schwarzenberg Oesterreich in so kühner Weise wieder erhoben, des soliden Fundaments nur zu sehr entbehrte. Es hing von dem Geschick Buol's ab, ob er eine Zeitlang die Welt über die wirkliche Machtgröße Oesterreichs zu täuschen vermöge und — dies gelang ihm in der That.

Die auftauchende orientalische Verwicklung gab den Prüfstein für die diplomatische Gewandtheit des Grafen Buol ab.

Oesterreich hatte bei dem Streit zwischen der Pforte und Montenegro sich der Montenegriner angenommen, zugleich aber auch Beschwerde erhoben wegen Verkürzung der ihm zustehenden Rechte an der adriatischen Küste und wegen Mißhandlung der christlichen Unterthanen in der Türkei. Eine drohende Sendung

des Grafen Leiningen im Februar 1853 hatte die Ausgleichung dieser Beschwerden zur Folge; allein es reihte sich nun an diese Differenz eine andere, die bald das Interesse der gesammten europäischen Politik in Anspruch nahm.

Oesterreich hatte die Türkei gedemüthigt: das rief die Eifersucht Rußlands wach, dessen Pläne seit Katharina's Zeiten schon auf eine Eroberung der Balkanhalbinsel gerichtet waren und welches nun den Zeitpunkt für günstig hielt, einen letzten, 1829 schon vorbereiteten Schlag auf Konstantinopel zu führen. Rußland legte es auf einen Conflict mit dem Sultan an und benutzte die Frage, die Oesterreich angeregt hatte, um sie in seinem Sinne, nöthigenfalls mit Gewalt, zu lösen. Kaiser Nicolaus hoffte das Ende seiner Regierung mit der Eroberung der Türkei zu krönen.

So sandte denn der Czar den brüsken Fürsten Menciköff nach Konstantinopel mit drohend gestellten Forderungen rücksichtlich der kirchlichen Protection der osmanischen Griechen. Fürst Menciköff zeigte durch sein Erscheinen im Paletot bei der Audienz, daß sein Souverain den Sultan provociren wolle. Der Sultan, weit entfernt sich einschüchtern zu lassen, setzte den russischen Forderungen eine ruhige Abwehr entgegen und wurde in seinem Widerstande namentlich durch Englands Einflüsterungen bestärkt. Der Conflict nahm dadurch immer größere Dimensionen an, denn Ruß-

land war zu weit gegangen, um mit Ehren zurücktreten zu können. Plötzlich erstand denn an der Grenze Oesterreichs eine Kriegsgefahr, welche Graf Buol nun, nachdem er sie heraufbeschwören geholfen, vergeblich abzuwenden trachtete. Oesterreich sah sich im Conflict mit seinen Interessen, welche die Erhaltung der Türkei — falls es dieselbe nicht selbst erwerben konnte — forderten, und mit Rußland, dessen Ehrgeiz es nicht fördern konnte, folglich demselben entgegentreten mußte.

Es bot nun alle Mittel auf, in Verbindung mit Preußen, England und Frankreich eine gütliche Ausgleichung des Conflicts zu bewirken, und namentlich Rußland zur Annahme von vier Punkten zu bewegen, durch welche, wie 1840, diese gefährliche orientalische Frage wieder vertagt werden sollte. Aber Rußland sowohl wie die Pforte, welche letztere Frankreich und England als Hinterhalt hatte, wies die Vermittlung zurück und der Krieg begann. England und Frankreich schlossen ein Bündniß miteinander zum Schutz der Türkei und zur Bekämpfung Rußlands. Ihre Flotten und Armeen erschienen auf türkischem Boden und ein europäischer Krieg hatte seinen Anfang gefunden. Oesterreich, sichtlich in die peinlichste Verlegenheit dadurch gesetzt, beschloß vorläufig sich neutral zu verhalten — eine Politik, die allerdings auf die Dauer nicht zu behaupten war.

Graf Buol erkannte dies nur zu wohl und be-

mühte sich, durch diplomatische Gewandtheit Oesterreich eine Hauptrolle spielen zu lassen, ohne wo möglich am Kriege activ Theil zu nehmen. Mit Rußland wollte man nicht brechen, ja Graf Buol zeigte sich sogar geneigt, auf die vom Grafen Orloff in Wien beantragte bewaffnete Neutralität zu Gunsten Rußlands einzugehen. Eine solche Haltung bedurfte jedoch der Unterstützung Preußens. Aber gerade damals nahm dieser Staat einen kurzen Anlauf zu einer kräftigen Politik und stellte sich Rußland gegenüber feindlich. Dies bestimmte den Grafen Buol, der im Grunde Rußlands Niederlage aus ganzem Herzen wünschte. Der Gewandtheit der österreichischen Unterhändler gelang es, durch Abschluß des Aprilvertrages von 1854 Oesterreich die militairische Unterstützung Preußens im Fall eines Angriffs von Seiten Rußlands zu sichern, und nun nahm es den hohen Ton früherer Zeiten wieder an und stellte sich den Westmächten als diejenige Macht dar, welcher die militairischen Kräfte zu freier Verfügung ständen. Es war dies ein kühner Schritt Buol's, denn es war keineswegs der Fall, daß der österreichische Einfluß in Deutschland so allbestimmend war.

Auch brach Graf Buol die Brücken nicht hinter sich ab. Er unterhandelte mit Preußen wegen eines Neutralitätsbündnisses, ohne es jedoch zu Stande zu bringen. Ebenso coquettirte er mit Rußland, welches

Oesterreich noch ganz auf seine Seite zu ziehen hoffte. Am 28. November 1854 erklärte daher Fürst Gorcakoff dem österreichischen Minister des Auswärtigen, daß Rußland die vier ihm gestellten Garantiepunkte annehmen wolle. Graf Buol schwankte; wer ihm die meisten Garantien bot, am Ende der Geschichte den meisten Vortheil zu erreichen, dem wollte er sich zuneigen. Und dies konnte das ganz isolirte Rußland nicht; die Erfolge der Verbündeten in der Krim ließen dagegen erwarten, daß sie den Sieg davontrügen. So entschloß sich Oesterreich, sicher zu gehen, Rußland durch Undankbarkeit in Erstaunen zu setzen und durch einen Bund mit den Westmächten sich die Entscheidung in der großen europäischen Frage zu wahren. Am 2. Dezember 1854 wurde der Vertrag Oesterreichs mit den Westmächten abgeschlossen und dadurch die Situation nicht unwesentlich verändert. Die contrahirenden Mächte verpflichteten sich durch den Decembervertrag, nach Umständen solche Bedingungen vorzuschlagen, welche sie im Interesse Europa's für nothwendig halten und ohne vorhergehende gemeinsame Berathung keine besondere Uebereinkunft mit Rußland abzuschließen. Ferner machte sich Oesterreich verbindlich, das Gebiet der Donaufürstenthümer gegen jede Rückkehr russischer Streitkräfte zu beschützen und der freien Bewegung der englisch-französischen oder türkischen Truppen gegen die russischen Truppen oder gegen das

russische Gebiet kein Hinderniß in den Weg zu legen. Für den Fall des Ausbruchs eines Angriffskrieges Rußlands gegen Oesterreich sagten sich die drei Mächte gegenseitig ein Schutz- und Trutzbündniß zu. Endlich ward noch ein engeres Anschließen Oesterreichs an die Westmächte vorbereitet, indem die drei Mächte übereinkamen, im Fall der allgemeine Frieden auf den, im ersten Artikel angedeuteten Grundlagen bis Ende 1854 nicht gesichert sei, ohne Verzug über die wirksamen Mittel zur Erreichung ihres Zieles in Berathung zu treten.

Sofort begann nun Graf Buol in diplomatische Unterhandlungen zu treten, um die Machtstellung eines Friedensstifters zu erringen. Er theilte den Westmächten die Erklärung Gorcakoffs vom 28. November mit und England wie Frankreich zeigten sich auch geneigt, sich in Besprechungen mit Rußland einzulassen. Am 28. Dezember übergaben die Vertreter Englands, Frankreichs und Oesterreichs dem russischen Gesandten eine neue und genauere Präcisirung der vier Punkte. Die Bevollmächtigten erklärten darin, daß:

1. Ihre Regierungen, mit gemeinsamer Uebereinstimmung, der Meinung sind, daß es nothwendig sei, das von Rußland bisher über die Moldau, Walachei und Serbien ausgeübte ausschließende Protectorat aufzuheben, und die von den Sultanen diesen zu ihrem Reiche gehörenden Fürstenthümern zuerkannten Privi-

legien unter die gemeinschaftliche Garantie der fünf Mächte zu stellen; und daß sie (ihre Regierungen) daher dafür gehalten haben und dafür halten, daß keine der Feststellungen der alten Verträge Rußlands mit der Pforte, welche sich auf die genannten Provinzen beziehen, bei dem Friedensschlusse wieder in Kraft gesetzt werden kann, und daß die Anordnungen, welche in Bezug auf dieselben zu treffen sind, später in der Art combinirt werden müssen, daß den Rechten der souverainen Macht, denen der drei Fürstenthümer und den allgemeinen Interessen Europa's vollkommene und gänzliche Genugthuung gewährt wird.

2. Um der Freiheit der Donauschifffahrt ihre ganze Entwicklung zu geben, deren sie fähig ist, wäre es wünschenswerth, daß der untere Lauf der Donau, von dem Punkte an, wo er den beiden Uferstaaten gemeinschaftlich wird, der in Kraft des Artikels 3 des Friedens von Adrianopel bestehenden Territorialhoheit entzogen werde.

3. Die Revision des Vertrages vom 13. Juli 1841 soll zum Zwecke haben, die Existenz des ottomanischen Reiches vollständiger mit dem europäischen Gleichgewicht zu verknüpfen und dem Uebergewicht Rußlands im Schwarzen Meere ein Ende zu machen. Was die in dieser Beziehung zu ergreifenden Anordnungen betrifft, so hängen dieselben zu unmittelbar

von den Kriegsereignissen ab, als daß man schon jetzt die Grundlagen derselben feststellen könnte.

4. Indem Rußland auf den Anspruch verzichtet, die christlichen Unterthanen des Sultans von dem orientalischen Ritus mit einem amtlichen Protectorate zu decken, verzichtet es gleichzeitig in naturgemäßer Folge darauf, irgend einen der Artikel seiner früheren Verträge und namentlich des Vertrages von Kutschuk-Kainardschi, dessen irrige Auslegung die Hauptursache des gegenwärtigen Krieges gewesen ist, wieder aufleben zu lassen. Indem sie (die Regierungen) einander ihre gegenseitige Unterstützung gewähren, um von dem freien Willen des ottomanischen Gouvernements die Anerkennung und Beobachtung der religiösen Privilegien der verschiedenen christlichen Gemeinschaften, ohne Unterschied des Cultus, zu erlangen, und indem sie gemeinschaftlich zu Gunsten der genannten Gemeinheiten die von Sr. Majestät dem Sultan gegen dieselben kundgegebenen großmüthigen Absichten nutzbar machen, werden sie die größte Sorge darauf wenden, die Würde Sr. Hoheit und die Unabhängigkeit seiner Krone vor jeder Beeinträchtigung zu bewahren.

Fürst Gorcakoff suchte Ausflüchte; er hoffte jedenfalls Oesterreich, welches sich doch in der Allianz mit den drängenden Westmächten unbehaglich fühlte, noch soweit zu gewinnen, daß es die demüthigendsten Bestimmungen der vier Punkte fallen ließe. Graf Buol

ließ Rußland in dem Glauben und schaukelte sich eine Zeitlang auf der doppelsinnigen Situation, bis er zur Beruhigung der mißtrauischen Westmächte plötzlich sehr kriegerische Seiten aufzog. Er forderte den Anfang der combinirten militairischen Operationen und sandte 300000 Mann vertragsmäßig nach den Donaufürstenthümern. Unterhandlungen mit den Westmächten begannen wegen einer Militärconvention, deren Abschluß jedoch Graf Buol absichtlich hinzog.

So schien Oesterreich vollständig am Kriege gegen Rußland Theil nehmen zu wollen. Aber nur zu bald ersah man, daß seine Operationen der Action der Westmächte einen Hemmschuh anzulegen bezweckten. Der Gedanke, Rußland aus dem Orient zu drängen, aber die Türkei auch nicht in Abhängigkeit von Frankreich und England gerathen zu lassen, sondern hier selbst das Hauptwort zu führen, leitete offenbar Graf Buol bei seinem diplomatischen Doppelspiel. Er ließ die Russen daher aus den Donaufürstenthümern hinaus manövriren und stellte dort, wie in Galizien, ein gewaltiges Heer auf; aber es war mehr zur Beschützung als zur Bedrohung Rußlands aufgestellt, denn als Frankreich und England Anstalt machten, ihre Streitkräfte gegen Bessarabien zu richten, und Oesterreich aufforderten, an dem Angriff Theil zu nehmen, legte Graf Buol dagegen ein entschiedenes Veto ein und die westmächtlichen Verbündeten sahen sich genöthigt,

den ganzen Kampf auf den ungünstigeren Kriegsschauplatz der Krim zu übertragen. Das merkte sich Louis Napoleon namentlich.

Bei alledem drängte aber Oesterreich, um sich das Fundament einer wirklichen Machtstellung zu erringen, Preußen und den deutschen Bund, sich seiner Politik anzuschließen. Als Preußen diesen Zumuthungen, sich ganz von Oesterreich ins Schlepptau nehmen zu lassen, zäh widerstrebte, war es nahe daran, daß ein Bruch der beiden deutschen Mächte erfolgte. Graf Buol motivirte aus diesem Widerstreben Preußens und des deutschen Bundes seine reservirte Haltung und wußte geschickt genug diesen Umstand zu benutzen, Rußland Hoffnungen zu erregen und den Westmächten Hemmnisse zu bereiten. Als nun Kaiser Nicolaus im März 1855 plötzlich gestorben, trat Oesterreich sofort wieder mit seiner Vermittlung auf und brachte die lange angeregten Wiener Conferenzen zu Stande. In ihnen hoffte Graf Buol den Frieden auszutragen und dadurch in Europa das Uebergewicht Oesterreichs zu sichern, namentlich über Preußen und den deutschen Bund, die nichts in der europäischen Angelegenheit gethan hatten.

Am 15. März wurden die Wiener Conferenzen eröffnet. Jede der betheiligten Mächte hatte dazu zwei Gesandten geschickt: Oesterreich Grafen Buol-Schauenstein und Freiherrn von Prokesch-Osten; Rußland Fürst

Gorcakoff und geh. Rath Titoff; England Graf Westmoreland und den Colonialminister Lord Russel; Frankreich Baron Bourqueney und Drouin de l'Huis; die Pforte Arif-Effendi und Riza-Bey.

In vorläufigen Unterredungen zwischen den österreichischen, englischen und französischen Bevollmächtigten war man über den, bei den mündlichen Verhandlungen zu beobachtenden Gang übereingekommen. Die Conferenzen selbst betrafen die Verhandlungen über die vier angeführten Punkte. Selbstverständlich suchte Rußland den einzelnen Punkten eine für sich möglichst günstige Deutung zu geben und es zeigte sich sehr eifrig, immer wieder mit neuen Abänderungsvorschlägen zu kommen, welche mit diplomatischer Geschicklichkeit die eigentliche Niederlage beseitigen sollten. Am Widerstande der englischen, französischen und türkischen Gesandten scheiterten jedoch alle diese Bemühungen und der ungünstige Erfolg Rußlands auf den Conferenzen ließ dessen Interesse dafür sichtlich ermatten. Das Cabinet zu St. Petersburg schien die Fortsetzung des Krieges, der erst vor Sebastopol seine Entscheidung finden sollte, einem Frieden vorzuziehen, der ungünstiger auch nach weiteren Niederlagen nicht ausfallen konnte.

Dies bestimmte den Grafen Buol, eine abermalige politische Schwenkung zu machen. Er wollte um jeden Preis der auch für Oesterreich lästigen und kostspieligen Fortsetzung des Krieges ein Ende machen und das

Verdienst, den Frieden herbeigeführt zu haben, sich nicht so leicht entwinden lassen. So ward er denn plötzlich sehr friedlich gestimmt und für Rußland in auffallender Weise besorgt. Namentlich bei den Verhandlungen über den dritten Punkt — das Uebergewicht Rußlands im Schwarzen Meere betreffend — trat Oesterreich ganz auf Seiten der russischen Vorschläge, welche natürlich von einer Reduction der russischen Flotte, wie sie die Westmächte als Garantie für die Sicherheit der Türkei verlangten, nichts wissen wollten. Es gab viel harte Kämpfe über diesen Punkt und schließlich wurden die russischen Propositionen und die österreichischen Empfehlungen abgelehnt.

Damit waren die Wiener Conferenzen gewissermaßen zu Ende und zwar hatten sie gar kein Resultat ergeben, als daß die Westmächte mißtrauischer denn je gegen Oesterreich wurden. Graf Buol machte noch einen letzten Versuch und legte der Versammlung kurz vor ihrem Auseinandergehen einen neuen Vermittelungsentwurf vor, welcher den ersten Punkt, die Gewährleistung der Integrität der Pforte, bestehen ließ, das Prinzip der Beschränkung der russischen Seemacht jedoch durch das der Ausgleichung der beiden Uferstaaten ersetzte. Doch auch auf diesen Vorschlag erklärten die Vertreter der Westmächte nicht eingehen zu können, und die Scene der Wiener Conferenzen hatte damit ausgespielt. Am 4. Juni erklärte man sie als geschlossen.

Dieses Fehlschlagen der diplomatischen Kunst Graf Buol-Schauenstein's setzte denselben in ziemlich gereizte Stimmung gegen die Westmächte. Er glaubte sie nachgiebiger zu machen, indem er sie kalt behandelte und sich mehr an Rußland anschloß. Oesterreich suchte sich plötzlich der Verpflichtungen des Dezembervertrages zu entziehen und bezeichnete den Umschwung seiner Gesinnung am deutlichsten dadurch, daß es seine Armee in den Donaufürstenthümern, welche durch Krankheiten dezimirt wurde und die Finanznoth des Landes arg steigerte, nach und nach bis gegen Ende des Jahres um 200000 Mann reduzirte. Seine Kriegsbereitschaft wurde damit als beendet angedeutet und seine Unterstützung der westmächtlichen Forderungen als geschehen erklärt.

Unterdessen hatte Graf Buol seinen Streit mit Preußen und dem deutschen Bund als günstige Ableitung seiner doppelsinnigen Politik fortgesetzt. Er verlangte von Preußen Beitritt zum Dezembervertrag, während dieses sich hartnäckig dagegen sträubte. Er beantragte beim Bundestage Mobilmachung der Hälfte der Bundescontingente und Vorbereitung zur Wahl eines Bundesfeldherrn, und als der Antrag keine Aussicht auf Erfolg zu haben schien, suchte er die Privatallianz mit einzelnen deutschen Regierungen an, wie mit Baiern und Sachsen. Aber alle diese Versuche mißglückten. Nach dem Ende der Wiener Conferenzen

ging Graf Buol darauf aus, für seine neue, russenfreundlichere Politik Bundesgenossen in Deutschland zu werben, doch gleichfalls ohne jeden Erfolg. Die Kriegsbereitschaft der Hälfte der deutschen Bundescontingente war Alles, was Oesterreich durchsetzte und dafür klagte es nun Preußen an, daß dieses einer energischeren Politik Hemmnisse bereitete. Mit dieser Entschuldigung hoffte Graf Buol seine Lauheit und Widerhaarigkeit betreffs der Erfüllung des Dezembervertrags in Paris und London zu entschuldigen.

Die Kriegsereignisse gingen unterdeß weiter und mehr und mehr zeigte sich, daß Rußland in dem Kampfe unterliegen werde. Der Fall Sebastopols war nur noch eine Frage der Zeit; die russische Flotte im Schwarzen Meer war vernichtet. Angesichts dieser Thatsachen nahm nun Graf Buol, der sich immer isolirter sah, mit einer wunderbaren Kühnheit eine neue Schwenkung vor. Er neigte sich plötzlich wieder den Westmächten zu und ließ vom Neuen zur Theilnahme am Ende des Krieges gegen Rußland rüsten, um schließlich doch nicht ganz ohne Lohn auszugehen.

Zwei Momente bestimmten den Grafen Buol zu dieser Umkehr seiner Politik. Piemont nahm einen Anlauf zu einer großen, kühnen, gegen Oesterreich gerichteten Politik, deren Ziel die Erwerbung Italiens war. Es suchte sich in Frankreich und England Stützen und hatte aus diesem Grunde am 4. März

1855 mit den Westmächten ein Bündniß abgeschlossen, wonach es gegen Subsidien ein Hilfscontingent von 15000 Mann zum Kriege gegen Rußland stellte. Diese Armee war bereits in der Krim. Auch mit Schweden hatten gleich darauf die Westmächte ein Bündniß abgeschlossen.

Nun legte diese piemontesische Allianz mit Frankreich und England Oesterreich die Besorgniß nahe, daß Frankreich diesen ehrgeizigen Staat benutzen könnte, der schwierigen und kostspieligen Stellung Oesterreichs in Italien neue und größere Gefahren zu bereiten, und die französische Diplomatie, welche vor Allem sich des Grafen Buol versichern wollte, wußte dessen Besorgniß geschickt zu nähren und zu erhöhen. Zu alledem kam noch, daß Graf Buol erfuhr, Rußland mache durch den Minister eines kleinen Mittelstaats in Paris Versuche, Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Frankreich anzuknüpfen, dessen Abschluß natürlich Oesterreich vollständig isoliren mußte und mit einem Schlage um alle diplomatischen Eroberungen der letzten Jahre gebracht hätte.

Diese so unmittelbar drohende Gefahr, zwischen Frankreich und Rußland ganz isolirt stehen zu bleiben, brachte Oesterreich zu dem Entschlusse, sich wieder als Mittelsmacht vorzudrängen und die auf den Wiener Conferenzen zur Berathung gezogenen vier Garantiepunkte wieder aufzunehmen und sie in einer

bestimmteren und entschiedeneren Fassung Rußland gewissermaßen als Ultimatum vorzulegen. Die Depesche vom 16. Dezember, welche die neuen Vorschläge begleitete, erklärte, daß die Unterzeichnung dieser Präliminarien unmittelbar einen Waffenstillstand und definitive Verhandlungen nach sich ziehen würde. „Wenn" schrieb Graf Buol seinem Gesandten, „wie wir hoffen, unsere Vorschläge eine günstige Aufnahme finden, so werden wir uns beeilen, deren Annahme den Höfen von Paris und London dringend zu empfehlen und dabei das Vertrauen, das uns beseelt, auszusprechen, daß sie sich des Rechtes, eventuell bei den Verhandlungen besondere Bedingungen zu stellen, nur im europäischen Interesse und in solchem Maße bedienen werden, daß dadurch der Herstellung des Friedens keine ernstlichen Hindernisse geboten werden. Wir ersuchen den russischen Hof angelegentlichst, mit Ruhe die Vorschläge, die wir ihm vorlegen, zu prüfen. Wir verbreiten uns nicht über die ernstlichen Folgen, welche die Weigerung, auf die Wege, die wir ihm zum zweiten Male anbahnen, einzugehen, eine Weigerung die auf ihn die Last einer unermeßlichen Verantwortlichkeit zurückfallen lassen würde, haben müßte. Wir ziehen es vor, uns zur Abwägung aller Chancen auf seine Weisheit zu verlassen. Wir glauben hier der Ausleger der Wünsche und wahren Bedürfnisse Europa's zu sein. Es bleibt uns übrig, die erhabenen Gesinnungen des

Kaisers Alexander anzurufen, dessen letzte Entschließung über das Geschick so vieler Tausende von Menschenleben entscheiden wird. Seine Kaiserliche Majestät wird — wir hegen die feste Zuversicht — sich zu Dem entschließen, was uns allein den wahren Interessen seiner Völker und den Forderungen der Humanität zu entsprechen scheint."

In den neuen Vorschlägen des Grafen Buol war namentlich der dritte Punkt, in Bezug auf welchen Oesterreich sich auf der Wiener Conferenz noch entschieden auf Rußlands Seite geneigt hatte, jetzt ganz im Sinne der Westmächte gefaßt und stellte die Neutralisation des Schwarzen Meeres, das heißt den Ausschluß der Kriegsflotten aller Nationen, und in erster Reihe der russischen, und das Verbot der Errichtung von Seearsenalen an seinen Ufern, als Bedingung auf.

Rußland zögerte noch einmal; dann, als es sah, daß Oesterreich umgeschlagen, unterzeichnete es mit stillem Groll die Präliminarien. Durch deren Annahme brachte es den Gewinn, den ihm mehr als hundert Jahre diplomatischer und kriegerischer Anstrengungen eingetragen hatten, zum Opfer und es entäußerte sich mit eigener Hand des mächtigsten Mittels, die europäische Türkei unter seinen Einfluß oder unter seine Herrschaft zu bringen. Es mußte es thun, weil es vom Kriege zu sehr erschöpft war, weil Sebastopol gefallen, und es sich nicht der neuen Gefahr aussetzen

wollte, durch den mächtigen Kaiserstaat die Zahl seiner kriegerischen Bekämpfer noch vermehrt zu sehen. So willigte es in Alles ein und versprach den angesetzten Congreß in Paris zu beschicken.

Aber man vergaß in Petersburg nicht, daß der Druck, sich diesen demüthigen Bedingungen zu fügen, zunächst von Oesterreich ausgegangen war, und daß Letzteres alte Freundschaft und geleistete Dienste über der Hast, die von seinem ehemaligen Verbündeten an der Donau geräumten Positionen einzunehmen, ganz und gar aus den Augen setzte. Der Dank, welchen Oesterreich für seinen Schritt von den Westmächten erntete, war auch nicht groß; denn man hatte es zu deutlich erkannt, daß der Anschluß an deren Politik kein freiwilliger und tendenziöser, sondern ein von dem Druck der Verhältnisse aufgezwungener gewesen und geblieben war.

So hatte sich Graf Buol in eine Politik hineingewechselt, die ihm keineswegs angenehm war, und die doch jetzt auszubeuten und festzuhalten der Vortheil gebot. Er hatte Oesterreich mit Rußland tödtlich verfeindet und mußte nun es zu schwächen und so viele Garantien als möglich gegen das Wiederumsichgreifen der russischen Macht zu erlangen suchen. Ebenso sehr lag es in seinem Interesse, den Westmächten, die an seiner Aufrichtigkeit zweifelten, durch verdoppelten Eifer eine

Gewähr für die Loyalität seines Auftretens und seiner Haltung zu geben.

Im Februar 1856 begannen die Pariser Conferenzen, deren erstes positives Resultat der Vertrag vom 16. April 1856 war, wodurch der Frieden zu Ungunsten Rußlands und im Sinne der von Oesterreich gestellten Präliminarien abgeschlossen wurde.

Dreizehnter Abschnitt.

Die Pariser Conferenzen und ihre Resultate.

Die Situation nach dem Frieden. — Die Pariser Conferenzen. — Die Streitpunkte. — Verhandlungen über die Freiheit der Donauschifffahrt. — Die Isolirung Oesterreichs. — Die Verhandlungen über die Donaufürstenthümer. — Verwicklungen mit Frankreich und England. — Italien. Preußen.

Durch den Frieden von Paris errang Frankreich die erste Stelle unter den Großmächten. Es hatte England durch seine militairische Machtentfaltung während des Krieges in Schatten gestellt und der Ruhm gebührte ihm vor Allem, Rußland gedemüthigt zu haben. Es hatte sich zudem Oesterreich dadurch tief verpflichtet, daß es ihm an der Donau eine bedeutende Rolle spielen ließ und Rußland dort verdrängen half. Es hatte ferner Schweden durch den Vertrag vom 21. November 1855 aus dem Kreise des russischen Einflußes herausgezogen und Piemont eine An-

wartschaft auf einen Sitz unter den Großmächten in Aussicht gestellt. Selbst Rußland hatte auch Grund ihm dankbar zu sein, indem Frankreich ihm durch bereitwilliges Eingehen auf dessen Friedensanerbietungen gegen die Neigung Englands größere Demüthigungen ersparte. Und nicht allein nach Außen war Napoleon zu einer Machtstellung gekommen, auch im Innern hatte er dieselbe wesentlich gekräftigt. Das französische Volk fand seinen Ehrgeiz befriedigt und aus diesem Grunde übersah es vorläufig den Verlust aller bürgerlichen Freiheiten.

Nächst Frankreich schien Oesterreich am meisten gewonnen zu haben. Ohne am Kriege activ Theil zu nehmen, hatte es durch Demonstrationen und geschickte Diplomatie die Entfernung Rußlands von der Donau und die Neutralisirung des Schwarzen Meeres erlangt, ein Ziel, nach dessen Erreichung es sich vor länger als einem halben Jahrhundert (unter Joseph II.) wohl gesehnt, das es aber kaum zu erstreben gewagt hatte. Daß es als Gegner Rußlands aufgetreten, hatte sein Ansehen in Deutschland wesentlich gehoben und damit war der letzte Rest des preußischen Einflusses, der unter Manteuffel überhaupt zu Grunde gerichtet wurde, gebrochen.

Aber der Glanz dieser Stellung war nicht echt; die Früchte der gestreuten Saat reiften heran und die wankelmüthige Politik Graf Buol's rächte sich doch

einmal. Auf den Pariser Conferenzen sollten aus Differenzen die Anfänge einer schweren Heimsuchung für Oesterreich erwachsen.

Die Differenzen, welche zwischen den verschiedenen gegen Rußland verbündeten und auf dem Congreß vertretenen Mächten bestanden, wären jedenfalls schon während der Verhandlungen offen an den Tag getreten, wenn man nicht nach echter Diplomatenweise vorgezogen hätte, einige der wichtigsten Fragen unerledigt zu lassen und ihre definitive Ordnung Commissionen zu überweisen, oder ganz außerhalb des Congresses zu verlegen. Es waren dies die Fragen über die von Rußland an der Donau zu machende Gebietsabtretung, über die Regelung der Donauschifffahrt und über die Organisation der Donaufürstenthümer. Gerade an diesen Fragen entzündete sich aber die Zwietracht, welche das von den Westmächten und Oesterreich gegen Rußland geschloßene Bündniß nach kurzem Bestehen wieder löste und zwischen den ehemaligen Verbündeten den Grund zu der tiefen Verstimmung legte.

Die Grenzregulirungsfrage zeigte zuerst den beginnenden Zwiespalt zwischen den Verbündeten und den Anfang der Annäherung Frankreichs an Rußland. Die Karten, nach welchen der Congreß die Hauptpunkte der neuen Grenze bestimmt hatte, waren bei einem dieser Punkte unrichtig gewesen. Der zwanzigste Artikel des Vertrags von Paris setzte fest, daß diese

Grenzlinie am Schwarzen Meere einen Kilometer östlich vom See Burna-Sola beginnend, senkrecht auf die Straße von Akjerman stoßen, dieser Straße bis zum Trajanswalle folgen, südwärts von Bolgrad vorbeilaufen, den Fluß Jalpuk hinauf bis auf die Höhe von Saratsika gehen und bei Katamori am Pruth enden sollte. Als die Grenzcommissäre an Ort und Stelle kamen, fanden sie, daß es zwei Bolgrad's gab, von denen keines auf der Stelle lag, welche die Karte ihnen anwies. Das eine lag ganz nahe am See Jalpuk, das andere nordöstlich von demselben in einer Entfernung von etwa einer Stunde. Welches Bolgrad sollte nun Rußland verbleiben?

Rußland selbst verlangte das am Jalpuksee gelegene Bolgrad und bezog sich auf die Protokolle, nach welchen seine Bevollmächtigten ihre Zustimmung zu der neuen Grenzlinie erst gegeben, nachdem sie sich vergewissert hatten, daß die von Rußland in Bessarabien begründeten bulgarischen Colonien dadurch nicht gefährdet würden; und Bolgrad am See sei gerade der Hauptort dieser bulgarischen Colonien und könne daher selbstverständlich allein gemeint sein, während der andere Ort für gewöhnlich gar nicht Bolgrad, sondern fast immer Tabak genannt werde. Aber Rußland verlangte nicht nur Bolgrad am See, sondern auch einen Theil des Sees selbst, weil die Bewohner des Orts sich nur durch Fischerei im Jalpuk ernährten.

England und Oesterreich wendeten dagegen ein, daß der Congreß bei Festsetzung der neuen Grenze hauptsächlich den Zweck im Auge gehabt habe, Rußland den Zutritt zu der Donau ganz zu verwehren; daß man es zu diesem Zwecke nicht nur von den Ufern dieses Flusses, sondern auch von den ziemlich zahlreichen mit demselben in Verbindung stehenden Seen entfernen müsse; daß, da der See Jalpuk mit einem der Hauptarme der Donau in Verbindung stände, der Zweck des Vertrags in diesem Punkte umgangen sei, wenn man Rußland gestatte, eine Flotille auf diesem See zu halten. Frankreich schlug vermittelnd eine Grenzlinie zwischen dem Jalpuk und Bolgrad am See vor, die, da der Ort fast unmittelbar am Ufer lag, so gut wie imaginär war, und war der Meinung, daß selbst der Besitz eines Theils des Sees die Freiheit der Donau nicht beeinträchtigen könne, da die Oertlichkeit der Errichtung einer Flotillenstation wenig günstig sei.

Zwei andere Streitfragen kamen noch zu dieser Einen. Im Schwarzen Meere liegt eine kleine unbewohnte Insel, die Schlangeninsel, welche die Donaumündung beherrscht. Sie gehörte eigentlich zur Türkei, aber die Pforte hatte sich nicht um dieselbe gekümmert, und Rußland hatte seit Jahren einen Leuchtthurm auf dem Felsen errichtet und betrachtete ihn als sein Eigenthum. Der Pariser Vertrag hatte die Schlangeninsel

ganz und gar vergessen, und erst, als nach dem Frieden die Russen von Odessa aus Materialien zur Wiederherstellung des Leuchtthurmes hinschickten, wurde man auf die vergessene Insel aufmerksam, und es entstand die Frage, wem sie gehören solle. Nach dem Wortlaut des Vertrages mußte sie, da dieser gar nicht darüber verfügte, bei Rußland bleiben, das im factischen Besitze war; nach dem Geiste des Vertrags, der die von Rußland bisher ausgeübte Beherrschung der Donaumündungen beseitigen sollte, mußte die Insel der Türkei zurückgegeben werden.

Nicht geringere Meinungsverschiedenheit herrschte darüber, ob das von Rußland abgetretene Gebiet zum Fürstenthum Moldau gehören, oder unter die unmittelbare Herrschaft der hohen Pforte kommen sollte. Der erste Paragraph des einundzwanzigsten Artikels sprach dieses Gebiet dem Fürstenthum Moldau zu, aber England und Oesterreich machten dagegen geltend, daß dasselbe niemals zu jenem Fürstenthume gehört habe und daß es von Rechtswegen dem früheren Besitzer, der Türkei, zurückgegeben werden müsse, da es ferner für die Türkei eine Frage von hohem politischen Interesse sei, daß sie unmittelbar die Herrschaft über die Donaumündung ausübe. Rußland führte in beiden Punkten den Wortlaut der Verträge für sich an, erklärte aber hinsichtlich der Schlangeninsel und des abgetretenen Gebiets nachgeben zu wollen, wenn man

die Frage über Bolgrad nach seiner Ansicht entscheide. Diesen Vorschlag wies man aber ebensowohl in London wie in Wien zurück, und England weigerte sich, bis zur Entscheidung seine Flotte aus dem Schwarzen Meere zurückzuziehen, während Oesterreich die Donaufürstenthümer besetzt hielt.

Um diese Meinungsverschiedenheit auszugleichen, bot sich kein anderes Mittel dar, als den Congreß vom neuen zusammentreten zu lassen; Rußland, unterstützt von Frankreich, schlug eine Zusammenberufung desselben vor; es sollte jedoch diesmal nicht nach Stimmeneinheit, sondern nach Stimmenmehrheit entschieden werden, worüber man sich auch nach langem Hin- und Herverhandeln und anfänglichem lebhaften Widerspruch Englands und Oesterreichs noch vor Eröffnung der Conferenzen schließlich einigte. Abermals übernahm jetzt Frankreich eine Vermittlerrolle. Es gab die zuerst vorgeschlagene Demarcationslinie auf und schlug eine neue vor, die der alten bis zu dem Punkte folgte, wo sie den Trajanswall verließ und sich südlich wendete. Anstatt dieses zu thun, folgte die neue Grenzlinie dem Wall bis zum Flusse Jalpuk und gab Rußland am obern Jalpuk einen ansehnlichen Landstrich mit vielen bulgarischen Colonien, die es nach der früheren Abgrenzung verloren hätte, als Entschädigung für Bolgrad. Die Frage über die Schlangeninsel und die noch ernstere über das Donaudelta wurde dagegen

zu Gunsten der Pforte entschieden. Rußland gab diesem Vermittelungsvorschlag seine Zustimmung, und da auch England und Oesterreich ihn annehmbar fanden, so hatte die Conferenz, als sie in den ersten Tagen des Januars 1857 wieder zusamentrat, nur einem bereits im Voraus abgemachten Uebereinkommen formell ihre Zustimmung zu geben. Zu gleicher Zeit kam man überein, daß die Arbeiten der neuen Abgrenzung so schnell als möglich betrieben werden sollten. Man wünschte die Räumung des Schwarzen Meeres und der Donaufürstenthümer soviel als möglich zu beschleunigen, und so die schon zu lange aufgeschobene Ausführung einer der wesentlichsten Bestimmungen des Friedensvertrags zu sichern. Man nahm den 30. März 1857, den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrags, als letzten Termin an, an welchem die Grenzlinie festgestellt oder wenigstens abgesteckt, die abgetretenen Gebietsstrecken übergeben, die Fürstenthümer und die Gewässer des türkischen Reichs von den österreichischen Truppen und dem englischen Geschwader geräumt sein müßten.

Die zweite wichtige Frage, worüber bald Differenzen entstanden, war die Regelung der Donaudampfschifffahrt. Schon im Monat August 1854, als Frankreich, England und Oesterreich die vier Punkte, welche die Grundlage ihrer Politik in der orientalischen Frage bilden sollten, untereinander feststellten, war als eine

der Friedensbedingungen der Satz formulirt worden „daß die Schifffahrt auf der Donau bis zu ihren Mündungen von jedem Hemmniß befreit und nach den in den Acten des Wiener Congresses niedergelegten Principien geregelt werden müsse.“ Im December desselben Jahres sprach eine dem Bevollmächtigten Rußlands, dem Fürsten Gorcakoff, von den Vertretern Frankreichs, Englands und Oesterreichs in Wien übergebene Denkschrift aus: „daß, um die Freiheit der Donaudampfschifffahrt die Entwickelung gewinnen zu lassen, deren sie fähig sei, es rathsam sei, die untere Donau von dem Punkte an, wo sie zwischen den beiden Uferstaaten, Rußland und der Türkei, gemeinsam werde, der durch den dritten Artikel des Vertrags von Adrianopel begründeten Territorialgerichtsbarkeit zu entziehen. Jedenfalls, fügten die drei Mächte hinzu, könne die freie Schifffahrt auf der Donau nicht für gesichert gelten, so lange sie nicht unter die Controle einer Syndikatsbehörde gestellt werde, welche mit den nöthigen Befugnissen ausgestattet sei, die an den Mündungen dieses Flusses vorhandenen, oder später etwa entstehenden Hindernisse zu beseitigen.

Das österreichische Ultimatum vom December 1855 hatte durch die Bedingung, die Grenze Rußlands ganz von der Donau zu entfernen, die Frage über die Territorialjurisdiction beseitigt, und man kam überein „daß die Freiheit der Donau und ihrer Mündung

wirksam gesichert werden solle durch europäische Institutionen, in welchen die contrahirenden Mächte vorbehältlich der besonderen Stellung der Uferstaaten, welche nach den in der Wiener Congreßacte aufgestellten Principien über die Flußschifffahrt geregelt werden sollte, gleichmäßig vertreten sein müßten." Ebenso ward für jede der contrahirenden Mächte das Recht gefordert, an den Mündungen des Flusses ein oder zwei leichte Kriegsfahrzeuge zu stationiren, um die Ausführung der auf die Freiheit der Donau bezüglichen Bestimmungen zu garantiren.

Der Pariser Congreß nahm die Bedingungen dieses Ultimatums als Friedenspräliminarien an, und seine Verhandlungen über die Donaufrage gingen von diesem Standpunktte aus. Ihre Resultate sind in den Artikeln 15 bis 19 des Vertrages vom 30 März 1856 niedergelegt. Artikel 15 bestimmt: „Da die Wiener Congreßacte die zur Regelung der Schifffahrt auf den Flüssen, welche durch mehrere Staaten fließen oder die Grenze zwischen verschiedenen Staaten bilden, dienenden Principien festgestellt hat, so kommen die contrahirenden Mächte unter sich überein, daß in Zukunft diese Principien auch auf die Donau und ihre Mündungen Anwendung finden sollen. Sie erklären, daß diese Bestimmungen von nun an ein Theil des europäischen öffentlichen Rechts sein sollen, und stellen denselben unter ihre Garantie." Die Artikel

16 und 17 errichten zwei Commissionen, eine europäische von begrenzter Dauer, und eine permanente, in welcher nur die Uferstaaten vertreten sind. An der ersten nahmen Frankreich, Großbritannien, Oesterreich, Preußen, Rußland, Sardinien und die Türkei je mit einem Abgeordneten Theil. Ihr Amt war, „die zur Freimachung der Donaumündung von Isaktsche abwärts und der angrenzenden Theile des Meeres von Sandbänken und anderen Hindernissen nothwendigen Arbeiten zu bezeichnen und ausführen zu lassen, um diesen Theil des Flusses und die bezeichneten Theile so schiffbar als möglich zu machen.“ In der zweiten Commission saßen Abgeordnete Oesterreichs, Baierns, der Türkei und Würtembergs, wozu noch Commissarien der drei Donaufürstenthümer kommen sollten, ernannt mit Genehmigung der Pforte. Ihr Auftrag war: „erstlich Reglements über die Schifffahrt und die Flußpolizei auszuarbeiten; zweitens alle Hindernisse, welche die Anwendung der Bestimmungen des Wiener Congresses auf die Donau noch verwehrten, zu beseitigen; drittens die auf der ganzen Länge des Flußes nothwendigen Arbeiten anzuordnen und ausführen zu lassen; viertens nach der Auflösung der europäischen Commission über die Erhaltung der Schiffbarkeit der Donaumündungen zu wachen.“

Der 18. Artikel setzt den beiden Commissionen für die Vollendung der in den vorhergehenden Artikeln

erwähnten Arbeiten eine Frist von zwei Jahren; er fügt hinzu, daß die unterzeichneten Mächte, in Conferenz zusammengetreten und von der Vollendung der Arbeiten unterrichtet, nachdem sie davon Act genommen, die Auflösung der europäischen Commission aussprechen werden, und daß von diesem Augenblick an die permanente Commission der Uferstaaten mit denselben Befugnissen ausgestattet sein solle, welche bis dahin die europäische Commission besessen. Der 19. Artikel wiederholt nur die Bestimmung des Ultimatums über die Stationirung von zwei leichten Kriegsschiffen von Seiten jeder der contrahirenden Mächte an den Donaumündungen.

So dehnte der Pariser Friedensvertrag das Princip der freien Schifffahrt, das man Anfangs blos auf die Mündung der Donau anwenden wollte, auf den ganzen Lauf des Stromes aus, nicht ohne Widerspruch der österreichischen Bevollmächtigten, die erst ihre Zustimmung gaben, als sie in Wien um neue Instructionen eingekommen waren. Frankreich befürwortete auch die Zulassung Baierns und Würtembergs in die Commission, zum Theil wohl mit dem Hintergedanken, sich in guter Erinnerung bei diesen beiden Staaten zu erhalten, deren Cabinete sich zu allen Zeiten der neuen kaiserlichen Regierung geneigter gezeigt hatten, als die der andern deutschen Staaten.

Die Mitglieder der Uferstaatencommission kamen

in Wien im Laufe des Jahres 1856 zusammen und verhandelten unter österreichischem Vorsitz. Im Monat October 1857 unterzeichneten sie ein allgemeines Reglement unter dem Titel einer Schifffahrtsacte. Der erste Artikel bestimmte, daß die Schifffahrt auf der Donau von der Stelle, wo dieser Fluß schiffbar wird, bis zum schwarzen Meere und umgekehrt für den Handel vollkommen frei sei. Der fünfte Artikel erklärte die Schifffahrt aus dem offenen Meere nach jedem der Donauhäfen, und von jedem dieser Häfen in das offene Meer frei für die Fahrzeuge aller Nationen. Diese Fahrzeuge waren demnach ermächtigt, nach einander in jedem in der Richtung ihrer Reise gelegenen Häfen anzulegen. Bei der Bergfahrt konnten sie in jedem Hafen ganz oder zum Theil die Reisenden landen oder die Güter ausladen, welche sie vom Meere mitgebracht hatten. Ebenso konnten sie bei der Thalfahrt in jedem Hafen unterwegs die nach dem offenen Meere bestimmten Passagiere und Waaren aufnehmen. Dagegen war die eigentliche Flußschifffahrt, d. h. der Verkehr zwischen den verschiedenen Donauhäfen unter einander, den Fahrzeugen der Uferstaaten ausdrücklich vorbehalten, so daß also ein preußisches oder englisches Schiff von Constantinopel nach Wien segeln und die von seinem Abfahrtsort mitgebrachten Reisenden und Waaren in den dazwischen liegenden Häfen Galatz, Ibraila, Giurgiewo, Belgrad, Pesth ꝛc. landen konnte,

aber in keinem dieser Häfen solche nach einem andern mitnehmen durfte. Diese letztere beschränkende Bestimmung erregte sofort Einsprache bei den Großmächten, was um so natürlicher war, als sie gegen bereits bestehende Specialverträge verstieß, wie z. B., um nur einen zu nennen, der preußischen Flagge das Recht der Cabotage zwischen den verschiedenen Donauhäfen in den Fürstenthümern lange vor dem letzten orientalischen Conflict von der Pforte vertragsmäßig zugesichert war, und jetzt durch den Beschluß der Uferstaaten einseitig aufgehoben ward. Trotz dieser schweren Verletzung erworbener Rechte galten die ersten Einwendungen nur einer Formfrage, indem die beiden letzten Artikel der Schifffahrtsacte bestimmten, daß sie am 1. Jänner 1858 in Kraft treten und zu diesem Zwecke spätestens binnen zwei Monaten ratificirt sein sollte. Diese Bestimmungen deuteten die Uferstaaten so, daß die von ihnen abgefaßte Acte sofort und ohne vorherige Genehmigung der Pariser Conferenz ausführbar werde. Diese vorherige Zustimmung der Conferenz verlangten aber sämmtliche Mitunterzeichner des Pariser Vertrags, welche nicht Uferstaaten waren, und erklärten einstimmig, daß die in Wien ausgearbeitete Donauschifffahrtsacte nicht blos durch die Ratification der Uferstaaten Gesetzeskraft erlangen könne, daß nach den Bestimmungen des Vertrags von Paris die Commission blos befugt sei, das neue Reglement auszu-

arbeiten, daß dagegen der Conferenz das Recht zukomme, die einzelnen Bestimmungen zu prüfen, und nach Genehmigung der Acte ihr Kraft zu geben. Das Wiener Cabinet, als Sprecher der Uferstaaten, sträubte sich lange diesen Einwendungen Gehör zu geben und wollte nur von einem Rechte der verschiedenen Mächte wissen, einzeln ihre Bemerkungen den Uferstaaten mitzutheilen und mit ihnen die Abänderungen zu besprechen, welche in der Schifffahrtsacte wünschenswerth seien. Nach seiner Ansicht hatte sich die Conferenz auf die Untersuchung zu beschränken, ob die Acte mit den 1815 auf dem Wiener Congreß festgestellten Principien übereinstimmen. Erst als die Uferstaaten die Ratificationen unter einander ausgetauscht hatten, kam es durch gegenseitiges Nachgeben zu einer Verständigung. Die Conferenz beschränkte sich darauf, die in der Acte erforderlichen Abänderungen zu bezeichnen und überließ der Commission der Uferstaaten die Sorge der endgültigen Redaction. Die früher erworbenen Rechte wurden durch neue Specialverträge zwischen den betheiligten Staaten gewahrt.

Oesterreichs Auftreten bei dieser Gelegenheit erregte bei den übrigen Mächten eine dem Wiener Cabinet entschieden ungünstige Stimmung. England und Frankreich hatten mit Aufwendung ihrer ganzen Macht die Lösung des orientalischen Conflictes in die Hand genommen, und mit unermeßlichen Opfern an Blut

und Geld die Freiheit der Donau von Rußland erkämpft; Oesterreich hatte während dieser ganzen Zeit Gewehr in Arm im Hintergrund gestanden und hatte erst Partei ergriffen, als der Feind halb besiegt war, und die Gefahr nahe trat, daß die orientalische Angelegenheit, und namentlich die Donaufürstenthümerfrage, ohne seine Zuziehung geregelt werden könnte. Jetzt wollte es die freigemachte Donau für sich und die Uferstaaten confisciren, und denjenigen Mächten, welchen die Befreiung dieses Stromes vornehmlich zu verdanken war, eine schlechtere Stellung in dem Verkehr auf demselben bereiten, als sie vor dem Kriege eingenommen hatten.

Die Mißstimmung gegen das Wiener Cabinet, welche dieses Verfahren bei den übrigen Mächten erregte, wußte Kaiser Napoleon für seinen langgehegten Plan, eine vollständige Isolirung Oesterreichs herbeizuführen, mit großem Geschick zu benutzen. Bei der Regelung der wichtigsten auf dem Pariser Congreß offen gelassenen Frage, der Frage der Donaufürstenthümer, trat dieses Bemühen am deutlichsten hervor. Der Congreß hatte blos ihre internationale Stellung der Pforte und Europa gegenüber geordnet. Der 22. Artikel des Vertrages vom 30. März besagte, daß die Fürstenthümer unter der Oberlehensherrlichkeit der Pforte und unter der Garantie der contrahirenden Mächte die Privilegien und Immunitäten zu genießen fort-

fahren sollten, in deren Besitz sie sich bis dahin befanden. Keine der garantirenden Mächte sollte ein ausschließliches Schutzrecht über sie ausüben. Ebenso wenig sollte ein Einzelrecht der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Fürstenthümer gestattet sein. Die folgenden Artikel, die sich gleichmäßig auf die Moldau und Wallachei bezogen, bestimmen, daß ihre Gesetze und Statuten revidirt werden sollen, und setzen die Form dieser Revision fest. Gleich nach dem Frieden beabsichtigten die Mächte eine besondere Commission mit dem Auftrag zu ernennen, die Zustände der Fürstenthümer zu untersuchen und die zu ihrer Reorganisation nothwendigen Vorarbeiten vorzunehmen. Im 24. Artikel versprach der Sultan in jeder der beiden Provinzen sofort einen Divan ad hoc einzuberufen, der durch seine Zusammensetzung alle Classen der Gesellschaft gewissenhaft vertrat. Diese Divans hatten sich über die Wünsche der Bevölkerung, über die endgültige Reorganisation der Fürstenthümer auszusprechen. Diese Bestimmungen sollten jetzt zur sofortigen Ausführung kommen.

Schon zur Zeit der Wiener Conferenzen im Jahre 1855 hatte die französische Regierung den Gedanken an eine Union der beiden Fürstenthümer laut werden lassen. In letzteren hatte dieselbe vielen Anklang gefunden, aber die Diplomatie wollte nichts davon wissen, obgleich dieser Unionsplan, wenn man ihn näher in's

Auge faßt, sehr viel für sich zu haben schien. Die Diplomatie litt auch diesesmal wieder an den nothwendigen Folgen der falschen Stellung, die sie zu Anfang des Krieges eingenommen hatte. Anstatt offen zu gestehen, daß sie den Krieg nur begonnen, um eine so wichtige europäische Frage, wie die orientalische war, an deren Regelung eben dieser Wichtigkeit wegen alle europäischen Mächte Theil nehmen mußten, von Rußland nicht eigenmächtig und einseitig entscheiden zu lassen, hatten sie Sorge für die Integrität der Türkei vorgeschützt und, um ihre Uneigennützigkeit recht hell leuchten zu lassen, erklärt, daß sie die Türkei von nun an als einen integrirenden Theil des durch das öffentliche Recht zwischen den verschiedenen europäischen Staaten festgestellten Systems betrachteten. So sehr sich nun auch im Verlauf des Krieges gezeigt hatte, daß die Zustände des türkischen Reichs durch und durch verrottet waren und ein allmähliches Hinsterben desselben unvermeidlich sei, konnte man doch nicht bei den Friedensverhandlungen durch ein Eingehen auf den Unionsplan, dessen Ausführung ein directer Angriff auf die Integrität des türkischen Reichs war, so offen von den einmal aufgestellten Principien abgehen, zumal da die Gesandten des Staates, den man alsdann als einen unheilbar Kranken behandelt hätte, in den Conferenzen als gleichberechtigte Mitglieder neben den übrigen saßen. So verbot diplomatischer Anstand auf

einen Plan einzugehen, für den sonst so viel sprach. Daß die türkische Herrschaft auf der europäischen Seite der Dardanellen über kurz oder lang zum Sturze kommen muß, wird wohl kaum Jemand mehr läugnen. Um so nothwendiger ist es zur rechten Zeit Vorkehrungen gegen die unvermeidlich erscheinende Krisis zu treffen, und unstreitig ist es europäisches Interresse einen festen Kern zu organisiren, an den sich dann die sich allmählich von dem Türkenreich ablösenden Glieder anschließen können, anstatt die zerfallenen Trümmer herrenlos liegen zu lassen, bis sie die Habsucht der Nachbarn erregen und einen Kampf herbeiführen, der nur zu leicht zu einem europäischen Krieg werden könnte. Die zu einem solchen Kryſtallisationskern nöthigen Eigenschaften schienen die Moldau und Wallachei zu besitzen. Einem Stamme angehörend, dieselbe Sprache sprechend, Kinder einer und derselben Kirche und nach Institutionen und Gesetzen regiert, die, wenn überhaupt, nur sehr wenig von einander abweichen, war die Vereinigung der beiden Fürstenthümer selbst im Interesse der Türkei ein sehr naheliegender Gedanke; denn vereinigt waren sie stark genug, um im Defensivsystem des osmanischen Reiches eine wichtige Rolle zu spielen. Unbegründet war die Furcht der Türkei, daß die Fürstenthümer, einmal vereinigt nach Unabhängigkeit und dann nach Vereinigung mit Rußland streben würden. Denn so lange die

Pforte überhaupt bestand, hatte sie die Garantie der europäischen Mächte für sich, und die Fürstenthümer zeigten überdies durchaus keine Neigung, das kaum fühlbare Lehensverhältniß zur Pforte mit der Unterwerfung unter russische Hoheit zu vertauschen, indem ihnen die Last des russischen Schutzrechts schon schwer genug geworden war.

Es war auch weniger Gefühl für diplomatischen Anstand, was einige der Mächte bewog, dem Unionsplan Widerstand zu leisten, sondern Absichten, die sie selbst auf die Fürstenthümer hatten. Die Pforte, welche die Waffen der Verbündeten von dem ihr aufgedrängten russischen Schutzverhältniß befreit hatten, wollte die günstige Gelegenheit benutzen, um ihre Rechte auf die Fürstenthümer auszudehnen, und ihre Suzeränität vielleicht mit der Zeit in Souveränität zu verwandeln. Oesterreich dagegen, außerdem daß es Pläne hegen konnte, bei dem Eintreten des Zerfalles des türkischen Reiches seine Besitzungen an der Donau zu erweitern, war es jedenfalls unangenehm, wenn sich an seinen südlichen Grenzen ein jetzt halb und später vielleicht ganz unabhängiger Staat bildete, der genug Elemente der Selbständigkeit in sich besaß, um in Zukunft den Kern zu einem südslavischen Nationalstaate zu bilden, der auf seine Stammverwandte im Kaiserstaate eine bedenkliche Anziehungskraft ausüben konnte. Von diesen beiden Staaten ging daher auch

der Widerstand gegen die französischen Unionspläne aus, dem sich auch England anschloß, theils weil es bereits gegen das sich schon jetzt Rußland immer mehr nähernde Frankreich mißtrauisch zu werden anfing, theils weil es glaubte, die Fürstenthümer würden auch nach ihrer Vereinigung zu schwach bleiben, um nicht gleich Griechenland, nach Kräftigung durch weitere Vergrößerung zu streben, und würden sich, eben auch wie Griechenland, bei diesem Streben nach Vergrößerung auf die Macht stützen, deren traditionelle Politik sich von jeher wenig um die gewissenhafte Beobachtung der europäischen Verträge bekümmert hatte und die ihnen außerdem stamm- und glaubensverwandt war, also auf Rußland. Auf Frankreichs Seite standen dagegen in dieser Frage Preußen, Rußland und Sardinien. Ersteres, weil es aufrichtig glaubte, durch die Union die europäischen Interessen am besten zu wahren; Rußland wohl hauptsächlich, weil es sich gegen Frankreich gefällig zeigen, dieses dadurch an sich heranziehen und dadurch das bereits nicht mehr allzufeste westmächtliche Bündniß lockern wollte, möglich erweise auch weil es die Stimmung in den Fürstenthümern, die sich entschieden für die Union aussprach, nicht gegen sich reizen wollte; Sardinien endlich, weil Oesterreich seine Interessen durch die Union für gefährdet hielt.

Es dauerte lange, ehe die Commission, welche sich mit der Organisation der beiden Fürstenthümer be-

schäftigen sollte, in Bukarest zusammentreten konnte. Die Commissarien waren längst ernannt, sollten aber ihre Verhandlungen erst an dem Tage beginnen, wenn die österreichischen und türkischen Truppen, welche die Moldau und Wallachei besetzt hielten, dieselben geräumt hätten. Diese Räumung sollte zwar sechs Monate nach dem Friedensschluß stattfinden, war aber durch die Meinungsverschiedenheit, die bei der Regelung der Grenzfrage zu Tage kam, verzögert worden. Wie England seine Flotte nicht aus dem schwarzen Meere ziehen wollte, bevor nicht der Streit über die Schlangeninsel entschieden, ebenso wollte Oesterreich erst die Fürstenthümer räumen, wenn der Streit über Bolgrad ausgeglichen und die neue Grenze Bessarabiens festgestellt sei. Die Commissarien, die sich bereits in Constantinopel befanden, mußten dort mehrere Monate in Unthätigkeit verweilen und begannen ihre Arbeiten an Ort und Stelle erst im Monat April 1857. Unterdessen hatte sich die Frage der Donaufürstenthümer schon erheblich verwickelt.

Die Pforte war von vorn herein bemüht gewesen, die Unionsfrage gar nicht zur Verhandlung kommen zu lassen. Zuerst hatte sie sogar die Berechtigung der Cabinete angezweifelt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen; dann verlangte sie, daß es den Divans, welche die Ansichten und Wünsche der beiden Provinzen über ihre künftige Organisation aussprechen sollten, verboten

werden solle, etwaigen Unionswünschen einen Ausdruck zu geben, und versuchte alle derartigen Bedingungen in den Entwurf des Firmans aufzunehmen, der die Befugnisse dieser Divans und das Wahlverfahren regelte. Darin fand sie jedoch selbst von Seiten Englands und Oesterreichs so wenig Unterstützung, und der Druck, den der energische Vertreter Frankreichs in Constantinopel, Thouvenel, auf das dortige Ministerium ausübte, war so stark, daß der Firman schließlich eine Fassung erhielt, welche der öffentlichen Meinung erlaubte, sich frei über die Frage der Union auszusprechen.

Die Pforte, auf diesem Terrain geschlagen, gab demungeachtet den Widerstand noch nicht auf und versuchte durch Einwirkung auf die Wahlen eine der Union ungünstige Erklärung von den Divans zu erlangen. Zweifel über die Auslegung mehrerer Bestimmungen des das Wahlverfahren regelnden Firmans, welches die Commissarien erhoben, gaben ihr einen Anlaß dazu. Der Kaimakan Fürst Ghika zögerte mit der Abfassung der Wahllisten, bis die Auslegung des Firmans festgestellt war. Vogorides dagegen, der Kaimakan der Moldau, der ein bekannter Gegner der Unionsidee war, erklärte, daß man nicht auf die von den Commissarien in Constantinopel verlangte Auslegung zu warten brauchte, und daß die Wahllisten

veröffentlicht werden müßten, um sofort zu den Wahlen zu schreiten.

Beide Parteien unter den Mächten, die Unionisten und die Antiunionisten, suchten diesen Zwischenfall zur Durchführung ihrer Ansichten zu benutzen. Die Gegner der Vereinigung der Fürstenthümer hielten es ihrem Interesse für gemäß, dem Kaimakan Vogorides, der alle Maßregeln getroffen hatte, um Wahlen in ihrem Sinne zu Stande zu bringen, und für den Erfolg einstand, freie Hand zu lassen, und der englische Gesandte, Lord Stratford, und der österreichische Internuntius, Prokesch von Osten, wirkten zu Gunsten dieser Ansicht auf den Pfortenminister Reschid Pascha ein. Die Vertreter Preußens, Frankreichs, Rußlands und Sardiniens dagegen waren der Meinung, daß der übertriebene Eifer des Kaimakans der Moldau, die Wahlen zu Gunsten der Antiunionisten zu verfälschen, ebenso sehr den Wünschen des Congresses wie dem Geiste des Wahlfirmans widerstreite, und die Bedenken, welche sie in diesem Sinne ihren Collegen vorlegten, hatten so viel Gewicht, daß diese ihre Einwilligung zu einer Conferenz gaben, welche am 30. Mai 1857 stattfand und eine Verständigung über die geeignetsten Mittel, den Kaimakan der Moldau zu einer gewissenhaften Ausführung des Wahlfirmans zu nöthigen, zum Zweck hatte. In dieser Conferenz kam man überein, daß die Commission im Einver-

ständniß mit dem Kaimakan der Wallachei die zweifelhaften Punkte auslegen und diese Auslegung dem Kaimakan Vogorides mittheilen solle, um in dieser Weise den Firman vorbehältlich der besonderen Fälle für die Moldau demgemäß auszuführen. Vogorides hatte aber das Ergebniß der Berathungen der europäischen Commission gar nicht abgewartet, sondern ehe es noch in Jassy bekannt war, die Wahllisten veröffentlicht und alle Mittel unerlaubter Beeinflussung, Bestechung und selbst Gewalt angewendet, um Wahlen nach seinem Sinne zu Stande zu bringen. Das Land protestirte fast einstimmig gegen ein solches Verfahren, und die Vertreter Frankreichs, Preußens, Rußlands und Sardiniens in Constantinopel konnten nicht umhin, die Pforte an ihre Pflicht zu erinnern, die von der Conferenz vom 30. Mai vereinbarten Beschlüsse gewissenhaft in Ausführung zu bringen. Sie verlangten zu diesem Zwecke, daß die Wahlen auf 14 Tage verschoben würden, und daß die Zwischenzeit zur Berichtigung der Wahllisten nach den in Bukarest angenommenen Grundsätzen benutzt werde. Die Pforte fügte sich diesem Verlangen, und ein Ministerrath hatte bereits den entsprechenden Beschluß gefaßt und denselben dem französischen Gesandten mitgetheilt, als die Vertreter Englands und Oesterreichs dazwischen traten und den großen Einfluß, den sie auf Reschid Pascha besaßen, benutzten, um den gefaßten Beschluß rückgängig zu

machen. Gleichzeitig zeigten sie der Pforte officiell an, daß sie die Verantwortlichkeit für ihre Weigerung die Wahlen aufzuschieben auf sich nehmen.

Die entschiedene Oppositionsstellung, welche auf diese Weise England und Oesterreich gegen die übrigen Mächte einnahmen, konnte nicht verfehlen, auf letztere einen so sehr verletzenden Eindruck zu machen. Das Pfortenministerium hatte die Verpflichtungen hintangesetzt, die es übernommen hatte; die Vertreter Englands und Oesterreichs waren einseitig von der in der Conferenz vom 30. Mai getroffenen Uebereinkunft abgegangen; sie hatten außerdem auf die Pforte einen Druck ausgeübt der einem herrischen Protectorat nur zu ähnlich sah. Darüber fühlte sich Frankreich sehr verletzt und forderte seinerseits die Annullirung der Wahlen. Diese Forderung stellten die Vertreter Frankreichs, Preußens, Rußlands und Sardiniens gemeinsam als Ultimatum an die Pforte.

Der Sturz des Großveziers Reschid Pascha war die erste Folge dieses Schrittes. Die remonstrirenden Cabinete konnten damit aber noch nicht zufrieden sein, denn es handelte sich um keine Personen-, sondern um eine Prinzipienfrage, und die Pforte, berathen von Lord Stratford und Herrn Prokesch von Osten, weigerte sich immer noch standhaft, die Wahlen für ungültig zu erklären. Frankreich, Preußen und Sardinien brachen daher am 5. August ihre diplomatischen Be-

ziehungen mit der Pforte ab, und Rußland folgte am 6. August ihrem Beispiel. So war das Bündniß, welches Frankreich, England und Oesterreich zur Aufrechthaltung der Integrität der Türkei am 15. April 1856 mit einander abgeschlossen, nach kaum sechszehnmonatlichem Bestehen thatsächlich gelöst, und Frankreich stand mit seinem alten Gegner Rußland seinen ehemaligen Verbündeten England und Oesterreich gegenüber.

Damit schien auch das ohnehin schon sehr lockere Bündniß der beiden Westmächte, welches während der orientalischen Krisis die europäische Politik beherrscht hatte, zum Zerfall reif zu sein. Ein Besuch des Kaisers Napoleon bei der Königin von England in Osborne heilte jedoch den Bruch wieder. Die Frage der Union wurde vor der Hand offen gelassen, und das englische Cabinet für die Ansicht der remonstrirenden Mächte gewonnen, daß die Wahlen annullirt werden müßten. Oesterreich, das nun vollkommen allein stand, mußte sich ebenfalls eines andern besinnen, und Lord Stratford und Herr Prokesch von Osten erhielten von ihren Höfen neue Verhaltungsbefehle, in Folge deren die Pforte ihren Widerstand gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahlen aufgab. Es wurden demgemäß neue Wahlen in der Moldau ausgeschrieben, die gleich denen in der Wallachei im Allgemeinen günstig für die Union ausfielen. In dem in Bukarest zusammengetretenen wallachischen Divan fehlte es nicht an

radicalen Elementen, die, Theilnehmer an der Revolution von 1848 und vor kurzem erst mit Erlaubniß der Pforte aus der Verbannung zurückgekehrt, sich sehr geneigt zum politischen Experimentiren zeigten. Sie gewannen viel Einfluß auf die Versammlungen, und daher kam es, daß der Divan, der seine Arbeiten am 26. December 1857 beendigte, der Lösung praktischer Fragen aus dem Wege ging und sich mit der Aufstellung allgemeiner Principien begnügte.

Auch der Moldauische Divan begann mit der Aufstellung allgemeiner Prinzipien, welche seiner Meinung nach der Reorganisation des Landes zu Grunde liegen müßten und welchen mit den von dem Divan der Wallachei angenommenen identisch waren. Daneben gingen aus seinen Berathungen noch eine ganze Reihe von Sätzen hervor, die sich auf die Regelung der verschiedenartigsten politischen und socialen Fragen bezogen. Alle diese Vorlagen hatte die europäische Commission zu prüfen und zu vervollständigen; nach Beendigung dieser Arbeit verfaßte sie einen Bericht, der, am 7. April 1858 in Bukarest unterzeichnet, von dem französischen Commissair Herrn von Talleyrand nach Paris gebracht ward, um dort der Conferenz vorgelegt zu werden.

Die Pariser Conferenzen, die am 4. Juli von neuem zusammentraten und am 28. August ihre letzte Sitzung hielten, hatten sich definitiv über den Abschluß

der Arbeiten der von den Mächten ernannten Commission auszusprechen. Sie regelten die noch obschwebenden Differenzen über die Donauschifffahrtsacte in der schon früher angedeuteten ausgleichenden Weise; ihre vornehmste Beschäftigung aber war der Abschluß der Convention über die definitive Organisation der vereinigten Donaufürstenthümer. Am 19. August unterzeichnet regelte dieses Actenstück den Hauptpunkt, an den sich später die Verwickelung anknüpfte, die Oberhauptsfrage, in der Weise, daß die Versammlungen und die, beiden Fürstenthümern gemeinschaftliche Centralcommission die Hospodare für jedes wählte, und Graf Buol rühmte von der Arbeit der Conferenz in einer Circulardepesche, daß sie die Union der Fürstenthümer nicht blos für den Augenblick fern halte, sondern auch ausreichende Bürgschaften dafür gebe, daß die Union nicht das Ergebniß der fortschreitenden Entwicklung in den Institutionen beider Länder werde. Somit schien der Sieg der österreichischen Politik gesichert, und als die Ratification der Donaufürstenthümeracte am 2. October 1858 in Paris ausgewechselt worden, konnte man nicht nur diese Frage, die seit so langer Zeit ein gespanntes Verhältniß zwischen Frankreich und Oesterreich unterhielt, sondern auch alle anderen durch die orientalische Frage entstandenen Differenzpunkte für geschlichtet halten. Auch versicherten noch officiöse Mittheilungen der öster-

reichischen Regierung im December, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich nichts zu wünschen übrig ließen.

In der langen Zeit aber, während welcher sich die Pariser Conferenzen mit der Wiederherstellung des Friedens beschäftigten, war auf allen Seiten bereits eine reiche Zwietrachtssaat wieder im Aufkeimen begriffen und die Stellung der verschiedenen Mächte zu einander hatte sich erheblich geändert. Die Gruppirung, wie sie unmittelbar nach dem Abschluß des Aprilvertrags gewesen, wo England, Frankreich und Oesterreich fest vereint zum Schutze der Türkei dem gedemüthigten Rußland und dem unbeachteten Preußen gegenüberstanden, war ganz und gar verschoben, und neue Combinationen waren schon an ihre Stelle getreten, oder begannen sich auszubilden. Frankreich hatte zu diesen Veränderungen den Anstoß gegeben. Schon während der Pariser Conferenzen hatten sich die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich sehr bald wieder freundlicher gestaltet, und Ludwig Napoleon schien fast nur darauf bedacht zu sein, dem großen nordischen Staate durch einladendes Entgegenkommen die erlittene Demüthigung vergessen zu machen. Nach dem Friedensschluß war dieses Bemühen noch auffälliger an den Tag getreten. Der auszeichnende Empfang, den der französische Gesandte in Petersburg und ebenso der russische in Paris gefunden, die Be-

günstigung der Einsprüche Rußlands gegen die von dem Congreß vorgeschlagene Grenzregulirung, das beständige Zusammenstehen beider Mächte in der Unionsfrage den ehemaligen Verbündeten Frankreichs, England und Oesterreich gegenüber, erschienen als ebenso viele Symptome, daß der Kaiser systematisch bemüht sei, durch seine Bestrebungen Rußland aus seiner Isolirtheit hervorzuziehen, es sich ebenso sehr zu verpflichten, als er sich England durch seine entscheidende Theilnahme an dem orientalischen Kriege, und Oesterreich durch die Wärme, mit welcher man um sein Bündniß geworben, gewonnen hatte. Dies hatte eine Erkaltung der Beziehungen zu England, und ein näheres Anschließen dieses Staates an Oesterreich zur nächsten Folge. Gemehrt wurde diese Erkaltung durch die rohe Freude, mit welcher viele französische Blätter die Bedrängnisse der Engländer in dem immer gewaltigere Dimensionen annehmenden Sepoy-Aufstande bejubelten, und den nahe bevorstehenden Umsturz der englischen Herrschaft prophezeiten; Aeußerungen, die in einem Staate mit freier Presse blos als merkwürdige Zeichen der sittlichen Verwilderung der sich so Aussprechenden betrachtet worden wären, deren Verantwortlichkeit aber in dem starr regierten Frankreich, wo Verwarnungen und beziehentlich Unterdrückungen rasch jedes mißliebige Wort der Presse treffen, doch in letzter Instanz auf die Regierung fällt. Diese Lockerung des

englischen Bündnisses und Annäherung an Rußland gewann außerdem allmählig einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Stellung des Kaisers zu Frankreich selbst, dessen Stimmung ein entscheidendes Motiv zu der später eintretenden Schwenkung der kaiserlichen Politik wurde. Die Sympathien der gebildeten Classen Frankreichs, welche Ludwig Napoleon sich durch die Art der Begründung seiner Herrschaft gründlich entfremdet hatte, und die er sich durch sein bisher beobachtetes Regierungssystem nicht hatte gewinnen können, wendeten sich ihm wieder zu, als er mit einer Entschiedenheit und Folgerichtigkeit, die man in der auswärtigen Politik Ludwig Philipp's mit Schmerz vermißt hatte, ein System verfolgte, dessen Zweck, die Demüthigung Rußlands, und dessen Mittel, das Bündniß mit England, diese Classen, die in dem ersteren den Feind der Civilisation und der Freiheit Europa's, und in dem letzteren das Ideal ihrer politischen Hoffnungen sahen, gleichmäßig begeisterte.

Andere Classen, die dieser politischen Richtung nicht angehörten, deren republikanische Gesinnungen aber bisher dem Absolutismus der kaiserlichen Herrschaft widerstrebt hatten, waren durch den Waffenruhm versöhnt, den sich Frankreich in dem glücklich durchgeführten Kriege erworben hatte. Während desselben schwiegen daher die oppositionellen Parteien und näherten sich sogar dem Kaiser. Als man aber nach dem

Frieden allmählig zu entdecken anfing, daß es Ludwig Napoleon weder um ein großes politisches Princip, noch lediglich um Frankreich zu thun gewesen war, sondern daß er die schweren Opfer des Krieges an Geld und Menschen ganz wie der erste Napoleon nur gefordert hatte, um seinem Hause eine glänzende Stellung unter den Dynastien Europa's zu geben, erkalteten diese Sympathien ebenso schnell als sie entstanden waren. Auch die große Handelskrisis, welche, in dem letzten Viertel des Jahres 1858 in Amerika beginnend, ihre Wirkung allmählig über alle am Welthandel betheiligten europäischen Staaten ausdehnte, trug zur Erhöhung der Mißstimmung bei. Sie zeigte die Hohlheit des materiellen Glücks, das Ludwig Napoleon Frankreich zum Ersatz für die verlorne Freiheit geboten hatte, und machte die große Masse der Zufriedenen, welche das unter der kaiserlichen Regierung zur üppigsten Blüthe aufgeschossene Börsenspiel an die bestehenden Zustände fesselte, stutzig, wie sie nicht minder einen tiefen Blick in die sich bis in die höchsten Kreise erstreckende Corruption gestattete. So gefesselt die französische Presse war, mußte sie doch auf indirekte Weise dieser Unzufriedenheit Ausdruck geben, die sich noch deutlicher bei den Wahlen zum gesetzgebenden Körper im Juni 1857 zeigte, wo die constitutionelle Partei eine Coalition mit der altrepublikanischen Partei schloß und das Organ der ersteren,

das Journal des Débats, die Candidatur Cavaignac's unterstützte. Frucht dieser Taktik war die Wahl von acht Candidaten der republikanischen Partei (unter 268 Abgeordneten), ein Resultat, das trotz seiner Geringfügigkeit die Regierung sehr unangenehm berührte, und sie zu weiteren Repressivmaßregeln gegen die Presse veranlaßte. Auf der Bahn einer solchen Politik gibt es keinen Stillstand, und das Attentat, welches der italienische Geheimbündler Orsini mit einigen Genossen am 14. Januar 1858 gegen den Kaiser unternahm, beschleunigte ihre Entwickelung nur. Das Sicherheitsgesetz, welches Leben und Freiheit jedes Franzosen der Willkür der Polizei preisgab, die Ernennung eines Militärs, des Generals Espinasse, zum Minister des Innern, die Eintheilung von ganz Frankreich in fünf Militärbezirke, welche die fünf energischsten Marschälle als Generalgewaltige regierten, waren der reinste und ungeschminkteste Ausdruck der Säbelherrschaft. Nur der Wille des allmächtigen Kaisers sollte gelten und schweigend vollzogen werden. Der ganze Apparat von Zwangs- und Gewaltmaßregeln verfehlte aber seine Wirkung. Die öffentliche Stimmung schwieg eine Zeitlang betroffen und eingeschüchtert aber Ruhe kehrte in die Gemüther nicht zurück. Selbst in der so gefügigen gesetzgebenden Versammlung fand sich eine Oppisition von 15 bis 20 Abgeordneten zusammen, und es wurden in ihrem Schooße sehr scharfe

Kritiken gegen die verschwenderische Finanzverwaltung der kaiserlichen Regierung laut. Im Lande selbst erzeugten die neuesten Maßregeln das Gefühl eines permanenten Ausnahmezustands, und brachten alle von einem solchen unzertrennlichen Uebel mit sich wie z. B. die immer neu auftauchenden Gerüchte über Verschwörungen, Attentate, geheimnißvolle Verhaftungen, die wahrscheinlich meistens sehr übertrieben waren, aber trotzdem nur zu viel Gläubige fanden und das Publikum nicht zur Ruhe kommen ließen. Mit der Ersetzung des Generals Espinasse durch einen Minister bürgerlichen Standes suchte man zwar ein wenig von dieser Bahn gewaltsamer Politik abzulenken, aber eine Thatsache trat mit jedem Tage unzweifelhafter in's Licht: der Erwählte von 9 Millionen fing an in Frankreich allein zu stehen.

Die in Folge des Attentats ergriffenen Maßregeln verwickelten auch die Verhältnisse zu dem Auslande. Aus England, dem Asyl politischer Flüchtlinge aller Farben, waren die Meuchelmörder gekommen, welche das Leben des Kaisers bedroht hatten. An England ergingen daher Forderungen, das Asylrecht zu beschränken, und als diese zurückgewiesen wurden und hyperloyale Militairadressen auf diese Weigerung mit der Aeußerung antworteten, „daß dieses Nest von Meuchelmördern ausgenommen werden müsse," entstand ein solcher Sturm der Entrüstung gegen Frankreich

in der öffentlichen Meinung Englands, daß Lord Palmerston nicht einmal seine, unter den obwaltenden Umständen sehr gerechtfertigte, Bill zur besseren Bestrafung von Attentaten gegen auswärtige Monarchen durch das Parlament bringen konnte und darüber zu Falle kam. Die Freisprechung eines der Mitschuld an dem Attentat Verdächtigen, des Dr. Bernard, durch die Londoner Geschwornen, obgleich juristisch gerechtfertigt, erweiterte nur die Kluft. Mit Eifer geförderte ausgedehnte Rüstungen in den französischen Seearsenalen schienen auf einen bevorstehenden Bruch mit dem Inselstaate hinzudeuten, und die Einweihung des Kriegshafens von Cherbourg vom 4.—8. August, zu welcher die Königin von England eingeladen war, schien trotz des besondern Nachdrucks, den der Kaiser in seiner Tischrede auf die Erhaltung der englischen Allianz legte, fast nur bestimmt zu sein, England den großartigen Umfang der französischen Angriffsmittel gegen die Nachbarinsel vor Augen zu führen. Trotz aller gegentheiligen Betheuerungen von beiden Seiten blieb das Verhältniß zwischen den beiden Regierungen ein gespanntes. Mißtrauisch beobachtete England seinen alten Verbündeten, und sah sich sogar bei zwei Gelegenheiten veranlaßt, vor dem Einfluß desselben auf eine Weise zurückzutreten, die seinem Stolze wenig schmeichelhaft sein konnte. Dies war bei der Cagliarifrage und bei der portugiesischen Verwickelung der Fall. Das

Dampfboot Cagliari fuhr am 25. Juni 1857 von Genua ab, um über Cagliari nach Tunis zu gehen. Einige Stunden nach der Abfahrt bemächtigten sich fünfundzwanzig Passagiere durch Ueberfall des Capitains, zwangen die Mannschaft, das Schiff nach der Insel Ponza zu lenken, befreiten die dortigen Gefangenen und fuhren dann nach Sapoi, um auf neapolitanischem Gebiet einen Aufstandsversuch zu machen, der ein sehr rasches Ende fand. Der Capitain, nachdem er endlich wieder freigegeben war, steuerte auf Neapel los, um dem dortigen Vertreter Sardiniens von dem Vorfall Anzeige zu machen, wurde aber auf dieser Fahrt von zwei neapolitanischen Fregatten angehalten und festgenommen. Die neapolitanische Regierung wollte die Mannschaft des Schiffs als Mitschuldige des Complotts bestrafen und den Cagliari nicht wieder herausgeben, was zu langen und gereizten Verhandlungen zwischen der sardinischen und neapolitanischen Regierung führte, und erst im Juni 1858 mit der Freilassung der Mannschaft und der Herausgabe des Cagliari endete. An und für sich von geringer Wichtigkeit, erlangte dieser Handel vornehmlich dadurch Bedeutung, daß Sardinien, von England nur lässig, von Napoleon III. dagegen mit großem Nachdruck unterstützt, sich von da an immer mehr an Frankreich anschloß, während es sich früher mehr zu England geneigt hatte, dem es durch seine Institutionen und durch seine Interessen eigent-

lich näher stand. — Die portugiesische Verwickelung wurde geradezu zu einer sehr deutlichen Demonstration gegen England benutzt. Das französische Schiff Charles et George hatte im Widerspruch mit den von den portugiesischen Colonialbehörden darüber erlassenen Vorschriften innerhalb des Gebietes der afrikanisch-portugiesischen Besitzungen Neger angeworben und ausgeführt. Am 29. October 1857 wurde es angehalten, nach Mozambique gebracht, der Capiain Ronxel vor Gericht gestellt und, des Sclavenhandels überführt, zu zwei Jahren Kettenstrafe, das Schiff dagegen zur Confiscation verurtheilt. Der Capitain legte gegen dieses Urtheil Appelation ein, und wendete sich an die Behörde in Lissabon, wohin das Schiff mittlerweile geführt worden war. Ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Frage ordnungsgemäß den Gerichten zur Entscheidung vorlag, schickte die französische Regierung ein Geschwader nach dem Tajo und verlangte von Portugal die sofortige vollständige Freigebung des Schiffes und des Capitains und eine Entschädigung für den Letztern. Vergeblich schlug Portugall vor, die Entscheidung des Lissaboner Appellationsgerichts abzuwarten, eventuell einer dritten unbethei igten Macht die schiedsrichterliche Entscheidung zu übertragen. Es ging ein französisches Ultimatum nach Lissabon ab, welches der portugiesischen Regierung nur vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit gab, und wenn sie sich

den französischen Bedingungen nicht fügte, mit der Abberufung der Vertreter Frankreichs und der gewaltsamen Wegnahme des Charles et George, oder in Ermangelung desselben mit der Beschlagnahme portugiesischer Schiffe als Pfand drohte. Von England, dessen politische Wirksamkeit durch den indischen Aufstand noch zu sehr gelähmt war, im Stich gelassen, fügte sich Portugal der herrischen Forderung unter Protest. Dieses Verfahren zeigte nicht nur, wie rücksichtslos Frankreich gegen Schwächere von seiner Uebermacht Gebrauch zu machen geneigt war, sondern traf auch England, welches zu Portugal factisch fast in dem Verhältniß einer Schutzmacht steht, an seinem verwundbarsten Fleck. Es zeigte aller Welt, daß so lange Englands militairische Kräfte von dem indischen Aufstand in Anspruch genommen waren, es selbst dann den ruhigen Zuschauer spielen mußte, wenn in der eigentlichen Domäne seines Einflusses seinem treuesten Bundesgenossen die Gesetze des Stärkern dictirt wurden.

Wo suchte Kaiser Napoleon seine Allianzen, wenn sich das Bündniß mit England lockerte? Allem Anscheine nach in Rußland. Immer intimer wurden die Beziehungen zu dieser Macht. Auf den Besuch bei der Königin von England in Osborne im August 1857 war nur einen Monat später die Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland am Hofe von Stuttgart gefolgt, und man sprach schon von einem neuen Tilsit.

Im October begab sich Prinz Napoleon, nachdem er mehrere deutsche Höfe besucht, nach Warschau. Schon im April desselben Jahres war der Großfürst Constantin, der Bruder des Czaren, in Toulon gelandet und hatte den Hof der Tuilerien besucht, um sich länger als einen Monat in Frankreich aufzuhalten, und sich erst dann zu der Königin von England nach Osborne zu begeben. Im December des folgenden Jahres kehrte er wieder, nachdem er in der Zwischenzeit die Beziehungen Rußlands zu Sardinien in auffälliger Weise cultivirt und durch Hülfe dieses Staates und im Einverständniß mit Frankreich Vorbereitungen getroffen hatte, der russischen Flotte eine Station im Mittelmeere zu erwerben. Die Freundschaft mit diesem italienischen Staate zeigte gerade die Richtung, in welcher sich die Politik der beiden Großmächte vereinigen sollte: in der Opposition gegen Oesterreich. Die Ursachen der Mißstimmung des Tuileriencabinets gegen diesen Staat haben wir schon mehrfach berührt und haben nur noch hinzuzufügen, daß das Wiener Cabinet auch in anderer Weise versäumt hatte, seine Allianzen auszudehnen. Mit Preußen namentlich, ohne dessen Hülfe es Deutschlands Beistand nicht erlangen konnte, stand es schon seit den diplomatischen Siegen des Fürsten Schwarzenberg in den gespanntesten Verhältnissen, und die Reibungen zwischen den beiden Mächten hatten nicht aufgehört, zumal Oesterreich be-

ständig mit seinen Versuchen fortfuhr, in das natürliche Machtgebiet Preußens hinüberzugreifen. Es beging sogar den schweren Fehler, in einer Frage, die dem Herzen des Königs Friedrich Wilhelm sehr nahe lag, in der Neuenburger Verwickelung, der Action der preußischen Politik Hindernisse in den Weg zu legen, während der Kaiser von Frankrich diese Gelegenheit sehr geschickt benutzte, um durch seine entgegenkommende Vermittelung einen in jeder Hinsicht für Preußen sehr verdrießlichen Handel ehrenvoll zu vergleichen, und darin Gelegenheit fand, gerade dem Staate eine Gefälligkeit zu erweisen, der sich bis dahin gegen Berührungen mit der französischen Politik von allen am sprödesten verhalten hatte. Selbst die günstige Gelegenheit zum Einlenken, die sich ihm durch die Ernennung des Prinzen von Preußen zum Prinzregenten und die damit eintretende Cabinetsveränderung darbot, ließ Oesterreich unbenutzt, obgleich es von dem neuen Ministerium nicht die, in großen Dingen gefügige, und nur an kleinen Differenzen nergelnde Politik des Cabinets Manteuffel, wohl aber eine in allen deutschen Fragen entschiedene und kräftige, dabei aber auch, bei aufrichtigem Entgegenkommen, zuverlässige Politik erwarten mußte. Im Gegentheil leistete es in der Rastatter Besatzungsfrage, in welcher Preußen nur die Bestimmungen der Bundesmilitärverfassung und sein gutes Recht wahrte, dem Berliner Cabinet hartnäckigen

Widerstand und suchte es geflissentlich zu kränken. Nur mit England blieb es in gutem Einvernehmen; aber dieser Staat, noch an den Nachwehen seiner ostindischen Bedrängniß leidend, konnte ihm keinen nachdrucksvollen Beistand leisten. Trotzdem gab sich das Wiener Cabinet einem Gefühle der Sicherheit hin, das es sogar vermochte, das Heer beträchtlich zu reduciren, um damit einen ersten Schritt zu der sehr nöthigen Ordnung der Finanzen des Staats zu thun.

Vierzehnter Abschnitt.

Der Bruch mit Frankreich.

Erste Reibungen zwischen Oesterreich und Frankreich. — Die italienische Frage. — Der Neujahrsgruß. — Kriegslärm und Friedensreden. — Oesterreich in Italien. — Napoleon's italienische Politik. — Piemontesische Kriegsdrohungen. — Neue Unterhandlungen. — Cavour. — Rüstungen. — Preußen und Oesterreich. — Erzherzog Albrecht in Berlin. — Ultimatum Oesterreichs. — Die Kriegserklärung. — Napoleon.

Bald jedoch änderte sich die Situation wesentlich. Die Plänkeleien gegen Oesterreich hatten in der französischen inspirirten Presse in Folge der Aufregung begonnen, welche der Montalembert'sche Prozeß und verwandte Ereignisse in Paris und den Departements hervorgerufen und die den todtgeglaubten politischen Parteien neues Leben eingeflößt hatte. Eine Note im Moniteur vom 4. December hatte ihnen damals ein Ende gemacht. Sie begannen von neuem, um nach wenigen Tagen strafend gerügt zu werden, ohne daß

sie deshalb aufhörten. Man konnte sie daher wohl als einen Versuch betrachten, die Aufmerksamkeit der Franzosen von den inneren Angelegenheiten ab- und auf das Ausland, hinzulenken. Ich erfuhr man bald, daß zwischen Ludwig Napoleon und dem Wiener Cabinet wirklich Differenzen schwebten. Seit mehreren Monaten hatten zwischen Oesterreich und Frankreich wegen Italien Unterhandlungen stattgefunden. Der französische Kaiser hatte den lebhaften Wunsch ausgedrückt, Reformen, namentlich im Kirchenstaate, eingeführt zu sehen. Er hatte die österreichische Regierung dringend ersucht, ihren Einfluß dafür beim Papst und beim König von Neapel aufzubieten, und sich bereit erklärt, die eigenen Truppen aus Rom zurückzuziehen, vorausgesetzt, daß auch die Oesterreicher die von ihnen besetzten Punkte räumten. Oesterreich hatte wenig Neigung gezeigt auf diese Vorstellungen einzugehen. Selbst die Truppen, welche Oesterreich an den Grenzen Serbiens gesammelt hatte, wo man Anstalten traf, sich von der Pforte factisch unabhängig zu machen, waren ein Beschwerdepunkt für Napoleon, der ein einseitiges bewaffnetes Einschreiten Oesterreichs zu fürchten vorgab. Auch die vor der Hand fehlgeschlagene Union der Donaufürstenthümer konnte er sichtlich noch nicht verschmerzen. Alles dies waren Differenzen, über welche man sich durch aufrichtiges Entgegenkommen leicht verständigen konnte. Versteckten sich aber nicht

vielleicht hinter ihnen tiefer greifende Meinungsverschiedenheiten? Damals glaubten Viele, daß dem nicht so sei, und schmeichelten sich mit der Hoffnung, daß eine Trübung der politischen Verhältnisse, hervorgegangen aus der Mißstimmung zweier mächtigen Herrscher, von keiner langen Dauer sein werde. Bald aber entwickelten sich die Ereignisse in einer Weise welche zeigte, daß dem Verhalten des französischen Kaisers ein von langer Hand vorbereiteter und wohlorganisirter Plan zu einem Angriff auf Oesterreichs Stellung zu Grunde lag, der die italienische Frage zum Ausgangspunkt nahm. Sardinien war bestimmt, in demselben das Vordertreffen zu bilden.

Nach den schweren Niederlagen, die dieser Staat 1848 und 1849 durch Oesterreichs Waffen erlitten, hatte er sich mit anerkennenswerthem Eifer dem Ausbau seiner neuen constitutionellen Verfassung, der Heilung seiner finanziellen Schäden und der Hebung seiner materiellen Interessen gewidmet. Als constitutioneller Staat stand er in natürlichem Gegensatz zu seinen italienischen Nachbarn und vornehmlich zu Oesterreich, dem großen Hort der absolutistischen Regierungen der apenninischen Halbinsel, das durch Umsichgreifen liberaler Tendenzen mit dem Zusammensturz seines politischen Systems auf derselben bedroht war. Eine gereizte Stimmung zwischen den beiden Nachbarn war nur natürlich, und es hatten zahlreiche Reibungen

stattgefunden, von denen mehrere fast bis zum vollständigen Bruche führten. Beim Ausbruche des orientalischen Krieges hatte Sardinien, sich über gewichtige Bedenken hinwegsetzend, die kühne Politik befolgt, an der Seite der Westmächte an dem Krimfeldzuge Theil zu nehmen, und sich dadurch die Sympathien und den Schutz derselben und einen Platz unter den Großmächten auf den Pariser Conferenzen verschafft. Diese Gelegenheit hatte es benutzt, um vor den widerwilligen Ohren Oesterreichs die Beschwerden Italiens zur Sprache zu bringen, und gezeigt, daß der Druck, den Oesterreich auf die übrigen Staaten der Halbinsel ausübe, die Grundursache der Uebelstände derselben sei. Graf Walewski hatte wenigstens in Bezug auf den Kirchenstaat anerkannt, daß eine Regierung, die sich nur durch die Anwesenheit einer fremden Truppenmacht in ihrem Fortbestand halten könne, in einer abnormen Lage sei, und im Namen der französischen Regierung deren Bereitwilligkeit erklärt, die französischen Truppen aus Rom zurückzuziehen, wenn Oesterreich dasselbe thue. Lord Clarendon ging noch weiter und suchte das Uebel in seiner Grundlage anzufassen. Die Entfernung der fremden Truppen genüge nicht sondern die Verwaltung müsse gründlich umgestaltet werden, um die Ursachen der nur zu gerechtfertigten Unzufriedenheit des Volkes zu entfernen. Rußland und Preußen hielten sich zurück; Oesterreich behauptete,

die Beschwerden des Grafen Cavour seien unbegründet, mußte aber doch das Wünschenswerthe der Räumung des Kirchenstaates zugeben.

Diese kurze Besprechung der italienischen Frage auf dem Congreß bildete den Anknüpfungspunkt zu Verhandlungen zwischen dem Wiener und dem Pariser Cabinet. Graf Walewski eröffnete sie im Juni 1857 durch eine Note, in welcher er Oesterreich für den Kirchenstaat Säcularisirung der Verwaltung und Bildung eines Staatsraths von Laien mit berathender Stimme bei der Gesetzgebung, Errichtung einer Consulta zur Vertretung der Landesinteressen und Bewilligung des Budgets, Errichtung von Provinzialräthen, gerichtliche Reform durch ein bürgerliches Gesetzbuch und Ordnung des in heillose Verwirrung gerathenen Steuersystems vorschlug. Oesterreich beantwortete die Note durch einen Gegenvorschlag, der die beantragten Reformen in bloße Scheinconcessionen verwandelte. Die Sache blieb nun liegen, bis sie, wie eben erwähnt worden, Ludwig Napoleon gegen Ende des Jahres 1858 wieder gegen den österreichischen Gesandten zur Sprache brachte.

Während die Diplomatie über eine ordnungsmäßige Regelung der italienischen Frage nicht einig werden konnte, hatte Ludwig Napoleon sie in Italien selbst in bedenklichster Weise angeregt. Die Veröffentlichung des letzten Briefes des Mörders Orsini, in

welchem dieser dem Kaiser die Erfüllung der revolutionären Hoffnungen der italienischen Patrioten an's Herz legt und ihn gewissermaßen zu seinem Testamentsvollstrecker macht, konnte schwerlich ohne Mitwissen der französischen Regierung geschehen sein, und dieser Schritt steigerte die schon seit langem in Italien gährende Erbitterung gegen die österreichische Präponderanz auf's Aeußerste. Alle Bemühungen des Wiener Cabinets, wenigstens unter der Bevölkerung des lombardisch-venetianischen Königreichs eine bessere Stimmung hervorzurufen, erwiesen sich als erfolglos. Selbst daß der, den Italienern günstig gesinnte Generalgouverneur, Erzherzog Ferdinand Maximilian, die Härten der Militairherrschaft zu mildern suchte und an die Behörden ein Rundschreiben erließ, welches großes Wohlwollen gegen die italienische Bevölkerung athmete, mit Schärfe gegen gewisse Mängel der Verwaltung, herrschsüchtige Bevormundung und weitschweifiges Formelwesen sich aussprach, die edelsten Grundsätze verkündete und strenge Rechtlichkeit und Gesetzlichkeit zur Pflicht machte, wollte wenig helfen. Einerseits gerieth er darüber mit der Militairpartei in Zwist, die durchaus in der alten Weise fortherrschen wollte, andrerseits wußten die Italiener ihm keinen Dank dafür, schonten höchstens seine Person, vergaßen aber nicht ihren alten Haß gegen die Oesterreicher. Die Steigerung der Preise der kleinen Lebensbedürfnisse,

welche durch die Verhältnisse des Münzfußes hervorgerufen wurde, und ein neues Conscriptionsgesetz, das drückender als das bisherige war und erst in der zwölften Stunde abgeändert ward, steigerten die Gährung so weit als möglich, und Flugschriften und Zeitungen aus Piemont sorgten dafür, daß die Flammen des Hasses und die Hoffnung auf Erlösung durch Sardinien lebendig blieben. Zündend wirkte im November eine angebliche Anrede des Königs von Sardinien an seine Officiere, welche für das Frühjahr Krieg verhieß, wogegen ein Rundschreiben des Grafen Cavour einige Zeit später die Gerüchte von einem nahen Bruche zwischen Oesterreich und Turin vollständig widerlegte und erklärte, daß nichts vorgefallen sei, wodurch die zwischen beiden Mächten herrschende Kälte in offene Feindschaft verwandelt werden könnte.

So standen die Sachen, als die Welt von dem Neujahrsgruß des Kaisers von Frankreich an den Freiherrn von Hübner, den österreichischen Gesandten am Tuilerienhofe, in Bewegung gesetzt ward. In solcher Spannung befanden sich die politischen Verhältnisse Europa's, daß wenige Worte von Paris aus die bedrohlichsten Aussichten für die Zukunft des halben Welttheils eröffneten. Sie lauteten: „Ich bedaure, daß die Verhältnisse mit ihrer Regierung nicht so gut sind, wie in der Vergangenheit, aber ich bitte Sie,

dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn sich nicht verändert haben." Es waren Worte, denen man keine sehr harmvolle Bedeutung beilegen konnte, deren Eindruck sogar officieuse und officielle Versicherungen des Tuileriencabinets abzuschwächen suchten, die aber sehr bedenkliche Commentare erhielten.

Die Neujahrsrede Ludwig Napoleons schlug wie ein Blitz ein, und der Zorn der Italiener gegen die österreichische Oberherrschaft loderte heller als je. In Sardinien sprach man nur noch von Krieg, aber anstatt daß 1848 die Losung gelautet hatte: „Italia farà da se," wollte man jetzt nur im Verein mit Frankreich und Rußland kämpfen, um Italien zu befreien! Mittlerweile diplomatisirte Oesterreich in Paris, schickte aber nach Italien 30,000 Mann seiner besten Truppen als Verstärkung, und der Generalgouverneur Erzherzog Ferdinand Maximilian ging auf Urlaub. Während die Welt zwischen wiederholten Friedensversicherungen des Moniteurs, hervorgerufen durch die sich sehr entschieden äußernde Unlust der französischen Bevölkerung gegen jeden Krieg, und der aus Italien heraufschallenden kriegerischen Begeisterung zweifelnd hin und her schwankte eröffnete am 10. Januar der König von Sardinien die Kammer in Turin mit einer Rede, an deren, Schluß er sagte: „Der Horizont, in dessen Mitte das neue Jahr aufsteigt, ist nicht der heiterste. Gekräftigt durch die Erfahrung der Vergangenheit, lassen Sie uns

den Geschicken der Zukunft entgegenschreiten. Diese Zukunft wird glücklich sein, da unsere Politik auf der Gerechtigkeit und auf der Freiheits- und Vaterlandsliebe beruht. Unser an Umfang kleines Land hat in den Berathungen Europa's Bedeutung erworben, weil es groß ist durch die Idee, welche es repräsentirt, durch die Theilnahme, welche es einflößt. Diese Lage ist aber nicht frei von Gefahr, da wir, während wir die Verträge respectiren, deswegen nicht unempfindlich sind für den Schmerzensschrei, der aus vielen Theilen Italiens zu uns dringt. Stark durch Eintracht, vertrauend auf unser gutes Recht, erwarten wir mit Klugheit und Entschlossenheit die Beschlüsse der göttlichen Vorsehung."

Diese Rede stimmte schlecht zu den beruhigenden Versicherungen, die von Paris aus nach allen Seiten gingen. Dort hatte man wohl auch wirklich die Lust am Kriege verloren, gegen den sich die öffentliche Meinung mit großer Energie aussprach, von dem die patriotische Aufregung, welche die französischen Drohungen jenseits des Rheins hervorgebracht hatten, abrieth; vielleicht hatte man nicht einmal den Krieg gewollt, sondern hatte nur durch Demonstrationen eine Concession von Oesterreich erlangen wollen, und hätte sich, da dieses nicht wich, gern wieder zurückgezogen, wenn man einen ehrenvollen Vorwand dazu gefunden, und wenn man sich nicht mit Sardinien zu weit engagirt

gehabt hätte. Ludwig Napoleon hatte sich, trotz seiner absolutistischen Politik im eigenen Lande, immer mit dem Gedanken der Befreiung Italiens beschäftigt. Ebenso wie der erste Napoleon im Grunde seines geistigen Charakters viel mehr Italiener als Franzose, hatte er warme Sympathien für die Sache Italiens, und schon in seiner Jugend sah man ihn für dieselbe unter revolutionärer Fahne kämpfen. Schon dieser Umstand mußte sein Auge auf Sardinien lenken, als er nach einem Mittel suchte, sich mit Oesterreich auf dem diplomatischen Schlachtfelde zu messen. Der sardinische Staat hatte sich durch die ruhige und gedeihliche Entwickelung, die er seit seiner Reorganisation genommen, im Ganzen die Sympathien Europa's gewonnen. Wie man auch immer von seiner Berechtigung, als Vorkämpfer der italiänischen Nationalität aufzutreten, und von der Art, wie er diese Rolle 1848 und 1849 durchführte, denken mochte, immerhin ließ sich nicht leugnen, daß er für seine oppositionelle Stellung gegen Oesterreich die Entschuldigung der Pflicht der Selbsterhaltung hatte.

Die Machtstellung der verschiedenen italienischen Staaten hatte sich durch die Abmachungen des Wiener Congresses wesentlich verändert. Vor der französischen Revolution war Sardinien, durch den Besitz der wichtigsten Alpenpässe die Zugänge zu Oberitalien beherrschend, der einflußreichste Staat auf der Halbinsel, wo

Oesterreich damals nur das, von seinen übrigen Besitzungen getrennte mailändische Gebiet besaß. Die Umgestaltung der Karte verlieh ihm aber auch noch das venetianische, und mit dieser abgerundeten Ländermasse drückte es jetzt auf den Nachbar, und als es sich zum Vollstrecker der Heiligen Allianz machte, und sein Wort und seine Heere in Italien die Throne sicherten und die Verfassungen umstürzten, war Sardinien nicht blos nicht mehr der einflußreichste Staat auf der Halbinsel, sondern es war selbst in Abhängigkeit von Oesterreich gerathen. Die Umgestaltungen der Jahre 1848 und 1849 trennten Sardinien von dem österreichischen System und gaben ihm die Selbstständigkeit wieder; aber Oesterreich übte noch auf andere Weise einen Druck auf dasselbe aus. Es hatte 1847 mit Parma und Modena Verträge abgeschlossen, welche ihm erlaubten, im Falle von Unruhen auch ohne die Aufforderung der betreffenden Fürsten abzuwarten, in diese Länder einzurücken, und im Fall eines Krieges sie ganz wie sein eigenes Gebiet zu behandeln. Wohl kann man sagen, daß durch diese Verträge Parma und Modena in allem Wesentlichen ihre Souveränitätsrechte aufgaben und factisch zu Besitzungen Oesterreichs wurden. Damit umschloß aber der Kaiserstaat Sardinien vollständig, rückte seine Grenzen bis wenige Märsche von Genua vor und sah sich in Stand gesetzt, im Kriege alle Vertheidigungslinien seines Nach-

bars von Süden aus zu umgehen. Gegen ein solches Umsichgreifen Oesterreichs, womit dieses über alle durch die Verträge von 1815 garantirten Rechte weit hinaus ging, protestirte nun Piemont und Ludwig Napoleon unterstützte diesen Protest.

Der andere Hebel, den Frankreich durch Sardiniens Hülfe gegen Oesterreich in Bewegung zu setzen gedachte, waren die inneren Zustände von Italien überhaupt. Die chronisch gewordene Anarchie im Kirchenstaate, die unbefriedigenden Zustände der Staaten Mittelitaliens waren weltbekannt, und Jedermann gab zu, daß die Abneigung der Regenten dieser Staaten auch nur den allerbilligsten Wünschen ihrer Unterthanen für eine bessere Sicherung ihrer Rechte und eine Besserung der innern Verwaltung nachzugeben, der Revolution viel mehr Anhänger warb, als Mazzini mit allen seinen Brandschriften. Dieses Widerstreben der italienischen Fürsten gegen jede Reform entstand aber lediglich aus dem Bewußtsein, daß sie im schlimmsten Falle stets auf die Unterstützung österreichischer Truppen rechnen konnten.

Dem Scheine nach hielten Ludwig Napoleon's Pläne von Haus aus dieses billige Maß ein, und es ist möglich, daß er von Sardinien weiter fortgerissen wurde, als er es selbst wünschte. Graf Cavour reiste bereits im Herbste 1858 nach Plombières, wo sich damals der Kaiser aufhielt, hatte dort lange Unter-

redungen mit ihm und kehrte sehr befriedigt nach Turin zurück. Schon damals wurde die Verheirathung der sardinischen Prinzessin Clotilde mit dem Prinzen Napoleon, dem Vetter des Kaisers, verabredet. Die italienische Politik des Kaisers war überhaupt prononcirter geworden, seitdem er sich seinem Vetter, mit dem er längere Zeit gespannt gewesen, wieder genähert hatte. Prinz Napoleon Hieronymus hatte sich immer offen zu revolutionären Sympathien bekannt. In der legislativen Versammlung hatte er dem Berge angehört. Im Palais Royal fuhr er fort sich mit radicalen Elementen zu umgeben, und er durfte sich ungestört eine Sprache erlauben, die Niemand sonst in Frankreich wagen konnte. Eine Zeitlang war davon die Rede, ihn als Vicekönig nach Algerien zu exiliren. Das unterblieb und er erhielt als Minister der Colonien und Algeriens einen Sitz im Cabinet. Von da an that sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Strömung kund, die mit der officiellen Politik des Cabinets häufig in Widerspruch kam. Diese war immer dem Frieden geneigt, jene wollte beständig zum Kriege treiben, und in diesen beiden entgegengesetzten Strömungen zeigte der Kaiser nicht die Festigkeit, die man ihm früher immer nachgerühmt hatte.

Die Thronrede des Königs von Sardinien hatte Oesterreich veranlaßt, neue Truppenverstärkungen nach Italien zu schicken und sich im Auslande nach Mitteln

zum Kriege umzusehen, da im Lande ohne außerordentliche Maßnahmen kein Geld zu bekommen war. Man versuchte in London eine Anleihe von Sechs Millionen Pfund, die Finanzwelt war aber bereits so mißtrauisch gegen die Haltbarkeit der österreichischen Zustände geworden, daß kaum eine Million Nehmer fand. Mittlerweile traf man auch Kriegsvorbereitungen in Turin. Das Ministerium legte am 5. Februar ein Project zu einer Anleihe von Fünfzig Millionen Francs vor und sagte zur Begründung seiner Forderung: „Die außerordentlichen Rüstungen Oesterreichs in der Lombardei, seine an den Grenzen des Po und Tessin concentrirten Truppen, die Befehle zur Verproviantirung einer Menge Localitäten nahe den Grenzen und die kürzlich gemachte Anleihe, was alles wenig friedliche Neigungen Oesterreichs verriethe, hätten die öffentliche Meinung in Aufregung versetzt. Das Ministerium habe Vertrauen in den Patriotismus der Kammer und hoffe, sie werde die nöthigen Ausgaben bewilligen, um die Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu beschützen.“ Diese Worte waren, wenn nicht gerade herausfordernd gegen Oesterreich, doch kriegerisch genug. Außerdem hatte am 31. Januar in Turin die Vermählung des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Clotilde stattgefunden, ein Ehebündniß, durch welches sich Frankreich noch mehr als bisher mit der sardinischen Politik zu identificiren schien, und General Niel, ein ausge-

zeichneter und dem Kaiser besonders nahestehender Kriegsmann, hatte eine militairische Rundreise durch Sardinien gemacht und die Festungen besichtigt. Lauter bedenkliche Zeichen.

Am 7. Februar hatte auch Ludwig Napoleon die Session der Kammern eröffnet. In seiner Rede hob er mit Nachdruck hervor, daß es ihm gelungen sei, die Allianz mit England zu befestigen, und beglückwünschte sich wegen der guten Beziehungen zu Rußland und Preußen. In Bezug auf Oesterreich und die Kriegsbesorgnisse äußerte er sich auf eine Weise, welche fast allgemein, selbst von den officiösen Organen des Wiener Cabinets, im friedlichen Sinne ausgelegt ward. Man fand darin eine starke Geneigtheit des Kaisers angedeutet, aus der gefährlichen Stellung, in welche er sich eingelassen, sich zurückzuziehen, und gab der Ueberzeugung Raum, daß die einmüthigen Erklärungen Englands und Deutschlands gegen jeden Friedenstörer und jede Friedenstörung auf ihn Eindruck gemacht hätte.

Unterdessen hatte sich die Verwickelung durch einen neuen Knoten noch mehr verschürzt. Die Union der Donaufürstenthümer, welche die Pariser Conferenzen zur vordern Thür hinausgeführt hatten, kam zur hintern Thür wieder herein. Den Divans der beiden Länder war die Wahl der Hospodare überlassen worden, und sie wählten beide eine und dieselbe Person, den

Fürsten Cusa, einen der Union eifrig ergebenen Mann. In London, Paris und Berlin zeigte man sich geneigt, die Wahl als eine vollendete Thatsache anzuerkennen; Oesterreich remonstrirte dagegen, ging aber den vom englischen Cabinet gemachten Vorschlag ein, die Frage der Pariser Conferenz zur Entscheidung zu überlassen mit ausdrücklichem Ausschluß der italienischen Angelegenheiten von der Verhandlung. Der Tag für die Eröffnung der Conferenzen ward auch wirklich angesetzt, und die Diplomaten der Mächte, deren Heere mit halbgezogenem Degen einander gegenüberstanden, schienen unterdessen berufen zu sein, friedlich mit einander zu unterhandeln.

Das seltsame in der ganzen Lage war, daß dem Anscheine nach eine bloße Mißstimmung der Cabinete gegen einander Anlaß zu der drohenden Kriegsgefahr gab, daß aber keines derselben Forderungen stellte, welche sich nicht durch diplomatische Verhandlungen hätten ausgleichen lassen. Den beiden Mächten England und Preußen, die bei dem Streit nicht direct betheiligt waren und die nicht wünschen konnten, daß ein localer Hader sich zu einem europäischen Kriege ausdehne, mußte vor allem daran liegen, Klarheit in die Situation zu bringen und die Mißstimmung auf bestimmt formulirte Forderungen zu reduciren. Lord Cowley, der englische Gesandte in Paris, begab sich, nachdem er sich über die Absichten Ludwig Napoleons

Gewißheit verschafft, im Auftrage seines Hofes nach Wien, um die Ansichten des dortigen Cabinets kennen zu lernen, und dann zwischen Wien und Paris direct das Vermittelungswerk mit nachdrücklicher Unterstützung Preußens zu beginnen. Während er noch unterwegs war, schien eine der Hauptschwierigkeiten sich ganz von selbst beseitigen zu wollen, indem der Papst durch seinen Staatssecretär, Cardinal Antonelli, am 22. Februar dem französischen Gesandten anzeigte, daß er (der Papst) sich für hinreichend stark in seinen Staaten halte, seinen Thron selbst zu sichern und den Frieden zu erhalten. Deshalb sei er bereit mit beiden Mächten ein Abkommen über die baldigst thunliche Räumung des päpstlichen Gebiets Seitens der österreichischen und französischen Truppen zu treffen. Lord Cowley traf am 27. Februar in Wien ein und verabredete mit dem dortigen Ministerium die Grundlagen zu Unterhandlungen, durch welche man einen befriedigenden Mittelweg für die Ordnung der italienischen Zustände ausfindig, und die Erhaltung des Friedens möglich zu machen glaubte. Sein Aufenthalt in Wien, der sich bis zum 10. März verlängerte, fiel in eine Zeit, wo die sehr entschiedenen Erklärungen aller Parteiführer im Parlamente gegen jede aggressive Politik, die Haltung Preußens und Deutschlands, die bedeutende Machtentfaltung Oesterreichs in Italien und die Demonstrationen zu Gunsten des Friedens im eigenen

Lande, die so weit gingen, daß der gefügige Senat bei Gelegenheit der dem Prinzen Napoleon zu verwilligenden Dotation sich sehr kräftig gegen einen für Frankreich fremde Interessen zu führenden Krieg ausgesprochen, eine friedliche Rückströmung der Politik der Tuilerien zu Wege gebracht hatten.

Der Moniteur mußte am 5. März einen friedenverheißenden Artikel in die Welt schicken und war naiv genug zu glauben, daß man seinen Versicherungen Frankreich habe gar nicht außerordentlich gerüstet, Glauben schenken werde; Prinz Napoleon trat den 8. März aus dem Ministerium, wodurch der eigentliche Führer der Kriegspartei beseitigt zu sein schien, Frankreich erklärte Sardinien blos im Falle eines Angriffs von Seiten Oesterreichs vertheidigen zu wollen, in Paris und Wien fand man die von Lord Cowley empfohlenen Verhandlungsunterlagen annehmbar, und Alles gab sich der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens hin, obgleich Oesterreich auf die Unanfechtbarkeit der Verträge bestand, die es nach 1815 mit den einzelnen Staaten von Italien abgeschlossen, und Sardinien die Kriegsbereitschaft der österreichischen Armee mit der Einberufung seiner Contingente erwiederte und von Freiwilligen und Deserteuren aus den anderen italienischen Staaten Freischaaren zu bilden anfing. Da verwandelte sich die Verhandlung, die unter der Vermittlung Englands und Preußens blos zwischen den

beiden Hauptbetheiligten, Frankreich und Oesterreich, stattfinden sollte, um keine neuen Verwickelungen durch auftauchende Nebenfragen entstehen zu lassen, am 22. März auf Rußlands Vorschlag plötzlich in einen Congreß der Mächte, der in einer neutralen Stadt zusammentreten sollte, um den Verwickelungen zuvorzukommen, welche, durch die Zustände Italiens herbeigeführt, die Ruhe Europa's stören könnten. Frankreich stimmte sofort bei, gleich darauf auch England und Preußen, und auch Oesterreich erklärte seine Bereitwilligkeit, den Congreß zu beschicken, unter der Bedingung, daß Sardinien seine außerordentlichen Rüstungen einstelle und der Congreß nach den Grundsätzen des Aachner Congreßprotokolls vom 15. November 1818 zusammentrete, wonach die Großmächte die besonderen Angelegenheiten anderer Staaten nur auf den Antrag derselben und nach Anhörung ihrer Vertreter ordnen konnten.

Diese Nachricht von der vorläufigen Einigung der Großmächte erregte in Turin große Bestürzung, und Graf Cavour reiste den 25. März stracks nach Paris, um dort die Interessen Sardiniens zu wahren. Sein Wunsch, daß dieser Staat gleichberechtigt unter den anderen Mächten auf dem Congreß seinen Sitz einnehme, konnte nicht in Erfüllung gehen, und er mußte in diesem Punkte unverrichteter Sache nach Turin zurückkehren. Am 31. März ward gemeldet,

daß sich die fünf Großmächte auch über das aufzustellende Präliminarprogramm des Congresses vereinigt hätten, und am 7. April begannen in Paris die Verhandlungen der Conferenz über die Donaufürstenthümer. Aber dennoch hörten die Rüstungen weder in Frankreich noch in Oesterreich auf, und neue Weiterungen entstanden über die Entwaffnungsfrage. Das Wiener Cabinet verlangte zuerst allgemeine Entwaffnung, wollte sich aber dann blos mit der Zusage derselben begnügen, ohne den Zusammentritt des Congresses so lange hinauszuschieben, bis die Entwaffnung thatsächlich stattgefunden habe. Frankreich machte den Gegenvorschlag, für die Entwaffnung Piemonts sorgen zu wollen, wenn Sardinien und alle anderen italienischen Staaten eingeladen würden, an dem Congreß Theil zu nehmen. Da Oesterreich sich dazu nicht verstehen konnte, suchte Rußland den Congreß ohne Oesterreich zu Stande zu bringen, ganz wie man es 1840 mit Frankreich gemacht hatte, doch wurde sein diesfallsiger Antrag von Preußen und England mit gebührender Entschiedenheit zurückgewiesen. Sardinien wollte nur das Princip der allgemeinen Entwaffnung annehmen, wenn es auf gleichem Fuß wie die Großmächte zum Congreß zugelassen würde, erbot sich dagegen, wenn Oesterreich keine neuen Truppen nach der Lombardei schicke, seine Rüstungen nicht auszudehnen und eine rein defensive Stellung zu behalten. Diese Erklärung gab es an

England ab, und formulirte dabei zugleich seine Wünsche in Bezug auf Italien, wobei es die Rechtsbeständigkeit der Verträge von 1815 ausdrücklich anerkannte. So standen die Sachen, als am 12. April Erzherzog Albrecht in außerordentlicher Sendung nach Berlin reiste. —

Die Stellung Preußens und Deutschlands zu der brennenden Frage des Tages war eine sehr complicirte. Der deutsche Bund ist keine Macht, deren Beruf es ist, eine offensive Rolle in der europäischen Politik zu spielen, denn er ist ein Verein von Staaten zu rein defensiven Zwecken. An der Regelung europäischer Fragen kann er blos Theil nehmen, wenn er von den beiden Großmächten, die zum Theil außer ihm stehen, dazu veranlaßt wird. Dagegen hatte Preußen als europäische Großmacht darüber zu wachen, daß das Gleichgewicht der Macht in Italien nicht zum Nachtheile Deutschlands gestört werde, den Zeitpunkt aber, wo es bei einer etwaigen Verschiebung dieses Gleichgewichts einzuschreiten hatte, ganz nach eigenem freien Ermessen zu wählen, ohne sich von irgend Jemand eine Rolle aufdringen zu lassen.

Allerdings konnte Preußen, wenn es im Verein mit Gesammtdeutschland sein militärisches Gewicht für Oesterreich in die Wagschaale warf, Frankreich vom Kriege abhalten, aber nur unter der Bedingung eines Bündnisses mit England, wegen der Wehrlosigkeit der

deutschen Seeküsten, und der Neutralität Rußlands, um während seines Einschreitens gegen Frankreich nicht im Rücken angegriffen zu werden. Das Bündniß mit England war sehr precär, weil die dortige öffentliche Meinung viel mehr für Sardinien als für Oesterreich war, die Neutralität Rußlands sehr zweifelhaft, wenn man die Haltung in Erwägung zog, welche dieses Reich in der letzten Zeit gegen Frankreich und Oesterreich angenommen hatte. Preußen blieb daher die nur wenig dankbare Rolle des Vermittlers übrig. Diese war um so schwieriger durchzuführen, als in Süddeutschland viele Sympathien für Oesterreich herrschten, welche leidenschaftlich auf ein actives Einschreiten drangen, und Oesterreich bereits, mit Umgehung Preußens, bei verschiedenen Bundesstaaten vertraulich angefragt hatte, welches Verfahren sie im Fall eines Krieges zwischen Oesterreich einerseits und Frankreich und Piemont andererseits beobachten würden. Antworteten diese Staaten im Sinne einer activen Theilnahme am Kriege, so wurde wahrscheinlich der Angriff von den Besitzungen Oesterreichs in Italien ab und auf Deutschland gelenkt, das durchaus kein Interesse hatte, den Hader um die Ausdehnung der österreichischen Machtsphäre in Italien auf seinen Feldern ausfechten zu lassen. Ein solches Hereinziehen Deutschlands in den Krieg wollte Preußen durchaus nicht dulden, so unpopulär es sich dadurch in einem Theile Deutschlands

machte. Aber schlugen sich Oesterreich und Frankreich in Italien, so konnte leicht das deutsche Bundesgebiet verletzt werden, und dann mußte Preußen zum Einschreiten bereit stehen. Dazu traf es auch in aller Stille Vorkehrungen. Bereits am 13. März hatte es Bayern, Württemberg und Baden auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, die in ihrem Gebiet liegenden Bundesfestungen in Vertheidigungsstand zu setzen, und diesen Staaten wegen der Dringlichkeit der Zeitverhältnisse vorgeschlagen, nicht den langsamen Weg der Beschlußnahme des Bundestages zu gehen, sondern es vor der Hand auf eigene Kosten zu thun. Dieser kürzere Weg wurde jedoch nicht beliebt, und Preußen setzte nun wenigstens Luxemburg in die nöthige Verfassung und that für Mainz soviel an ihm lag. Auch die Kriegsbereitschaft seiner drei Bundesarmeecorps war bereits beschlossen.

Erzherzog Albrecht brachte nach Berlin die Nachricht von dem Entschluß Oesterreichs, an Sardinien ein Ultimatum zu stellen, binnen drei Tagen zu entwaffnen, und suchte für diesen Schritt die Unterstützung des Berliner Cabinets zu gewinnen. Dieses erklärte ihm unverholen, in welchen genau gemessenen Grenzen sich seine Politik bewegen würde, und rieth sehr entschieden von dem Ultimatum ab, da es sich nach Ablauf weniger Tage klar herausstellen müsse, ob es Frankreich aufrichtig um Erhaltung des Friedens zu

thun sei, und da das Ultimatum umsomehr als ein bloßer Ausfluß der Erbitterung gegen Sardinien erscheinen werde, als Oesterreich ja erklärte, die Verhandlung über die gegenseitige Entwaffnung mit Frankreich fortsetzen zu wollen. Es engagire durch seine Aufforderung an Sardinien Frankreichs Ehre in der Kriegspolitik und erreiche nicht einmal den Vortheil, rasch aus der seine finanziellen Kräfte aufzehrenden Ungewißheit herauszukommen, ob es vor einem Angriffe Frankreichs sicher sei. Das Berliner Cabinet schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß seine Vorstellungen Eingang gefunden hätten, und hatte mittlerweile im Verfolg seiner früher gefaßten Pläne in Frankfurt die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres beantragt, und dieselbe selbst für drei seiner Armeecorps angeordnet. Erzherzog Albrecht hatte Berlin nur wenige Stunden erst verlassen, als daselbst die überraschende Nachricht eintraf, daß Oesterreich am 22. April doch noch das Ultimatum an Sardinien hatte ergehen lassen. Dadurch kam Preußen wegen der Gleichzeitigkeit seiner Anträge auf Kriegsbereitschaft und der österreichischen Sommation in den unangenehmen Verdacht, seine Vermittlerrolle nur als Deckmantel benutzt zu haben, um Oesterreich zur vollständigen Entwickelung seiner Streitkräfte in Italien Zeit zu verschaffen. Es verwahrte sich zwar sehr bestimmt dagegen, aber die Gefahr, wider seinen Willen und wider Deutschlands

Interesse in den Krieg verwickelt zu werden, war um vieles näher gerückt. Wie Preußen legten auch England und Rußland gegen das von Oesterreich eingehaltene Verfahren Verwahrung ein, aber die Kriegswürfel waren gefallen. Am 23. April wurde das österreichische Ultimatum in Turin überreicht, am 26. Abends um $5^1/_2$ Uhr übergab Graf Cavour die verneinende Antwort Sardiniens, und am 29. April erschien das Kriegsmanifest Oesterreichs, worauf von Paris aus sofort Befehl erging, eine französische Armee zur Unterstützung Sardiniens in Italien einrücken zu lassen. Von nun an hatte nur noch das Schwert über den Fortbestand der österreichischen Herrschaft in Italien zu entscheiden, denn auch Kaiser Napoleon hatte erklärt, den Degen nicht eher in die Scheide stecken zu wollen, als bis er Italiens Unabhängigkeit bis zur Adria gesichert.

Fünfzehnter Abschnitt.

Experimente im Innern.

Die Finanzen Oesterreichs. — Industrie und Schwindel. — Telegraphen. — Post. — Eisenbahnen. — Die Presse. — Unterrichtswesen. — Das Concordat. — Bild der inneren Zustände des Reichs bis zum Ausbruch des Krieges.

Ehe wir die Kriegsereignisse erzählen, welche die absolutistische Aera Oesterreichs wie mit einem Gottesgericht abgeschlossen, sind wir genöthigt, noch einen Blick auf die inneren Zustände des Kaiserreichs zu werfen, wie sich dieselben auf einzelnen Gebieten bis zum Zusammenbruch des ganzen Systems gestalteten.

Die schon öfter beleuchteten Finanzoperationen Bruck's hatten ihren Höhepunkt erreicht. Es war gelungen, sich und das Land in eine angenehme Täuschung zu wiegen und mit großem Eclat ward es allen Völkern verkündet, daß das größte Meisterstück der Neuzeit gelungen, daß die Finanzen und der Credit Oesterreichs nach den schweren Katastrophen wieder

auf's glücklichste geordnet seien. Niemand zweifelte in Oesterreich daran und überall zeigte sich daher auch Vertrauen und Hoffnung; der Credit stieg und mehr und mehr schwand das hohe Agio, ja es gelang endlich, die Valuta gänzlich wieder herzustellen. Die Zehnkreuzer-Scheine wurden aus dem Verkehr gezogen und eine Münzconvention mit den deutschen Staaten war abgeschlossen worden, wonach Geld mit neuem Zinsfuß in Oesterreich eingeführt werden sollte. Mit dem ersten Januar 1858 sollte die Bank wieder jede ihr präsentirte Note in Silber auslösen — und kaum schien ein Zweifel möglich, daß nun das größte Kunststück der modernen Finanzpolitik gelungen sei. Bruck hatte schließlich noch durch den Verkauf der Südbahnen und den sich aus der Einziehung der alten Banknoten ergebenden Gewinn die Silbervorräthe der Bank seiner Meinung nach in mehr als genügender Weise beschafft.

Gerade an demselben Neujahrstage, an welchem der faktische Beweis von der Gesundheit der österreichischen Finanzen geleistet werden sollte, erfolgte der bekannte Neujahrsgruß Napoleon's an den Baron Hübner. Wie mit Zauberschlag war das kunstvolle Werk Bruck's zerstört: der Credit sank, das Agio stieg, die Bank stellte ihre kaum aufgenommenen Baarzahlungen wieder ein. Die Aussicht auf einen Krieg war noch lange nicht sicher, als die Finanzzustände Oesterreichs

bereits wieder in jenen trostlosen Zustand versetzt waren, in dem sie Herr von Bruck vorgefunden. Es war dies, so viel man auch auf Rechnung der politischen Verhältnisse, der Rüstungen, schieben mochte, doch gewiß auch ein Beweis, daß es mit der Reconvalescenz der Finanzen nicht bedeutend bestellt war, wenn ein Windstoß das ganze Gebäude mühsamster Arbeit, furchtbarer Anstrengungen und Kosten über den Haufen werfen konnte.

In der That, Bruck hatte sein Ziel nicht erreicht, nach einem dornenvollen Wege sah er sich endlich wieder an dem Ausgangspunkt seiner Thätigkeit und konnte sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, er habe ein kostbares Experiment ohne Nutzen gemacht. Von diesem Momente an brach auch sein Selbstvertrauen, die eigene Täuschung über seine Kraft hielt diese sanguinische Natur nicht mehr in Spannkraft, der Ehrgeiz für Radicalkuren starb ab. Der Ausbruch des italienischen Krieges machte ihn vollends verwirrt; das Londoner Anlehen bewies ihm, daß er Oesterreich keinen Deut Credit im Auslande mehr verschafft hatte — so gab er muthlos und gebrochen Alles hin, was er in vier Jahren durch schwere Opfer des Landes dem Staate für den Aufbau seines Finanzsystems erworben hatte, er gab es hin, wissend, daß es das Letzte war, was er gab. So folgten die niederdrükkendsten Manipulationen, die Autorisation der Bank

zu einer Notenausgabe von 133 Millionen Gulden, die Suspension der Baareinlösung der Coupons aus dem Nationalanlehen.

Wenn irgendwie die Bezeichnung „Neu-Oesterreich" im guten Sinne eine Gültigkeit hatte, so betreffs der materiellen Bedürfnisse, denen von der Regierung nach den Anforderungen der Zeit gebührende Rechnung getragen wurde. Handel und Industrie wurden außerordentlich begünstigt und brachten ein Sichüberstürzen der volkswirthschaftlichen Kräfte hervor, das die Keime eines unheilvollen Rückschlages in sich barg. Die schwankenden Cursverhältnisse gaben dem neuen Tarif zwischen Oesterreich und dem Zollverein eine ganz eigenthümliche Bedeutung und trieben die Industrie in eine Richtung, welche auf die kranken Verhältniße des Staats speculirte und dadurch momentane Vortheile erzielte, die natürlich bei einer Besserung der Creditverhältnisse in's Gegentheil sich kehren mußten. Daher kam das Wohlgefallen der großen Industriellen an dem kranken Zustand des Staats, die Furcht vor Herstellung normaler Verhältnisse, der Trieb dagegen zu arbeiten; daher entsprangen in Oesterreich die falschen Prämissen für die Volkswirhschaftslehre und das eigene Blindmachen für gesunde Anschauungen. Der Glanz des wirthschaftlichen Lebens hatte so etwas Falsches und keinen echten Inhalt.

Die Verkehrsmittel mußten mit diesem Aufschwung

in Verhältniß gebracht werden und darin leistete die Regierung großes, wenn auch nicht immer Weises und Nützliches. Die Post wurde den Zeitanforderungen gemäß reorganisirt und vergrößert, wiewohl die Schwerfälligkeit des österreichischen Controll- und Bureauwesens nicht so leicht zu beheben ging und in dieser Hinsicht der Zopf noch hängen blieb. Ein großartiges Telegrafennetz wurde errichtet und namentlich dem Bau von Eisenbahnen eine große Vorliebe gewidmet.

Schon 1854 war ein neues Concessionsgesetz für Eisenbahnen erschienen, welches die früheren vorgeschriebenen Förmlichkeiten bedeutend verfachte, das Maximum der Concessionsdauer von 50 auf 90 Jahre hinausrückte, bei wichtigen Linien eine Betheiligung der Staatsverwaltung und Zinsengewährleistung eröffnete und die Feststellung der Fracht-Tarife der Regierung zuwies. Am 10. November erfolgte dann die Bekanntmachung des Eisenbahnnetzes für die Monarchie,*) wobei der politisch-centralistische Gedanke merklich die Hauptrolle spielte, indem alle Bahnen ihren Mittel- und Schwerpunkt in der „Reichshauptstadt" Wien fanden.

Sofort wurden die meisten der projectirten Linien in Angriff genommen und bereits nach zwei Jahren umfaßte die Summe der Eisenbahnen in Oesterreich $1{,}564\,^1|_2$ Meile, während 1854 noch kaum die Höhe

*) Czörnig, Oesterreichs Neugestaltung. S. 370 ff.

von 524 Meilen erreicht war. Indem die Regierung damit den Anforderungen der Neuzeit entsprach und auch dem Handelsverkehr damit einen gewaltigen Aufschwung verlieh, suchte sie zu gleicher Zeit damit Geschäfte zu verbinden und den erschöpften Kassen baaren Geld zuzuführen. Sie verkaufte fast alle von ihr erbauten oder angefangenen Bahnlinien an Privatgesellschaften nach und nach und in einer finanziellen Calamität sogar ihre rentabelsten und sehr theuer, fast verschwenderisch hergestellten Linien an eine französische Gesellschaft für den niedrigen Preis von 80 Millionen Silber. Der Bau der Semeringbahn war der bedeutendste, den die Regierung unternahm. Er ist in Wirklichkeit von großartigem Charakter und bei alledem doch nur eine Prahlerei des Herrn von Bruck, um eine der schwierigsten Bahnen schwieriger und kunstvoll anzulegen. In einer Zeit finanzieller Noth war ein solches Unternehmen nicht eben räthlich und um so weniger, als der Bau weniger großartig und also auch weniger theuer hergestellt werden konnte, um den Zweck zu erfüllen. Nachdem die Millionen an diesem Bau verwendet und verschwendet waren, verkaufte man ihn, um den Fehler gar groß zu machen, unterm Werth, weil man Geld brauchte. Das waren keine reellen Geschäfte und solche Vorgänge kennzeichneten den Schwindel der Staatsökonomie, der auch in der Geschäftswelt sich vornehmlich geltend machte.

Weniger von neuem Geist eines aufgeklärten Absolutismus getragen, ja geradezu verwerflich, waren die Reformen und Experimente, welche man hinsichtlich des geistigen Lebens der Nation unternahm. Das Bach'sche System zeigte hier seine übelsten Folgen und näherte sich vielfach einem jesuitischen. Die Presse war vollständig niedergeworfen und einer Willkür ohne Gleichen preisgegeben. Die schlimmste Art des Regierens fand ihr gegenüber statt; man unterwarf sie unbestimmten Gesetzen, unklaren Decreten, die je nach Laune und Bedürfniß und ohne daß es dagegen gesetzliche Hilfe gab, zu Ungunsten der Journale ausgelegt werden konnten. Gesetze und Gerichte gab es für die Presse nicht. Die Behörde konnte confisciren, verwarnen, ein Journal unterdrücken, ohne daß dem Betroffenen der Grund davon angegeben zu werden brauchte und ohne daß ihm ein anderer Weg der Protestation übrig blieb, als der des zweifelhaften Rekurses an das Ministerium. So wurde jeder Geist, der doch nur durch Opposition frisch bleibt, aus der österreichischen Presse getrieben und die Journalisten waren gezwungen, sich in einen Styl hineinzuarbeiten, der die Wahrheit ihrer Meinung nur zwischen den Zeilen herauslesen ließ. Der österreichische Buchhandel litt nicht minder darunter und begnügte sich nicht, um in keine Collisionen mit einem unbestimmt gehaltenen Preßgesetz zu kommen, Bücher exacter Wissenschaft,

oder Romane und niedere Literatur zu verlegen, wodurch er natürlich in der seit jeher schon nicht bedeutenden Achtung des Auslandes nicht stieg, sondern noch mehr fiel.

Im Unterrichtswesen ging man von dem Bach'schen Prinzip aus, daß die neue Generation für die Politik nicht erzogen werden dürfe. Die Universitäten wurden zuerst reformirt und hier namentlich auf Kosten höherer geistigen Ausbildung den materiellen Gegenständen besondere Pflege geboten. Ebenso bildete man den Gymnasialunterricht um: es war die Ordnung des Lehrplanes gegen sonst wohl aller Anerkennung werth, denn wenigstens konnten die Schüler jetzt etwas lernen; aber der Geist, in dem gelehrt werden sollte, war kleinlich, engherzig und von einem geistfeindlichen System vorgeschrieben, abgesehen davon, daß die Schablonenmanier des Unterrichts, wonach in der ganzen Monarchie in ein und derselben Stunde ein und derselbe Gegenstand docirt wurde, denn doch alzu fabrikmäßig aussah. Dagegen erwarb sich Graf Thun, der das Unterrichtswesen am meisten im Sinne Bach's gestaltete, dadurch Verdienste, daß er die Realschulen vermehrte und den schreiendsten Mangel an Schulen abschaffte. Aber dies Alles wird doch durch die Methode beschattet, welche der Unterricht erhielt und dem selbst der Privatunterricht unterworfen wurde. Es sprach am besten gegen das System, daß die meisten

der Gebildeten in Oesterreich ihren Kindern Privatunterricht geben ließen oder sie ins Ausland in Schulen schickten, um sie nur nicht dem heimischen Unterrichtsgeist preiszugeben.

Namentlich die Reformen im Cultuswesen, vom Geist der Unduldsamkeit und des Obscurantismus erfüllt, gaben dem österreichischen Unterrichtswesen einen abstoßenden Charakter. Die Stützen des neuen Systems sollten, wie wir schon dargestellt haben, Armee, materielle Interessen und Clerus sein. Für Alle hatte man bei dem Neubau reservirte Plätze bereitet, es konnte nicht fehlen, daß auch dem Clerus sein Theil wurde. Dank dem diplomatischen Geschick des Erzbischofs von Wien, Cardinals Rauscher, und dem Einflusse, den sich die Geistlichkeit auf einen Theil des kaiserlichen Hofes errungen hatte, bekam der Clerus den Löwenantheil, so daß selbst die Armee, die vielbegünstigte, mit Neid und Groll gegen die Geistlichkeit erfüllt wurde, ungerechnet die von oben ignorirte Antipathie und Besorgniß des Volks.

Die Geistlichkeit sollte die neue Generation für die Zwecke des Staats erziehen, das Volk mit dem alten Respect vor der unfehlbaren Autorität erfüllen, in Schule, Haus, Familie die Disciplin aufrecht erhalten, damit der Staat fromme und nur an ihr geistiges Wohl im Himmel denkende Unterthanen erhalte. Lange unterhandelte man über die Art und Weise, wie

dies geschehen solle. Die Regierung mochte der Geistlichkeit auch nicht allzuviel Gewalt geben, der Clerus konnte deren nicht genug haben. Ueberall fast war seine Herrschaft erschüttert; da Oesterreich seiner bedurfte, sollte es auch einen hohen Preis zahlen. Und Oesterreich zahlte ihn. Am 18. August 1855 wurde das Concordat zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem Papst durch den Cardinal Rauscher abgeschlossen, und eine 1856 in Wien tagende Conferenz aller katholischen Erzbischöfe und Bischöfe des Kaiserreichs entwarf die Durchführungsbestimmungen des Concordats.

Geist und Inhalt desselben widersprachen nur zu sehr der Aufklärung und den Ideen unserer Zeit, die doch durch alle Verträge nicht aufgehoben werden können. Das Concordat gab der katholischen Kirche den ganzen Geist des Reiches preis, es trennte die Kirche vom Staat, machte diese zu einer Souverainin über die wichtigsten Angelegenheiten des Staats, über Erziehung und über die Familie. Jeder Geistliche wurde ein privilegirter Mann, über den der Staat kein Recht hatte; Orden und Klöster wurden wieder massenhaft errichtet, die Jesuiten wieder protegirt. Protestanten, Griechen und Juden verfielen einem mittelalterlichen Intoleranzgesetz; ein Ehegesetz erschien mit den drükkendsten Bestimmungen, namentlich für Akatholiken. Die Separatartikel des Concordats sprachen hauptsächlich allen Anschauungen der Gegenwart Hohn; aber

nichts destoweniger war der Cultusminister Graf Leo Thun stolz darauf, Oesterreich mit dem Concordat beglückt zu haben. Wir citiren einige dieser Separatartikel:

1) Die angelegentlichste Sorge Sr. Majestät geht dahin, daß bei den Universitätsstudien Glaube und Frömmigkeit blühen. Die so hochgesteigerte Wissenschaftlichkeit unserer Tage ist aber von Irrthümern wie von Wolken überzogen, welche das Licht der Wahrheit brechen. Zur Obsorge für die rechte Ordnung und Leitung in den Studien werden daher die Bischöfe die Stelle von Erzkanzlern an den Universitäten vertreten. 2) Zur Prüfung der Candidaten für den theologischen Doctorgrad werden ausschließlich Katholiken beigezogen. 4) Es steht den Bischöfen frei, im Einvernehmen mit dem Staat eine katholische Universität unter ihrer Abhängigkeit zu gründen. 5) Kein Rechtsgelehrter wird zur Professur des canonischen Rechts zugelassen ohne Einvernehmen des Diöcesanbischofs über seinen Glauben und über seine Lehre. 6) An der Universität zu Pesth, welche stiftungsgemäß eine katholische ist, werden in Zukunft blos Katholiken als Professoren angestellt, gegenüber der bisherigen Praxis, ausnahmsweise auch Akatholische zuzulassen. 7) Candidaten der Theologie, wenn sie bereits in das Seminar aufgenommen werden, oder das geistliche Kleid tragen und Klosternovizen sind, sind von Militair-

dienſten befreit. 8) Für Religionslehrerſtellen an Gymnaſien und mittleren Schulen ſchreiben die Biſchöfe den Concurs aus, übermitteln die Concursacten der Regierung und bezeichnen den, welchen ſie für den würdigſten halten. 9) Die Unterdrückung religions- und ſittengefährlicher Bücher iſt eine gemeinſame Angelegenheit der Kirche und des Staats, und der erhabene Kaiſer wird kein Mittel unverſucht laſſen, ſie von ſeinem Reiche fern zu halten. Er wird daher für die Ausführung der Geſetze zur Zügelung der ſchriftſtelleriſchen Vermeſſenheit Sorge tragen und die Wünſche der Biſchöfe in dieſem Betreff einläßlich berückſichtigen. 18) Sollte es etwa geſchehen, daß eine kirchliche Corporation rechtsgemäß aufgehoben würde, ſo werden die Pfründen, auf welche ſie präſentirte, der freien Vergebung des Biſchofs anheimfallen, ſoweit dies die canoniſchen Beſtimmungen vorſchreiben. 19) Se. Majeſtät beabſichtigt der Bildung von Brüderſchaften und Genoſſenſchaften, die die Kirche billigt und empfiehlt, ſowie der Verrichtung von Werken der Barmherzigkeit durch Vereinigung der Kräfte, keinerlei Hinderniſſe in den Weg zu legen. Es muß jedoch Vorſorge getroffen werden, damit ſich nicht unter dem Deckmantel frommer Genoſſenſchaften Verbindungen bilden, die dem Staate und der Kirche ſelbſt gefährlich werden könnten. Die Anwendung einiger Vorſichtsmaßregeln wird daher geboten ſein, doch ſoll das Ur-

theil des Diöcesanbischofs bei Gründung einer Genossenschaft immer wesentlich in Betracht kommen 20) Die Erzbischöfe und Bischöfe werden in keiner Weise gehindert werden, in mildthätigen Anstalten das, was die Religion und das Gesetz des christlichen Lebens betrifft, kraft des ihnen zustehenden Hirtenamtes zu verwalten. Wie sehr es der Wunsch Sr. Majestät ist, immer und überall für die Beförderung der Religion und der Sittlichkeit zu sorgen, kann man auch daraus entnehmen, daß die Gefangenen, die Strafanstalten in jüngster Zeit zum großen Theil der Obhut geistlicher Gesellschaften übergeben worden sind.

Mit diesem Concordat stellte sich die Regierung in den Kreis eines unzugänglichen Absolutismus, der sie dem Volk gänzlich entfremdete. Ueber alles individuelle und geistige Recht traf sie drakonische Bestimmungen drückender Art und keine der so oft und noch von der Reaction versprochenen bürgerlichen und Staatsfreiheiten wurde gegeben. Was davon noch gesetzlich bestand, wurde durch Decrete inhibirt, wie die Gemeindeverfassungen, die man vollständig ignorirte und nach dem System der unterthänigsten Ergebenheit nach oben gewaltsam umformte. Da konnte es nicht ausbleiben, daß sich das Volk für verrathen und zum Sclaven eines rücksichtslosen Absolutismus erniedrigt hielt. Es trug die Ketten, weil es mußte; aber der Groll gegen die Regierung, dieses apathische Ertragen

aller Leiden, dieses Aufgeben aller Hoffnungen, diese tiefe düstere Resignation — dies Alles trat, als die Regierung wieder in der Noth des Volkes bedurfte, wie ein kalter Feind ihr entgegen und machte sie ohnmächtig, ließ das System von selbst elendiglich und von Keinem bedauert beim ersten strafenden Blick der Nation zusammenbrechen.

In Oesterreich sah es traurig und trübe aus, denn zwischen Volk und Regierung lag eine große Kluft, deren Ueberbrückung kaum noch möglich schien. Das unglücklichste Prinzip leitete die Machthaber: sie sahen das Regieren als ein Polizeigeschäft an, als eine Pflicht, die Masse zu drücken, zu foltern, zu einem stupiden geistlosen Leben zu zwingen. Sie sahen im Volke einen Feind, den sie knebeln müßten und dem sie keine Freiheit gönnen dürften, weil sie dessen Rache fürchteten. Das böse Gewissen macht allein zum Tyrannen und die raffinirte Tyrannei des Bach'schen Systems entsprang dem Schuldbewußtsein, Versprechungen nicht gehalten zu haben, die Völker willkürlich zusammengedrückt, unterjocht und mit Hohn beleidigt zu haben. Wie konnte es anders sein, als daß auch das Volk Haß und Groll gegen seine Regierung im Herzen trug, Glaube und Vertrauen in alle Versprechungen und auf ehrlich gemeinte Verwaltung verloren gingen, und in den Anschauungen der Meisten der Staat des Kaisers mit seinen Beamten, Soldaten und

seiner Clerisei wie ein feindlicher dem Staat des Volks gegenüber betrachtet wurde? Und sei es nun Naivität oder Hohn: die Regierung appellirte fort und fort trotz alles Absolutismus an die Liebe und das Vertrauen der österreichischen Völker, wenn sie von ihnen Geld oder Recruten brauchte. Das Volk zahlte, das Volk gab seine Söhne hin, weil es mußte, aber es opferte Alles dies im Bewußtsein, daß sein Feind neue Ketten daraus schmieden werde.

Ja, es war ein Staat im Staate gewaltsam geschaffen worden! Der eine bestand aus dem unterdrückten Volk, der andere aus dessen Unterdrückern und beide waren bittere Feinde. Der Soldat, aus dem Volk hervorgegangen, wurde schnell zum Gegner desselben erzogen und da er wußte, daß er Werkzeug des verhaßten Absolutismus war und sein mußte, trat er auch überall als der Feind des Volkes auf.

Nun aber kam der Krieg über das Land und die Regierung brauchte in ihrer Noth das Geld der unterdrückten Völker, seine Söhne, sein Blut. Sie selbst, stark genug zum Frohnvoigt des Landes war zu schwach einen Krieg zu führen. Nun sollten die Gefangenen ihr helfen, nun sollten sie all Ungemach und allen Hohn vergessen, nun wollte man ihnen die Ketten abnehmen, damit sie ihre Peiniger seit Jahren aus der Noth befreien helfen gegen eitle Versprechen, um dann, hatten sie den Sieg errungen, von Neuem in das

Verließ zu wandern. Jetzt sprachen kaiserliche Manifeste mild zum Volke und appellirten an dessen Patriotismus, an dessen Liebe zur Dynastie, als wäre zehn Jahr lang nichts gethan worden, diese Gefühle zu ersticken! Und die Völker, großmüthig wie immer, und selbst noch in ihrem Unglück für die Ehre ihres Daseins lebend, — die Völker gaben ihr letztes Geld, sie sandten ihre Kämpfer hinaus gegen den Feind. Aber nicht mit Freuden — o nein! Sie thaten ihre Schuldigkeit, doch sie flehten im Stillen zu Gott, daß der Landesfeind siegen möge und die eigene Armee geschlagen werde. Warum? Weil nur dann Rettung aus der Noth zu hoffen war, nur dann noch eine Rettung des ganzen Vaterlandes aus den Ketten eines systematischen Absolutismus, den die Welt haßte. Eine Niederlage der eigenen Armee, der Verlust einer Provinz, dies Alles war traurig, aber wenn dadurch das Vaterland und seine Freiheit errungen wurde, so war das Opfer nicht zu groß. Schlimm genug, daß ein unseliges System es so weit bringen mußte, daß das Volk das Verderben des Staats im Staate als seine Rettung ansah!

Sechszehnter Abschnitt.

Der italienische Krieg.

Die Oesterreicher überschreiten den Tessin. — Die Franzosen in Piemont. — Gefecht bei Montebello. — Garibaldi und Urban. — Gefecht bei Palestro. — Gyulai. — Schlacht bei Magenta. — Räumung Mailands und Rückzug an den Mincio. — Schlacht bei Solferino. — Niederlage der Oesterreicher. — Waffenstillstand. — Der Friede von Villafranca. — Oesterreich und Preußen. — Folgen des Krieges.

Wochenlang vorher wußte Europa, daß der Krieg in Italien unausbleiblich sei und dennoch wurde es durch den jähen Beginn desselben Seitens Oesterreichs überrascht. Dem Ultimatum folgte unmittelbar der Einmarsch der Oesterreicher in piemontesisches Gebiet: Oesterreich hatte thatsächlich den Krieg begonnen, es war der Angreifer. Am 29. und 30. April 1859 überschritt die österreichische Armee den Tessin. Die Hauptmacht drang in der Mitte der Angriffslinie auf Novara und von dort auf Vercelli an der Sesia vor, sich gegen Casale an den Po wendend. Der Ober-

befehlshaber Graf Gyulai, ein Cavalier bester Art, aber als Feldherr zu Nichts berufen, schlug sein Hauptquartier in Mortara auf. Die Südabtheilung marschirte von Pavia und Piacenza aus in das sardinische Tiefland.

Unter leichten Gefechten zogen sich die Piemontesen vor den anrückenden Colonnen der Oesterreicher zurück und postirten sich zwischen Casale und der Festung Alessandria. Hier erwarteten sie die verbündeten Franzosen, und Dank der Unfähigkeit, Unentschlossenheit und Halbheit der österreichischen Kriegsleitung, diese kamen ungehindert und rechtzeitig an den Po.

Zu Schiffe nach Genua und zu Fuß auf den Straßen des Mont Cenis war die französische Hilfsarmee, anfänglich 60—70,000 Mann stark, nach dem wahrscheinlichen Schlachtfelde geeilt. Am 12. Mai kam der Kaiser Napoleon selbst nach Alessandria, und die Vorspiele zum Kampf nahmen nun ihren Anfang. Gyulai zog nun seine Macht hinter Vercelli zusammen und schien den Angriff, anstatt ihn zu machen, abwarten zu wollen. Er saß ruhig in Garlasco, als die Franco-Sarden ihren Angriffsplan beriethen.

Nach den Anhäufungen der Franzosen gegen den linken Flügel der Oesterreicher zu schließen, sah man bei Montebello dem ersten Zusammenstoß entgegen. Hier rückte Baraguay d'Hilliers vor; im Centrum bei

Alessandria standen die Corps von Canrobert und Mac Mahon, auf dem linken Flügel General Niel. Die Piemontesen unter Cialdini waren im Centrum und auf dem linken Flügel.

Gyulai ließ am 20. Mai, um die Stellung und Stärke des Feindes kennen zu lernen, eine starke Recognoscirung von Stradella aus gegen den französischen rechten Flügel, unter Graf Stadion's Leitung, machen. Ein blutiges Gefecht entspann sich dadurch bei Montebello, welches mit dem verlustreichen Rückzug der Oesterreicher endete.

Die Verbündeten benutzten diese Gelegenheit ihrerseits durch unvermutheten Angriff die Oesterreicher in Verwirrung zu setzen. Am 21. Mai griff Cialdini bei Vercelli die Oesterreicher ungestüm an und drängte sie bis gegen Orfengo. Hier jedoch trafen die Verstärkungen ein und diese brachten das Gefecht zum Stehen.

Zu gleicher Zeit fiel Garibaldi, der als piemontesischer Generalmajor ein starkes Freicorps führte, in die Lombardei ein und insurgirte das Land bis zum Lago Maggiore.

Gyulai schloß daraus, daß man die Zersplitterung seiner Kräfte wolle und glaubte den Plan des Feindes dadurch zu vereiteln, daß er sich gerade im Centrum stärkte und gegen Garibaldi das fliegende Corps Urban's operiren ließ. Aber Urban erlitt gleich anfangs

derartige Niederlagen, daß er sogar Como preisgeben mußte und die Insurrection im Norden der Armee festen Fuß faßte. Alle Drohungen nützten dagegen Nichts: die nördliche Lombardei rüstete sich zum Aufstand und es war klar, daß er bei dem ersten Unglück der Oesterreicher in helle Flammen aufschlagen würde. Vergeblich suchte Urban Garibaldi's Schaaren zu schlagen. Der so hochmüthig betrachtete Freibeuterzug des kühnen Parteigängers, der an Popularität in Italien der mächtigste Mann war, gestaltete sich zu einem glänzenden Kriegsmanöver und die Prahlereien der Oesterreicher, diesen Banditen zu fangen und aufzuhängen, sein Corps wie eine Räuberbande zu vernichten, schlugen in sehr demüthige Niederlagen aus. Urban besetzte einmal Varese und ließ es plündern, das war die einzige Heldenthat, die er aufzuweisen hatte. Nach derselben drängten ihn die Garibaldi'schen Freischaaren und die Insurrectionen zum wirren Rückzug. Er floh mit seinem zerstreuten, hungrigen Corps ohne Ziel zurück, immer voller Angst, überfallen und von den nachgerückten Franzosen vernichtet zu werden. Er irrte in Wahrheit herum, bis die Niederlage der Armee ihn in den allgemeinen Wirbel der Retirade mit hineinzog.

Während Gyulai mit der concentrirten Armee zwischen Mortara und Pavia stand und keine Ahnung von den Plänen des Feindes hatte, ließ dieser durch die Eisenbahn eine starke Truppenmacht nach Vercelli

bringen, um von hier aus die Oesterreicher anzugreifen. —

Am 30. Mai eröffnete König Victor Emanuel mit seinen Piemontesen die Attaque. Er stürzte sich auf die österreichischen Divisionen bei Vinzoglio und Palestro und trieb letztere schnell zurück. Erst nachdem sie bis Palestro gewichen, hielten die bestürzten Oesterreicher zur tapfersten Gegenwehr Stand. In diesem Dorf entbrannte ein furchtbares Handgemenge, in dem namentlich die französischen Zuaven zum ersten Mal ihre Mordtaktik gebrauchten, welche bald einen Schrecken vor ihnen hergehen ließ. Die Uebermacht entschied zuletzt. Die Oesterreicher räumten Palestro nach gewaltigen Verlusten und zogen sich erschöpft bis Robbio, eine Stunde vom Kampfplatz, zurück. Am nächsten Morgen suchte Gyulai, der die Situation noch immer nicht erkannte, die Schlappe vom vorigen Tage dadurch gut zu machen, daß er seine Truppen zum Angriff auf die an 80,000 Mann starke Macht der Verbündeten bei Palestro beorderte. Anfangs glückte die Forceattaque der Oesterreicher und die Tapferkeit der Piemontesen bot vergebens Alles auf, den Ort zu halten. Aber die wüthenden Stürme der Zuaven änderten schnell den Stand der Dinge: eine österreichische Batterie wurde nach wahrem Mordkampfe genommen, die Oesterreicher selbst wichen zuletzt der wüthenden Tapferkeit Victor Emanuel's, der sie bis

Confienzo verfolgte. Das Gefecht bei Palestro, das an tausend Menschenleben kostete, war eine zweite Niederlage Gyulai's.

Bei Novara drängten die Franzosen am 31. Mai gleichfalls die Oesterreicher zurück, so daß dem Feinde plötzlich die Straße nach Mailand offen lag. So war die Ueberflügelung Gyulai's geschehen und der sorglose Feldherr mußte über den Tessin auf lombardisches Gebiet retiriren, um hier wenigstens dem Feinde den Marsch auf Mailand zu wehren.

Am 2. Juni standen bereits die Corps von Zobel, Schwarzenberg und Liechtenstein bei Magenta, um hier die Eisenbahnbrücke zu vertheidigen. Gyulai ging nach Mailand, wo er eine herrliche Tafel hielt und die schönsten Pferde probirte. Die übrigen österreichischen Corps mußten in Geschwindmärschen nach Magenta, wo an 100,000 Mann Franzosen zum Angriff bereit standen. Die Reserven Gyulai's kamen bei Magenta erschöpft und hungrig an, als die Schlacht schon auf ihrer Höhe stand, einige kamen sogar erst, als der Feind bereits Herr des Schlachtfeldes war. Gerade bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, wie viel von der Verpflegung und der maßhaltenden Bewegung der Truppenkörper im Felde abhängt. Auch das schwere Gepäck der Oesterreicher erwies sich als ein großes Hinderniß bei der modernen Kampfweise und nicht minder die Schwerfälligkeit der Trains, die alle Be-

wegungen der Armee lähmten und in der Noth gar keine Dienste zu bieten vermochten. Wie immer ruinirte auch diesmal eine kopflose Verwaltung des Heeres, die sogar Verrath übte, und eine unfähige Leitung die österreichische Armee, deren heroische Tapferkeit sich von jeher immer in den Niederlagen bewies, welche ihr ihre Feldherren verschafften.

Am 2. Juni begannen bereits die Franzosen den Uebergang bei Buffalora zu forciren. Die Oesterreicher zogen sich, nachdem sie die Brücke vergeblich zu sprengen versuchten, zurück. Am 3. Juni fand schon der Hauptangriff statt. Napoleon selbst führte die Armee über den Tessin, an 100,000 Mann stark, und durch Reserven überdies gut gedeckt. Die Turkos mit ihrem viehischen Geheul und mit blankem Bajonnet eröffneten den Kampf bei Turbigo und Robecchetto in wüthender Weise. Die Oesterreicher, zum Theil von Entsetzen über diese afrikanische Kriegsweise ergriffen, wichen zurück und standen am Morgen des 4. erschöpft und kaum halb so stark als der Feind in der ungünstigsten Stellung zwischen dem Tessin und den Kanälen und Bächen der Sesia. Zum Glück rückte noch am Morgen ein Theil des Clam-Gallas'schen Corps in die Schlachtlinie. Von Turbigo aus stand nun die Armee bis zur Brücke von Magenta.

Gegen Mittag des vierten Juni stürmten die französischen Garderegimenter in die Flanke der Armee

und setzten sich unter dem furchtbarsten Feuer in Ponte di Magenta fest. Zwar gelang es dem Corps Reischach mit großer Tapferkeit den Feind hier wieder zu vertreiben, aber wegen Mangels jeder Oberleitung und Unterstützung durch Truppen konnte der Sieg nicht ausgebeutet werden. Im Gegentheil, die frisch anrückenden Truppen Canroberts überwältigten nach hitzigem Kampfe die Oesterreicher und deren endlich anrückende Verstärkungen fanden einen weit überlegeneren Feind vor. Zuletzt entschied der Gewaltstoß Mac Mahon's, der schnell die Gefahr erkannte, in der Louis Napoleon schwebte, und auf eigene Faust hin sein Corps von Buffalora nach Magenta führte, die Oesterreicher wüthend in der Flanke angriff und dadurch total aufrollte. Vergeblich war Gyulai gerufen worden. Er saß in Mailand bei Tafel und beachtete die dringenden Depeschen seiner Generale gar nicht, obwohl er den Kanonendonner von Magenta hörte. Und als er endlich doch erkannte, daß eine Schlacht geschlagen wurde, ritt er mit seinem Stabe aus Mailand heraus und producirte auf der Wiese vor der Stadt seinen arabischen Hengst. Seine Suite wurde derart darüber entrüstet, daß sie sich von der Reiterproduction abwandte und allein auf's Schlachtfeld eilte.

Hier hatten die braven, verlassenen Truppen mit wunderbarer Ausdauer lange Zeit den doppelten Kampf gegen Canrobert und Mac Mahon, und in bedeutender

Minderzahl ausgehalten. Schritt um Schritt wichen sie, decimirt in ihren Reihen, bis nach Dorf Magenta. Die einzelnen Corps der Oesterreicher, auf ihre Selbsterhaltung bedacht, kämpften zuletzt jedes auf eigene Faust. System und Oberbefehl gab es nicht, jedes Regiment, jede Compagnie handelte nach Gutdünken jede Korporalschaft stand auf sich selbst angewiesen da. Diesem Mangel an Oberbefehl ist es auch zuzuschreiben, daß wankende Truppenkörper, wie das ungarische Regiment Don Miguel und mehre Compagnien des italienischen Regiments Erzherzog Sigismund zum Feinde übergingen und die in Gefahr schwebenden Colonnen es vorzogen, sich gefangen nehmen, denn niedermetzeln zu lassen.

In Magenta selbst hielt der Kern der Oesterreicher nochmals Stand. Die ersten wüthenden Angriffe der Franzosen wurden heroisch abgeschlagen, bis zuletzt auch hier gewichen werden mußte. Ein Straßenkampf ohne Gleichen wüthete in dem Dorfe. Die aufgelösten österreichischen Bataillone fochten an einzelnen Punkten, bis sie vernichtet oder gefangen waren, und als endlich der Cavalier Gyulai, Oberfeldherr der Armee, auf seinem Vollbluthengste auf das Schlachtfeld kam, fand er die ganze Truppenmasse in regelloser Flucht hierhin und dorthin, ohne einen gemeinsamen Sammlungsort zu kennen.

Es war abends acht Uhr, als Magenta erobert

war. Der heiße Schlachttag hatte an 14,000 Todte und Verwundete gekostet und über 7000 Gefangene. Auch der Verlust des Feindes war groß. Er selbst gab denselben zwar nur auf 3000 an, aber man greift nicht zu hoch, wenn man ihn auf 9—10,000 Mann schätzt. —

Noch in dem Augenblick, als die Schlacht verloren war, kam ein österreichisches Corps unter Prinz von Hessen nach Magenta und versuchte durch mehrere Stürme das Geschick zu wenden, den gleichfalls erschöpften Feind zum Weichen zu bringen. Aber vergeblich. Die Uebermacht der Franzosen schlug auch dieses tapfere Corps zurück und es retirirte bis nach Robecco, wo man mit aller Anstrengung die Fliehenden zu sammeln suchte. Es war ein Glück für die Oesterreicher, daß der Feind zu erschöpft war, um eine kraftvolle Verfolgung zu unternehmen. Graf Gyulai suchte seine Niederlage zu bemänteln und behauptete, einzelne Corps hätten sich ohne sein Wissen vom Kampfplatz entfernt. Wenn dies geschah, so lag es jedenfalls daran, daß kein Oberbefehlshaber ihnen Ordre während eines Kampfes zukommen ließ, der sie vernichtete. Die Armee wußte recht gut, an wem die Schuld der Niederlage lag, und die öffentliche Meinung Europa's hatte nur ein Verdict. So mußte denn Graf Gyulai, um der Armee Vertrauen zu geben, den Oberbefehl nach seinen Niederlagen trotz aller

Gunst des Kaisers niederlegen. An seine Stelle trat der Reitergeneral Schlick, eine tapfere Persönlichkeit, die nebst Heß und Benedek zu den populärsten in der Armee gehörte.

Nach der Schlacht bei Magenta konnte man vermuthen, daß Mailand verloren sei. Es war nicht anzunehmen, daß eine geschlagene Armee vor den Thoren Mailands in den nächsten Tagen noch eine Schlacht annehmen werde. Auch rückten die Verbündeten, nachdem sie einige Tage gebraucht, sich zu erholen, auf Mailand los und Mac Mahon und Baraguay d'Hilliers trieben nach blutigem Kampfe in Malegnano die Nachhut Benedek's auf Lodi zurück, so daß die Straße nach Mailand den Siegern offen stand.

Im Laufe des 5. Juni räumten die Oesterreicher über Hals und Kopf Mailand, wo bereits Alles zum Aufstande gerüstet war. Die fliehenden Truppen vernahmen noch das Vivatgeschrei der Mailänder zu Ehren Italiens und seiner Befreier. Es war wohl eine schwere Prüfung nach einer verlorenen Schlacht, im eigenen Lande verwünscht und mit Hohn im Unglück bedacht zu werden, eine erschöpfte, decimirte Armee mit ihren Tausenden von Verwundeten, flüchtenden Beamten und Familien, durch ein insurgirtes Land rastlos führen zu müssen! Eine verlorene Schlacht, und die Herrschaft Oesterreichs in der Lombardei brach zusammen!

Noch an demselben Abend erschienen die ersten Franzosen in Mailand, am 7. Juni zog Mac Mahon daselbst ein. Er war zum Dank für sein rechtzeitiges Eingreifen während der Schlacht zum Herzog von Magenta erhoben worden. Am 8. hielt Victor Emanuel mit dem Kaiser der Franzosen unter der Begeisterung des Volks seinen Einzug in Mailand, begrüßt als König Italiens, als Befreier des italienischen Volks, aufrichtiger, allgemeiner wie 1848! Und an demselben Tage, als sollte die Mahnung eine doppelte sein, starb in Wien Fürst Metternich, der Träger des alten Systems, welches bei Magenta eine todtbringende Niederlage erlitten.

Wir enthalten uns, die Feste zu beschreiben, welche das enthusiastische Mailand seinem neuen Herren zu Ehren gab. Wir folgen statt dessen dem traurigen Rückzug der Armee. General Urban retirirte nach der Schlacht bei Magenta vor Garibaldi's Freischaaren von Como hastig an die Adda. Die Hauptarmee selbst zog sich in Eile und theilweis in unbeschreiblicher Verwirrung, oft tagelang ohne Nahrung, hinter die Adda und dann bis hinter den Mincio zurück, gefolgt von dem Feinde und ängstlich bedacht, sich in dem Festungsviereck von Verona zu erholen, Venedig vor der Flotte und dem durch Toscana anrückenden französischen Corps unter Prinz Napoleon (Plom-Plom) zu schützen. Am 18. Juni war der Rückzug beendet

und nun übernahm der Kaiser selbst den Oberbefehl über die Armee. Er war in's Hauptquartier von Verona gereist, begleitet von Graf Grünne, seinem Günstling.

Erst dieser große hastige Rückzug ließ erkennen, wie schwer die Armee geschlagen war, wie planlos man von Anfang an gehandelt. Man mußte bis in die Festungen zurück, um eine neue Operationsbasis zu gewinnen, einen neuen Plan fassen zu können. Dieser neue Plan bestand darin, plötzlich zum Angriff überzugehen, den Feind zu überraschen und dadurch zu schlagen. Feldzeugmeister Heß hatte jetzt bedeutenden Einfluß im Kriegsrath, aber doch war der Wille des thatendurstigen und seinem Günstling Grafen Grünne nachgiebigen Kaisers der entscheidende.

Es war beschloßen, über den Mincio auf vier Punkten in einer langen Linie mit der ganzen Armee, 180,000 Mann stark, zu gehen und die Stellungen des Feindes zu recognosciren. Konnte man den Feind überraschen, wollte man ihn angreifen; fand man ihn gerüstet, so sollte keine Schlacht angeboten werden.

Am 23. Juni brach die Armee auf und rückte auf vier Punkten über den Mincio. Die halbe Armee war früh Morgens noch beim Abkochen, als der Feind sie bereits wohlgerüstet angriff und die hungrigen Truppen in einen blutigen Kampf geführt wurden. Die Spione der Franzosen hatten dem Kaiser Napoleon

rechtzeitig Kunde gebracht und so kam es, daß er seinerseits nun mit 200,000 Mann die Oesterreicher überraschte. Vergebens wollte Heß den Rückzug veranlassen, um der Schlacht auszuweichen. Der Kaiser befahl die Schlachtaufstellung, welche mehr als zwei Meilen Ausdehnung hatte und daher an vielen Punkten nur schwach sein konnte. Den rechten Flügel commandirte Benedek, den linken Wimpffen, das Centrum bei Solferino General Schlick und der Kaiser selbst. Man hoffte mit den langen Flügeln die Verbündeten erdrücken zu können und so eine entscheidende Schlacht zu gewinnen.

Der Feind erkannte diesen Plan und beschloß nun seinerseits, das schwache Centrum der Oesterreicher mit aller Macht zu durchbrechen und dadurch die Armee zu theilen. Während die Piemontesen Ordre erhielten, Benedek aufzuhalten und einige französische Corps gegen Wimpffen operirten, führte Napoleon die Hauptmacht gegen das steilgelegene Dorf Solferino, wo das Centrum der Oesterreicher seine Hauptstütze besaß. Hier lag die Entscheidung des Tages.

Zwei französische Divisionen unter Mac Mahon eröffneten den Angriff auf Solferino. Die Oesterreicher wurden bis in das Dorf getrieben und hier entwickelte sich nun einer der blutigsten und verzweifeltsten Straßenkämfe. Die Kaiserjäger und das Regiment Reischach decimirten den Feind durch ihre Schüße

hinter den Hecken hervor und aus den Fenstern heraus. Drei Stunden wüthete der Kampf unentschieden, als die Franzosen Verstärkungen erhielten und zugleich von einem Hügel her das Dorf mit ihren weittragenden gezogenen Kanonen bestrichen. Zugleich drang der Feind von Cassiano her gegen Solferino vor.

Der Herzog von Magenta hatte in der Ebene gegen Cassiano und Mariana hin heftige Gefechte bestanden, in welchen auch die Cavallerie beider Heere Gelegenheit fand, sich zu messen. Die afrikanischen Jäger zu Pferde, die besten Reiter der Franzosen, maßen sich mit den Hußarenregimentern der Division Mensdorff, während zugleich ein Artilleriekampf entstand, in welchem die Franzosen ihre Ueberlegenheit bewiesen. Dies führte dann zu Angriffen der französischen Divisionen Deesaux und Partounaux, welche jedoch zurückgeworfen wurden, und es entwickelte sich ein hin und her wogender Kampf mit wechselnden Erfolgen. Jetzt aber drang die vorerwähnte Division des 2. Corps, geführt vom General de la Motterouge auf San Cassiano los, umging dies zu schwach besetzte Dorf von beiden Seiten, und warf die Oesterreicher hier sowohl, wie von den umgebenden Höhen. Das 45. Linienregiment und das Regiment der afrikanischen Tirailleurs (die Turkos) nahmen diese Positionen mit einem wilden Anlauf und setzten sich dort

fest, Solferino und Cavriana nach beiden Seiten hin bedrohend.

Es war Mittag vorüber, als die tapferen Vertheidiger von Solferino keine Möglichkeit mehr sahen, den blutigen Platz länger zu halten. Das ganze 5. Corps, die Brigade Bils und Puchner sowohl, wie die herbeigezogenen Brigaden Koller und Gaal, sammt allen Reserven, standen im Feuer; mit Hülfe der letzteren war der dritte Sturm zurückgeschlagen worden, aber die Höhen zur Linken blieben verloren, und als die französische Gardedivision jetzt das Dorf nahm und starke feindliche Colonnen von le Grolle heranrückten, blieb nichts übrig, als an den Rückzug zu denken. —

Nur der Kirchhof und der Felskegel darüber wurden von dem Regimente Reischach mit äußerster Hartnäckigkeit noch lange vertheidigt. Ein schreckliches Morden entstand hier auf den Gräbern und auf den steilen Abhängen. Von Bajonnetstößen und Kugeln durchbohrt stürzte mancher Kämpfer kopfüber in die Tiefe, endlich aber sammelten sich die Franzosen, von den verschiedenen Regimentern zu einem Sturmkeil und mit einem letzten fürchterlichen Anlauf erreichten sie das Plateau und den Thurm, in welchen sich der Rest der Vertheidiger zurückgezogen hatte. Die österreichischen Verstärkungen erschienen zu spät, um Solferino zu retten.

So zog sich die Armee nach Cavriana zurück, kämpfend mit dem nachdrängenden Feind, erschöpft vom langen Kampf, ohne Nahrung seit Tags vorher. Auch Cavriana wurde geräumt und Dank einem furchtbaren Gewitter, man konnte unbelästigt die Brücken des Mincio wiedergewinnen.

Das Durchbrechen des Centrums bei Solferino nöthigte die beiden Flügel der Armee auch zum Rückzug. Der linke Flügel hatte standhaft die wüthenden Angriffe Niel's und Canrobert's ausgehalten und ein blutiges Gefecht bei Robecco bestanden. Um 4 Uhr Nachmittags erhielt dieser Flügel nun den Befehl zum Rückzug; er wich auf Guidizzolo, wo er bis Abends 10 Uhr blieb und wandte sich dann gleichfalls nach dem Mincio.

Glücklicher noch hatte der rechte Flügel unter Benedek gegen die Piemontesen gekämpft. Der Kampf um S. Martino war einer der hitzigsten des Tages und die piemontesische Tapferkeit erwies sich hier wohl ebenbürtig der österreichischen. Benedek hatte den Sieg endlich in Händen, als er den Befehl zum Rückzug erhielt und er führte nun zornig seine Truppen nach Pozzolengo. In der Nacht und am Morgen des 25. Juni rückte die ganze österreichische Armee über den Mincio zurück. Sie hatte an dem blutigen Tage an Todten, Verwundeten und Gefangenen über 22,000 Mann verloren, darunter 4 Generale und

600 Offiziere. Aber auch der Feind hatte furchtbar gelitten. Die Franzosen gaben ihren Verlust selbst auf 12,000 Mann an, die Piemontesen auf 6000.

Die Schlacht von Solferino war eine große Niederlage für Oesterreich. Die Armee mußte in den Festungen ihre Stützpunkte suchen und eine offene Feldschlacht vorläufig vermeiden. Schon am 27. Juni rückte der Feind über den Mincio und am 29. vereinigte sich mit ihm noch das Corps des Prinzen Napoleon vor Mantua. Die Belagerung Verona's mußte nun das nächste Ziel der Verbündeten sein.

Da verbreitete sich zum Erstaunen der Welt plötzlich die Nachricht von einem abgeschlossenen Waffenstillstande. Der Kaiser Napoteon, der Sieger, hatte ihn angeboten und zwar mit den günstigsten Bedingungen. Am 8. Juli ward er in Villafranca auf 5 Wochen abgeschlossen, aber alle Welt war einig, daß, wie unglaublich es auch war, aus ihm der Friede hervorgehen werde.

Am 8. Juli fand die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Villafranca statt. In ihr wurde der Friede stipulirt, nach welchem eine italienische Conföderation unter Präsidium des Pabstes errichtet werden sollte. Oesterreich trat die Lombardei an den Kaiser der Franzosen ab und dieser trat sie wieder an Victor Emanuel ab. Der Kaiser von Oesterreich behielt das Venetianische, welches einen integrirenden Theil der Con-

föderation bilden sollte. Eine allgemeine Amnestie wurde zugesagt.

Nach den verlorenen Schlachten war dieser Frieden immerhin glimpflich genug und wenn auch nicht eben ehrenvoll, so doch an Opfern nicht allzuhart. Die verlorene Lombardei war wiederzuerobern, denn Oesterreich sollte ja noch weiter, sowohl als eigener Souverain Venetiens, wie auch durch die Secundogenituren Toscana und Modena in Italien herrschen. Nur Parma wurde mediatisirt. Freilich, daran dachte Franz Joseph nicht, daß alle diese Stipulationen, welche in Zürich bald darauf so genau präcisirt wurden, niemals von Frankreich aufrecht erhalten werden würden und in Wahrheit Alles zu Ungunsten Oesterreichs ausfiel was ihm zu Gunsten stipulirt war.

Die Ursache, weßhalb Napoleon so hastig Frieden suchte, war unstreitig die Sorge, daß der Krieg, bisher so kurz und glücklich, größere Dimensionen annehmen und eine andere Wendung nehmen könnte. Der Hauptzweck war übrigens erreicht. Oesterreich war gedemüthigt, und wie einst Rußland, mußte es der Mäßigkeit des Siegers noch Dank wissen. Eine verlorene Schlacht, und der Kaiser Napoleon war in der übelsten Lage. Zudem rüstete Preußen und sehr leicht konnte ein Krieg am Rhein losbrechen, zu dem Napoleon im Augenblick die Kräfte und vor Allem die Lust fehlten. Ihm auch war der Friede nothwendig, wollte

er der Revolution, die er schon in Italien aufgerufen, nicht ganz unterthan werden. Noch konnte er über das Schicksal Italiens nach Laune gebieten und durch Oesterreich, wenn er ihm den Frieden gab, Cavour's große Politik durchkreuzen. Auch er ahnte nicht, daß ihm die Zügel aus der Hand genommen werden sollten und Cavour das freie Italien mit Energie und Erfolg einigen und emancipiren werde. Unstreitig aber wurde Graf Rechberg, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs, bei den Friedensunterhandlungen von Louis Napoleon gewaltig dupirt. Um Oesterreich zum Eingehen der vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu bewegen, gebrauchte nämlich die französische Diplomatie die Lüge, Preußen habe die Vermittlung des Friedens unter für Oesterreich entschieden ungünstigen Bedingungen erstrebt, derart, daß Louis Napoleon nichts Schlimmeres biete, als das vermittelnde Preußen. Man zeigte dem Grafen Rechberg sogar ein darauf bezügliches Actenstück und der österreichische Minister wurde dadurch bestimmt, den Frieden schnell abzuschließen. Es galt, Italien preis zu geben und in Deutschland festen Fuß zu behalten und Preußen hier mit seinen angeblichen Herrschergelüsten entgegenzutreten.

Aber Graf Rechberg war betrogen worden, denn das Actenstück war falsch oder gefälscht, wie bald darauf zur Evidenz hervorging. Preußen war eben

im Begriff, kräftiger denn je für Oesterreich aufzutreten, als der Friede abgeschlossen wurde. Es hatte redlich die Vermittlung angestrebt, und jetzt schob das Manifest des österreichischen Kaisers seiner Zögerung die Schuld zu, den Krieg beenden zu müssen und die österreichischen Journale schrieen über den Verrath Preußens. Die Publication der Noten des Herrn von Schleinitz widerlegte bald diese Anklagen; aber der Groll blieb in Oesterreich gegen Preußen, weil es sich nicht ohne Weiteres mit in den Krieg stürzte.

Aber war es dazu verpflichtet? Hatte Oesterreich nicht seit 1850 Preußen derart gedemüthigt, um auf eine aufopfernde Freundschaft rechnen zu dürfen? Würde der Krieg, den Preußen für Oesterreich begonnen hätte, nicht ihm alle Gefahren allein zugeführt haben? Oesterreich besaß 800,000 Soldaten; damit konnte es doch füglich eine Provinz vertheidigen, die nicht zum deutschen Bunde gehörte. Jedenfalls muß man so gerecht sein, zu bedenken, daß für Preußen der Krieg keine Pflicht und keine absolute Nothwendigkeit war, und die Freundschaft mit Oesterreich nicht derart, um für dasselbe die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Aber das Unglück war, daß Oesterreich Preußen als seinen Vasallen ansah und dieses sich seine Selbstständigkeit bewahren wollte. Es verlangte von ihm Alles und handelte doch dabei nach eigenem Ermessen und ohne Rücksicht auf Preußen. Es begann

den Krieg und beendete ihn jäh, ohne an Preußen zu denken. Kein Wunder, daß auch hier kein Vertrauen Platz griff.

Das Ende des italienischen Krieges bildet den Anfang eines neuen Zeitabschnittes, dessen Schilderung nicht mehr in unserer Absicht liegt. Wir haben in Kurzem die Ereignisse des Krieges erzählt, weil sie den Abschluß der Lehrjahre Oesterreichs bilden. Die Isolirung Oesterreichs, die italienische Politik Napoleons, die großartige Diplomatie Cavours, die Beiseiteschiebung der österreichischen Erzherzöge, die in Toscana, Modena und Parma geherrscht, die Annexionen und die endliche Constituirung eines einheitlichen Italiens — dies Alles sind große Abschnitte einer neuen Geschichte. Wir werfen nur noch einen Blick auf die Folgen, welche der Krieg unmittelbar für Oesterreich hatte. Bei Magenta und Solferino war das alte System, das bureaukratisch-absolutistische Regime vernichtet worden, das war der Gewinn für das Land aus den Niederlagen der Armee. Der Cynatten'sche Prozeß brauchte nicht zu kommen, um von der Demoralisation des Reiches Zeugniß zu geben. Die Stützen des Systems hatten sich beim Sturme nicht bewährt und die Apathie des zehn Jahre lang niedergedrückten Volkes ward durch den Kanonendonner plötzlich verscheucht. Ueberall regte es sich in Hoffnung und in Groll. In Ungarn begann die nationale Agitation

von Italien her um sich zu greifen; in Wien sah das Volk höhnisch auf die hilflose Regierung, die nun aus Noth wieder mit ihrem Volke Frieden machen mußte. Die Noth zwang zum Einlenken in das liberale Fahrwasser — ob die bessere Einsicht mit dazu kam, daran mußte die Nation wohl vorläufig zweifeln.

Siebzehnter Abschnitt.

Die constitutionellen Reformen.

Das Ministerium Goluchowski. — Augustprogramm. — Einberufung des verstärkten Reichsraths. — Die Thätigkeit desselben. — Die Parteien. — Maager über die Presse. — Der Principienkampf. — Der Majoritätsantrag. — Das Minoritätsgutachten. — Maager verlangt eine Reichsverfassung. — Schluß des verstärkten Reichsraths. — Das Octoberdiplom. — Die Landesstatute und ihre Aufnahme. — Wahlordnung für die Gemeindevertretungen. — Ministerium Schmerling. — Programm desselben. — Neue Wahlordnung. — Umbildung des Ministeriums. — Die Februarverfassung.

Herr von Rechberg war an Stelle Buol-Schauenstein's getreten, um den italienischen Krieg zu führen. Graf Goluchowski löste nun Herrn von Bach nach dem Frieden von Villafranca ab, um das Regierungssystem zu ändern. Dieser Wechsel fand im August 1859 statt und noch in demselben Monat erließ das neue Ministerium sein Programm, welches liberale Regierung, constitutionelleres System, namentlich in

Finanzsachen durch Berufung eines Reichsraths nach Wien, und Gewerbefreiheit versprach. Die Gewerbefreiheit wurde schon ein halbes Jahr später wirklich eingeführt, und nach vielem Zögern und Zaudern endlich auch eine constitutionelle Form erfunden, vornehmlich bestimmt, den tieferschütterten Finanzen zu Hilfe zu kommen.

Ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 stellte die Grundzüge der seit zehn Jahren wiederholt versprochenen österreichischen Verfassung auf. Danach sollte die Einheit der Monarchie streng aufrecht erhalten bleiben, den einzelnen Kronländern jedoch eine Landesvertretung zum Organ einer gewissen Selbstverwaltung dienen. Ein in Wien tagender, von drei zu drei Jahren neuerwählter Reichsrath hatte die Centralisation und Einheit des Reichs zu repräsentiren. Der schon bestehende Reichsrath wurde zu diesem Behufe in einen „verstärkten" umgewandelt, und für die ersten Berathungen bis zur Constituirung der Landesvertretung ernannte ausnahmsweise der Kaiser die außerordentlichen Mitglieder desselben. Bei der durch mannigfache Enttäuschungen hervorgebrachten Apathie des politischen Lebens in Oesterreich nahm die Bevölkerung diese Anfänge einer Verfassung mit Gleichgiltigkeit entgegen, um so mehr, als sowohl die Zugeständnisse theils noch bloße neue Versprechungen waren, theils in Nichts den allgemeinen Wünschen entsprachen;

andererseits aber auch die Verstärkung des alten, seit seinem Bestehen wirkungslosen Reichsraths zu gar keinen Erwartungen zu berechtigen schien. So kam es, daß diejenigen der vom Kaiser ernannten Reichsräthe, welche vor Beginn der Eröffnung dieses Körpers ihrer Würde entsagten, durch die Sympathien des Volks entschädigt wurden.

Am 31. März wurde der verstärkte Reichsrath durch den Kaiser selbst eröffnet. Seine Aufgabe sollte nun darin bestehen, die finanzielle Lage der Monarchie zu prüfen, seinen Rath zur Abhilfe der Finanzcalamität zu geben; sonst aber hatte er keine Beschlüsse zu fassen, ebensowenig eine selbstständige politische Thätigkeit zu verrichten. Als Präsident fungirte der Erzherzog Rainer; die Gesammtzahl der Mitglieder selbst war 58, darunter 11 Magyaren, 18 Slaven und Rumänen, 24 Deutsche und 5 Italiener. Adelige gab es 35, Bürgerliche 23.

Schon die ersten neun Sitzungen indessen, während welcher die Regierung dem Reichsrath die genauen Berechnungen aller Einnahmen und Ausgaben der Staatsverwaltung, sowie die bereits darin gemachten Ersparungen zur Prüfung übergab, zogen die Aufmerksamkeit des gebildeten Publikums an. Es entwickelte sich ein heftiger Kampf um die Sprachenfrage und eine besonders von den Ungarn unterhaltene Opposition gegen die Regierung und gegen das bisherige

System. Man war so wenig gewöhnt an die rücksichtslose Sprache, welche diese Opposition führte, und hatte eine solche so wenig vermuthet, daß man die eigentlichen Beweggründe dazu gar nicht prüfte, sondern an der bloßen Thatsache dieser Opposition um so mehr Befriedigung empfand, als sie wirkliche Gebrechen des Staates berührte. Von einem klaren Bewußtsein über die in Oesterreich existirenden Parteien konnte bei dem Mangel allen politischen und öffentlichen Lebens nichts oder nur wenig vorhanden sein. Im Allgemeinen war das Volk Partei gegen die Regierung und das bisher verfolgte System. Daß die Opposition im Reichsrath gerade von den Ungarn ausging, fiel nicht allzusehr auf, weil diese erstens durch ihre Betheiligung an den früheren Landtagen meist parlamentarischer gebildet waren, dann aber auch ein Land vertraten, welches mehr denn je mißvergnügt über das herrschende Regierungssystem war und besonders seine Sprache und seine alten Sitten eifersüchtig überwacht.

Am 11. Juni wurde der Reichsrath bis auf so lange vertagt, als das erwählte Comité von 21 Mitgliedern die Finanzvorlagen geprüft und seinen Bericht darüber abgefaßt haben würde. Mit mehr als gewöhnlichem Interesse erwartete jetzt ein großer Theil der Nation die Wiedereröffnung der Sitzungen; man fühlte, daß der Reichsrath durch seine Haltung unmerklich zu einer politischen und von den Sympathien

des Volks getragenen Macht geworden war, der gegenüber die Regierung die gewohnte Bevormundung nicht ausüben würde. Die dem Reichsrath vom Kaiser neuerdings ertheilte Verheißung, zur Erhöhung der alten oder Erhebung neuer Steuern nur mit seiner Genehmigung zu schreiten, schien ein Beweis von der über Erwarten erhöhten Bedeutsamkeit der durch die Verstärkung auch umgebildeten Körperschaft zu sein.

Inzwischen entpuppten sich in dem Einundzwanziger-Comité die Parteien. Man konnte davon drei unterscheiden: die Ungarn, welche nur an die Wiederherstellung ihrer früheren Verfassung dachten und deßhalb gegen Alles Opposition machten; dann die Aristokraten, welche mehr oder minder die alten ständischen und gutsherrlichen Befugnisse zurückwünschten und damit eine Lockerung der Reichseinheit; endlich die Liberalen und Unschlüssigen, vielfach Deutsch-Bürgerliche, welche die Einheit der Monarchie, wie sie bestand, und baldigen Aufbau der inneren Verfassung und Gemeindeselbstständigkeit begehrten. Als den politisch Geschiedtesten gelang es den Ungarn, sich mit den Aristokraten zu einigen. Sie meinten, daß es ihnen nicht nur um Selbstständigkeit Ungarns, sondern überhaupt um Anerkennung der historisch-politischen Individualität, d. h. der früheren Adelsvorrechte und ständischen Gliederung zu thun sei. Daraufhin schloßen

sich die Aristokraten und die für Selbstständigkeit einer Specialnationalität Oesterreichs schwärmenden Comitémitglieder den Ungarn an, die sich somit eine Mehrheit der Stimmen sicherten, welche vornehmlich ihren Zwecken dienen mußte, da sie jedenfalls das klarste Ziel unter Allen vor Augen hatten. Zu den Stimmführern der Ungarn gehörten die Magnaten Szechen, Barkoczy, Andrassi, Apponyi, Majlath und Szögyenyi. Als Führer der Feudalen, die mit ihnen einen Pakt geschloßen, galt der Graf Clam-Martinitz. Diesen schloß sich noch ein Theil der Clerikalen und Südslaven an. — Als Stimmführer der anderen Partei zeigten sich der Bürgermeister Dr. Hein, Freiherr von Lichtenfels und Dr. Straßer.

Am 10. September erst konnten die Sitzungen wieder eröffnet werden und sie folgten nun ununterbrochen bis zum 27. Alle Posten des Staatshaushaltes wurden einzeln kritisirt und vom Comité dabei die entsprechenden Anträge gemacht. Die einzelnen Mitglieder nahmen dabei Gelegenheit, ihre persönlichen oft fulminanten Kritiken zu üben, die Regierung über Einzelnes anzuklagen, den Comitéanträgen ihre besonderen Zusätze beizufügen. Die Versammlung faßte alsdann über jeden Punkt ihren Beschluß, meist nach Antrag des Comités, das in seiner Majorität sehr scharfe Formulirungen gebraucht hatte.

Aber mehr und mehr wurde mit diesen Prüfun-

gen des Staatshaushalts eine zersetzende Kritik der allgemeinen Zustände des Reichs verbunden, da sich von Hause aus Allen die Ueberzeugung aufgedrungen hatte, daß die finanziellen Uebel Oesterreichs in dessen politischen Mißständen begründet wären. Durch diese oft sehr stürmischen Debatten, zeigte sich immer klarer, welchen Zielen und Sonderinteressen die Parteien im Geheimen zusteuerten und wie wenig Vertreter der allgemeinen Interessen Oesterreichs und des österreichischen Volks im Reichsrath saßen.

Bei Gelegenheit der Prüfung des Etats vom Cultusministerium zog der Reichsrath Maager, Präsident der Kronstädter Handelskammer, die Lage der Protestanten Oesterreichs in freimüthiger Weise hervor.

Seine Rede, welche in großen Zügen die religiösen Mißstände in Oesterreich kennzeichnete, endigte schließlich in den Antrag auf Revision des Concordats, worauf der Cardinal Rauscher, als Schöpfer desselben nach mehreren Tagen erst im Stande war zu erklären, wie thöricht und verwegen ein solches Verlangen sei. Die Majorität der Ungarn und Adeligen fand sich nicht veranlaßt, ihre sonst so reichlich fließenden schönen Worte bei dieser Gelegenheit zu verschwenden. Die feudalen Interessen schienen Grund zu haben, die clericalen zu beschützen.

Ebenfalls war es der Reichsrath Maager, der

bei Gelegenheit der Prüfung des Polizei-Ministerial-Etats zum erstenmal einem anderen großen Wunsch des Volks Ausdruck gab. Er sprach für die freie Presse.

Sein Antrag, die Presse von dem unwürdigen Drucke zu befreien, ihr den gesetzlichen Boden wieder zu geben und etwaigen Ueberschreitungen nach den Normen des Strafgesetzes und mittelst der gesetzlichen Anklage und gerichtlichen Bestrafung zu begegnen, fand merkwürdigerweise bei Allen, selbst bei den Aristokraten Unterstützung, ja in einer späteren Sitzung formulirte der Graf Clam nach Vorlesung jenes Theils des Comitéberichts, worin „das Ueberwuchern" der Administration in allen Zweigen des öffentlichen Lebens bedauert wird, sogar folgenden Zusatz: Wir sehen ferner, daß sich auf einem der wichtigsten Gebiete des geistigen Lebens, jenem der Presse überhaupt und der periodischen Presse insbesondere, die administrativen Maßregeln mit den richterlichen Functionen dergestalt begegnen und durchkreuzen, daß sie jene sichere Grenzlinie vermissen lassen, welche ein gesetzliches Einschreiten von willkürlichem Vorgehen scheidet. Bei der Wichtigkeit und Bedeutung der Presse und bei den Bedenken, welche aus dem Abgange eines gesicherten Rechtszustandes für dieselbe und in weiterer Rückwirkung für das öffentliche Wohl erwächst, stellt sich die gesetzliche Regelung der Preßverhältnisse um so entschiedener

als ein unabweisbares Bedürfniß heraus, als die bevorstehende Entwickelung des öffentlichen Lebens von einer freien Bewegung der Presse unzertrennlich erscheint.

Der Reichsrath stimmte einmüthig dafür, sogar der Cardinal Rauscher schloß sich von diesem Beschluß nicht aus; doch muß man hierbei bemerken, daß die Ungarn und Aristokraten ihre besonderen Gründe hatten, für die „Regelung der Preßverhältnisse" nicht für die „Freiheit der Presse" zu stimmen.

Den Höhepunkt der Reichstagsverhandlungen bildete der sogenannte Principienkampf, die Debatte über die im Majoritäts- und Minoritätsbericht aufgestellten Grundsätze, nach denen Oesterreich am besten und glücklichsten zu regieren sein würde.

Die Majorität hatte nämlich folgende Ideen entwickelt: Indem das Comité die verschiedenen Staatsvoranschläge einer ernsten und eingehenden Prüfung unterzogen und hierdurch Gelegenheit gefunden hat, im Sinne seines grundsätzlichen Beschlusses auch jene höheren Momente in's Auge zu fassen, durch welche eine gedeihliche Zukunft der Monarchie bedingt ist, kann es nicht umhin, am Schluße und als Ergebniß seiner Prüfungen dem hohen Reichsrathe gegenüber die tiefgefühlte und reichlich erwogene Ueberzeugung auszusprechen, daß diese gedeihliche Zukunft durch das jetzt bestehende System der inneren

Organisation der Monarchie weder gesichert noch gefördert erscheint.

Von dieser Ueberzeugung geleitet kann das Comité die Kräftigung und Sicherung des Verbandes der Länder der österreichischen Monarchie und ihrer wohlverstandenen politischen Einheit nicht in der Ignorirung der historisch-politischen Individualität ihrer einzelnen Bestandtheile, nicht in einer rein äußerlichen Gleichförmigkeit oder in Beseitigung aller historischen Anknüpfungspunkte finden — je lebhafter und tiefgewurzelter die Anhänglichkeit der Völker der österreichischen Monarchie an ihre geschichtlichen und nationalen Erinnerungen, an Institutionen ist, je inniger sich diese Anhänglichkeit mit den edelsten Eigenschaften des Volkscharakters und mit den erhabensten geschichtlichen Erinnerungen des Gesammtreiches ebenso wie seiner einzelnen Länder verknüpft, desto fester und inniger wird das Band werden, welches sie alle umschlingt, wenn eine weise und muthvolle Politik die Anforderungen der Kraft und Einheit des Reiches mit den berechtigten Strebungen seiner einzelnen Theile in Einklang zu bringen, diese als lebenskräftige Stütze des Ganzen — das Gesammtreich als schützende Garantie des Bestandes seiner einzelnen Theile aufzufassen und zu entwickeln versteht.

Eben so wenig konnte es dem Comité entgehen,

wie dies schon bei Prüfung der Theilvoranschläge ausgesprochen wurde, daß innerhalb des bestehenden Systems sich keine erheblichen Ersparungen erzielen lassen, daß diese nur dadurch erreicht werden können, wenn die verschiedenen Länder selbst an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten Theil nehmen.

Weit mehr aber noch als blos finanzielle Gründe spricht für eine ähnliche Theilnahme die unverkennbare Wahrheit, daß, nur wenn diese Theilnahme im Wege zweckmäßiger Institutionen ins Leben gerufen und geregelt wird, jener Erschlaffung des öffentlichen Geistes begegnet werden kann, welche die moralische Kraft der Staaten lähmt und vernichtet.

Soll jedoch eine ähnliche Betheiligung der Länder an den öffentlichen Angelegenheiten in's Leben treten, so kann dies nur mit Anknüpfung an früher bestandene Institutionen geschehen, da es immerhin schwierig bleibt, lebenskräftige Formen der Selbstverwaltung aufzustellen und sie mit einem entsprechenden Geist zu beleben, wo keine ähnlichen Anknüpfungspunkte vorhanden sind; jedenfalls aber dürfte es unmöglich sein, ein wahres öffentliches Leben, eine ernstgemeinte Selbstverwaltung mit Ignorirung derselben dort zu begründen, wo sie in den Gefühlen und Ueberzeugungen noch ungeschwächt fortleben.

Demgemäß findet sich das Comite veranlaßt, als

Endergebniß der Prüfung des Staatsvoranschlages und einer darauf gestützten Erwägung des moralischen und materiellen Zustandes der Monarchie seine Ueberzeugung in Folgendem auszusprechen:

Die Kräftigung und gedeihliche Entwickelung der Monarchie erheischt die Anerkennung der historisch-politischen Individualität der einzelnen Länder, innerhalb welcher die naturgemäße Entwickelung und Förderung der verschiedenen Stamm-Nationalitäten zur Geltung zu bringen ist, und die Verknüpfung dieser Anerkennung mit den Anforderungen und den Bedingnissen des gesammtstaatlichen Verbandes, demnach, bei prinzipieller Gleichstellung aller Länder der Monarchie, sowohl die Anerkennung und Begründung ihrer Autonomie in der Administration und inneren Legislation, als auch die definitive Feststellung Sicherung und Vertretung ihres gemeinsamen staatsrechtlichen Verbandes.

Diese staatsrechtliche Regelung kann aber ihre Ergänzung nur durch die Wiederbelebung lebenskräftiger munizipaler Institutionen im Sinne einer ernstgemeinten Selbstverwaltung auf dem administrativen Felde finden, und alle diese Maßregeln werden ihr Ziel nur dann erreichen, wenn sie durch die möglichste Anknüpfung an die früher bestandenen Institutionen und Rechtszustände und deren Ausgleichung und Verbindung mit den Anforderungen

aller zur Geltung gelangten politischen und gesellschaftlichen Factoren den Ueberzeugungen und Rechtsanschauungen der einzelnen Länder gerecht werden, und die im Interesse des Gesammtverbandes gebotenen Modificationen eben in jenen großen politischen Nothwendigkeiten ihre unbestreibare Begründung finden, deren Anerkennung sich keines der Länder der Monarchie entziehen kann.

Wiewohl dies Aktenstück sich in sehr geheimnißvollen Ausdrücken von „historischer Berechtigung“ und „Anerkennung der historisch-politischen Individualität“ ergeht, so leuchtet doch das Sonderinteresse der aristokratischen Partei aus der Umhüllung bestechender Phrasen genugsam hervor. Die alten Stände etwas modernisirt, damit Macht gegen die Krone durch Absonderung der einzelnen Länder, Herrschaft über das steuerpflichtige Volk, das im Adel vornehmlich seine Wohlthäter zu erkennen habe — das ist das Gerippe dieses Dokuments, indem die kundgegebenen Ideen wohl die einer kleinen, aber mächtigen Partei, doch nimmer die des österreichischen Volks sein konnten. Daß die Ungarn in allen diesen allgemein umschriebenen Aufstellungen ihre Interessen vornehmlich vertreten sahen, war klar; sie hatten nur ihre Sache drappirt, um mit Hilfe der Adelspartei die Mehrheit der Reichsrathstimmen desto sicherer zu erzielen, was zweifelhaft gewesen wäre, wenn sie offen die Wieder-

herstellung der alten Verfassung Ungarns ausgesprochen hätten. —

Die Minorität im Einundzwanziger-Comite hatte ihre Gedanken darüber, wie Oesterreichs Verfassung am besten zu gestalten sei, ebenfalls entwickelt. Sie bat, daß Se. Majestät aus eigener Machtvollkommenheit allergnädigst geruhen wolle, jene Institutionen in das Leben zu rufen, durch welche bei möglichster Entwickelung freien Selbstverwaltungsrechts in allen Kronländern und bei vollständiger Wahrung der Einheit des Reiches und der Legislation, sowie der Executivgewalt der Regierung, dann bei wirksamer und unabhängiger Controlle des Staatshaushaltes alle Interessen der Bevölkerung in der Commune, im Landtage und im Reichsrathe ihre geeignete Vertretung finden.

Auch dieses Aktenstück ergeht sich in sehr gewundenen Ausdrücken und macht den Eindruck der Unklarheit. Die Wünsche darin sind so allgemein gehalten, daß entweder die Furcht, mit der Sprache hervorzutreten, oder die Unsicherheit der politischen Ideen bei der Abfassung derselben maßgebend gewesen sein mußten. Während das Majoritätsgutachten doch immerhin etwas Bestimmtes im Hintergrunde hat, schwankt das Minoritätsvotum in der Bezeichnung dessen, was es wünscht. Man kann sich Alles dabei denken, Stände

mit Reichsconstitution. Diese Unbestimmtheit war von Hause aus ein politischer Fehler, denn die Minorität im Centrum trieb dadurch alle Schwankenden im Reichsrath, die Halt suchten, auf die andere Seite.

Ueberdies zählte die Mehrheit die glänzendsten und erfahrensten Redner. Graf Szechen, der Berichterstatter der Majorität im Comité, entwickelte in einer bestechenden Rede die Motive des Majoritätsantrages. Er sprach für die Selbstständigkeit Ungarns und die Berechtigung der verschiedenen Nationalitäten und des historischen Länderbegriffs. Das werde Oesterreich kräftig machen und „Kraft gibt Recht." Nicht minder eifrig sprach der zweite Berichterstatter und Führer der Adelspartei, Graf Clam, für das Gutachten der Comitémehrheit. Er führte aus, daß das Bewußtsein historisch-politischer Individualität nicht ausschließlich das Eigenthum Ungarns, sondern allen österreichischen Ländern eigen sei. Dieses historische Gefühl müsse daher geschont werden, und das wolle der Majoritätsantrag. Die früheren Zustände brauchten nicht einfach wieder hergestellt zu werden, denn die Zeit habe gelehrt, daß man reformiren müsse; aber das Meiste davon, besonders die Vorrechte des Adels müsse man wieder anerkennen, um Oesterreichs innere Gestaltung heilsam zu machen.

Dr. Hein, Berichterstatter der Minorität im Comité vertheidigte dagegen seinen Antrag. Er nannte

ihn sehr klar und stellte als leitenden Gedanken desselben auf, daß die Gemeinden und Länder an der Staatsverwaltung sich betheiligen und die Stimmen der Unterthanen im Rathe der Regierung Gehör und Berücksichtigung finden sollen. Deshalb möge der Kaiser Institutionen in's Leben rufen, „durch welche bei möglichster Entwickelung freien Selbstverwaltungsrechtes in allen Kronländern und bei vollständiger Wahrung der Einheit des Reiches und der Legislation, sowie der Executivgewalt der Regierung alle Interessen der Bevölkerung in der Gemeinde, im Landtage und im Reichsrathe ihre geeignete Vertretung finden würden." Als ihm nun später die Majorität achselzuckend vorwarf, er beschönige eine Repräsentativ-Verfassung, protestirte der Reichsrath Hein im Namen der Minorität der Art dagegen, als hätte man ihm einen Hochverrath zugemuthet. Mit dieser Erklärung fiel auch jede Bedeutung seines Antrages zu Boden, denn nun wußte man vollends nicht, was er verlangte.

Mitten in diesem Kampf der aristokratischen Majorität und der scheuen Staatsverfechter der Minorität trat abermals der Reichsrath Maager als derjenige auf, welcher den Wünschen und Empfindungen der österreichischen Nation im Großen, wie schon mehrfach so auch bei dieser Gelegenheit einen freien, männlichen Ausdruck gab. Er hatte bereits, nachdem das Comité seinen düsteren Bericht über die finanzielle Lage des

Staats gehalten, auf die sofortige Verleihung einer Reichsverfassung, als auf das einzige wirksame Mittel der Abhilfe gewiesen. Er kam jetzt zum Zorn der Aristokraten und zum Schrecken der Genossen des Dr. Hein darauf zurück. Er sprach unumwunden aus:

„Se. Majestät der Kaiser geruhe aus eigener Machtvollkommenheit seinen Völkern eine Repräsentiv-Verfassung zu verleihen, durch welche bei möglichster Entwickelung freien Selbstverwaltungsrechtes in allen Kronländern, bei möglichster Berücksichtigung historischer Traditionen und municipaler Einrichtungen in den einzelnen Ländern, bei möglichster Wahrung der Gleichberechtigung alle Interessen der Bevölkerung in der Commune, im Landtage und im Reichsrathe durch freigewählte Abgeordnete ihre geeignete Vertretung finden."

Die Wirkung dieser Worte war außerordentlich. Je wohlthuender sie an das Ohr der Nation schlugen, die längst wieder alle Hoffnungen begraben hatte, und je mehr der größte Theil der Gebildeten aller Länder Oesterreichs in diesem Begehr seine heißesten Wünsche ausgedrückt fand, desto scheuer wich die Minorität vor dem Muth dieses braven Mannes zurück. Das aristokratische Element, in den geheimsten Wünschen durch dies Verlangen Maagers verletzt, fiel gereizt über den im Reichsrath fast einzeln stehenden, von den Herzen

des Volks aber plötzlich umringten Mann und ließ in der Hitze des Kampfes die Maske fallen. Fürst Salm nannte das Begehr einer Repräsentativ-Verfassung Rotteck-Welcker'sche Straßenpolitik; die ganze Aristokratie zuckte vornehm die Achseln über diese liberale Theorie; Graf Nostiz hielt sogar die Monarchie für bedroht. Unter allen Reichsräthen trat nur der Freiherr von Lichtenfels dem Maager'schen Antrag, in gewisser Hinsicht wenigstens, bei.

Das Resultat dieses Antrages Maager's war: Hohnlachen der Magyaren, Fußscharren der Kavaliere, Räuspern der geistlichen Herren, verlegenes Lächeln der Beamten, Erklärung des Erzherzogs Präsidenten, daß dieser Antrag als eine Ueberschreitung der Befugnisse des Reichsraths nicht zur Diskussion kommen könne. — Im Land fand er millionenfaches Echo.

Am 27. September erfolgte endlich die Abstimmung über die beiden Comitéanträge. Das Resultat derselben hatte man schon lange vorher gewußt. Der Minoritätsantrag wurde verworfen, das Votum der Majorität mit einem ziemlich unwesentlichen Amendement des Grafen Stockau angenommen. Aber hinter dieser Mehrheit im Reichsrath stand nicht die Mehrheit Oesterreichs, sondern sie stand hinter dem Mann Maager, der in dieser hohen Körperschaft vereinzelt war. Gerade deßhalb aber hatte diese Eine Stimme ein außerordentliches Gewicht gehabt. —

So beschränkte sich die Wirkung des Reichsraths auf viel Gerede, Schmähungen und böse Kritiken, und auf ein Votum, in das Oesterreichs Volk im Großen nicht einstimmte. Schöpferische Gedanken und positive Thaten brachte er nicht zu Tage, Hoffnungen für die Monarchie erweckte er keine, für die Regelung der von ihm so scharf kritisirten Finanzzustände noch weniger; denn die Prüfung des Budgets war immer oberflächlich, wenn es die Aristokraten so wünschten, ohne Fachkenntniß im Allgemeinen und am allerwenigsten gab sie Mittel zur Besserung an die Hand.

Am 29. September schloß der Kaiser den Reichsrath. —

Aus den Verhandlungen des Reichsraths mußte nun in Balde ein positives Resultat bezüglich der Organisation Oesterreichs hervorgehen, sollten die Einberufung dieser Körperschaft und das kaiserliche Patent vom 5. März 1860 überhaupt mehr als eine formelle Bedeutung haben. Wenn irgend eine Ungewißheit in der Bevölkerung obwalten konnte, so war es darüber, ob die Regierung dem Majoritätsvotum oder den Ideen der Minorität, möglicher Weise bis zur Höhe des Maager'schen Antrags Rechnung tragen würde. Das Land, obwohl ohne rechtes Vertrauen, erwartete täglich die allerhöchsten Kundgebungen; überall und besonders in Ungarn zeigte sich eine Gährung im Volke, die lehrte, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei.

Endlich am 21. October, an demselben Tag, an dem der Kaiser nach Warschau reiste, erschienen die zahlreichen Actenstücke welche die Organisation Oesterreichs mindestens in ihren Grundzügen feststellten. Alle die Dokumente waren vom 20. October datirt. Eingeleitet wurden dieselben durch ein kaiserliches Manifest, welches ein auf Grundlage der pragmatischen Sanction erlassenes Diplom einführte. Dasselbe sollte für die Regierungsnachfolger bindend sein, bei jedem Thronwechsel an die Länder ausgefertigt und in die Landesgesetze eingetragen werden. Das Diplom verkündete, daß die gesetzgebende Gewalt künftig nur unter Mitwirkung der Landtage und des Reichsraths ausgeführt werden soll. Der Competenz des Reichsraths wurden die Finanzen des Gesammtstaates überwiesen und seine bisherigen Befugnisse wurden bedeutend erweitert. Die Aufnahme neuer, die Convertirung bestehender Anleihen, die Belastung und Veräußerung unbeweglichen Staatseigenthums waren fortan von der Zustimmung des Reichsraths abhängig. Das Zoll-, Münz-, Geld- und Creditwesen, die Grundsätze des Zettelbankwesens, sowie die des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens waren nur unter Mitwirkung des Reichsraths zu behandeln. Die übrigen Gegenstände der Gesetzgebung gehörten zur Competenz der einzelnen Landtage, und zwar für Ungarn ohne Vorbehalt und Ausnahme. Was die Gesetzgebung

für die übrigen Länder betraf, bei denen bisher eine gemeinsame Behandlung stattfand, so konnten gewisse Angelegenheiten durch die Regierung oder auf Wunsch der betreffenden Landtage auch dem Reichsrath überwiesen werden, an dessen Verhandlungen dann die ungarischen Mitglieder nicht theilnahmen. — Im Zusammenhange hiermit wurden durch eine Folge von Handschreiben des Kaisers die Ministerien der Justiz, des Cultus und des Innern als allgemeine Centralstellen aufgehoben; die Hofkanzleien für Ungarn und für Siebenbürgen wurden wiederhergestellt. Der ungarische Hofkanzler wurde Mitglied des Ministerrathes. Die oberste Leitung der administrativ-politischen Angelegenheiten der nicht ungarischen Länder wurde einem neben dem gesammtstaatlichen Ministerrath einzurichtenden „Staatsministerium" zugewiesen. Der Staatsminister hatte zugleich Sitz im Ministerrath. Ferner ward die Justiz für alle nicht ungarischen Länder durch den Präsidenten des Cassationshofes, die volkswirthschaftlichen und Handelsinteressen wurden durch den Handelsminister im Ministerrathe vertreten. Es ward ferner ein Rath des öffentlichen Unterrichts gebildet, welcher dem Ministerrath und den administrativen Behörden zu dienen hatte.

Die Zahl der durch die Landtage zu entsendenden Reichsräthe, welche im Verhältniß der Ausdehnung der einzelnen Länder, der Bevölkerung und

der Besteuerung zu vertheilen waren, ward auf Einhundert erhöht. Wegen Organisation der nicht ungarischen Länder ward der Staatsminister angewiesen, einen umfassenden Entwurf auf Grundlgae der Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen und Bezirken vorzulegen. Die Vertretung aller Klassen und Interessen bei den Landtagen ward ausgesprochen und eine alsbaldige Vorlage der Landesordnungen nach diesen Grundsätzen mit möglichster Beschleunigung der Einberufung der Landtage anbefohlen. Graf Goluchowski wurde zum „Staatsminister" ernannt; der Cultusminister Graf Thun, der Justizminister Graf Nadasdy und der Polizeiminister Freiherr von Thierry schieden aus. Dagegen ward General von Degenfeld provisorischer, bald darauf definitiver Kriegsminister, Graf Szechen Minister ohne Portefeuille, Freiherr von Mecséry Polizeiminister, Sectionschef Lasser Minister und interimistischer Leiter der Justizangelegenheiten, Baron Nicolaus Vay ungarischer Hofkanzler, Reichsrath Szögönyi zweiter Hofkanzler und General Benedek Armeekommandant in Italien.

Wie sich erwarten ließ, war man vor Allem darauf bedacht gewesen, Ungarn zu befriedigen. Die auswärtigen Angelegenheiten, das Heerwesen und die Finanzen blieben allein dem Gesammtstaat vorbehalten, in allen übrigen Beziehungen ward die Autonomie

Ungarns hergestellt und auf die alte Constitution möglichst zurückgegangen.

Wenn an und für sich schon diese Verkörperung der Hauptideen der Reichsmajorität im Volke keine großen Sympathien finden konnte, so ließ die sichtliche Begünstigung Ungarns, welches wieder das alte Königreich wurde, überdies noch ein bitteres Gefühl in den Bevölkerungen der anderen Kronländer zurück. Aus den Patenten vom 20. October ging genugsam hervor, daß die einzusetzenden Landtage der außerungarischen Provinzen in Nichts selbst den bescheidenen Hoffnungen auf eine freie Landesvertretung entsprechen würden und der Reichsrath, als ein bloßer Ausschuß der verschiedenen Landtage, schwerlich mit dem Volke einen innigen Zusammenhang haben dürfte. Gleichwohl sah man dem versprochenen „baldigen Erlaß" der einzelnen Landesstatute mit einer gewissen Spannung entgegen, weniger als erneuerter Hoffnung, als um Gewißheit über die Befugnisse der Landtage und des Reichsraths zu erhalten.

Bald erschienen nun auch die Landesstatute für einzelne Kronländer. Sie riefen im Allgemeinen nur die alten Postulatenlandtage in's Leben und die Nation wies sie daher kalt zurück. Für diesen Constitutionalismus konnte man sich nicht erwärmen. —

Nach der Publicirung der vier ersten Landesstatute trat eine Pause ein, gleichsam als wolle die

Regierung abwarten, ob sich die böse Stimmung im Lande über diese traurigen Schöpfungen des Ministeriums nicht ändern würde, oder als zögere sie, in der Publicirung der anderen Statute, den veröffentlichten schablonenmäßig nachgebildet, vorzugehen. In der That wuchs die Mißstimmung in Oesterreich von Tag zu Tag; man fühlte sich in den gerechtesten Erwartungen bitter getäuscht, und diese neue Kränkung nach so vielen rief endlich die Runzeln der Erbitterung auf die Stirn des gutmüthigsten und loyalsten Volks. Die lange, bange Furcht vor Gewalt schwand, man hob die Stirn auf wie ein Mann, der Freiheit würdig und entschlossen, sie zu erringen. — Von Land zu Land, von Stadt zu Stadt trug sich jene Bewegung der Geister fort, die großen Krisen vorangeht. Die Presse schritt muthig, in der Hauptstadt wie in den Provinzen, mit der Vertheidigung des Rechts des Volkes voran; sie wagte anzuklagen, zu warnen, zu kritisiren, zu fordern; sie ließ den Geist der Zeit den ersten Wirbel auf der Sturmtrommel schlagen und beschwor die Regierung nicht zu zögern, bis es zu spät sei. Ihre Haltung unter den unklaren Gesetzen und unter den provisorischen Zuständen war höchsten Lobes werth; so Maß und Ziel zu halten bei so viel Entschiedenheit, und so allgemein, dies Schauspiel ist nicht oft gegeben worden.

Die Opposition gegen die Landesstatute gewann

aber auch positiven Boden; der passive Widerstand lebte auf. Die Gemeindevertretungen, voran die von Hallein und Salzburg, erklärten sich bereits schon in feierlichen Beschlüssen für incompetent, Wahlen vorzunehmen, da sie, Geschöpfe der Bach'schen Willkür, sich seit Jahren schon nicht mehr als die berechtigten Repräsentanten der Gemeinden anzusehen vermögen. Die Presse schlug hierzu abermals den Takt und forderte das Stadion'sche Gemeindegesetz von 1849, ja sogar die Landesverfassungen von 1849, die noch zu Recht beständen. Auch drang der Ruf nach einem Reichstag der deutsch-slavischen Länder, als Gegengewicht zu dem ungarischen Landtag, mehr und mehr durch die verschiedenen Stimmen hindurch, und Alles erwies, daß auch in Oesterreich die Bewegung viel weiter sei, als daß die Regierung in ihrer sparsamen Bedächtigkeit sie noch zu hemmen und abzuschwächen vermochte.

Um wenigstens ein allgemeines und mächtig herantretendes Verlangen zu befriedigen, erließ das Staatsministerium am 26. November eine liberale, mit Ausnahme von Ungarn und Galizien, in Oesterreich giltige Verordnung hinsichtlich der Vornahme von neuen Wahlen für die Gemeindevertretungen.

Das Zugeständniß kam wieder, wie alle, so spät, daß es nirgends Dank hervorrief, weil es nicht mehr

den Charakter der Freiwilligkeit, sondern der Nothwendigkeit an sich trug.

Sofort begannen nun die Einleitungen zu den neuen Gemeinderathswahlen in allen Städten des Reichs. Wohl stießen sie hie und da auf die Apathie eines Volks, welches seit zehn Jahren enttäuscht und gedrückt wurde und allen Glauben an irgend eine bessere Zeit und ein freieres Leben längst verloren hatte. Aber im Allgemeinen hob doch jetzt wieder ein öffentliches Leben an und die Herolde der Presse säumten nicht, das Volk aus dem Schlaf und zu Hauf zu rufen.

Ein wichtiges Recht hatte man somit wieder errungen; aber in wie grellem Widerspruch befand sich die freie Gemeindewahl gegen die ständischen Landesvertretungen? Dieser Zwiespalt mußte aufhören und auch mit den Landesstatuten, den Resten des Bach'schen Systems, gebrochen werden. Dazu war freilich aber nöthig, das Ministerium seiner nicht mehr zeitgemäßen Bestandtheile beraubt zu wissen, eine Person an der Spitze der Regierung zu sehen, die Vertrauen erweckte und Bürge eines neuen Systems sei. Die öffentliche Stimme bezeichnete Herrn von Schmerling als den rechten Mann, der die neue Aera in Oesterreich begründen müsse; die Presse imputirte ihm alles Mögliche und verlangte von ihm alles Denkbare. In der That ernannte der Kaiser den Herrn von

Schmerling am 13. Dezember zum Staatsminister an Stelle des Grafen Goluchowski. An demselben 13. Dezember ward auch Herr von Plener zum Finanzminister ernannt.

Nach dem Erscheinen des kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860 sagte man, und mit Recht, daß dieses Diplom sich zwar für ein „Staatsgrundgesetz" ausgebe, für ein „beständiges und unwiderrufliches" Staatsgrundgesetz, daß es aber in Wahrheit höchstens für einen Rahmen anzusehen sei, über dessen Werth die künftige Ausfüllung entscheiden werde. Bei dem Umstande, daß die Minister, als Werkzeuge des bisherigen Absolutismus, kein Vertrauen im Volke besaßen, war es natürlich, daß man einen Ministerwechsel einzig und allein für eine Garantie der nothwendigen und gewünschten Ausfüllung jenes Rahmens betrachtete, einen Ministerwechsel aber, der nicht nur eine Veränderung der Personen, sondern der eine Umwandelung des Systems bedeute. Herr von Schmerling wurde als der geeignete Mann angesehen, dem konstitutionellen System die endliche Einführung in Oesterreich zu verschaffen, das Diplom am ehrlichsten mit Inhalt zu versehen. Es gab wenige Staatsmänner in Oesterreich, zu denen sich das schwer erschütterte Vertrauen, der letzte Rest desselben, noch einmal emporzuheben vermochte — Herr von Schmerling war einer von denen, welche mindestens keine im Dienst des

Absolutismus aufgegangene Vergangenheit hatten. So nahm man ihn gern als den Retter in der Noth auf, feierte die glückliche Thatenlosigkeit seines früheren Staatsmannsthums in Frankfurt, das diplomatisch alle Klippen umschifft hatte, und trug ihm soviel Vertrauen an, daß mehr als gewöhnliche Fähigkeiten dazu gehörten, demselben einigermaßen zu entsprechen.

Es fragte sich nun, ob das bisherige Ministerium nur durch seine Person bereichert worden, oder ob, wie dies bei einem so rechtschaffenen und vorsichtigen Manne anzunehmen war, er selbst das Wesen eines Ministeriums ausdrücke? Die Erwartung, daß noch mehrere der alten Räthe der Krone dem Herrn von Goluchowski nachfolgen und an ihre Stellen Gesinnungsgenossen des neuen Ministers treten würden, ward indessen getäuscht, und so beruhigten sich die Gemüther einige Tage nach der Ernennung Schmerling's bereits mit der Ueberzeugung, daß nur ein Posten neu besetzt und der so hoch gefeierte Staatsmann schon nicht mehr der Mann der Lage sei.

Die Wirksamkeit des Staatsministers von Schmerling mußte unter den obwaltenden Umständen bei der Höhe der inneren Aufregung, der steigenden Gefahr, vor allem aus Thaten bestehen. Es handelte sich weniger darum, die Rekonstituirung bis in's Kleine herab sogleich fertig zu machen, als überhaupt erst den Grund herzugeben, auf dem der Bau beginnen konnte.

Schon am 23. Dezember veröffentlichte die „Wiener Zeitung“ ein Rundschreiben des Ritters von Schmerling an die Statthalter.

Wie anerkennenswerth auch die offene Sprache in diesem Rundschreiben war, zu läugnen war doch nicht, daß das Programm in allen Richtungen zu wenig that, um den drängenden Anforderungen der Gegenwart zu genügen. Was in den October-Erlassen Unbestimmtes und Zweideutiges lag, es war auch hier zum großen Theil nicht durch reelle Bewilligung ersetzt worden; die sichtliche Verlegenheit, welche im October auf die Regierung drückte, blickt auch durch dieses an schönen Worten reiche Programm. Die Grundrechte, deren Wahrung darin angekündigt wird, waren mehr theoretisch ausgedrückt, als praktisch formulirt, und dies war kaum ein Vorzug. Das Rundschreiben erkannte zwar, was zuvörderst die Religion betrifft, an, daß das Zugeständniß der freien Religionsübung natürliche Consequenzen auf dem Felde bürgerlicher und politischer Berechtigung mit sich bringt; aber vergeblich suchte man den faßbaren Ausdruck dieser Consequenzen, ja man stieß sogar auf einen Satz, der den Verdacht rege machte, als sei die Grenze, bis zu welcher jene Consequenzen gezogen werden, keineswegs eine sehr weite, denn die Aemterbefähigung ward nur als von Stand und Geburt, nicht aber auch als von Religionsbekenntniß unabhängig erklärt.

Kaum minder dürftig war die Behandlung, welche der Staatsminister in seinem Rundschreiben der österreichischen Presse angedeihen ließ. Wie werth auch das schmeichelhafte Lob sein mußte, das er der Presse spendet, so konnte dasselbe doch nicht für die Menge der unbeseitigt gebliebenen Leiden entschädigen. Wenn sich ihre Lage nur dadurch ändern sollte, daß „Einrichtung getroffen" wurde, damit „jeder präventive Eingriff entfällt;" wenn das Concessionswesen, das System der administrativen Verwarnungen, das gefährliche Preßgesetz mit seiner drakonischen Preß-Novelle: wenn dieser ganze Apparat von Drohungen gegen die Preßfreiheit in Wirksamkeit bleiben sollte, und wenn für die Justiz zwar Trennung von der Verwaltung und Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, aber nicht auch der Geschwornengerichte, zugesagt ward, so vermochte man nicht wohl einzusehen, daß der neue Staatsminister den Institutionen mancher anderen Länder die ihnen gebührende Werthschätzung angedeihen ließ, wenn er behauptete, daß der „Oesterreicher sich in Bezug auf persönliche und bürgerliche Freiheit neben jene Nationen hinstellen kann, welche hierin durch Jahrhunderte alte Erfahrungen und Ruhm erlangt haben, allen übrigen als Vorbild zu dienen."

Die Hauptsache, über welche man Klarheit haben wollte, war die Verfassungsangelegenheit, und auf die-

sem Felde nahm das Rundschreiben wohl auf die allgemeine Mißstimmung Rücksicht, wies aber, wenn man es mit dem Diplom und den kaiserlichen Handschreiben vom 20. October verglich, im Ganzen und Großen keinen Fortschritt, keinen im Wesentlichen neuen Standpunkt auf. Es wurde schon im October gesagt, daß man die „Interessen" der einzelnen Stände den Bedürfnissen der Gegenwart gemäß in den Landesvertretungen berücksichtigen wolle; man gab die Landesstatute, welche erlassen wurden, für eine „Erweiterung" der Rechte und Freiheiten und für ein Mittel, den Nutzen des Gesammtstaates mit dem der einzelnen Staatstheile besser in Einklang zu setzen aus.

Indessen über die neue Verfassung noch im Cabinete debattirt wurde, beschäftigte Herr von Schmerling die Gemüther durch den Erlaß einer neuer Wahlordnung (5. Januar 1861) welche die Goluchowski'sche „Verordnung" noch freisinniger ausführte, aber gleichwohl durch hohen Steuercensus das eigentliche Volk von den Wahlen auszuschließen suchte.

Auch insofern kam man der öffentlichen Meinung nach, daß man die äußere Form des Cabinets änderte. Graf Rechberg ward (4. Februar) seiner Stelle als Minister enthoben, aber nicht, um aus dem Ministerium ganz auszuscheiden, sondern um in Zukunft um desto ungetheilter seine Thätigkeit dem Ministerium des kaiserlichen Hauses und auch ferner noch den aus-

wärtigen Angelegenheiten widmen zu können. Zur Leitung der Geschäfte des Ministerraths und zur Uebernahme des Präsidiums in demselben wurde Erzherzog Rainer berufen. Die Toleranz, welche dieser als Präsident des verstärkten Reichsrathes während dessen ersten Session bereits bekundet hatte, erweckte wohl ein günstiges Vorurtheil für den neuen Minister-Präsidenten, und seine Ernennung mag vielleicht sogar aus dem Streben hervorgegangen sein, zwischen dem Grafen Rechberg und dem Ritter von Schmerling im Schooße des Ministeriums wenigstens für die Dauer der entscheidenden Schlußberathungen der Verfassungsfrage einen Compromiß zu Stande zu bringen. Trotz dem jedoch ließ sich wohl kaum verhehlen, daß gerade in dem Augenblicke, wo die liberale Partei mit der Verwirklichung ihrer Wünsche auch die Verantwortlichkeits-Erklärung der Minister erwartete, die Berufung eines kaiserlichen Prinzen an die Spitze des Ministeriums als ein günstiges Symptom nicht gedeutet werden konnte.

Statt den Staatsminister, dessen Name dem Ministerium vor zwei Monaten neue Lebenskraft lieh, zum Präsidenten zu berufen, was mannigfach erwartet wurde, übertrug ihm ein drittes kaiserliches Handschreiben vom 4. Februar eine Art Oberleitung im Ministerium des Innern. Es ward nämlich die Leitung der inneren Angelegenheiten, mit Ausscheidung

der in den Wirkungskreis der ungarischen, sowie der siebenbürgischen Hofkanzlei und des croatisch-slavonischen Hof-Dikasteriums gehörigen Geschäfte, in Schmerling's Hand vereinigt, und zu diesem Zwecke wurden alle Angelegenheiten, welche „die organische Gestaltung und Wirksamkeit der politischen Vertretungskörper" betrafen, sowie die Geschäfte des ehemaligen Cultus- und Unterrichtsministeriums nebst der obersten Leitung der Institute für Wissenschaft und Künste dem Staatsministerium zugewiesen. Dagegen sollten die übrigen bisher zum Staatsministerium gehörigen Geschäfte der politischen Verwaltung in einem besondern Körper behandelt werden, an dessen Spitze Minister Lasser, der bisher mit der Leitung des Justizministeriums betraut war, durch ein viertes kaiserliches Handschreiben berufen ward. Da die Geschäfte des ehemaligen Cultus- und Unterrichtsministeriums einem Unterrichtsrath unter Obhut des Staatsministers übertragen wurden, so ward in einem fünften Handschreiben der bisher mit deren Leitung beauftragte Unter-Staatssecretair Freiherr von Helfert davon enthoben.

Zwei von den sieben kaiserlichen Handschreiben endlich beriefen neue Namen in das Ministerium. An Stelle des Ministers von Lasser, der nach dem Ausscheiden des Grafen Nadasdy die Leitung des Justizministeriums erhalten, wurden diese Functionen

nun dem zum Minister ernannten Freiherrn von Pratobevera anvertraut.

Endlich wurde ein „Minister für Handel und Volkswirthschaft" ernannt. Nach langem Zögern in der Wahl der Person für diesen Posten fiel dieselbe nun auf den Grafen Wickenburg.

Von Tag zu Tag erwartete man nun den Erlaß der Verfassung, die vor Allem dem Alles lähmenden Zustand der Ungewißheit ein Ende machen mußte. Noch drei Wochen der Agonien verstrichen. Endlich, am 27. Februar erschienen die vom 26. datirten Erlasse und Urkunden, welche Oesterreichs Umgestaltung zur Thatsache machten.

Damit haben wir den Schlußstein unseres Werkes gefunden und wir können uns damit begnügen, die Grundzüge der Februarverfassung anzudeuten. Das kaiserliche Patent für dieselbe lautet in seinen Haupttheilen:

„Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. ꝛc. ꝛc. Nachdem Wir in Unserem zur Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie vom 20. October 1860 erlassenen Diplome, auf Grundlage der pragmatischen Sanction und kraft Unserer Machtvollkommenheit, zu Unserer eigenen und so auch zur Richtschnur Unserer gesetzlichen Nachfolger in der Regierung, zu beschließen und zu verordnen gefunden haben, daß das Recht Gesetze

zu geben, abzuändern und aufzuheben nur unter Mitwirkung der Landtage, beziehungsweise des Reichsrathes ausgeübt werden wird, und in Erwägung, daß dieses Recht, um in's Werk gesetzt werden zu können, einer bestimmten Ordnung und Form der Ausübung bedarf, erklären, verordnen und verkünden Wir nach Anhörung Unseres Ministerrathes:

„I. Rücksichtlich der Zusammensetzung des zur Reichsvertretung berufenen Reichsrathes und des ihm in Unserem Diplome vom 20. October 1860 vorbehaltenen Rechtes der Mitwirkung bei der Gesetzgebung genehmigen Wir das beiliegende Gesetz über die Reichsvertretung und verleihen ihm hiemit für die Gesammtheit Unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staatsgrundgesetzes.

„VI. Nachdem theils durch die vorausgängigen Grundgesetze, theils durch die wieder in's Leben gerufenen, theils durch die mittelst der neuen Grundgesetze geschaffenen Verfassungen das Fundament der staatsrechtlichen Verhältnisse Unseres Reiches festgestellt, und insbesondere die Vertretung Unserer Völker gegliedert, auch ihre Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung geordnet ist, — so verkünden Wir hiemit diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung Unseres Reiches, wollen und werden unter dem Schutze des Allmächtigen diese hiemit feierlich verkündeten angelobten Normen nicht nur

selbst unverbrüchlich befolgen und halten, sondern verpflichten auch Unsere Nachfolger in der Regierung sie unverbrüchlich zu befolgen, zu halten, und dies auch bei ihrer Thronbesteigung in dem darüber zu erlassenden Manifeste anzugeloben. Wir erklären hiemit auch den festen Entschluß, sie mit all Unserer kaiserlichen Macht gegen jeden Angriff zu schirmen und darauf zu sehen, daß sie von Jedermann befolgt und gehalten werden."

Die Grundgesetze über die Reichsvertretung theilten dieselbe in das Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Im Herrenhaus sitzt der Adel, der Clerus u. s. w.; das Abgeordnetenhaus besteht aus 343 aus den verschiedenen Landtagen gewählten und entsandten Mitgliedern. Alljährlich wird dieser Reichsrath vom Kaiser einberufen, um die Reichsgesetze zu berathen oder neue zu beantragen. Zu allen Gesetzen ist die Uebereinstimmung beider Häuser und die Sanction des Kaisers erforderlich. An Stelle des aufgehobenen ständigen und verstärkten Reichsraths eingesetzt, hat der Reichsrath die Bestimmung, den Kaiser und das Ministerium mit seinem Rath zu unterstützen.

Die sämmtlichen Kronländer erhalten je eine Landesvertretung, deren Charakter fast gleich ist. Die Mitglieder derselben werden mit Ausnahme einiger Spitzen des Clerus und der Universität direkt gewählt; der Großgrundbesitz als solcher, die Städte und das

Land senden die Abgeordneten. Das Wahlrecht ist von der Steuerzahlung abhängig, die jedoch in kleineren Städten und auf dem Lande nach niedrigem Census — 5 fl. — bemessen ist. Wählbar ist jeder Landesangehörige, der 30 Jahre alt, im Vollgenuß der bürgerlichen Rechte ist und einer Wählerklasse des Landes angehört. Jeder Landtag entsendet eine bestimmte Anzahl Mitglieder — nach den entsprechenden Kreisen für den Landtag gewählt — in das Abgeordnetenhaus des Reichsraths.

Mit dem Erlaß dieser Verfassung und ihrem Inslebentreten hat eine neue Epoche der Geschichte Oesterreichs begonnen.

Verlag von J. L. Kober in Prag
durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Böhmerland.

Wanderungen und Ansichten

von

Siegfried Kapper. Wilhelm Kandler.

Erste Section: **Der Nordwest.**

Erscheint in 12 monatlichen Heften, deren jedes 3 Stahlstiche mit 2 Bogen Text enthält und nur 60. kr. Ö. W. = 10 Sgr. = 36 kr. rhein. kostet.

Prospectus.

Geschichte, Poesie und Kunst sind hier vereinigt in einem Werke, das den Leser und Beschauer auf den Flügeln der Fantasie durch das schöne Böhmen geleiten soll, nicht als ein gemietheter, kalter Führer, sondern als mittheilsamer, vielerfahrener Freund, unterhaltend, belehrend, immer anregend. Wie eine Wandeldekoration zieht Bild an Bild vorüber, nicht zufällig und willkührlich zusammengewürfelt, sondern organisch gegliedert, der Natur in ihrer Großartigkeit und in ihrem Reize folgend. Wir erkennen in dem Verfasser des erklärenden Textes den fantasiereichen Dichter, den gewandten Belletristen wieder; aber er hat diesmal seine Feder in die ernsteren Farben der Geschichte getaucht und gestattet seiner liebenswürdigen Poesie nur dort ein freieres Spiel, wo er den Schleier der Sage lüftet, oder wo er Bilder der Romantik und der Legende zu zeichnen hat. Der Grundton des Ganzen bleibt dennoch die Wahrheit, die Wahrheit der Natur, die Wahrheit der Geschichte. Und so entrollt sich vor unserem geistigen Auge bald eine idyllische Landschaft,

bald umbrausen uns die Schrecken einer Schlacht: jetzt blättern wir in den vergilbten Pergamenten einer Familienchronik längst ausgestorbener oder noch blühender böhmischer Adelsgeschlechter, jetzt wieder besuchen wir die riesigen Werkstätten der Industrie, die der Geist der Neuzeit geschaffen: hier stehen wir unter den zerbröckelnden Zinnen einer alten Burgruine, dort treten wir ein in die modernen Prunksäle einer gelecteren Periode. Mit einem Wort: Der Verfasser verstand es, seinen Schilderungen jenes Leben einzuhauchen, welches den Leser bald in die düsteren Räume alter Burgen und Städte blicken läßt, bald ihn auf sonnige Auen führt, immer bemüht, seine Aufmerksamkeit zu spannen, seinen topografischen und historischen Gesichtskreis zu erweitern.

Und wo das bloße Wort nicht hinanreicht, da tritt unterstützend die grafische Kunst hinzu und in künstlerisch schönen Ausführungen nach Originalzeichnungen des bekannten Meisters **Wilhelm Kandler** erhalten wir eine Gallerie der herrlichsten Darstellungen interessanter Partien des schönen Böhmerlandes, in Stahl gestochen von den ersten Künstlern des In- und Auslandes. Die erste Section dieses in Wort und Bild gediegenen Nationalwerkes umfaßt den nordwestlichen Quadranten der klassischen Kreisfläche, welche Böhmen heißt, und von deren Centrum, dem herrlichen Prag, die ganze Schilderung ihren Auslaufpunkt nimmt, um wieder dahin zurückzukehren.

Die 36 Stahlstiche dieser ersten Section enthalten theils Totalansichten, theils Darstellungen einzelner merkwürdiger Objekte und zwar in der Abtheilung

I. **Von Prag bis an die Elbe.** Šárka. — Okoř. — Schlan. — Smečno. — Mühlhausen. — Melnik.

II. **Von Melnik elbabwärts.** Raudnitz. — Leitmeritz. — Kamýk. — Schreckenstein. — Tetschen.

III. **Dies- und jenseits der Bela.** Geyersberg. — Graupen. — Teplitz. — Dux. — Kostenblatt

IV. **Erzgebirge und Egergelände.** Hasenburg. — Laun. — Saaz. — Komotau. — Hassenstein. — Kaaden. — Joachimsthal. — Karlsbad. — Elbogen. — Eger.

V. **Im Teplergelände.** Marienbad. — Tepl. — Schwamberg.

VI. **Längs der Beraun bis Prag.** Mies. — Pilsen. — Zbirov. — Pürglitz. — Beraun. — Karlstein. — Weißer Berg.

„Das Böhmerland. Erste Section: Der Nordwest“ erscheint in 12 monatlichen Heften kleinen Quartformates und sorgfältigster, dem äußeren und inneren Werthe des Werkes entsprechender Ausstattung.

Jedes Heft enthält 3 schöne Stahlstiche mit 2 Bogen erklärenden Textes und kostet in Umschlag sauber brochirt

nur 60 kr. ö. W. = 10 Sgr. = 36 kr. rhein.

Mit dem 12. Hefte — oder bei Vorausbezahlung aller 12 Hefte schon mit dem 1. — erhält jeder Abnehmer ein großes Kunstblatt aus Böhmens Geschichte:

„Die Grundsteinlegung des Domes zum heil. Veit in Prag“

als Prämie gratis.

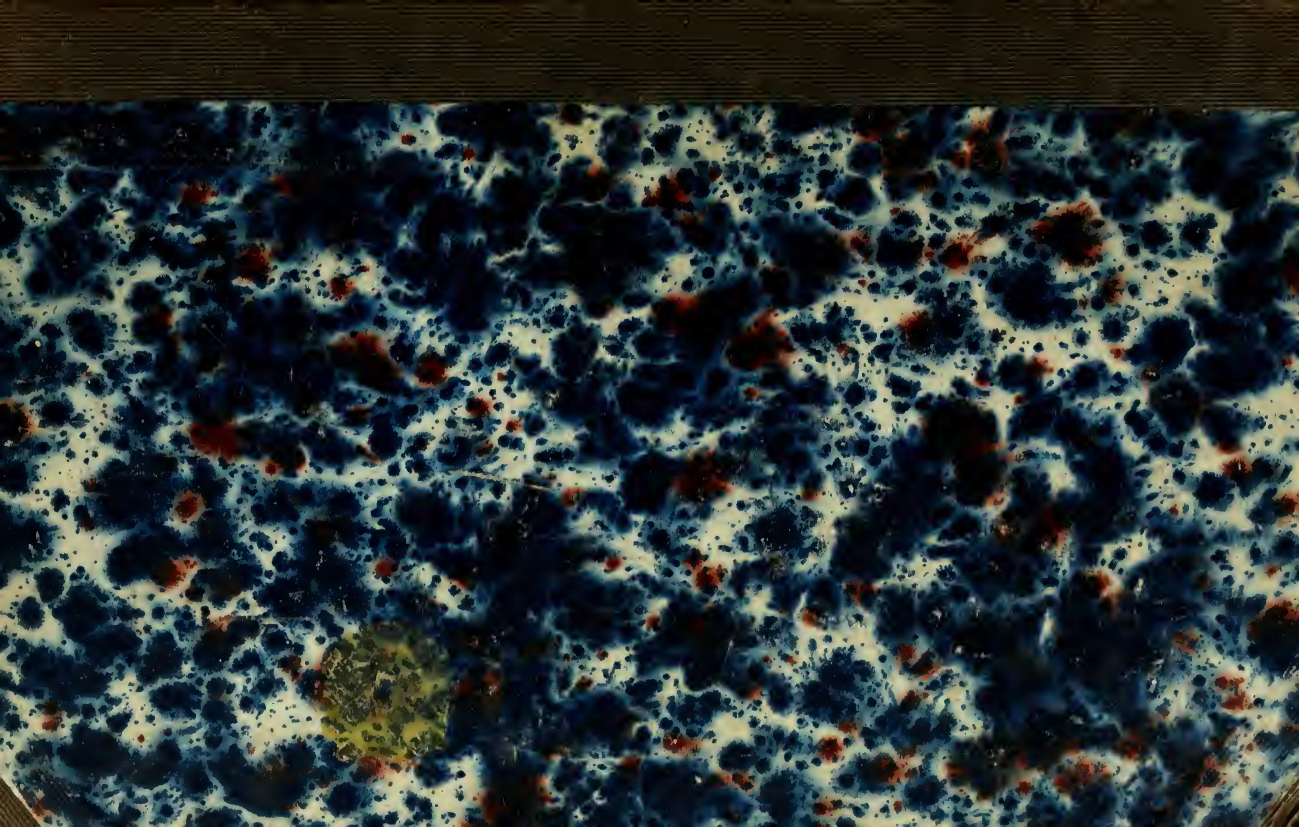
Bestellungen auf „Das Böhmerland“ übernehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, sowie auch die Verlagshandlung

J. L. Kober in Prag.

1338

DB 86 H45
Hellmuth, Ernst
Oesterreichs Lehrjahre

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DB 86 H45 Bd.1
Hellmuth, Ernst
Oesterreichs Lehrjahre
1848-1860